

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1970 · TEIL III

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow
(Sowjetunion)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur),
Hans Czihak, Renate Günther, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar,
Hans-Heinrich Müller, Wolfgang Neef, Helga Nussbaum, Hermann Roth, Alfred Schröter,
Rolf Sonnemann

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1970 · TEIL III



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1970

711318

Redaktionsschluß: 15. 9. 1970

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4

Copyright 1970 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/51/70

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza

Bestellnummer: 2103/70/3 · ES 5 B 2 · 14 D

EDV 751 840 5

Einzelpreis des Bandes 20, - M

Abonnementpreis des Jahrganges 72, - M (4 Bände), Einzelband 18, - M

Zu diesem Band

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

- L. I. Kucharenko/
I. St. Stupnickij/
V. S. Budkin Der Leninsche Elektrifizierungsplan und seine internationale Bedeutung. Zum fünfzigsten Jahrestag des GOELRO-Planes CC 4 11
- J. Kuczynski Friedrich Engels und die Monopole A 168 37
- J. Roesler Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre BL 55-1 41
- E. Czaya Interessenverbände und Propagandaorganisationen für die Expansion des deutschen Imperialismus nach Südafrika BA 119/1940 57
- E. Semo Die Entwicklung des Kapitalismus im Bergbau und in der Landwirtschaft Neuspaniens (1760 bis 1810) CJ 420 85
- G. Gorfejn Zur Geschichte der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung des zaristischen Rußlands CC 358 101
- I. Mittenzwei Wirtschaftspolitik - Territorialstaat - Nation. Die Haltung des preußischen Bürgertums zu den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Sachsen (1740 bis 1786) BA 932 129
- J. Schildhauer Der Seehandel Danzigs im 16. Jahrhundert und die Verlagerung des Warenverkehrs im nord- und mitteleuropäischen Raum BB 264.4:114
CA 675
607 155
- A. Mączak Die Sundzollregister als eine preisgeschichtliche Quelle 1557 bis 1647 AG 87
108 179
- K. Zoellner Seehandel und Handelspolitik der Hanse in der Zeit ihres Niedergangs (1550 bis 1600) CA 675 221
- St. Kowalska Ausgewählte Probleme der Sozialstrukturforschung 686 239

BETRIEBSGESCHICHTE

U. Krüger	Betriebsgeschichte in der VVB Energieversorgung	249
-----------	---	-----

QUELLEN UND MATERIALIEN

Bestandsinformation für den Wirtschaftshistoriker aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam

J. Lehmann	Der Bestand Preußische Staatsbank (Seehandlung) im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg	255
U. Dräger	Der Bestand Preußisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg	263

LITERATURKRITIK

J. Kuczynski	Ein neuer Aufschwung der Wirtschaftsgeschichte in England unter dem Einfluß des Marxismus	283
K. Lehmann	Bevölkerung - ein wachstumsfördernder oder ein wachstumshemmender Faktor ?	289
U. Bentzien	Eine neue Geschichte der Landtechnik	295
H. Fischer	Afrika und Rom in der Antike	301
Autorenverzeichnis		313

An die Stelle isolierter akademischer Beschaulichkeit an Jubiläumstagen hat die sozialistische Gesellschaft Besinnung auf Größe gesetzt, die weltverändernd war und ist. So widmet das Jahrbuch zwei Beiträge an der Spitze dieses Bandes dem 100. Geburtstag W. I. Lenins und dem 150. Geburtstag von Friedrich Engels. Der Leser findet unschwer die Gültigkeit ihrer Ideen für so unterschiedliche Bereiche wie die energetischen Grundlagen des Sozialismus und die Funktionen kapitalistischer Monopole im Heute bestätigt.

Die vielfachen Formen der Wechselwirkung zwischen der ökonomischen Basis einer Gesellschaft und den dieser Basis entsprechenden Einrichtungen des Überbaus sind in dem Maße ins Blickfeld der Historiker gerückt, wie die marxistische Forschung sich der Vielschichtigkeit des Wechselverhältnisses von Politik und Ökonomie in Geschichte und Gegenwart wirklich bewußt wurde. Die Fragestellung ist für die Untersuchung der Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland besonders relevant. Sie eröffnet fruchtbare Einblicke auch dort, wo der deutsche Imperialismus entsprechende Propagandaorganisationen seinen wirtschaftlichen Interessen direkt dienstbar machte (wie zum Beispiel für Südafrika), wo der Kapitalismus besonders lange Zeit brauchte, um tief verwurzelte feudale Strukturen zu überwinden und entsprechende Einrichtungen des Überbaus zu schaffen (wie zum Beispiel im zaristischen Rußland), wo sich feudale Formen im Überbau als besonders zählebig erwiesen (wie zum Beispiel im spanisch unterworfenen Mexiko) oder wo die Entwicklung der neuen kapitalistischen Basis ein gewisses Widerspruchsverhältnis zum nationalen Überbau auslöste (wie zum Beispiel in den deutschen Territorialstaaten des Spätfeudalismus). Verschiedene Aspekte des Wechselverhältnisses von Politik und Ökonomie werden in diesem Sinne in den Artikeln von Czaya, Gorfejn, Semo und Mittenzwei sichtbar. Die Problematik der bewußten Ausnutzung der Gesetze des wirtschaftlichen Aufbaus im Sozialismus behandelt Roesler für die Zeit der fünfziger Jahre in der DDR.

Neue Forschungsergebnisse über den Ostseehandel im Mittelalter legen Schildhauer und Maczak vor, während Zoellner Probleme der hanseatischen Handelspolitik im Gesamtüberblick vorführt.

Auch die Beiträge zu den drei letzten Rubriken werden, so hoffen wir, der Forschung und wissenschaftlichen Diskussion manche Anregung geben können.

Juli 1970

**Monographien,
Studien und Referate**

DER LENINSCHER ELEKTRIFIZIERUNGSPLAN UND SEINE INTERNATIONALE BEDEUTUNG

Zum fünfzigsten Jahrestag des GOELRO-Planes

von L. I. Kucharenko/I. St. Stupnickij/V. S. Budkin

Eins der bedeutendsten historischen Verdienste W. I. Lenins, dessen Grundgedanke entscheidenden Einfluß auf den gesamten Verlauf des Aufbaus der sozialistischen und kommunistischen Wirtschaft ausübte, ist die Ausarbeitung des ersten wissenschaftlich begründeten Perspektivplanes der Welt für die Entwicklung der Volkswirtschaft - des GOELRO-Planes. Lenin entwickelte die Ideen von Marx und Engels weiter und unterstrich dabei wiederholt, daß der Sozialismus nur auf der Basis der Schwerindustrie als der Grundlage für die Entwicklung aller Zweige der Volkswirtschaft errichtet werden kann und daß der Sozialismus eine eigene materiell-technische Basis haben muß.

"Die einzige materielle Grundlage des Sozialismus kann nur die maschinelle Großindustrie sein, die imstande ist, auch die Landwirtschaft zu reorganisieren."¹ Unter dieser maschinellen Großindustrie verstand Lenin eine Industrie, die auf der Grundlage der fortgeschrittensten Technik und der Elektrifizierung des ganzen Landes errichtet werden sollte. Die Leninsche Idee der durchgängigen Elektrifizierung wurde zum Kern des gesamten Programms für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus und Kommunismus bezeichnete Lenin als direkt abhängig von der Entwicklung der Elektrifizierung der gesellschaftlichen Produktion.

"Der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus, die Festigung des Sozialismus kann erst dann als gesichert gelten, wenn die proletarische Staatsmacht, nachdem sie jeden Widerstand der Ausbeuter endgültig gebrochen und sich vollkommene Stabilität und völlige Unterordnung gesichert hat, die gesamte Industrie nach den Grundsätzen des kollektiven Großbetriebs und auf Grund der modernsten Errungenschaften der Technik (Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft) reorganisiert."²

Nachdem Lenin beim Aufbau des Kommunismus zwei Seiten herausgearbeitet hatte: die politische (die Diktatur des Proletariats) und die ökonomische (die Schaffung der materiell-technischen Basis auf der Grundlage der durchgängigen Elektrifizierung), deckte er ihre dialektische Einheit in der genialen Formulierung auf: "Kommunismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes".

1 Lenin, W. I., Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 481.

2 Ebenda, Bd. 31, Berlin 1959, S. 149 f.

Lenin zeigte, daß unter den Bedingungen des Kapitalismus die Entwicklung der Elektrifizierung innerhalb des unversöhnlichen Widerspruchs des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems vor sich geht, daß sie sich nicht im Interesse der Werktätigen entwickelt, sondern der Verstärkung der Ausbeutung und der Erhöhung des Profits der Kapitalisten dient. Lenin wies darauf hin, daß die Herrschaft des Privateigentums und der Konkurrenz im Kapitalismus die Möglichkeiten einer völligen Ausnutzung der Vorteile der Elektrifizierung begrenzt.

Erst durch den Sieg der sozialistischen Revolution wird die Elektrifizierung zu einem der wichtigsten Faktoren bei der technischen Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft, sichert sie, daß sich deren energetische und Rohstoffbasis ausdehnt, schafft sie die Bedingungen für die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte des Landes. Die Entwicklung der Elektrifizierung unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft verbessert die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen. Im Sozialismus verwandelt sich die Elektroenergetik in eine den sozialistischen Produktionsverhältnissen adäquate Basis der gesellschaftlichen Produktion. Den Sieg der sozialistischen Wirtschaft bezeichnete Lenin als direkt abhängig von den Erfolgen bei der Elektrifizierung des Landes.

"Erst dann, wenn das Land elektrifiziert ist, wenn die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, erst dann werden wir endgültig gesiegt haben,"³

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution schuf die objektiven Möglichkeiten für eine unbeschränkte Entwicklung der Produktivkräfte auf der Grundlage der Elektrifizierung. Die kommunistische Partei und die Arbeiter- und Bauernregierung stützten sich seit den ersten Monaten der Existenz des Sowjetstaates auf das Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Entwicklungsniveau und dem Charakter der Produktivkräfte und gingen bei der Organisation der Volkswirtschaft nach dem Prinzip der Planmäßigkeit vor. Als Kern, um den die sozialistische Wirtschaft geschaffen werden mußte, wurde auf Lenins Vorschlag die Elektrifizierung der gesamten Volkswirtschaft ausgewählt. Erst auf dieser Grundlage war es möglich, die technisch-wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes zu beseitigen, seine ökonomische und politische Unabhängigkeit unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung zu behaupten und die materiell-technische Basis des Sozialismus zu schaffen.

Im Frühjahr 1918 schlug Lenin die Ausarbeitung eines einheitlichen Staatsplanes vor, und auf dem VII. Parteitag (März 1918) unterstrich er nochmals, daß eine riesige Organisationsarbeit für die Sowjetmacht in der Umgestaltung des gesamten staatlichen Wirtschaftsmechanismus in eine einheitliche riesige Maschine, in einen Wirtschaftsorganismus bestehe, der so arbeiten müsse, daß Hunderte Millionen von Menschen nach einem Plan geleitet werden. Im Parteiprogramm, das der VIII. Parteitag der KPR (B) annahm, wurde als eine der Kardinalaufgaben des Sowjetstaates auch die "maximale Vereinigung aller wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes unter einem gesamtstaatlichen Plan"⁴ in den Vordergrund gerückt.

Die Grundprinzipien und die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik, die im zweiten Parteiprogramm formuliert wurden, fanden ihre Weiterentwicklung und Konkretisierung in anderen programmatischen Dokumenten, insbesondere im GOELRO-Plan und in Reden und Artikeln Lenins über die Wege des sozialistischen Aufbaus.

³ Ebenda, S. 513.

⁴ KPSS v rezolucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov ZK (Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen von Parteitagen, Konferenzen und Plenen des ZK), T. 1, Moskau 1954, S. 421.

Ausgehend von den herangereiften objektiven Entwicklungsbedürfnissen des Landes, stellte Lenin in der Arbeit "Entwurf eines Plans wissenschaftlich-technischer Arbeiten"⁵ (April 1918) der Akademie der Wissenschaften die Aufgabe, eine Reihe von Kommissionen aus Fachleuten für die rasche Schaffung eines Plans zur Reorganisierung der Industrie und für den wirtschaftlichen Aufschwung Rußlands zu schaffen. Dabei wurde der Elektrifizierung der Industrie, des Verkehrswesens und der Anwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Ungeachtet dessen, daß die Jahre 1918 und 1919 Jahre höchster Anspannung waren im Kampf der jungen Sowjetrepublik gegen die vereinigten Kräfte der inneren Konterrevolution und der ausländischen Interventen, wurde schon in den ersten Monaten des Jahres 1918 das Programm der Elektrifizierung des Donbass, des Nordkaukasus und des Wolgagebietes ausgearbeitet sowie mit Forschungsarbeiten zur Vorbereitung der Projekte Dnepr-Wasserkraftwerk und Wolga-Don-Kanal begonnen. 1918 wurden die Standorte für die Errichtung der Kraftwerke von Schatura und Kaschira ausgewählt und mit den Vorbereitungsarbeiten für den Bau von Bezirkskraftwerken in Iwanowo-Wosnessensk, Nishnegorod und anderen Orten begonnen. Auf Weisung Lenins faßte die Sowjetregierung den Beschluß über die Errichtung des Wolchowkraftwerkes.⁶

Es wurden eine Reihe anderer Maßnahmen zur Entwicklung der Produktivkräfte vom Sowjetstaat ergriffen zur planmäßigen Erforschung seiner natürlichen Ressourcen sowie zentrale und örtliche Organe zur Bearbeitung der Elektrifizierungsprobleme geschaffen.⁷

Diese ganze sorgfältige Vorbereitungsarbeit fand ihre Krönung im Jahre 1920, nach dem entscheidenden Sieg der Roten Armee im Bürgerkrieg und im Kampf gegen die Interventen. In dieser Zeit rückte Lenin die Frage der Schaffung eines einheitlichen Volkswirtschaftsplanes an die erste Stelle im wirtschaftlichen Aufbau. Er unterstrich, daß es für den Sieg über den Kapitalismus und die Festigung des Sozialismus notwendig sei, die Industrie und die Landwirtschaft auf neuer Grundlage umzugestalten. "Eine solche neue Grundlage ist der Elektrifizierungsplan."⁸

Größte Bedeutung haben historische Dokumente, wie die Briefe Lenins an G. M. Krshishanski, die die ganze Tiefe der Leninschen Idee der Elektrifizierung des ganzen Landes zeigen. In dem Brief vom 3. Januar 1920 schrieb Lenin: "Ich denke, einen solchen 'Plan' - ich wiederhole, keinen technischen, sondern einen staatlichen -, den Entwurf eines solchen Plans könnten Sie aufstellen. Er muß sofort aufgestellt werden, um die Massen in anschaulicher und populärer Weise durch die klare und eindrucksvolle (ihrem Wesen nach absolut wissenschaftliche) Perspektive mitzureißen: Gehen wir an die Arbeit, und in zehn bis zwanzig Jahren werden wir ganz Rußland, das industrielle wie das landwirtschaftliche, elektrisch machen."⁹

Die Leninschen Richtlinien wurden zur Grundlage für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung der Elektrifizierungsprobleme und die Entwicklung eines staatlichen Perspektivplanes.

5 Lenin, W. I., Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 312 f.

6 Istorija Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza v šesti tomach (Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in sechs Bänden), Bd. 3, 2. Buch, Moskau 1968, S. 38.

7 K istorii plana èlektrifikacii Sovetskoj strany. Sbornik dokumentov i materialov (Zur Geschichte des Planes der Elektrifizierung des Sowjetlandes. Sammlung von Dokumenten und Materialien), 1918 - 1920, Moskau 1952, S. 37.

8 Lenin, W. I., Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 369.

9 Ebenda, Bd. 35, Berlin 1962, S. 411 f.

Anfang Februar 1920 faßte die Tagung des Gesamtrussischen ZEK den Beschluß über den staatlichen Elektrifizierungsplan, in dem gesagt wurde, daß neben den nächsten, wichtigsten, unaufschiebbaren und vordringlichen Aufgaben Sowjetrußland zum erstenmal die Möglichkeit erhält, einen planmäßigeren Wirtschaftsaufbau, die wissenschaftliche Ausarbeitung und konsequente Durchführung eines staatlichen Plans für die gesamte Volkswirtschaft in Angriff zu nehmen.¹⁰ Das Gesamtrussische ZEK beauftragte den Obersten Volkswirtschaftsrat, gemeinsam mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft das Projekt zum Bau eines Kraftwerksnetzes auszuarbeiten.

Am 21. Februar bestätigte der Oberste Volkswirtschaftsrat die Schaffung einer Staatlichen Kommission für die Elektrifizierung Rußlands (Gosudarstvennoj komissii po élektrifikacii Rossii = GOELRO - d. Übers.). Für die Arbeit in der Kommission waren die besten Vertreter von Wissenschaft und Technik herangezogen worden (G. M. Krshishanowski, I. G. Aleksandrow, G. O. Graftio und andere), die unter unmittelbarer Leitung und Mitarbeit Lenins an die Ausarbeitung des grandiosen Plans für den Aufbau des Sozialismus gingen.

Im April 1920 fand der IX. Parteitag der KPR (B) statt, der die Durchführung eines einheitlichen Staatsplanes auf der Basis einer breiten Realisierung der Elektrifizierung als Hauptbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes definierte. Der Parteitag legte eine Reihe von Aufgaben fest, die dem Wirtschaftsplan sowie der Aufeinanderfolge und dem Ablauf der Arbeiten für die Elektrifizierung entsprachen. Gleichzeitig erteilte der Parteitag in seinen Entschlüssen den Trotzlisten, den rechten Opportunisten und den bürgerlichen Nationalisten, die die Möglichkeit der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in unserem Lande leugneten, eine entschiedene Abfuhr.

Lenin leitete ständig die Arbeit zur Schaffung des GOELRO-Planes an. Über seine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung des ersten perspektivischen Volkswirtschaftsplanes der Welt zum Aufbau des Sozialismus schrieb ein alter Bolschewik, einer der Leiter der Staatlichen Kommission zur Elektrifizierung Rußlands, G. M. Krshishanowski: "Wir würden nie riskiert haben, die Arbeiten dieses Kollektivs zu synthetisieren und mit ihnen in einer allgemeinen nationalen Arena aufzutreten, wenn nicht hinter uns die kraftvolle anfeuernde Gestalt Wladimir Iljitschs gestanden hätte, wenn uns nicht sein bohrender, leuchtender genialer Gedanke gestärkt hätte."¹¹

Nach zehn Monaten angestrengter schöpferischer Arbeit beendete die GOELRO-Kommission die Ausarbeitung des Planes im Oktober 1920. Sie übergab der Sowjetregierung konkrete Pläne und Berechnungen. "Dieser Plan beinhaltet den Beginn der Geschichte einer wissenschaftlich begründeten geplanten komplexen Entwicklung der Wirtschaft"¹², hob der Generalsekretär des ZK der KPdSU Breshnew hervor.

Der GOELRO-Plan hatte die Aufgabe, in allen Zweigen der Volkswirtschaft eine neue technische Basis zu schaffen und bestimmte dadurch die Wege zur Beseitigung der Gegensätze zwischen der in der Welt fortschrittlichsten politischen Macht und der zurückgebliebenen, häufig noch mittelalterlichen Technik. Dieser Plan sah die Liquidierung der sozialökonomischen Wertschichtigkeit der Wirtschaft des Landes und den Sieg des sozialistischen Sektors vor.

10 Postanovlenija i rezoljucii sessii VZIK VII sozywa (Beschlüsse und Resolutionen der Tagung des Gesamtrussischen ZEK der VII. Wahlperiode), Moskau 1920, S. 15 f.

11 Kržižanovskij, G. M., Élektroenergetika (Elektroenergetik), in: Sočinenija (Werke), Bd. 1, o. O. 1933, S. 422.

12 Brežnev, L. I., Pjat'desjat let belikich pobed socializma (Fünfzig Jahre großer Siege des Sozialismus), Moskau 1967, S. 23 f.

Als einziger gesamtstaatlicher Plan verfolgte der GOELRO-Plan nicht nur das Ziel, die Elektrifizierung des Landes durchzuführen, sondern er sah auch den Wiederaufbau und die Rekonstruktion der Volkswirtschaft vor, die durch den imperialistischen und Bürgerkrieg zerstört worden war, sowie die weitere Entwicklung von Industrie, Verkehrswesen und Landwirtschaft auf sozialistischer Grundlage.

Im ersten Perspektivplan des Sowjetstaates war die geniale Leninsche Idee über die Wege der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft und die Gewährleistung der technisch-ökonomischen Unabhängigkeit des Landes verwirklicht worden.

Zur Realisierung des Planes war das ganze Land in acht Wirtschaftsgebiete aufgeteilt worden: Norden, zentrales Industriegebiet, Wolgagebiet, Ural, Westsibirien, Ostsibirien Kaukasus und Turkestan.

Um die Überreste der nationalen Ungleichheit in allen Zweigen der Wirtschaft und des kulturellen Lebens zu beseitigen, wurde der Elektrifizierung der Grenzgebiete des ehemaligen Zarenreiches besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Im GOELRO-Plan wurde unterstrichen, daß "... die Rationalisierung unserer Industrie von einer bedeutenden Standortverschiebung begleitet sein wird, um die Verarbeitungsindustrie möglichst an die Roh- und Brennstoffquellen heranzuführen, oder aus Überlegungen wirtschaftlichen Charakters."¹³

Eine Reihe von technisch-ökonomischen Problemen mußte gelöst werden: die Erschließung örtlicher Brennstoffvorkommen, die breite Ausnutzung der Wasserkraft, die Entwicklung der Fernheizung, der intensive Ausbau von Hochspannungsleitungen und die Schaffung leistungsfähiger Elektrizitätswerke.

Der GOELRO-Plan bestand aus zwei Teilen. Der erste (Programm "A") sah die rationellere Ausnutzung, die Ausweitung und Rekonstruktion der vorhandenen Elektrizitätswerke vor. Der zweite Teil (Programm "B") sah den Bau von dreißig neuen großen Elektrizitätswerken (zwanzig Wärme- und zehn Wasserkraftwerke) im Bezirksmaßstab mit einer Gesamtleistung von 1,75 Millionen Kilowatt vor. Die Erfüllung des Elektrifizierungsplanes war auf zehn bis fünfzehn Jahre berechnet.

Im Elektrifizierungsplan des Sowjetstaates war außer dem Bau von Elektrizitätswerken auch die Umrüstung der gesamten Volkswirtschaft auf eine neue fortgeschrittenere Technik vorgesehen.

Nach dem GOELRO-Plan sollte als Grundlage der Industrialisierung und der sozialistischen Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft eine Schwerindustrie geschaffen und in einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren auf der Grundlage der weitgehenden Elektrifizierung der Volkswirtschaft alles wiederaufgebaut werden, was durch den Krieg zerstört worden war; die gesamte Industrieproduktion sollte sich gegenüber 1913 annähernd verdoppeln. Auf der Grundlage der Elektrifizierung von Produktionsprozessen, der Rationalisierung und Mechanisierung der Industrie sollte auch eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität erfolgen. Im Plan war die Überwindung der wirtschaftlichen Zerrüttung auf dem Hauptwege der maximalen Einsparung von Arbeit und Material vorgesehen. Bei einer Verdoppelung der Industrieproduktion gegenüber 1913 sollte die Anzahl der Arbeiter in der Industrie nur um 20 Prozent, der Brennstoffaufwand um 35 bis 40 Prozent und die Anzahl der Maschinen um 70 Prozent zunehmen.¹⁴

¹³ Plan elektrifikacii RSFSR (Der Plan der Elektrifizierung der RSFSR), Moskau 1955, S. 167.

¹⁴ Plan GOELRO (Der GOELRO-Plan), Moskau 1955, S. 18.

Tabelle 1

Die Aufgabenstellung des GOELRO-Planes für die Produktion wichtiger Erzeugnisse⁺

Erzeugnis	Maßeinheit	1913	1920	Aufgabenstellung des GOELRO-Planes
Elektroenergie	Md. kWh	2,04	0,5	8,8
Roheisen	Mill. t	4,2	0,116	8,2
Stahl	Mill. t	4,2	0,194	6,5
Eisenerz	Mill. t	9,2	0,164	19,6
Erdöl	Mill. t	29,1	8,6	62,3

+ Plan GOELRO (Der GOELRO-Plan), Moskau 1955, S. 17; Elektrifikacija SSSR (Die Elektrifizierung der UdSSR), Moskau 1967, S. 20.

In der Landwirtschaft war die Aufgabe gestellt, wie Lenin unterstrich, die materielle Grundlage für eine riesige Steigerung der Arbeitsproduktivität zu schaffen, das heißt die Voraussetzungen für die künftige Kollektivierung der Landwirtschaft, für ihre Mechanisierung und den Beginn der Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Weiter waren ein breites Programm neuer Bauten sowie die Elektrifizierung des Verkehrswesens vorgesehen.

Im GOELRO-Plan waren die Leninschen Prinzipien der Elektrifizierung enthalten; sie entsprangen aus der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung eines sozialistischen Wirtschaftssystems, der Wirkung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und liefen auf folgende Grundthesen hinaus:

Technischer Fortschritt in allen Zweigen der Volkswirtschaft und steigende Arbeitsproduktivität;

Sicherung der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie als Grundlage der gesamten Volkswirtschaft und der Verteidigungsfähigkeit des Landes;

Erreichung eines Wachstumstempos der Energiewirtschaft, das das der Industrieproduktion übersteigt;

Bau großer Elektrizitätswerke mit leistungsstarken Anlagen und weitgehender Ausnutzung der örtlichen Brennstoffvorkommen;

Aufbau von Wasserkraftwerken im Bezirksmaßstab unter komplexer Ausnutzung der Wasserressourcen für die Bedürfnisse der Energiewirtschaft, des Verkehrswesens und der Bewässerung;

Schaffung mächtiger Energiesysteme und eines weitverzweigten Hochspannungsnetzes;

rationelle Verteilung der Energiewirtschaft als machtvoller Faktor zur Entwicklung der Produktivkräfte im ganzen Lande;

Aufbau leistungsstarker Elektrizitätswerke und Schaffung neuer Industriezentren in den nationalen Gebieten des Landes.

Der VIII. Gesamtrussische Sowjetkongreß bestätigte am 22. Dezember 1920 den GOELRO-Plan und wertete ihn in seiner Resolution als einen ersten Schritt von riesiger volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Delegierten des Kongresses äußerten ihre unerschütterliche Überzeugung darüber, "daß alle sowjetischen Behörden, alle Deputiertenowjets, alle Ar-

beiter, Werktätigen und Bauern alle ihre Kräfte anspannen und auch vor Opfern für die Verwirklichung des Planes zur Elektrifizierung Rußlands nicht zurückschrecken werden, koste es was es wolle und ungeachtet aller Hindernisse."¹⁵

Lenin unterstrich die äußerst wichtige Rolle der Elektrifizierung bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus und Kommunismus und bezeichnete den GOELRO-Plan als das zweite Parteiprogramm: "Wir haben unser Parteiprogramm ...", sagte er. "Das ist das politische Programm, das ist eine Aufzählung unserer Aufgaben, das ist eine Erläuterung der Beziehungen zwischen den Klassen und den Massen ... Es muß ergänzt werden durch ein zweites Programm der Partei, durch einen Arbeitsplan, der dazu führt, daß die gesamte Volkswirtschaft wiederaufgebaut und auf das Niveau der modernen Technik gehoben wird."¹⁶

Die Ausarbeitung, Anwendung und weitere Durchführung des GOELRO-Planes geschah unter komplizierten internationalen und inneren Verhältnissen. Die kommunistische Partei und Lenin führten einen unersöhnlichen Kampf gegen Trotzki, rechte Opportunisten und Nationalisten, die versuchten, dem wissenschaftlichen Plan des Aufbaus des Sozialismus ihren "Plan" entgegenzusetzen und dadurch den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung im Sowjetland zu vereiteln. In dem Artikel "Über den einheitlichen Wirtschaftsplan"¹⁷ (Februar 1921) übte Lenin scharfe Kritik an dem feindlichen Auftreten von Trotzki, Radek, Rykov, Miljutin, Larin und anderen. Er schrieb: "Die einzige ernste Arbeit betreffend den einheitlichen Wirtschaftsplan ist der 'Plan für die Elektrifizierung der RSFSR' - der Bericht der 'GOELRO' (Staatliche Kommission für die Elektrifizierung Rußlands) an den VIII. Sowjetkongreß, der im Dezember 1920 herausgegeben und auf dem VIII. Kongreß verteilt wurde."¹⁸ "Einen anderen einheitlichen Wirtschaftsplan als den von der 'GOELRO' bereits ausgearbeiteten gibt es nicht und kann es nicht geben."¹⁹

Seit 1920 sprach Lenin in fast jeder seiner Reden über den Elektrifizierungsplan und über die Art seiner Propagierung unter den breiten Massen. Er unterstrich immer wieder, daß es notwendig sei, den Massen die großen Vorteile und die Notwendigkeit der Elektrifizierung zu zeigen, das Studium der Elektrifizierung auf der Grundlage der politischen Aufklärung zu beginnen, regelmäßige Unterweisungen der Werktätigen über den Elektrifizierungsplan durchzuführen usw.

In der Resolution des IX. Gesamtrussischen Sowjetkongresses wurde gefordert, daß in jedem Elektrizitätswerk regelmäßig Vorträge und praktische Unterweisungen für die Arbeiter und Bauern über Elektrizität, ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft und über den GOELRO-Plan durchgeführt werden.²⁰

Der GOELRO-Plan wurde auf dem VIII. Gesamtrussischen elektrotechnischen Kongreß (Oktober 1921) behandelt. Die Delegierten erörterten allseitig die technisch-ökonomischen Fragen, die mit der Durchführung des Planes zusammenhingen. Der Kongreß rief die breiten Volksmassen zur aktiven Beteiligung an der Elektrifizierung des Landes auf. Auf seiner Tagesordnung standen auch Berichte über die Elektrifizierung der Ukraine, über perspektivische Arbeiten zum Bau von Elektrizitätswerken im Bezirksmaßstab, über vier Wärmekraftwerke und ein Wasserkraftwerk.

15 S-ezdy Sovetov RSFSR (Sowjetkongresse der RSFSR), Moskau 1939, S. 181.

16 Lenin, W. I., Werke, Bd. 31, a. a. O., S. 511 f.

17 Ebenda, Bd. 32, S. 132 - 141.

18 Ebenda, S. 132 f.

19 Ebenda, S. 139.

20 S-ezdy Sovetov RSFSR v postanovlenijach i rezoljucijach (Die Sowjetkongresse der RSFSR in Beschlüssen und Resolutionen), Moskau 1939, S. 236.

Vor Abschluß des Kongresses hatte sich Lenin mit einer Begrüßungsansprache an die Delegierten gewandt, in der es hieß: "Die Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern hat mit der systematischen und planmäßigen Elektrifizierung unseres Landes begonnen ... Mit Hilfe Ihres Kongresses, mit Hilfe aller Elektrotechniker Rußlands und einer ganzen Reihe der besten fortschrittlichen Wissenschaftler der ganzen Welt, dank der heldenmütigen Anstrengungen der Vorhut der Arbeiter und werktätigen Bauern werden wir diese Aufgabe bewältigen, werden wir die Elektrifizierung unseres Landes durchführen." ²¹

Am 21. Dezember 1921 bestätigte der Rat der Volkskommissare das Dekret über den Bau der Bezirkselektrizitätswerke und legte zehn bis fünfzehn Jahre dafür fest. In dreißig Bezirken plante man, große Bezirkskraftwerke zu errichten und an 55 Punkten existierende wiederaufzubauen und zu erweitern oder nahe beieinanderliegende Elektrizitätswerke für die bessere Ausnutzung der gemeinsamen Möglichkeiten und die Erhöhung ihrer Rentabilität zusammenzulegen. Zugleich mit der Errichtung der Bezirkskraftwerke sollten solche von örtlicher Bedeutung - mit mittlerer und geringerer Kapazität - für die Elektrifizierung der Landwirtschaft und der kleineren Industriebetriebe errichtet werden.

Eine der wichtigsten Besonderheiten des GOELRO-Planes war seine detaillierte Ausarbeitung nach territorialen Gesichtspunkten, die Bestimmung der konkreten Aufgaben für die Entwicklung der Elektrifizierung und der Industrie als Ganzes im Maßstab einzelner großer Wirtschaftseinheiten. So arbeitete die V. Konferenz der KP (B) der Ukraine (November 1920) entsprechend den im GOELRO-Plan verzeichneten gesamtstaatlichen Aufgaben einen konkreten Plan für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Wirtschaft dieses Teils des Sowjetlandes auf der Grundlage der Elektrifizierung aus. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Wiederaufbau des Donbass als der wichtigsten Kohlen- und metallurgischen Basis des ersten sozialistischen Staates der Welt gewidmet. Die Konferenz legte die Aufgabe fest, die Ukraine, was die Wirtschaft angeht, in einen der entwickeltsten Teile des Landes zu verwandeln.

Die Werktätigen des Sowjetlandes nahmen die Verwirklichung des GOELRO-Planes unter außerordentlich schwierigen Bedingungen in Angriff. Jedoch die gewaltige Kraft der Oktoberrevolution hatte nie dagewesene schöpferische Energien der Millionenmassen geweckt. Der durch die Partei ausgearbeitete und wissenschaftlich begründete große Leninsche Plan des Aufbaus einer neuen sozialistischen Gesellschaft wurde dank der aufopferungsvollen Arbeit der Sowjetmenschen erfolgreich verwirklicht.

Lenin, der auf dem IX. Sowjetkongreß (Dezember 1921) und auf dem III. Kongreß der Komintern über die ersten Erfolge bei der Verwirklichung des GOELRO-Planes berichtete - über die Inbetriebsetzung der ersten Elektrizitätswerke mit einer Leistung von 12 000 Kilowatt -, drückte die feste Überzeugung aus, daß der GOELRO-Plan dank der Mobilisierung der schöpferischen Kräfte von Millionen Werktätigen nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt werden würde.

Wie Lenin vorausgesehen hatte, entwickelte sich der sozialistische Aufbau im Sowjetland in rascherem Tempo als im GOELRO-Plan vorgesehen war. Schon im Herbst 1922 waren die Bezirkselektrizitätswerke Kaschira bei Moskau und Utkino bei Leningrad im Bau. Zum XII. Parteitag (1923) war das Programm "A" schon zu 50 Prozent erfüllt, und mit dem Bau von acht neuen Elektrizitätswerken war begonnen worden. Die wesentlichen Arbeiten zur Verwirklichung des GOELRO-Planes wurden erst nach dem Tode Lenins durchgeführt.

Von Jahr zu Jahr erlangte die Elektrifizierung in der UdSSR immer größeren Schwung, die elektrotechnische Industrie und der Maschinenbau, einschließlich der Produktion von Moto-

²¹ Lenin, W. I., Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 29.

ren, Turbogeneratoren, Transformatoren usw., erhielten eine eigene Basis. Die neuen Bezirkselektrizitätswerke sicherten nicht nur den schnelleren Wiederaufbau der Volkswirtschaft, sondern auch die technische Umrüstung der Landwirtschaft, der Leicht- und Lebensmittelindustrie, des Bauwesens, des Verkehrswesens sowie des Post- und Fernmeldewesens. Auf der Basis der Elektrifizierung wurde die erstklassige sowjetische Schwerindustrie geschaffen, die Grundlage des technischen Fortschritts und der ökonomischen Stärke des sozialistischen Staates, der wichtigste Faktor beim Aufbau des Sozialismus.

Zur Erfüllung des GOELRO-Planes wurde in Schatura (1925), Balachna (1925), am Wolchow und in Schterowka (1926) und anderen Orten mit dem Bau von Elektrizitätswerken begonnen. 1926 wurde im Lande doppelt soviel Elektroenergie erzeugt wie 1913. Die sowjetische Industrie nahm in nie dagewesen kurzer Frist die Fertigung vieler Arten von Industrieprodukten auf, die im zaristischen Rußland nicht hergestellt worden waren. Die kommunistische Partei, die sich strikt von der Leninschen Lehre über die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande leiten ließ, erkannte auf ihrem XIV. Parteitag (Dezember 1925) die Durchführung einer solchen ökonomischen Politik als notwendig an, die die Möglichkeit geben würde, "der UdSSR die wirtschaftliche Selbständigkeit zu gewährleisten, die sie vor ihrer Verwandlung in ein Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft schützt, damit sie den Kurs zur Industrialisierung des Landes einschlagen, die Produktion von Produktionsmitteln entwickeln und Reserven für das ökonomische Manövrieren schaffen kann."²²

Der Übergang zur sozialistischen Industrialisierung und die erfolgreiche Erfüllung des ersten Fünfjahresplanes (1929 bis 1932) erlaubten, neue grandiose Pläne aufzustellen zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR. Die XVII. Konferenz der KPdSU, die im Januar/Februar 1932 stattfand, stellte die Aufgabe der entfalteten technischen Rekonstruktion aller Zweige der Volkswirtschaft auf der Grundlage der breitesten Elektrifizierung der Industrie, des Verkehrswesens und der allmählichen Einführung der Elektroenergie in die Landwirtschaft. Ausgehend von den Direktiven der XVII. Parteikonferenz, schritt die Staatliche Plankommission der UdSSR zur Aufstellung eines Generalplanes zur Elektrifizierung des Landes. Die Unionskonferenz zur Elektrifizierung (Mai 1932) arbeitete die grundlegenden Aufgaben der Elektrifizierung für die wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft aus, bestimmte die Hauptrichtungen der technischen Rekonstruktion der Energiewirtschaft selbst sowie der Schaffung eines einheitlichen Hochspannungsnetzes. Als Basis der Stromversorgung wurden Wärme- und Wasserkraftwerke bestimmt.

Bis zum Jahre 1935 (das von der Elektrifizierungskommission 1920 als Jahr der Vollendung des GOELRO-Planes vorgesehen worden war) waren die ursprünglichen Planziele bedeutend übererfüllt. Wenn im Plan vorgesehen war, neue Bezirkselektrizitätswerke mit Anlagen von 1 750 000 Kilowatt Leistung fertigzustellen, so erreichte Ende 1935 die Leistung aller Elektrizitätswerke faktisch 6 914 000 Kilowatt, darunter die der Bezirkskraftwerke 4 540 000 Kilowatt. Im Plan war vorgesehen, dreißig Bezirkselektrizitätswerke zu errichten, aber 1935 lieferten bereits vierzig Strom.

Der GOELRO-Plan erfaßte nicht nur die Errichtung von Elektrizitätswerken, sondern auch alle Zweige der Volkswirtschaft, die auf der Basis der fortgeschrittensten Technik entwickelt wurden (siehe Tabelle 2).

Auf diese Weise wurden die ursprünglichen Ziele des GOELRO-Planes um das 1,5- bis 2,5-fache übertroffen, und die Sowjetunion nahm in bezug auf die Produktion der wichtigsten Industrieerzeugnisse einen der ersten Plätze in der Welt ein. Die erfolgreiche Erfüllung des

ersten perspektivischen Volkswirtschaftsplanes - des GOELRO-Planes - sicherte die Schaffung der Grundlagen für die materiell-technische Basis des Sozialismus.

Tabelle 2

Ergebnisse der Erfüllung des GOELRO-Planes⁺

Kennziffer	1913	GOELRO-Plan-Ziel	1935	Prozent des GOELRO-Planes
Industrielle Brutto- produktion (1913 = 100)	100	180 - 200	411	205 - 228
Kapazität der Bezirks- elektrizitätswerke (in 1 000 kW)	189	1 750	4 338	247,9
Kohle (Mill. t)	29,1	62,3	108,9	174,8
Erdöl (Mill. t)	9,2	11,8 - 16,4	25,1	153 - 213
Torf (Mill. t)	1,7	16,4	18,5	112,8
Eisenerz (Mill. t)	9,2	19,6	26,8	136,7
Manganerz (Mill. t)	1,25	1,65	2,39	144,8
Roheisen (Mill. t)	4,2	8,2	12,5	152,4
Stahl (Mill. t)	4,2	6,5	12,6	193,8
Aluminium (Mill. t)	-	9,8	25,0	255,1

+ Elektrifikacija SSSR (Die Elektrifizierung der UdSSR), Moskau 1967, S. 31.

Die Verwirklichung des Leninschen GOELRO-Planes und die Industrialisierung des Landes waren eine gigantische Schlacht des sowjetischen Volkes für den Sozialismus. "Ein halbes Jahrhundert an Erfahrungen des Sozialismus bestätigten die Richtigkeit der Leninschen Politik der Schaffung einer großen sozialistischen Industrie."²³ Die gesamte Geschichte der Entwicklung und der machtvolle Aufschwung der Sowjetunion sind die materielle Verkörperung der Leninschen Ideen. Sie demonstrieren vor aller Welt die unbestreitbare Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus.

Der dritte Fünfjahrplan (1938 bis 1942) sah vor, sechsmal soviel elektroenergetische Kapazität in Funktion zu setzen, wie der GOELRO-Plan vorgesehen hatte. Nach diesem Fünfjahrplan sollte die Gesamtleistung der Elektrizitätswerke auf das 2,1fache ansteigen gegenüber 1937, dem Jahr der erfolgreichen Erfüllung des zweiten Fünfjahrplans. Eine solche beschleunigte Entwicklung der Elektroenergetik gab die Möglichkeit, wie es in der Resolution des XVIII. Parteitag der KPdSU hieß, "die teilweise vorhandene Disproportion zwischen

²³ O podgotovke k 100-letju so dnja roždenija Vladimira Il'iča Lenina. Postanovlenie Central'nogo Komiteta KPSS (Über die Vorbereitung zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins. Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU), Moskau 1968, S. 11.

dem großen Wachstum der Industrie und der ungenügenden Erweiterung der Kapazitäten der Elektrizitätswerke zu beseitigen, um zu erreichen, daß das Wachstum der Elektrizitätswerke nicht nur das der Industrie überholte, sondern auch die Schaffung bedeutender Reserven an elektrischer Leistung sicherte."²⁴ Die erfolgreiche Entwicklung der Elektroenergie beweist überzeugend, daß die Leninschen Ideen von der Elektrifizierung des ganzen Landes erfolgreich realisiert wurden.

Jedoch der zweite Weltkrieg und die zeitweilige Okkupation wichtiger ökonomischer Gebiete der Sowjetunion fügten – wie der gesamten Volkswirtschaft – auch der Elektroenergie riesigen Schaden zu. Allein in der Ukraine blieben von 45 vor dem Krieg vorhandenen großen Elektrizitätswerken nur acht unzerstört. Fast alle behördlichen, kommunalen, landwirtschaftlichen und verkehrseigenen Elektrizitätswerke wurden vernichtet. Die Erzeugung von Elektroenergie betrug 1943 in der Ukraine nur 0,3 Prozent des Standes von 1940.

Nach Kriegsende begann die schöpferische Arbeit zur Wiedererrichtung der zerstörten und zum Bau neuer Elektrizitätswerke. Die wesentlichen Arbeiten zum Wiederaufbau der Elektroenergie waren durchgeführt, als die Sowjetunion im vierten Fünfjahrplan, dem Nachkriegsfünfjahrplan, das Vorkriegsniveau an Elektroenergie wieder erreichte. 1947 errang sie den ersten Platz in Europa und den zweiten in der Welt (nach den USA). Dabei wurde dieser Wiederaufbau auf einer modernen technischen Basis verwirklicht, was wesentlich höhere technisch-ökonomische Kennziffern für die Elektrizitätswerke und das Energiesystem insgesamt ergab. So wuchs zum Beispiel die Leistung des Dnepr-Kraftwerkes "W. I. Lenin" im Verlauf des Wiederaufbaus und der Modernisierung seiner Anlagen von 552 000 Kilowatt auf 652 000 Kilowatt, und seine jährliche Erzeugung an Elektroenergie übertraf die Jahresproduktion des gesamten vorrevolutionären Rußland.

Noch rascher entwickelte sich die Elektroenergie von 1951 bis 1955, als neben der Rekonstruktion der bestehenden und dem Bau neuer großer Wärmekraftwerke der intensive Bau mächtiger Wasserkraftwerke an den Flüssen Wolga, Dnepr, Kama, Irtysch, Angara und anderen begann. Die bekannten Hinweise Lenins zum "Bjulleten GOËLRO" Nr. 5, "daß das Entscheidende (zweimal unterstrichen von Lenin – d. Verf.) bei der zweckmäßigen Elektrifizierung nur die großen Bezirkskraftwerke sind"²⁵, wurde in die Beschlüsse des XX. Parteitags aufgenommen, der das Programm zur Steigerung der elektroenergetischen Kapazität vorzeichnete und auf die Notwendigkeit hinwies, Produktion und Betrieb hochleistungsfähiger Kessel und Turbinen mit höheren Dampfkennziffern zu meistern, die Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik breiter auszunutzen und die neuesten Errungenschaften des Maschinenbaus einzuführen. Die Erfüllung dieser Aufgaben erwies sich als günstig für die Elektrifizierung. Von 1950 bis 1968 wurde die Generatorenfertigung auf das 15,5fache gesteigert. Wenn 1941 nur 6 Wasserkraftwerke mit einer Leistung von zirka 100 000 Kilowatt arbeiteten und das Dneprkraftwerk eine Leistung von 550 000 Kilowatt aufwies, so arbeiteten 1968 schon 14 Wasserkraftwerke mit einer Leistung von 100 000 bis 300 000 Kilowatt, 10 Wasserkraftwerke mit 300 000 bis 700 000 Kilowatt sowie das Wasserkraftwerk von Wotkinsk mit 1 Million Kilowatt, das Wolgakraftwerk "W. I. Lenin" mit 2,3 Millionen Kilowatt, das Wolgakraftwerk "XXII. Parteitag der KPdSU" mit 2,6 Millionen Kilowatt, das Kraftwerk "50. Jahrestag des großen Oktober" von Bratsk mit 4,1 Millionen Kilowatt und das Kraftwerk von Krasnojarsk am Jenissei mit 6 Millionen Kilowatt und mit Wasserturbinen von 500 000 Kilowatt; seine Ausrüstung wird bis 1970 beendet sein, und es wird dann die billigste Elektroenergie der Welt erzeugen.

24 KPSS v rezolucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov ZK, T. 3, a. a. O., S. 346.

25 Leninskij Sbornik (Lenin-Sammlung), Bd. 34, Moskau 1942, S. 363.

Ein erhabenes Denkmal für Lenin, den Schöpfer des GOELRO-Planes, wird die Beendigung des Baus des Wasserkraftwerks von Sajano-Schuschenskoje im folgenden Fünfjahrplan sein, in dem Wassergeneratoren von 650 000 Kilowatt installiert werden. Seine Kapazität erreicht 6,3 Millionen Kilowatt. An der Angara ist das Wasserkraftwerk von Ust-Illimsk im Bau mit einer Leistung von 4,3 Millionen Kilowatt. Am Fluß Wachsch (Tadshikische SSR) wird das Nurek-Wasserkraftwerk mit einer Leistung von 2,7 Millionen Kilowatt gebaut.

Von 26 jetzt in Bau befindlichen Wasserkraftwerken werden zehn eine Leistung von 1 bis 6 Millionen Kilowatt haben. 1968 wurden in den Wärmekraftwerken der UdSSR 68 Turbogeneratoren mit 150 000 Kilowatt eingebaut, 61 weitere zu 200 000 Kilowatt und 25 zu 300 000 Kilowatt. Über 20 Elektrizitätswerke haben eine Leistung von 1 Million Kilowatt und mehr. Ende 1967 wurde im Staatlichen Bezirkskraftwerk von Slawjansk ein Turbosatz mit einer Leistung von 800 000 Kilowatt in Betrieb gesetzt, der als Doppelwellen-Generator arbeitet. Ausgehend von den bei der Schaffung großer Turbogeneratoren gesammelten Erfahrungen, werden in den neuen Elektrizitätswerken solche mit einer Leistung von 300 000, 500 000 und 800 000 Kilowatt aufgestellt, die mit Kesseln nach kritischen und überkritischen Parametern Dampf erzeugen, was das effektivste Mittel zur Erzielung hoher ökonomischer Kennziffern ist.

In den wissenschaftlichen Forschungszentren werden erfolgreich Arbeiten durchgeführt zur Projektierung von Turbinen mit einer Leistung von 1 200 000 und 1 500 000 Kilowatt. Man ist dabei, die ersten Einwellen-Turbinen mit einer Leistung von 800 000 Kilowatt zu entwickeln.

Eine charakteristische Besonderheit in der Entwicklung der sowjetischen Energetik besteht in dem raschen Tempo der Errichtung von Wärmekraftwerken, die heute über 80 Prozent der gesamten in der UdSSR erzeugten Elektroenergie abgeben. Seit zehn Jahren erhält die Volkswirtschaft Strom aus dem in der UdSSR der Leistung nach zweitgrößten Staatlichen Bezirkskraftwerk "W. I. Lenin" in Starobeshev (2,3 Millionen Kilowatt). In der Erzeugung von Elektroenergie nimmt es den ersten Platz in der Welt hinsichtlich der Wärmeenergetik ein. Jetzt hat die Ukraine das in der Welt größte Wärmekraftwerk in Betrieb, das Staatliche Bezirkskraftwerk "Leninscher Komsomol" im Gebiet Pridneprowska, mit einer Kapazität von 2,4 Millionen Kilowatt, und 1970 wird das Staatliche Bezirkskraftwerk von Burschtin im Gebiet von Iwano-Frankowska die gleiche Leistung erreichen.

In den letzten Jahren wurde eine große Arbeit geleistet beim Zusammenschluß der Energiesysteme. 1965 gab es in unserem Lande neun große Verbundsysteme. Das Verbundsystem des europäischen Teils der UdSSR weist jetzt eine Leistung seiner Elektrizitätswerke von über 70 Millionen Kilowatt auf.

Die Sowjetunion verwendete als erste Kernenergie für friedliche Zwecke. Schon 1954 nahm in Obninsk das erste Atomkraftwerk der Welt mit einer Leistung von 5 000 Kilowatt die Arbeit auf, und zehn Jahre später lieferten die Atomkraftwerke von Belojarsk und Nowo-Woroneh Strom. 1967 erreichte die Gesamtleistung der Atomkraftwerke der UdSSR 1 Million Kilowatt. Die weitere beschleunigte Entwicklung dieser Art von Energieerzeugungsanlagen ist vorgesehen.

In der Praxis des Wirtschaftsaufbaus der Sowjetunion fand die Leninsche Idee der vorrangigen Entwicklung der Energetik ihre volle Bestätigung. Anschaulicher Beweis dessen ist das beschleunigte Tempo des Wachstums der Elektroenergieerzeugung im Verhältnis zum Anwachsen der industriellen Bruttoproduktion. Von 1913 bis 1968 wuchs die industrielle Bruttoproduktion auf das 79fache, die Produktion von Produktionsmitteln (Gruppe "A") auf das 184fache und die Erzeugung von Elektroenergie auf das 323fache.²⁶ Noch wichtiger ist die

²⁶ Narodnoe chozajstvo SSSR v 1968 godu. Statističeskij ežegodnik (Die Volkswirtschaft der UdSSR im Jahre 1968. Statistisches Jahrbuch), Moskau 1969, S. 43 u. 228.

Tatsache, daß in den Jahren des sozialistischen Aufbaus besonders in der Industrie der Elektroenergieverbrauch stark wuchs. So stieg die industrielle Bruttoproduktion in der UdSSR von 1929 bis 1965 auf das 51fache, aber der Elektroenergieverbrauch in diesem Zweig der Volkswirtschaft auf das 103fache.

In den Direktiven des XXIII. Parteitags der KPdSU zum Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR 1966 bis 1970 ist die Beibehaltung eines größeren Wachstumstempos der Elektroenergetik und des Stromverbrauchs im Vergleich zur Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes insgesamt vorgesehen. Der Plan sieht die Steigerung der Produktion von Elektroenergie in den Jahren des achten Fünfjahrplans um 70 Prozent vor bei einem allgemeinen Anwachsen der Industrieproduktion um 47 bis 50 Prozent.²⁷ Die ersten vier Jahre des Fünfjahrplans zeigen, daß bei der Übererfüllung aller Planaufgaben in den Zweigen der industriellen Produktion sich die Elektroenergetik der UdSSR in besonders raschem Tempo entwickelt.

Der Leninsche GOELRO-Plan sah vor, daß als Resultat des vorrangigen Wachstums der Anteil dieses fortgeschrittenen Zweiges in der Volkswirtschaft stetig zunehmen wird. Das beweist insbesondere das Wachstum des Anteils der Elektroenergetik an den industriellen Produktionsgrundfonds, der von 1933 bis 1968 von 9,6 auf 15,8 Prozent stieg.²⁸

Der kennzeichnende Zug des GOELRO-Planes war die allseitige Berücksichtigung des Elektroenergiebedarfs aller Zweige der Volkswirtschaft bei besonderer Aufmerksamkeit für diejenigen, die vom Standpunkt der gegebenen Etappe des Aufbaus des Sozialismus die wichtigsten waren. Die Verwirklichung der Leninschen Idee der Elektrifizierung des Landes trug im Verlauf des halben Jahrhunderts ihrer Realisierung dazu bei, daß der entscheidende Zweig der Volkswirtschaft - die Industrie - weiterhin die Stellung als Hauptverbraucher von Elektroenergie (mehr als zwei Drittel des Gesamtverbrauchs im Lande) behauptet.

Progressive strukturelle Veränderungen im Stromverbrauch gehen auch in der Industrie selbst vor sich, wo unter ihren Bedarfsträgern immer mehr der Anteil der vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft wichtigsten Zweige anwächst. So entfielen in der Industrie der Ukrainischen SSR - eine der entwickeltsten Republiken der Sowjetunion - 1967 über 80 Prozent des Verbrauchs von Elektroenergie auf Brennstoffindustrie, Metallurgie, Maschinenbau und chemische Industrie.

Die Steigerung des Stromverbrauchs in diesen Zweigen hing mit der Erweiterung der Ausnutzung der elektrischen Antriebskraft zusammen, mit der Einführung progressiver technologischer Prozesse und der Herstellung von Erzeugnissen höherer Qualität. So nimmt im Maschinenbau immer mehr die Anwendung von Maschinen für die Bearbeitung von Metallen unter Ausnutzung elektrothermischer und elektrochemischer Verfahren zu. Die Steigerung des Stromverbrauchs wurde in diesem Fall noch übertroffen durch den verringerten Aufwand an Arbeit für die Produktion insgesamt und eine Kostensenkung in anderen Industriezweigen.

In den letzten Jahren, besonders im Siebenjahrplan (1959 bis 1965) und im achten Fünfjahrplan (1966 bis 1970) wuchs der Stromverbrauch in der chemischen und der metallurgischen Industrie stark an. Für den ersteren dieser Zweige hing die Steigerung mit bedeutenden Strukturveränderungen, insbesondere mit dem beschleunigten Tempo der Produktion von Polymeren, Chemiefasern und anderen Stoffen zusammen. Die Steigerung des Anteils der

27 Kossygin, A. N., Über den Entwurf der Direktiven zum Fünfjahrplan 1966 bis 1970, Berlin 1966, S. 20 u. 25.

28 Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1958 godu, a. a. O., Moskau 1959, S. 133; ebenda 1968, S. 214.

Chemie an der Energiebilanz des Landes war direkt proportional der Steigerung ihrer Bruttoproduktion und kam positiv zum Ausdruck als Verringerung des Arbeitsaufwandes pro Rubel Erzeugung in den anderen Zweigen der Volkswirtschaft.

Ein großer Sprung des Energieverbrauchs in der Metallurgie in den Jahren des Siebenjahresplans (der Energieverbrauch in der Metallurgie stieg von 1959 bis 1965 auf das 1,7fache) hing zusammen mit bedeutenden qualitativen Veränderungen in diesem Zweig in den letzten Jahren. Die bedeutende Entwicklung des Konverterschmelzverfahrens im Lande zog den Aufbau eines Netzes von Sauerstoffwerken nach sich, die mit zu Hauptverbrauchern an Elektroenergie in der metallurgischen Industrie wurden. In den letzten zehn Jahren ist in diesem Zweig ein bedeutender Fortschritt der Vakuumm Metallurgie, der Elektrotechnologie bei der Erzeugung qualitativ hochwertiger Stähle, der Produktion von Ferrolegierungen, Aluminium und anderen Leicht- und Buntmetallen zu beobachten, das heißt solcher Verfahren, die einen besonders hohen Aufwand an Elektroenergie benötigen.

In einer Reihe von Zweigen hängt das Wachsen des Energieverbrauchs unmittelbar mit Strukturveränderungen zusammen. So wuchs in der Ukraine von 1950 bis 1967 der Anteil von Erdöl und Gas an der Brennstoffförderung von 3,1 auf 31,3 Prozent.²⁹ Diese Verbesserung der Brennstoffbilanz wurde gleichzeitig zu einem der wesentlichsten Faktoren eines erhöhten Elektroenergieverbrauchs dieses Zweiges, der durch die Erschließung und Ausbeutung von Erdöl- und Gasvorkommen hervorgerufen worden war.

Der derzeitige außerordentlich hohe Stand der Entwicklung der Elektroenergie in der UdSSR ruft wichtige Veränderungen in der Gesamtstruktur des Energieverbrauchs hervor. Während die Industrie der Hauptverbraucher an Elektroenergie bleibt, wächst in den letzten Jahren besonders stark der Anteil anderer Wirtschaftszweige. Nicht zufällig ist der Anteil der Industrie in der Verbrauchsstruktur von 71,5 Prozent 1950 auf 67 Prozent 1968 gesunken.³⁰ Das wurde teilweise durch einen rationelleren Energieverbrauch je Produktionseinheit hervorgerufen, was sich besonders stark gerade in der Industrie zeigte und sich als gewisse, dem absoluten Wachstum des Stromverbrauchs dieses Zweiges der Volkswirtschaft entgegenwirkende Tendenz erwies. Dennoch waren die großen Umwälzungen in der Energieversorgung anderer Zweige der Volkswirtschaft wesentliche Faktoren ähnlicher Ordnung. Der Übergang bedeutender Teile des Verkehrswesens zum Elektroantrieb, das wesentliche Anwachsen des Stromverbrauchs in den hauptsächlich technologischen Prozessen der Landwirtschaft, das riesige Anwachsen der Haushaltstechnik bei der Bevölkerung (Kühlschränke, Fernsehapparate, Waschmaschinen) - all das wurde möglich durch den hohen Stand der Stromerzeugung in der UdSSR und führte gleichzeitig zu einem rascheren Tempo des Anwachsens des Stromverbrauchs in diesen Zweigen gegenüber der Industrie.

Besonders klar zeigt sich die Leninsche Idee des GOELRO-Planes in dem raschen technischen Fortschritt, der unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders wichtige Bedeutung erlangt, wie auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 unterstrichen wurde: "Die breite Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die zu einem entscheidenden Kampffeld des historischen Wettbewerbs zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus geworden ist, stellt eine wichtige Bedingung für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft dar."³¹ Wie Lenin voraussah, wurde zum Hauptweg des technischen Fortschritts die Elektrifizierung der Produktion, die Einführung solcher

29 Narodne gospodarstvo Ukrainskoj RSR u 1967 r. Statističnij ščoričnik (Die Volkswirtschaft der Ukrainischen SSR im Jahre 1967. Statistisches Jahrbuch), Kiew 1968, S. 95.

30 Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1968 godu, a. a. O., S. 220.

31 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Berlin 1969, S. 26.

hochproduktiver Verfahren in die Produktionsprozesse, die nur auf der Basis der Elektroenergie funktionieren können.

Eine der durch den GOELRO-Plan bestimmten Grundrichtungen des technischen Fortschritts war die breite Ausnutzung der Elektroenergie als Antriebskraft und ihre weitreichende Einführung in die technologischen Prozesse. Die Ausnutzung der Elektroenergie als Antriebskraft auf der Grundlage des Einzel- und Gruppenantriebs trägt zu grundlegenden Veränderungen in der Konstruktion von Maschinen, ihren Abmessungen und Gewichten, der Art ihrer Einwirkung auf den Arbeitsgegenstand bei, gibt die Möglichkeit, die Bewegungsgeschwindigkeit der Maschinen und ihre Produktivität zu erhöhen und schafft die Bedingungen für die komplexe Mechanisierung und Automatisierung der Produktion.

In der Industrie der UdSSR betrug die Motorenleistung bei Arbeitsmaschinen 1965 fast 170 Millionen Kilowatt, wobei der Anteil des elektrischen Antriebs über 87 Prozent erreichte. Der Koeffizient der Elektrifizierung von Antriebsprozessen im Maschinenbau, in der chemischen und der Kohlenindustrie nähert sich 100 Prozent. Die weitere Elektrifizierung der Antriebsprozesse gibt die Möglichkeit, nicht nur das Niveau der Mechanisierung wesentlicher Produktionsprozesse zu erhöhen, sondern auch die Hilfsarbeiten vollständig zu erfassen, bei denen der Anteil der Handarbeit noch groß ist. Die durchgängige Elektrifizierung der Antriebsprozesse wird durch die komplexe Mechanisierung und Automatisierung der Produktion vollendet.

Die erhöhte Stromversorgung der Industrie schuf die Möglichkeit, die Elektroenergie in die technologischen Prozesse der Produktion einzuführen. Unter den letzteren haben die Elektrothermik, die Elektrolyse und das Elektroschweißen, die die fortgeschrittenste Entwicklung der modernen Technik widerspiegeln, besondere Bedeutung. In den letzten Jahrzehnten erreichte die Entwicklung solcher energieintensiver Zweige ein besonders hohes Niveau, wie es die Elektrochemie, die Elektrometallurgie von Schwarz- und Buntmetallen usw. sind. Große Zukunft hat die Elektronentechnologie, mit deren Hilfe unter Einfluß eines elektrischen Kraftfeldes und einer elektrischen Ladung Stoffe umgewandelt werden und neue Eigenschaften erhalten.

In der Industrie der Sowjetunion stellt das unentwegte Wachsen des produktiven Verbrauchs an Elektroenergie in elektrotechnologischen Prozessen eine Gesetzmäßigkeit dar. Wenn 1928 der Anteil des Stromverbrauchs für technologische Prozesse nur 2 Prozent betrug, so erreichte er 1965 schon 35 Prozent. Und je höher das Verhältnis der Ausnutzung von Elektroenergie in technologischen und Antriebsprozessen ist, um so höher ist das Tempo des technischen Fortschritts, um so höher ist das technische Niveau der Industrieproduktion.

Lenin wies wiederholt auf die wichtige Rolle der Elektrifizierung für die Entwicklung der Kombination der Produktion hin. Die Vereinigung verschiedener Industriezweige, die als verschiedene aufeinanderfolgende Bearbeitungsstufen des Rohstoffs auftreten oder eine Hilfsstellung füreinander einnehmen, in einen einzigen Betrieb, ist nur unter den Bedingungen des Übergangs technologischer Prozesse auf die Basis der Elektrizität möglich.

Lenin unterstrich, daß alle drei Grundelemente der Arbeitsproduktivität - Intensität, breite Mechanisierung und eingeordneterer Produktionsablauf - eng mit den Erfolgen der Elektrifizierung zusammenhängen.

Das höhere Elektrifizierungsniveau der Produktion gestattet, die Hauptaufgabe der sozialistischen erweiterten Reproduktion, die Aufgabe des Anwachsens der Einsparungen der Aufwendungen an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit zu lösen. Die These Lenins, daß gerade die Arbeitsproduktivität letztlich den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung bestimmt, konnte nur auf dem Wege der Lösung des Problems der raschen Elektrifizierung der Volkswirtschaft verwirklicht werden.

Das wissenschaftliche Herangehen Lenins an die Probleme der Steigerung der Arbeitsproduktivität fand seinen Ausdruck im GOELRO-Plan. Dieser Plan sah die Erhöhung der Elektroausrüstung der Arbeit auf das 1,42fache vor, was zum entscheidenden Faktor des Wachstums der Arbeitsproduktivität auf das 1,53fache in den Jahren seiner Erfüllung wurde.³² Die Abhängigkeit zwischen der Elektroausrüstung und der Arbeitsproduktivität hatte sich im Verlauf der Erfüllung des GOELRO-Planes völlig bestätigt und wird weitgehend in der Planungspraxis der Sowjetunion angewandt.

Der Einfluß der Elektrifizierung auf das Niveau der Arbeitsproduktivität wird durch folgende Angaben illustriert. 1968 war die Elektrifizierung der Arbeit in der Industrie der UdSSR im Vergleich zu 1913 auf das 23fache angewachsen, die Elektroausrüstung auf das 38fache und die Arbeitsproduktivität auf mehr als das 15fache (die stündliche Arbeitsproduktivität unter Einrechnung der Kürzung des Arbeitstages war in der gleichen Zeitspanne auf nahezu das 22fache gestiegen).³³ Das beschleunigte Tempo der Elektrifizierung der Arbeit als grundlegender Faktor des Wachstums ihrer Produktivität ist auch für die Perspektive vorgesehen. In Übereinstimmung mit den Direktiven des XXIII. Parteitages der KPdSU über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR von 1966 bis 1970 wurde ein Anwachsen der Elektroausrüstung der Industriearbeiter auf das 1,5fache und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität auf das 1,33- bis 1,35fache vorgesehen.³⁴

Die großartige Perspektive des Voranschreitens zum Kommunismus ist im neuen Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion umrissen, das auf den Hauptweg zum Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus hinweist und als eine der grundlegenden Aufgaben die Notwendigkeit in den Vordergrund rückt, die vollständige Elektrifizierung des Landes und auf dieser Grundlage die Vervollkommnung der Technik, der Technologie und der Organisation der Produktion zu sichern. Das Programm stellt die Aufgabe, die Leninsche Idee des kommunistischen Aufbaus, die erstmalig im GOELRO-Plan formuliert war, weiter auszuarbeiten und zu entwickeln. Ihre Verwirklichung ist ein neuer Triumph des Leninismus.

Die Erfahrungen der Sowjetunion beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus in kurzer Frist und unter besonders schwierigen Bedingungen wiesen den Völkern der anderen Länder den Weg zum Aufbau der neuen Gesellschaft. Im Verlauf der Entwicklung und Festigung der Länder des sozialistischen Weltsystems wurde die weltweite historische Bedeutung des Leninschen Gedankens eines Plans zur Elektrifizierung deutlich.

Die Errungenschaften der UdSSR bei der Festigung ihrer mächtigen industriellen Basis, begründet auf der breiten Einführung der Elektroenergie in allen Zweigen der Wirtschaft, wurden zur Grundlage für die Verwirklichung der prophetischen Worte Lenins: "... wenn Rußland sich mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken und mächtigen technischen Anlagen bedeckt haben wird, dann wird unser kommunistischer Wirtschaftsaufbau zum Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien werden."³⁵

Die Erfolge der volksdemokratischen Länder bei der Schaffung von Produktivkräften der sozialistischen Gesellschaft, begründet auf der durchgängigen Elektrifizierung der Volkswirtschaft, wurden unter den neuen Bedingungen nur möglich dank der Anwendung jener Ideen,

32 Plan elektrifikacii RSFSR, a. a. O., S. 92.

33 Strana Sovetov za 50 let. Sbornik statističeskich materialov (50 Jahre Sowjetland. Sammlung statistischer Materialien), Moskau 1967, S. 55; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1968 godu, a. a. O., S. 220.

34 Materialy XXIII s-ezda KPSS (Die Materialien des 23. Parteitages der KPdSU), Moskau 1966, S. 230 u. 235.

35 Lenin, W. I., Werke, Bd. 31, a. a. O., S. 119.

die erstmalig in dem Leninschen Plan der Elektrifizierung Rußlands verwirklicht worden waren.

Die Leninschen Ideen des GOELRO-Planes, die durch die Erfahrungen der UdSSR überprüft sind, wurden von den kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Bruderstaaten ausgenutzt für die Beschleunigung des Tempos beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus und Kommunismus. Dabei gingen sie von der Leninschen These aus, daß nämlich gerade die Elektrifizierung den Kern der Schaffung der Produktivkräfte der neuen Gesellschaftsordnung darstellt. Sie studierten die Wege und Methoden der beschleunigten Entwicklung der Industrie für elektrische Ausrüstungen, die durch die Praxis in der UdSSR geprüft waren und wendeten sie unter den konkreten Bedingungen in den einzelnen sozialistischen Staaten an. "Uns", so unterstrich der erste Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Genosse Todor Shiwkow, "betreffen in vollem Maße die Worte Lenins: 'Kommunismus, das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes'. Für unser Land, wo die Macht sich in den Händen der Arbeiter und Bauern befindet und der Sozialismus als Gesellschaftsordnung gesiegt hat, ist die vollständige Elektrifizierung des Landes, der restlose Übergang aller Sektoren der Volkswirtschaft auf das Gleis der Elektrifizierung von entscheidender Bedeutung."³⁶

In der Mehrzahl der volksdemokratischen Länder erforderte die Elektrifizierung große Anstrengungen, was mit dem niedrigen Niveau der Entwicklung dieses Zweiges vor dem zweiten Weltkrieg zusammenhing. Die Produktion von Elektroenergie pro Kopf der Bevölkerung in diesen Staaten (außer der Tschechoslowakei und dem östlichen Teil Deutschlands, wo 1949 die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde) lag in der Vorkriegszeit sieben- bis zehnmal niedriger als die der ökonomisch entwickelten kapitalistischen Länder Europas. Dieses niedrige Niveau war durch die allgemein geringe Entwicklung der Produktivkräfte hervorgerufen worden, die durch die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Ausbeutung seitens ausländischer Monopole gehemmt worden war.

Lenin unterstrich, daß, "solange der Kapitalismus und das Privateigentum an den Produktionsmitteln bestehenbleiben, die Elektrifizierung eines ganzen Landes und einer Reihe von Ländern erstens nicht schnell und planmäßig und zweitens nicht zugunsten der Arbeiter und Bauern verwirklicht werden kann."³⁷

Der entscheidende Umbruch auf dem Gebiet der Elektrifizierung vollzog sich in den sozialistischen Ländern erst nach dem Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Die Entwicklung der Elektroenergetik wurde zu einem der wichtigsten Prozesse des sozialistischen Aufbaus in diesen Ländern. Lenin unterstrich wiederholt, daß ohne die Verwirklichung des Planes der Elektrifizierung als Basis der Großindustrie "von einem wirklich sozialistischen Fundament unseres Wirtschaftslebens gar keine Rede sein" kann.³⁸ Dieser Leninsche Hinweis auf die Notwendigkeit, alle Zweige der Volkswirtschaft zu elektrifizieren, gilt auch für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in anderen sozialistischen Staaten.

Die Entwicklung der Elektroenergieerzeugung in den Ländern des Sozialismus basiert vor allem auf den nationalen Energiequellen. Insgesamt nehmen die Länder des Sozialismus nach energetischen Rohstoffvorräten die führende Stellung in der Welt ein (auf sie entfällt ein Anteil von über 40 Prozent der energetischen Weltressourcen)³⁹, obwohl das Niveau

36 Živkov, Todor, Izbrannye stat'i i reči (Ausgewählte Artikel und Reden), Moskau 1965, S. 25.

37 Lenin, W. I., Werke, Bd. 33, a. a. O., S. 119.

38 Ebenda, Bd. 32, S. 428.

39 Mikul'skij, K. I., Nacional'nye resursy i meždunarodnoje sotrudničestvo (Nationale Ressourcen und internationale Zusammenarbeit), Moskau 1967, S. 148.

der Sicherstellung und die qualitative Zusammensetzung in den verschiedenen Ländern unterschiedlich sind. Der Anteil der Sowjetunion an den wärmeenergetischen Gesamtressourcen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) beträgt 90 Prozent, der Polens 8,3 Prozent, der der Tschechoslowakei und der DDR etwa 0,5 Prozent, der Rumäniens 0,25 Prozent, der Ungarns 0,15 Prozent und der Bulgariens 0,1 Prozent.⁴⁰ Gleichzeitig bestehen die energetischen Ressourcen der meisten europäischen sozialistischen Staaten aus relativ wenig effektiven Arten von Brennstoffen - Braunkohle, Lignit, Schiefer usw. Ungeachtet dieser durchaus nicht günstigen Faktoren erreichten die sozialistischen Länder bedeutende Erfolge in der Entwicklung der Elektrizitätserzeugung, dieses so wichtigen Zweiges der Volkswirtschaft.

Die maximale Ausnutzung der inneren Reserven für die Produktion von Elektroenergie wurde zur zuverlässigen Grundlage für die Entwicklung der energetischen Basis der sozialistischen Staaten. Die Erfahrungen bei der Verwirklichung des GOELRO-Planes in der Sowjetunion lenkten die Aufmerksamkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder vor allem auf die Beschleunigung des Tempos bei der Wiedererrichtung und Entwicklung einer eigenen Energiewirtschaft. Es ist charakteristisch, daß die Wiederherstellung der Elektroenergetik nach dem Kriege in allen sozialistischen Ländern um zwei bis drei Jahre früher abgeschlossen war als die Wiederherstellung der Volkswirtschaft insgesamt. So wurde das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion in den europäischen sozialistischen Ländern zwischen 1948 und 1949 erreicht, aber die Elektrizitätsindustrie erreichte diesen Stand schon zwischen 1945 und 1947.

In besonders raschem Tempo entwickelte sich die Elektroenergetik der volksdemokratischen Länder während der sozialistischen Industrialisierung. In den fünfziger Jahren entstand faktisch in solchen Ländern wie der Volksrepublik Bulgarien, Rumänien, der mongolischen Volksrepublik, Jugoslawien und anderen eine eigene energetische Basis. Einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Elektroenergetik leisteten in dieser Zeit auch solche wirtschaftlich entwickelte sozialistische Staaten wie die Sowjetunion, die DDR, die Tschechoslowakei und Ungarn.

Die Schaffung der Grundlagen der materiell-technischen Basis des Sozialismus in den meisten volksdemokratischen Ländern rückte Anfang der sechziger Jahre neue Aufgaben auf dem Gebiet der Energetik in den Vordergrund. Sie laufen auf die Notwendigkeit einer bedeutenden Erhöhung der Effektivität des Funktionierens der Energiewirtschaft, des vorrangigen Wachstumstempos der Elektroenergetik usw., hinaus.

Indem sie die Vorteile der sozialistischen Wirtschaftsführung und die Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausnutzten, erreichten alle sozialistischen Länder eine bedeutende Erhöhung der technisch-ökonomischen Kennziffern in den Elektrizitätswerken. Im Unterschied zu den fünfziger Jahren war im Zeitraum von 1960 bis 1968 die im Vergleich zu anderen Zweigen der Volkswirtschaft vorrangige Entwicklung der Elektroenergie gesichert. Besonders klar zeigte sich diese Erscheinung in solchen Ländern wie der DDR, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen, wo zwischen 1950 und 1955 sowie zwischen 1956 und 1960 der Koeffizient des Zuwachses der industriellen Produktion im Vergleich mit dem Zuwachs der Stromerzeugung insgesamt sich zwischen 0,95 und 0,99 bewegte.⁴¹ Nach 1960 überschritt in allen Mitgliedsländern des RGW (außer in Polen) das Tempo des Wachstums der Elektroenergetik das allgemeine Tempo des Wachstums der Industrieproduktion (1960 bis 1965 war der oben erwähnte Koeffizient für die DDR, für Ungarn und die Tsche-

40 *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija*, Nr. 9/1963, S. 102.

41 Ein Wachstumstempo der Elektroenergie, das gleich ist dem der industriellen Produktion, gleich 1,0 gesetzt.

choslowakei gleich 1,0, für Rumänien gleich 1,10, für die UdSSR und die VR Bulgarien gleich 1,2, für die Mongolische VR gleich 1,5 und für Polen gleich 0,99).⁴² Dadurch wurde die Erfüllung des Leninschen Hinweises über die Notwendigkeit des vorrangigen Wachstumstempos der energetischen Basis gewährleistet.

Wenn man diese Etappe der Entwicklung der Elektroenergetik in den Ländern des Sozialismus analysiert, kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß sie in den meisten von ihnen im Verlauf von fünfzehn Jahren durchlaufen wurde, das heißt, um vieles schneller als im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem. Zwischen 1950 und 1967 wuchs die Gesamtleistung aller Elektrizitätswerke der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auf das 5,5fache. In besonders raschem Tempo wuchs die Leistung der Elektrizitätswerke in solchen sozialistischen Staaten wie Bulgarien (auf das 15,9fache), Rumänien (auf das 7,4fache), der Sowjetunion (auf das 6,7fache) und Polen (auf das 4,1fache).⁴³

Die Schaffung einer eigenen energetischen Basis führte zur schnellen Steigerung der Produktion von Elektroenergie in allen sozialistischen Staaten. 1968 produzierten die sozialistischen Länder rund 950 Milliarden Kilowattstunden Elektroenergie, das ist das 6,5fache gegenüber 1950.⁴⁴ In außerordentlich schnellem Tempo ging in dieser Zeit der Zuwachs der Elektroenergieerzeugung in jenen Ländern vor sich, in denen während der Herrschaft des Kapitalismus diese Zweige faktisch gefehlt hatten oder äußerst schwach entwickelt waren. So stieg in drei Jahrzehnten (von denen fast fünfzehn Jahre auf die Kriegszeit und die folgende Wiederherstellung der Volkswirtschaft entfielen) die Elektroenergieerzeugung in Bulgarien auf das 58fache, in Rumänien auf das 25fache und in Polen auf das 15fache.⁴⁵

Die Auswirkung dieses Beispiels war besonders groß für die Völker der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die immer mehr begreifen, daß das rasche Tempo bei der Beseitigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit nur auf dem Wege der sozialistischen Wirtschaftsweise gesichert werden kann. Die Verstärkung des politischen und ideologischen Einflusses durch das sozialistische Weltssystem auf diese Länder hängt eng zusammen mit seinen Erfolgen auf wirtschaftlichem Gebiet und ist eine neue Bestätigung des Gedankens Lenins, daß die Haupteinwirkung auf die internationale Revolution durch die Wirtschaftspolitik ausgeübt wird.⁴⁶

Nicht weniger bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß dieser äußerst wichtige Zweig der Industrie sich in beschleunigtem Tempo in den sozialistischen Staaten entwickelt, in denen die Elektroenergetik schon in der Vorkriegszeit entstanden war (Deutsche Demokratische Republik, Tschechoslowakei). In diesen Ländern zeigt sich besonders deutlich die Nichtübereinstimmung zwischen dem hohen Niveau des Wirtschaftspotentials und den unbedeutenden Ressourcen an energetischen Rohstoffen. Ungeachtet dessen ist das Wachstumstempo der Elektroenergetik in ihnen gleich oder sogar höher als in den ökonomisch entwickeltsten imperialistischen Staaten mit günstigeren natürlichen Voraussetzungen für die Entwicklung dieses Zweiges. 1950 bis 1967 stieg die Produktion von Elektroenergie in der Tschechoslowakei auf das 4,5fache, die der DDR auf das 3fache, die der USA stieg auf das 3,4fa-

42 Mirovaja socialističeskaja sistema chozajstva (Das sozialistische Weltwirtschaftssystem), Bd. 3, Moskau 1967, S. 139.

43 Mir socializma v cifrach i faktach (Die Welt des Sozialismus in Zahlen und Fakten) 1968, Moskau 1969, S. 26.

44 Ebenda, S. 23.

45 Razvitie ekonomiki stran narodnoj demokratii, Obzor za 1957 g. (Die Entwicklung der Wirtschaft der volksdemokratischen Länder. Übersicht für 1957), Moskau 1958, S. 587; Mir socializma v cifrach i faktach 1968, a. a. O., S. 24.

46 Vgl. Lenin, W. I., Werke, Bd. 32, a. a. O., S. 458.

che, und in den europäischen kapitalistischen Ländern, die Mitglieder des "Gemeinsamen Marktes" sind, stieg sie auf das 3,7fache.⁴⁷

Die Erfahrungen der hochindustrialisierten sozialistischen Staaten beweisen anschaulich, daß das hohe Tempo des Wachstums der Energetik wie auch der gesamten Volkswirtschaft nicht das "Privileg" von Ländern mit niedrigem ökonomischem Entwicklungsstand ist, wie sich gewisse Verteidiger der kapitalistischen Produktionsweise (W. Rostow und andere) zu beweisen bemühen. Sie ist tatsächlich das Privileg der Staaten, die unbeirrt den Weg der sozialistischen Entwicklung gehen, unabhängig von ihrem ökonomischen Reifegrad.

Der GOELRO-Plan sah die Beschleunigung des Entwicklungstempos der Elektroenergetik in den rückständigen Gebieten der Sowjetunion vor und ihre Annäherung an das Produktionsniveau von Elektroenergie in den ökonomisch entwickeltsten Teilen des Landes. Der Leninische Gedanke von der Unvermeidlichkeit der Annäherung des Elektrifizierungsniveaus in den verschiedenen territorialen Wirtschaftseinheiten, der im GOELRO-Plan begründet liegt, tritt unter den Bedingungen der Existenz des sozialistischen Weltsystems klar hervor im Prozeß der Angleichung des Niveaus der sozialistischen Staaten bei der Produktion von Elektroenergie.

Auch in der Gegenwart hat sich jener riesige Abstand im Niveau der Versorgung mit Elektroenergie zwischen den imperialistischen und den früheren kolonialen und abhängigen Ländern erhalten, der aus der Zeit der Herrschaft der Kolonialreiche stammt. Die Hemmung der Entwicklung der Energetik in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist eine der krassesten Erscheinungen des Neokolonialismus, die mit ihrer ökonomischen Rückständigkeit zusammenhängt, welche die internationalen Monopole für die hemmungslose Ausbeutung der Völker dieser Staaten ausnützen.

Umgekehrt wird im sozialistischen Weltwirtschaftssystem, wo der Prozeß der Angleichung an eine allgemeine Linie der ökonomischen Entwicklung vor sich geht, auch die Annäherung der einzelnen Staaten auf ein einheitliches Niveau der Produktion von Elektroenergie verwirklicht.

Tabelle 3

Die Annäherung der sozialistischen Länder im Produktionsniveau der Elektroenergie pro Kopf der Bevölkerung⁺
(in Prozent, DDR = 100 Prozent)

Jahr	UdSSR	VR Bulgarien	DDR	VR Polen	SR Rumänien	VR Ungarn	ČSSR	SFR Jugoslawien
1950	48	10	100	36	12	30	71	14
1967	71	47	100	46	37	35	77	27

+ Berechnet von den Autoren nach Angaben des statistischen Handbuchs Mir socializma v cifrach i faktach (Die Welt des Sozialismus in Ziffern und Fakten) 1968, Moskau 1969, S. 25.

⁴⁷ Vladimirov, B. G., Ėkonomičeskoe sorevnovanie dvuch mirovych sistem (Der ökonomische Wettbewerb der beiden Weltssysteme), Moskau 1969, S. 24; Mir socializma v cifrach i faktach 1968, a. a. O., S. 24.

Die Angaben der Tabelle beweisen, daß jener bedeutende Abstand zwischen den sozialistischen Ländern im Stand der Stromerzeugung, der in den ersten Nachkriegsjahren existierte, in den meisten Fällen beseitigt ist. Die Angleichung des Entwicklungsstandes hinsichtlich der Elektroenergetik ist eng verbunden mit der allgemeinen Annäherung des industriellen Entwicklungsniveaus auf Grund des progressiven Umschwungs der gleichen Art, der sich in der Wirtschaftsstruktur der sozialistischen Staaten vollzog.

Lenin unterstrich, "daß die moderne fortgeschrittene Technik eine Elektrifizierung des ganzen Landes ... nach einem einheitlichen Plan dringend erforderlich macht ..."⁴⁸ Indem sie diesen Leninschen Hinweis schöpferisch auswerten, nutzen die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten weitgehend jene Vorteile, die sich aus der gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektroenergetik ergeben.

Die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit hängt vor allem mit den bedeutenden Unterschieden im Stand der Sicherung der energetischen Ressourcen in den einzelnen sozialistischen Staaten, aber auch mit der Möglichkeit zusammen, auf dem Wege des Zusammengehens die vorhandenen Energiekapazitäten in jedem Lande zum gegenseitigen Vorteil rationeller zu nutzen.

Die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet der Elektroenergetik erfolgt in mehreren Richtungen. Eine der wichtigsten ist die gegenseitige Hilfe beim Bau von Kraftwerken, was besonders in der Anfangsperiode der sozialistischen Industrialisierung große Bedeutung hat. Getreu den Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus nimmt die Sowjetunion den führenden Platz ein bei der Hilfe für die anderen sozialistischen Länder beim Aufbau von Kraftwerken. Dank der Kredite und der technischen Hilfe der UdSSR für diese Länder wurden 109 Elektrizitätswerke mit einer Gesamtleistung von mehr als 13 Millionen Kilowatt errichtet.⁴⁹ Die Sowjetunion beteiligt sich am Bau größter energetischer Objekte. Insgesamt beträgt die Leistung der Elektrizitätswerke, die mit Hilfe der UdSSR errichtet wurden, ungefähr 80 Prozent der Gesamtleistung in der Mongolischen Volksrepublik, 40 Prozent in der Koreanischen Volksrepublik, 25 Prozent in Polen, zwei Drittel in Bulgarien und ein Drittel in Rumänien.⁵⁰

Große Hilfe bei der Entwicklung der Elektroenergetik leisteten den Bruderländern auch die DDR, die Tschechoslowakei und Polen.

Bei der Ausarbeitung des GOELRO-Planes widmete Lenin dem Zusammenschluß von Elektrizitätswerken große Aufmerksamkeit, indem er unterstrich, daß das einen zusätzlichen ökonomischen Effekt ergeben würde. So wird in der Leninschen Arbeit "Über einen einheitlichen Wirtschaftsplan" (1921) eine gründliche Analyse der ökonomischen Effektivität dieses Zusammenschlusses für die Nordgebiete Rußlands gegeben.⁵¹ Die Entstehung des sozialistischen Weltsystems gestattete, diesen Leninschen Gedanken im internationalen Maßstab auszunutzen. 1963 begann das einheitliche Energieverbundsystem der europäischen Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu arbeiten. In der heutigen Zeit gehen in das Energiesystem "Frieden" die nationalen Systeme Bulgariens, der DDR, Polens, Rumäniens, Ungarns, der Tschechoslowakei und das westukrainische Energiesystem der UdSSR ein.

Für die operative Leitung dieses Energiesystems wurde eine Dispatcherzentrale der vereinigten Energiesysteme der Mitgliedsländer des RGW geschaffen, die sich in Prag (ČSSR)

48 Lenin, W. I., Werke, Bd. 33, a. a. O., S. 119.

49 Ekonomičeskaja gazeta, Nr. 45/1968, S. 43.

50 Meždunarodnaja Žizn, Nr. 8/1968, S. 53.

51 Lenin, W. I., Werke, Bd. 32, a. a. O., S. 135.

befindet. Die Inbetriebnahme des Energieverbundsystems "Frieden" erlaubte es, den Austausch von Elektroenergie zwischen den RGW-Ländern von 0,15 Milliarden Kilowattstunden 1960 auf 8,5 Milliarden Kilowattstunden 1967 zu erhöhen. Der Verbrauchszuwachs an Elektroenergie in Verbindung mit dem Austausch ergibt eine Steigerung, die ein Elektrizitätswerk mit einer Leistung von 0,6 Millionen Kilowatt ersetzen würde.⁵²

Die bedeutenden Erfolge der letzten Zeit, die die sozialistischen Länder auf dem Gebiet der Elektroenergetik erreichten, hängen in bedeutendem Maße zusammen mit der Tätigkeit der Ständigen Kommission für Elektroenergie (besteht seit 1956) im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Ein wichtiges Resultat der Zusammenarbeit der Kommission mit anderen Organen des RGW ist die Schaffung der gemeinsamen Brennstoff-Energie-Bilanz der Mitgliedsländer dieser Organisation für die Zeit bis 1980. Die Aufstellung einer solchen Bilanz erlaubt, die Perspektiven der Entwicklung der Energetik jedes sozialistischen Landes unter Einbeziehung der in- und ausländischen Energiequellen deutlicher zu bestimmen und dadurch die nationalen Brennstoff- und Energiebilanzen zu optimieren durch die Vervollkommnung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung auf diesem Gebiet.

Die vorhandenen Erfahrungen über die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW bei der Entwicklung der Elektroenergetik gehören zu den wichtigsten Schlußfolgerungen der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (1969) über die erfolgreiche Entwicklung und die riesigen Perspektiven der allseitigen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten. Die gemeinsamen Anstrengungen der Mitgliedsländer des RGW tragen zur Beseitigung des Defizits und zur Beschleunigung des Tempos der Elektroenergieerzeugung bei. Im Rahmen dieser interstaatlichen Organisation wurden die günstigsten Formen der gegenseitigen Hilfe für die Lösung der schwierigen Probleme der Entwicklung der energetischen Basis gefunden.

Die maximale Ausnutzung der in- und ausländischen Energiequellen, die enge ökonomische Zusammenarbeit gestatteten den sozialistischen Ländern, in historisch kurzer Frist eine früher unbekannte Steigerung des Entwicklungsniveaus der Elektroenergetik zu erzielen. Eine wichtige Schlußfolgerung dieses Prozesses waren die riesigen Erfolge, die durch die Elektroenergetik der sozialistischen Staaten bei der Erfüllung eines der wichtigsten Vermächtnisse Lenins erzielt wurden - der Erringung des Sieges im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus.

Der Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus hat auf diesem Gebiet besondere Bedeutung. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus unterstrichen wiederholt, daß an die Stelle der Dampfkraft im 20. Jahrhundert die elektrische Energie treten wird. Wie schon weiter oben unterstrichen wurde, kann die moderne Wirtschaft nur auf der breitesten Anwendung der Elektroenergie in allen Produktionsprozessen basieren. Ihre möglichst vollständige Ausnutzung wird immer mehr zum Hauptweg des technischen Fortschritts. Die Erfolge in der Entwicklung dieses wichtigen Zweiges der gesellschaftlichen Produktion, die von den sozialistischen Ländern auf dem Wege der Realisierung der Leninschen Idee des GOELRO-Planes erreicht wurden, wird deutlich durch die Überlegenheit der neuen Gesellschaftsordnung - des Sozialismus - bestätigt.

Die Analyse des ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus bei der Produktion von Elektroenergie muß die Aufmerksamkeit auf die äußerst ungünstigen Ausgangspositionen für die sozialistischen Länder richten.

In Rußland wurde 1913 pro Kopf der Bevölkerung 18,6mal weniger Elektroenergie erzeugt als in den USA.⁵³ Die unbefriedigende Entwicklung der Elektroenergetik hing mit dem all-

⁵² Mir socializma v cifrach i faktach 1968, a. a. O., S. 109.

⁵³ Ėkonomičeskoe sorevnovanie socializma s kapitalizmom (Der ökonomische Wettbe-

gemein niedrigen technischen Niveau der Industrie zusammen, die nur wenige Elektromotoren verwendete. Lenin schrieb aus diesem Anlaß 1913, Rußland sei "ein unglaublich, unerhört rückständiges, bettelarmes und halbbarbarisches Land, so schlecht mit modernen Produktionsinstrumenten ausgerüstet, daß es davon nicht mehr besitzt als ein Viertel der Produktionsausrüstung Englands, ein Fünftel von der Deutschlands, ein Zehntel von der Amerikas."⁵⁴

Lenin unterstrich von den ersten Tagen des Bestehens der Sowjetmacht an die besondere Bedeutung der Entwicklung der Elektroenergetik für den Beweis der Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise. Als er von den ersten Erfolgen bei der Entwicklung der Elektroenergetik Sowjetrußlands im Bericht auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1921) sprach, unterstrich er: "12 000 Kilowatt - das ist ein sehr bescheidener Anfang. Vielleicht wird ein Ausländer, der die amerikanische, deutsche oder schwedische Elektrifizierung kennt, darüber lachen. Aber wer zuletzt lacht, lacht am besten."⁵⁵

Die prophetischen Worte Lenins wurden im Laufe der Erfüllung des GOELRO-Planes völlig realisiert. Durch die Erfüllung der Vorkriegsfünfjahrpläne nahm die UdSSR nach einer historisch kurzen Frist einen der ersten Plätze in der Welt in bezug auf den absoluten Stand in der Erzeugung von Elektroenergie ein.

Tabelle 4

Die Erzeugung von Elektroenergie⁺
(in Milliarden kWh)

Länder	1913	1921	1932	1937	1939	1940
UdSSR	2,0	0,5	13,5	36,2	43,2	48,3
USA	24,8 ⁺⁺	53,1	99,4	146,5	161,3	.
Deutschland	.	9,1	.	.	50,4	.
England	.	8,4	19,5	31,9	35,8	.
Japan	.	.	18,3	30,9	33,9	.
Frankreich	.	6,5	15,0	20,1	22,1	.

+ Ekonomika kapitalističkih stran posle vtoroj mirovoj vojny. Statističeskij spravočnik, Moskau 1959, S. 928 u. 970 f.; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1965 (Die Volkswirtschaft der UdSSR 1965), Moskau 1966, S. 130.

++ 1912.

Die Tabellenwerte sind sehr aufschlußreich. Während Rußland in bezug auf den absoluten Stand der Elektroenergieerzeugung den achten Platz im Weltmaßstab und den sechsten Platz in Europa einnahm, gelangte die UdSSR am Schluß des ersten Fünfjahrplanes (1932) im Weltmaßstab auf den siebenten Platz und in Europa auf den vierten, und schon von 1937 bis 1940 steht die Sowjetunion auf dem Kontinent an zweiter und im Weltmaßstab an dritter Stelle.⁵⁶

werb des Sozialismus mit dem Kapitalismus), Moskau 1962, S. 113.

⁵⁴ Lenin, W. I., Werke, Bd. 19, Berlin 1965, S. 282.

⁵⁵ Ebenda, Bd. 32, S. 516 f.

⁵⁶ Svet nad Rossiej (Licht über Rußland), Moskau 1960, S. 136.

Die Erfolge, die die UdSSR in der Vorkriegszeit im ökonomischen Wettbewerb mit den kapitalistischen Ländern errungen hatte, verstärkten ihren Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse in Europa und der ganzen Welt, wurden zu einem wichtigen Faktor des Sieges des Sowjetvolkes im Kampf gegen den Faschismus in den Jahren des zweiten Weltkrieges.

Mit der Bildung des sozialistischen Weltsystems tritt der ökonomische Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus in eine neue Phase. Wie oben ausgeführt wurde, haben die Ideen des Leninschen GOELRO-Planes die Völker der sozialistischen Staaten dazu befähigt, erfolgreich die modernste energetische Basis der Volkswirtschaft zu errichten und die Aufgaben des ökonomischen Wettbewerbs mit den kapitalistischen Ländern auf dem Gebiet der Elektroenergetik erfolgreich zu lösen.

Die Elektrowirtschaft der sozialistischen Länder vergrößerte nach und nach dank dem vorrangigen Wachstumstempo ihren Anteil an der Stromerzeugung im Weltmaßstab von 14,9 Prozent 1950 auf 22,6 Prozent 1967.⁵⁷

Wesentliche Erfolge im ökonomischen Wettbewerb errangen auch die einzelnen sozialistischen Länder, vor allem die Sowjetunion. Die Stellung der UdSSR unter den Erzeugern von Elektroenergie im Weltmaßstab hat sich in der Nachkriegszeit nicht verändert. Sie nimmt weiterhin den ersten Platz in Europa und den zweiten im Weltmaßstab ein, doch im Verhältnis des Standes in der Entwicklung der Elektroenergetik der Sowjetunion und der meisten kapitalistischen Länder gingen während dieser Periode wesentliche Veränderungen vor sich, die Zeugnis ablegen vom Übergang dieses Wettbewerbs in ein qualitativ neues Entwicklungsstadium.

So war am Vorabend des zweiten Weltkrieges der absolute Stand in der Elektroenergieerzeugung in der UdSSR ungefähr gleich den Kennziffern Deutschlands, Englands oder Frankreichs. Im Jahre 1967 wurde in der UdSSR mehr Elektroenergie erzeugt als in den wichtigsten kapitalistischen Ländern Westeuropas zusammen.⁵⁸ In bezug auf die Erzeugung von Elektroenergie pro Kopf der Bevölkerung überflügelte die Sowjetunion die Kennziffern solcher ökonomisch hochentwickelter kapitalistischer Länder wie Frankreich, Japan und Italien und verringerte den Abstand in bezug auf diese Kennziffern gegenüber England.

Die Sowjetunion bemüht sich, auf dem Gebiet der Erzeugung von Elektroenergie auch die USA einzuholen. Die Sowjetunion blieb im Verlauf aller Nachkriegsjahre den USA in bezug auf das Entwicklungstempo dieses sehr wichtigen Zweiges der Industrieproduktion überlegen (in den sechziger Jahren lag das jährliche Durchschnittswachstum der Stromerzeugung in der UdSSR beinahe doppelt so hoch wie das Entwicklungstempo dieses Zweiges in den USA), und die Sowjetunion erreicht gegenwärtig den Stand dieses wirtschaftlich stärksten kapitalistischen Landes auch in bezug auf den jährlichen Zuwachs in der Erzeugung von Elektroenergie in absoluten Zahlen. Im nächsten Jahrzehnt wird die UdSSR einen entscheidenden Schritt bei der Lösung dieser schwierigen Aufgabe tun, das heißt, sie wird den absoluten Stand der Erzeugung von Elektroenergie in den USA und auch die Erzeugung pro Kopf der Bevölkerung erreichen.

Bedeutende Erfolge im ökonomischen Wettbewerb mit den kapitalistischen Ländern erzielten auch andere sozialistische Länder. Die Schaffung einer leistungsfähigen Industriebasis in den meisten volksdemokratischen Ländern erlaubte ihnen, sich in der Energieerzeugung dem Stand der ökonomisch am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder beträchtlich zu nähern, ja vielen gelang es, diesen Stand zu überflügeln. So betrug die Erzeugung an Elektroenergie pro Kopf der Bevölkerung in der DDR 3 491 Kilowattstunden im Jahr 1967

57 Mir socializma v cifrach i faktach 1967, Moskau 1968, S. 138.

58 Ebenda, S. 140.

und ist ungefähr gleich dieser Kennziffer in England mit 3 802 Kilowattstunden im selben Jahr; sie ist wesentlich höher als diese Kennziffer in solchen kapitalistischen Staaten mit hohem industriellem Entwicklungsstand wie Frankreich (2 237 Kilowattstunden), Japan (2 402 Kilowattstunden), Bundesrepublik Deutschland (3 147 Kilowattstunden) und andere. Die ČSSR überflügelte in bezug auf den Stand der Stromerzeugung pro Kopf der Bevölkerung (2 699 Kilowattstunden) im Jahre 1967 den Stand von Frankreich, Italien, Belgien, Japan und anderen kapitalistischen Ländern.

Große Erfolge im ökonomischen Wettbewerb mit kapitalistischen Ländern erzielten auf dem Gebiete der Elektroenergetik auch Polen, die Koreanische Volksrepublik, Bulgarien und andere sozialistische Staaten.

Die großartigen Errungenschaften der sozialistischen Länder bei der Entwicklung der Elektroenergetik, die sich so augenscheinlich auf dem Gebiete des ökonomischen Wettbewerbs mit der kapitalistischen Welt zeigten, sind eine neue Bestätigung für die Richtigkeit der Leninschen Ideen über die Elektrifizierung, die zum erstenmal Gestalt annahm im GOELRO-Plan und zur Grundlage des Aufbaus der materiell-technischen Basis des Sozialismus und Kommunismus in der UdSSR und anderen Ländern des sozialistischen Weltsystems wurden.

(Übersetzt von Renate Günther)

FRIEDRICH ENGELS UND DIE MONOPOLE⁺

von Jürgen Kuczynski

Verehrte Festversammlung!

Es ist eine besondere Freude für mich als gebürtigen Elberfelder und heute Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, hier zu Ehren von Friedrich Engels über ihn als Wirtschaftswissenschaftler, als Politischen Ökonomen zu sprechen.

Ein großer Künstler des Wortes und der Darstellung vermöchte vielleicht in dem zugemessenen Zeitraum von fünfzehn Minuten, breite Striche verwendend, ein Allgemeinbild des Ökonomen zu zeichnen. Als Wissenschaftler bescheideneren Formats kann ich nur den umgekehrten Weg gehen: von der Interpretation weniger Zeilen ökonomischer Weisheit ausgehend, die so große Bedeutung und Aktualität des genialen Engels aufzuzeigen.

Gegen Ende seines Lebens, vielleicht zu Beginn des Jahres 1894, vielleicht auch schon etwas früher, schrieb Engels in einer Fußnote zum zweiten Teil des 6. Kapitels des dritten Bandes des "Kapital", daß auch die Kapitalisten sich mehr und mehr des Widerspruchs zwischen den "rasch und riesig anschwellenden modernen Produktivkräften" und den "Gesetzen des kapitalistischen Warenaustausches, innerhalb deren sie sich bewegen sollen", bewußt würden. Ein Symptom dafür sieht Engels "in den Kartellen (Trusts) der Fabrikanten ganzer großer Produktionssphären zur Regulierung der Produktion und damit der Preise und Profite. Es ist selbstredend, daß diese Experimente nur bei relativ günstigem ökonomischem Wetter durchführbar sind. Der erste Sturm muß sie über den Haufen werfen und beweisen, daß, wenn auch die Produktion einer Regulierung bedarf, es sicher nicht die Kapitalistenklasse ist, die dazu berufen ist."

Untersuchen wir nun Bedeutung und Bedeutsamkeit dieser Äußerung.

Bekanntlich hat Engels den Ausdruck "Industrielle Revolution" in die deutsche Sprache eingeführt - 1845 in seiner "Lage der arbeitenden Klasse in England". Er hat damit ein ganzes Zeitalter als charakteristisches Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung für die Wissenschaft in Deutschland präzisiert und international die erste grundlegende Darstellung dieser entscheidenden Vorgänge gegeben. Fast vierzig Jahre später leitete er die marxistische Analyse der Funktionen einer völlig neuen Erscheinung, der modernen Monopole, als charakteristisches Merkmal der kapitalistischen Gesellschaft ein - ein Werk, das zwei Jahrzehnte später Lenin mit seiner Analyse des Imperialismus so großartig fortsetzte.

Engels war, genau wie auch Marx und Lenin, nicht nur ein sehr genauer, sehr scharfsichtiger Beobachter der täglichen wirtschaftlichen Vorgänge. Er teilte mit ihnen auch die wun-

⁺ Vortrag, gehalten am 26. 5. 1970 auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz der Stadt Wuppertal zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, 26. - 30. 5. 1970 in Wuppertal.

derbare Gabe, wirtschaftliche Veränderungen von großer gesellschaftlicher Bedeutung sofort, noch fast bevor sie auf breiterer Basis wirksam wurden, zu erkennen.

Es ist richtig, daß auch Vertreter der bürgerlichen Nationalökonomie damals auf das Phänomen der Monopole aufmerksam wurden und aufmerksam machten. Der bekannteste unter ihnen war Lujo Brentano, der den Monopolen folgende Funktionen zuschrieb: "Der heimischen Industrie wird ein Absatzmarkt gesichert, der für ihre ausgiebige und stete Beschäftigung zu lohnenden Preisen ausreicht. Wie die Überproduktion, so wird ihre Folge, die Absatzstockung, vermieden."¹ Die Meinung von Brentano wurde übrigens von den Sozialdemokraten, die man damals innerhalb der SPD Revisionisten oder Reformisten nannte, geteilt. Im gleichen Jahre 1894, in dem der dritte Band des "Kapital" mit der Fußnote von Engels erschien, erklärte Max Schippel auf dem Parteitag der SPD in Frankfurt am Main: "Für die Gewerkschaften ist nichts gefährlicher als das ewige Auf und Ab zwischen Krisis und Überproduktion. Viel regelmäßige Lebensbedingungen haben wir aber, wenn eine größere Stetigkeit der Produktion durch die Kartelle eintritt."²

Zwei Unterschiede, auf ganz verschiedenen Ebenen, finden wir zwischen den Äußerungen von Engels auf der einen, Brentano und Schippel auf der anderen Seite.

Zunächst hat Engels recht gehabt, während Brentano und Schippel unrecht hatten. Die Monopole konnten die Wirtschaft nicht regulieren. Sie waren keine Schönwettermacher. Die wirtschaftlichen Überproduktionskrisen kamen wie zuvor und machten alle Regulierungsversuche von Produktion und Profiten zuschanden.

Zugleich aber muß man sehen, daß Engels die Monopole als notwendige Reaktion des Kapitals auf die enorme Zuspitzung der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erkannte, während Brentano und Schippel in ihnen eine gute Idee zur Ordnung der Wirtschaft und damit zur Vermeidung von zyklischen Überproduktionskrisen sahen - eine "gute Idee", die Brentano später für falsch erklärte, weshalb er nun ganz naiv von der Bildung von Monopolen abriet.

Brentano erwies sich als Pragmatiker, der unrecht hatte. Engels begann eine tiefe Analyse, die den wirtschaftlichen Reproduktionsprozeß und seine Gesetzmäßigkeiten klar erkennen ließ. -

Es wäre jedoch nur eine halbe Ehrung, in Engels allein den großen Wirtschaftswissenschaftler der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu sehen.

Ein Dritteljahrhundert nach seinem 1895 erfolgten Tode gab es Tausende von Brentanos und Schippels in aller Welt außerhalb der Sowjetunion. Sie argumentierten genau wie jene, daß der moderne Kapitalismus jetzt soweit sei, die Wirtschaft regeln zu können, und daß infolgedessen zyklische Überproduktionskrisen eine Unmöglichkeit geworden wären.

Genau am Ende dieses Dritteljahrhunderts, im Jahre 1928, gab die Kommunistische Internationale ihre berühmte Analyse der kapitalistischen Welt, in der sie das Ende der Relativen Stabilisierung voraussagte - eine Analyse, die alle entscheidenden gesellschaftlichen Prozesse umfaßte und damit auch die Voraussage einer neuen zyklischen Überproduktionskrise mit einschloß.

Die Älteren oder richtiger wohl die Alten unter uns erinnern sich jener Zeit wohl und auch des achselzuckenden Unglaubens, auf den wir marxistischen Ökonomen, wir Schüler von Marx und Lenin und nicht weniger auch von Engels, damals stießen. Eingedenk jener Fuß-

1 Brentano, Lujo, Über die Ursachen der heutigen sozialen Not, Leipzig 1889, S. 26.

2 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1894, S. 63.

notiz von Engels schrieb ich im Dezember 1928 den Entwurf eines Jahresbeginn-Artikels für William Green, den Präsidenten der amerikanischen Gewerkschaftszentrale American Federation of Labor, in dem ich vor dem möglichen Ausbruch einer Krise im Jahre 1929 warnte; er wurde als "zu pessimistisch" abgelehnt.

Die Wirklichkeit hat dann gezeigt, daß die Analyse von Engels, die inzwischen von Lenin aufgrund neuer Erkenntnisse weitergeführt und im einzelnen ausgebaut und vertieft worden war, ein Dritteljahrhundert nach seinem Tode noch die gleiche Gültigkeit hatte wie 1894. So recht hatte Lenin darum, wenn er im Falle von Meinungsverschiedenheit mit seinen Genossen oft sagte: "Beraten wir uns mit Marx und Engels." Sie lebten mit und um ihn. Sie lebten auch mit und um uns in jenem Jahre 1928.

Seitdem sind wieder mehr als vier Jahrzehnte vergangen.

Es sind wohl die Urenkel der Brentano und Schippel, die heute von der Regulierung der Wirtschaft durch die Monopole und von der Fähigkeit der Monopole, zyklische Überproduktionskrisen zu verhindern, sprechen. Doch gehen auch einige von ihnen fremd, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo anlässlich des vierzigsten Jahrestages der Großen Krise von 1929 der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Galbraith auf die Frage, ob wieder eine solche Krise kommen könnte, mit einem entscheidenden Ja antwortete.

Das war vor einem halben Jahr. Heute können wir mit den Anfangsworten des Kommunistischen Manifests sagen: "Ein Gespenst geht um in Europa." Damals hieß das Gespenst Kommunismus, der heute zu einer weltwirksamen Realität geworden ist. Das Gespenst, das heute in Europa umgeht, ist die amerikanische Krise. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Furcht vor der amerikanischen Krise unberechtigt ist. Doch sollte das Kapital seine Furcht näher placieren. Warum in die Ferne schweifen? Sieh! das Schlechte liegt so nah.

1894 meinte Engels, daß die Kapitalisten sich der immer größeren Widersprüche zwischen "den rasch und riesig anschwellenden Produktivkräften" und "den Gesetzen des kapitalistischen Warenaustauschs, innerhalb deren sie sich bewegen sollen", bewußter werden. Niemand kann bezweifeln, daß das auch heute der Fall ist. Man versucht, diese Widersprüche abzumildern. In der Wirtschaftssprache der Bundesrepublik heißt das heute: den Boom dämpfen. Was aber beobachten wir? Statt daß der Boom gedämpft wird, wird der Dampf geboomt, das heißt, der Kessel, in dem die Widersprüche brodeln, wird immer mehr angeheizt - was nicht ausschließt, daß Einzelteile abkühlen, ja vereisen, wie zeitweise das Kreditgefüge. Staat und Monopole, die staatsmonopolistisch "konzentriert" mit den riesig anschwellenden Widersprüchen kämpfen, sind nicht Herr der Lage, zumal es heftige Meinungsverschiedenheiten über den besten Weg der Überwindung der Schwierigkeiten in den Kommandostäben von Wirtschaft und Staat gibt.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, in der noch verbleibenden Minute die Analyse weiterzuführen. Ich wollte nur eine Stelle erreichen, von der aus wir noch einmal auf jene wenigen Zeilen einer Fußnote von Engels zurückschauen können.

Tun wir das, dann finden wir sie so frisch und aufregend wie an dem Tage, an dem sie das Licht der wissenschaftlichen Welt erblickten.

Viele große Gedanken großer Frauen und Männer der Vergangenheit sind merklich oder unmerklich in das Gedankenwerk späterer Generationen und auch unserer Gegenwart eingegangen. Wieviele, das Marx und Engels gedacht, ist, neugeprägt, in das Werk Lenins, in die Leistung so vieler Staatsmänner und Parteiführer der Arbeiterklasse eingegangen!

Und doch hat es seine Eigenheit mit diesem Eingehen. Nicht Heraklit, noch Roger Bacon, noch Newton verlieren einen Deut ihrer Größe, weil sie heute kaum noch gelesen werden.

Die ganze Größe von Engels, den wir heute ehren, würden wir jedoch verkennen, wenn wir nicht verstünden, welche Bedeutung es auch heute noch hat, ihn zu lesen, ihn aufmerksam gerade auch als Führer durch die Gegenwart zu studieren. Er lebt in uns, mit uns, mitten unter uns. Gerade auch in dieser Stunde und an diesem Ort.

Und doch hat es seine Eigenheit mit diesem Eingebornen, nicht heimlich, noch heger Bacon, noch Newton verliert einen Geist ihrer Größe, weil die beste kann noch gelesen werden.

PLANUNG UND LEITUNG DES WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN FORTSCHRITTS DER DDR IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER FÜNFZIGER JAHRE⁺

von Jörg Roesler

Mitte der fünfziger Jahre konnte die internationale kommunistische Bewegung einen historisch bedeutsamen Sieg erringen. Das sozialistische Lager hatte sich durch die erfolgreich verlaufenen sozialen Umwälzungen und die Überwindung der Kriegsschäden in den Volksdemokratien sowie die Entwicklung modernster Raketenwaffen in der Sowjetunion politisch, wirtschaftlich und militärisch soweit gefestigt, daß eine Aggression des Imperialismus von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Ausgehend von der dadurch bedingten Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers, stellte der XX. Parteitag der KPdSU 1956 fest, daß es möglich ist, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, und daß es keine schicksalhafte Unvermeidbarkeit großer Kriege mehr gibt.¹

Diese Tatsache hatte außerordentliche Konsequenzen für die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Gestützt auf die Erkenntnis des historischen Materialismus, daß sich jede neu entwickelnde Gesellschaftsordnung gegenüber der bisher bestehenden Formation letztlich aufgrund des für sie charakteristischen höheren Produktivitätsniveaus durchsetzt, können die Staaten des sozialistischen Weltsystems sich jetzt die Aufgabe stellen, den historisch bedingten Vorsprung der imperialistischen Hauptmächte auf dem Gebiet der Produktion und der Arbeitsproduktivität nach und nach soweit zu verringern, daß ein Ein- und Überholen der westlichen Industrieländer möglich wurde. Die imperialistischen Staaten sahen sich gezwungen, diese Herausforderung zum ökonomischen Wettbewerb anzunehmen. Da der Imperialismus zwar schwächer geworden war, aber keineswegs an Aggressivität und Gefährlichkeit eingebüßt hatte, durften die Anstrengungen des sozialistischen Lagers auch auf militärischem Gebiet nicht nachlassen. Nur durch die ständige Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft konnte das sozialistische Lager die impe-

+ Der vorliegende Artikel beruht auf Ergebnissen der Forschungsarbeiten des Verfassers sowie von Dr. Günter Kesselbauer und Dr. Herbert Haubenreißer im Rahmen des Forschungskreises "Wirtschaftshistorische Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR" unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Waltraud Falk, Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

¹ Vgl. Entschließung des XX. Parteitages der KPdSU zum Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, in: Richtlinien des XX. Parteitages der KPdSU für den sechsten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1956 bis 1960, Berlin 1956, S. 100.

realistischen Staaten zwingen, die Klassenaussetzung tatsächlich auf ökonomischem Gebiet zu führen und einen Rückfall des Imperialismus in die Politik der ständigen Drohung mit der atomaren Auseinandersetzung verhindern.

Die Aufgabe, die sich die sozialistischen Länder gestellt hatten, bewies ihr hohes Verantwortungsbewußtsein. Sie zeugte in gleichem Maße von der Zuversicht der sozialistischen Staaten, selbst mit den schwierigsten Problemen fertig zu werden; denn in diesem Wettbewerb waren die Startbedingungen für das sozialistische Lager keineswegs günstig, sobald man die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution in Betracht zog.

Die wissenschaftlich-technische Revolution ist gekennzeichnet durch eine Revolutionierung der energetischen Basis der Volkswirtschaft durch die Ausnutzung der Atomkraft, die umfassende Automatisierung der Produktionsprozesse und der formalisierbaren geistigen Arbeiten, durch neue Wege der direkten Stoffumwandlung unter Ausschaltung einer Vielzahl von Zwischenstufen auf der Grundlage chemischer Prozesse sowie durch die Entwicklung von Systemlösungen bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Volkswirtschaft auf den verschiedensten Gebieten, die zugleich eine neue Qualität der gesellschaftlichen Organisation der Produktion mit sich bringt.²

Die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution verlangt den Übergang vom vorwiegend extensiven Wirtschaftswachstum (gekennzeichnet durch die Errichtung neuer Betriebe und Zweige bzw. die Erweiterung vorhandener Betriebe unter Einbeziehung zusätzlicher Arbeitskräfte bei relativ langsam ansteigendem wissenschaftlich-technischem Niveau der Produktion) zum überwiegend intensiven Wirtschaftswachstum (charakterisiert durch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des vorhandenen Produktionsapparates auf der Grundlage der Anwendung der neuesten Technik). Die für die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution notwendige Rekonstruktion der Industrie erfordert außerordentlich hohe Akkumulationsmittel. Sie kann nur erfolgreich sein, das heißt der für das betreffende Land günstigsten Strukturvariante entsprechen, und in kürzester Zeit durchgeführt werden, wenn ein entsprechender wissenschaftlicher Vorlauf, eine Konzentration der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf die strukturbestimmenden Zweige sowie eine rasche Überführung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik in die Produktion gewährleistet sind.

"Als die wissenschaftlich-technische Revolution Mitte der fünfziger Jahre in den industriell entwickelten Ländern voll einsetzte, bestand in der Mehrzahl der imperialistischen Staaten eine Reihe günstiger Bedingungen für ihre Realisierung. Diese Länder verfügten vor allem über eine bedeutende Akkumulationskraft sowie über ein großes industrielles und wissenschaftliches Potential."³ Die sozialistischen Länder dagegen waren noch mit dem Aufbau der Industrie bzw. Wiederherstellung der kriegszerstörten Wirtschaft beschäftigt. Ihre Akkumulationskraft war, verglichen mit den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, gering.

Die Ausgangspositionen der DDR waren in mancher Hinsicht günstiger als die der meisten sozialistischen Länder. Hier war die Industrialisierung bereits unter dem Kapitalismus vollzogen worden. Die Produktivkräfte hatten infolgedessen ein höheres Niveau als in den meisten anderen volksdemokratischen Ländern, und es existierte eine starke wissenschaftliche und technische Intelligenz.

² Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 41.

³ Vgl. ebenda, S. 42.

Andererseits hatte die DDR aber in der Nachkriegszeit gegen eine Reihe ökonomischer Schwierigkeiten zu kämpfen, wie sie kaum ein anderes sozialistisches Land kannte. Abgesehen von den starken Kriegszerstörungen litt die Wirtschaft der DDR Mitte der fünfziger Jahre auch noch unter den Folgen der Teilung Deutschlands, den Spaltungsdisproportionen. Die Handelsbeziehungen mit Westdeutschland und anderen westlichen Industrieländern, die ein wesentliches Moment der Milderung der aus den Spaltungsdisproportionen resultierenden Schwierigkeiten hätten sein können, waren im Verlauf des kalten Krieges von den imperialistischen Staaten auf ein Minimum reduziert worden. Sollte sich die Wirtschaft der DDR unter diesen Bedingungen weiterentwickeln, so war - neben dem ständigen Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem sozialistischen Lager - der kostspielige Aufbau einer eigenen metallurgischen Basis unvermeidlich. Dieser Prozeß war Mitte der fünfziger Jahre noch nicht abgeschlossen.

Die Störmanöver des Imperialismus beeinflussten darüber hinaus den Bestand an wissenschaftlich-technischen Kadern in der DDR negativ. Eine gezielte Abwerbung von Wissenschaftlern und Technikern war besonders in der für die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution entscheidenden Elektroindustrie zu beobachten. Während am Kriegsende oder unmittelbar danach nur ein kleiner Kreis von Spitzenfachleuten den Konzernherren sofort in das Gebiet der imperialistischen Besatzungsmächte gefolgt war, setzte - unter Ausnutzung der offenen Grenze - ab 1949/50, als die großen Elektrokonzerne mit Marshallplanhilfe ihre im Osten Deutschlands dem Volke übergebenen Werke durch neue Produktionskapazitäten im Westen zu ersetzen begannen, eine verstärkte Abwerbung ein. Dabei nutzten die Konzerne geschickt vielfach noch vorhandene persönliche Kontakte von DDR-Wissenschaftlern zu ihren Fachkollegen in den westdeutschen Zweigwerken und warben auch mit materiellen Vergünstigungen.⁴ Zur Überwindung des Mangels an Wissenschaftlern und Technikern in der Elektroindustrie und zur Bildung einer dem sozialistischen Staat ergebenen neuen Intelligenz wurden in den fünfziger Jahren eine Reihe von Hoch- und Fachschulen (in Ilmenau, Dresden, Berlin und Magdeburg) geschaffen. Aber von der Gründung einer Hochschule bis zum Einsatz der ersten Absolventen verstreichen einige Jahre. Zunächst entstanden zusätzliche Probleme durch die Abwanderung hervorragender Fachleute aus der Industrie in die Fach- und Hochschulen und durch die Tatsache, daß diesen mit dem Aufbau ihrer Lehrstühle beschäftigten Kadern für die Forschung, insbesondere die Industrieforschung, kaum Zeit zur Verfügung stand.⁵

Diese und andere Faktoren ließen die sich aus der historisch überlegenen Entwicklungsstufe ergebenden Vorteile der DDR bis zur Mitte der fünfziger Jahre nicht wirksam werden. Die Gesamtsituation auf dem Gebiet der Produktivkräfte war in der DDR am Vorabend der wissenschaftlich-technischen Revolution daher keinesfalls günstiger als in der Mehrzahl der sozialistischen Länder.

Hinsichtlich der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse stand die Deutsche Demokratische Republik gleichzeitig hinter den meisten sozialistischen Staaten zurück. In beträchtlichen Teilen der Volkswirtschaft, vor allem in der Landwirtschaft und im Handwerk, aber auch im Binnenhandel und der Konsumgüterindustrie, herrschten noch die Gesetze der einfachen bzw. kapitalistischen Warenproduktion und beeinflussten durch ihr spontanes Wirken die Verwirklichung der Ziele der sozialistischen Planwirtschaft.

Die von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR zu Beginn der Übergangsperiode gestellten Ziele - in der Wirtschaft der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege zu führen und durch die Beseitigung der Kriegs-, Spaltungs- und Wirtschafts-

4 Deutsches Zentralarchiv (im folgenden; DZA), Abt. S., Bestand G - 415, Nr. 652, Bl. 1.

5 Vgl. ebenda, Bestand D - 1, Nr. 10 404, Bl. 312.

kriegsdisproportionen eine einheitliche sozialistische Volkswirtschaft zu schaffen⁶ - waren Mitte der fünfziger Jahre erst teilweise erfüllt. Die mit der Anerkennung des ökonomischen Wettbewerbs als Hauptform der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus verbundene Ausrichtung der Wirtschaft auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution konnte daher noch nicht die zentrale Aufgabe für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre sein, sondern mußte zunächst der generellen Zielstellung der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus untergeordnet bleiben.

Grundsätzlich stimmten die Zielstellungen für die Übergangsperiode mit den Aufgaben auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts überein, denn letztlich wurden in der Übergangsperiode die Voraussetzungen für eine allseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft auf die Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Rahmen des ökonomischen Systems des Sozialismus geschaffen. Doch konnten sich durchaus vorübergehend Widersprüche ergeben, wenn zur Milderung der Disproportionen die Investitionen weiterhin überwiegend in die Bergbau- und Energiebetriebe gingen⁷ und gleichzeitig in der Elektrotechnik/Elektronik nicht alle notwendigen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ausreichend materiell und finanziell gesichert werden konnten. So entstanden im Bereich der Hauptverwaltung Radio- und Fernmeldetechnik des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau Disproportionen zwischen den für die Forschung und Technik eingesetzten Mitteln und den zur Einführung von Ergebnissen abgeschlossener Arbeiten in die Produktion vorgesehenen Mitteln, die oft zu niedrig veranschlagt wurden.⁸

Trotz aller Schwierigkeiten beschloß die SED im Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Verantwortung die unverzügliche Aufnahme des Wettbewerbs mit der imperialistischen westdeutschen Bundesrepublik. Die Kraft und die Zuversicht, die Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution auch unter den erschwerten Bedingungen zu meistern, schöpfte die Partei der Arbeiterklasse aus der bereits damals durch Erfahrung bestätigten Erkenntnis, daß der Sozialismus als das historisch überlegene gesellschaftliche System in der Lage ist, Kräfte zu mobilisieren und Reserven zu erschließen, die dem Imperialismus von vornherein verschlossen bleiben. Zu diesen systembedingten Möglichkeiten des Sozialismus zählt vor allem die zentrale staatliche Planung und Leitung gesellschaftlicher Prozesse unter demokratischer Mitwirkung breiter Volksschichten, wie sie im Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsführung zum Ausdruck kommt. Zentralstaatliche Planung und Initiative der Werkstätten hatten bereits 1948 bis 1950 in der DDR vollbracht, was unter imperialistischen Bedingungen unmöglich gewesen wäre: aus eigener Kraft das Vorkriegsniveau in Industrie und Landwirtschaft wiederherzustellen.

6 Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, a. a. O., S. 129.

7 Noch 1959 entfielen auf die Grundstoffindustrie 71 Prozent aller Investitionen der Industrie, davon allein auf die Energiebetriebe und den Bergbau 42,4 Prozent, auf den Maschinenbau dagegen nur 16,3 Prozent. (Vgl. Mittag, Günter, Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED, Berlin 1966, S. 21.)

8 Günstiger war das Verhältnis in der besser mit Investitionsmitteln ausgestatteten chemischen Industrie. Die für Forschung und Entwicklung verausgabten Mittel verhielten sich zu den Investitionen für die Überleitung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in die Produktion wie 1 : 2,7 und lagen damit nur gering unter den entsprechenden Zahlen für das kapitalistische Ausland (1 : 3). (Vgl. Kesselbauer, Günter, Zu Problemen der Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch das Ministerium für Chemische Industrie und seine Hauptverwaltungen 1955 - 1958, unveröffentlichtes Manuskript, 1969, S. 16.)

Auch die Bewältigung der neuen Aufgaben hing angesichts der begrenzten vorhandenen Ressourcen vor allem vom Niveau der Führungstätigkeit der Partei und der Regierung sowie von der Initiative der Bürger der DDR, insbesondere der Wissenschaftler und Techniker, ab.

Die erste Maßnahme bestand darin, ein wirksames zentrales Steuerungssystem des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu schaffen, das der Eigeninitiative der Forschungsgruppen genügend Raum ließ. Nur so war die Konzentration der Forschung und die schnelle Überführung der Ergebnisse von Forschung und Entwicklung in die Produktion zu gewährleisten, und auf diese Weise war die Wissenschaft in der Lage, Ausgangspunkt für alle wesentlichen Veränderungen im System der Produktivkräfte, das heißt unmittelbare Produktivkraft zu werden.

Eine zentrale Leitung der wissenschaftlichen Forschung - das erschien noch Mitte der fünfziger Jahre den unmittelbar Betroffenen, den Wissenschaftlern und Technikern, fast utopisch. Viele von ihnen meinten, daß die Planung von Forschung und Entwicklung und die im Zuge der Konzentration der Forschungsarbeiten notwendig werdende Gemeinschaftsarbeit der Wissenschaftler die natürliche Entwicklung in ein starres Schema zwänge, die Initiative des einzelnen hindere.⁹ Das Beispiel der in Wissenschaft und Technik fortgeschrittensten imperialistischen Industrieländer schien ihnen recht zu geben. Dort existierte ebenfalls keine staatliche Leitung der Forschung und Entwicklung. Viele der aus dem Bürgertum stammenden oder bürgerlich erzogenen Naturwissenschaftler und Techniker in der DDR erkannten noch nicht, daß gerade in der durch die monopolistische Konkurrenz bedingten Unfähigkeit des Imperialismus, Wissenschaft und Technik im volkswirtschaftlichen Maßstab zu koordinieren und zu planen, die Chance des Sozialismus bestand, trotz ungünstiger Ausgangsbedingungen den ökonomischen Wettbewerb um den wissenschaftlich-technischen Höchststand erfolgreich aufzunehmen.

Doch zunächst schien auch die Praxis in der DDR diese Auffassung, eine Planung der Wissenschaft sei unmöglich, zu bestätigen. Während, ausgehend von der Produktionsplanung, seit 1948 nach und nach alle Sphären der wirtschaftlichen Tätigkeit einer straffen staatlichen Leitung unterworfen wurden und ihre weitere Entwicklung durch Perspektiv- und Jahrespläne vorgezeichnet war, blieb die Forschung und Entwicklung "am Rande" des Planungssystems, formal zwar erfaßt, praktisch aber den Vorstellungen des jeweiligen Betriebes bzw. Instituts, dem die Forschungs- und Entwicklungsabteilung angehörte, überlassen.

Die Ursache für die Sonderstellung der Forschung und Entwicklung lag allerdings nicht darin, daß die Partei- und Staatsführung die Auffassung geteilt hätte, es sei unmöglich, Wissenschaft und Technik zentral zu planen, oder daß die an der Spitze der wirtschaftsleitenden Organe stehenden Führungskräfte vor der Auseinandersetzung mit überholten Auffassungen zurückgeschreckt wären.

Das Planungssystem konnte jedoch nur schrittweise, unter Berücksichtigung der relativ geringen Erfahrungen und des Fehlens von Fachleuten, aufgebaut werden. Die Planungs- und Leitungstätigkeit mußte zuerst in den Bereichen entwickelt werden, in denen eine Lösung am notwendigsten war, obwohl gerade hier die größten Schwierigkeiten beim Wiederaufbau vorhanden waren. Das Wirtschaftsleben Ende der vierziger Jahre war gekennzeichnet - aufgrund der Kriegs-, Nachkriegs- und Wirtschaftskriegsfolgen - durch den Mangel an vielen für die Sicherung bzw. Erweiterung der Produktion notwendigen Materialien, Halbzeugen

⁹ Vgl. dazu Thießen, Peter Adolf, Probleme der Planung und Organisation der wissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Einheit, H. 5/1956, S. 595.

und Maschinen. Die zentrale Planung wurde daher zunächst entwickelt als mengenmäßig orientierte Planung mit der "Bruttoproduktion" als zentraler Kennziffer und der volkswirtschaftlichen Zielsetzung, ganz bestimmte Kapazitäten und Produktionszweige beschleunigt auf- und wiederaufzubauen, um das Funktionieren des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zu sichern. Mit welchem Aufwand dieses Ziel erreicht wurde, die Engpässe beseitigt wurden und inwieweit die produzierten Güter dem technischen Höchststand entsprachen, mußte eine zweitrangige Frage bleiben. Die fehlenden bzw. in unzureichender Quantität vorhandenen Produkte mußten "um jeden Preis" hergestellt werden. Die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, durch die in der Regel keine Lücken geschlossen wurden, sondern neue Erzeugnisse an Stelle veralteter, aber noch verwendbarer Produkte traten, konnten nicht immer ausreichend finanziert werden.¹⁰ Ungünstig wirkte sich für die Planung von Forschung und Entwicklung ferner aus, daß das auf die Erhöhung der Bruttoproduktion orientierte Planungssystem in der Abrechnung auf die Art und Quantität der Produkte viel mehr Gewicht legte als auf die qualitativen Eigenschaften der Erzeugnisse (sofern bestimmte Minimalanforderungen nicht unterschritten wurden) und Aussagen über die Effektivität der Produktion wenig beachtete.¹¹

Ein weiterer Grund für die unzureichende Integration der Forschung und Entwicklung in das Planungs- und Leitungssystem bestand in der - im Vergleich zur Sphäre der Produktion - außerordentlichen Kompliziertheit dieses Bereiches. Die Führungskader hatten gerade erst damit begonnen, Kenntnisse und Erfahrungen in der Planung zu sammeln, und es schien geraten, zunächst alle Anstrengungen auf das leichter zu überschauende Gebiet der Produktionsplanung zu konzentrieren, bevor die Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Angriff genommen wurde.¹²

Die in gewissem Sinne also gerechtfertigte Zurückhaltung gegenüber der Planung von Forschung und Entwicklung mußte in dem Augenblick aufgegeben werden, als sich Mitte der fünfziger Jahre aus der ungenügenden Einbeziehung der Wissenschaft und Technik in das Planungssystem ernsthafte Entwicklungsschwierigkeiten ergaben und sich die zentrale Zielstellung für die Wirtschaftsentwicklung hinsichtlich einiger für die Forschung und Entwick-

10 Im Jahre 1950 standen Investitionsmittel im Werte von 3 Milliarden Mark zur Verfügung, 1967 dagegen 24 Milliarden Mark. (Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1968, S. 18.) Der Anteil der Akkumulationsmittel am Nationaleinkommen der DDR erhöhte sich von 9,6 Prozent im Jahre 1950 auf 24,3 Prozent im Jahre 1967. (Ebenda, S. 151.)

11 Zu diesem Problem äußerte sich der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Bruno Leuschner auf der 3. Parteikonferenz der SED folgendermaßen: "Wie planen wir zum Beispiel Maschinen? Maschinen planen wir entweder nach Werten - nun, Werte sagen noch nichts aus - oder nach der Stückzahl. Da weiß man wieder nicht: Ist das neue Technik, oder ist es ein alter Schinken? Oder wir planen nach Gewicht. Man kann eine Maschine schwerer machen - woran wir nicht interessiert sind - und der Plan ist erfüllt. Wir denken, daß diese Methode nicht mehr ausreicht, um die großen Aufgaben des zweiten Fünfjahrplanes zu erfüllen, sondern daß wir dazu übergehen müssen, so zu planen, wie wir heute schon zum Beispiel Energiemaschinen planen. Dort wird die Leistung der Maschine festgelegt und somit kann man schon bei der Festlegung der Leistung ausdrücken: Ist hier neue Technik angewandt oder nicht?" (Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, Bd. 1, Berlin 1956, S. 403.)

12 Ähnlich wurde auch mit anderen komplizierten, aber gemäß der ökonomischen Zielstellung nicht unmittelbar im Vordergrund stehenden Bereichen, wie z. B. der Planung der Kooperation, verfahren. (Vgl. Neumann, Gerd, Arbeitsteilung und Kooperation in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt an der Entwicklung im Maschinenbau in der Zeit von 1956 - 1962, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1970.)

lung bedeutsamer Aspekte veränderte. Eine eingehende Beschäftigung der Partei- und Staatsorgane mit der Entwicklung in Wissenschaft und Technik war notwendig geworden. In dem Maße, wie in Westdeutschland nach der Überwindung der Kriegszerstörungen die Ausgaben für Forschung und Technik wieder erhöht wurden und die Möglichkeit zum Beispiel der Elektroindustrie der DDR, vom bisherigen Vorlauf zu zehren, schwand, blieb die Forschung und Entwicklung zurück. So verlor die DDR zwischen 1952/53 und 1955 auf dem Gebiet des Fernsehens ihren Vorsprung gegenüber Westdeutschland.¹³

Die wesentlichste Ursache für das Zurückbleiben von Wissenschaft und Technik in der DDR bestand in der ungenügenden Koordinierung und Anleitung in diesem Bereich. Die Forschungs- und Entwicklungsstellen in den Betrieben der Elektrotechnik arbeiteten isoliert voneinander an einer Vielzahl von Themen, deren produktionstechnische Nutzung nach Abschluß der Arbeiten keineswegs immer gesichert war. Im Bereich der Hauptverwaltung RFT forschten 1955 allein zehn Werke auf dem Gebiet der drahtgebundenen Nachrichtentechnik und der Funk-, Sende- und Empfangstechnik. Einige Betriebe, wie zum Beispiel das Funkwerk Köpenick und das Werk für Fernmeldewesen Berlin, führten auf nahezu allen Fachgebieten Forschungen durch.¹⁴ Die Betriebe informierten einander unzureichend über ihre Forschungsvorhaben und -ergebnisse. Von den 145 Entwicklungsthemen, die 1956 im Werk für Fernmeldewesen abgeschlossen wurden, standen nur für 79 Erzeugnisse die Anwendungsbetriebe fest.¹⁵

Die Partei der Arbeiterklasse erkannte diese Situation, zog entsprechende Schlußfolgerungen und beschäftigte sich Mitte der fünfziger Jahre intensiv mit den Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Das spiegelte sich sowohl in den Diskussionen auf dem 21. (November 1954), 24. (Juni 1955), 25. (Oktober 1955) und 28. (Juli 1956) Plenum des Zentralkomitees der SED als auch in den Beschlüssen des IV. Parteitages (März/April 1954) und der 3. Parteikonferenz der SED (März 1956) wider. So wurde zum Beispiel auf der 23. Tagung des ZK der SED festgestellt: "Die planmäßige Vergrößerung des Produktionsapparates, die Vervollkommnung der Technik, der Ersatz der alten und überholten Technik durch eine neue und der neuen durch die neueste, das ist die prinzipielle Einstellung, die wir zur Frage der Wissenschaft und der Technik unter den Bedingungen unserer Ordnung einnehmen müssen."¹⁶ Die 25. Tagung des ZK der SED forderte die wirtschaftsleitenden Organe auf, "Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung" zu entscheidenden Kriterien ihrer Tätigkeit zu erheben und als Maßstab für den Erfolg der Anstrengungen auf diesem Gebiet nur

13 Dazu bemerkte der damalige Minister für Allgemeinen Maschinenbau Helmut Wunderlich 1956: "Zweifelloos haben wir im Fernsehen bis vor zwei, drei Jahren einen Vorsprung gegenüber Westdeutschland gehabt. Der Vorsprung ist in der Zwischenzeit verloren gegangen. Statt jetzt zum Beispiel die Aufgabe zu stellen, Fernschröhren von 21 Zoll herzustellen, entwickelten wir nur welche von 17 Zoll - ja man spricht sogar jetzt bei einigen Wissenschaftlern in der Glasindustrie darüber, daß man nicht 17 sondern 14 Zoll bauen soll, das heißt, daß wir in dieser Entwicklung zurückbleiben, wenn wir nicht umgehend uns jetzt größere Ziele im Fernsehen stellen werden." (Konferenz mit Wissenschaftlern, Ingenieuren, Neuerern und Vertretern der staatlichen Organe vom 6. - 8. 7. 1955 in Berlin, Berlin 1955, S. 242.)

14 Vgl. DZA, Abt. S., Bestand G - 3 III, Nr. 10 048, Bl. 3.

15 Vgl. Haubenreißer, Herbert, Situation, Aufgabenstellung und Verwirklichung der Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Zusammenhang mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution am Beispiel der Elektrotechnik in der Zeit von 1955 - 1957, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1969, S. 114.

16 Neues Deutschland v. 19. 4. 1955, S. 3 (Ausg. B).

das Weltniveau zu betrachten.¹⁷ Die Diskussion auf der 3. Parteikonferenz stand bereits völlig im Zeichen der in den folgenden Jahren zu bewältigenden Aufgaben auf wissenschaftlich-technischem Gebiet. "Wir müssen in der Zeit des zweiten Fünfjahrplanes", heißt es im Protokoll der 3. Parteikonferenz, "mit einer neuen industriellen Umwälzung beginnen. Das heißt: Die Kernenergie auf den verschiedenen Gebieten für friedliche Zwecke auszunutzen; die weitgehende Mechanisierung und Automatisierung der Produktion herbeizuführen; bestimmte Arten geistiger Arbeit maschinell zu lösen, zum Beispiel durch die Produktion von Elektronenmaschinen sowie die Entwicklung der Halbleitergeräte für verschiedene Zwecke."¹⁸

Diese Direktiven der SED zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu konkretisieren und durchzusetzen, war die Aufgabe der wirtschaftsleitenden Organe. Das erste Etappenziel für die erfolgreiche Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution und des ökonomischen Wettbewerbs mußte im Aufbau eines gut funktionierenden zentralen Steuerungssystems für den Bereich der Forschung und Entwicklung bestehen.

Auftakt der ersten Entwicklungsetappe war die ein halbes Jahr vor Beginn des zweiten Fünfjahrplanes veröffentlichte "Bekanntmachung des Beschlusses des Ministerrats über Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR" vom 21. Juli 1955.¹⁹ Dieses für die Lenkung der Forschung und Entwicklung durch die Staatsorgane in der Periode des zweiten Fünfjahrplanes grundlegende Gesetzeswerk befaßte sich

1. mit der Regelung der Verantwortlichkeiten zwischen den mit der Leitung von Forschung und Entwicklung einschließlic der Überführung der neuen Erzeugnisse bzw. Verfahren in die Produktion beauftragten Institutionen entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus;
2. mit der Erarbeitung von Perspektivplänen für Forschung und Technik, insbesondere auf dem Gebiet der Ausbildung und Entwicklung wissenschaftlich-technischer Kader;
3. mit Fragen der Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und der Anwendung ökonomischer Hebel;
4. mit Problemen des internationalen Leistungsvergleichs auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Damit wurden also alle mit der Förderung von Forschung und Technik in Zusammenhang stehenden wesentlichen Komplexe erörtert.

Als Hauptaufgabe bezeichnete der Beschluß eine straffere Anleitung der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bei der Aufstellung der Themenpläne. Zu diesem Zweck bestimmte das Gesetz für alle Leitungsebenen mit Fachleuten besetzte Institutionen, die unter Anleitung des Zentralamtes für Forschung und Technik für die Durchführung der Planung der Forschung und Entwicklung (unbeschadet der generellen Verantwortlichkeit der jeweiligen wirtschaftsleitenden Organe) zuständig waren.²⁰ Dabei handelte es sich in der Regel um bereits bestehende, bisher allerdings kaum aktiv gewordene Leitungsorgane. Gleichzeitig fixierte der Beschluß erstmals den Ablauf der Planaufstellung.

17 Vgl. Ulbricht, Walter, Die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um ein friedliches und glückliches Leben des deutschen Volkes, Berlin 1955, S. 41.

18 Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 76.

19 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl.) I 1955, S. 521.

20 Das waren die Forschungs- und Entwicklungsstellen in den Betrieben, die Zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik sowie die wissenschaftlich-technischen Räte in den Hauptverwaltungen bzw. Ministerien. (Vgl. GBl. I 1955, S. 525 f.)

Augenfällig sind die Parallelen dieses Gesetzes mit den erstmals 1950 von der Staatlichen Plankommission ausgearbeiteten Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der verschiedenen Leitungsebenen bei der Aufstellung von Produktionsplänen²¹, die ab 1952 jährlich in der "Ordnung und Planung" veröffentlicht wurden. Daraus läßt sich einerseits erkennen, daß die im Bereich von Wissenschaft und Technik tätigen Führungskader die auf anderen Gebieten der Planung und Leitung gewonnenen Erfahrungen bewußt ausnutzen. Andererseits unterstreicht diese Tatsache aber auch den beträchtlichen Rückstand der zentralen Steuerung auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung gegenüber anderen Bereichen.

Die direkte Übernahme von Erfahrungen aus der Produktionsplanung in den Bereich Forschung und Technik war jedoch nur begrenzt möglich. Denn ungeachtet dessen, daß in beiden Bereichen zu Beginn der Entwicklung die Zweifel an der Planbarkeit des Bereiches überhaupt weit verbreitet waren, in beiden ein wirksames Informationssystem als Voraussetzung für die einheitliche zentrale Leitung fehlte, in beiden die Unterordnung der Einzelinteressen unter die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte notwendig war, herrschten in beiden Bereichen doch recht verschiedene Bedingungen. In der Produktionsplanung konnte Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren mit detailliert vorgegebenen quantitativen Kennziffern gearbeitet werden, da die zu leitenden Bereiche nach Umfang, Struktur und Verflechtung der Industrieproduktion damals noch relativ leicht überschaubar und das geforderte Ergebnis - eine bestimmte Anzahl von Produkten - einfach abrechenbar waren. Die viel komplizierteren Beziehungen in der Forschung und Entwicklung verlangten dagegen von vornherein eine relativ große Selbständigkeit der unteren Leitungsebene bei der Planaufstellung. Für die Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mußten daher neue Wege gefunden werden.

Das gelang zentralen wirtschaftsleitenden Organen in der Praxis um so besser, als beinahe gleichzeitig mit der Einführung einer staatlichen Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine Modifizierung des bisherigen Planungssystems in Richtung auf eine stärkere Einbeziehung der Industriezweigleitungen (Hauptverwaltungen) und Betriebe bei gleichzeitiger Qualifizierung der zentralen staatlichen Planung erfolgte. Wichtige Schritte zur Einleitung bzw. Beschleunigung dieses Prozesses stellten die "Bekanntgabe des Beschlusses über die Vereinfachung der Planung" vom 16. Dezember 1954²² und der ein halbes Jahr später veröffentlichte "Beschuß über die Erweiterung der Befugnisse der Minister, der Leiter der Hauptverwaltungen und der Werkleiter der Betriebe der zentralgeleiteten Industrie"²³ dar. Die Veränderungen in der Produktionsplanung und in anderen Bereichen des Planungs- und Leitungssystems wurden in erster Linie durch den sich abzeichnenden Erfolg des ersten Fünfjahrplanes möglich. Hohe Produktionsergebnisse milderten die Disproportionen, und die Mangelwirtschaft wurde stufenweise abgebaut. Das gestattete, in vieler Hinsicht auf die für das Planungssystem bis dahin charakteristische starke Zentralisation und überwiegende Administration zu verzichten.

Trotz dieser für die Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts günstigen Entwicklung des gesamten Planungs- und Leitungssystems ließen sich Widersprüche zwischen Teil- und Gesamtsystem und daraus resultierende Zeitverluste bei der Durchsetzung einer zentralen Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht immer vermeiden. Derartige Widersprüche ergaben sich einerseits aus der zu langsamen Reorganisation des Planungssystems in bestimmten Bereichen. Sie genügte nicht den Anforderungen, die Forschung und Entwicklung an eine elastische und bewegliche Planung stellten. Zum Beispiel

21 Verordnung über den durch den Volkswirtschaftsplan 1950 vorgeschriebenen Plan für die Industrie v. 1. 3. 1950, in: GBl. 1950, S. 223.

22 Vgl. GBl. 1954, S. 947.

23 Vgl. GBl. I 1955, S. 933.

war die Materialplanung in der Regel zu starr und zu sehr auf das Endprodukt gerichtet, so daß sie eine planmäßige Versorgung der Forschungs- und Entwicklungsstellen mit Materialien, Geräten, Prüfungseinrichtungen, Produktionskapazitäten für den Bau von Mustermaschinen, Nullserien und Versuchsanlagen nicht gewährleisten konnte.

Andererseits ergaben sich gewisse Schwierigkeiten aus der seit Ende 1954 für alle Bereiche angeordneten Delegierung der Verantwortung an die mittlere Leitungsebene und Betriebe. Die Hauptverwaltungen und Betriebe verwandten ihre größeren Rechte nicht nur darauf, sich gegen nicht gerechtfertigte administrative Eingriffe der Ministerien oder der Staatlichen Plankommission im Bereich des Produktionsplanes zur Wehr zu setzen; sie nutzten ihre größere Bewegungsfreiheit mitunter auch dazu aus, die Maßnahmen des Zentralamtes für Forschung und Technik bei der Staatlichen Plankommission zum Aufbau eines zentralen Planungs- und Leitungssystems auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik abzuwehren.

Die Situation des Amtes für Forschung und Technik gestaltete sich daher komplizierter als etwa die der Deutschen Wirtschaftskommission bzw. des Ministeriums für Planung in den Jahren 1948 bis 1950, die vor der Einführung zentraler Produktionspläne standen. Sie waren damals jedoch mit umfassender Weisungsbefugnis gegenüber solchen VVB und volkseigenen Betrieben ausgestattet, die gegen die Plandisziplin verstießen.

Einen Ausgleich für den Verlust an administrativer Weisungsbefugnis bot die stärkere Orientierung auf ökonomische Hebel, mit deren Hilfe die betrieblichen Interessen an bestimmten Entwicklungsprojekten auf die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte gerichtet werden konnten, ohne die Betriebe mit detaillierten Planaufträgen zu belasten. Dieses Verfahren bot sich von vornherein als besonders geeignet an für den komplizierten und relativ unübersichtlichen Bereich Forschung und Entwicklung. Für die anderen Bereiche, vor allem für die Produktionsplanung, existierte Mitte der fünfziger Jahre jedoch eine derartige Notwendigkeit noch nicht im gleichen Maße. Die ökonomische Stimulierung volkswirtschaftlicher Prozesse erfolgte daher nur im bescheidenen Umfang und war - wie im Falle des Direktorfonds - überwiegend auf quantitative Kennziffern ausgerichtet. Das erschwerte die Übertragung der wenigen vorhandenen Erfahrungen.

Die zahlreichen bestehenden Schwierigkeiten führten dazu, daß das Zentralamt für Forschung und Technik neben Erfolgen auch Mißgriffe und Fehlleistungen zu verzeichnen hatte. Eingroßer Erfolg war zweifellos die Erfassung und Planung der Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aller Zweige und Bereiche durch das Zentralamt in den Jahren 1955 bis 1957. Damit waren alle diejenigen, welche die Planbarkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts abgestritten hatten, durch die Praxis widerlegt. Nicht befriedigen konnte dagegen die Qualität des zentralen Planes. Seine Mängel lagen in erster Linie in der Arbeitsweise der für die Aufstellung des Planes verantwortlichen Institutionen begründet. Der über alle Leitungsebenen verteilte relativ umfangreiche Leitungsapparat führte zu Tendenzen der übermäßigen Administration, des Bürokratismus²⁴ und der Ressortarbeit. Es gelang dem Zentralamt für

24 Walter Ulbricht kritisierte diesen Zustand auf der 28. Tagung des ZK der SED im Juli 1956: "Im Ablauf der Forschung und Entwicklung gibt es eine solch unsinnige Bürokratie, die zum Beispiel verlangt, daß nach einer festgelegten Ordnung bis zur Freigabe eines abgeschlossenen Entwicklungsauftrages 61 Verwaltungsakten, Beratungen, Besprechungen und Genehmigungen vorzunehmen sind." (Ulbricht, Walter, Über die Arbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der III. Parteikonferenz, in: Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, Berlin 1960, S. 581.) 1956 gab das Zentralamt für Forschung und Technik eine 7 Seiten umfassende "Richtlinie für die An-

Forschung und Technik bzw. den entsprechenden Institutionen in den Ministerien und Hauptverwaltungen aber auch nicht, im gewünschten Maße eine Konzentration der Forschungsthemen in Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der ökonomischsten Verwendung der staatlichen Mittel vorzunehmen. Trotz des umfangreichen Berichtswesens besaßen weder das Zentralamt noch das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau noch die Hauptverwaltung RFT mehr als einen rein statistischen Überblick über die laufenden Entwicklungsthemen.²⁵ Damit fehlte die Grundlage für eine sorgfältige Abstufung der Forschungs- und Entwicklungsvorhaben entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung, ohne die sich jedoch nicht bestimmen ließ, ob ein Thema der Verantwortung der Betriebe überlassen oder in den Plan der Hauptverwaltung, des Ministeriums oder der Staatlichen Plankommission aufgenommen werden sollte. In der Praxis unterblieb vielfach eine dem Charakter der Themen entsprechende Aufgliederung. Die Mehrzahl der Vorhaben kam in den zentralen Plan, der damit nicht mehr war als die Summe der Vorstellungen der Forschungs- und Entwicklungsstellen. Das bedeutete die Anerkennung der Themenzersplitterung und der Parallelentwicklungen.²⁶

Da das Zentralamt unmöglich die Vielzahl der in den zentralen Plan aufgenommenen Themen sachkundig betreuen konnte, fühlten sich Ministerien und Hauptverwaltungen zu eigenmächtigen Handlungen berechtigt.²⁷ Durch die unzureichende Leitungsarbeit blieb die Effektivität der wissenschaftlich-technischen Forschung hinter den Erfordernissen zurück. So wurden die 292 bis zum 30. September 1957 fertigzustellenden Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau nur zu 60 Prozent realisiert. Bei den einzelnen Hauptverwaltungen schwankte die Planerfüllung der abzuschließenden Themen zwischen 36 und 116 Prozent.²⁸ Da die Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts das Schlüsselproblem für die Einleitung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Industrie der DDR und damit von entscheidender Bedeutung für den ökonomischen Wettbewerb zwischen beiden Weltssystemen war, konnten Partei und Regierung nicht abwarten, ob sich die angeführten Mängel als Anfangsschwierigkeiten herausstellen würden. Entsprechend den Vorschlägen der 28. und 30. Tagung des ZK der SED erfolgte 1957 eine Neuordnung der Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Als oberstes koordinierendes und anleitendes Gremium für den Bereich Forschung und Entwicklung wurde der Forschungsrat ("Beirat für naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung") geschaffen.²⁹ Er war durch seine Mitglieder unmittelbar sowohl mit der

fertigung der Jahresberichte der naturwissenschaftlich-technischen Forschung" heraus, obwohl eine ernsthafte Auswertung des Materials überhaupt nicht vorgesehen war. (Vgl. DZA, Abt. S., Bestand D - 1, Nr. 14 589, Bl. 472.)

25 Im Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau waren es 1956 allein 2 584. (Vgl. Ullrich, Walter, Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, a. a. O., S. 581.)

26 Noch 1956 wurden zum Beispiel in der DDR für den Bau von Fernsehsendern drei verschiedene Entwicklungen betrieben. (Vgl. Haubenreißer, Herbert, a. a. O., S. 101.)

27 Fast ein Jahr nach dem Beschluß des Ministerrates vom 21. Juni 1955 und erst nach entsprechenden Hinweisen der 3. Parteikonferenz begann das Ministerium für allgemeinen Maschinenbau mit der Ausarbeitung konkreter Vorschläge für die Weiterentwicklung des Planes Forschung und Technik. (Vgl. ebenda, S. 116.) Im Bereich der Hauptverwaltung RFT wurden 1957 durch die Hauptverwaltung 148 nicht gerechtfertigte Planänderungen vorgenommen. (Vgl. DZA, Abt. S., Bestand D - 1, Nr. 14 588, Bl. 257.)

28 Vgl. ebenda.

29 GBl. I 1957, S. 470.

Forschung und der technischen Produktion als auch mit der Parteiführung und staatlichen Verwaltung verbunden. Zu seinen Mitgliedern zählten die Präsidenten bzw. Vizepräsidenten der wissenschaftlichen Akademien der DDR. Als beratendes Organ der staatlichen Führung gegründet, gab der Forschungsrat nicht unmittelbar Anordnungen und Weisungen heraus, sondern wirkte auf die Ministerien, Hauptverwaltungen und Betriebe ein durch das "Zentrale Amt für Forschung und Technik" - ein Organ für die staatliche Lenkung, Koordinierung und Kontrolle der Durchführung der vom Ministerrat und von der Staatlichen Plankommission beschlossenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Forschung und Technik, das die Rechtsnachfolge des im August 1957 aufgelösten Zentralamtes für Forschung und Technik angetreten hatte - sowie durch die "Zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik"³⁰ und deren Arbeitsgruppen, besondere "Forschungsgemeinschaften" für zusammenfassende Aufgaben und zweckgebundene "Kommissionen".³¹

Die neugeschaffene Leitungsstruktur stärkte durch die Einbeziehung international anerkannter Wissenschaftler³² die Autorität der zentralen Leitungsorgane unter den Wissenschaftlern und Technikern in der Industrie. Die anfangs zu beobachtende Abneigung vieler Wissenschaftler gegen ihre Einbeziehung in die Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die sie vielfach zunächst als reine Verwaltungsarbeit angesehen hatten³³, wurde weitgehend überwunden. Die Kontakte zwischen den Wissenschaftlern in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und den zentralen wissenschaftsleitenden Organen festigten sich. Somit waren gute Voraussetzungen für eine energiereichere Durchsetzung der volkswirtschaftlichen Erfordernisse bei der Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gegeben.

Daß die neue zentrale Leitung die von Partei- und Staatsführung in sie gesetzten Erwartungen erfüllen würde, zeigte sich an der durch das "Zentrale Amt für Forschung und Technik" 1958 herausgegebenen "Ordnung der Planung für Forschung und Technik". Sie stellte eine gute Grundlage für die Verbesserung der Planung dar, indem von vornherein darauf verzichtet wurde, alle Forschungs- und Entwicklungsthemen in den Plan aufzunehmen. Durch die Einschränkung der zentral festgelegten Themen konnten die zentralen Institutionen die Mittel und Kräfte wirksamer einsetzen, während gleichzeitig die Initiative der Betriebe für die in den betrieblichen Plänen verankerten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten nicht mehr so stark wie bisher eingeschränkt wurde.³⁴ Bei den in den zentralen Plan aufgenommenen Forschungsthemen handelte es sich in erster Linie um Neuentwicklungen von volkswirtschaftlicher Bedeutung (zum Beispiel Förderung der Mechanisierung und Automatisierung, Einsparung von Importen usw.), während die betrieblichen Pläne vor allem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben beinhalteten, die der Weiterentwicklung in Produktion befindlicher Erzeugnisse dienten. An diesen Themen, die in der Regel kurzfristig günstige Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zeitigten (Erhöhung der Bruttoproduktion, Senkung der Selbstkosten und des Materialverbrauchs), waren die Betriebe unmittelbar materiell interessiert.

30 1959 wirkten in 125 Zentralen Arbeitskreisen 7 500 Wissenschaftler, Konstrukteure und Ingenieure mit. (Thießen, Peter Adolf, a. a. O., S. 600.)

31 Ebenda, S. 598 f.

32 Vgl. Haubenreißer, Herbert, a. a. O., S. 170 f.

33 DZA, Abt. S., Bestand D - 1, Nr. 10 404, Bl. 312.

34 Die größere Elastizität des Planes kam u. a. in der Tatsache zum Ausdruck, daß Mittel in Höhe von 5 Prozent der für plangebundene Themen vorgesehenen Summen den Forschungs- und Entwicklungsstellen für erste Entwürfe und Versuche bereitgestellt wurden. (Vgl. Ordnung der Planung für Forschung und Technik 1958, Bibliothek des DZA, Abt. S.)

Der deutlich sichtbare Trend zur Konzentration der zentralen Leitung auf Schwerpunkthe-
men bei gleichzeitiger Erhöhung der Verantwortung der Betriebe bringt gegenüber den vor-
hergehenden Jahren einen erhöhten Reifegrad der Formen und Methoden der Verwirklichung
des demokratischen Zentralismus in der Planung von Forschung und Technik zum Ausdruck.

Die neue Qualität der Planung von Forschung und Entwicklung zeigte sich auch im Vergleich
zur Produktionsplanung. Der 1955 noch beträchtliche Rückstand in der Verteilung der Ent-
scheidungsbefugnisse zwischen den wirtschaftsleitenden Organen der verschiedenen Ebenen
war weitgehend aufgeholt. Die Profilierung der zentralen Planung bei gleichzeitiger Dele-
gierung der Verantwortung an die mittlere und untere Leitungsebene folgte der entsprechen-
den Entwicklung der Produktionsplanung mit nur geringem zeitlichen Verzug, wie aus den
folgenden Angaben ersichtlich ist.

Tabelle 1

Anzahl der zentral vorgegebenen Kontrollziffern⁺

Jahr	Industrie	davon: Maschinenbau
1956	327	229
1957	98	18

+ Methodische Grundsätze für die Volkswirtschaftsplanung der DDR, hg. v. d. Staatlichen
Plankommission, Stand: Mai 1967, S. 60.

Tabelle 2

Anzahl der Staatsplanpositionen⁺

1955 für 950 einzelne Erzeugnisse
1956 für 810 einzelne Erzeugnisse
1957 für 440 einzelne Erzeugnisse

+ Leuschner, Bruno, Aktuelle Probleme unserer Volkswirtschaft, in: Die Wirtschaft,
Nr. 51/1956, S. 5.

Tabelle 3

Forschung und Entwicklung im Bereich der chemischen Industrie 1958⁺

Art der Themen	Anzahl der Themen	Bereitgestellte Mittel in Prozent
Zentrale Themen u. Themen des Ministeriums	291	60
betriebliche Themen	390	40
insgesamt	681	100

+ Deutsches Zentralarchiv, Abt. S, Bestand G - 2 III, Ch II, Nr. 2287, Bl. 3.

Im Jahre 1958 wurden 156 Themen, die 1957 noch im zentralen Plan enthalten waren und 18 Prozent der Mittel beanspruchten, in die Verantwortung der Betriebe überwiesen.³⁵ 1956 hatte der zentrale Plan noch 460 Vorhaben umfaßt.³⁶

Auf diese Weise war auf dem Gebiet der Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts innerhalb von drei Jahren eine Entwicklung nachgeholt worden, für die in der Produktionsplanung - wenn auch zum Teil unter anderen Bedingungen - fast ein Jahrzehnt benötigt worden war.

Auch hinsichtlich der Entwicklung ökonomischer Hebel erwiesen sich Forschungsrat und Zentrales Amt für Forschung und Technik als außerordentlich aktiv. Hatten bereits die 1956 und 1957 veröffentlichten Gesetze zur ökonomischen Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wachsende Erfahrungen der zentralen Leitung auf diesem Gebiet erkennen lassen³⁷, so zeugten die Anweisungen des Jahres 1958 von einer zunehmenden Beherrschung der Problematik.³⁸ Die ab 1. Januar 1958 geltende Anordnung, daß die Inanspruchnahme finanzieller Mittel für die Forschung und Entwicklung nur möglich ist, wenn der Forschungsrat die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bestätigt hat oder sie im Auftrage der vorgetzten zentralen Organe der staatlichen Verwaltung in Angriff genommen werden, stellt zweifellos einen beachtlichen Teilerfolg in der zentralen Steuerung mit Hilfe ökonomischer Hebel dar.

Somit konnte 1959 der Vorsitzende des Forschungsrates mit Recht feststellen, daß mit Hilfe der neuen Leitungsmethoden bedeutende Erfolge bei der zentralen Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu verzeichnen waren.³⁹

Damit waren wesentliche Voraussetzungen geschaffen, das 1955 von Partei- und Staatsführung gestellte Etappenziel zu erreichen.

Nachdem auf dem Gebiet der Planung und Leitung von Forschung und Entwicklung der Rückstand zu den übrigen Bereichen der Volkswirtschaftsplanung weitgehend aufgeholt war, hing die notwendige weitere Qualifizierung der Tätigkeit im Bereich Wissenschaft und Technik weniger von Verbesserungen des Teilsystems als von der Weiterentwicklung des gesamten Planungs- und Leitungssystems ab.

So wurde die Effektivität der angewandten ökonomischen Hebel zur Stimulierung einer den volkswirtschaftlichen Interessen entsprechenden Forschungs- und Entwicklungstätigkeit dadurch beeinträchtigt, daß der größte Teil der betrieblichen Prämienmittel weiterhin entsprechend der quantitativen Erfüllung der Jahrespläne abgerechnet wurde.⁴⁰ Wenn zum Beispiel die Einhaltung der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben die Erfüllung des Bruttoproduktionsplanes gefährdete, dann wogen für den Betrieb die finanziellen Einbußen, die sich

35 DZA, Abt. S., Bestand G - 2 III Ch II, Nr. 2287, Bl. 3.

36 Ebenda.

37 Vgl. GBI. I 1957, S. 469 u. 683.

38 Vgl. Haubenreißer, Herbert, a. a. O., S. 131 ff.

39 Vgl. Thießen, Peter Adolf, a. a. O., S. 605.

40 Dafür existierten neben objektiven Gründen, die sich aus der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Mittel ergaben, auch subjektive, die vor allem aus der Unterschätzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung durch die Wirtschaftswissenschaftler und -praktiker und der daraus resultierenden Verkennerung der Bedeutung der materiellen Interessiertheit herrühren. (Vgl. dazu Roesler, Jörg, Die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse zwischen den wirtschaftsleitenden Organen und Betrieben des zentralgeleiteten Maschinenbaus bei der Aufstellung des Jahresproduktionsplanes 1948 - 1958, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1968, S. 151.)

aus der Nichterfüllung des Planes Forschung und Technik ergaben, leicht gegenüber den möglichen Verlusten am Betriebsprämienfonds. Ohne eine generelle Umorientierung von quantitativen und qualitativen Kennziffern (wie sie in den sechziger Jahren durch die Verbindung von Betriebsprämienfonds und Nettogewinn erreicht wurde) war eine weitere wesentliche Erhöhung der Effektivität der ökonomischen Hebel im Bereich des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht möglich.

Auch hinsichtlich der Länge der Planungsperiode hing die Weiterentwicklung des Teilsystems Forschung und Entwicklung vom Voranschreiten des gesamten Planungssystems ab. Solange der Jahresplan das entscheidende Steuerungs- und Abrechnungsinstrument blieb⁴¹, mußte die Forschung und Entwicklung, deren Aufgaben in der Regel über mehrere Jahre ließen (in der Radio- und Fernmeldetechnik 3 bis 5 Jahre⁴²), weiterhin in jedem Jahr neu geplant und die damit in Zusammenhang stehenden Probleme, wie Materialwirtschaft, Finanzierung, Arbeitskräfte usw., Jahr für Jahr erneut so beurteilt werden, als ob der gesamte Prozeß wieder von vorn begänne. Dabei konnte es geschehen, daß das übergeordnete wirtschaftsleitende Organ das Thema strich, nachdem dafür ein oder mehrere Jahre Entwicklungskapazität sowie beträchtliche finanzielle und materielle Mittel verausgabt worden waren.⁴³

Die Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts war in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre im wesentlichen soweit entwickelt und so effektiv gestaltet worden, wie es unter den gegebenen Bedingungen - dem bestehenden Planungssystem und dem gegebenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und des Überbaus, auf denen das Planungssystem fußte - möglich war.

Als 1962 wesentliche Aufgaben der Übergangsperiode in der DDR durchgeführt waren und neue Bedingungen für die politische und ökonomische Entwicklung entstanden, konnte das Planungs- und Leitungssystem zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung bzw., wie es nach seiner weiteren Entwicklung und Vervollkommnung seit dem VII. Parteitag bezeichnet wird, zum "ökonomischen System des Sozialismus" weiterentwickelt werden. Im ökonomischen System des Sozialismus nimmt die Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts - entsprechend der Zielstellung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, die wissenschaftlich-technische mit der sozialistischen Revolution zu verbinden⁴⁴ - eine zentrale Stellung ein. Für die großen bei der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den sechziger und siebziger Jahren auf die Wirtschaft der DDR zukommenden Aufgaben erwies sich der bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vollzogene Aufbau eines zentralen staatlichen Lenkungssystems für Wissenschaft und Technik als bedeutender Vorteil.

41 Die Ausarbeitung von Perspektivplänen für Forschung und Technik war zwar eine der zentralen Festlegungen des Beschlusses vom 21. Juni 1955, doch waren die Fortschritte auf diesem Gebiet bis zum Ende der fünfziger Jahre gering. Das war sowohl auf die noch geringen Erfahrungen und den unzureichenden Vorlauf auf diesem Zweig der Planung zurückzuführen (obwohl die 24. Tagung des ZK der SED auf die Bedeutung der als Grundlage für die zweigspezifische Perspektive benötigten Industriezweigökonomiken hingewiesen hatte, wurden diese wichtigen Arbeitsunterlagen im Maschinenbau in ihrer Mehrzahl erst 1957/59 erarbeitet) als auch auf eine subjektive Unterschätzung der gewachsenen Bedeutung und Kompliziertheit der Perspektivplanung.

42 Haubenreißer, Herbert, a. a. O., S. 183.

43 Ebenda, S. 185.

44 Ulbricht, Walter, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1968, S. 20.

INTERESSENVERBÄNDE UND PROPAGANDAORGANISATIONEN FÜR DIE EXPANSION DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS NACH SÜDAFRIKA¹

von Eberhard Czaya

Einleitung

I. Wilhelminische Periode

Deutsch-Südafrikanische Interessengemeinschaft
Deutsche Hilfsorganisationen für die Buren

II. Weimarer Zeit und Hitlerfaschismus

Südafrikanische Interessenvertretung e. V., Berlin
Verein für Schutzgebietenanleihen e. V., Berlin
Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Berlin-Johannesburg

III. Westdeutsche und Westberliner Nachkriegszeit

Südafrikanische Studiengesellschaften
Gesellschaft der Freunde Südafrikas, München
Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, München
Südafrika-Stiftung, Johannesburg-München
Afrikaans-Deutsche Kulturgemeinschaft, Pretoria-München
Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bad Godesberg

Einleitung

In der Außenexpansion des deutschen Imperialismus bildete Südafrika stets einen Schwerpunkt. Gemessen an seiner wirtschaftlichen Bedeutung für das deutsche Finanzkapital, übertraf es zumindest jedes andere afrikanische Land. Als die wichtigsten Kriterien mögen das Volumen des beiderseitigen Handels und die Höhe der deutschen Kapitalanlagen gelten.

Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als der deutsche Imperialismus in der Wilhelminischen Zeit über eigene Kolonien verfügte.

1 Verwendung fanden frühere Arbeiten des Verfassers, insbesondere Czaya, Eberhard, Achse zum Kap. Das Bündnis zwischen Bonn und Südafrika, Berlin 1964; derselbe, Organisationen für die Apartheid-Propaganda in Westdeutschland, in: Deutsche Außenpolitik, H. 7/1964, S. 625 ff.; derselbe, Der deutsche Imperialismus in Süd- und Südwestafrika. Ein Beispiel für Kontinuität und Elastizität deutscher kolonialer Bestrebungen, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1967.

Seit dem ersten Weltkrieg hat sich diese Affinität Südafrikas für das deutsche Finanzkapital sogar noch verstärkt. Ursachen einer solchen Gewichtsverlagerung sind insbesondere der Verlust des deutschen Kolonialbesitzes, die Verstärkung der Ungleichmäßigkeit in der ökonomischen Entwicklung innerhalb Afrikas, die Südafrika einen immer größeren Vorsprung verschaffte, sowie die außerordentlich günstigen ökonomischen Bedingungen, welche die südafrikanische Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit praktisch zu allen Zeiten - von den beiden Weltkriegen abgesehen - den deutschen Monopolen einräumte.

Mit den Profiterwartungen verband der deutsche Imperialismus stets gewichtige machtpolitische Ziele. Vorhandene ökonomische Positionen waren der Ausgangspunkt für machtpolitische Spekulationen, außenpolitische Aktivitäten wiederum sollten zu noch größerer ökonomischer Macht führen.

Die hier sehr allgemein umrissene Schwerpunktbedeutung Südafrikas in der deutschen Außenexpansion führte rasch zur Entstehung spezieller verbandsmäßiger Zusammenschlüsse der an der Expansion nach Südafrika interessierten Kreise des deutschen Imperialismus.

Diese Südafrika-Verbände fügten sich in das Gesamtsystem der imperialistischen deutschen Auslandsverbände ein, deren grundlegende Aufgabe es war, durch Berücksichtigung der spezifischen Expansionsbedingungen in den verschiedenen Regionen und Ländern besonders intensive Formen der verbandsmäßigen Expansionshilfe zu entwickeln. Im Laufe der Zeit wurden die Verbände immer stärker territorial aufgegliedert, ein Prozeß, der seinen Höhepunkt in der jüngsten Vergangenheit erreichte. Hatte sich der deutsche Imperialismus früher darauf beschränkt, neben den die Erde wohl lückenlos erfassenden Regionalverbänden nach Art des Afrika- oder des Nah- und Mittelost-Vereins nur für Schwerpunktländer besondere Ländervereine ins Leben zu rufen, so sind in den letzten Jahren in Westdeutschland selbst für die Expansion in kleinste Länder spezielle Interessenverbände geschaffen worden, die freilich vielfach in sektionsgleichem Verhältnis zu den Regionalverbänden stehen.

Unter den diversen Organisationen und Verbänden zur Förderung der Expansion in ein bestimmtes Land haben die Südafrika-Verbände mit die älteste Tradition; und was ihren reaktionären Inhalt betrifft, dürften sie hierbei sogar an der Spitze stehen.

Da Südafrika ein Schwerpunktländ der deutschen Außenexpansion war und es für Westdeutschland auch heute noch ist, nahmen und nehmen die hier untersuchten Südafrika-Verbände stets auch einen wichtigen Platz im Gesamtsystem der die deutsche imperialistische Außenexpansion fördernden Verbände ein. Um so verwunderlicher ist es, daß in den bisherigen grundlegenden Werken über die Unternehmerverbände und Propagandaorganisationen des deutschen Imperialismus die Südafrika-Verbände ignoriert wurden.

Die relativ lange Geschichte der Südafrika-Verbände des deutschen Imperialismus fordert dazu heraus, ihrer Kontinuität besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Obwohl die folgende Darstellung im wesentlichen den historischen Ablauf analysiert, hat sie doch auch aktuelle Bedeutung. Sie zeigt, daß von den Anfängen des verbandsmäßigen Zusammenschlusses der an der Expansion nach Südafrika interessierten Kreise des deutschen Imperialismus eine direkte Linie zu den westdeutschen Südafrika-Verbänden der Gegenwart führt.

Besonders deutlich wird dies, wenn man die Geschichte der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft betrachtet, die sich immer stärker zum verbandsmäßigen Zentrum der deutschen imperialistischen Südafrika-Interessen entwickelt hat. Die Rolle der Verbände in den jeweiligen historischen Perioden ist eine Widerspiegelung der Wesenszüge, die den deutsch-südafrikanischen Beziehungen im allgemeinen zugrunde lagen. Die nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland reorganisierten Südafrika-Verbände spiegeln darum auch klar die historischen Wurzeln des reaktionären Bündnisses der herrschenden Kreise Westdeutschlands mit dem südafrikanischen Apartheidregime wider.

Die ökonomischen Interessen der deutschen Monopole in Südafrika gaben den Südafrika-Verbänden zu allen Zeiten den Charakter von Unternehmerverbänden - von Vereinigungen, deren Aufgabe es war, die Verwertungsbedingungen für das Kapital der in ihnen organisierten Kapitalisten zu verbessern. In der im folgenden noch ausführlich zu behandelnden Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft trat diese Aufgabe besonders nach der Weltwirtschaftskrise zutage, also in einer Zeit gestörter Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika und zum Zwecke, diese Störungen zu überwinden.

Aber gerade in der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft stand die Vertretung von wirtschaftlichen Interessen nur in kürzeren Perioden im Vordergrund. Vielleicht kann man hier sogar eher von einem vorwiegend politisch orientierten, jedoch für ökonomische Zwecke ausgenutzten Verband sprechen. Daß eine größere Zahl der mit Südafrika Wirtschaftsbeziehungen pflegenden Monopole und Unternehmen in der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft nicht primär eine ihren wirtschaftlichen Interessen dienende Vertretung sahen, wird in der gleichzeitigen Existenz verschiedener anderer Verbände deutlich, die ebenfalls Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika förderten. Erwähnt seien die in ihrer Zielsetzung sehr eng orientierten wirtschaftlichen Spezialverbände, wie die Südafrikanische Interessenvertretung e. V., der Deutsch-Südafrikanische Wirtschaftsausschuß und ähnliche, wie auch der über Südafrika weit hinausgreifende Afrika-Verein Hamburg-Bremen e. V. Die unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft als Unternehmerverband werden gerade durch die zeitweilig tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen ihren und den Mitgliedern des Afrika-Vereins demonstriert.

Primär war und ist die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft als der stets dominierende Südafrika-Verband eine politische Propagandaorganisation des deutschen Imperialismus. Innerhalb des Gesamtsystems der Auslandsverbände stand sie stets dicht an der Seite der Kolonialvereine. Dies erklärt sich aus der allgemeinen politischen Zielstellung - der beabsichtigten Unterwerfung Südafrikas unter ein halbkoloniales Regime des deutschen Imperialismus. Darum gab es stets auch enge Querverbindungen zu den Kolonialvereinen im engeren Sinne.

Vom Prinzip her waren die politischen Ambitionen natürlich auf die maximale Befestigung und Ausweitung der ökonomischen Positionen gerichtet. Veränderungen der Kräftekonstellation sowohl in der internationalen Arena als auch innerhalb der verschiedenen Gruppen der südafrikanischen Bourgeoisie führten jedoch zu Schwankungen und Modifikationen in der dominierenden Strategie gegenüber Südafrika und im Zusammenhang damit zur Differenzierung der Interessen auch innerhalb der deutschen Bourgeoisie. Vielfach sahen sich sogar ein und dieselben Gruppen des deutschen Kapitals widersprüchlichen Interessen ausgesetzt.

Dies hatte zur Folge, daß sich die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft verschiedentlich den veränderten historischen Bedingungen stärker anpassen mußte, als es die rein ökonomischen Interessen erfordert hätten; gerade im politischen Bereich wurde sie noch stärker als im wirtschaftlichen auch zu einer Plattform von Sonderinteressen bestimmter Gruppierungen des deutschen Imperialismus und seiner Südafrika-Exponenten.

In der Kolonialfrage sind diese Wandlungen deutlich zu erkennen. Die alte Konzeption der halbkolonialen Unterwerfung im Bündnis mit der burischen Bevölkerungsgruppe machte einer Tendenz zu einer stärkeren westdeutsch-südafrikanischen Partnerschaft unter Einbeziehung der gesamten südafrikanischen Bourgeoisie Platz, wobei der westdeutsche Imperialismus die politischen Lasten vorwiegend seinen südafrikanischen Partnern zuweisen möchte. Von der Absicht, eigene deutsche Kolonien in den Nachbarländern Südafrikas zu "erwerben", kann nicht mehr die Rede sein. Vielmehr ist der deutsche Imperialismus an einem starken Block reaktionärer Regimes im südlichen Afrika unter der Hegemonie des Weltimperialismus insgesamt als Umwelt für die eigene Expansion interessiert.

Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft war zu keiner Zeit ein von der offiziellen Politik unabhängiger Verband. Sie war stets ein offizielles Organ. Der Grad ihrer Verbindung mit der staatlichen, also der vorherrschenden Politik war jedoch nicht immer gleich. Es gab Zeiten, als die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft ein kaum noch verhüllter Arm der Regierung war, wie während der Präsidentschaft Bohles im Hitlerfaschismus. Nach dem zweiten Weltkrieg wiederum gaben in ihr Gruppen den Ton an, die scheinbar "Außensteiter" waren, insbesondere, indem sie an Methoden und Zielen festhielten, die nicht nur von der Geschichte für untauglich bzw. unerreichbar befunden waren, sondern auch in der öffentlichen Meinung Westdeutschlands keine Popularität mehr genossen. Besonders deutlich zeigte sich das, als die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft nach dem zweiten Weltkrieg zu einem Sammelbecken schwerbelasteter alter Nazis und Kolonialisten geworden war.

Auch die heutige Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft scheint zunächst im Gegensatz zur vorherrschenden Tendenz des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland und dabei auch zur Bonner Politik zu stehen. Um ihre neokolonialistische Expansion in die auf die Apartheid empfindlich reagierenden jungen Nationalstaaten nicht zu gefährden, müssen die westdeutschen Monopole und der Bonner Staat in bezug auf Südafrika vorsichtig taktieren. Ihre Unterstützung für die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft war darum nicht immer einheitlich. Im Prinzip war sie jedoch nicht schwächer, sondern nur weniger durchsichtig. Bisher erhielten die Südafrika-Verbände noch immer die Unterstützung des westdeutschen Staates und der interessierten Monopole. Beide sehen in den Verbänden eine Art Reserve bzw. arbeitsteilige Organe eines einheitlichen Systems.

Unter dem Anschein, eine beschränkte Interessengruppe zu vertreten, haben die Verbände in gewollter, organisierter Arbeitsteilung eine Politik durchzuführen, mit der Staat und Monopole sich nicht allzu offenkundig identifizieren wollen, die aber deren ureigenstes Anliegen war und ist. So stellt heute die in Westdeutschland wirkende Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft ein von Staat und Monopolen getragenes Instrument zur Festigung des erzreaktionären Bündnisses mit dem Apartheidregime dar, obwohl offiziell die Existenz eines solchen Bündnisses geleugnet wird.

Bei allen diesen taktischen und strategischen Windungen und Gewichtsverlagerungen in den verschiedenen Perioden deutscher imperialistischer Politik waren jedoch die grundlegenden Aufgaben der Südafrika-Verbände stets gleich oder ähnlich. Ihr Tätigkeitsfeld lag zu einem wesentlichen Teil im eigenen Territorium, galt es doch, von der Öffentlichkeit entgegengebrachte Widerstände zu neutralisieren (ideologische Manipulation) und innere Reserven für die Außenexpansion zu mobilisieren, sei es durch Ausnutzung des eigenen Staates durch die Monopole, durch Koordinierung von Staat und Monopolen, durch Zusammenführung verschiedener Interessengruppen usw. Der andere Teil ihrer Wirksamkeit lag unmittelbar im Zielland der Expansion, wo sie die besten Infiltrationsmöglichkeiten und -wege erkundeten und dazu beitrugen, das gewünschte Expansionsklima zu schaffen, wie durch Beeinflussung der südafrikanischen Regierung, Korruption dort ansässiger Kreise und dergleichen mehr.

I. Wilhelminische Periode

Deutsch-Südafrikanische Interessengemeinschaft

Die Anfänge der heute in Westdeutschland bestehenden Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft gehen auf die bereits 1886 gegründete Deutsch-Südafrikanische Interessengemeinschaft zurück. Zu den Initiatoren zählten der damals in der Kolonialpolitik stark engagier-

te Graf Joachim Pfeil², Konsul Lichtenstein, der in Transvaal wirkende Generalsuperintendent und Missionar Alexander Merensky (Vater des im folgenden häufig genannten Geologen und Bergbaukapitalisten Hans Merensky) sowie die auf Afrika spezialisierten Professoren Kersten, Weber, Cohen und Fritsch.

Aufschlußreich ist der Zeitpunkt der Gründung. 1884 hatte Großbritannien die Selbständigkeit der Burenrepublik Transvaal anerkennen müssen. Im selben Jahr hatte sich deren Präsident Paul Krüger auf eine Europareise begeben, um durch Entwicklung der Beziehungen zu den Konkurrenten Großbritanniens die Isolierung des von ihm geführten Staates der burischen Siedler zu durchbrechen. Krüger wurde in Berlin auch von Kaiser Wilhelm I. und Bismarck äußerst freundlich empfangen.

Die Grundlage für die nun einsetzende deutsche Expansion in dieses Land gab der am 22. Januar 1885 in Berlin abgeschlossene "Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Südafrikanischen Republik" (Transvaal), der im Juli 1886 in Kraft trat. Er regelte Fragen des Handels, der Niederlassung von privaten und juristischen Personen sowie des diplomatischen Verkehrs. Obwohl sich beide Staaten formell gegenseitig gleiche Rechte einräumten, war der Vertrag doch eindeutig auf die Interessen der damals gerade erstarkenden deutschen Monopolbourgeoisie in Transvaal zugeschnitten.

Und noch ein anderes wichtiges Ereignis fiel in das Gründungsjahr der Deutsch-Südafrikanischen Interessengemeinschaft: 1886 wurde die in Südafrika epochemachende Goldader des Witwatersrandes bei Johannesburg entdeckt.

Der deutsche Imperialismus nutzte das Streben der burischen Nationalisten nach Unabhängigkeit vom britischen Imperialismus aus, um über den Weg des hegemonialen Bündnisses mit dem schwächeren burischen Partner Großbritannien als die bisher in Transvaal führende imperialistische Macht abzulösen und von dort aus auch andere afrikanische Territorien in die deutsche Einflußsphäre zu ziehen.

Insofern fiel dem Grafen Pfeil eine Schlüsselstellung zu. 1884 begleitete er Carl Peters bei der beginnenden Annexion der späteren Kolonie Deutsch-Ostafrika, tauchte, als Jäger getarnt, in Bulawayo auf, wo er die Annexion des späteren Rhodesien - diesmal vergeblich - einzuleiten versuchte. In Südwestafrika initiierte er die Ansiedlung deutscher Kolonisten, das heißt die Vertreibung der Afrikaner von Grund und Boden. In Pretoria, der Transvaal-Hauptstadt, exponierte sich Pfeil als einer der maßgeblichen Sprecher der Alldrutschen für das antibritische Bündnis mit den Buren.

Nach den dürftigen Überlieferungen zu urteilen, erlangte jedoch die Deutsch-Südafrikanische Interessengemeinschaft nicht annähernd die Bedeutung der späteren Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft. Sicher hängt diese Erscheinung mit der in den neunziger Jahren bei einem bedeutenden Teil der deutschen Monopolbourgeoisie eingetretenen Differenzierung in ihrer Haltung zu den burischen Nationalisten zusammen. Während einige Monopole unmittelbar aus der nationalistischen Politik der Buren Nutzen zogen, zum Beispiel aufgrund der ihnen von der Transvaal-Regierung erteilten Privilegien, wie der deutsche Zweig des Nobel-Trustes und die Gruppe Berliner Handels-Gesellschaft/Warschauer & Co. als Finanzier der Transvaal-Bahn von Delagoa-Bai nach Pretoria, gingen andere, die Deutsche Bank mit ihrer A. Goerz & Co. Ltd. an der Spitze, dazu über, sich auf eine Partnerschaft mit dem britischen Kapital zu orientieren, um überhaupt eine Chance zu finden, an dem inzwischen in britischer Hand aufblühenden lukrativen Goldbergbau partizipieren zu können.

2 Jüngere Mitglieder der Familie von Pfeil sind heute als leitende Angestellte des westdeutschen Thorer-Konzerns in Südafrika und Mitarbeiter des deutschsprachigen Programms von Radio South Africa tätig.

Der zwischen den verschiedenen (und teilweise innerhalb der gleichen) Gruppen des Monopolkapitals in der Frage der Bündnispolitik in Transvaal sich zeigende Interessenwiderspruch spiegelte sich im weiteren in der Stellungnahme der Interessenverbände deutlich wider.

Als Folge der wachsenden Anziehungskraft des vom britischen Kapital beherrschten Goldbergbaus für die deutsche Monopolbourgeoisie war es in den Jahren 1898/99 zu verschiedenen Abkommen zwischen dem deutschen und dem britischen Imperialismus, auf britischer Seite besonders mit der Gruppe Rothschild-Rhodes, gekommen, die den Rahmen für eine Zusammenarbeit und Interessenabgrenzung in verschiedenen Kolonialfragen auch außerhalb Südafrikas absteckten. Während auf diesem Hintergrund der Kurs der Goldwerte in Berlin stark anzog, nahmen die ultrachauvinistischen Kreise die damalige deutsch-britische Verständigung zum Anlaß, um mit noch frenetischeren Sympathieerklärungen für die Buren Partei zu ergreifen, die mit England verbundenen Kreise der Hochfinanz (oft mit antisemitischen Losungen) zu diffamieren und im Sinne der von ihnen gewünschten Transvaal-Politik an die wilhelminische Regierung zu appellieren.

Für die Auseinandersetzungen in der Bündnisfrage benötigten die Ultrachauvinisten allerdings einflußreichere Organe als die - ihnen zumindest nahestehende - Deutsch-Südafrikanische Interessengemeinschaft. Sie bedienten sich insbesondere der Deutschen Kolonialgesellschaft und des Alldeutschen Verbandes.

Bereits 1896, als die (mit dem deutsch-britischen Vertrag vom 30. August 1898 verwirklichte) Absicht der wilhelminischen Regierung bekannt wurde, Delagoa-Bai, den Endpunkt der Transvaal-Bahn, zugunsten einer deutsch-britischen Verständigung im Rahmen einer weitergespannten Kolonialpolitik zu opfern, machte sich die Deutsche Kolonialgesellschaft nachdrücklich zum Fürsprecher der Gruppe Berliner Handels-Gesellschaft/Warschauer & Co. Warnend schrieb sie an den Reichskanzler, den Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst: "Ein beträchtlicher Teil des deutschen Handels mit Südafrika hat sein Eingangstor in der Delagoabai. Viele Millionen deutschen Kapitals sind in der von der Bai nach Pretoria führenden Bahn angelegt, und zwar hauptsächlich im Vertrauen auf die bisherige Haltung der Regierung; sie wären gefährdet, wenn die wirtschaftliche und politische Machtstellung Englands eine erhebliche, für die deutschen Interessen in Südafrika nachteilige Stärkung erführe."³

Deutsche Hilfsorganisationen für die Buren

Die primär zwischen den Burenstaaten und dem britischen Imperialismus geführten Auseinandersetzungen um Transvaal lösten 1899 den Südafrikanischen Krieg (bis 1902) aus. In dieser Situation trat die Zwiespältigkeit der damaligen deutschen Südafrika-Politik noch stärker zutage. Der Alldeutsche Verband entfaltete eine lebhafte Agitation für eine offene deutsche Intervention. Unter seiner Förderung organisierte sich ein deutsches Buren-Hilfskorps, das Deutsche Freikorps, welches etwa 600 deutsche Freiwillige vereinte. München entwickelte sich mit Hilfe der Alldeutschen zu einem besonderen Mittelpunkt der "Burenfreundschaft"; eine Deutsche Burenzentrale wurde hier eingerichtet. Die "Rheinisch-Westfälische Zeitung", hinter der die am Rüstungsgeschäft interessierte Schwerindustrie stand, schaltete sich ebenfalls stark in die Agitation ein. In Deutschland warb ein eigenes Blatt,

³ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung I (im folgenden: DZA), Potsdam, Deutsche Kolonialgesellschaft, Nr. 500: Deutsch-englisches Abkommen betreffend Delagoabai, Schreiben v. 3. 10. 1896.

"Der Burenfreund", jahrelang um die Hilfe Europas für die Buren. Während und nach dem Südafrikanischen Krieg sollen allein die Deutsche Burenzentrale, der Alldeutsche Verband, der Deutsche Frauenhilfsbund und der deutsche Zweig des Generale-Hilfsfonds (Fonds für die Buren-Generale) zusammen etwa 1 1/3 Millionen Mark abgeliefert haben.⁴

Hallgarten bezeichnet den Nobel-Trust als die stärkste ökonomische Kraft dieser Kreise. Er sei mit den führenden Persönlichkeiten der Transvaal-Regierung aufs engste verbunden gewesen. Sein Vertreter in Deutschland, der Hamburger Rechtsanwalt Julius Scharlach, habe hartnäckig versucht, die wilhelminische Regierung ebenfalls auf die burische Seite zu ziehen.⁵

Die Berliner Hochfinanz vermied es dagegen, sich in der damaligen Situation gegen England zu stellen, um nicht den Kurs ihrer inzwischen in Partnerschaft mit dem britischen Kapital angewachsenen Goldwerte zu gefährden. Die Geldsammlung der Alldeutschen und ihres Anhangs im Jahre 1901 zugunsten der Buren, die damals über eine halbe Million Mark ergab, parierte sie mit einer Kollekte für notleidende Inder (!), die binnen weniger Tage ein Vielfaches dieser Summe einbrachte.⁶

Die folgende Periode bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges war nicht frei von Versuchen, die auch nach Gründung der Südafrikanischen Union im Jahre 1910 mehr oder minder latent fortwirkenden Gegensätze zwischen britischen und burischen Interessen in Südafrika für die Expansionspolitik des deutschen Imperialismus auszunutzen. Die Haupttendenz der deutschen Südafrika-Politik in dieser Periode war jedoch von dem Bestreben gekennzeichnet, die Früchte der immer stärkeren Verflechtung mit dem britischen Kapital zu ernten. Im Gegensatz zum Vorgehen in den damaligen deutschen Kolonien, wo das deutsche Kapital zugleich die politische Verantwortung trug und auf eine in eigener Regie zu schaffende Infrastruktur angewiesen war, konnte der deutsche Imperialismus in Südafrika auf der Grundlage maximaler Freizügigkeit, weitgehenden Entgegenkommens seiner britischen Geschäftspartner sowie der dort weitentwickelten Kolonialwirtschaft höchste Profite erzielen, ohne Verantwortung für die politische Sicherung des Ausbeutungssystems und die Schaffung der Infrastruktur zu tragen. Die gegebenen günstigen ökonomischen Bedingungen und das Gebot der zumindest zeitweiligen Rücksichtnahme auf den britischen Partner ließen eine auffallende Verbandstätigkeit in bezug auf Südafrika weder zweckmäßig noch nötig erscheinen. Das war jedoch eine zeitweilige Politik. Mit Beginn des ersten Weltkrieges begann die Wiederbelebung der alten proburischen Politik, und die Schaffung eines von Deutschland protektorsgleich abhängigen Südafrikas wurde propagiert.

II. Weimarer Zeit und Hitlerfaschismus

Südafrikanische Interessenvertretung e. V., Berlin

Verein für Schutzgebietenanleihen e. V., Berlin

Auch in Südafrika erfuhr der deutsche Imperialismus durch seine Niederlage im ersten Weltkrieg eine beträchtliche Schwächung. Die deutschen Monopole unternahmen große Anstrengungen, um die erlittenen Verluste zu mildern und erneut die Geschäftstätigkeit mit Südafrika zu beleben. Ihre Darstellung würde jedoch den thematischen Rahmen dieser Arbeit sprengen. Der Vollständigkeit halber seien hier zwei Spezialverbände erwähnt, die damals in den deutsch-südafrikanischen Wirtschaftsbeziehungen eine gewisse Rolle spielten:

4 Schwalter, A., Buren, Engländer und Deutsche, Leipzig 1915, S. 14, Zwischen Krieg und Frieden, H. 24.

5 Hallgarten, George W., Imperialismus vor 1914, Bd. 1, München 1963, S. 502.

6 Ebenda.

die Südafrikanische Interessenvertretung e. V., Berlin, als Vereinigung der durch die Enteignung der deutschen Vorkriegskapitalanlagen in Südafrika geschädigten deutschen Kapitalisten (der Verband bestand von 1921 bis 1927), sowie der Verein für Schutzgebietsanleihen e. V., Berlin, der namens seiner Klienten 1935 die südafrikanische Mandatsmacht verklagte, um von ihr die Übernahme der Haftung für die früheren deutschen Kolonialanleihen an Südwestafrika zu erwirken. Während die erstere wesentliche Teilerfolge verzeichnen konnte, endete die letztere mit einem Fehlschlag.

Neben diesen reinen Unternehmerverbänden mit sehr enger Aufgabenstellung gab es zur Zeit der Weimarer Republik keinen umfassenden Südafrika-Verband. Dies spricht für die relativ geringe politische Aktivität des deutschen Imperialismus in Südafrika während dieser Periode. Was das südliche Afrika im weiteren Sinne betraf, war die politische Infiltration vorwiegend auf die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika gerichtet, wo sich die deutsche Kolonialgesellschaft und ähnliche Verbände stark subversiv engagierten.

Die Machtergreifung durch den deutschen Faschismus führte zu einer scharfen Wiederbelebung jener Variante deutscher imperialistischer Expansion nach Südafrika, die auf der Ausnutzung der antibritischen nationalistischen Bewegung der burischen Bourgeoisie beruhte. Die deutschen Monopole arbeiteten zwar weiterhin eng mit den anderen in Südafrika engagierten, vorwiegend vom britischen Kapital beherrschten Monopolen zusammen. Das strategische Ziel des deutschen Faschismus war es jedoch, das burische Kapital als Juniorpartner zu stärken, die burische Bourgeoisie auf den Weg des Faschismus und verschärfen Rassismus zu führen und sie als Gendarm gegen die nationale und demokratische Bewegung im südlichen Afrika einzusetzen. Als Endziel schwebte ihm die Ablösung des britischen Imperialismus als führende imperialistische Macht im südlichen und östlichen Afrika, die Verwandlung Südafrikas in eine Art deutsches Protektorat und die Schaffung deutscher Kolonien in den Nachbarländern Südafrikas (namentlich Südwestafrikas) vor.

Die Methoden und Anfangserfolge dieser Politik äußerten sich deutlich in der auf Südafrika gerichteten Verbandstätigkeit des deutschen Faschismus. Ungeachtet der gegensätzlichen Auffassungen in der Hegemoniefrage und auch in bezug auf den künftigen Status von Südwestafrika waren damals die politischen Kontakte zwischen der deutschen (faschistischen) und der burischen Seite inniger denn je. Auf beiden Seiten wurden zahlreiche neue Organisationen und Institutionen ins Leben gerufen und bestehende ausgenutzt, um diese Verbindungen systematisch aufzubauen, zu pflegen und zu erweitern. Dazu gehörten vor allem: die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e. V., Berlin-Johannesburg (Näheres siehe unten); die Afrikaans-Deutsche Kulturgemeinschaft (Afrikaans-Duitse Kultuur-Unie), Pretoria, und ihr Gegenstück, der Südafrika-Ausschuß der Deutschen Akademie, München; die Landesgruppe der Union von Südafrika der Auslands-Organisation der NSDAP, Pretoria⁷; die Deutschen Klubs und Vereine in Südafrika usw.

Auch über andere Kanäle betrieb der deutsche Faschismus eine intensive Propaganda in Südafrika. Ein wichtiges Sprachrohr war der deutsche Kurzwellensender, der in deutscher Sprache vornehmlich an die Deutschen in Südafrika und in Afrikaans (Kapholländisch) an die Buren appellierte. Burische Südafrikaner, die im deutschen Faschismus ihr Vorbild sahen, arbeiteten an dem Afrikaans-Programm mit, zum Beispiel Katherine Vos⁸ und vor allem Erich Holm. Rasch war Hitlers Machwerk "Mein Kampf" in Afrikaans übersetzt und bald in Südafrika weit verbreitet.⁹

7 Siehe Schmidt-Pretoria, Werner, Südafrika gestern und heute, Stuttgart 1937, S. 83 u. 86 = Wirtschaftlich-Soziale Weltfragen, H. 7.

8 DZA Potsdam, Kanzlei des Führers, Nr. 199: Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bl. 90. Näheres siehe unten.

9 Frank, Michael, Die letzte Bastion. Nazis in Argentinien, Hamburg 1962, S. 18.

Eine zentrale Stellung in diesem System erlangte die im November 1933 mit Sitz in Berlin und Johannesburg gegründete Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft. Auf reichsdeutscher Seite wirkte vor allem Alexander Prentzel, der Chef des Kalisyndikats, mobilisierend. Eine starke Hilfe auf südafrikanischer Seite gewährte der deutschsüdafrikanische Geologe und Kapitalist Hans Merensky, der als Starthilfe und bei späteren Gelegenheiten wiederholt hohe Beträge zur Verfügung stellte.¹⁰

Das Anliegen der Gründer war primär die Förderung wirtschaftlicher Kontakte, die durch die Weltwirtschaftskrise empfindlich gestört waren. Dementsprechend hatte die Gesellschaft anfangs den Charakter eines Unternehmerverbandes. Ihr erster Präsident war Gugelmeier, zugleich Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, des späteren Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe). Eine der entscheidenden Sitzungen, auf denen der Kurs der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft festgelegt wurde, fand auf Anregung des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes am 4. Dezember 1934 im Gebäude des Deutschen Industrie- und Handelstages in Berlin statt. Der Direktor der Deutschen Bank, Hellmuth Pollems, berichtete hierüber Bankdirektor Kurt Weigelt: "Zu dieser Sitzung ... waren etwa 30 Herren erschienen, in erster Linie Vertreter der exportorientierten Industrie, Stahlverein, Siemens, Orenstein & Koppel, Demag etc., dann aber auch Vertreter der Reichsbahn, ferner des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, endlich der Commerzbank (Dresdner Bank aber nicht) u. s. f."¹¹

Von August bis Oktober 1935 traten der Gesellschaft die Leipziger Wollkämmerei sowie einige Wollimportfirmen und Großbanken bei. Als "ernsthafte Mitglieder" wurden des weiteren genannt: AEG, Telefunken und Erich Lübbert. Im November/Dezember 1935 sagten ihre Mitarbeit im Vorstand zu: Direktor Rausch von der Leipziger Wollkämmerei, Siegert von der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammer in der Reichswirtschaftskammer, Tewag von der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe/Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Freiherr von Bodenhausen vom Werberat der Deutschen Wirtschaft sowie Kurt Weigelt, Direktor der Deutschen Bank.

Auch die Repräsentanz der Gesellschaft in Südafrika ließ die Betonung wirtschaftlicher Interessen erkennen. Ihr dortiger Vertreter war O. Feldmann, der in Südafrika ein Projekt zur Herstellung von Benzin aus Kohle bearbeitete und eine entsprechende Lizenz der Ruhrchemie Aktien-Gesellschaft vermittelte. - Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft fungierte später bei der südafrikanischen Gesandtschaft in Berlin und beim Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium als Lobby, um deren Unterstützung für die an der Ausführung dieses Projektes interessierten deutschen Konzerne zu erwirken; es ging dabei um die Sicherung von Lieferaufträgen in Höhe von 1,2 Millionen Pfund.¹²

Es entsprach völlig den Gepflogenheiten im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in einen Interessenverband der Monopole auch Vertreter von Regierungsstellen, der Nazipartei und bestimmter politischer Körperschaften aufzunehmen, um sich ihrer Unterstützung zu versichern. Die Südafrikanerin Katherine Vos, mit Leidenschaft dem deutschen Faschismus

10 DZA Potsdam, Kanzlei des Führers, Nr. 192: Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bl. 4, 30 u. 47.

11 Deutsches Wirtschaftsinstitut, Berlin (im folgenden: DWI), Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Generalsekretariat, Dr. Weigelt, Kolonialfragen, Nr. A 26/23, Teil 69.

12 DZA Potsdam, Kanzlei des Führers, Nr. 192: Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bl. 6, 15 u. 25.

ergeben und von Merensky zum Studium nach Deutschland entsandt, warb im März 1934 den Arzt Karl Heusler für die Funktion des ehrenamtlichen Geschäftsführers der Gesellschaft.¹³ Heusler ernannte den in Wirtschaftsfragen stärker beschlagenen Happach, der wiederum leitender Angestellter in der Direktionszentrale der Deutschen Bank war, zu seinem Stellvertreter. Heusler und Happach waren bereits in anderer Funktion für den deutschen Faschismus aktiv; der Erstgenannte gehörte seit November 1932, der andere seit Juni 1931 der Nazi-Partei an. Heusler war unter anderem SA-Sanitätssturmführer, wirkte an der Deutschen Hochschule für Politik als Dozent und wurde als Gauredner vom Gau Groß-Berlin der NSDAP und zur Verwendung der Reichspropagandaleitung der NSDAP eingesetzt. In Berlin-Grünwald, einem bevorzugten Wohngebiet von Spitzenvertretern der imperialistischen deutschen Gesellschaft, war er Blockleiter der Nazi-Partei. Diese Funktion erleichterte es Heusler, führende Monopolisten, die in Grünwald ansässig waren, für die Mitarbeit in der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft zu gewinnen, so auch den erwähnten Präsidenten der Gesellschaft, Gugelmeier. Im Einklang mit den Gründern stellte Heusler die Gesellschaft vorbehaltlos in den Dienst der faschistischen Auslandspropaganda. In einer Aufzeichnung über die Tätigkeit der Gesellschaft im Zeitraum von April bis Juli 1934 heißt es: "Mit allen in Frage kommenden amtlichen Stellen und Organisationen der Partei wird Fühlung aufgenommen, insbesondere mit dem Auswärtigen Amt, dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, der Auslandsabteilung der NSDAP, dem Deutschen Industrie- und Handelstag und der Deutschen Akademie."¹⁴

Im Sommer 1935 traten verschiedene Repräsentanten der faschistischen Außenpolitik der Gesellschaft bei, darunter der langjährige Kolonialpolitiker Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, der nach dem zweiten Weltkrieg Präsident dieser in München wiedergegründeten Gesellschaft wurde.¹⁵ Neben den genannten Vertretern von Monopolen und Monopolverbänden wurden im November 1935 aus dem politischen und propagandistischen Bereich in den Vorstand aufgenommen: Graf von Dürckheim, engster Mitarbeiter des mit Sonderaufgaben betrauten damaligen Botschafters Ribbentrop, sowie von Boeckmann, Intendant des Deutschen Kurzwellessenders.

Trotzdem blieb die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft zunächst relativ inaktiv. Ein einheitliches faschistisches staatsmonopolistisches Organisationssystem der Verbände, in dem auch sie einen Platz hätte finden können, begann sich erst herauszubilden. Es kam zu hartnäckigen Rivalitäten mit dem Afrika-Verein Hamburg-Bremen e. V., der sich auch später mit Erfolg dagegen sträubte, die Vertretung wirtschaftlicher Interessen seiner Mitglieder in Südafrika der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft zu überlassen. Der Ende 1935 von der Gesellschaft unternommene Versuch, die Konzerne Siemens, Stahlunion sowie Henschel & Sohn zum Beitritt zu bewegen, blieben ergebnislos. Die Reichsgruppe Industrie war noch zurückhaltend.

Infolge dieser Konsolidierungsschwierigkeiten wurde im Dezember 1935 sogar erwogen, die Arbeit der Gesellschaft einzustellen.

Inzwischen hatte sich aber der deutsche Faschismus innenpolitisch genügend gefestigt, um nun auch zu machtvollen außenpolitischen Aktionen übergehen zu können. Hierbei wurde den

13 Heusler emigrierte nach dem zweiten Weltkrieg als unverbesserlicher Naziaktivist nach Südafrika, wo er in Pretoria die vorwiegend Nazi-Schrifttum führende Veritas-Buchhandlung gründete und vom Ministerium für Bantu-Angelegenheiten zum Chefarzt eines "Eingeborenen"-Krankenhauses ernannt wurde. (Siehe Afrika-Post, H. 2 - 3/1969, S. 49.)

14 DZA Potsdam, Kanzlei des Führers, Nr. 192: Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bl. 5.

15 Siehe dazu weiter unten.

nach dem Ausland wirkenden Verbänden eine wichtige Rolle zugewiesen. Rein äußerlich fand dieser Umschlag seinen Ausdruck in der Gründung der Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen e. V. durch das Reichspropagandaministerium und das Amt Ribbentrop. Diese Vereinigung sollte die Aufsicht über die von ihr zusammengefaßten Agenturen faschistischer Auslandspropaganda ausüben. Ihr standen erhebliche Beträge aus dem Kuratorium "Adolf-Hitler-Spende der Deutschen Wirtschaft" zur Verfügung.¹⁶ Zu ihrem Präsidenten wurde alsbald der Beauftragte der NSDAP für außenpolitische Fragen im Stabe des Stellvertreters des Führers, SS-Obergruppenführer Lorenz, bestellt.

Bereits Anfang 1936 fanden zahlreiche Besprechungen zwischen der Geschäftsführung der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft einerseits und dem Grafen von Dürckheim vom Amt Ribbentrop sowie Generalkonsul Karlowa, Hauptreferent in der Dienststelle des Beauftragten der NSDAP für außenpolitische Fragen im Stab des Stellvertreters des Führers, andererseits statt. Der Verband sollte nun zu einem schlagkräftigen Instrument der faschistischen Auslandspropaganda und Kontaktwerbung für außenpolitische Zwecke ausgebaut werden. Im Juni 1936 wurde Friedrich von Lindequist, der bisherige Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, zum Präsidenten der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft berufen. Lindequist stand zugleich dem Südafrika-Ausschuß der Deutschen Akademie in München vor. Im Juli 1936 trat die Gesellschaft der Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen e. V. bei, und zwar in der Hoffnung, nun in erheblichem Maße an der "Adolf-Hitler-Spende der Deutschen Wirtschaft" beteiligt zu werden. Tatsächlich erhielt sie schon bald auf Veranlassung der Dienststelle Ribbentrop den höchsten Betrag aller der Vereinigung angeschlossenen Organisationen.¹⁷ Aber auch interessierte Monopole und Monopolverbände, wie die Deutsche Bank, die Mannesmannröhren-Werke, der Werberat der deutschen Wirtschaft usw., leisteten weiterhin Zuwendungen. Heusler wurde ab Juli 1936 auf Antrag der Dienststelle Ribbentrop und später des Propagandaministeriums von seiner Dienststelle beurlaubt, um sich hauptamtlich der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft widmen zu können.

Unmittelbarer Anlaß für die Aktivierung der Gesellschaft war die bevorstehende Olympiade in Berlin, die vom deutschen Faschismus als politische Kampagne aufgezo-gen wurde. Die Gesellschaft war zur "Betreuung" der südafrikanischen Olympiagäste beordert.¹⁸

Sie gab einen großen Empfang zu Ehren der Olympiamannschaft und der Olympiagäste Südafrikas, zu dem "von allen Dienststellen der Regierung, der Wehrmacht und der Partei sowie aus Kreisen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Künste namhafte Persönlichkeiten mit ihren Damen erschienen" waren. Zu den Gästen zählte auch der südafrikanische Gesandte S. F. N. Gie, der alsbald zum Ehrenmitglied der Gesellschaft ernannt wurde. Manche Olympiagäste blieben bis September, um an dem Reichsparteitag der NSDAP teilnehmen zu können.¹⁹

Nach Abschluß der Olympiaktion erhielt Heusler neue Instruktionen im Verlauf von Besprechungen mit "Graf Dürckheim (Amt Ribbentrop), Herrn Generalkonsul Karlowa (außenpolitischer Beauftragter der NSDAP) wie auch im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit den Herren Hasenöhl und Dr. Zeitschel ..."²⁰ Die Gesellschaft erhielt nunmehr relativ großzügige Geschäftsräume "im Hause Kurfürstendamm 147, in dem schon

16 DZA Potsdam, Kanzlei des Führers, Nr. 199: Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bl. 95.

17 Ebenda, Nr. 192, Bl. 79.

18 Vgl. ebenda, Bl. 19.

19 Vgl. ebenda, Bl. 21.

20 Ebenda, Bl. 22.

einige Parteidienststellen ansässig" waren.²¹ Der Hauptauftraggeber und wahrscheinlich auch wichtigste Finanzier wurde neben dem Auswärtigen Amt das Propagandaministerium.²²

Insgesamt aber erhielt die Gesellschaft noch nicht die finanzielle Unterstützung der Behörden, die sie sich selbst für ihre Tätigkeit wünschte. Zudem wurde sie in Kompetenz- und Führungsstreitigkeiten verwickelt, von denen noch die Rede sein wird. Das veranlaßte die mit der Geschäftsführung der Gesellschaft eng verbundene Katherine Vos, bei höchster Stelle vorzusprechen. Nachdem sie bereits 1936 Hitler vorgestellt worden war, wurde sie nun am 18. März 1937 abermals von Hitler, in Gegenwart von Göring und dem damaligen Adjutanten Hitlers, dem SA-Oberführer Wiedemann, zu einer Aussprache über die Probleme der Gesellschaft empfangen. Hitler beauftragte Wiedemann mit der Bereinigung der Probleme.

Im Bereich Hitlers zeigte man sich über die Tätigkeit der Gesellschaft befriedigt. Der Adjutant des "Führers" schrieb am 8. Juli 1937 an die Auslands-Organisation der NSDAP: "Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft hat sich zweifelsohne in den Beziehungen beider Länder zu einer Einrichtung entwickelt, die man heute auf keiner Seite missen möchte, Seitens des Auswärtigen Amtes und des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, wie auch seitens der Regierung der Union von Südafrika, vertreten durch ihre Gesandtschaft in Berlin, werden führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft und viele andere Besucher aus der Union von Südafrika zur Betreuung der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft zugewiesen, die sich dieser Aufgaben bisher stets mit großer Sorgfalt und greifbaren Erfolgen unterzogen hat. Der ständig zunehmende Aufgabenkreis macht einen weiteren Ausbau der Gesellschaft dringend erwünscht."²³

Im Februar 1938 fanden mit dem Auswärtigen Amt, dem Werberat der Deutschen Wirtschaft, der Reichswirtschaftskammer, der Reichsgruppe Industrie und der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausführhandel Besprechungen statt, wie die Tätigkeit der Gesellschaft "auf breitere Grundlage" gestellt werden könne. Der ständig steigende deutsche Export nach Südafrika veranlaßte auch führende Monopole, sich wieder stärker der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft zuzuwenden. G. W. Köcke vom Vorstand der Mannesmannröhren-Werke wurde zum Vorsitzenden gewählt; eine neue Aufgaben- und Arbeitsgliederung, die praktisch ein Programm zur ideologischen und wirtschaftlichen Unterwanderung und letztlich auch politischen Unterwerfung der Südafrikanischen Union war, wurde entworfen. In dem Programm hieß es: "Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft soll den Besuchern aus Südafrika in allen Angelegenheiten Berater und Wegbereiter sein. Zu Handel und Industrie, ihren Organisationen, den amtlichen Stellen und zu den Stätten der Künste und Wissenschaften soll ihnen die Gesellschaft den Weg ebnen.

Jede Gelegenheit, den Südafrikaner von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Güte ihrer Erzeugnisse zu überzeugen, muß wahrgenommen werden.

Dabei soll der Südafrikaner über die Weltanschauung des Nationalsozialismus und über das politische Denken und Streben des Volkes und Reiches aufgeklärt werden.

... Dieser Afrikaner wird der beste Propagandist für das neue (gemeint ist das faschistische - E. C.) Deutschland sein, für seine Wirtschaft und Kultur."²⁴

21 Ebenda, Bl. 23.

22 Vgl. DWI, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Generalsekretariat, Dr. Weigelt, Kolonialfragen, Nr. A 26/23, Teil 69, Aktennotiz v. 27. 1. 1937.

23 DZA Potsdam, Kanzlei des Führers, Nr. 192: Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bl. 57.

24 Ebenda, Bl. 70 ff.

Auf wirtschaftlichem Gebiet stellte sich die Gesellschaft das Ziel, "den vorhandenen Absatzmarkt in weitestem Umfang für deutsche Erzeugnisse zu erobern".

In dem Programm wurde die Behauptung aufgestellt, die englisch orientierten Kreise Südafrikas wollten die dortige wirtschaftliche Entwicklung verhindern, also suchten die südafrikanische Regierung und die burische Bevölkerung, welche die Entwicklung Südafrikas wünschten, von anderer Seite Hilfe. "Dabei ist man, bedingt durch die enge Blutsverwandtschaft und die langjährige Erkenntnis der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, sehr geneigt, deutschen Führern und Ratgebern weitgehendstes Vertrauen zu schenken. Damit ist der Wegweiser für die Betätigung Deutschlands in Südafrika gegeben ..."²⁵

Weiter forderten die Verfasser des Programms, daß die Gesellschaft Einfluß auf die südafrikanische Presse gewinnen und sie mit Material für die Förderung der wirtschaftlichen deutschen Interessen versorgen müsse.²⁶

In einer besonderen wissenschaftlichen Abteilung wollte die Gesellschaft Geographen und Geologen zusammenfassen, die in Südafrika und den angrenzenden Gebieten Forschungen betrieben hatten. Sie sollte "die Grundlage werden für ein später zu errichtendes deutsches Afrika-Institut".²⁷

Das von Heusler dem Adjutanten des "Führers" unterbreitete Programm fand dessen Zustimmung. Zunächst entspann sich jedoch zwischen den verschiedenen für die Auslandsbeziehungen zuständigen Stellen der Naziführung ein dramatischer Machtkampf um die personelle Besetzung der Führungspositionen. Das Auswärtige Amt und das Reichswirtschaftsministerium hatten der Präsidentschaft Köckes zugestimmt. Das Goebbelsche Propagandaministerium erhob jedoch Einspruch. Es wünschte die Gesellschaft noch stärker in den eigenen Kontrollbereich zu ziehen und war dabei mit der Auslands-Organisation der NSDAP verbündet.

Die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Interessengruppierungen wurden in schärfster Form (mit Parteiverfahren und Zivilprozessen) und auf höchster Ebene geführt. Um die entstandene Krise zu beenden, traf im Juli/August 1937 der bei Hitler hochangesehene Hans Merensky mit dem Leiter der Verbindungsstelle Berlin des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP und Mitarbeiter der Auslands-Organisation, dem SS-Oberführer in der Reichsführung SS, Hans Bauszus, sowie dem Adjutanten des "Führers", Wiedemann, in Deutschland zusammen.²⁸

Es würde zu weit führen, die zwischen den verschiedenen Gruppen der faschistischen Führung ausgetragenen Macht- und Orientierungskämpfe um die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft hier ausführlich darzustellen. Worauf es ankommt, ist das Ergebnis: Die Oberhand behielten das Reichspropagandaministerium und die Auslands-Organisation der NSDAP, die die Einsetzung von Prof. Hermann Bohle zum Präsidenten der Gesellschaft wünschten. Bohle war seinerzeit Hauptamtsleiter in der Auslands-Organisation der NSDAP und Ministerialreferent im Reichspropagandaministerium, nachdem er von 1932 bis 1934 die Landesgruppe der Auslands-Organisation der NSDAP in der Südafrikanischen Union geführt hatte. Hinter Bohle stand vor allem auch die Autorität des Leiters der gesamten Auslands-Organisation der NSDAP, Ernst Wilhelm Bohle, der der Sohn von Hermann Bohle war.

Ohne nach den Satzungen der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft dazu legitimiert zu sein, setzte das Propagandaministerium Hermann Bohle als deren Präsidenten ein. Erst

25 Ebenda.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

28 Ebenda, Bl. 47 u. 56.

im Sommer 1938 wurde er satzungsgemäß als Präsident der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft "bestätigt". Köcke zog es vor, sich mit dem Amt des Vizepräsidenten zu begnügen.

Bohle herrschte streng nach dem "Führerprinzip". Die "Wahl" für den "Großen Ausschuß der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft" sah folgendermaßen aus: Bohle teilte mit: "Von staatlicher Seite bin ich mit der Präsidentschaft der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft beauftragt worden." Und in dieser Eigenschaft berief er "im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt, dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und der Dienststelle des Beauftragten für außenpolitische Fragen der NSDAP im Stabe des Stellvertreters des Führers" die Kandidaten.²⁹

In dem "Großen Ausschuß" fand man im Juli 1938 neben Hermann Bohle als Präsidenten Monopolisten wie G. W. Köcke (Stellvertretender Präsident, Vorstandsmitglied der Mannesmannröhren-Werke), Lothar Bohlen (Generaldirektor der Deutschen Afrika-Linien), Ernst Hanauer (Stellvertretender Generaldirektor der AEG), Oscar R. Henschel (Direktor der Henschel-Werke), Max Ilgner (Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG), Erich Lübbert (Generaldirektor der AG für Verkehrswesen), Fischer von Poturzyn (Direktor der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke), Hermann Rausch (Direktor der Leipziger Wollkämmerei), Walter Schwede (Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke AG); ferner Vertreter der politischen Führung, wie den Chef des Stabsamtes von Göring, Ministerialdirektor Gritzsch, den Ministerialdirigenten im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Hasenöhr, Generalkonsul Rudolf Karlowa von der Dienststelle des Beauftragten für außenpolitische Fragen im Stab des Stellvertreters des Führers, Springer, Vizepräsident der Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen e. V., Ministerialdirektor Wiehl, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, und andere Prominente, darunter von Boeckmann, den Intendanten des Deutschen Kurzwellensenders.³⁰

Die Reorganisation wurde vor allem deshalb forciert betrieben, weil das Propagandaministerium über ein ihm völlig untergeordnetes Instrument für den damals bevorstehenden Deutschlandbesuch des südafrikanischen Ministers Oswald Pirow (Ende 1938) zu verfügen wünschte. So sollte die Gesellschaft aus dem Besuch des Ministers eine große Propagandaschau für die von ihm im Prinzip aktiv unterstützten Kolonial"ansprüche" Hitlerdeutschlands machen.

Die Auseinandersetzungen zwischen Heusler, Bohle und den hinter ihnen stehenden Cliquen führten jedoch dazu, daß die Büroräume monatelang geschlossen blieben und die Gesellschaft erheblich an Zeit verlor.

Als Bohles Führung endlich voll aktionsfähig war, begann Hitlerdeutschland den Krieg. Die Gesellschaft mußte ihre Tätigkeit erneut einschränken, ohne sie zu beenden. Sie konzentrierte sich nun auf eine Aufgabe, die sie auch bisher - allerdings nur unter anderen - wahrgenommen hatte: die Unterstützung des faschistischen Apparates für Spionage und Subversion im Ausland. Am 21. September 1939 schrieb Geschäftsführer Kirchner an Direktor Rausch: "Auf Wunsch der Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen bietet die Deutsch-Südafrikanische Vereinigung, ihr Anschriften der Südafrikaner zu geben, von denen ein Eintreten für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Deutschland erwartet werden kann ... Es muß sich jetzt erweisen, ob es in der vergangenen Zeit gelungen ist,

29 Betriebsarchiv VEB Leipziger Wollkämmerei, Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, V. L. N 35, Schreiben Prof. Bohles an Direktor Rausch v. 2. 6. 1938.

30 DZA Potsdam, Kanzlei des Führers, Nr. 199: Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bl. 85 f.

Beziehungen nach draußen anzubahnen, die auch die jetzige Probe bestehen."³¹ Wenig später, am 14. Oktober 1939, forderte Kirchner in einem "streng vertraulichen" Rundschreiben einen weiteren Kreis von Förderern der Gesellschaft auf: "Übersenden Sie mir bitte eine Namen- und Anschriftenliste derjenigen Südafrikaner, die Sie kennen, verbunden mit einer jeweiligen kurzen Charakteristik und besonderer Berücksichtigung der politischen Einstellung."³² Die betreffenden Südafrikaner sollten nicht nur über dunkle Kanäle mit Propagandamaterial weiter versorgt werden; sie sollten vor allem unmittelbar als Agenten angeworben werden, soweit sie nicht bereits in dieser oder jener Form mit Hitlerdeutschland kollaborierten.

Im allgemeinen zeigte es sich, daß die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft im Rahmen ihres Aufgabenbereiches gut vorgearbeitet hatte. Zum Beispiel stellten sich während des zweiten Weltkrieges verschiedene südafrikanische Gäste der Berliner Olympiade von 1936, die von der Gesellschaft betreut und den faschistischen Geheimdiensten zugeführt worden waren, in Südafrika als Agenten, Spione, Diversanten usw. zur Verfügung. Der prominenteste dieser Hitlerkollaborateure war der frühere Staatssekretär van Rensburg, der seine halb-militärische Geheimorganisation Ossewa Brandwag der Hitlerwehrmacht als Stoßtrupp für eine eventuelle Aggression in Südafrika bereithielt. Ein anderer Agent war der frühere südafrikanische Meisterboxer Bobby Leibbrandt.

III. Westdeutsche und Westberliner Nachkriegszeit

Die im zweiten Weltkrieg geschlagene deutsche Reaktion richtete schon bald nach dem Wahlsieg der National Party Südafrikas im Jahre 1948 ihre Hoffnungen auf das dortige, immer offener faschistisch auftretende Regime. Während offiziell faschistische und kolonialistische Betätigung in Westdeutschland durch alliierten Beschluß noch verboten war, fanden die unverbesserlichen deutschen Rassisten und Kolonialisten in der Werbung für freundschaftliche zwischenstaatliche Beziehungen zur Südafrikanischen Union ein Motto, unter dem sie sich reorganisieren konnten. Die von ihnen proklamierte Zielstellung schien ein legitimes Anliegen zu sein: Die Südafrikanische Union zählte zu den ersten Staaten, mit denen die westdeutsche Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufnahm. Diese Annäherung an das barbarische Apartheidregime schuf die Plattform, von der aus die restaurativen Kräfte des deutschen Imperialismus ihre über Südafrika weit hinausgehenden kolonialistischen und rassistischen Ambitionen zu verwirklichen trachteten.

Inzwischen haben sich die Kräfteverhältnisse entscheidend gewandelt. Auf der einen Seite hat sich der deutsche Imperialismus in der Bundesrepublik erneut konsolidiert und ist neben den USA zur aggressivsten Kraft des Weltimperialismus geworden. Auch der südafrikanische Partner hat seine ökonomischen Potenzen weiter gefestigt und sein System der politischen Unterdrückung weiter ausgebaut. Das Bündnis beider ist inniger als je. Es umfaßt heute alle Gruppen der südafrikanischen Bourgeoisie, unter denen jene Kräfte dominieren, die einen extremen Rassismus und Kolonialismus verfechten. Die südafrikanische Reaktion findet das Wohlwollen aller Glieder des Weltimperialismus. Auf dem Hintergrund der "kollektiven" Interessen findet der deutsche Imperialismus heute die günstigsten Möglichkeiten für die Expansion nach Südafrika.

Andererseits aber ist er gezwungen, die nationale Befreiungsbewegung in den Entwicklungsländern, den Widerstand des südafrikanischen Volkes und die weltweite Solidaritätsbewe-

31 Betriebsarchiv VEB Leipziger Wollkämmerei, Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, V. L. N 35.

32 Ebenda.

gung der demokratischen, antirassistischen Kräfte, darunter auch in Westdeutschland selbst, einzukalkulieren. Der westdeutsche Imperialismus mußte seine Südafrikapolitik dem sich zuungunsten des Weltimperialismus verändernden Kräfteverhältnis in der Welt anpassen. Das Wesen dieser Politik veränderte sich jedoch nicht. Verbissener denn je beteiligt sich der westdeutsche Imperialismus am Kampf gegen nationalrevolutionäre Umwälzungen in Südafrika, wobei er in den südafrikanischen Rassisten den zuverlässigsten Gendarmen erblickt. Die traditionelle Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus wich einer Konzeption für die Erhaltung eines Blocks rassistischer und kolonialistischer Regimes im südlichen Afrika. All das spiegelt sich in den Südafrika-Verbänden der westdeutschen Nachkriegszeit wider.

Im Laufe der Jahre haben jene Gruppen, die an engen freundschaftlichen Beziehungen mit den südafrikanischen Rassisten interessiert sind, ein weitgespanntes Netz spezieller Propagandaorganisationen geschaffen. Sie finden unter irreführenden Bevölkerungsteilen Westdeutschlands viel stärker Resonanz als in anderen bedeutenden Ländern Westeuropas, wo die demokratischen Kräfte von jeher auf breiterer Grundlage den Tendenzen des Faschismus und Kolonialismus entgegengetreten sind.

Anders als zwischen den beiden Weltkriegen konzentrierten die westdeutschen Südafrika-Verbände ihre Tätigkeit von Anfang an auf die politisch-ideologische Offensive. Eine spezielle Organisation zur Vertretung der Interessen der in Südafrika im zweiten Weltkrieg abermals enteigneten deutschen Kapitalisten kam nach dem zweiten Weltkrieg nicht zustande. Die fortgeschrittene Konzentration des in Südafrika investierten westdeutschen Kapitals erübrigte nunmehr eine verbandsmäßige Organisation. Es gab durch die vollzogene Verflechtung der wichtigsten Kapitalgruppen (Bindeglied Erich Lübbert) praktisch nur noch einen großen Block von deutschen Südafrika-Monopolen, die ihre Interessen direkt und durch Erich Lübbert an Ort und Stelle wahrnehmen ließen.³³ Die schnelle De-facto- und alsbald auch De-jure-Rückgabe der durch die südafrikanische Regierung beschlagnahmten deutschen Vorkriegsanlagen erlaubte es den Monopolen, sich weniger auf die Restauration als vielmehr bald auf eine forcierte neue Offensive zu orientieren. Der Verlust an Ansehen, den die alten deutschen Kolonialisten und Rassisten in Westdeutschland selbst erfuhren, wie auch die immer stärkere Gefährdung der traditionellen Herrschaftsstrukturen im südlichen Afrika ließen die Durchsetzung der propagierten politischen Ziele in Verbindung mit den sich auch dahinter verborgenden ökonomischen Interessen zur vordringlichen Aufgabe werden.

Südafrikanische Studiengesellschaften Gesellschaft der Freunde Südafrikas, München

Erste Zellen der Propaganda für eine Partnerschaft mit den südafrikanischen Extremisten nach der Niederlage Hitlerdeutschlands waren Interessentengruppen, die sich unter der Bezeichnung Südafrikanische Studiengesellschaft in Hamburg, München, Stuttgart und Düsseldorf zusammengefunden hatten. Ihre Anfänge dürften bis in die frühe Nachkriegszeit zurückreichen, als einigen Nazis in Deutschland der Boden noch zu heiß war und sie mit Hilfe dieser mehr oder minder im Verborgenen wirkenden lokalen "Studiengesellschaften" hofften, Fluchtwege in das schützende südafrikanische Asyl zu finden.

Solche Erwägungen traten jedoch sehr bald zugunsten der offensiven, in aller Offenheit betriebenen Partnerschaftswerbung zurück. Man erfuhr nun auch Näheres über die führenden

³³ Näheres hierzu siehe bei Czaya, Eberhard, Erich Lübbert und die deutschen Monopoleninteressen in Süd- und Südwestafrika, in: Deutsche Außenpolitik, H. 3/1968, S. 302 ff.

Personen. In München und Stuttgart waren Vertreter des Hochadels tonangebend: Prinz Moritz zu Ratibor und Corvay, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst; Fürst Thurn und Taxis; Graf Reischach. In Düsseldorf betätigte sich der frühere Reichspressechef der NSDAP, Otto Dietrich. Die "Seele des ganzen Unternehmens"³⁴ war der ehemalige Leiter der Auslands-Organisation der NSDAP, Ernst Wilhelm Bohle, den von jeher enge Beziehungen mit Südafrika verbanden; er selbst war dort geboren, und sein Vater leitete von 1932 bis 1934 die Landesgruppe der NSDAP in Südafrika und später, wie bereits erwähnt, die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (siehe oben).

Wie schon zur Wilhelminischen Zeit wurde auch diesmal München zum Mittelpunkt einer Südafrika-Kampagne unter extrem chauvinistisch-rassistischem Vorzeichen. 1950 konstituierte sich dort eine zentrale Organisation der Propagandisten für eine enge Partnerschaft mit den faschistischen Kreisen Südafrikas unter der Bezeichnung Gesellschaft der Freunde der Südafrikanischen Union. Präsident wurde der bereits genannte Prinz Moritz aus dem Hause Hohenlohe. Chef dieses fürstlichen Gesamthauses war bis zu seinem Ableben im Jahre 1960 Gottfried Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, dessen Großvater, Hermann, 1883 die Deutsche Kolonialgesellschaft gegründet und dessen Vater, Ernst, 1905/06 die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes geleitet hatte. Nach dem zweiten Weltkrieg erwarb Fürst Gottfried ein 750 000 Hektar großes Konzessionsgebiet in Liberia.

Der Gesellschaft fehlte noch die Breitenwirkung. Obwohl auch der wirtschaftliche Expansionsdrang bereits eine starke Rolle spielte, dürfte der bestimmende Einfluß von den sich reorganisierenden alten Kolonial- und Naziideologen ausgegangen sein. Sie verfügten noch nicht wieder über eine massive Unterstützung durch das Monopolkapital, das damals noch geschwächt und ebenfalls in Reorganisation begriffen war.

Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, München

Zwei Jahre später hatten sich die westdeutschen Monopole so weit erholt, daß sie nunmehr die Kraft hatten, mit Nachdruck auf den südafrikanischen Markt zu drängen. Zur politisch-ideologischen Unterstützung ihrer Offensive bauten sie die Gesellschaft der Freunde der Südafrikanischen Union zu einer wirkungsvollen Organisation aus; 1952 konstituierte sie sich als Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft in München neu. Monopolvertreter übernahmen führende Posten, gleichzeitig wurde der Funktioniärskörper durch prominente alte Kolonial- und Nazipolitiker erweitert.

Prinz Moritz wurde jetzt Vizepräsident; an die Spitze trat Herzog Adolf zu Mecklenburg, dessen Vater, Großherzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, langjähriger Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft (1895 bis 1920) gewesen war. Herzog Adolf Friedrich selbst hatte sich als Kolonialoffizier und Kolonialpolitiker, aber auch als Monopolvertreter hervorgetan: Er war unter anderem der letzte kaiserlich-deutsche Kolonialgouverneur in Togo, Präsident der chauvinistischen Organisation Kolonialkriegerdank (heute Stiftung Heimathilfe) sowie langjähriges Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Überseeischen Bank und anderer Tochtergesellschaften der Deutschen Bank gewesen.

Kurt Weigelt, der vom Kolonialbeamten zum Direktor und Generalbevollmächtigten der Deutschen Bank, zu ihrem "Kolonial- und Außenminister" aufgestiegen war, wurde ins Präsidium berufen. Bereits vor 1945 war Weigelt in zahlreichen kolonialpolitischen Organisationen führend tätig. Er war zum Beispiel im Aufsichtsrat der Deutschen Kolonialschule Witzenhausen/Werra, Leiter der Gruppe Deutscher Kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen und Chef des

34 Hannoversche Presse v. 13. 3. 1951.

Amtes Wirtschaft im Kolonialpolitischen Amt der Reichsleitung der NSDAP. Nach dem Kriege leitete Weigelt den Wiederaufbau der (West-)Deutschen Lufthansa AG, Köln.

Die Geschäftsführung übernahm Erich Düms, der langjährige ehemalige Generalsekretär der Deutschen Kolonialgesellschaft; den Vorsitz im Arbeitsausschuß übernahm Richard Wenig, der vom Kolonialoffizier unter Lettow-Vorbeck in "Deutsch-Ostafrika" im ersten Weltkrieg zum Stabsleiter des Reichsleiters des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP im zweiten Weltkrieg avanciert war. Er hatte damit nach General Ritter Franz von Epp die höchste Funktion in der kolonialpolitischen Hierarchie der Naziartei inne und war maßgeblich mitverantwortlich für die koloniale Aggressionsplanung Hitlerdeutschlands.

In dieser personellen Besetzung war die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft eine kaum noch getarnte Reorganisation der Deutschen Kolonialgesellschaft bzw. des später alle deutschen Kolonialorganisationen zusammenfassenden Reichskolonialbundes sowie des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP. Alle die hier genannten alten Spitzenvertreter des deutschen Kolonialismus hatten seit Jahrzehnten aufs engste zusammengearbeitet. Zweifelsohne wollten diese aufs schwerste belasteten altkolonialistischen Kreise mit der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft nunmehr den Kern für eine umfassendere westdeutsche Kolonialgesellschaft schaffen.

Paul Uhlenbusch, der Leiter des Referats Literatur und Presse, formulierte die Grundhaltung der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft wie folgt: "Die Apartheid schafft Ordnung; die Abkehr von dieser Politik würde die Katastrophe für Südafrika bedeuten. Die Vertreibung des weißen Mannes wäre die Folge ... Für Europa wird sich die Erhaltung ganz Afrikas als Hinterland in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht über kurz oder lang als Lebensfrage erweisen. Sein Verlust würde auch hier als Katastrophe erster Ordnung empfunden werden."³⁵

Die Konzentration der Propagandatätigkeit in den endvierziger und fünfziger Jahren auf Südafrika entsprach den damaligen Möglichkeiten und der damaligen Konzeption eines westdeutschen imperialistischen Eindringens in Afrika: Unter Ausnutzung des Dranges der südafrikanischen Bourgeoisie nach anderen Ländern des südlichen (bis östlichen) Afrika, ihres Planes zur Schaffung eines "größeren weißen Südafrika", wollten die herrschenden Kreise Westdeutschlands ihre eigene Expansion vorantreiben.

Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft setzte sich für den Austausch von für die westdeutsche Expansion wichtigen Persönlichkeiten ein. Die Förderung eines verstärkten Journalisten-austausches zwischen Westdeutschland und Südafrika diente einer das Apartheidregime vertretenden Berichterstattung. Ganz besonders nahm sie sich der Kontaktwerbung unter den in Südafrika lebenden Deutschen an. Zur "Förderung der deutschen kulturellen Einrichtungen in der Union" wurde ein "Sonderfonds für Deutschumpflege" geschaffen. In Westdeutschland und in Südafrika organisierte die Gesellschaft zahlreiche Ausstellungen, Vortragszyklen usw. Mit Eifer war sie bemüht, der westdeutschen und Westberliner Schuljugend ein kolonialchauvinistisches Afrikabild zu vermitteln. Sie versorgte die Schulen unter anderem mit der Schrift von Fritz und Heinrich Spießer "Südafrika - Weißen Mannes Land", eins der übelsten rassistisch-kolonialistischen Machwerke, die nach dem Krieg in Westdeutschland veröffentlicht wurden (erschieden im Linck-Verlag, Haag/Amper 1949).

Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft arbeitete eng mit anderen westdeutschen Kolonialorganisationen zusammen; mit einigen bestand Personalunion. Ihr Referat Auswanderung betreute zum Beispiel Albrecht Freiherr von Pölnitz, ein alter SA- und Stahlhelm-Marschierer, der sich 1934 in Tanganjika als Siedler niedergelassen und dort mit der Auslands-Organisation der Naziartei, ihren kolonialistischen Hilfsorganisationen und auch bereits mit Herzog

³⁵ Der Weg ins Ausland, Nr. 12, v. 15. 12. 1952.

Adolf Friedrich persönlich zusammengearbeitet hatte. Nach 1945 war Pölnitz als Bevollmächtigter des Interessen-Verbandes Übersee in der Amerikanischen Besatzungszone und als Leiter der Amtlichen Auswanderer-Beratungsstelle beim Bayerischen Innenministerium maßgeblich daran beteiligt, die besonders in Bayern konzentrierten ehemaligen sogenannten Kolonialdeutschen erneut zu organisieren und - gemeinsam mit der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft - ihre Wiederauswanderung, nunmehr besonders nach Süd- und Südwestafrika, zu bewerkstelligen. Als Vertreter der reorganisierten Kolonialvereine bereiste er Südafrika, um dort mit offiziellen und privaten Stellen Verhandlungen zu führen. Später war Pölnitz mehrere Jahre Wirtschaftsreferent am Bonner Konsulat in Johannesburg.

Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft genoß die volle Unterstützung der westdeutschen und südafrikanischen Regierungsstellen. Ihr Arbeitsprogramm wurde auf mehreren Konferenzen in Abstimmung zwischen Herzog Adolf Friedrich und dem damaligen Bundespräsidenten Heuß sowie dem südafrikanischen Gesandten in Köln ausgearbeitet und mit den offiziellen Interessen beider Staaten abgestimmt. In Südafrika wurde Herzog Adolf Friedrich von höchsten Staatsmännern empfangen. Vom Bayerischen Staatsministerium wurde die Gesellschaft als "besonders förderungswürdig" und "gemeinnützig" anerkannt. Zu ihren lebhaftesten Förderern zählte der bayerische Staatssekretär Meinzolt. Die Verbindung auf parlamentarischer Ebene hielt das Vorstandsmitglied Walter Eckhardt (CSU), der jahrelang dem Bundestag bzw. dem bayerischen Landtag angehörte. Herzog Adolf Friedrich und Weigelt wurden mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert.

Eine Organisation wie die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft entsprach den Erfordernissen des westdeutschen Imperialismus, solange dieser seine kolonialistischen Ziele vorwiegend im Sinne eines Wiederanknüpfens an seine traditionelle Kolonial- und Rassenpolitik, einer eindeutigen und ausschließlichen Betonung der Partnerschaft mit den reaktionärsten Unterdrückern in Afrika, verfolgte. Als sich jedoch in Afrika der Zusammenbruch des Kolonialregimes immer deutlicher abzuzeichnen begann, suchten sich die herrschenden Kreise Westdeutschlands der neuen Situation durch den Übergang zu mannigfaltigeren Expansionsformen anzupassen. Dieses elastischere Vorgehen spiegelte sich 1956 in der Gründung der offiziellen (West-)Deutschen Afrika-Gesellschaft e. V., Bonn, wider, die insbesondere - mit neokolonialistischem Akzent - die Beziehungen zu jenen afrikanischen Staaten pflegen soll, die im anticolonialen Befreiungskampf ihre Souveränität errangen. Die Gründung der Deutschen Afrika-Gesellschaft erfolgte jedoch keineswegs in einer gegen die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft gerichteten Form. In Besprechungen zwischen Herzog Adolf Friedrich und dem damaligen Außenminister von Brentano wurden die Tätigkeitsgebiete der beiden Gesellschaften abgegrenzt; verschiedene Aktionen wurden gemeinsam durchgeführt.

In dieser Zwischenperiode waren Organisationen, die lautstark Rassismus und Kolonialismus alten Stils propagierten, eine Belastung für den ökonomischen und politischen Vorstoß, den die westdeutschen Konzerne und die Bonner Diplomatie in die selbständig gewordenen afrikanischen Staaten zu unternehmen beabsichtigten. Einige Organisationen, wie die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, die sogenannte Gesellschaft der Freunde Afrikas e. V., Westberlin, und andere, traten zunächst in den Hintergrund und lösten sich schließlich zugunsten der Deutschen Afrika-Gesellschaft auf - eine Widerspiegelung der weltweiten Krise des Kolonialismus und Rassismus.

Diese Umgruppierung bedeutete freilich keine echte Gesinnungswandlung in anticolonialistischer Richtung. Viele namhafte Funktionäre der altkolonialistischen Verbände nahmen nun, zu Neokolonialisten gemausert, führende Positionen in der Deutschen Afrikanischen Gesellschaft und ähnlichen den sich ändernden politischen Konstellationen angepaßten Verbänden ein, in denen auch die Apartheidinteressenten, wenn auch nicht vordergründig, vertreten sind, wie noch weiter ausgeführt werden wird.

In diesen Jahren erfuhren zugleich der Kampf des südafrikanischen Volkes um elementare demokratische Rechte und die weltweite Solidarität mit der unterdrückten Mehrheit des Volkes von Südafrika beträchtlichen Aufschwung. Die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern und den Gegnern der Apartheid verschärfte sich nicht nur in Südafrika, sondern in allen Ländern, in denen es an der Aufrechterhaltung der Apartheid interessierte Kreise gibt. Nach einer vorübergehenden Periode der Zurückhaltung traten die rassistischen Kräfte auch in Westdeutschland zur Gegenoffensive an.

Südafrika-Stiftung, Johannesburg-München
Afrikaans-Deutsche Kulturgemeinschaft, Pretoria-München

Die neue Periode verstärkter Propaganda für das Apartheidregime ist durch ein viel stärkeres Zusammenrücken der internationalen Reaktion gekennzeichnet. Die in Südafrika herrschende rassistische Minderheit und die sie schützenden Kräfte des internationalen Imperialismus unternehmen immer größere Anstrengungen, um einen über viele Länder verzweigten Propagandaapparat zu schaffen. Er soll die Völker über das Wesen des südafrikanischen Rassismus täuschen, das heißt, sie vor allem von Solidaritätsaktionen für die unterdrückte Mehrheit des südafrikanischen Volkes abhalten. Der Aufwand der interessierten Kreise für die Rechtfertigung der Apartheid wächst in dem Maße, wie die demokratischen Kräfte ihre Forderungen nach Beendigung des rassistischen Terrors in Südafrika mit größerem Nachdruck vertreten. Dabei spielt die rassistische südafrikanische Großbourgeoisie eine zunehmend aktive Rolle. Das Erstarren ihrer ökonomischen Macht erlaubt es ihr, in den kapitalistischen Ländern durch wachsenden Einsatz materieller Mittel in die Propagierung des südafrikanischen Herrschaftssystems einzugreifen und dabei auch ihre ausländischen Partner zu weiteren Beweisen der Sympathie für das Apartheidregime anzustacheln. Die wachsende Bedeutung des internationalen Propagandaapparates der südafrikanischen Rassisten gestattet es wiederum ihren ausländischen Partnern, manche Verantwortung den südafrikanischen Instanzen zuzuschieben.

Aufgrund der organisatorischen und finanziellen Verschmelzung westdeutscher und südafrikanischer Unternehmen (in Südafrika) und Verbänden (in Westdeutschland und Südafrika) vermag der Außenstehende oft nicht zu erkennen, wer letztlich der Initiator oder Finanzier dieser oder jener Propagandaorganisation zugunsten der Apartheid ist. Interessierte westdeutsche Kreise bedienen sich bei ihrem Werben für die Apartheid bewußt südafrikanischer Instanzen, um sich den jungen souveränen Staaten gegenüber als Antikolonialisten, als Gegner des Rassismus zu maskieren.

Die koordinierende Zentrale für die internationale Kampagne der Verfechter der Apartheid ist die im Dezember 1959 in Johannesburg gegründete South Africa Foundation, ein Propagandakonsortium von Spitzenvertretern der südafrikanischen und der in Südafrika engagierten internationalen Hochfinanz, der südafrikanischen Staatskonzerne, des südafrikanischen Propagandaministeriums (Department of Information) und anderer öffentlicher Einrichtungen und Organisationen Südafrikas. Die Grundhaltung dieser Foundation brachte ihr Präsident, der frühere Stabschef von Feldmarschall Montgomery und heutige Direktor des großen britischen Konzerns Tube Investments Ltd., Generalmajor Sir Francis de Guingand, mit der Feststellung zum Ausdruck: "Allein die heutige Rassenpolitik der separaten Entwicklung (sprich: Apartheid - E. C.) biete die Aussicht auf eine gerechte Lösung."³⁶

³⁶ Handelsblatt, Nr. 134, v. 18. 7. 1966.

In verschiedenen Ländern gründete diese Foundation inzwischen Regionalaussschüsse, in denen die Interessen und finanziellen Mittel des südafrikanischen Hauptzweiges und der mit der herrschenden Minderheit Südafrikas verbundenen Kreise der betreffenden anderen Länder zusammenfließen. Weitgehend unbekannt war bisher die Tatsache, daß der südafrikanische Propagandaapparat zu einem erheblichen Teil, insbesondere natürlich seine Tätigkeit in Westdeutschland, aus westdeutschen Quellen finanziert wird. Die schon vor dem zweiten Weltkrieg mit dem Ziel der politisch-kulturellen Annäherung der Buren und der in Südafrika lebenden Deutschen gegründete und von den deutschen Nazis ausgenutzte Afrikaans-Deutsche Kulturgemeinschaft hat seit einigen Jahren ihre Tätigkeit stark auf Westdeutschland ausgedehnt. Vielleicht noch wichtiger ist die Existenz eines besonderen Deutschen Komitees der eingangs genannten South Africa Foundation.

Wenn man die näheren Zusammenhänge nicht kennt, scheint es zunächst, als hätten zwei in Südafrika eingetragene Organisationen, nämlich die Afrikaans-Deutsche Kulturgemeinschaft und die South Africa Foundation, das zeitweilig erlahmte und leicht in Unordnung geratene Organisationssystem für die Apartheidpropaganda in Westdeutschland wiederbelebt und ausgebaut: Im Sommer 1962 entsandte die Afrikaans-Deutsche Kulturgemeinschaft ihr Vorstandsmitglied Harald Hamburger nach Westdeutschland, wofür er von seiner Dienststelle, dem Ministerium für Bantu-Verwaltung und Entwicklung, dem leitenden Ausführungsorgan der Apartheidgesetze, freigestellt wurde. Hamburger errichtete zunächst in München ein Zweigbüro dieser Kulturgemeinschaft. Etwa zur gleichen Zeit eröffnete auch die South Africa Foundation unter der Bezeichnung Südafrika-Stiftung eine Filiale in München. Mit der Leitung wurde Christoph Graf Dönhoff, ein deutscher Altkolonialist, betraut. Vor dem zweiten Weltkrieg lebte Dönhoff in Kenia und stand dort mit der Auslands-Organisation der NSDAP in bestem Einvernehmen.³⁷ Während des Krieges war er in der Berliner Zentrale der Auslands-Organisation der NSDAP tätig und beriet als Sachverständiger des "Fachausschusses Arbeiterfragen" die Gruppe Deutscher Kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen, den führenden Unternehmerverband der deutschen Kolonialmonopole, bei der Ausarbeitung ihrer weitgesteckten kolonialen Raubpläne.

Hamburger und sein Nachfolger, Johan Potgieter, ein Bure, sowie Graf Dönhoff waren emsig bemüht, in den wichtigsten westdeutschen Städten sogenannte Deutsch-Südafrikanische Arbeitskreise und Arbeitskreise der Deutsch-Südafrikanischen Kulturgemeinschaft zu schaffen bzw. ähnliche Vorläufer zu erweitern und zu reaktivieren. Damit leisteten wohl zwei in Südafrika eingetragene Organisationen den wesentlichen Teil der Arbeit, die zum (Wieder-) Aufbau des Netzes von Organisationen zur Propagierung der Apartheid in Westdeutschland erforderlich war.

Jedoch beim näheren Eindringen in die Zusammenhänge wird deutlich, daß diese "südafrikanischen" Organisationen - im Einklang mit den verantwortlichen südafrikanischen Instanzen - vor allem die Geschäfte interessierter westdeutscher Kreise besorgten. Die Mission Hamburgers wurde zum Beispiel weitgehend durch die Familie Lübbert finanziert³⁸, deren direkte und angeheiratete Verwandten in den Direktorien führender westdeutscher Großbanken (Berliner Handels-Gesellschaft, Commerzbank und Konzerne) sitzen und außer in westdeutschen Unternehmen beträchtliche Kapitalien in Süd- und Südwestafrika, darunter in der Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft, dem bedeutendsten westdeutschen Unternehmen im südlichen Afrika, investiert haben.

37 DWI, Deutsche Bank, Afrika, Ostafrika, Kap. 14, Brief des Regierungsrates a. D. Hans Walrab Freiherr von Wangenheim an das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Kurt Weigelt, v. 31. 3. 1939.

38 Vgl. Afrika-Post, H. 3/1962 u. 9/1962.

Nicht minder aufschlußreich sind die Verbindungen, die im Deutschen Komitee der South Africa Foundation zusammenlaufen. Vorsitzender dieses Komitees ist Ernst Georg Blohm, ein Südafrikaner deutscher Abstammung. Er ist heute wahrscheinlich der wichtigste Interessenvertreter des westdeutschen Monopolkapitals in Süd- und Südwestafrika. Er ist Treuhänder des Hans Merensky Trustes, des Kernunternehmens der (südafrikanisch-westdeutschen) Merensky-Gruppe. Er ist weiter stellvertretender Direktor der Palabora Mining Company, die bei der staatlichen westdeutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Kredit von 19,25 Millionen Rand (107,5 Millionen Mark) aufgenommen hat, der durch die Deutsche Bank refinanziert wurde. Für diesen Kredit erhält die Norddeutsche Affinerie, Hamburg, im Laufe von 15 Jahren 630 000 Tonnen Blisterkupfer, das heißt auf anderthalb Jahrzehnte die Hälfte der Jahresproduktion des größten Kupfertagebaues der Welt. Blohm ist ferner seit dem Tode von Erich Lübbert sen. der wichtigste Repräsentant der Lübbertschen Interessen in Südafrika. Er ist schließlich Generaldirektor der südafrikanischen Tochtergesellschaft der Volkswagen-Werke und Aufsichtsratsmitglied des südafrikanischen Kernunternehmens der westdeutschen Thorer-Gruppe, die nahezu das Weltmonopol im Handel und in der Verarbeitung der in Süd- und Südwestafrika produzierten Karakulfelle hat.

Diese Konzentration westdeutscher Wirtschaftsmacht in Südafrika in den Händen Blohms erklärt, daß ihm auch die Schlüsselstellung in dem westdeutsch-südafrikanischen Propagandaapparat übertragen wurde. Als Vorsitzender des Deutschen Komitees der South Africa Foundation verfügt er vor allem über die Mittel, die aus westdeutschen und südafrikanischen Quellen zur Finanzierung der Propaganda für die westdeutsch-südafrikanische Partnerschaft der Reaktion über die South Africa Foundation und ihre Filiale, die Südafrika-Stiftung, in die Kassen der verschiedenen westdeutschen Verbände, Publikationsorgane usw. fließen. Der Kreis der Geldgeber umfaßt auch jene in Südafrika führenden westdeutschen Konzerne, die Blohm als deren südafrikanischer Direktor vertritt, darüber hinaus aber auch die IG-Farben-Nachfolgebetriebe, Siemens usw.

Diese Finanziers sind es auch, die den politischen Kurs der Propagandaorganisationen bestimmen. Ihr Interesse an einer Rechtfertigung der Apartheid ergibt sich letztlich aus ihren unmittelbaren materiellen Interessen in Südafrika. Das System der Apartheid sichert ihnen phantastische Gewinne. Das südafrikanische Tochterunternehmen der Volkswagen-Werke hat zum Beispiel, wie seine Leitung bekanntgab, im Laufe der fünf Jahre 1961 bis 1965 seinen gesamten Einsatz bereits zweimal zurückverdient.³⁹ Die Volkswagen-Aktionäre erzielten also in Südafrika während dieser Periode einen durchschnittlichen Jahresprofit von 40 Prozent. 1966 hat das Volkswagen-Zweigwerk seinen Gewinn gegenüber dem Vorjahr sogar verdoppelt. Er betrug nach Abzug der Steuern umgerechnet 8,2 Millionen Mark.

Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft, Bad Godesberg

Bei diesen aus Südafrika herausgepreßten Gewinnen fällt es den Aktionären leicht, umfangreiche Beträge für Propagandazwecke abzugeben. Die Afrikaans-Deutsche Kulturgemeinschaft und der westdeutsche Sproß der South Africa Foundation konnten dank dieser aus reichen Quellen fließenden Gelder ihren Einfluß bedenklich ausweiten. Die genannten Arbeitskreise schlossen sich Anfang 1965 zu einer einheitlichen Organisation zusammen, die sich auf ihren unrühmlichen Vorbildern aufbauend, erneut Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft nennt. Ihr Organisationsleiter war bis 1968 Graf Dönhoff (seither Karl Friedrich), ihr Präsident ist Albrecht Pickert, der langjährige frühere Vorstandsvorsitzende des Düsseldorfer Stahlbauunternehmens Hein, Lehmann & Co. AG, das der Dresdner Bank und den von Lübbert vertretenen Gruppen nahesteht. Vizepräsident ist der Geograph Kurt Kayser, der

³⁹ Vgl. Handelsblatt, Nr. 50, v. 14. 3. 1966.

auch im Kuratorium der Deutschen Afrika-Gesellschaft sitzt. In Westberlin hatte einige Jahre Wilhelm Mickausch, der frühere Geschäftsführer des Bundes für koloniale Erneuerung und spätere Abteilungs- und Propagandaleiter in der hitlerfaschistischen Kolonialbewegung, die Geschäftsführung inne. Vorsitzender des Kreises Hannover ist Rafold von Rohr, ein Nefee des früheren deutschen Kolonialgouverneurs in Südwestafrika und Vorsitzender der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft der mittdreißiger Jahre, Friedrich von Lindequist. Rohr verfügt noch immer über Besitzungen in Südwest- und Südafrika.

Der Block der westdeutsch-südafrikanischen Propagandaorganisationen, bestehend aus dem westdeutschen Zweig der South Africa Foundation, der Afrikaans-Deutschen Kulturgemeinschaft und der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, hat sein Netz lokaler "Arbeitskreise" inzwischen beträchtlich ausgebaut. In Westdeutschland gibt es 19 Kreisverbände der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, in Südafrika 13 Ortsverbände der Afrikaans-Deutschen Kulturgemeinschaft (Anfang 1969).⁴⁰ Die Zahl ihrer Mitglieder erhöhte sich 1965 um 65 Prozent. Allein in Westdeutschland wurden 1965 300 Veranstaltungen mit 60 000 Teilnehmern durchgeführt.⁴¹

Im weiteren Sinne umfaßt dieser Block auch die in Österreich und der Schweiz entstandenen Ableger der South Africa Foundation: die Österreichisch-Südafrikanische Gesellschaft und die Schweizerisch-Südafrikanische Gesellschaft. Zu beiden unterhält die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft engen Kontakt, der sich im Austausch von Referenten, Publikationen usw. widerspiegelt.⁴²

Der genannte Organisationsblock hat starken Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung in Westdeutschland. Die Südafrika-Stiftung in München gibt einen eigenen Pressedienst, "Post aus Südafrika", heraus. Fertig ausgearbeitete Berichte und Reportagen über Südafrika samt der dazugehörenden Fotos werden allen bedeutenden westdeutschen Redaktionen zum kostenlosen Nachdruck zugesandt. Auf diese Weise erreicht die Stiftung einen breiten Leserkreis; ihre Urhebererschaft ist im allgemeinen nicht erkennbar.

Zu ihren Aktionen der "Öffentlichkeitsarbeit" zählen solche Maßnahmen wie die von der bayerischen Landesregierung geförderte Südafrika-Ausstellung der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft im Juni/Juli 1968 in München; die Teilnahme des Geschäftsführers Friedrich an Podiumsgesprächen der Deutschen Welle in Köln und des (West-)Deutschen Fernsehens (Thema: "Die Zukunft der Weißen im südlichen Afrika")⁴³; die Vermittlung von Zusammenarbeit zwischen westdeutschen Rundfunkstationen und Radio South Africa⁴⁴; die Einflußnahme auf Kommunalverwaltungen, um unter Ausnutzung des Heimatstolzes ausgewanderter ehemaliger Bürger dieser Gemeinden für die Apartheid zu werben⁴⁵ usw.

Eine wichtige Aufgabe kommt den gegenseitigen Besuchsprogrammen zu. So lädt die South Africa Foundation führende westdeutsche Persönlichkeiten zu "Informationsbesuchen" nach Süd- und Südwestafrika ein. Als besonderen Erfolg konnte sie die von ihr vorbereitete dreiwöchige Südafrika-Reise von Franz Josef Strauß im Mai 1966 buchen. In Windhoek bestätigte Strauß dem "Welt"-Korrespondenten, was er schon über die ersten Stunden seines Auf-

40 Afrika-Post, H. 9/1968 u. 2 - 3/1969.

41 South-African Digest, Nr. 47, v. 25. 11. 1966.

42 Afrika-Post, H. 2 - 3/1969.

43 Ebenda.

44 Ebenda, H. 1/1968.

45 So wurde auf Anregung der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft in Wetter (Ruhr) 1968 eine Dönges-Straße zur Erinnerung an den verstorbenen, aus Wetter stammenden südafrikanischen Staatspräsidenten T. E. Dönges geschaffen. (Afrika-Post, H. 6 - 7/1968.)

enthaltet in Südafrika von sich gegeben hatte: Südafrika sei kein Polizeistaat, man könne von einer Versklavung der Afrikaner nicht sprechen.⁴⁶

Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft organisiert "Studienreisen" nach Südafrika, so auch verbilligte Charterflüge für ihre Mitglieder und Freunde.⁴⁷ Die Hauptaufgabe des Kreises Clausthal-Zellerfeld der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft besteht darin, westdeutschen Studenten der Natur- und Ingenieurwissenschaften Studien- und Praktikumsreisen nach Südafrika zu vermitteln.

Um das Wesen und Hauptanliegen des beschriebenen Blocks der Organisationen zu charakterisieren, genügt es hier, den Präsidenten und den Organisationsleiter der neuen Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft zu Worte kommen zu lassen. Präsident Albrecht Pickert erklärte (nach der Wiedergabe des Korrespondenten der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung") unter Ausnutzung von geläufigem Antisowjetismus: "Wenn man so leichtfertig und unvernünftig sei, zu fordern, daß alle Rassen und Stämme überall in der Welt zu freien und souveränen Staaten werden sollten, dann trüge unsere amerikanische und europäische Öffentlichkeit mit dazu bei, jenes Chaos zu schaffen, das sich die Sowjets dann zunutze machten. Glücklicherweise ist Südafrika noch ein intaktes Bollwerk abendländischer Kultur. Es wird sich niemals selbst aufgeben; und wir sollten es unterstützen, aus Pflicht und Interesse."⁴⁸ Der Organisationsleiter Graf Dönhoff brachte die Befürchtungen der westdeutschen Konzerne zum Ausdruck, die in Südafrika investiert haben und den Propagandablock der Apartheidanhänger beherrschen: "Eine wirtschaftliche Katastrophe", so meinte er, "und der Verlust aller Investitionen wären unvermeidlich, wenn Südafrika heute der schwarzen Majorität das Stimmrecht und damit die politische und wirtschaftliche Führung gäbe."⁴⁹

Der Block von Organisationen, die für das Bündnis mit dem Apartheidregime werben, hat in anderen reaktionären Organisationen Westdeutschlands zuverlässige Stützen. Aus der Palette der betreffenden chauvinistischen und neonazistischen Zusammenschlüsse soll hier nur der gefährlichste Schößling erwähnt werden, die sogenannte Nationaldemokratische Partei (NPD), die neue Nazi-Partei Westdeutschlands, deren Führer Adolf von Thadden bereits häufig Südafrika besuchte. Seine dortigen Gesinnungsfreunde deutscher Abstammung gründeten im März 1967 den Deutschen Arbeitskreis völkischer Verbände. Schon heute ist erkennbar, daß diese neue westdeutsch-südafrikanische Verbindung in besonders extremer Form die Apartheid propagiert.

Während ihrer Regierungszeit begegneten CDU/CSU und FDP der Tätigkeit dieser Organisationen mit Duldung und Wohlwollen. Die Afrikaans-Deutsche Kulturgemeinschaft und die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft geben den organisatorischen Rahmen ab bei der Realisierung des auf Regierungsebene geschlossenen westdeutsch-südafrikanischen Kulturabkommens (seit 1963 in Kraft). Sogar die Bundeswehr wird angehalten, sich das Afrika-Bild ihrer Angehörigen durch die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft vermitteln zu lassen. So organisierte die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft "im Rahmen des Kulturabkommens" Filmabende ("Bastion im Süden") und Vorträge (wie "Das ehemalige Deutsch-Südwest-Afrika") vor Truppenteilen der 6. Panzerdivision, vor dem Panzergrenadierregiment 24 und dem Panzerbataillon 244.⁵⁰

Dagegen haben die vereinzelt und noch schwachen Zusammenschlüsse der Apartheidgegner, die in einigen westdeutschen Städten demokratisch gesinnte Gruppen ins Leben riefen,

46 Die Welt, Nr. 109, v. 11. 5. 1966 (Ausg. B).

47 Afrika-Post, H. 1/1968.

48 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 210, v. 11. 9. 1963.

49 Industriekurier, Nr. 96, v. 21. 6. 1962.

50 Afrika-Post, H. 6 u. 7 - 8/1967.

mit beträchtlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihnen fehlen nicht nur die Gelder der Hochfinanz und die Massenpresse als Sprachrohr. Die Bonner Regierung suchte bisher auch die Verbindungen zur internationalen Anti-Apartheid-Bewegung zu behindern. Das Göttinger Anti-Apartheid-Komitee hatte zum Beispiel zu seiner im Frühjahr 1967 veranstalteten Südafrika-Woche auch Süd- und Südwestafrikaner eingeladen. Da es sich nicht um Rassisten handelte, die jederzeit einreisen dürfen, sondern um freiheitlich gesinnte Exilpolitiker, verzögerte das Auswärtige Amt die Gewährung der Einreisevisa, bis dadurch die Teilnahme einiger der Eingeladenen ausgeschlossen war.

Immerhin verdient die Tatsache Beachtung, daß in jüngster Zeit die Veranstaltungen der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft starken Angriffen der außerparlamentarischen Opposition ausgesetzt sind. In Tübingen mußte unter dem Tumult der Anwesenden der Vortrag des Schweizer Publizisten Hans Jenny ("Portugal in Afrika") nach zehn Minuten abgebrochen werden, in Westberlin stürmten fünfzig junge Demokraten das Podium mit der Losung "Nazis raus aus Afrika".⁵¹

Die sozialdemokratische Wählerschaft erwartete im Oktober 1969 unter anderem auch in der offiziellen Bonner Haltung gegenüber Südafrika einen radikalen Wandel. Tatsächlich aber führt die Regierung Brandt/Scheel die Beziehungen zwischen Westdeutschland und Südafrika in der bisherigen Weise fort. Es gibt sogar eine Fülle von Indizien dafür, wie diese Beziehungen ausgeweitet und auf neue Bereiche ausgedehnt werden. Die Führung der SPD macht sich damit auch auf diesem Gebiet zum Sachwalter der Interessen der westdeutschen Großbourgeoisie.

Man kann jedoch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß es innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei in der hier untersuchten Frage keine einheitliche Auffassung gibt. Einerseits wandten sich sozialdemokratische Kreise wiederholt und zum Teil scharf gegen den in Südafrika praktizierten Rassismus. Andererseits aber sei daran erinnert, wie der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Willy Brandt, seit Oktober 1969 Kanzler der westdeutschen Bundesrepublik, im Jahre 1965 als Regierender Bürgermeister von Westberlin einer in Zusammenarbeit mit dem damaligen Westberliner Kreis der Deutsch-Südafrikanischen Kulturgemeinschaft veranstalteten südafrikanischen Propagandaausstellung besondere Förderung zuteil werden ließ und Polizei gegen Studenten zum Einsatz brachte, die gegen diese Ausstellung protestierten.⁵²

Bekannt sind auch frühere Äußerungen von Willy Brandt, in denen er sich gegen einen wirtschaftlichen Boykott Südafrikas aussprach.⁵³

In Südafrika hatte man bereits Anfang 1969 mit der Möglichkeit des Regierungswechsels in Bonn gerechnet. Ende März 1969 war der FDP-Vorsitzende Walter Scheel, heute Außenminister in der Regierung Brandt, einer halboffiziellen Einladung nach Johannesburg und Kapstadt gefolgt. Schon im Juni 1969, also vor den Bundestagswahlen, schrieb hierzu die in Frankfurt (Main) erscheinende Zeitung "Blick durch die Wirtschaft": "Der Besuch des FDP-Politikers fand in südafrikanischen Regierungs- und Wirtschaftskreisen um so stärkere Beachtung, weil man in Scheel einen möglichen Koalitionspartner der Sozialdemokraten nach der kommenden Bundestagswahl sieht. Eine sozialdemokratische Regierung könnte, so philosophiert man in Pretoria, zu einer Abkühlung der guten Beziehungen zu Bonn führen. Dem FDP-Chef könnte in einem solchen Fall die Funktion eines Katalysators zufallen."⁵⁴

51 Ebenda, H. 11/1968 u. 2 - 3/1969.

52 Die Welt v. 2. 3. 1965; Deutsche Volkszeitung v. 26. 3. 1965.

53 AP v. 7. 12. 1963; Le Peuple, Algier, v. 21. 11. 1963; Evening News, Accra, 9. 12. 1963.

54 Blick durch die Wirtschaft, Nr. 143, v. 25. 6. 1969.

Die rassistischen Kreise zeigten sich auch keineswegs beunruhigt über den Regierungswechsel in Bonn. In ihrem Leitkommentar schrieb die in Pretoria erscheinende deutschsprachige Monatszeitschrift "Afrika-Post": "Deshalb bloß keine Angst vor einer zu sehr nach links eingestellten Innen- wie Außenpolitik der neuen Regierung ... Es liegen nicht die geringsten Anzeichen vor, daß sich hier irgend etwas ändern wird. Im Gegenteil. Wir können nach früheren Äußerungen des neuen Außenministers damit rechnen, daß auch die neue Regierung bestrebt sein wird, das gute und freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten und zu vertiefen."⁵⁵

Die hier geäußerten Erwartungen haben sich voll bestätigt.

Bald nach dem Regierungswechsel formulierte der westdeutsche Botschafter in Südafrika, Sonnenhol, auf der am 30. Oktober 1969 im Deutschen Klub in Pretoria abgehaltenen Jahresversammlung der Afrikaans-Deutschen Kulturgemeinschaft die Grundsätze der offiziellen Haltung der neuen Bonner Regierung gegenüber Südafrika: "Hauptsache sei das gegenseitige Verständnis und die Sympathie. Nach einem schon etwas längeren Aufenthalt in Südafrika, so fuhr der Botschafter fort, sei ihm mit jedem Tag klarer geworden, wie stark die Bande zwischen den beiden Ländern und Völkern sind. Welch ein starker Strom der Sympathie aus diesem Lande (gemeint ist Südafrika) (West-)Deutschland entgegengebracht und von dort erwidert wird, auch wenn er nicht in Regierungserklärungen seinen Ausdruck finden kann."⁵⁶

Die Haltung gegenüber Südafrika bestätigt, daß der Wechsel der Regierung in Bonn keinen Wechsel der sozialökonomischen Machtverhältnisse bedeutet. Es geht lediglich darum, von den früheren Bundesregierungen versäumte Anpassungen an die neue Lage in Westdeutschland und in der Welt vorzunehmen. Und solche Anpassungen werden auch von Südafrika erwartet.

Der Rassismus soll "modernisiert" werden, um den Erfordernissen der Industrialisierung zu genügen, an der Westdeutschland durch hohen Kapitaleinsatz partizipiert. Südafrika soll im Kreise seiner imperialistischen Partner eine aktivere Rolle spielen können. Südafrika soll in den Augen der jungen souveränen Staaten weniger verdammswert erscheinen, um desto wirksamer als Speerspitze des Neokolonialismus dienen zu können.

Die ökonomische, politische und militärische Förderung Pretorias ist indes offensichtlich. Und dabei nehmen die hier behandelten Organisationen zur Werbung für die Partnerschaft Westdeutschlands mit dem Apartheidregime einen vorrangigen Platz ein. Ihre Tätigkeit steht jedoch in völligem Widerspruch zu den heute allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts. In Artikel 9 der von der 18. UN-Vollversammlung am 20. November 1963 angenommenen "Deklaration über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung" heißt es:

"1. Jegliche Propaganda und alle Organisationen, die sich auf Ideen oder Theorien der Überlegenheit einer Rasse oder Gruppe von Personen einer Hautfarbe oder eines ethnischen Ursprungs gründen und das Ziel haben, die Rassendiskriminierung in irgendeiner Form zu rechtfertigen oder zu fordern, sollen streng verurteilt werden.

2. Jegliche Gewalttaten oder Anstiftung dazu, ob von Einzelpersonen oder Organisationen, gegen irgendeine Rasse oder Gruppe von Personen einer anderen Hautfarbe oder einer anderen ethnischen Abstammung werden als Vergehen gegen die Gesellschaft betrachtet und sind nach dem Gesetz strafbar.

⁵⁵ Afrika-Post, Pretoria, Nr. 10, Oktober 1969, S. 1.

⁵⁶ Ebenda, Nr. 11, November 1969, S. 16 ff.

3. ... sollen alle Staaten unverzüglich wirksame Maßnahmen, einschließlich legislativer und anderer Art, ergreifen, um Organisationen, die Rassendiskriminierung fördern oder dazu aufrufen, ... gerichtlich zu belangen oder zu verbieten."

Es wird höchste Zeit, daß die hier fixierten Grundsätze auch in Westdeutschland realisiert werden und damit den Nazis, den Kolonialisten und Rassisten alten und neuen Stils die Plattform für ihr rühriges Wirken genommen wird.

von Karligen Seite

In den letzten Jahren hat sich die Zahl historisch-ökonomischer Forschungen über die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in Mexiko beträchtlich erhöht. Gleichzeitig sind einige bemerkenswerte Interpretationen erschienen¹, und dank dem zunehmenden Interesse an Problemen des wirtschaftlichen Austauschs wird dieses Thema gewiß noch im Mittelpunkt vieler zukünftiger Diskussionen stehen. Zweck der vorliegenden Arbeit ist es, mit einigen Überlegungen, die sich aus der Analyse der entscheidenden Perioden vor der Unabhängigkeitserklärung ergeben, zu seiner Klärung beizutragen.

Zwei Themenkomplexe methodologischer Art sollen vorausgeschickt werden:

1. Für die mexikanische Wirtschaft sind seit früher Zeit ein gewisser Entwicklungsstand des Austauschs und die Existenz alter arbeitender Klassen vor Kaufmann charakteristisch, was, wie der Begriff des Kapitalismus schon auf das Vorhandensein eines "Handelskapitals" anwendbar, bedeutet daher bald, daß der Kapitalismus mehr oder weniger stark schon in den frühesten Epochen existierte. In diesem Sinne könnten die ersten Schritte zum "Kapitalismus" im alten mexikanischen Reich zu Hodge sein, in dem die 1923-1924 (Kaufleute alle Privilegien der Aristokratie gestutzt, in den Städten rentieren sich und Märkte beherrschen, auf dem täglich 60.000 Menschen zu Kauf und Verkauf zusammenströmen). Jedoch zeigt die Geschichte der Praxis vom 16. bis 19. Jahrhundert, daß das Entstehen einer arbeitenden Klasse im Kaufmann alle keine revolutionäre Erfindung bedeutet, sondern der Entstehung bestehender Strukturen entspricht, in denen diese Klasse in die traditionelle Gesellschaft eintritt und versucht sich deren Produktion zu bemächtigen. Der Ursprung des Kaufmanns liegt also nicht im Geldverleih, und die alte Handlung in Mexiko ist eher eine Folge neuer Kräfte, die der Entwicklung der

¹ Vgl. die ausgezeichnete bibliographische Studie von ... in ...
² ...
³ ...
⁴ ...
⁵ ...
⁶ ...
⁷ ...
⁸ ...
⁹ ...
¹⁰ ...

DIE ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IM BERGBAU UND IN DER LANDWIRTSCHAFT NEUSPANIENS (1760 BIS 1810)

von Enrique Semo

In den letzten Jahren hat sich die Zahl historisch-ökonomischer Untersuchungen über die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in Mexiko beträchtlich erhöht.¹ Gleichzeitig sind einige bemerkenswerte Interpretationen erschienen², und dank dem zunehmenden Interesse an Problemen des wirtschaftlichen Wachstums wird dieses Thema zweifellos im Mittelpunkt vieler zukünftiger Diskussionen stehen. Zweck der vorliegenden Arbeit ist es, mit einigen Überlegungen, die sich aus der Analyse der entscheidenden Periode vor der Unabhängigkeitsrevolution ergeben, zu seiner Klärung beizutragen.

Zwei Bemerkungen methodologischer Art sollen vorausgeschickt werden:

1. Für die mexikanische Wirtschaft sind seit früher Zeit ein gewisser Entwicklungsstand des Austausches und die Existenz einer mächtigen Klasse von Kaufleuten charakteristisch. Jene, die den Begriff des Kapitalismus schon auf das Vorhandensein eines "Handelskapitals" anwenden, entdecken daher bald, daß der Kapitalismus mehr oder weniger stark schon in den frühesten Epochen existierte.³ In diesem Sinne könnten die ersten Schritte des "Kapitalismus" im alten mexikanischen Reich zu finden sein, in dem die *pochtecatl* (Kaufleute) alle Privilegien der Aristokratie genossen, an den Stadtverwaltungen teilnahmen und Märkte beherrschten, auf denen täglich 60 000 Menschen zu Kauf und Verkauf zusammentrafen.⁴ Jedoch zeigt die mexikanische Praxis vom 16. bis 19. Jahrhundert, daß das Bestehen einer mächtigen Klasse von Kaufleuten allein keine revolutionäre Erscheinung bedeutet. Solange ihr Reichtum der bestehenden Struktur entspringt, ist diese Klasse in die traditionelle Gesellschaft eingebettet und trachtet nach deren Erhaltung. In Mexiko wurde der Großkaufmann Grundbesitzer, dieser wurde Händler oder Geldverleiher, und sie alle standen im allgemeinen an der Seite jener Kräfte, die der Entwicklung des

1 Siehe die ausgezeichnete bibliographische Studie von Enrique Florescano in Historia Mexicana (Mexikanische Geschichte), Mexiko-Stadt 1965/66, S. 310 - 378.

2 Aguilar Monteverde, Alonso, Dialéctica de la Economía Mexicana (Dialektik der mexikanischen Wirtschaft), Mexiko-Stadt 1968; Frank, Andre Gunder, Capitalism and Underdevelopment in Latin America, New York/London 1967; Bazant, Jean, Feudalismo y capitalismo en la historia mexicana (Feudalismus und Kapitalismus in der mexikanischen Geschichte), in: Trimestre Económico, Januar-März 1950, S. 86 - 96.

3 Marx kritisierte Mommsen, den Historiker der römischen Antike, weil er "eine kapitalistische Produktionsweise in jeder Geldwirtschaft entdeckt." (Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 795.)

4 Katz, Friedrich, El Papel del Comercio en el Imperio Azteca (Die Rolle des Handels im Azteken-Reich), in: Congreso Internacional de Americanistas, Bd. 2, Sevilla 1966, S. 9 - 13.

Kapitalismus in der Produktion entgegenwirkende Institutionen verteidigten. Das bereits im 16. Jahrhundert errichtete Konsulat der Stadt Mexiko diente als eine der entscheidendsten Stützen der Politik, die Manufakturen verbot und den Anbau von Agrarprodukten, die von Spanien importiert wurden, bremste.

Niemand kann die Bedeutung des Binnenmarktes und der Geldwirtschaft für die Entwicklung des Kapitalismus leugnen, aber diese stehen in direkter Beziehung zur Entstehung eines freien Arbeitsmarktes sowie zum Fortschritt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Produktionstechnik. In Neuspanien entwickelte sich jedoch der Markt im 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts in einer Wirtschaft, die beherrscht war von der *encomienda* (von der Krone übertragene Verfügungsgewalt zur Annahme des Tributs und zur Ausbeutung indianischer Arbeitskräfte), dem *repartimiento* (zwangweise Zuweisung der Indianer an die Konquistadoren zwecks Arbeitsleistungen) und der *comunidad indígena* (indianische Dorfgemeinschaft), die zu früh der Wirkung des Handelskapitals ausgesetzt worden waren. Dadurch wurde die Umwandlung der Produktionsweise verzögert und die Aufrechterhaltung althergebrachter gesellschaftlicher Organisationsformen unterstützt.

Der Kapitalismus durchläuft verschiedene Entwicklungsstadien, von denen jede durch spezifische Erscheinungen gekennzeichnet ist. Wenn wir unter Kapitalismus eine bestimmte Produktionsweise verstehen, ist es nicht möglich, von seinem Auftreten zu sprechen, bevor nicht die Produzenten massenhaft von dem Kapitalisten abhängig geworden sind, sei es in der direkten Form der Lohnarbeit, sei es in indirekten Übergangsformen. Geldvermögen, Geldrente, Marktentwicklung und Handelskapital können nur als frühe Erscheinungen des Kapitalismus angesehen werden, insoweit sie die Entfaltung einer neuen Produktionsweise positiv beeinflussen, deren erste Symptome erst gegen Ende der Kolonialperiode eindeutig zu erkennen sind.

In Europa begann die kapitalistische Ära bereits im 16. Jahrhundert, dennoch zeigten die feudalen Institutionen noch am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts so viel Beharrungsvermögen, daß die Französische Revolution ausgelöst wurde, die Auswirkungen verschiedenster Art auf andere europäische Länder hatte.⁵ Ähnlich begann die kapitalistische Entwicklung in Mexiko gegen Ende des 18. Jahrhunderts; aber die grundherrschaftlichen Hemmnisse in Wirtschaft, Ideologie und Politik verursachten zu Anfang des 20. Jahrhunderts Bauernkämpfe.⁶

2. Bis heute dauern heftige Diskussionen über die Frage an, ob feudale oder kapitalistische Impulse in der spanischen Kolonisierung Amerikas überwogen.⁷ Zweifellos gab es beide. Die mexikanische Gesellschaft erlebte nie eine Etappe, die in ihren wesentlichen Zügen mit dem klassischen Feudalismus, der im größeren Teil Westeuropas vom 9. bis zum 13. Jahrhundert vorherrschte, vergleichbar ist. Unseres Erachtens gilt diese Auffassung sogar für das Mexiko des 17. Jahrhunderts, das die Stagnation des Bergbaus, die Schwächung der Staatsmacht, die Konsolidierung der Grundherrschaften und einen Rückgang des Austausches durchmachte.

Diese Behauptung gründet sich im wesentlichen auf die existierenden frühkapitalistischen Verhältnisse und die verhältnismäßig schwachen feudalen Beziehungen zwischen Feudalherren

5 Kuczynski, Jürgen, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1951, S. 152 - 198.

6 Das erklärt den Fortbestand antifeudaler Forderungen in den drei großen mexikanischen gesellschaftlichen Bewegungen des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts: der Unabhängigkeitsbewegung, der Reformbewegung und der Revolution von 1910.

7 Zahlreiche Autoren haben sich mit diesem Thema ausführlich befaßt, darunter S. Bagü, G. Frank, R. Konetzke, M. Kossok, J. Lambert, G. Mariátegui, W. Markov, V. Teilboim.

ren und Hörigen in Neuspanien.⁸ Der eindrucksvollste Aspekt der *encomienda*, der *mita* (Form von Arbeitszwang) und des *repartimiento* ist, daß sie die eingeborene Bevölkerung nicht hinderten, weiter den alten Gemeinschaften kollektiver Struktur anzugehören. Bestrebt, der Entstehung einer feudalen Klasse vorzubeugen, trachtete die spanische Krone nicht danach, das alte despotische Gemeinschaftssystem, das so viele Ähnlichkeiten mit der asiatischen Produktionsweise aufweist⁹, zu vernichten, sondern neigte dazu, sich selbst an den Platz des verdrängten Staates zu stellen. Obwohl sie ihr Ziel nicht vollständig erreichte, tendierte sie unverändert in ihrer Politik zur Erhaltung der wesentlichen Züge des alten Systems. Nach dem Verschwinden der *encomienda* und des *repartimiento* widerstand das System der indianischen Dorfgemeinschaft dem Angriff der *Hacienda* (großes Landgut) und der Ausbeutung durch die Kaufleute, wobei es sich mit unglaublicher Geschmeidigkeit allen Veränderungen anpaßte und viele seiner wirtschaftlichen Charakterzüge beibehielt. Selbst innerhalb der *Hacienda* waren während der Kolonialzeit die Frondienstverhältnisse (im ökonomischen Sinne) weniger ausgedehnt und anderer Art als jene, die in Europa vorherrschten.

Auch unter sekundären Gesichtspunkten sind die Unterschiede stark ausgeprägt; die wirtschaftliche und politische Übermacht des Landes über die Stadt, die Schwäche der zentralen Staatsmacht, das Bestehen eines von den Kaufleuten und Geldverleihern sich deutlich abhebenden Landadels, das Fehlen einer Geldwirtschaft sind Phänomene, die in der mexikanischen Kolonialperiode nur schwach auftraten.

Einige Autoren haben sich von dem ausgesprochen feudalen Charakter der Hierarchie, der Adelstitel, der Majorate, der Kultur und Religion in der Kolonialzeit zu stark beeinflussen lassen. Aber in jener Epoche wie in den folgenden bestand in Mexiko ein tiefer Widerspruch zwischen der aus Europa eingeführten oder nachgeahmten Ideologie und dem konkreten Inhalt der wirtschaftlichen Basis. Der Feudalismus in Neuspanien war im Überbau stärker als in der Produktionsweise.

Ein äußerer Faktor modifizierte den Frühkapitalismus Neuspaniens, nämlich sein Kolonialstatus. Es ist möglich, den Werdegang einer feudalen Gesellschaft zu rekonstruieren, indem man den Weg jenes Elementes, das ihr den Hauptimpuls verleiht - das Streben, die Feudalrente zu steigern -, verfolgt.¹⁰ In Neuspanien überwog der Hunger nach Edelmetallen. Die Landwirtschaft, in der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung arbeitete, war zum großen Teil dem Bergbau untergeordnet. Die Blütezeiten und Flauten dieses Wirtschaftszweiges bestimmten die sozialökonomische Entwicklung der Hauptgebiete und übertrugen eine ihren inneren Impulsen fremde zyklische Bewegung auf sie. Neuspanien nahm einen privilegierten Platz im spanischen Kolonialsystem ein, weil es der größte Silberproduzent der Welt war.

Die Entwicklung der frühkapitalistischen Gesellschaften hängt ferner von der Anwendung des Mehrproduktes ab. Die koloniale Ausplünderung raubte Neuspanien das für jene Zeiten

8 Siehe die interessante Studie von de Santis, Sergio, *Les Communautés de Villages chez les Incas, les Azteques et les Mayas*, in: *La Pensée*, Nr. 122/1965, S. 79 - 96.

9 "Vom territorialen Standpunkt aus", sagt Lipshutz, "bedeutet die Eroberung in Lateinamerika den Kampf gegen das bodenständige stammes-herrschaftliche System, um es durch die feudal-herrschaftliche Ordnung europäischer Herkunft zu ersetzen. Im Gegensatz zu der bodenständigen stammes-herrschaftlichen Ordnung entsteht und festigt sich somit die spanisch-amerikanische herrschaftliche Fiskalordnung." (Lipshutz, Alejandro, *La Comunidad Indígena en America y en Chile* (Die indianische Dorfgemeinschaft in Amerika und Chile), Santiago de Chile 1956, S. 62.)

10 Hilton, R. H., *The Transition from Feudalism to Capitalism*, in: *Science and Society*, Bd. 17, Nr. 4, S. 346.

wichtige Mehrprodukt und verhinderte die Verwandlung dieses Landes in eine feudale oder kapitalistische Wirtschaftsmacht. So erklären sich auch der allgemeine technische Rückstand sowie die "Indolenz" seiner ökonomisch herrschenden Klassen, deren Reichtümer ihnen zwar den Kauf von Privilegien ermöglichten, ihnen aber niemals zu politischer Macht verhelfen konnten.

Ohne jegliche Absicht, Definitionen zu formulieren, und nur, um den Rahmen der vorliegenden Studie abzustecken, kann man folgendes sagen:

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts überwogen auf dem Lande in Mexiko vorkapitalistische Verhältnisse. Die direktesten Formen des Zwangs - *encomienda* und *mita* - waren im Verschwinden begriffen. An ihrer Stelle setzte sich die Hacienda durch, in der Formen außerökonomischen Zwangs (Schuld knechtschaft), die sich von der Leibeigenschaft wesentlich unterscheiden, mit freier oder halbfreier Arbeit stark gemischt waren. Seines Landes beraubt, blieb dem Eingeborenen nichts übrig, als regelmäßig oder sporadisch in der Hacienda zu arbeiten. Die sesshafte indianische Dorfgemeinschaft war nicht verschwunden. Im Süden und Südosten blieb sie fast unversehrt erhalten, im zentralen Teil des Landes war sie geschwächt, im Norden nahezu unbekannt. Eine eigentümliche Beziehung kam zwischen ihr und der Hacienda auf.

Die wichtigste gewerbliche Tätigkeit stellte der Bergbau dar, in dem die Zwangsarbeit vorherrschte. Die wenigen Manufakturen basierten auf der Arbeit von Halbsklaven. Das Handwerk besaß eine typisch feudale Struktur. Der Außenhandel war sporadisch, begrenzt und im Vergleich zu Europa wenig diversifiziert. In weiten Teilen des Landes herrschte die Naturalwirtschaft. Der spanische Kolonialismus funktionierte hauptsächlich auf der Grundlage folgender vier Mechanismen:

- a) der beherrschenden Rolle des Hauptexportsektors, des Bergbaus;
- b) des außerökonomischen Abziehens des Überschusses durch das fiskalische Abgabensystem und mehr oder weniger erzwungene "Spenden";
- c) der Kastensysteme, die die spanischen Einwohner begünstigten;
- d) der Wirtschaftspolitik, die dahin tendierte, die Entwicklung der Wirtschaftszweige, die mit dem Mutterland konkurrieren könnten, zu verhindern.

Durch diese Mechanismen der kolonialen Ausbeutung wurde sogar die rückständigste Dorfgemeinschaft in gewissem Grade mit der europäischen Wirtschaft verbunden. Wir haben es mit einem eigenartigen sozialökonomischen Gebilde zu tun, das nur nach Vergleichen mit dem europäischen Feudalismus in der Zeit vom 13. bis zum 17. Jahrhundert und der asiatischen Produktionsweise unter den Bedingungen des Kolonialstatus genau bestimmt werden kann.

Unter sozialökonomischen Gesichtspunkten fällt das Ende der Kolonie in Mexiko in das 19. Jahrhundert. Der innere Markt wächst, und in einigen Gebieten zeichnet sich die kapitalistische Umwälzung der Landwirtschaft ab, das Handelskapital wendet sich der Produktion zu, die innere Struktur des Bergbaus erfährt eine Wandlung. Das spanische Kolonialsystem hat sich verändert, was einerseits die koloniale Deformation und den komplementären Charakter der neuspanischen Wirtschaft betont, andererseits die der Entwicklung der Produktivkräfte auferlegten grundherrschaftlichen Fesseln schwächt.

Die letzten fünfzig Jahre der Kolonie (1760 bis 1810) werden durch ein bemerkenswertes Anwachsen der Produktion und des Handels charakterisiert, das die Stabilität sämtlicher kolonialer Institutionen auf eine Belastungsprobe stellte. Diese Auffassung wird durch die verfügbaren Angaben über Bergbau, Landwirtschaft, Handel und Staatshaushalt weitgehend bestätigt.

In einem Zeitraum von zwölf Jahren vor Einführung des sogenannten Freihandelssystems (1789) trafen in Veracruz 222 Schiffe ein. In den zwölf Jahren von 1784 bis 1795 stieg die Anzahl der Schiffe auf 1 142, das heißt auf das Fünffache, und diese Entwicklung hielt bis zum Ende der Kolonialperiode an. Wertmäßig umfaßte der Umschlag allein dieses Hafens 53,7 Millionen Peso im Jahrfünft 1796 bis 1800, 142,5 Millionen Peso von 1801 bis 1805 und 161,8 Millionen Peso von 1806 bis 1810.¹¹ Darüber hinaus wurden dem Außenhandel neue Häfen geöffnet, und der Schmuggel nahm erheblich zu.

Dank der vom Visitator Don José des Gálvez geleiteten Steuerreform und der größeren Aktivität bei fiskalischen Abgaben stiegen die staatlichen Einnahmen von 6 Millionen Peso im Jahre 1765 auf über 20 Millionen ab 1789.¹²

Der Abbau von Edelmetallen erfuhr einen nie dagewesenen Aufschwung. Im Laufe des 18. Jahrhunderts stieg die Produktion von Gold und Silber auf das Sechsfache. 1760 wurden in Neuspanien 12,5 Millionen Peso in Gold- und Silbermünzen geprägt; fünfzig Jahre später, im letzten Jahr normaler Kolonialproduktion (1809), waren es 26,2 Millionen Peso.¹³ Laut Humboldt stellte das über Veracruz exportierte Silber zwei Drittel der Weltproduktion dar.¹⁴

Diese Steigerung der Bergbauproduktion ist vor allem auf die Umgestaltung des spanischen Kolonialsystems zurückzuführen. Das zur Silberproduktion benötigte Quecksilber war königliches Monopol und ein bestimmender Faktor im mexikanischen Bergbau. Jede Schwankung in den eingeführten Mengen und in den Preisen des Quecksilbers spiegelte sich sofort in der Höhe der Silberproduktion wider. Um die Silbergewinnung zu stimulieren, senkten die Regierungen der Bourbonen die Quecksilberpreise von dem jahrelang bestehenden Preis von 187 Peso je Quintal (ungefähr 50 Kilogramm) auf 82 Peso 1750, 62 Peso 1767 und 41 Peso 1778.¹⁵ Die Aufhebung des bestehenden Flottensystems wirkte sich außerdem in einer kontinuierlicheren Lieferung dieses Produktes aus.

Die neue spanische Handelspolitik zielte unter anderem darauf ab, die Exklusivität des Hafens von Cadix, das System der Flotten und Galeonen sowie einige Privilegien der Großkaufleute auf beiden Seiten des Ozeans abzuschaffen. Soweit diese Maßnahmen in Kraft traten, sahen sich die Großkaufleute genötigt, einen Teil ihres Kapitals im Bergbau zu investieren. Sie wagten sich als Geldverleiher an "Geschäfte mit den sichersten Minen und gewährten Darlehen für die wöchentlichen 'Berichte' und für Waren, bei denen sie schon im voraus beträchtliche Gewinne erzielt hatten."¹⁶

Der Bergbau verdrängte den Handel als Hauptquelle neuen Reichtums. Doch war die Kapitalakkumulation in diesem Zweig langsam und unsicher. Fast alle Grubenbesitzer mußten Kredite in Anspruch nehmen ("weniger als ein Dutzend von ihnen besitzt eigene Rohstoffquellen für die Entwicklung der Minen und Hüttenwerke"¹⁷), und die aus dem Bergbau stammenden Vermögen verschwanden oft in ein oder zwei Generationen.

11 Othon de Mendizabal, Miguel, *Obras Completas* (Werke), Bd. 5, Mexiko-Stadt 1946, S. 443 u. 452.

12 Cué Canovas, Augustín, *Historia Social y Económica de México* (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Mexikos), 1521 - 1854, Mexiko-Stadt 1963, S. 112 f.

13 Howe, Walter, *The Mining Guild of New Spain and its Tribunal General 1770 - 1821*, Cambridge 1949, S. 457 f.

14 Humboldt, Friedrich Alexander v., *Versuch über den politischen Zustand des Königreiches Neu-Spanien*, 5 Bde, Tübingen 1809 - 1814, Bd. 4, S. 33.

15 Othon de Mendizabal, Miguel, a. a. O., S. 64.

16 Ebenda.

17 Ebenda.

"Der verstorbene Graf von Valenciana ... zog oft in einem Jahr von seiner Mine allein gegen sechs Millionen Livres reinen Gewinn. Dieses Einkommen war in den letzten 25 Jahren seines Lebens nie unter zwei bis drei Millionen Livres, und dennoch hinterließ dieser außerordentliche Mensch ..., der immer sehr einfach gelebt hatte, nach seinem Tode - außer seinem Bergwerk, das das reichste der Welt ist - nicht mehr als zehn Millionen in liegenden Gütern und Kapitalien. Wer die Haushaltung im Inneren der großen mexikanischen Familien kennt, wundert sich über solche Erscheinungen nicht ... Die Ausbeutung der Bergwerke wird zu einem Spiel, dem man sich mit grenzenloser Leidenschaft ergibt, und die reichen Eigentümer von Bergwerken verschwenden ungeheure Summen an Charlatane, die sie in neue Unternehmen in den entfernteren Provinzen überreden."¹⁸

Infolge dieser Situation investierte die Mehrzahl der großen Grubenbesitzer bedeutende Summen in der Landwirtschaft. Auf diese Weise verwandelte sich ein Teil des im Bergbau erzeugten Überschusses in Feudalrente (vor allem jener Teil, der zum Kauf von grundherrschaftlichen Landsitzen verwendet wurde). Ein weiterer Teil wurde durch den Prunk absorbiert, in dem die Neureichen leben mußten, um im Kreis der Aristokratie Aufnahme zu finden. Ihre extravaganten Ausgaben für den Bau von Palästen, Kirchen und Klöstern sind bekannt, auch die beträchtlichen Geschenke, die sie dem König und Persönlichkeiten des Vizekönigreiches machen mußten, um deren Gunst zu gewinnen oder um Adelstitel zu kaufen, wie die Stammhäuser der Grafen San Mato de Valparaiso, Santa Rosa, Santiago de la Laguna und viele andere, die bergwerklichen Ursprungs waren.¹⁹

Nur ein bescheidener Teil des im Bergbau erzeugten Gewinns verwandelte sich in Kapital, nämlich jener, der wieder in Gruben investiert oder für die Entwicklung der für den Markt produzierenden Landwirtschaftsbetriebe angewandt wurde. Der wohlhabende mexikanische Grubenbesitzer hatte durch seinen Lebensstil sehr wenig gemein mit dem kapitalistischen Unternehmer, der zur selben Zeit jene tiefgehende sozialwirtschaftliche Umwälzung in Bewegung setzte, die wir als industrielle Revolution kennen.

Neben einigen Dutzend Magnaten dieser Art kämpften einige Tausend kleiner Bergbauunternehmer um ihre Existenz in ihren unergiebig gewordenen Gruben. Sie sahen sich dauernd genötigt, Riesenkredite in Anspruch zu nehmen, zahlten fast immer Höchstpreise für das Quecksilber, mußten ihre Gewinne mit den Häuern teilen und waren manchmal gezwungen, ihre Gänge an Gambusinos (abenteuerliche Sucher nach Silber und anderen Metallen) oder an reiche Grubenbesitzer abzutreten, nicht weil das Erz erschöpft war, sondern weil ihnen Kapital fehlte. Zusammen mit den Fuhrleuten und Viehzüchtern, den kleinen und mittelgroßen Händlern in Stadt und Land, den draufgängerischen seefahrenden Unternehmern und Schmugglern und einigen reich gewordenen Handwerkern kann diese Schicht mit Recht zu der entstehenden neuspanischen Bourgeoisie gezählt werden. Sie war nicht an den herrschaftlichen Privilegien der großen Grubenbesitzer beteiligt, und trotz hartnäckiger Bemühungen erreichte sie nie eine befriedigende Vertretung im Tribunal de Minería (Berggericht).²⁰

Welche Rolle spielte der Bergbau in der wirtschaftlichen Struktur jener Epoche? Humboldt schätzte den Wert der Bergbauerzeugnisse auf 75 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion. Nach einer wahrscheinlich realistischeren Berechnung behauptete Quiros, daß er nicht 32 Prozent überstieg.²¹ Infolge der Ungenauigkeit der landwirtschaftlichen Angaben liegt

18 Humboldt, Friedrich Alexander v., a. a. O., Bd. 1, S. 177 f.

19 Othon de Mendizabal, Miguel, a. a. O., S. 62.

20 Howe, Walter, a. a. O., S. 97.

21 Rosenzweig, Fernando, La economía novohispana al comenzar el siglo XIX (Die neuspanische Wirtschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts), in: Revista de Ciencias Políticas y Sociales, Mexiko-Stadt, 9. Jg. 1963, S. 457 - 494.

der tatsächliche Wert vermutlich an irgendeinem Punkt zwischen diesen beiden Berechnungen. Auf jeden Fall handelt es sich um einen für eine frühkapitalistische Wirtschaft sehr hohen Anteil.

1787 rechnete man, daß 50 000 Familien im Bergbau beschäftigt waren. Diese Ziffer begriff die Arbeiter der Casa de la Moneda (Münzstätte), Grubenbesitzer, vom Bergbau abhängige Kaufleute, Aufseher, Arbeiter und Maultiertreiber ein, schloß aber "die Landstreicher und Dirnen, die auf Kosten vieler Bergarbeiter lebten", aus. Dieser Sektor stellte etwa ein Fünftel der mexikanischen Bevölkerung dar, die zu jener Zeit 3 Millionen betrug.²² Diese Angaben stimmen mit den statistischen Berichten, die Anfang des 19. Jahrhunderts für das Konsulat von Veracruz ausgearbeitet wurden, überein. Humboldt nahm an, daß ungefähr 28 000 bis 30 000 Menschen in den Bergwerken unter Tage arbeiteten.²³

Zu jener Zeit gab es in Neuspanien 3 000 Minen. Über die Hälfte der Bevölkerung (und ein viel größerer Prozentsatz von Mestizen und Kreolen) wohnte in den sechs Provinzen, in denen 80 Prozent des mexikanischen Silbers erzeugt wurde. Der metallarme südliche Teil hingegen war nicht am Aufschwung beteiligt, hatte einen kleineren Prozentsatz an weißer und halblütiger Bevölkerung, und die Eingeborenen lebten weiter in ihren traditionellen Gemeinschaften.²⁴

Der Aufschwung des Bergbaus stimulierte in seinen Hauptgebieten die Entstehung fortgeschrittener Marktbeziehungen. Nehmen wir als Beispiel die Landschaft El Bajío, deren Bergbauzentrum Guanajuato ein Viertel des mexikanischen Silbers hervorbrachte.²⁵ Hier entstand eine intensive Landwirtschaft, die für den Markt produzierte. Das ist verständlich, wenn man sich erinnert, daß allein in den Minen Guanajuatos 14 000 Maulesel arbeiteten, die enorme Mengen Korn verbrauchten.

Die für die Versorgung der Stadt Guanajuato bestimmte Fläche hatte einen Radius von 48 Kilometern und wurde nur von dem Versorgungsgürtel der Stadt Mexiko (67 Kilometer) übertriften. Ferner hatte sich eine fortgeschrittene Arbeitsteilung zwischen den weizenanbauenden Ebenen und den Höhengebieten mit Viehwirtschaft, zwischen dem Handwerk und der Manufaktur in Städten wie Querétaro und Celaya sowie der Produktion von Nahrungsmitteln in der Umgebung und von Rohstoffen in den entfernteren Gebieten entwickelt.²⁶ Obwohl dieses besondere Zusammentreffen von Wohlstand im Bergbau, in der Industrie, Land- und Viehwirtschaft nahezu einzigartig war, kann niemand bezweifeln, daß in dieser Periode der Bergbau den dynamischsten Sektor der kolonialen Wirtschaft darstellte.

Die Bewirtschaftung der großen Bergwerke nahm immer mehr kapitalistische Züge an. Schriftstücke aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts scheinen zu belegen, daß die Mehrheit der Arbeiter noch immer einem außerökonomischen Zwang unterlag und durch die bergwerkliche mita gestellt wurde und aus "Kriminellen und Delinquenten, deren Vergehen keine Kapitalverbrechen waren", bestand.²⁷ Jedoch behauptete Humboldt 1803: "In dem Königreiche Neuspanien ist der Bergwerkbau seit wenigstens 30 oder 40 Jahren eine freie Arbeit, und es findet sich hier ... keine Spur der mita ... Kein Gesetz zwingt

22 Bericht von Antonio de San José Muro (1787) zit. in Fisher, Lilian, *The Background for the Revolution of Mexican Independence*, Boston 1934, S. 141 f.

23 Humboldt, Friedrich Alexander v., a. a. O., Bd. 1, S. 102.

24 Kirchhof, Paul, *Heritage of Conquest*, Illinois 1952, S. 17 - 30.

25 Wolf, Eric, *Core Area and Northern Periphery in the Development of New Spain*, in: *Synoptic Studies of Mexican Culture*, New Orleans 1957, S. 185.

26 Ebenda, S. 188 f.

27 Chávez Orozco, José Luis, *Documentos para la historia económica de México* (Dokumente für die Wirtschaftsgeschichte Mexikos), Mexiko-Stadt 1936, Bd. 3, S. 35.

den Indianer, diesen Arbeitszweig zu wählen oder eine Art von Minenausbeutung der andern vorzuziehen. Ist er mit einem Bergwerksherrn unzufrieden, so verläßt er ihn und bietet seine Arme einem anderen an, der regelmäßiger oder in barem Geld bezahlt.²⁸

Die Entwicklung eines freien Arbeitsmarktes spiegelt sich unter anderem in der Institution des *partido* wider, einer Art Akkordlohn, der in folgendem bestand: "Nach Erfüllung der Pflichtarbeit oder Erzaufgabe für den Herrn wird das, was der Häuer in der zwölfstündigen Schicht darüber hinaus produziert, zwischen beiden geteilt ..."²⁹ Das *Partido*-System hatte den Zweck, nicht nur die Häuer, die sich direkt mit der Erzförderung befaßten, sondern auch den Arzt, der sie behandelte, und die Fuhrmänner und Wasserträger, die ihnen halfen, zu interessieren. Für diese mußte der Häuer einen wesentlichen Teil seiner Beteiligung reservieren. Auf diese Weise waren sie zusammen mit den Häuern an der Festlegung der Höhe des *partido* interessiert.

Der *partido* wurde nicht, wie die Mehrzahl der anderen Löhne in der Kolonie, durch Gewohnheit fixiert. Arbeiter und Unternehmer traten zur Festlegung von Pflichtarbeit, Auflagen und Beteiligung zusammen. Laut Gesetz konnten für die Bedingungen des *partido* "nur die Normen, die von den Herren und Arbeitern beschlossen und vereinbart worden waren", maßgebend sein.³⁰

Die Unterschiedlichkeit des Feingehalts der Erze und der technischen Arbeitsverhältnisse machte es ferner notwendig, die Bedingungen des *partido* immer wieder neu zu regeln. Auf diese Weise begann das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf einem entstehenden Arbeitsmarkt zu funktionieren, frei von den durch Gesetze, Bräuche und außerökonomischen Zwang auferlegten Einschränkungen, die in anderen Sektoren der Wirtschaft walteten. Der Prozeß der freien Vereinbarung verursachte viele Konflikte. "Die unberechtigten Forderungen der Arbeiter bezüglich des Anteils an den Erzen sind immer Stein des Anstoßes und Zankapfel in Real de Pachuca gewesen ..."³¹ Das System erreichte eine solche Ausdehnung, daß es zu Kämpfen kam, die die Charakterzüge von Streiks annahmen.

Die Folge des freien Statuts der Mehrheit der Bergarbeiter war die Hebung ihres Lebensstandards, den Humboldt für höher als den der deutschen Bergarbeiter in Freiberg hielt. Auch der Arbeitstag wurde gekürzt. Die gesetzlich geregelte Arbeitswoche in den Bergbauzentren betrug 60 Stunden und 42 Stunden für einige besonders anstrengende Arbeiten, während auf dem Land von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang mit zwei Stunden Pause gearbeitet wurde.³²

Die Bergarbeiter bildeten keine einheitliche soziale Schicht. Die großen Unterschiede in Höhe und Art der Entlohnung (die Löhne der Arbeiter in den niedrigen Kategorien waren durch die Gewohnheit fixiert), die zahlreichen *buscones* (Sucher), die sich in den kleinen Minen betätigten, das ausgedehnte Reservoir an Arbeitslosen, die große Anzahl der Lumpenproletarier, von denen es in den Bergwerken wimmelte, die Erscheinungen von Sklaverei, *tienda de raya* (dem Unternehmer gehörender Laden, in dem die Arbeiter gezwungen waren, sich zu hohen Preisen auf Kredit zu versorgen) und *mita* sowie die kulturelle Verschiedenheit der Arbeiter - all das macht es unmöglich, von einer Arbeiterklasse im modernen Sinne zu sprechen. Doch unterscheiden sich die Verhältnisse in den Arbeitergemeinschaften der Bergbauzentren nicht wesentlich von denen, die in vielen europäischen Ländern

28 Humboldt, Friedrich Alexander v., a. a. O., Bd. 1, S. 102.

29 Chávez Orozco, José Luis, a. a. O., S. 16.

30 Ebenda, S. 18.

31 Ebenda, S. 36.

32 Ebenda, S. 20 u. 56.

im 16., 17. und sogar im 18. Jahrhundert herrschten und in denen das Vorhandensein von Halbproletariern und von verschiedenen Formen und Graden des Zwangs typisch war.³³

Gegen Ende der Kolonialzeit befand sich der Bergbau in voller Expansion, beschäftigte eine beträchtliche Anzahl von Menschen und ließ imposante Vermögen entstehen. Seine Bewirtschaftung war vorwiegend kapitalistisch. Wie erklärt sich dann, daß es ihm nicht gelang, seine Dynamik der restlichen Wirtschaft zu vermitteln und deren kapitalistische Umwälzung zu fördern?

Der wichtigste Grund lag in der kolonialen Struktur des Bergbaus. Zu jener Zeit bezog die spanische Krone ein Sechstel ihres Einkommens aus Neuspanien.³⁴ Mexiko allein zahlte jedes Jahr auf das königliche Konto 8 oder 9 Millionen Peso, ohne eine Gegenleistung zu erhalten.³⁵ Ein großer Teil dieses Kolonialtributs kam aus dem Bergbau. Aus dieser Quelle flossen jährlich 7 der 20 Millionen Peso Steuern. Hinzu kamen beträchtliche Privatpenden der großen Grubenbesitzer sowie die, zu denen sich das Berggericht verpflichtet sah. Im Laufe von zwanzig Jahren erhielt die Krone von dieser Institution in der einen oder anderen Form 4,5 Millionen Peso.³⁶ Fausto de Elhuyar vermerkte 1813, daß die Einkünfte des Tribunals "mehr der Regierung als dem Wohl der Bergleute, wie diese gehofft hatten, gedient haben."³⁷

Obgleich Neuspanien der größte Silberproduzent war, mangelte es häufig an Umlaufmitteln. Das erschwerte den Handel und verhinderte die Akkumulation von in Kapital verwandelbarem Geldvermögen. Der Bergbau hatte nicht den revolutionierenden Effekt, den die Textilindustrie in England ausübte. Im Gegenteil, es erleichterte die koloniale Enteignung des Überschusses, der in anderen Wirtschaftszweigen, selbst in den der Befriedigung des Eigenbedarfs dienenden, erzeugt wurde.

Trotz der Verbreitung des Bergbaus in den mittleren und nördlichen Landesteilen gab es nur sehr wenige große Zentren. Ein Dutzend Lager lieferte über die Hälfte des Silbers. In einem einzigen Bezirk (Guanajuato) lebten 30 Prozent der Bergarbeiter. Die kleineren Minen boten ein von dem der großen Zentren erheblich unterschiedliches Bild. Viele Arbeiter in ersteren hatten ihre landwirtschaftliche Beschäftigung nur vorübergehend verlassen. Wenn das Quecksilber knapp wurde, kehrten sie zur Landwirtschaft oder Viehzucht zurück. Die niedrige Rentabilität und der sporadische Produktionsablauf verhinderten die Bildung eines stabilen Marktes für andere Waren.

Technisch gesehen, war der mexikanische Bergbau äußerst rückständig. Die wiederholten Bemühungen, ausländische Techniker anzuwerben, Dampfmaschinen einzuführen, das Aufbereitungsverfahren zu modernisieren und die Bauarbeiten zu rationalisieren, scheiterten zumeist. Die grundherrschaftliche Haltung der Besitzer und die geringe Entlohnung der Arbeiter erschwerten die technische Entwicklung.

33 "In Flandern und in Frankreich (und dasselbe gilt für Deutschland) war das 16. Jahrhundert ein Jahrhundert tiefen Elends und wachsender Arbeiterarmeen ... Die Arbeiter waren für lange Dienstzeiten gebunden, die sich oft über mehrere Jahre erstreckten, und wurden wie Fahnenflüchtige verfolgt, sollten sie ihre Stellungen verlassen... 'Vagabunden' wurden systematisch in Holland und Frankreich organisiert, um die Mannschaften zu versorgen... Zwangsrekrutierungen von Arbeitskräften wurden häufig für privilegierte Unternehmen aller Art unternommen..." (Dobb, Maurice, Studies in the Development of Capitalism, London 1967, S. 234 f.)

34 Fisher, Lilian, a. a. O., S. 198.

35 Humboldt, Friedrich Alexander v., a. a. O., Bd. 5, S. 2.

36 Howe, Walter, a. a. O., S. 368.

37 Ebenda, S. 383.

Wohl blieben die Bergwerke - wie im 16. Jahrhundert - ein wichtiger Markt für herkömmliche pflanzliche und viehwirtschaftliche Erzeugnisse: Leder für die Geschirre, Holz für das Bauwesen, Korn für die Tiere, Nahrungsmittel für die Menschen. Doch erreichten sie nie eine große Bedeutung als Märkte für Kupfer, Eisen und Stahl, Dampfmaschinen, Baumaterialien, moderne Arbeitsmittel usw., die wichtige Grundlagen für die industrielle Entwicklung hätten schaffen können. Wo das geschah, wurde die Entstehung neuer Industrien durch koloniale Verbote und Einfuhren unterbunden.

Um die Schwierigkeiten, die einer entsprechenden industriellen Ausnutzung der durch den Bergbau eröffneten Möglichkeiten im Wege standen, zu verstehen, ist zu bedenken, daß weder die Industrie noch die Gewinnung von industriellen Metallen an dem Aufschwung gegen Ende der Kolonialzeit teilhatten.

Die "Freihandelsverordnungen" und der zunehmende Schmuggel mit französischen und englischen Waren bedeuteten einen schweren Schlag für das Handwerk und die Manufakturen, denen es gelungen war, die kolonialen Behinderungen zu überleben. Es bestehen genügend Gründe für die Ansicht, daß der "spanisch-amerikanischen Manufakturkrise", wie sie Kossok nannte, auch Neuspanien verfallen war.³⁸

Infolge der napoleonischen Kriege wurden von der spanischen Regierung im Dezember 1804 neutrale Kaufleute ermächtigt, Waren aller Art ausnahmslos nach Veracruz zu verschiffen. Auf diese Weise wurde der Hafen nicht nur für die Einfuhr von Luxusartikeln, sondern auch für Waren, die mit einheimischen Erzeugnissen konkurrierten, geöffnet. Die Importverzeichnisse von Veracruz weisen zum Beispiel aus, daß billige Baumwollstoffe vorherrschten. Außerdem besitzen wir aus dem Jahr 1802 einen Bericht aus Yucatán, in dem es heißt, daß die Landfrauen des Gebietes "sich früher mit Spinnen und Tuchweben beschäftigten; diese wenige Arbeit ... ist nahezu vollständig in Vergessenheit geraten, seitdem wir von ausländischen Baumwollstoffen überschwemmt wurden."³⁹

Koloniale Fesseln, technischer Rückstand und die Schwierigkeiten anderer Gewerbebezüge verhinderten, daß sich der Aufschwung im Bergbau tiefer auf die Wirtschaft des Landes auswirkte.

Humboldt war von den Fortschritten der Landwirtschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts so beeindruckt, daß er sie für noch größer als die des Bergbaus hielt.⁴⁰ Tatsächlich war die Steigerung der Produktion bedeutend. Im Erzbistum Mexiko wuchs der Zehnt - eine ungefähre Kennziffer der Agrarproduktion - von 1771 bis 1790 von 302 000 auf 724 000 Peso, in Puebla von 1760 bis 1789 von 289 000 auf 342 000, in Guadalajara von 188 000 (Durchschnitt 1769 bis 1779) auf 257 000 (1779 bis 1789) und in Michoacán von 1770 bis 1789 von 253 000 auf 348 000 Peso.⁴¹ Gleichzeitig erhöhten sich die Ausfuhren von Zucker, Baumwolle, Weizenmehl usw. Doch bestehen gute Gründe, anzunehmen, daß sich dieser landwirt-

38 Kossok, Manfred, El Virreynato del Río de la Plata (Das Vizekönigtum am Río de la Plata), Buenos Aires 1959, S. 122.

39 Estado de la industria, comercio y educación de la provincia de Yucatán en 1803 y causas de la pobreza de Yucatán en 1821 (Statistik der Gewerbe, des Handels und der Erziehung in der Provinz Yucatán von 1803 und die Ursachen der Armut in Yucatán 1821) (im folgenden: Estado), Mérida/Yucatán 1955.

40 Humboldt, Friedrich Alexander v., a. a. O., Bd. 3, S. 174.

41 Chevalier, François, Les grands domaines du Mexique du XVI au début du XIX siècle, in: Première Conférence Internationale d'histoire économique, Paris/Den Haag 1960, S. 405.

schaftliche Aufschwung mehr im Zentrum des Landes als in den nördlichen und südlichen Provinzen fühlbar machte.

Die Landwirtschaft Neuspaniens war fast ausschließlich auf die Befriedigung der Bedürfnisse des Landes ausgerichtet. Ihre Struktur unterschied sich wesentlich von der für den Anbau von "Kolonialwaren" bestimmten in Westindien und Brasilien. Die Entwicklung der mexikanischen Landwirtschaft wurde nicht von den Preisschwankungen dieser Produkte auf dem europäischen Markt in Mitleidenschaft gezogen.

Der landwirtschaftliche Aufschwung in jener Zeit ist hauptsächlich auf drei Faktoren zurückzuführen: das explosive Wachstum der Bevölkerung⁴², die Vergrößerung des inneren Marktes in den Bergbaugebieten und Städten sowie die Zunahme der landwirtschaftlichen Investitionen⁴³.

Dank der vorhandenen riesigen ungenutzten anbaufähigen Ländereien konnte die Anbaufläche ausgedehnt werden. Da Neuspanien ein Land war, in dem es "keine Ländereien ohne Herrn" gab, trug diese Erweiterung dazu bei, die Grundrenten zu erhöhen und Kredite anzuziehen. Die Kirche, die kaum Geld an Bergwerke lieh, legte Riesensummen in Landgütern an.

Diese Faktoren bewirkten, daß sich die Produktivkräfte in der Landwirtschaft sogar stärker als im Bergbau entwickelten, nicht so sehr durch die Technik, sondern vielmehr durch neue Anbauflächen und in den dichter besiedelten Gebieten durch Bewässerungsanlagen und neue Methoden der zentralen Arbeitsorganisation.

Gegen Ende der Kolonialzeit gab es zwei Hauptformen landwirtschaftlicher Betriebe: die Hacienda und die indianische Dorfgemeinschaft. Eine weitere für Lateinamerika sehr typische Institution, die Plantage, erschien erst sieben oder acht Jahrzehnte später.

Die zeitgenössischen Aussagen von Revillagigedo, Abad y Queipo und Humboldt, die zahllosen Dokumente der Eingeborenen, die die Rückgabe bereits eingezogener Ländereien forderten, die gegen die Latifundien gerichteten Proteste von Reformatoren wie der Mönche Antonio de San Miguel und Antonio A. de Morfi, die nicht nur eine besonders skandalöse Enteignung, sondern das System des Großgrundbesitzes angriffen - all dies läßt keinen Zweifel an einer wesentlichen Tatsache: Der bei weitem größte Teil des Landes befand sich bereits im Privatbesitz einer Handvoll mächtiger Familien.

Der Bevölkerungszuwachs in den ihres Landes beraubten indianischen Dorfgemeinschaften beschleunigte deren Auflösung oder die Unterwerfung unter die Hacienda. Anfang des 18. Jahrhunderts war die *encomienda* bereits ausgestorben, und gegen Ende des Jahrhunderts befand sich das *repartimiento* in völligem Zerfall. Diese Institutionen wurden

42 Die Bevölkerung betrug 1,7 Millionen 1646 und 2,5 Millionen 1742. 64 Jahre später erreichte sie 5,8 Millionen. In etwas über einem halben Jahrhundert hatte sie sich mehr als verdoppelt.

43 Vizekönig Revillagigedo stellte 1793 mit Genugtuung fest, daß die großen Kaufleute dank der Befreiung des Handels von dort "ihre Gelder rechtzeitig zurückgezogen und in der Landwirtschaft, in Hypotheken mit festem Zinsfuß und auch in Gruben investiert haben." (Vgl. Chávez Orozco, José Luis, Publicaciones del Banco Nacional de Crédito Agrícola y Ganadero S. A. [Veröffentlichungen der Banco Nacional de Crédito Agrícola y Ganadero S. A.], Bd. 10, Mexiko-Stadt 1955.) "Trotz der Hindernisse, welche die Kultur des Bodens auf allen Seiten einschränken, hat dieser in den letzten Zeiten doch um so ansehnlichere Fortschritte gemacht, da ungeheure Kapitalien von Familien, die sich entweder in dem Handel von Veracruz und Acapulco oder durch Ausbeutung der Bergwerke bereichert haben, in Ländereien gesteckt worden sind." (Humboldt, Friedrich Alexander v., a. a. O., Bd. 3, S. 164.)

durch die Hacienda sowohl als Eigentumsform wie auch als Verwaltungsorgan ersetzt. Der auf den Eingeborensiedlungen basierende Begriff der *cabeceira* (Hauptort des Kreises) weicht dem der Hacienda, die sich für Regierungszwecke in die oberste Verwaltungsgemeinde verwandelt, was die tatsächliche Situation widerspiegelt. Nach den Berechnungen von Abad y Queipo besaßen die Eingeborenen zu jener Zeit nur 15 Prozent des Landes.⁴⁴

Die Gründung der Hacienda war mit dem Entstehen einer Armee von freien oder halbfreien Arbeitern verbunden. Das in Europa im Spätfeudalismus so verbreitete Landstreichtum trat auch in Mexiko vom 16. Jahrhundert an in Erscheinung. Gegen Ende der Kolonialzeit nahm es solche Ausmaße an, daß jedes politische oder wirtschaftliche Dokument irgendeinen Vorschlag enthält, wie diese "öffentliche Seuche" ausgerottet werden könnte. Zum Beispiel schlug der Erzbischof von Guadalajara die Lösung vor, "Werkstätten für die Ausbildung, Bestrafung und zwangsmäßige Beschäftigung der Arbeitslosen zu bauen ..."⁴⁵

Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts war die Mehrheit der enteigneten Eingeborenen auf die Stufe von *peones* (Schuldsklaven) hinabgesunken, Arbeiter, die infolge ihrer Verschuldung an die Hacienda gefesselt waren. Gegen Ende der Kolonialzeit wurden unter Einwirkung der oben erwähnten Faktoren zwei Entwicklungstendenzen sichtbar. In einigen großen Bergbauzentren, die reichlich über bewässerte Ländereien verfügten und in denen ein stabiler und wachsender Markt für Agrarprodukte sowie eine scharfe Konkurrenz um Arbeitskräfte bestand, nahm die *Peonaje* (Schuldknechtschaft) zu. Doch in der Mehrzahl der übrigen dicht besiedelten Gebiete neigte man immer mehr dazu, die Bewirtschaftung der Hacienda auf die Arbeit von freien Arbeitern zu gründen, die, ohne jegliche Sklavenbindungen und ohne ihre Dorfgemeinschaften vollständig zu verlassen, ihre Arbeitskraft saisonmäßig verdingten. Nicht zufällig schätzte Humboldt die Freiheit der mexikanischen Eingeborenen günstig für sie ein im Vergleich zu den Fesseln der Leibeigenschaft, die in Osteuropa bestanden. Diese beiden Entwicklungslinien sind in folgender Tabelle zu erkennen, die das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Dorfindianern und den in den Haciendas tätigen Arbeitern, hier mit den "Vagabunden" (Personen, die nicht zur Dorfgemeinschaft gehörten) zusammengezählt, wiedergibt. Letztere Kategorie war verhältnismäßig größer in den Bergbaugebieten von Guanajuato, Potosí und Zacatecas.

"Die gegenwärtigen Kenntnisse über das Tal (von Mexiko) deuten an", schrieb Gibson, "daß gegen Ende der Kolonialzeit weniger als die Hälfte der Arbeiter auf den Haciendas von der Schuldknechtschaft betroffen war und daß die Mehrheit von ihnen Schulden in Höhe ihres Lohnes für drei Wochen oder weniger hatte."⁴⁶

In vielen Teilen des Landes erfuhr die halbfeudale Hacienda des beginnenden 18. Jahrhunderts auf diese Weise gegen Ende der Kolonialzeit grundlegende Veränderungen. Der außerökonomische Zwang wich dem ökonomischen: Der Produzent war von seinem Hauptproduktionsmittel enteignet worden und sah sich gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um ein Mindesteinkommen zu erreichen. Jedoch ist klar, daß die Mechanismen des außerökonomischen Zwangs nur auf einen Teil der Hacienda-Arbeiter angewandt wurden.

Dieser zweite Weg hatte jedoch keinen Erfolg. Die ökonomischen Auswirkungen der Bürgerkriege in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der vorübergehende Sieg der reaktionären Kräfte förderten einen Prozeß, der zumindest in der Landwirtschaft als ein "feudaler Rückfall" angesehen werden kann.

44 Fisher, Lilian, a. a. O., S. 164.

45 Ebenda, S. 53.

46 Gibson, Charles, *The Aztecs under Spanish rule*, Stanford, California, 1964, S. 334.

Provinz	Dorfindianer	Indianische Landarbeiter und "Vagabunden"
Mexiko	982 621	13 554
Puebla	459 360	3 095
Veracruz	132 721	5 053
Oaxaca	396 545	3 071
Valladolid	98 810	30 141
Guanajuato	76 852	164 879
Potosí	58 738	30 221
Guadalajara	117 582	1 397
Zacatecas	25 653	15 219
Arizpe	8 562	-
Mérida	299 027	2 288

+ Archivo Histórico de Hacienda 1806, S. 119, AGN.

Vorbereiter und Teilnehmer der mexikanischen Revolution von 1910 bis 1917 bezogen das Studium der Zustände in der Hacienda in das soziale Gedankengut Mexikos ein. Dieses Bild der dekadenten und anachronistischen Hacienda gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde lange Zeit mechanisch auf die Vergangenheit übertragen. Doch wie alle Institutionen besitzt die Hacienda ihre Geschichte.

Die Hacienda stellt das Latifundium, den mexikanischen Großgrundbesitz dar. Indessen ist der Begriff nicht eindeutig klar im ökonomischen Sinne. Die innere Ordnung der Hacienda weist zahlreiche Varianten auf, und ihre historische Entwicklung war äußerst bewegt. Gegen Ende der Kolonialzeit verkörperte ein bestimmter Typ der Hacienda einen Fortschritt der Produktionsverhältnisse, verglichen mit den von ihr verdrängten Institutionen der indianischen Dorfgemeinschaft, der *encomienda* und der *mita*. In anderen Gebieten, in denen das Hacienda-System die Ausdehnung der Nutzfläche hemmte, bildete es bereits den Gegenstand berechtigter Kritik all derer, die an der Entwicklung der Landwirtschaft interessiert waren.

In den dichter besiedelten Gebieten entwickelte sich die Getreide-Hacienda mit großen bewässerten Flächen und zentraler Arbeitsorganisation. Der Anteil des verpachteten Landes hing von seiner Qualität und der Entfernung zum Markt ab. Die Arbeiterschaft war gemischt: ansässige *peones*, freie Tagelöhner, durch außerökonomischen Zwang gebundene oder freie Pächter.

Der Aufschwung gegen Ende der Kolonialzeit verschärfte die ungleichmäßige Entwicklung der Hacienda und führte zu einer verworrenen Mannigfaltigkeit ihrer inneren wirtschaftlichen Ordnung. Im Norden verließen das Fehlen sesshafter Eingeborengemeinschaften und die Viehzucht den Hacienda-Arbeitern den Charakter von "Männern zu Pferde", deren Tatkraft und Unabhängigkeit von ihren Zeitgenossen gefeiert wurde. Ihre Arbeitsbedingungen unterlagen weniger dem Zwang als solche im landwirtschaftlichen Zentrum des Landes. Schuldknechtschaft war nicht häufig; Einschränkungen der Bewegungsfreiheit waren nahezu unbekannt. Der Dienst, der dem Hacienda-Besitzer geleistet wurde, bestand hauptsächlich in der Teilnahme an der saisongebundenen Viehwirtschaft und den Kämpfen gegen die *No-maden*.⁴⁷

47 Chevalier, François, *Survivances Seigneuriales et Presages de la Révolution Agricole*

Es gibt keinen Anlaß, anzunehmen, daß die Landwirtschaft des Nordens am Aufschwung teilhatte. Im Gegenteil, die vorhandenen Zeugnisse bekunden eine Verschlechterung der Lage, verglichen mit der in Gebieten mit einer stärkeren Entwicklung der Industrie, des Handels und des Bergbaus. Der Norden verkaufte seine Rohstoffe billig, und sie kamen als Fertigwaren oder Einführen zu hohen Preisen zurück.⁴⁸

Hinzu kam, daß sich die Überfälle der nomadischen Indianer verschärften und die Kolonialisierung erschwerten; die Isolierung und der autarke Charakter der großen Güter wuchsen, und die militär-grundherrschaftliche Rolle des Hacienda-Besitzers und seiner bewaffneten Leute festigte sich.⁴⁹

All das erklärt den langsamen Fortschritt der Produktion, das Fehlen einer kräftigen Mittelklasse - wie sie im Bajfo und im Zentrum des Landes entstand - und die geringe Beteiligung des Gebietes am Aufbau der gesellschaftlichen Kräfte, die während der Unabhängigkeitsrevolution für eine tiefgehende Veränderung der Gesellschaft kämpften. Ein Jahrhundert später war die Situation umgekehrt: Der Norden bildete eine reiche Quelle revolutionärer Kräfte, während das Gebiet von El Bajfo eine weniger entscheidende Rolle spielte.

Ein anderes Bild boten der Süden und die am Golf von Mexiko gelegenen Gebiete. Hier bestand nicht der Ansporn des Bergbaus und der Städte. Der Urwald zusammen mit dem Gebirge behinderten den Verkehr. Infolgedessen ging der Auflösungsprozeß der indianischen Dorfgemeinschaft viel langsamer vor sich. Tausendjährige Produktionsmethoden blieben erhalten. Die Selbstversorgungswirtschaft überwog. Ein zeitgenössischer Zeuge aus Yucatán beurteilte 1902 das Verhältnis zwischen warenproduzierender und der nur den eigenen Bedarf deckender Landwirtschaft mit folgenden Worten: "In Yucatán existieren zwei Klassen von Bauern oder Landwirten; eine setzt sich aus jenen zusammen, die sich mit Spekulations- oder Gewinnzielen der Landwirtschaft widmen, die andere aus denen, die das Land bearbeiten, weil sie ihren notwendigen Unterhalt bestreiten müssen und weil sie nicht die Mittel besitzen, sich das Nötige zu kaufen; die ersteren sind zahlreicher als die letzteren."⁵⁰

Unter solchen Umständen entstand in Mexiko ebenso wie in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern eine ganz besondere Art von Latifundium. Riesige Flächen tropischer oder subtropischer Gebiete wurden von Bauern besiedelt, die auf kleinen Parzellen fast ausschließlich für ihren Eigenbedarf produzierten. Die Parzellen lagen außerordentlich weit verstreut. Es gab nur eine geringe oder keine Rente. Der Bauer war mit dem Grundbesitzer durch die sporadische Hilfe, die er ihm im Viehbetrieb oder Ackerbau und bei Unternehmungen politischer oder militärischer Art leistete, liiert. Für diese Dienste erhielt er kleine Barzahlungen. Das Betriebssystem der Hacienda war technisch außergewöhnlich rückständig und auf Selbstversorgung ausgerichtet; gelegentlich war das Latifundium mehr oder minder mit einem Markt verbunden, variierend je nach Gebiet und Zeitraum. Diese Haciendas knüpften ausbeuterische Beziehungen zu den indianischen Dorfgemeinschaften an, über die ein zeitgenössisches Dokument aus Veracruz, das sich mit der Hacienda von Santa Ana Chiltepeque befaßt, Auskunft gibt: "Indianer aus Santiago de Chopa und andere aus der Provinz Oaxaca kommen mit ihrem Gouverneur und Seelsorger oder dem Vikar, um Mais und Baumwolle in der Gegend von Chiltepeque anzubauen. In beiden

dans le Nord du Mexique, in: *Revue Historique*, Bd. 222/1959, S. 1 - 19.

48 Siehe den Bericht, den Miguel Ramos Arizpe den Cortes im Jahre 1812 unterbreitete, in *Ramos Arizpe, Miguel, Discursos, Memorias e Informes* (Reden, Denkschriften und Berichte), Mexiko-Stadt 1942.

49 *Chevalier, François, Survivances Seigneuriales et Presages de la Révolution Agraire dans le Nord du Mexique*, a. a. O., S. 8.

50 *Estado*, a. a. O., S. 101.

Kulturen erzielen sie äußerst reiche Ernten. Nachdem sie den für ihren Verbrauch benötigten Mais zurückgelegt haben, wird der größte Teil aus Mangel an Käufern verorant oder weggeworfen; von der Baumwolle führen sie viel nach ihren Dörfern ... und auch nach Oaxaca aus, und den erheblichen Restbestand verkaufen sie zu einem sehr guten Preis an einige Kaufleute, die sie mit Silber, Seife, Wein, Branntwein, Brot und gewöhnlichem Tuch auf ihren Äckern besuchen ...⁵¹

Der Mangel an Verkehrswegen und folglich an Möglichkeiten, einen bedeutenden Teil des Produkts umzusetzen, schränkte die Rente ein, die der abwesende Grundbesitzer, der nur an der Geldrente interessiert war, verlangen konnte und linderte die Ausbeutung. Wahrscheinlich holte der Händler, der seine Waren trotz großer Schwierigkeiten heranschaffte, mehr Geld aus den Eingeborenen heraus als der Grundbesitzer.

Kennzeichnend für diese Hacienda ist die Ausbeutung der indianischen Dorfgemeinschaft und anderer archaischer Selbstversorgungseinheiten.

Diese Art Latifundien ist nur in einem Milieu möglich, das sich durch geringe Bevölkerungsdichte, großen Reichtum an Neuland und äußerst mangelhafte Verkehrswege auszeichnet. In Europa war es bereits vom 13. Jahrhundert an sehr schwierig, der landwirtschaftlichen Kultur neuen Boden zu eröffnen. Nur unter großen Kosten konnte er dem Meer oder den Mooren und Sümpfen abgerungen werden. Das Anwachsen der Bevölkerung und des Marktes führte im allgemeinen zur intensiven Entwicklung der Landwirtschaft und der Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Die enormen Neulandflächen in Mexiko hingegen ermöglichten der altüberlieferten Gemeinschaft, sich immer dann, wenn die Entwicklung ihre Existenz bedrohte, in Grenzgebiete zurückzuziehen, ohne ihre tausendjährigen Produktionsmethoden aufzugeben. Infolge dieser Umstände widerstand die indianische Dorfgemeinschaft der Ausbreitung der Haciendas im 17. Jahrhundert und Anfang des 18. Jahrhunderts, der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in bestimmten Gebieten (Bajfo, Mexiko, Guadalupe, Valladolid) gegen Ende der Kolonialzeit, den Enteignungsgesetzen der Reform, den "Grenzscheidungen" der Porfirio-Díaz-Epoche und sogar der Landreform in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts. Die indianischen Dorfgemeinschaften verlassen die historische Bühne erst unter der Wirkung einer tiefgehenden und umfassenden industriellen Revolution.

Die Vorherrschaft dieser Hacienda, die wir als "extensiv" bezeichnen könnten, im größten Teil Neuspaniens bremste den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft und beschränkte in noch höherem Maße die umwälzende Rolle des aufstrebenden Bergbaus.

(Übersetzt von Gerhard B. Hagelberg)

⁵¹ Relaciones estadísticas de Nueva España de principios de siglo XIX (Statistiken aus Neuspanien zu Beginn des 19. Jahrhunderts), in: Archivo Histórico de Hacienda, Mexiko-Stadt 1944, S. 46.

ZUR GESCHICHTE DER STAATLICHEN LANDWIRTSCHAFTSVERWALTUNG DES ZARISTISCHEN RUSSLANDS

von G. M. Gorfejn

Der vorliegende Artikel behandelt die Organisationsgeschichte der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung des zaristischen Rußlands, und zwar hauptsächlich die Geschichte der Landwirtschaftsbehörde vom Zeitpunkt ihrer offiziellen Errichtung im Jahre 1894 an. Zu dieser Thematik liegen bisher noch keine Spezialuntersuchungen vor; dabei verdient sie durchaus unser Interesse, denn sie ist eng mit der umfassenderen Problematik der allgemeinen Geschichte der zaristischen Agrarpolitik verbunden, die ihrerseits von der sowjetischen Forschung bereits im wesentlichen untersucht ist.

Nach der Bauernreform im Jahre 1861 betrat Rußland endgültig den Weg der kapitalistischen Entwicklung, und eine seiner wesentlichsten Aufgaben bestand nun darin, Bestandteil des Weltwirtschaftssystems zu werden; Rußland mußte darin den Platz einnehmen, der ihm nicht nur in Anbetracht seines großen Territoriums, seiner unerschöpflichen Reichtümer und seiner großen Bevölkerung, sondern auch aufgrund der bedeutenden Rolle zukam, die es während des ganzen 19. Jahrhunderts im politischen Leben der Welt spielte. Die Tatsache jedoch, daß das Land verspätet den Weg der kapitalistischen Entwicklung einschlug, die vor allem in der Landwirtschaft reichlich vorhandenen Leibeigenschaftsüberreste, der niedrige Lebensstandard des Hauptteils der Bevölkerung, die ungenügende Kapitalakkumulation und der allgemein niedrige Stand der technischen Entwicklung - dies alles führte dazu, daß Rußland in ökonomischer Hinsicht unter den kapitalistischen Ländern mit an letzter Stelle rangierte und auf dem Weltmarkt nicht erfolgreich konkurrieren konnte.

Um seine nationale Unabhängigkeit und seine ökonomische Selbständigkeit bewahren zu können, mußte Rußland mit allen Kräften bestrebt sein, ein eigenes, selbständiges, nationales kapitalistisches Wirtschaftssystem aufzubauen; infolge Kapitalmangels, schwach entwickelter Technik und geringer Arbeitsproduktivität vermochte der russische Kapitalismus dieses Ziel jedoch nicht ohne besondere staatliche Schutzmaßnahmen zu erreichen. Die Wirtschaftspolitik des Zarismus war nach der Reform daher im wesentlichen auf den Schutz der kapitalistischen Industrie ausgerichtet, wobei sie jedoch nicht selten in Widerspruch zur grundlegenden Klassenpolitik der Selbstherrschaft geriet, deren Ziel die allseitige Verteidigung der Interessen des grundbesitzenden Adels war.

Rußland blieb dabei auch weiterhin eines der wichtigsten Agrarländer der Welt, und in der Zeit der intensiven Entwicklung kapitalistischer Beziehungen fiel seiner Landwirtschaft die sehr wichtige Rolle eines grundlegenden Rohstofflieferanten für die sich rasch entwickelnde einheimische Industrie zu; gleichzeitig war sie die Hauptquelle des russischen Exports auf dem Weltmarkt. Gerade in der Landwirtschaft aber waren die Überreste der Leibeigenschaft noch besonders zahlreich und wirksam, so daß Rußland in bezug auf die landwirtschaftliche Produktivität weiterhin mit an letzter Stelle unter den kapitalistischen Ländern rangierte. In Regierungskreisen war man sich klar darüber, daß ohne eine entschiedene Hebung des Niveaus der Landwirtschaft keine ernsthaften ökonomischen und politischen Erfolge

ge errungen werden konnten. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang der Auftrag, den A. S. Ermolov von Alexander III. bei seiner Ernennung zum Minister für Landwirtschaft und Staatsgüter erhielt; die allgemeinen Voraussetzungen für die Entwicklung der Landwirtschaft in Rußland zu schaffen. Dabei förderte gerade die Agrarpolitik des Zarismus das Fortbestehen eben jener Überreste der Leibeigenschaft, die das stärkste Hindernis für die Entwicklung der Landwirtschaft darstellten, diente sie doch während der gesamten Periode nach der Reform im wesentlichen dem Ziel, den gutsherrlichen Grundbesitz unangestastet zu lassen.

Hauptinstrumente der Regierungspolitik Rußlands im 19. und 20. Jahrhundert waren die Ministerien; jedes von ihnen verwirklichte diese Politik auf seinem jeweiligen Gebiet durch nachgeordnete Instanzen. So umfaßte die Sphäre der staatlichen Verwaltung die wichtigsten Zweige des Wirtschaftslebens wie das Finanzwesen, die Industrie und den Handel. Demgegenüber wies die Landwirtschaft in der Periode nach der Reform jedoch eine Reihe Besonderheiten auf, die nicht nur die Organisation einer staatlichen Landwirtschaftsverwaltung außerordentlich komplizierten, sondern auch im System dieser Verwaltung zu erheblichen Widersprüchen führten, was sich seinerseits wiederum äußerst nachteilig auf die allgemeine Verwaltung der Landwirtschaft Rußlands auswirkte. Die wichtigste dieser Besonderheiten bestand darin, daß sich die Landwirtschaft Rußlands aus Millionen, über ein riesiges Territorium verstreuter Einzelwirtschaften zusammensetzte, die Vertretern antagonistischer Klassen gehörten und sich infolgedessen nach Ziel und Charakter der Produktion, nach ihrer Größe, ihrer technischen Ausstattung und ihren Bedürfnissen stark voneinander unterschieden.¹

Im Jahre 1837 wurde das Ministerium für Staatsgüter gebildet, das eine Reihe zentraler Einrichtungen schuf, aus denen in der Folgezeit die Landwirtschaftsbehörde hervorging.

Die Organisation dieses Ministeriums und seiner Nachfolger beruhte auf dem für alle Ministerien Rußlands gleichermaßen verbindlichen Prinzip höchster bürokratischer Zentralisation und strikter hierarchischer Einzelleitung. Das Ministerium für Staatsgüter erhielt die übliche, streng bürokratische Ministerialstruktur: An der Spitze stand der Minister, dem ein Stellvertreter und ein Rat beigeordnet waren; die eigentliche Arbeit des Ministeriums lag in den Händen der Kanzlei und einiger Departements, die sich aus Abteilungen zusammensetzten, welche ihrerseits wiederum in Referate unterteilt waren. Die Departements waren für die einzelnen Zuständigkeitsbereiche des Ministeriums verantwortlich, die Abteilungen für spezielle Fragen, die in die Kompetenz der Departements fielen. Departements und Abteilungen waren die praktischen Ausführungsorgane der Regierungspolitik. Dieses Organisationsschema der Landwirtschaftsbehörde bestand im wesentlichen bis zur Oktoberrevolution.

In allen Dokumenten der Staatsmacht, die das Statut der Landwirtschaftsbehörde in der Periode nach der Reform bestimmten, hieß es, ihre Hauptaufgabe sei die Flurbereinigung für die Hauptmasse der bäuerlichen Bevölkerung und die Fürsorge für die allgemeine Entwicklung der Landwirtschaft. Formal war die "Flurbereinigung" tatsächlich ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit der Landwirtschaftsbehörde. Gerade mit dieser Flurbereinigung, mit

1 Lenin macht in seiner Arbeit "Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts" (Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 70) folgende Angaben, die uns in den Grundzügen ein Bild von der russischen Landwirtschaft am Ende des 19. Jh. vermitteln: Von 13,03 Mill. Besitzungen entfielen 10,5 auf die ruinierte Bauernschaft, die der fronherrlichen Ausbeutung unterworfen war, 1,0 Mill. auf die der Mittelbauern, 1,5 Mill. auf die Dorfbourgeoisie und den kapitalistischen Bodenbesitz und 0,03 Mill. auf fronherrliche Latifundien.

den Veränderungen ihrer Tendenzen und Formen waren auch die Veränderungen in der Organisationsstruktur der Landwirtschaftsbehörde in erster Linie verknüpft. Das eigentliche Ziel, der Sinn aller auf diesem Gebiet getroffenen Maßnahmen, blieb jedoch stets das Bestreben, den Grundeigentümern zu helfen. Das Ziel der Stolypinschen Agrarpolitik, deren Hauptinstrument die Landwirtschaftsbehörde mit ihrer ausgedehnten Aktivität auf dem Gebiet der Flurbereinigung und der Bauernumsiedlung war, bestand letzten Endes darin, durch Umverteilung des Bodens unter den Bauern und Befriedigung der Landansprüche der Kulaken diese zur Stütze des Zarismus auf dem Dorf zu machen und den gutsherrlichen Grundbesitz zu retten.² W. I. Lenin schrieb, daß damit "das letzte Ventil geöffnet wurde, das man öffnen konnte, ohne den ganzen gutsherrlichen Grundbesitz zu enteignen".³ Neben dieser mehr oder weniger verschleierte Unterstützung der Gutsbesitzerinteressen ergriff die Landwirtschaftsbehörde noch eine Vielzahl weiterer Maßnahmen, die ganz unverschleiert, direkt und unmittelbar den Gutsbesitzerinteressen dienten. So wirkte sie als Institution, die über den staatlichen Bodenfonds verfügte, aktiv daran mit, den Adel zu sehr günstigen Preisen oder auf dem Wege "allerhöchster Schenkung" in den Besitz von Staatsländereien zu bringen; ebenso war sie der Adelsbank und der Bauernbank "behilflich", den Grundeigentümern zu äußerst vorteilhaften Bedingungen Ländereien abzukaufen. Gleichzeitig ergriff sie auch einige Maßnahmen, die unmittelbar bei der Entwicklung der Landwirtschaft dienen sollten. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Förderung landwirtschaftlicher Neuerungen und ihre Popularisierung, Erleichterungen bei der Beschaffung von einheimischen und ausländischen Maschinen, von Ausrüstungen, Düngemitteln und Zuchtvieh (durch Kredite, Ratenzahlung und Pacht) sowie Stützungsmaßnahmen für den Absatz der Produktion. Hierbei spielten vor allem landwirtschaftliche Versuchsstationen⁴ und -gesellschaften⁵, aber auch die landwirtschaftliche Kooperation eine große Rolle.⁶ Daneben organisierten das Ministerium für Staatsgüter und seine Nachfolger ein ganzes System höherer, mittlerer und elementarer Bildungsstätten und wissenschaftlicher Einrichtungen, von denen eine ganze Reihe durch das Wirken hervorragender Gelehrter zu verdientem Ansehen gelangten. Trotz aller Bemühungen der zaristischen Regierung, Organisationsformen zu finden, die der Landwirtschaftsbehörde günstigere Bedingungen zur Verwirklichung ihrer

2 Mit der Stolypinschen Bodenreform, die die zaristische Regierung in der Zeit zwischen der Revolution von 1905/07 und dem Februar 1917 durchführte, befaßt sich die grundlegende Forschungsarbeit von Dubrovskij, S. M., *Stolypinskaja zemel'naja reforma* (Die Stolypinsche Bodenreform), Moskau 1963.

3 Lenin, W. I., *Das letzte Ventil*, in: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 239.

4 1913 gab es in Rußland 195 landwirtschaftliche Versuchsanstalten, darunter 53 staatliche - die übrigen gehörten landwirtschaftlichen Gesellschaften, Semstvos und anderen Institutionen. Alle wurden vom Ministerium subventioniert. (Vgl. Sbornik svedenij o sel'skochozjajstvennych opytnych učreždenijach Rossii [Materialsammlung über die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten Rußlands], 2. Lfg. Petersburg 1913, S. 65 - 69.)

5 Bis 1866 lag die Genehmigung zur Gründung landwirtschaftlicher Gesellschaften beim Ministerkomitee, in der Zeit von 1866 bis 1894 beim Minister für Staatsgüter und seit 1894 beim zuständigen Gouverneur; von da an nahm ihre Zahl rasch zu. Es gab Gesellschaften in gesamtrossischem Maßstab und auch solche im Gouvernements- und Kreismaßstab. 1905 gab es in Rußland 843 landwirtschaftliche Gesellschaften, davon 594 allgemeine und 249 spezialisierte. (Vgl. Spisok sel'skochozjajstvennych obščestv, voznikšich v 1904 g. [Verzeichnis der 1904 entstandenen landwirtschaftlichen Gesellschaften], Petersburg 1905, S. V - VII.)

6 1915 gab es in Rußland 1829 kommerzielle landwirtschaftliche Gesellschaften und andere genossenschaftliche Organisationen. (Vgl. Central'nyj gosudarstvennyj istoričeskij arhiv SSSR [im folgenden: CGIA SSSR], F. 398, Verz. 75, Nr. 608, Bl. 1.)

Aufgaben geboten hätten, erwies sich das Ganze als Fehlschlag: Eine Landwirtschaftsbehörde im eigentlichen Sinne kam in Rußland nicht zustande. Dieses Endergebnis einer recht komplizierten Organisationsgeschichte war indessen kein Zufall: Es war bedingt durch das Fiasko der gesamten Agrarpolitik des Zarismus, in der das Organisationssystem der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung eine bedeutende Rolle spielte.

Der vorliegende Artikel stützt sich auf Gesetze und Dokumente zentraler Behörden des zaristischen Rußlands, die im Staatlichen Historischen Zentralarchiv der UdSSR (CGIA SSSR) in Leningrad aufbewahrt werden.⁷

1803 wurden innerhalb des Ministeriums für Innere Angelegenheiten zwei kleine Strukturteile gebildet - Sektionen, in deren Händen die Geschäftsführung auf dem Gebiet der "Versorgung des Staates mit lebenswichtigen Gütern" und der "Vervollkommnung des Ackerbaus im Staate" lag. In der Praxis lief diese Tätigkeit auf die Auszeichnung von Errungenschaften in der Landwirtschaft, die Sammlung von Angaben über Ernten und Preise für Getreide sowie die Regulierung des Getreideexports in Dürre Jahren hinaus. Innerhalb des Ministeriums für Innere Angelegenheiten gab es ferner eine "Lebensmittelabteilung" des Reiches, die der Bevölkerung (hauptsächlich den Bauern) bei Mißernten durch Einrichtung von Warenlagern und dergleichen und durch Vergabe von Krediten Hilfe gewährte.⁸ Die gesamte Tätigkeit des Ministeriums für Innere Angelegenheiten hatte auf diesem Gebiet (mit Ausnahme der "Lebensmittelabteilung") äußerst sporadischen Charakter und hielt sich in recht bescheidenem Rahmen; im wesentlichen war sie den Interessen des Adels untergeordnet. So wurden die Prämien für landwirtschaftliche Errungenschaften fast ausschließlich an Gutsbesitzer vergeben, und die Organisation von Warenlagern, die in erheblichem Maße durch Beiträge der Bauern selber unterhalten wurden, sowie die Gewährung von Anleihen dienten der Abzahlung bäuerlicher Verpflichtungen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren in Rußland die ersten, sehr bescheidenen Schritte zur Vorbereitung der Abschaffung des Leibeigenschaftsrechts getan worden (zum Beispiel durch den Ukas vom Jahre 1803 über freie Landwirte). Auch die Verwirklichung dieser Maßnahmen oblag dem Ministerium für Innere Angelegenheiten, das den Gutsbesitzern ausdrücklich zu verstehen gab, dies alles geschehe in ihrem Interesse.⁹

Durch ein Gesetz vom 2. Februar 1810 wurde das Finanzministerium mit der Verwaltung der Staatsbauern und ihrer Versorgung mit Land betraut (seit 1811 lag diese Aufgabe in den Händen des Departements für Staatsgüter).¹⁰

7 Bei Quellenverweisen auf Gesetzesurkunden und Archivadokumente in den Fußnoten werden folgende Abkürzungen und Sigel verwendet: PSZ - Polnye Sobranija Zakonov Rossijskoj Imperii (Vollständige Gesetzessammlung des Russischen Reiches), SU - Sobranie Uzakonenij i Rasporjaženij Pravitel'stva (Sammlung von Verordnungen und Verfügungen der Regierung), F. 23 - Bestand Ministerium für Handel und Gewerbe, F. 381 - Bestand Kanzlei des Ministeriums für Landwirtschaft, F. 398 - Bestand Landwirtschaftsdepartement des Ministeriums für Landwirtschaft, F. 911 - Bestand Vešnjakov, V. I., F. 1149 - Bestand Gesetzesdepartement des Staatsrats, F. 1276 - Bestand Ministerrat, F. 1278 - Bestand Staatsduma, F. 1284 - Bestand Departement für allgemeine Angelegenheiten des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, F. 1291 - Bestand Semstvoabteilung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten.

8 Varadinov, N., Istorija Ministerstva vnutrennich del (Die Geschichte des Ministeriums für Innere Angelegenheiten), T. 1, Petersburg 1858, S. 15 u. 17 sowie Anhang (Tabellen).

9 Ministerstvo vnutrennich del, 1802 - 1902 (Das Ministerium für Innere Angelegenheiten, 1802 - 1902), Petersburg 1902, S. 28.

10 Ministerstvo finansov. 1802 - 1902 (Das Finanzministerium, 1802 - 1902), Petersburg 1902, S. 157.

Im Zusammenhang mit der Hungersnot des Jahres 1833 wurde ein besonderes Komitee zur Verbesserung des Ackerbaus gebildet, an dessen Spitze einer der einflußreichsten Staatsbeamten jener Zeit stand - der Vertreter der Freien Ökonomischen Gesellschaft¹¹ Admiral N. S. Mordvinov. Das Komitee schlug vor, in Rußland die Funktion eines Hauptdirektors der landwirtschaftlichen Lehranstalten einzurichten; ihm sollte eine besondere Verwaltung beigeordnet werden, der alle Einrichtungen des landwirtschaftlichen Bereiches (landwirtschaftliche Gesellschaften, Lehranstalten usw.) unterstellt werden sollten. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, aus höchsten Würdenträgern des Reiches ein Komitee zu bilden, das eine Art "Oberster Hüter" der Entwicklung der Landwirtschaft des Landes sein sollte. Der Staatsrat, dem das Projekt unterbreitet wurde, sah von der Erörterung seiner Empfehlung ab, da er es für zweckmäßig hielt, die Frage der Organisation der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung nur zusammen mit der Frage der Organisation der Verwaltung der Staatsbauern und -güter zu lösen, die damals auf der Tagesordnung stand.¹²

Am 29. April 1836 wurde ein Gesetz über die Bildung der V. (provisorischen) Abteilung der Privatkanzlei (Otdelenie Sobstvennoj kanceljarii) des Zaren erlassen, die offiziell für die Sammlung und Aufbereitung aller Angaben und Vorschläge zur Verwaltung der Staatsbauern zuständig war.¹³ Faktisch wurde diese V. Abteilung entsprechend den Plänen der Regierung zu einem "Generalstab für Bauernangelegenheiten", wie Nikolai I. es hochtrabend formulierte: Im Laufe von zwanzig Jahren (bis zu ihrer Auflösung am 30. August 1856) gingen durch ihre Hände alle Projekte zur Bauernfrage.¹⁴ Zum Leiter der V. Abteilung wurde General P. D. Kiselev ernannt, der Alexander I. 1816 eine Denkschrift zur allmählichen Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaftsabhängigkeit unterbreitet hatte; er gehörte zu den aktiven Mitgliedern des Geheimkomitees für die Suche nach Mitteln und Wegen zur Verbesserung der Lage der Bauern verschiedener Kategorien im Jahre 1835.¹⁵ Die V. Abtei-

11 Eine der ältesten ökonomischen Gesellschaften der Welt und die erste Rußlands (gegründet 1765). Große Beachtung schenkte sie der Entwicklung der Landwirtschaft. Nach der Bauernreform des Jahres 1861 war sie eins der Zentren der ökonomischen Vorstellungen liberaler Gutsbesitzer und Angehöriger der Bourgeoisie. Sie sammelte umfassendes und mannigfaltiges wirtschaftsstatistisches Material vor allem zur Lage der Landwirtschaft und der Bauernschaft und organisierte eine Reihe wissenschaftlicher Expeditionen und Forschungen. Viele hervorragende Gelehrte Rußlands und auch des Auslands waren mit der Freien Ökonomischen Gesellschaft verbunden. Die zahlreichen Veröffentlichungen der Gesellschaft werden noch heute in hohem Maße von der Forschung verwendet.

12 CGIA SSSR, F. 398, Verz. 83, Nr. 4; Ikonnikov, V. S., Graf N. S. Mordvinov, Petersburg 1873, S. 507 - 510; Otčet po deloproizvodstvu Gosudarstvennogo soveta za sessiju 1893 - 1894 (Bericht über die administrative Tätigkeit des Staatsrats im Sitzungszeitraum 1893 - 1894), Bd. 1, Petersburg 1894, S. 204 f.

13 PSZ, T. 2, Bd. 11, Nr. 9119.

14 Družinin, N. M., Gosudarstvennye krest'jane i reforma P. D. Kiseleva (Die Staatsbauern und die Reform P. D. Kiselevs), Bd. 1, Moskau/Leningrad 1946, S. 296 - 298.

15 P. D. Kiselev (1788 - 1872), Graf, General, Teilnehmer des Vaterländischen Krieges 1812. Von 1837 bis 1856 Minister für Staatsgüter. Von diesem Posten wurde er unter dem Druck des reaktionären Adels abgelöst, der erkannte, daß die Reform Kiselevs die Abschaffung des Leibeigenschaftsrechts beschleunigen würde. Ein halbes Jahr nach der Verabschiedung Kiselevs wurde der Verfechter der Leibeigenschaft M. N. Muračev, der mit dem Beinamen "Henker" in die Geschichte eingegangen ist, mit diesem Amt betraut. Noch vor der eigentlichen Aufhebung des Leibeigenschaftsrechts war Muračev bestrebt, die Staatsbauern (die zur Kategorie der "freien Landbewohner" zählten) in eine Art Einzelbauern mit halbleibeigenschaftlicher Abhängigkeit zu verwandeln.

lung arbeitete Überlegungen zur Organisation der Verwaltung der Staatsbauern und -güter aus, die dann dem Gesetz vom 26. Dezember 1837 über die Bildung des Ministeriums für Staatsgüter zugrunde lagen.¹⁶ Nach dem Beschluß über die Bildung des neuen Ministeriums oblag diesem die "Verwaltung der Staatsgüter, die Fürsorge für die freien Landbewohner und die Leitung der Landwirtschaft". Wie N. M. Družinin schreibt, diente jede dieser Aufgaben einem ganz bestimmten politischen Zweck. Mit der ersten sollten Ansprüche feudaler Schichten auf Staatsländereien abgewehrt werden, während die zweite darauf gerichtet war, das System der feudalen Bevormundung zu erhalten und zu festigen, das unlösbar mit der Praxis des außerökonomischen Zwanges gegenüber der überwältigenden Masse der bäuerlichen Bevölkerung verbunden war. Über die dritte Aufgabe schreibt der erwähnte Verfasser: "Mit Mitteln der Staatskasse und mit Hilfe des Regierungsapparates sollten alle Zweige der Landwirtschaft vorangetrieben, die Erträge gesteigert und dadurch die Zahlungsfähigkeit der Hauptquellen des finanziellen Steueraufkommens gehoben werden; gleichzeitig wollte man durch eine allmähliche Umgestaltung der landwirtschaftlichen Technik die Voraussetzungen für eine unmerkliche Umgestaltung der Feudalbeziehungen schaffen. Die Leitung der Landwirtschaft, insbesondere die Einbeziehung von Privatütern in Marktbeziehungen, die mündliche und schriftliche Propagierung neuer agronomischer Methoden sowie die öffentliche Erörterung von Fragen der Dorfökonomik sollten ein Hebel sein, mit dessen Hilfe das Problem der Beseitigung der Sklaverei aufgeworfen und gelöst werden konnte."¹⁷

Innerhalb des Ministeriums für Staatsgüter wurden drei Departements und ein sogenanntes "wissenschaftliches Komitee" gebildet. Dem ersten und zweiten Departement oblagen die Verwaltung der Staatsgüter und die "Vormundschaft" über die Staatsbauern, während das dritte für die Entwicklung der Landwirtschaft zuständig war, das heißt für landwirtschaftliche Gesellschaften, Fachschulen, Musterwirtschaften, "auswärtige Beziehungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft", Erteilung von Lizenzen für Erfindungen und Verbesserungen, Verleihung von Auszeichnungen für landwirtschaftliche Errungenschaften, landwirtschaftliche Statistik, Binnenhandel mit Getreide und anderes. Es liegt auf der Hand, daß all diese Maßnahmen hauptsächlich für die Gutswirtschaften, in gewissem Maße auch für die Wirtschaften der Staatsbauern von Belang sein konnten, jedoch in keiner Weise für die Wirtschaften der Gutsbauern. Von 1845 an trug das dritte Departement des Ministeriums für Staatsgüter die Bezeichnung Landwirtschaftsdepartement. Das "wissenschaftliche Komitee" hatte die Aufgabe, Fachbücher zu begutachten, mit Gelehrten des In- und Auslandes, Landwirten und Gesellschaften zu korrespondieren, Material über die "Staatswirtschaft" im Ausland zu sammeln und anderes mehr.

Am 30. April 1838 wurde ein Gesetz über die örtlichen Organe des Ministeriums - Kammern und Kreisverwaltungen der Staatsgüter - verabschiedet.¹⁸ Die ersten bestanden im Gouvernementsmaßstab, die zweiten im Rayonmaßstab. Das Studium beider Gesetzestexte (von 1837 und 1838) läßt erkennen, daß das neue Ministerium durch die Gesetzgebung durchaus nicht in gleichem Maße und in gleicher Form zur Beschäftigung mit der Landwirtschaft und zur "Vormundschaft" über die Staatsbauern verpflichtet wurde. Von der ersten Aufgabe war nur in dem Text vom Jahre 1837 die Rede, und dies zudem in sehr allgemeiner und recht unverbindlicher Form. Dafür war der "Vormundschaft" fast der ganze sehr umfangreiche (250 Seiten umfassende) detaillierte Gesetzestext vom Jahre 1838 gewidmet, der alle Lebens- und Arbeitsgebiete der Staatsbauern bis in die letzte Einzelheit reglementierte.

16 PSZ, T. 2, Bd. 12, Nr. 10834.

17 Družinin, N. M., a. a. O., S. 521 - 523.

18 PSZ, T. 2, Bd. 13, Nr. 11189.

Somit war die Organisation des Ministeriums für Staatsgüter schon von der Grundlage her inkonsequent: Für die "Vormundschaft" über die Staatsbauern wurde eine wirkliche Behörde mit einem zentralen Verwaltungsorgan und einem ganzen Netz örtlicher Institutionen geschaffen, deren Aufgaben in ganz konkreter und detaillierter Form festgelegt waren; für die Entwicklung der Landwirtschaft gab es dagegen nur eine zentrale Einrichtung ohne jede örtliche Verankerung, was angesichts der riesigen territorialen Ausdehnung Rußlands mit seinem sehr schwach entwickelten Verkehrs- und Nachrichtenwesen die Tätigkeit des Ministeriums auf dem Gebiet der allgemeinen Entwicklung der Landwirtschaft praktisch fast zur Erfolglosigkeit verurteilte.

Die Bauernreform vom Jahre 1861 traf die Landwirtschaft Rußlands auf einem sehr niedrigen agrotechnischen Entwicklungsstand an. Vor allem gilt dies natürlich für die bäuerliche Wirtschaft, insbesondere die Wirtschaft der Gutsbauern. Infolge des niedrigen Entwicklungsstandes der Produktionstechnik geriet die bäuerliche Landwirtschaft, durchweg landarm und von Abgabeverpflichtungen jeglicher Art an den Staat und den Gutsherrn bedrückt, im ersten Jahrzehnt nach der Reform in eine scharfe Krise. Keineswegs einheitlich gestaltete sich die Lage der gutsherrlichen Wirtschaft nach der Reform. Der Übergang zu kapitalistischen Wirtschaftsformen mit Anwendung von Lohnarbeit, Maschinen usw. wurde durchaus nicht von allen Gutswirtschaften vollzogen und erwies sich auch nicht überall als erfolgreich. Der sowjetische Wirtschaftshistoriker P. I. Ljaščenko schreibt, daß "sich die Lage im ehemaligen Schwerpunkt der Leibeigenenwirtschaft am unbefriedigendsten gestaltete. Äußerste Landarmut bei den Bauern und Kapitalmangel bei den Gutsbesitzern bedingten hier die bäuerliche Pacht und die Bodenbearbeitung mit bäuerlichem Inventar als vorteilhafteste Lösung. So entwickelte sich hier der rückständigste Typ der Privatwirtschaft mit althergebrachter Technik, vorherrschender Dreifelderwirtschaft, Abarbeit und halbleibeigenschaftlichen Beziehungen."¹⁹

Die katastrophale Lage der überwältigenden Mehrheit der Bauernwirtschaften blieb auch der Regierung nicht verborgen; vom Beginn der siebziger Jahre an schuf sie spezielle Kommissionen und entsandte Beamte, die an Ort und Stelle die Lage der Bauernwirtschaften untersuchen und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung vorschlagen sollten.

Die Vorbereitung und Durchführung der Bauernreform führte recht bedeutsame Veränderungen im System der staatlichen Verwaltung Rußlands herbei. Vor allem ist hier die Bildung "Oberster Komitees" zur Bauernfrage zu erwähnen, insbesondere des Geheimkomitees vom Jahre 1857, das 1858 zum Hauptkomitee für Bauernangelegenheiten umgebildet und am 19. Februar 1861 in Hauptkomitee zur Bereinigung der Dorfsituation umbenannt wurde; seine Aufgabe bestand darin, die Durchführung der Reform zu überwachen und entsprechende, unter anderem auch gegen die Bauernbewegung gerichtete Gesetzentwürfe und Verwaltungsmaßnahmen zu erörtern (das Komitee wurde 1882 aufgelöst). Im Jahre 1858 nahmen die Gouvernements-Adelskomitees ihre Tätigkeit auf, die ebenfalls nach - für den Adel möglichst günstigen - Wegen zur Beseitigung des Leibeigenschaftsrechts zu suchen hatten.

1861 wurden für die aus der Leibeigenschaftsabhängigkeit befreiten Bauern ständische Organe geschaffen, und zwar nach Art der Behörden für Staats- und Domänenbauern, die bereits vor der Reform bestanden (Dorf- und Kreisversammlungen, Kreisverwaltungen usw.). Die Regierung nutzte diese Behörden weitgehend zur Eintreibung von Steuern und Abgaben, zur Ergänzung der Armee und zum Kampf gegen die Bauernbewegung aus. Aber sie befürchtete auch Selbständigkeitstendenzen in diesem riesigen Netz von Behörden, die der bäuerlichen Masse sehr nahe waren, und schuf daher ein von der Regierung und vom Adel getrage-

¹⁹ Ljaščenko, P. I., *Istorija narodnogo chozjajstva SSSR* (Geschichte der Volkswirtschaft der UdSSR), Bd. 2, 4. Aufl. Moskau 1956, S. 82.

nes Aufsichtssystem, bestehend aus Friedensrichtern (mirovye posredniki) (1861 bis 1874), die im Grunde genommen unbegrenzte Macht über die Bauern hatten, Semstvosvorstehern (1889 bis 1917) und einigen speziellen Behörden im Gouvernements- und Rayonmaßstab.

Zentrales Organ für die Verwaltung der Bauern aller Kategorien, für die Leitung der bürgerlichen Ständebehörden, für die Leitung der Tätigkeit der von der Regierung und Staat getragenen Bevormundungsorgane und für die Ausarbeitung spezieller Gesetze über die Bauern war die Semstvoabteilung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, die am 27. Juli 1861 selbständig wurde und einen der wichtigsten Bestandteile des Ministeriums darstellte²⁰; zuvor (seit 1858) gehörte sie zum Zentralen Statistischen Komitee bei dem genannten Ministerium und hatte die bescheidene Aufgabe, die mit der Vorbereitung der Reform verbundenen Materialien zu erörtern und aufzubereiten. Eine der grundlegenden Aufgaben, die der Semstvoabteilung bei ihrer Bildung übertragen wurden, war die Durchführung der Verordnung vom Jahre 1861.²¹ In der ganzen Zeit ihrer Existenz war die Semstvoabteilung (sie wurde mit der Oktoberrevolution aufgelöst) wichtigstes Organ des Kampfes gegen die Bauernbewegung.

In Zusammenhang mit der Reform und als deren Ergebnis wurden innerhalb des Finanzministeriums eine Reihe neuer Institutionen geschaffen: gleichzeitig mit der Reform die Hauptloskaufbehörde, deren wesentliche Aufgabe darin bestand, Loskaufkredite zu vergeben (sie wurde 1895 aufgelöst)²², 1882 die Bauernbank, mit deren Gründung die Regierung die Hoffnungen der Bauern auf die "schwarze Umteilung" zerstreuen und den ruinierten Gutsbesitzern Unterstützung gewähren wollte (später wurde diese Bank zum Hauptinstrument der Pflege des Kulakenbesitzes²³), und 1885 die staatliche Adelsbank, deren Aufgabe es war, den Adel gegen Verpfändung seiner Besitzungen mit langfristigen Krediten zu versehen.²⁴ Durch das Gesetz vom 27. November 1895, das die Zusammenlegung der Verwaltung beider Banken vorsah, bewies die Regierung, daß deren Ziele im wesentlichen die gleichen waren.²⁵

Wie wir gesehen haben, war das Ministerium für Staatsgüter von Anfang an für die Verwaltung oder Leitung der Landwirtschaft ungeeignet. In den mehr als fünfzig Jahren nach seiner Bildung wurde kein einziges Gesetz erlassen, das seine Kompetenzen und Möglichkeiten auf diesem Gebiet erweitert hätte. Überdies wurde mit der Bauernreform des Jahres 1861 die komplizierteste Funktion des Ministeriums für Staatsgüter - die "Vormundschaft" über die Staatsbauern - hinfällig, denn diese fiel nun in die Kompetenz von Behörden, die für die Bauern in ihrer Gesamtheit zuständig waren. In einer Zeit, in der sich die Landwirtschaft Rußlands geradezu am Rande einer Katastrophe befand, beschränkte sich dieses Ministerium, das sich um ihre erfolgreiche Entwicklung kümmern sollte - übrigens eins

20 PSZ, T. 2, Bd. 36, Nr. 37290.

21 Der Organisation und Tätigkeit der Semstvoabteilung ist eine amtliche Publikation gewidmet: M. V. D. Zemskij otdel, 1858 - 4. 3. 1908 (Die Semstvoabteilung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, 1858 - 4. 3. 1908), Petersburg 1908.

22 PSZ, T. 3, Bd. 15, Nr. 11508; Angaben über die wichtigsten staatlichen und ständischen Behörden, die im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Bauernreform gebildet wurden, finden sich in dem Buch Zajončovskij, P. A., Otmena Krepostnogo prava (Die Abschaffung der Leibeigenschaft), Moskau 1968.

23 PSZ, T. 3, Bd. 2, Nr. 894; mit der Organisation und Tätigkeit der Bauernbank in der Zeit von 1883 bis 1895 befaßt sich Vdovin, V., Krest' janskij pozemel'nyj bank 1883 - 1895 (Die Bauernbank 1883 - 1895), Moskau 1959.

24 PSZ, T. 3, Bd. 5, Nr. 3016.

25 Ebenda, Bd. 15, Nr. 12195.

der größten Ministerien Rußlands²⁶ - in dieser Hinsicht im wesentlichen auf die **Leitung** landwirtschaftlicher Lehr- und Versuchseinrichtungen und -gesellschaften und auf die **Ver-**leihung von Auszeichnungen und Lizenzen für einzelne Errungenschaften auf landwirtschaftlichem Gebiet. Die ganze übrige Tätigkeit dieser riesigen Zentralbehörde beschränkte sich auf die Verwaltung staatlicher Ländereien, Wälder und Fischgründe. Die geringfügigen Möglichkeiten, die dem Ministerium für Staatsgüter im Hinblick auf die Unterstützung der Landwirtschaft zu Gebote standen, wurden noch durch die Zusammensetzung seiner obersten Leitung eingeschränkt, die in Fragen der Landwirtschaft gänzlich unbewandert war. Es genügt darauf hinzuweisen, daß von allen Ministern für Staatsgüter nach P. D. Kiselev kein einziger vor seiner Ernennung für diesen Posten irgendwelche Beziehungen zur Landwirtschaft hatte.

Die erste offizielle Äußerung über die Notwendigkeit einer Reorganisation des Ministeriums für Staatsgüter kam von Minister M. N. Muravev, der in einem Bericht über das Jahr 1861 vorschlug, beim Landwirtschaftsdepartement einen agronomischen Rat aus Grundbesitzern und entsprechende Räte in den Gouvernements zu bilden.²⁷ Das Projekt Muravevs, das übrigens nicht verwirklicht wurde, ist insofern interessant, als darin zum ersten Mal konkret der Gedanke einer Einbeziehung des grundbesitzenden Adels ("örtlicher Kräfte") in die staatliche Landwirtschaftsverwaltung geäußert wird. Diese Meinung teilte auch der Minister A. A. Liven, der das Gesetz vom 30. Mai 1880 über die Errichtung ständiger Landwirtschaftskongresse in den zwölf Zonen durchzuführen hatte, in die das europäische Rußland zu diesem Zweck eingeteilt wurde; alljährlich sollte ein zentraler Kongreß beim Ministerium stattfinden.²⁸ Am 4. Oktober 1881 befahl Alexander III. indessen, diese Kongresse - noch vor der Einberufung eines allgemeinen Kongresses beim Ministerium - "auszusetzen". Dies geschah aufgrund einer Erklärung von M. N. Ostrovskij, wonach diese Kongresse auf der örtlichen Ebene "äußerst ungehalten" aufgenommen worden seien, und zwar speziell wegen Mängeln in der allgemeinen Organisation; außerdem, so hieß es, hätten sie die Hoffnung des Ministeriums auf eine Annäherung an die Landwirte nicht gerechtfertigt.²⁹ Die sehr kurze Amtszeit von P. N. Ignat'ev als Minister für Staatsgüter ist durch ein Projekt zur Schaffung eines Ministeriums für Landwirtschaft, Industrie und Handel bzw. eines Ministeriums für Volkswirtschaft in Rußland gekennzeichnet. Nach diesem Projekt, das übrigens auch nicht realisiert wurde, sollte in einem solchen Ministerium die **Leitung** aller Angelegenheiten zusammengefaßt werden, die die "Produktion, Verteilung und den Konsum von Sachwerten" betrafen. Interessant ist der Vorschlag Ignat'evs - der den Grundprinzipien des bürokratischen Verwaltungsaufbaus der zentralen Regierungsorgane Rußlands widersprach -, innerhalb des Ministeriums eine Kollegiumsbehörde mit gewählten Mitgliedern zu schaffen, die in bestimmten Fällen in einen "allrussischen Kongreß für besondere Fragen" umgewandelt werden sollte.³⁰ Einen Plan zur Umgestaltung des Ministeriums im Interesse der Landwirtschaftsentwicklung entwarf nach seinen späteren Darlegungen auch

26 Wie Družinin in seiner angeführten Arbeit auf S. 526 nachweist, wurden dem Ministerium für Staatsgüter mehr Mitarbeiter zugebilligt als allen übrigen Ministerien zusammen mit Ausnahme des Kriegsministeriums.

27 CGIA SSSR, F. 911, Verz. 1, Nr. 120, Bl. 1 v.; Otčet po deloproizvodstvu Gosudarstvennogo soveta za sessiju 1893 - 1894, a. a. O., S. 211.

28 PSZ, T. 2, Bd. 55, Nr. 61014; Otčet o 50-letnej dejateljnosti Ministerstva gosudarstvennyh imuščestv. 1837 - 1887 (Bericht über die fünfzigjährige Tätigkeit des Ministeriums für Staatsgüter. 1837 - 1887), Petersburg 1887, S. 151 f.

29 CGIA SSSR, F. 381, Verz. 46, Nr. 116, Bl. 158 - 162.

30 Ebenda, F. 1149, 1893, Nr. 102, Bl. 285 - 302.

M. N. Ostrovskij.³¹ Nach Aussagen von V. I. Vešnjakov wurde die Forderung nach Umgestaltung der Landwirtschaftsverwaltung (darunter auch nach Bildung eines selbständigen Landwirtschaftsministeriums) Ende der achtziger Jahre nicht nur in offiziellen Kreisen erhoben, sondern auch in landwirtschaftlichen Gesellschaften, auf Dorfversammlungen, in der Presse und als Privatmeinung von Landwirten³², das heißt in den verschiedensten Organisationen, in denen der grundbesitzende Adel die Hauptrolle spielte.

Die Frage der Umgestaltung des Ministeriums für Staatsgüter wurde erst gelöst, als sich das Ministerium für Innere Angelegenheiten ebenfalls dafür aussprach.

1888 wurde eine überbehördliche Kommission gebildet, die die Aufgabe hatte, Wege zur Hebung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu finden. In einem Bericht des Vorsitzenden der Kommission und stellvertretenden Ministers für Innere Angelegenheiten, V. K. Pleve (später einer der reaktionärsten Minister für Innere Angelegenheiten)³³, wurde direkt von der Notwendigkeit einer Umgestaltung des Ministeriums für Staatsgüter in ein Ministerium für Landwirtschaft gesprochen; in diesem Ministerium sollte "die gesamte Sorge für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der verschiedenen Klassen des Imperiums" zusammengefaßt werden. Welche "Klassen" Pleve dabei im Auge hatte, ist daraus ersichtlich, daß er eine der grundlegenden Aufgaben des neuen Ministeriums in der "Sicherung der Freiheit des persönlichen Unternehmertums" sah, was sich nur auf die Gutsbesitzer, die sich auf kapitalistische Wirtschaftsformen umgestellt hatten, und auf die Dorfbourgeoisie beziehen konnte, keineswegs aber auf die Hauptmasse der bäuerlichen Bevölkerung Rußlands, die nicht als "Unternehmer" in der Landwirtschaft tätig war, sondern nur um ihre nackte Existenz kämpfte. Pleve sprach zur Begründung seiner Forderung nach Umgestaltung des Ministeriums auch von den "Schwierigkeiten" der Bauern. Als Hauptschwierigkeit betrachtete er in diesem Zusammenhang die gemeinschaftliche Bodennutzung, die die "Privatinitiative der einzelnen Landwirte" behindere, womit die Kulaken und wohlhabenden Bauern gemeint waren. Die drückendste "Schwierigkeit" der in ihrer überwiegenden Mehrheit landarmen Bauern sah er überhaupt nicht, denn er faßte sie in folgende Formulierung: "Die Bauern stoßen gegenwärtig auf mannigfaltige Schwierigkeiten, die sich manchmal darin zeigen, daß einige von ihnen nicht allenthalben in genügendem Maße mit Land versehen sind" (Hervorhebung von mir - d. V.). Des weiteren schrieb Pleve über die seines Erachtens notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft, wobei er es in erster Linie für erforderlich hielt, ein System bäuerlicher Bodennutzung zu organisieren, bei dem "die Privatinitiative der einzelnen Landwirte nicht durch die Notwendigkeit behindert würde, sich den Forderungen der übrigen Gemeindemitglieder anzupassen". Außerdem erachtete er es für sehr wichtig, die Bedingungen der Landpacht für die Bauern zu erleichtern, die Umsiedlung zu organisieren und intensivere Wirtschaftsformen einzuführen. Auch dies alles sollte Sache des Landwirtschaftsministeriums sein, in dessen Rahmen nach Meinung Pleves zur Interessenvertretung der "Landwirte" ein spezieller Landwirtschaftsrat geschaffen werden sollte. Das Ministerium für Staatsgüter war nach Meinung Pleves zur Lösung dieser Aufgaben gänzlich ungeeignet, da, wie er sagte, der einzige Bereich dieses Ministeriums, der Verbindung zur Landwirtschaft hatte (das Landwirtschaftsdepartement), sich nur mit der technischen Seite dieses Problems beschäftigte.

31 Otčet po deloproizvodstvu Gosudarstvennogo soveta za sessiju 1893 - 1894, a. a. O., S. 238 ff.

32 CGIA SSSR, F. 911, Verz. 1, Nr. 120, Bl. 7 v.

33 Doklad predsedatelja vysočajše učreždennoj v 1888 g. komissii po povodu padenija cen na sel'skochozjajstvennyje proizvedenija v pjatiletie 1883 - 1887 (Bericht des Vorsitzenden der 1888 allerhöchst gebildeten Kommission über das Absinken der Preise für landwirtschaftliche Produkte im Fünfjahreszeitraum 1883 - 1887), Petersburg 1892.

Bezeichnend sind auch die Äußerungen Pleves über das Wesen der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung, die ihm vorschwebte - er dachte an ein Minimum unmittelbarer Einmischung: "Nur durch Wahrung der Freiheit der Privatinitiative der Landwirte selber kann die staatliche Landwirtschaftsverwaltung auf eine gesunde Entwicklung der landwirtschaftlichen Kultur Einfluß nehmen." Das Projekt Pleves für eine Umgestaltung des Ministeriums für Staatsgüter in ein Landwirtschaftsministerium spiegelte somit die Interessen der Gutsbesitzer und der Dorfbourgeoisie wider. Es lag auch der Umgestaltung des Ministeriums zugrunde, die bald darauf erfolgen sollte. Beschleunigt wurde die Lösung der Frage durch die verhängnisvolle Mißernte, von der Rußland 1891 betroffen wurde.

Am 23. Oktober 1892 erstattete der Minister für Innere Angelegenheiten, I. N. Durnovo, Alexander III. Bericht über die Schlußfolgerungen der Pleve-Kommission³⁴, wobei er unterstrich, daß die Bezeichnung des neuen Ministeriums eindeutig die Grundrichtung seiner Tätigkeit widerspiegeln müsse. Am 1. Januar 1893 erhielt der Minister für Staatsgüter, M. N. Ostrovskij, seinen Abschied. Sein Nachfolger wurde der Stellvertreter des Finanzministers, A. S. Ermolov - der erste Minister für Staatsgüter, der eine landwirtschaftliche Bildung besaß; er war Verfasser von Fachbüchern, insbesondere auf dem Gebiet der Agronomie. Für dieses Amt empfahl ihn Vitte³⁵, der seinen Günstling später jedoch als "Typ des gebildeten, liberalen, willensschwachen Beamten, dem der liberale Honig aus allen Poren trieft"³⁶ charakterisierte. Bei seiner Ernennung erhielt Ermolov von Alexander III. den Auftrag, ein Projekt zur Umgestaltung des Ministeriums auszuarbeiten und allgemeine Vorschläge zur Entwicklung der Landwirtschaft zu unterbreiten.

Vom 28. April bis 19. Juli 1893 wurden in einer "Privat"-Beratung im Ministerium für Staatsgüter unter Vorsitz von Ermolov die im Ministerium zusammengestellten Projekte für die Umgestaltung erörtert. Die Materialien dieser Beratung bilden eine besondere Akteneinheit.³⁷ Das Projekt sah eine erhebliche Vergrößerung der Zahl der Strukturteile des Ministeriums vor. Bis 1893 bestand es aus einem Ministerrat, einem wissenschaftlichen Komitee, einem Departement für allgemeine Angelegenheiten, einem Departement für Landwirtschaft und landwirtschaftliches Gewerbe (1866 hatte das Landwirtschaftsdepartement diese Bezeichnung erhalten, nachdem ihm einige mit der Landwirtschaft verbundene Gewerbe unterstellt worden waren), einem Forstdepartement und einer Hauptverwaltung für Bergbau. Die erste Variante des Projekts sah folgende Zusammensetzung des Ministeriums vor: eine Kanzlei des Ministers, einen Ministerrat, einen Landwirtschaftsrat, ein wissenschaftliches Komitee, ein Landwirtschaftsdepartement, eine Abteilung für Statistik, eine Veterinärabteilung, eine Kreditabteilung für landwirtschaftliche Verbesserungen, eine Abteilung für Kustargewerbe, ein Departement für Staatsgüter, ein Forstdepartement und eine Hauptverwaltung für Bergbau. Bei dem Gedanken an die Organisation einer Abteilung für Statistik ging das Projekt davon aus, daß im Ministerium ein einheitliches Zentrum zur Erfassung und Aufbereitung der Landwirtschaftsstatistik geschaffen werden sollte; zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen, ihm die Landwirtschaftsstatistik aus dem Ministerium für Innere Angelegenheiten zu übergeben. Der Minister für Innere Angelegenheiten, den Ermolov während der ganzen Arbeit der Beratung regelmäßig konsultierte, wandte sich jedoch entschieden gegen eine solche Übergabe; er behauptete, ohne die Landwirtschaftsstatistik könnte das Ministerium für Innere Angelegenheiten nicht die Lebensmittelabteilung leiten, woraufhin dieser Punkt des Projekts fallengelassen wurde. Einen wichtigen Platz nahm in den Vorstellungen die Schaffung eines Landwirtschaftsrates mit gewählten Mitgliedern ein. Nach

34 CGIA SSSR, F. 1284, Verz. 241, Nr. 157, Bl. 251 - 262.

35 Vitte, S. Ju., Vospominanija (Erinnerungen), Bd. 1, Moskau 1960, S. 348.

36 Ebenda, Bd. 3, Moskau 1960, S. 207.

37 CGIA SSSR, F. 381, Nr. 24085, T. 1.

einer zweiten Variante sollte anstelle eines einheitlichen Landwirtschaftsdepartement ein Departement für Ackerbau und Viehzucht (das nur für die technische Seite der Angelegenheit zuständig gewesen wäre) und ein Departement für Landwirtschaftsökonomik und Industrie gebildet werden (als Hauptzentrum des neuen Ministeriums für ökonomische Fragen der Landwirtschaft). Dieser Vorschlag wurde mit der Notwendigkeit begründet, ein Organ zu haben, das die Politik des Ministeriums auf dem Gebiet der Ökonomie konsequent verwirklichen würde, da es der "Beteiligung des Ministeriums an Fragen von erstrangiger Bedeutung für die Landwirtschaft an der notwendigen Beharrlichkeit mangle".³⁸ Die zweite Variante sah auch die Bildung einer Abteilung für Bodenverbesserung vor, die für Bewässerungsmaßnahmen, Trockenlegung von Sümpfen und Torfgewinnung zuständig sein sollte. Beide Vorschläge erhielten die Unterstützung der Mehrheit der Beratungsteilnehmer.

Bei der Ausarbeitung des Projekts kam noch ein weiterer Gedanke auf - die Idee, innerhalb des neuen Ministeriums ein zentrales agronomisches Institut zu schaffen, das für die allseitige Erforschung der "historisch-natürlichen" Bedingungen der russischen Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Volkswirtschaftszweige zuständig sein sollte; darüber hinaus sollte das Institut teils selber, teils über andere Behörden Spezialforschungen über Bedürfnisse der Landwirtschaft anregen, die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Gesellschaften koordinieren und anderes mehr.³⁹ Derartige Einrichtungen waren im zentralen Verwaltungsaufbau des zaristischen Rußlands ein völliges Novum.

Es muß erwähnt werden, daß in keinem der Entwürfe von einer Reorganisation der örtlichen Behörden des Ministeriums die Rede war, obgleich doch, wie wir sahen, gerade dem Problem der Verbindungen des Ministeriums zu den "örtlichen Landwirtschaftskräften" besondere Bedeutung beigemessen wurde. Die Akte enthält allerdings einen Brief, den der Direktor des Departements für Landwirtschaft und landwirtschaftliches Gewerbe, V. V. Kalačov, am 14. Mai 1893 an Ermolov schrieb; aus ihm geht hervor, daß sich Ermolov mit dem Gedanken trug, die Funktionen der örtlichen Organe des neuen Ministeriums dem Semstvo zu übertragen. Kalačov war nicht geneigt, diesem Gedanken zuzustimmen; er machte geltend, dies würde bedeuten, in die streng bürokratische Gesamtstruktur der staatlichen Verwaltung gewählte Semstvoorgane einzubauen.⁴⁰ Offenbar brachte Ermolov diesen Gedanken dennoch in der Beratung vor, denn in der ersten Variante des Projekts heißt es, die Landwirtschaftstätigkeit der Semstvos gehöre nicht in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, sondern in den des neuen Ministeriums. Dieser Vorschlag kam jedoch über die erste Variante des Projekts nicht hinaus. Wahrscheinlich waren sich die Beratungsmitglieder darüber im klaren, daß die Regierung niemals auch nur einer teilweisen Befreiung des Semstvo, dem sie nicht vertraute, von der Kontrolle des Ministeriums für Innere Angelegenheiten zugestimmt hätte.

Am 31. Oktober unterbreitete Ermolov im Staatsrat den Gesetzentwurf über die Umbildung des Ministeriums für Staatsgüter in ein Ministerium für Landwirtschaft und Staatsgüter. Diesem Projekt lagen die Empfehlungen der Beratung zugrunde, allerdings in stark gekürzter Form. So war zum Beispiel keine Rede mehr von der statistischen und der Veterinärabteilung, von einem zentralen agronomischen Institut (statt dessen war jetzt nur eine Erweiterung des wissenschaftlichen Komitees vorgesehen) und von einigen anderen Strukturteilen, die die Beratungsteilnehmer vorgeschlagen hatten. In dem Gesetzentwurf war lediglich eine Umgestaltung der zentralen Behörden, das heißt des Ministeriums selber, vorgesehen; von den örtlichen Behörden stand kein Wort in dem Gesetzentwurf.

38 Ebenda, Bl. 35 v. u. 36.

39 Ebenda, Bl. 260 - 280.

40 Ebenda, Bl. 336 - 339.

Das Projekt wurde zusammen mit einem besonderen Memorandum des Ministers vorgelegt, in dem die Motive und der Sinn der vorgeschlagenen Veränderungen erläutert wurden.⁴¹ Ermolov entwickelte darin die Gedanken, die auch in dem Bericht von Pleve enthalten waren und wonach die staatliche Landwirtschaftsverwaltung als "mächtiger Förderer" der "örtlichen Initiative" (worunter Ermolov ganz offensichtlich in erster Linie die ökonomischen Interessen der Gutsherren verstand) wirken und die sie behindernden "politischen und ökonomischen Hemmnisse" beseitigen sollte. Ermolov hielt es für die wichtigste Aufgabe, diese "mächtige Förderung und Unterstützung" in eine entsprechende organisatorische Form zu kleiden, und das war, wie er darlegte, auch der Hauptgrund für den Vorschlag zur Umgestaltung des Ministeriums. Große Hoffnungen setzte Ermolov auf den Landwirtschaftsrat, der seiner Meinung nach vor allen Dingen für eine "Annäherung zwischen Landwirtschaftsverwaltung und den Praktikern der Landwirtschaft" sorgen sollte (gemeinsame vorherige Beratung von Gesetzentwürfen und administrativen Maßnahmen). Im Interesse dieser Allianz schlug er vor, in den Landwirtschaftsrat außer den Amtspersonen nicht weniger als fünfzehn Vertreter von Grundeigentümern der verschiedenen Rayons aufzunehmen. Eine große Rolle war in dem Projekt der Abteilung für Landwirtschaftsökonomik und landwirtschaftliche Statistik zugebracht (dies war die Bezeichnung der ursprünglich von der Versammlung vorgeschlagenen Departements für Landwirtschaftsökonomik und Industrie). Ermolov war der Meinung, diese Abteilung müsse innerhalb des Ministeriums als besonderes Organ zur Ausarbeitung von "wirtschaftlich-ökonomischen Fragen" auf dem Gebiet der Landwirtschaft tätig sein; dies waren Fragen, die sowohl in die Kompetenz des Ministeriums für Landwirtschaft und Staatsgüter als auch in die anderer Ministerien fielen. Es ist sehr bezeichnend, daß in der Abteilung für Landwirtschaftsökonomik alles in allem nur ein sehr kleines Ressort speziell für Bauernangelegenheiten vorgesehen war, das sich mit folgenden Fragen befassen sollte: Entwicklung der Chutorwirtschaft, Organisation der Bauernansiedlung, Regelung des Wandergewerbes und der Migration von landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Der Gesetzentwurf wurde einer Reihe von Ministerien zur Begutachtung zugeleitet. Der Minister des Zarenhofes war der Meinung, es genüge, wenn es im Ministerium für Landwirtschaft und Staatsgüter alles in allem nur einen Strukturteil für alle die Landwirtschaft betreffenden Fragen gäbe. Völlig anderer Art war die Stellungnahme des Finanzministers S. Ju. Vitte, der es prinzipiell für falsch hielt, wenn Ermolov versuchte, die Frage der Reorganisation des Ministeriums zu lösen, ohne dabei auch die Organisation seiner örtlichen Instanzen zu berühren.⁴²

Der Vorschlag Ermolovs wurde in gemeinsamen Sitzungen der Departements des Staatsrats erörtert.⁴³ Am lebhaftesten beteiligten sich an der Beratung M. N. Ostrovskij und V. I. Vešnjakov, die damals bereits dem Staatsrat angehörten.

Ostrovskij, der den Vorschlag Ermolovs vollauf billigte, sprach sich noch offener dafür aus, daß die grundlegende Aufgabe des neuen Ministeriums die Interessenvertretung der Gutsbesitzer sein müsse. Auch Ostrovskij war der Meinung, daß die Landwirtschaft kein Objekt der staatlichen Verwaltung im engen Sinne des Wortes sein könne; die Regierung solle vielmehr "vorwiegend indirekt auf ihre Entwicklung Einfluß nehmen, indem sie das Eigentumsrecht schütze, nützliche Erfahrungen popularisiere und die Privatinitiative unterstütze".⁴⁴ V. I. Vešnjakov war der Meinung, für das neue Ministerium seien zu viele Instanzen auf landwirtschaftlichem Gebiet vorgesehen.⁴⁵

41 Ebenda, F. 1149, 1893, Nr. 102, Bl. 2 - 45.

42 Ebenda, Bl. 182 - 186.

43 Diese Erörterung wird ausführlich in dem erwähnten Bericht über die administrative Tätigkeit des Staatsrats 1893 - 1894 (Bd. 1, S. 202 - 270) behandelt.

44 Ebenda, S. 237.

45 Ebenda, S. 260.

Die Departements des Staatsrats stimmten mit allen grundsätzlichen Vorschlägen des Entwurfs überein, hielten jedoch einige Einzelheiten für abwegig und wiesen sie zurück. Sowurde in dem Entwurf gesagt, in den Landwirtschaftsrat sollten die Behördenvertreter von den entsprechenden Ministerien, die Vertreter der Grundbesitzer aber vom Zaren entsandt werden. Das könne mißverstanden werden, meinten die Departements, da die Behördenvertreter im Landwirtschaftsrat dann in zweitrangiger Position, die "Landwirte" jedoch in ersterangiger vertreten sein würden. Die Departements beschloßen daher, alle Vertreter vom Zaren ernennen zu lassen.

Die Auffassung des Staatsrats und das Statut des neuen Ministeriums für Landwirtschaft und Staatsgüter wurden von Alexander III. am 21. März 1894 bestätigt.⁴⁶

Entsprechend seinem Statut erhielt das Ministerium für Landwirtschaft und Staatsgüter folgende organisatorische Struktur: Der Minister, der stellvertretende Minister, ein Minister-rat, eine Kanzlei des Ministers, ein Landwirtschaftsrat, ein wissenschaftliches Komitee, ein Landwirtschaftsdepartement, eine Abteilung für Landwirtschaftsökonomik und landwirt-schaftliche Statistik mit einem Kustarkomitee, eine Abteilung für Bodenverbesserung, ein Forstdepartement, ein Fachkomitee für Forstwirtschaft, ein Departement für Staatsgüter und eine Hauptverwaltung für Bergbau.

Der Landwirtschaftsrat bestand aus dem Minister, dem stellvertretenden Minister, den Lei-tern der wichtigsten Bereiche des Ministeriums, Vertretern einer Reihe anderer Ministe-rien und Vertretern der "Landwirte" (insgesamt 15); der Rat war zuständig für die Erörte-rung von Vorschlägen zur Ausarbeitung oder Abänderung von Gesetzen über die Landwirt-schaft sowie für Stellungnahmen landwirtschaftlicher Gesellschaften und anderer Organisa-tionen bzw. von Personen zu allgemeinen Regierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Land-wirtschaft. All diese Fragen konnte der Landwirtschaftsrat jeweils nur auf Anordnung des Ministers erörtern. Das wissenschaftliche Komitee bestand aus ordentlichen Mitgliedern - verantwortlichen Beamten des Ministeriums und Leitern einiger wissenschaftlicher Einrich-tungen - sowie korrespondierenden Mitgliedern - Spezialisten für Landwirtschaft und ver-wandte Wissenschaftszweige; es war zuständig für die Erörterung und Bearbeitung wissen-schaftlicher und technischer Fragen der Landwirtschaft, wofür es besondere Büros gab, die sich mit Bodenkunde, Agronomie, angewandter Botanik, Zoologie und Zootechnik, Bakterio-logie, Entomologie, Meteorologie und landwirtschaftlicher Mechanik befaßten. Das Land-wirtschaftsdepartement war zuständig für allgemeine und spezielle Fragen der Entwicklung von Landwirtschaft, Viehzucht und landwirtschaftlicher Produktion, für Fischfang und Jagd, für landwirtschaftliche Gesellschaften, Kongresse, Ausstellungen und dergleichen, für land-wirtschaftliche Lehr- und Versuchseinrichtungen sowie für Auszeichnungen und Lizenzen auf landwirtschaftlichem Gebiet. In die Kompetenz der Abteilung für Landwirtschaftsökonomik und landwirtschaftliche Statistik fiel die Fühlungnahme und Beratung mit anderen Behörden über Regierungsmaßnahmen ökonomischer Art, soweit sie die Landwirtschaft betrafen; au-ßerdem war sie zuständig für die Sammlung, Ausarbeitung und Herausgabe statistischer An-gaben über die Landwirtschaft sowie für "Fragen der bäuerlichen Wirtschaft". Das Kustar-komitee befaßte sich mit Fragen der Entwicklung der Katarindustrie. Der Abteilung für Bo-denverbesserung oblag die Geschäftsführung in Fragen allgemeiner Art (darunter auch die Begutachtung entsprechender Gesetzentwürfe) sowie Fragen spezielleren Charakters, die die Bodenverbesserung und Bewässerung, die Trockenlegung von Sümpfen und die Torfgewinnung betrafen. Das forstwirtschaftliche Departement beschäftigte sich mit der allgemeinen Aufsicht über die Erhaltung der Wälder, mit der Sammlung, Aufbereitung und Herausgabe statistischer Angaben über die Wälder sowie der Verwaltung der Staatsforsten; das Fachkomitee für Forst-wirtschaft beschäftigte sich mit technischen Fragen der Forstwirtschaft und mit Satzungsent-würfen forstwirtschaftlicher Gesellschaften. In die Kompetenz des Departements für Staats-

güter fielen die Verwaltung der Staatsgüter, Fischgründe usw., die "Vormundschaft" über einige Völker, vorwiegend nomadisierende, die Versorgung ehemaliger Staatsbauern mit Land in Sibirien und im Kaukasus sowie die Zuweisung von Staatsländereien für Siedlungszwecke.

Das Studium des Statuts des Ministeriums für Staatsgüter zeigt folgendes: Standardmäßig formuliert, wie es damals bei derartigen Dokumenten gewöhnlich der Fall war, enthielt es keinerlei Hinweise auf irgendetwelche neuen Aufgaben der Behörden, auch nicht auf prinzipielle Veränderungen in der Organisation der Landwirtschaftsverwaltung. Um diesen Umstand richtig einschätzen zu können, muß man bedenken, welche Bedeutung unter den Bedingungen eines bürokratisch zentralisierten Staatsaufbaus Beschlüsse, die von der obersten Gewalt bestätigt waren, für die Tätigkeit solcher Instanzen hatten. Durch die Umbildung des Ministeriums kam auch jenes System von Verbindungen zwischen Zentralverwaltung und "örtlichen Kräften", von dem so viel die Rede war, nicht zustande. Unter den Bedingungen eines riesigen Agrarlandes mit äußerst uneinheitlichen natürlichen und ökonomischen Bedingungen sowie einem schwach entwickelten Verkehrs- und Nachrichtenwesen konnte der Landwirtschaftsrat (mit seinen 15, vom Minister "geladenen" Landwirtschafts-"Vertretern"), der dem Gesetz entsprechend einmal jährlich zusammentrat, in keiner Weise jene Wechselbeziehungen zwischen der Zentralverwaltung und den "örtlichen Kräften" gewährleisten. In die Kompetenz der Abteilung für Landwirtschaftsökonomik und landwirtschaftliche Statistik fielen Fragen von "Handel und Industrie" und "bäuerlicher Wirtschaft"; aber weder der Beschluß über das Ministerium noch irgendwelche andere Gesetze enthielten Hinweise darauf, wie die Behörden diese Aufgaben konkret lösen sollten. Was kam bei der Umbildung des Ministeriums nun tatsächlich heraus? Immerhin wurde ein System von Fachbehörden geschaffen, das für die Ausarbeitung und Verwirklichung allgemeiner Maßnahmen zur Entwicklung der einzelnen Zweige der Landwirtschaft zuständig war; das Verfahren der Bildung landwirtschaftlicher Gesellschaften wurde erheblich vereinfacht, was sich vorteilhaft auf ihr zahlenmäßiges Wachstum und die Entwicklung ihrer Tätigkeit auswirkte. Nach der Umbildung des Ministeriums erhöhten sich auch erheblich die Geldbewilligungen seitens jener Ministerialbehörden, die für die Landwirtschaft zuständig waren. Beliefen sich die Bewilligungen durch das Departement für Landwirtschaft und Dorfindustrie in den Jahren 1891, 1892 und 1893 auf 2,26 bzw. 2,15 und 2,39 Millionen Rubel, so erteilten das Departement für Landwirtschaft, die Abteilung für Landwirtschaftsökonomik und landwirtschaftliche Statistik sowie die Abteilung für Bodenverbesserung nach der Umbildung des Ministeriums in den Jahren 1895, 1896 und 1897 Bewilligungen in Höhe von 3,16, 4,4 bzw. 4,3 Millionen Rubel.⁴⁷ Das Ministerium beklagte sich zwar über die völlige Unzulänglichkeit der Mittel, die nach seiner Umbildung unmittelbar für die Landwirtschaft zur Verfügung standen.⁴⁸ Aber diese Mittel waren gar nicht so unbedeutend, wenn man bedenkt, daß sie keineswegs für die gesamte Landwirtschaft Rußlands verausgabt wurden. Hierzu schrieb S. Ju. Vitte: "Er [Ermolov - d. V.] beklagte sich ständig darüber, daß ich (als Finanzminister) ihm nicht genug Geld gäbe. Ich meinerseits dachte und denke, daß selbst das Geld, das ich ihm gab, nicht hätte gegeben werden dürfen, da Al. Serg. [Ermolov - d. V.] nicht mit Geld umzugehen verstand. Verschiedentlich hatte ich mit Ermolov Gespräche folgender Art. Ich sagte ihm: Ich verstehe durchaus, daß zur Errichtung und Leitung eines Landwirtschaftsministeriums viel Geld nötig ist. Ich werde Ihnen dieses Geld geben, aber nur, wenn wir uns zunächst darüber verständigen, in welchem Sinne Sie das Landwirtschaftsministerium leiten

47 Sel' skochozjajstvennoe vedomstvo za 75 let ego dejatel'nosti. 1837 - 1912 gg. (Die Landwirtschaftsbehörde während ihrer 75jährigen Tätigkeit. 1837 - 1912), Petrograd 1914, Anhang, S. 36 f.

48 Ebenda, S. 19 f.

wollen. Meiner Meinung nach muß sich in Rußland der Landwirtschaftsminister hauptsächlich und fast ausschließlich um die Landwirtschaft der Bauern und nicht um die Landwirtschaft der großen Gutsbesitzer kümmern, denn die großen Gutsbesitzer verfügen zum größten Teil selber über entsprechende Mittel oder können sich diese jedenfalls beschaffen - also sollen sie sich selbst darum kümmern. Im übrigen haben sich alle Landwirtschaftsminister, zumindest diejenigen vor Ermolov (das heißt nach der Bauernbefreiung), fast ausschließlich mit der Landwirtschaft der Gutsbesitzer beschäftigt und dabei nicht einmal mit der aller Gutsbesitzer, sondern nur eines Teils von ihnen - einiger Hundert Gutsbesitzer, während sie der Landwirtschaft der Bauern nicht die nötige Beachtung schenkten. Al. Serg. hatte hier ebenfalls keinen klaren Standpunkt und war überhaupt in seiner Tätigkeit bestrebt, diesen oder jenen Gutsbesitzern, diesen oder jenen Grundbesitzern gefällig zu sein.⁴⁹ Es ist interessant, daß sich über die Willfährigkeit Ermolovs gegenüber den Gutsbesitzern schon lange vor Vitte, genauer gesagt wenige Monate nach der Ernennung Ermolovs zum Minister für Landwirtschaft und Staatsgüter, Lenin äußerte, der es als "Frechheit eines Repräsentanten der Leibeigenschaft" bezeichnete, wenn dieser erkläre, man könne die Bauernumsiedlung vom staatlichen Standpunkt nicht als rationell ansehen, wenn im europäischen Rußland die Gutsbesitzer noch freie Arbeitskräfte benötigen.⁵⁰

Erst fünf Jahre nach der Umbildung des Ministeriums für Landwirtschaft und Staatsgüter legte Ermolov ein Projekt zur Umbildung der örtlichen Organe des Ministeriums vor, die ihrer Annäherung an die Landwirtschaft dienen sollte. Mit dem Gesetz vom 12. April 1899 wurde, neben den bestehenden Verwaltungen für Staatsgüter im Gouvernementsstab, "zu unmittelbarer technischer Förderung der Entwicklung der Landwirtschaft in allen Zweigen und Bereichen" die Funktion von Bevollmächtigten für Landwirtschaftsfragen geschaffen, die von Personen ausgeübt werden sollten, welche über eine höhere landwirtschaftliche Bildung und über "Erfahrungen in der Arbeit am Dienste der einheimischen Landwirtschaft verfügten".⁵¹ Zu den Aufgaben der Bevollmächtigten gehörte die "unmittelbare technische Unterstützung" der Landwirtschaft, darunter auch der Bauernwirtschaften; ebenso waren sie verantwortlich für die Sammlung von Angaben über die Situation und die Bedürfnisse der örtlichen Grundbesitzer- und Bauernwirtschaften. Die Bevollmächtigten hatten das Recht, an den Semstversammlungen und den Sitzungen verschiedener Kommissionen für Fragen der Landwirtschaft teilzunehmen, und erhielten durch das Gesetz eine unabhängige Position gegenüber dem "Gouvernementsherrn" - dem Gouverneur - und auch den Gouvernementsbehörden der Verwaltung für Staatsgüter, da sie dem Minister unmittelbar unterstellt waren. Das Gesetz enthielt einen einzigen Punkt, der die Form der Hilfe konkretisierte, die die Bevollmächtigten den Bauern erweisen sollten. Es hieß darin, die Fachleute seien verpflichtet, die grundherrlichen und Bauernwirtschaften auf Ersuchen ihrer Besitzer zu besuchen, um ihnen Hinweise und Ratschläge in Landwirtschaftsfragen zu geben. Man braucht sich nur die Lage der überwältigenden Mehrheit der Bauern des zaristischen Rußlands zu vergegenwärtigen, die durch Landarmut, äußersten Mangel an Geldmitteln und außerordentlich schwere Arbeit erdrückt wurden und sich auf einem sehr niedrigen agrotechnischen Stand befanden, um sich klar darüber zu sein, daß ihnen nicht der Sinn danach stand, Konsultanten für Landwirtschaftsfragen herbeizurufen. Diese Maßnahme konnte daher nur für die Dorfbourgeoisie Bedeutung haben, und so war es in der Tat. Unter den Bevollmächtigten gab es Fachleute, die sich in den neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Praxis der Landwirtschaft auskannten; es waren gewissenhafte Menschen, die mit großer Energie an ihre Verpflichtung herangingen. Infolge ihrer geringen Zahl jedoch (ein einzelner für ein ganzes Gouvernement) konnten sie der Masse der äußerst rückständigen und zerrütteten Wirtschaften keine "unmittelbare techni-

49 Vitte, S. Ju., a. a. O., Bd. 1, S. 348 f.

50 Lenin, W. I., Was sind die "Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 292 Anm.

51 PSZ, T. 3, Bd. 19, Nr. 16751.

sche Unterstützung" geben. Die Selbständigkeit der Bevollmächtigten, ihre Unabhängigkeit von der örtlichen Gewalt dauerten nicht lange: Am 12. März 1903 unterbreitete Ermolov dem Staatsrat einen Gesetzentwurf "über die Umbildung der Behörden der Staatsgüter", wonach die "Fürsorge für die Verbreitung und Vervollkommnung der Landwirtschaft und anderer Zweige der landwirtschaftlichen Produktion" diesen Behörden übertragen werden sollte; die Bevollmächtigten für Landwirtschaftsfragen sollten in Inspekture dieser Behörden umbenannt werden; sie sollten ihnen eingegliedert und der Kontrolle der Behördenleiter unterstellt werden, das heißt, sich in gewöhnliche Regierungsbeamte verwandeln. Das Gesetz wurde am 12. Juni 1902 angenommen.⁵² Die Umbildung vom Jahre 1894 und die Tätigkeit des neuen Ministeriums stellten die Regierung nicht zufrieden; das ist aus einer besonderen Journaleintragung des Ministerrats vom 28. September 1910 ersichtlich, worin es heißt: "Infolge einiger Unzulänglichkeiten dieser Reform und aufgrund der sich ungünstig gestaltenden Bedingungen für die Arbeit der neuen Behörde hat deren Tätigkeit nicht nur keine großen, grundlegenden Ergebnisse gezeitigt, sondern sie vermochte auch nicht die sich am Ende des vergangenen Jahrhunderts klar ankündigende Senkung der landwirtschaftlichen Produktion und die Verarmung unserer beiden Landwirtschaftsstände - des Adels und der Bauernschaft - zu verhüten."⁵³

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts spitzte sich die Bauernfrage in Rußland außerordentlich zu. Im Frühjahr 1902 kam es in den Gouvernements Poltava und Chařkov zu sehr starken Bauernunruhen, die durch Einsatz großer Truppeneinheiten niedergeschlagen wurden. Die öffentliche Auspeitschung ganzer Dörfer ohne vorheriges Gerichtsverfahren, die scharfen Gerichtsurteile usw., dies alles erinnerte an die schlimmsten Zeiten der Leibeigenschaft.⁵⁴ Es folgten große und organisierte Bauernaufstände in anderen Rayons Rußlands. Die Regierung entwickelte ein ganzes Programm zur "Befriedung" des Dorfes. Die Hauptrolle spielten dabei Straf- und Unterdrückungsmaßnahmen. So wurden nach der Niederwerfung der Unruhen in den Gouvernements Poltava und Chařkov Pläne entwickelt, die vorsahen, der bäuerlichen Bevölkerung dieser Gouvernements riesige Kontributionen zugunsten der Gutsbesitzer aufzuerlegen und eine Zwangsumsiedlung von annähernd 100 000 Bauernfamilien (600 000 Menschen) in dünnbesiedelte Bezirke vorzunehmen.⁵⁵ Die Verwirklichung dieser Repressalien wurde durch die Revolution von 1905 bis 1907 vereitelt. Um diese Zeit beendigte auch eine Redaktionskommission ihre Tätigkeit, die in reaktionärem Geiste eine allgemeine Überprüfung der Bauerngesetzgebung vorgenommen hatte.⁵⁶ Vorsitzender der Kommission war A. S. Stiřinskij, der bald darauf die Landwirtschaftsbehörde leitete. Am 22. Januar 1902 wurde auf Ersuchen S. Ju. Vitte⁵⁷ unter seinem Vorsitz eine Sonderberatung über die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Produktion einberufen.⁵⁸ Die Teilnehmer sammelten umfassendes Material über die Lage der Bauern⁵⁹, doch irgendwelche ernsthaft-

52 Ebenda, Bd. 22, Nr. 21694.

53 CGIA SSSR, F. 1276, Verz. 20, Nr. 46, Bl. 132 v.; Anfimov, A. M., *Krupnoe po-meščič'e chozjajstvo Evropejskoj Rossii (Konec XIX - nač. XX vv.)* (Die große Guts-wirtschaft in europäischen Rußland [Ende des 19./Anfang des 20. Jh.]), Moskau 1969.

54 Siehe Krest'janskoe dviženie v Poltavskoj i Chařkovskoj gubernijach v 1902. Sbornik dokumentov (Die Bauernbewegung in den Gouvernements Poltava und Chařkov im Jahre 1902, Dokumentensammelband), Chařkov 1961.

55 Ebenda, S. XXI f.

56 Trudy Redakcionnoj komissii po peresmotru zakonopoloženij o krest'janach (Arbeiten der Redaktionskommission zur Überprüfung der Bauerngesetzgebung), 6 Bde, Petersburg 1903 - 1904.

57 Vitte, S. Ju., a. a. O., Bd. 2, Moskau 1960, S. 531.

58 PSZ, T. 3, Bd. 22, Nr. 21004.

59 Materialy vysočajše učreždennogo Osobogo soveščanija o nuždach sel'skochozjajstven-

ten Veränderungsvorschläge kamen dabei nicht heraus; man sprach sich lediglich für die Beseitigung des Gemeindeeigentums aus.⁶⁰ Am 30. März 1905 wurde die Sonderberatung, über- raschend für ihren Vorsitzenden⁶¹, aufgelöst, und unter dem Vorsitz des Ministers für In- nere Angelegenheiten, I. L. Goremykin, wurde eine andere Sonderberatung "über Maßnah- men zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft" einberufen.⁶² Am 6. Mai 1905 wurde ein Gesetz verabschiedet⁶³, in dem es hieß, unerläßliche Bedingung zur Stärkung der bäuerli- chen Landwirtschaft sei der Schutz des privaten Grundbesitzes vor "jeglichen Eingriffen", weshalb eine "umfassende und ständige organisatorische Tätigkeit im Rahmen einer Behör- de" notwendig sei. In Anbetracht dessen wurde es als erforderlich erachtet, die Maßnahmen, die die Fragen der bäuerlichen Landwirtschaft betrafen, in einer einzigen selbständigen Be- hörde zusammenzufassen - der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft, wie nun die Bezeichnung des Ministeriums für Landwirtschaft und Staatsgüter lautete. Aus dem Ministerium für Innere Angelegenheiten übernahm die neue Hauptverwaltung die Um- siedlungsbehörde und alle die Geschäfte, die mit der Flurbereinigung und Bodennutzung der Bauern zu tun hatten. Die Bergbaubehörde kam zum Finanzministerium, da sie den Aufga- ben der neuen Zentralverwaltung in keiner Weise entsprach. Zur allgemeinen Leitung der Flurbereinigung und auch der Tätigkeit der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Land- wirtschaft wurde ein Komitee für Bodenfragen gebildet, dem die entsprechenden Funktionen des Ministerkomitees übertragen wurden. Dieses Komitee bestand aus dem Minister des Za- renhofes sowie den Ministern für Innere Angelegenheiten, Finanzen und Justiz, ferner den Hauptverwaltungsleitern für Flurbereinigung und Landwirtschaft und der staatlichen Kontrol- le. Durch den gleichen Ukas wurde der zuständige Hauptverwaltungsleiter verpflichtet, ei- nen Beschluß über die Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft auszuarbei- ten, während die Sonderberatung unter Vorsitz von Goremykin eine Instruktion für diese Hauptverwaltung erarbeiten sollte, um ihre Aufgaben und die Richtung ihrer Tätigkeit zu be- stimmen. Jedoch kamen weder der Beschluß noch die Instruktion zustande. In späteren offi- ziellen Dokumenten wurde dargelegt, daß die "Erfüllung dieses allerhöchsten Auftrages durch die Gesamtheit der Ereignisse der Jahre 1905 und 1906 verzögert wurde."⁶⁴ Es war offen- sichtlich unter den Bedingungen der machtvoll heranreifenden Revolution, das heißt in einer Zeit, in der sich die Frage der Nationalisierung des Bodens und der endgültigen Beseitigung der Leibeigenschaftsbeziehungen mit aller Schärfe stellte, nicht möglich, einen Beschluß über die Landwirtschaftsbehörde zu fassen, in dem formell verkündet wurde, daß ihre Grundaufgabe darin bestehe, die Kulakenwirtschaft zu stärken und den gutsherrlichen Grund- besitz zu schützen.

noj promyšlennosti (Trudy mestnych komitetov, vyp. 1 - 58; Svod trudov mestnych ko- mitetov po 49 gubernijam Evropejskoj Rossii, vyp. 1 - 35) (Materialien der allerhöchst gebildeten Sonderberatung über die Erfordernisse des landwirtschaftlichen Gewerbes [Arbeiten örtlicher Komitees, Lfg. 1 - 58; Sammlung der Arbeiten örtlicher Komitees für 49 Gouvernements des europäischen Rußlands, Lfg. 1 - 35]), Petersburg 1903 - 1905.

60 Zapiska po krest'janskomu delu predsedatelja vysočajše učreždennogo Osobogo so- veščanija o nuždach sel'skochozjajstvennoj promyšlennosti stats-sekretarja S. Ju. Vitte (Denkschrift des Vorsitzenden der allerhöchst gebildeten Sonderberatung über die Er- fordernisse des landwirtschaftlichen Gewerbes, des Staatsseretärs S. Ju. Vitte, zur Bauernfrage), Petersburg 1904.

61 Vitte, S. Ju., a. a. O., Bd. 2, S. 537.

62 PSZ, T. 3, Bd. 25, Nr. 26034.

63 Ebenda, Bd. 25, Nr. 26172.

64 CGIA SSSR, F. 381, Verz. 47, Nr. 594, Bl. 394 v.

Der Ukas vom 6. Mai 1905 erweiterte erheblich die Kompetenzen der Landwirtschaftsbehörden, wenn er gleichzeitig auch das Ministerium in eine Hauptverwaltung umwandelte, das heißt, in eine niedrigere Kategorie der Zentralbehörden einstuft. Dies lag daran, daß die ganze Umbildung ein etwas ungewöhnlicher Vorgang war. Es entstand ein Komitee für Bodenfragen als eine Art kleines Ministerkomitee. Die Landwirtschaftsbehörde wurde offiziell eine Art ausführendes Organ dieses Komitees, und deshalb konnte sie nicht im Range eines Ministeriums bleiben, weil nach Lage der Dinge für ein Ministerium nur das Ministerkomitee zuständig sein konnte.⁶⁵

Noch eine weitere Einzelheit ist erwähnenswert. Bei der vorangegangenen Umbildung war das Wort "Landwirtschaft" ausdrücklich in der Ministeriumsbezeichnung an die erste Stelle gesetzt worden (Ministerium für Landwirtschaft und Staatsgüter), um die Grundrichtung seiner Tätigkeit zu unterstreichen. Bei der Umbildung vom Jahre 1905 rückte das Wort Landwirtschaft in der Bezeichnung der Behörde auf den zweiten Platz (Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft).

Erster Leiter der Hauptverwaltung war P. Ch. Švanebach, den Vitte als eine Null bezeichnete; er hätte mit Hilfe von Damen aus der Zarenfamilie Karriere gemacht und durch Intrigen den Platz Ermolovs eingenommen.⁶⁶ Vitte, der Vorsitzender des Ministerrats geworden war, beeilte sich, Švanebach loszuwerden, und ersetzte ihn durch N. N. Kutler, einen "gemäßigten, nüchternen, bürokratisch geschulten Liberalen"⁶⁷, der als Spezialist für Agrarfragen galt. In seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft sprach er sich zunächst gegen und dann für den Gedanken einer Zwangsveräußerung von Teilen der Staats- und Gutsbesitzerländereien "zugunsten" der Bauern aus - ein Gedanke, der damals bereits selbst in ultrakonservativen Kreisen, die durch das Gespenst der Bauernrevolution erschreckt waren und gewisse Zugeständnisse machen wollten, Anklang fand. In einer Kommission, die Kutler unter seinem Vorsitz bei der Hauptverwaltung bildete, wurden die Grundlagen eines Gesetzentwurfs über die Bodenveräußerung ausgearbeitet, der außerordentlich hohe Kaufraten der Bauern vorsah. Im Januar 1906 wurde das Projekt in einer "Sonderberatung" des Ministerrats erörtert und von allen Ministern verworfen, da es ihrer Meinung nach das "geheiligte Prinzip" des gutsherrlichen Grundeigentums verletzte.⁶⁸ Die entscheidende Rolle spielte hierbei offenbar der Kongreß der Adelsmarschälle, der am 4. Januar 1906 tagte und den Entwurf, den er "nur vom Hörensagen und aufgrund privater Mitteilungen kannte", verwarf.⁶⁹ Das Scheitern des Projektes erklärt sich daraus, daß sich zu diesem Zeitpunkt in Rußland große politische Veränderungen vollzogen - der Dezemberaufstand in Moskau war niedergeschlagen, die Bauernbewegung ebte ab, und der Zarismus begann, von Konzessionen zum Angriff überzugehen. Sofort nach dem Scheitern des Projektes erklärte Nicolai II., er wolle Kutler nicht mehr unter seinen Ministern haben.⁷⁰ Kutler wurde von A. P. Nikol'skij abgelöst, einem Beamten des Finanzministeriums, der als entschiedener Gegner der Zwangsveräußerung für diesen Posten geeignet schien.

65 Ebenda, Bl. 184.

66 Vitte, S. Ju., a. a. O., Bd. 3, S. 453 f.

67 Lenin, W. I., Entwurf einer Rede zur Agrarfrage in der zweiten Reichsduma, in: Werke, Bd. 12, Berlin 1959, S. 276.

68 Vitte, S. Ju., a. a. O., Bd. 3, S. 201.

69 Lenin, W. I., Die Kadetten und die Agrarfrage, in: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 276.

70 Vitte, S. Ju., a. a. O., Bd. 3, S. 202 - 204. - Kutler wurde dann ein bekannter Politiker der Kadettenpartei; er gehörte zu den Verfassern ihres Agrarprogramms und war Deputierter der Staatsduma. Seine dortigen Stellungnahmen zur Agrarfrage unterzog Lenin einer vernichtenden Kritik.

Gleichzeitig verstärkte sich in Regierungskreisen mehr und mehr die Neigung zur Politik der Zerstörung der Gemeinde und des Gemeindeeigentums. Am 9. November 1906 wurde das erste Stolypinsche Agrargesetz angenommen, wonach es den Bauern erlaubt war, aus der Gemeinde auszutreten und sich vom Gemeindeland ihre eigene "Parzelle" abzutrennen. Am 4. März 1906 wurden - "um der Bauernbank dabei behilflich zu sein, ... den Bauern den Kauf von Land zu erleichtern" - Flurbereinigungskommissionen im Gouvernements- und Rayonmaßstab gebildet.⁷¹ In jeder dieser Kommissionen führte ein Adelsmarschall den Vorsitz, die Hauptperson war jedoch ein ständiges Mitglied, das von der Hauptverwaltung ernannt wurde. Die Hauptverwaltung arbeitete auch alle Verordnungen und Instruktionen für die Flurbereinigungskommissionen aus.

Durch den gleichen Ukas vom 4. März 1906 wurde das Komitee für Bodenfragen aufgelöst und an seiner Stelle ein Komitee für Flurbereinigung gebildet, das nun aber nicht über der Hauptverwaltung stand, sondern ihr offiziell beigeordnet war, und zwar unter Vorsitz des Leiters der Hauptverwaltung; dieses Komitee war zuständig für die Bildung von Flurbereinigungskommissionen im Gouvernements- und Rayonmaßstab und für ihre Anleitung, das heißt faktisch für die allgemeine Leitung der gesamten "Flurbereinigung".⁷² Das Komitee bestand aus Vertretern anderer Ministerien (aber nicht, wie im Falle des Komitees für Bodenfragen, aus deren Leitern).

Wie schon gesagt, gelang es dem Leiter der Hauptverwaltung nicht, ein Statut der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft auszuarbeiten. Ohne ein solches Dokument jedoch, das die organisatorische Struktur festlegte, konnte eine zentrale Regierungsbehörde nicht arbeiten, weshalb die Hauptkodifikationsbehörde Rußlands, die Staatskanzlei, mechanisch auf die vorhandenen Verordnungen über die einzelnen Behördenbestandteile der Hauptverwaltung zurückgriff und das entsprechende Dokument in der Gesetzessammlung - dem offiziellen Gesetzgebungshandbuch - veröffentlichte, allerdings nicht im Hauptteil, sondern im Anhang.⁷³ Dieses Dokument ist im Grunde genommen eine geringfügig veränderte und ergänzte Fassung des Statuts des Ministeriums für Landwirtschaft und Staatsgüter.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war in der Landwirtschaft Rußlands ein Aufschwung festzustellen, der sich in einem allgemeinen Wachstum und in einer Intensivierung der Produktion ausdrückte. Dies alles beruhte im wesentlichen auf der Tatsache, daß die Gutsbesitzer- und Kulakenwirtschaften den kapitalistischen Weg einschlugen. Dennoch war der Stand der landwirtschaftlichen Produktivität Rußlands, verglichen mit den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, auch weiterhin sehr niedrig. In den Jahren 1909 bis 1913 betrug die durchschnittliche Ertragsfähigkeit bei Getreide in Rußland 45 Pud je Desjatine; in Dänemark waren es 195, in Deutschland 152 und in Frankreich 90. Pro Kopf der Bevölkerung produzierte das Getreideexportland Rußland 26 Pud, während es in den USA 48, in Argentinien 68 und in Kanada 73 waren.⁷⁴ Diese Situation ließ die Frage der unzulänglichen organisatorischen Struktur der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung, die den Interessen der Landwirtschaft in keiner Weise gerecht wurde, erneut akut werden. Das kam speziell auch im Budget der Behörde zum Ausdruck; Waren dem Ministerium für Landwirtschaft und

71 PSZ, T. 3, Bd. 26, Nr. 27478.

72 Die Geschichte der Organisation des Komitees für Flurbereinigung und seiner Tätigkeit findet sich in der Jubiläumsschrift Komitet po zemleustroitel'nym delam. Kratkij očerk za desjatiletie (Das Komitee für Flurbereinigung. Kurzer Abriss eines Jahrzehnts), 1906, - 4. 3. 1916, Petrograd 1916.

73 Prodolženie 1906 g. Svoda zakonov Rossijskoj imperii (Fortsetzung der Gesetzessammlung des Russischen Reiches für das Jahr 1906), Bd. 1, T. 2: Organisation der Ministerien, Bellage zu Artikel 619.

74 Ljaščenko, P. I., a. a. O., Bd. 2, S. 277 f.

Staatsgüter 1905 "zur unmittelbaren Förderung" der Landwirtschaft 1,711 Millionen Rubel bewilligt worden, so erhielt die neugebildete Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft für 1906 für diese Zwecke alles in allem 1,599 Millionen Rubel.⁷⁵

1907 bildete der Leiter der Hauptverwaltung, B. A. Vasil'čikov, eine Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine grundlegende Umgestaltung der Landwirtschaftsbehörde. Die Arbeit der Kommission schleppte sich zunächst sehr träge dahin, aber unter dem Nachfolger Vasil'čikovs, A. V. Krivošein, belebte sie sich. Krivošein war stellvertretender Finanzminister gewesen und hatte die Adelsbank und die Bauernbank geleitet. Dieser Umstand gab seinen Umwandlungsplänen eine bestimmte Richtung. Er war der Meinung, die Umbildung vom Jahre 1905 sei in erster Linie deshalb unbefriedigend geblieben, weil eine Organisation der Hauptverwaltung geschaffen worden sei, die "entschieden nicht in der Lage" war, ihre Hauptaufgabe zu lösen - "die Verteidigung der ökonomischen Interessen der Landwirtschaft".

Von einem solchen Standpunkt aus erarbeitete die Kommission einige Varianten für eine Umgestaltung, die sich nur im Detail voneinander unterschieden. Die endgültige Fassung entsprach dem Text des Vorschlages, den Krivošein in der Staatsduma und im Staatsrat zu unterbreiten hatte. Dem Projekt waren eine "erläuternde" und eine "historische" Denkschrift beigegeben.⁷⁶ Das Projekt sah eine Umgestaltung der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft in ein Ministerium für Landwirtschaft vor. Die Notwendigkeit einer solchen Umbildung begründete Krivošein in seinen Denkschriften, wobei die Schärfe seiner Kritik an der Organisation und der Tätigkeit der Hauptverwaltung geradezu auf einen Vorwurf an die Adresse der Regierung hinauslief. Diese Kritik hatte natürlich formalen Charakter und betraf nicht die betriebene Politik, jedoch allein schon die Tatsache, daß ein solches Dokument ziemlich scharfe Töne aufwies, war etwas Ungewöhnliches, denn in Vorschlägen über die Umwandlung staatlicher Behörden, besonders zentraler, blieben in der Regel deren Organisation und deren Tätigkeit unbeanstandet; sie waren ja auch seinerzeit von der obersten Gewalt sanktioniert worden, und die Notwendigkeit einer Umbildung wurde in der Regel damit begründet, daß die Organisationsstruktur veraltet sei. In den erwähnten Denkschriften hieß es nun jedoch, die Regierung habe niemals konsequente Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft ergriffen; bis 1834 habe es in Rußland überhaupt keine Verwaltungszweige gegeben, deren Aufgabe die "Fürsorge" für die Landwirtschaft gewesen sei, in der Zeit von 1837 bis 1894 sei die Landwirtschaft nur eine zweitrangige Frage in der Kompetenz des Ministeriums für Staatsgüter gewesen, und die Umbildung vom Jahre 1905 habe den Zweck verfolgt, den Einfluß der Zentralbehörde auf die Entwicklung der Landwirtschaft zu stärken, was aber wiederum aufgrund der unzulänglichen Organisation der Hauptverwaltung unreal gewesen sei. Es war auch davon die Rede, daß in der Gesetzgebung nichts über die Wechselbeziehungen zwischen der Landwirtschaftsbehörde und den mit ihr verflochtenen Instanzen wie der Semstvoabteilung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und der Bauernbank ausgesagt werde. Ausführlich wurde auch auf die Unzulänglichkeit der Organisation der örtlichen Organe der Landwirtschaftsbehörde eingegangen. Das Endziel der Umbildung wurde folgendermaßen definiert: Bildung eines möglichst selbständigen Ministeriums, das für möglichst viele Fragen der Landwirtschaft zuständig sein sollte (dabei wurde betont, es sei auch daran gedacht zu beantragen, dem neuen Ministerium eine Reihe von Einrichtungen anderer Ministerien zuzuordnen, die für die Landwirtschaft von Belang waren, so zum Beispiel die Bauernbank, die dem Ministerium für Finanzen unterstand; wegen der Kompliziertheit solcher Maßnahmen müsse jedoch vorerst darauf verzichtet werden). Weiter wurde eine allseitige Hebung der Bedeutung der örtlichen Organe des Ministeriums

75 CGIA SSSR, F. 381, Verz. 47, Nr. 594, Bl. 324 v.

76 Diese Dokumente finden sich im CGIA SSSR, F. 381, Verz. 47, Nr. 594.

wie auch der verschiedenen örtlichen gesellschaftlichen Organisationen gefordert, die geeignet schienen, die Entwicklung der Landwirtschaft zu fördern; das Ministerium für Landwirtschaft, hieß es, solle ihnen gegenüber nicht nur als höchstes Verwaltungsorgan fungieren, sondern auch als Organ der Leitung und Zusammenarbeit. Hier folgte jedoch sofort die Einschränkung, daß das Ministerium keineswegs auf allen Gebieten mit den "örtlichen Kräften" zusammenarbeiten solle: Die Flurbereinigung und die Umsiedlung seien eng mit der allgemeinen Landwirtschafts- und Kolonisationspolitik der Regierung verbunden, und mit diesen Fragen müsse sich das Ministerium allein beschäftigen.⁷⁷

Das Projekt sah folgende organisatorische Struktur des Ministeriums für Landwirtschaft vor: Dem Minister sollten ein Rat, ein Hauptlandkomitee und ein Landwirtschaftsrat beigeordnet sein. Das Hauptlandkomitee sollte (anstelle des Komitees für Flurbereinigung) unter dem Vorsitz des Ministers für Landwirtschaft aus stellvertretenden Ministern gebildet werden: den stellvertretenden Ministern für Landwirtschaft, Innere Angelegenheiten, Justiz, Finanzen und Vertretern einer Reihe anderer hoher Instanzen. Seine Bedeutung sollte größer sein als die des Komitees für Flurbereinigung, da in seine Kompetenz faktisch alle Maßnahmen zur Verwirklichung der Bodenpolitik der Regierung fallen sollten. Der Landwirtschaftsrat war als Hauptzentrum der Verbindungen zu den "örtlichen Kräften" gedacht, und das bestehende Verfahren der Ernennung "örtlicher Persönlichkeiten" sollte durch ihre Wahl aus den Reihen der Semstvosversammlungen ohne nachfolgende Bestätigung des Ministers ersetzt werden.

Das Ministerium für Landwirtschaft sollte aus zwei Strukturteilen bestehen; einem für Landwirtschaftsfragen und einem weiteren für Bodenversorgungsfragen.

An der Spitze der erstgenannten sollte ein Versuchsinstitut für Landwirtschaft mit einem wissenschaftlichen Komitee stehen; in den Händen dieses Instituts sollte die administrative und wissenschaftliche Leitung aller landwirtschaftlichen Versuchsangelegenheiten Rußlands liegen, weshalb seine Aufgliederung in Fachabteilungen vorgesehen war. Mit der Landwirtschaft sollten sich auch das Departement für Landwirtschaft, das nur praktische Maßnahmen durchführte, sowie das Departement für landwirtschaftliches Gewerbe - die erweiterte Abteilung für Landwirtschaftsökonomik und landwirtschaftliche Statistik, die sich vom Standpunkt der Interessen der Landwirtschaft mit Fragen landwirtschaftlicher Kredite, der zweckmäßigsten Anlage von Eisenbahnlinsen, den Eisenbahntarifen, Zollfragen usw. befassen sollte - und das Departement für Bodenverbesserungen - die erweiterte Abteilung für Bodenverbesserungen - beschäftigen.

Die Bodenversorgung sollte für das europäische Rußland in den Händen des Departements für Flurbereinigung und für das asiatische Rußland in denen des Umsiedlungsdepartements liegen. Das Departement für Staatsgüter sollte abgeschafft werden.

Außerdem sollte das Ministerium für Innere Angelegenheiten die Veterinärverwaltung an das Ministerium für Landwirtschaft abgeben. Das Projekt sah eine gänzlich neue Organisationsstruktur der örtlichen Organe der Landwirtschaftsbehörde vor: Grundlage des Systems waren landwirtschaftliche Beratungen auf Kreisebene, die von "örtlichen Kräften" (Semstvos, landwirtschaftlichen Gesellschaften und ähnlichen Organisationen) gebildet werden sollten. Jede Beratung umfaßte eine Reihe angrenzender Gouvernements mit vergleichbaren landwirtschaftlichen Bedingungen. Die Beratungen sollten Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft in ihren Bezirken erörtern und sie dem Landwirtschaftsrat vortragen. Im Gouvernementsmaßstab waren streng bürokratische Landwirtschaftsbehörden, jedoch auch Gouvernements- und Rayonkommissionen für Flurbereinigung (im europäischen Rußland) sowie Landzuteilungskommissionen und Verantwortliche für Umsiedlungsfragen (im asiatischen Rußland), ferner Komitees für Fragen landwirtschaftlicher Kredite und ei-

ne Reihe anderer Fachkomitees vorgesehen. Die ursprüngliche Variante des Projekts sah Landwirtschaftsberatungen im Gouvernements- und Rayonmaßstab vor (die Beratungen auf Rayonebene unter Hinzuziehung von Vertretern der Bauern). Natürlich war nur an die bäuerliche Oberschicht gedacht; Vertreter der Dorfarmut hatten in den Beratungen nichts zu suchen. Dennoch wurde diese Variante vom Landwirtschaftsrat verworfen, der das Projekt begutachtete. Auf besondere Ablehnung stieß dabei der Vorschlag, zu den Beratungen Vertreter der Bauern hinzuzuziehen, da sie, wie gesagt wurde, "unerwünschten Einflüssen" unterliegen könnten. Der Landwirtschaftsrat erklärte, er werde den Gouvernements- und Rayonberatungen nur unter der Bedingung zustimmen, daß sie sich auf die ökonomischen Beratungen der Semstvos stützten, denn mit den Semstvos könne die Regierung leicht fertig werden, weil sie über ihre Geldmittel entscheide.⁷⁸ Während der Tätigkeit der Kommission kam es zu einer Episode, die insofern von Interesse ist, als sie die Regierung veranlaßte, mit äußerster Offenheit ihren Standpunkt zur Agrarfrage darzulegen.

Ende 1908 unterbreiteten 32 Mitglieder der Staatsduma, fast durchweg (bäuerliche) Mitglieder der extrem rechten Parteien, einen Gesetzentwurf, wonach die Bauernbank der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft eingegliedert werden sollte; als Begründung wurde darauf hingewiesen, daß sich die Bank als Bestandteil der Finanzbehörde nicht um das Wohl der Bauern kümmern könne; sie vergebe nur geringfügige Anleihen, beenge die Flurbereinigungskommission in ihrer Tätigkeit und anderes mehr.⁷⁹ Krivošein, an sich ein leidenschaftlicher Verfechter der Idee einer solchen Veränderung, verhielt sich diesem Projekt gegenüber zurückhaltend, weil ihm die Lösung der Frage - mechanische Übergabe einer Kreditinstitution durch die Finanzbehörde an die Landwirtschaftsbehörde - zu primitiv erschien. In diesem Sinne äußerte er sich auch gegenüber dem Vertreter des Ministeriums.⁸⁰ Der Vorsitzende der Duma unterbreitete den Gesetzentwurf währenddessen dem Ministerium für Innere Angelegenheiten zur Begutachtung; dort fiel das Urteil noch negativer aus, aber aus völlig anderen Erwägungen. Die Verfasser des Gesetzentwurfs, heißt es in dem Gutachten der Semstvoabteilung⁸¹, wollen, daß die Bauernbank die Bauern beim Erwerb von Privatland stärker unterstützt, aber "wäre es denn vom staatlichen Standpunkt aus wünschenswert, die Beseitigung des großen und mittleren Grundbesitzes zu forcieren und an seiner Stelle die kleinbäuerliche Wirtschaft zu fördern?" Nein, antwortet die Semstvoabteilung, vom staatlichen Standpunkt aus gesehen, ist das absolut nicht wünschenswert, denn der "große und mittlere Landbesitz hat größte Bedeutung" - erstens "politisch", und zwar insofern, als die großen und mittleren Grundbesitzer aufgrund ihrer Interessen für das Eigentum eintreten müssen, für eine starke Macht, für die Monarchie und gegen den Sozialismus und "die radikale Demokratie"; gerade sie schirmen die Semstvos gegen den Zugriff "radikal-demokratischer Elemente" ab. Zweitens hat der große und mittlere Grundbesitz als Träger des Exports Rußlands größte ökonomische Bedeutung. Weiter wird in dem Gutachten der Semstvoabteilung behauptet, der große und mittlere Grundbesitz ernähre einen erheblichen Teil der Bauern. "Eine richtige Agrarpolitik in Rußland" heißt es weiter, "muß darauf gerichtet sein, den großen und mittleren Grundbesitz zu schützen, nicht aber auf seine Kosten den bäuerlichen Besitz zu erweitern, der bei uns auch ohnedies einen viel zu großen Platz einnimmt". In Anbetracht all dessen gelangte die Semstvoabteilung zu dem Ergebnis, die Bauernbank müsse weiterhin dem Ministerium für Finanzen zugeordnet sein; dies

78 Ebenda, F. 23, Verz. 9, Nr. 126, Bl. 4 v. (Das Original der Journaleintragung des Landwirtschaftsrats war nicht auffindbar; wir stützen uns daher auf eine der Kopien, die der Rat an andere Behörden versandte.)

79 Ebenda, F. 1291, Verz. 120, Nr. 53, 1908, Bl. 2.

80 Ebenda, F. 1276, Verz. 20, Nr. 46, Bl. 142 v - 143.

81 Ebenda, F. 1291, Verz. 120, Nr. 53, 1908, Bl. 17 - 19.

begründete sie mit folgendem Argument: "Die Flurbereinigungsbehörde kann jetzt Anträgen der Bauern unter Hinweis auf den Widerstand einer anderen Behörde entgegenreten, aber wenn die Bauernbank der Behörde für Flurbereinigung übergeben würde, wäre eine solche Entschuldigung nicht möglich, und die Zerstückelung des Großgrundbesitzes würde in verstärktem Tempo vor sich gehen."

Das Projekt zur Umbildung der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft wurde auf einer überbehördlichen Beratung erörtert, und es gab viele Bemerkungen dazu⁸², vor allem von seiten des Ministeriums für Innere Angelegenheiten. Dieses wandte sich dagegen, daß die Mitglieder des Landwirtschaftsrats von Semstversammlungen ohne nachfolgende Bestätigung durch den Minister gewählt werden sollten. "Es erscheint auch aus Erwägungen politischer Art ratsamer", heißt es in der Stellungnahme, "alle genannten Mitglieder entweder durch den Minister für Innere Angelegenheiten oder aber durch den Minister für Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Minister für Innere Angelegenheiten bestätigen zu lassen." Das Ministerium für Innere Angelegenheiten erklärte, daß es landwirtschaftlichen Beratungen überhaupt nicht zugetan sei und sie nur dann billigen könne, wenn laut gesetzlicher Regelung ihre Beschlüsse für niemanden verbindlich seien; außerdem könne nur der Gouverneur den Vorsitz dieser Beratung übernehmen. Dann unterbreitete Krivošein das Projekt, wie im Gesetz vorgesehen, dem Ministerrat zur "Billigung", der darüber eine besondere Journaleintragung vom 28. September 1910 anfertigte.⁸³ Im Ministerrat ging es bei den Erörterungen vor allem um die für die Bauernbank zuständige Dienstaufsichtsbehörde. Krivošein betonte, daß es im Prinzip zweckmäßig sei, sie dem Ministerium für Landwirtschaft zu unterstellen; die ganze Angelegenheit sei jedoch sehr kompliziert und sollte allein deshalb vertagt werden. Jetzt sei es jedoch erforderlich, die Mitwirkung des Ministeriums an der Arbeit der Bank gesetzlich zu verankern. Der Ministerrat billigte den Gesetzentwurf und sprach sich für die Einberufung einer Sonderberatung zur Erörterung der für die Bauernbank zuständigen Dienstaufsichtsbehörde aus. Nikolai II. bestätigte die besondere Journaleintragung des Ministerrats am 21. Januar 1911.

Am 4. November wurde das Projekt der Staatsduma unterbreitet, und am 10. November ging es zur vorbereitenden Beratung an die Landwirtschaftskommission der Duma, die es dann, wie jedes Projekt über die Umbildung staatlicher Behörden, der Budgetkommission zur Beschlußfassung zu unterbreiten hatte. In der Landwirtschaftskommission wurde das Projekt vom 7. Dezember 1910 bis zum 24. April 1911 auf 16 Sitzungen beraten; das Ergebnis war ein umfassender Bericht, der im Geiste der Stolypinschen Agrarpolitik gehalten war⁸⁴ (Berichterstatter der Landwirtschaftskommission war der "Nationalist" S. M. Bogdanov, Professor für Agronomie an der Kiever Universität). Die Kommission billigte das Projekt im großen und ganzen, und zwar vor allem deshalb, weil es "überall der Privatinitiative und der örtlichen gesellschaftlichen Selbstbetätigung den Hauptplatz einräumt"; sie hob ferner hervor, daß sich darin "die Rolle der Regierungsorgane darauf beschränkt, jede Art von Hilfe zu erweisen".⁸⁵ Die Kommission schlug vor, die Zahl der gewählten Mitglieder im Landwirtschaftsrat zu vergrößern und die Unterstützung der Organisationen, die sich mit dem Absatz landwirtschaftlicher Produkte befaßten, dem Departement für landwirtschaftliches Gewerbe zu übertragen.

Die Landwirtschaftskommission leitete ihren Bericht an die Budgetkommission weiter, aber ehe diese ihrerseits darüber beraten hatte, lief die Amtszeit der III. Duma ab. Nach dem

82 Ebenda, F. 1284, Verz. 185, Nr. 1, 1910, T. 1, Bl. 500 - 520 u. 744 - 771.

83 Ebenda, F. 1276, Verz. 24, Nr. 46, Bl. 132 - 151 v.

84 Ebenda, F. 1278, Verz. 6, Nr. 72, Bl. 307 - 405.

85 Ebenda, Bl. 316 v.

Gesetz leitete die IV. Staatsduma am 10. Dezember 1912 das Projekt wiederum der Landwirtschaftskommission zur Begutachtung zu; dort wurde es vom 23. Januar bis zum 14. März 1913 auf 13 Sitzungen erneut erörtert. Das Ergebnis war ein neuer Bericht der Landwirtschaftskommission (vom 21. Juni 1913), der sich im wesentlichen an den ersten anlehnte, jedoch eine aktivere Teilnahme der Semstvos an der Tätigkeit der örtlichen Landwirtschaftsorganisation vorschlug.⁸⁶ Am 17. April 1914 wurde das Projekt von der Budgetkommission erörtert, die die Korrekturen der Landwirtschaftskommission nicht akzeptierte und im wesentlichen dem Text zustimmte, der vom Leiter der Hauptverwaltung vorgelegt worden war (mit Ausnahme einiger Einzelheiten).⁸⁷ Bald jedoch begann der Krieg und setzte der Zirkulation des Gesetzentwurfs ein Ende.

Das Studium des Projektes von Krivošein zeigt, daß es von allen Entwürfen für die Schaffung eines Zentralorgans zur Leitung der Landwirtschaft das bedeutungsvollste war. Krivošein war und blieb bis zum Ende ein Verfechter der Interessen des grundbesitzenden Adels, ein geschworener Feind der revolutionären Bewegung,⁸⁸ In der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft war er zweimal tätig; von 1905 bis 1906 als rechte Hand des Leiters und von 1908 bis 1915 als Leiter. Anfangs eine Stütze der aristokratisch-fronherrlichen Richtung, die für die "Bewahrung" der bäuerlichen Gemeindeordnung eintrat, wurde er später, in den für die Agrarpolitik des Zarismus umwälzenden Jahren zu einem der engsten Mitarbeiter Stolypins.⁸⁹

Der kluge und energische Beamte Krivošein, dessen Horizont weiter war als der seiner Vorgänger, begriff, daß bei einem allgemeinen Verfall der Landwirtschaft keinerlei Agrarpolitik von Erfolg gekrönt sein konnte, und versuchte daher, ein Verwaltungssystem zu schaffen, das ihre Entwicklung begünstigte. In seiner klassenmäßigen und politischen Beschränktheit konnte er jedoch nicht erkennen, daß er das Unerfüllbare anstrebte.

Der Krieg traf die Landwirtschaft Rußlands außerordentlich schwer.⁹⁰ Die zaristische Regierung mußte eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Regelung der Ernährungsfrage ergreifen; in erster Linie ging es dabei um die Versorgung der Armee, aber auch um die Verhütung einer Hungersnot, die den regierungsfeindlichen Demonstrationen Auftrieb geben mußte.

Bereits am 1. August 1914 beauftragte der Ministerrat die Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft mit dem Aufkauf und der Beschaffung von Agrarprodukten für die Armee.⁹¹ Der Leiter der Hauptverwaltung, Krivošein, benannte zwei Hauptbevollmächtigte - einen für die Getreidelieferung und einen für die Lieferung von tierischen Produkten und Heu. So entstanden innerhalb der Hauptverwaltung zwei neue Strukturteile: eine Kanzlei des Hauptbevollmächtigten für die Getreideversorgung der Armee und eine Abteilung für die Lebens- und Futtermittelsversorgung der Armee. Interessanterweise ließ sich kein Gesetzesakt über die Errichtung dieser beiden Behörden auffinden; offenbar wurden sie eigenmächtig gebildet, was zu anderer Zeit nicht möglich gewesen wäre.

86 Ebenda, Bl. 413 - 534.

87 Ebenda, F. 1278, Verz. 5, Nr. 354, Bl. 7 - 12 v.

88 1920 stand A. V. Krivošein an der Spitze der konterrevolutionären Vrangalregierung auf der Krim.

89 S. Ju. Vitte betrachtete Krivošein als "Karrieristen, und zwar einen sehr gerissenen Karrieristen". (Vitte, S. Ju., a. a. O., Bd. 3, S. 205.)

90 Ljaščenko, P. I., a. a. O., Bd. 2, S. 634 - 637; Anfimov, A. M., Rossijskaja derevnja v gody I Mirovoj vojny (1914 - fevral' 1917 g.) (Das russische Dorf in den Jahren des ersten Weltkriegs [1914 - Februar 1917]), Moskau 1962.

91 CGIA SSSR, F. 1276, Verz. 20, Nr. 73, Bl. 9 - 11.

Durch ein Gesetz vom 17. August 1915 wurden im Zusammenhang mit dem Krieg eine Reihe oberster Instanzen geschaffen, die unmittelbar dem Zaren unterstellt und nur ihm verantwortlich waren: Sonderberatungen "zur Erörterung und Vereinheitlichung von Maßnahmen" auf dem Gebiet der Verteidigung, der Brennstoffversorgung, der Lebensmittelversorgung usw.⁹² Vorsitzender der Sonderberatung für Lebensmittelversorgung wurde der Leiter der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft. Diese Instanz befaßte sich mit der planmäßigen Requirierung und Verteilung von landwirtschaftlichen Produkten. Ihre Geschäftsführung lag zunächst in den Händen von zwei, später von sechs Abteilungen.

Die Zusammenfassung der Funktion des Leiters der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft und derjenigen des Vorsitzenden einer der wichtigsten "Sonderberatungen" in den Händen ein und derselben Person hob natürlich die Bedeutung der Hauptverwaltung im Gesamtsystem der Staatsverwaltung. Die "Flurbereinigung" (Zuweisung von "Sonderland" und Einzelgehöften) und die Umsiedlungen kamen dabei durch den Krieg faktisch zum Erliegen, und die Landwirtschaftsbehörde hatte sich nun gerade wegen des Krieges stärker um die Landwirtschaft als solche zu kümmern: Sie mußte sich mit der Herstellung der nötigen Maschinen, Geräte und Düngemittel befassen, leistungsschwachen bäuerlichen Wirtschaften eine gewisse Unterstützung geben usw. Dies alles führte dazu, daß die Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft durch ein Gesetz vom 26. Oktober 1915 in ein Ministerium für Landwirtschaft umbenannt wurde, ohne daß dies mit irgendwelchen organisatorischen Veränderungen innerhalb dieser Behörde verbunden gewesen wäre.⁹³ Das war der letzte und ziemlich unbedeutende Akt in der Organisationsgeschichte der Landwirtschaftsbehörde des zaristischen Rußlands.

(Übersetzt von Roswitha Czollek)

92 SU, 1915, 19. August, Abt. 1, Artikel 1760.

93 Ebenda, 1915, 27. Oktober, Abt. 1, Artikel 2272.

Grundlegende amtliche Drucksachen, die Angaben über die Organisation der Landwirtschaftsbehörde des zaristischen Rußlands enthalten:

Svod zakonov Rossijskoj imperii (Gesetzessammlung des Russischen Reiches), Ausgabe 1842, Bd. 1, Buch 4, Abteilung 4; Ausgabe 1857, Bd. 1, Buch 4, Abteilung 4; Ausgabe 1892, Bd. 1, Buch 5, Abteilung 6; Fortsetzung der Gesetzessammlung 1906, Bd. 1, Teil 2, Anhang zu Artikel 619.

PSZ, T. 2, Bd. 11, Nr. 9119 (1836), Bd. 12, Nr. 10834 (1837), Bd. 13, Nr. 11189 (1838); PSZ, T. 3, Bd. 14, Nr. 10457 (1894), Bd. 19, Nr. 16751 (1899), Bd. 22, Nr. 21694 (1902), Bd. 25, Nr. 26172 (1905), Bd. 26, Nr. 27478 (1906).

Adres-kalendarj. Obščaja rospis načal' stvujuščich i pročich dolžnostnych lic po vsem upravlenijam v Rossijskoj imperii (Anschriftenverzeichnis. Allgemeines Verzeichnis leitender und sonstiger Amtspersonen für alle Verwaltungen des Russischen Reiches), T. 1, Behörden und Sitz der Zentralverwaltung und ihre Ressorts, T. 2, Behörden und Sitz der Verwaltungen: für Gouvernements, Gebiete, Rayons und Kreise (erschien jährlich; enthält jährliche Angaben über die Struktur der zentralen und örtlichen Organe der Landwirtschaftsbehörde für die Zeit von 1837 bis 1915); Očerki pjatidesjatiletnej dejatel'nosti Ministerstva gosudarstvennych imuščestv. 1837 - 1887 (Abriß der fünfzigjährigen Tätigkeit des Ministeriums für Staatsgüter. 1837 - 1887), Petersburg 1887; Istoričeskoe obozrenie pjatidesjati letnej dejatel'nosti Ministerstva gosudarstvennych imuščestv. 1837 - 1887 (Historische Übersicht über die fünfzigjährige Tätigkeit des Ministeriums für Staatsgüter. 1837 - 1887), 5 Teile, Petersburg 1888 (T. 1: Verwaltung und Reorganisation des Ministeriums, T. 3, Abt. 2: Organisation der staatlichen Forstverwaltung); Sel'skochozjajstvennoe vedomstvo za 75 let ego dejatel'nosti. 1837 - 1912 gg. (Die Landwirtschaftsbehörde während ihrer 75jährigen Tätigkeit. 1837 - 1912), Petrograd 1914; Stoletie učreždenija Lesnogo departamenta. 1798 - 1898 (Hundert Jahre Forstdepartement. 1798 - 1898), Petersburg 1898; Obzory dejatel'nosti Ministerstva zemledelija i gosudarstvennych imuščestv - Glavnogo upravlenija zemleustrojstva i zemledelija za 1894 - 1914 gg. (Überblicke über die Tätigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft und Staatsgüter und der Hauptverwaltung für Flurbereinigung und Landwirtschaft in der Zeit von 1894 - 1914), Petersburg/Petrograd 1895 - 1915; MVD. Zemskij otdel (Ministerium für Innere Angelegenheiten. Semstvoabteilung). 1858 4/III 1908. Petersburg 1908; Bojanus, A. K., Otčet po Zemskomy otdely. Kratkij obzor ego sovremennoj dejatel'nosti. 19 fevralja 1861 - 19 fevralja 1911 (Bericht über die Semstvoabteilung. Kurzer Abriß ihrer gegenwärtigen Tätigkeit. 19. Februar 1861 - 19. Februar 1911), Petersburg 1911.

WIRTSCHAFTSPOLITIK - TERRITORIALSTAAT - NATION

Die Haltung des preußischen Bürgertums zu den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Sachsen (1740 bis 1786)

von Ingrid Mittenzwei

Als im Jahre 1955 die von E. F. Söderlund revidierte neue Ausgabe des Werkes von Eli F. Heckscher über den Merkantilismus¹ erschien, entspann sich unter den bürgerlichen Wirtschaftshistorikern eine Diskussion² um diese Arbeit, in der es unter anderem um den Merkantilismus-Begriff ging. Der Engländer Coleman, der die Diskussion eröffnete, erkannte diesen Begriff lediglich für die Kennzeichnung einer Richtung ökonomischen Denkens an, wollte ihn aber aus den verschiedensten Ursachen, vor allem wegen des Vorherrschens allgemein politischer Motive nicht auf die Wirtschaftspolitik ausgedehnt wissen. Dagegen bezog der Holländer van Dillen den Merkantilismus-Begriff auch auf die Wirtschaftspolitik. Er räumte darüber hinaus im Anschluß an Schmoller³ und korrespondierend mit den Ansichten Heckschers dem Machtfaktor in der merkantilistischen Wirtschaftspolitik einen entscheidenden Platz ein.

1 Heckscher, Eli Filip, Der Merkantilismus, autor. Übersetzung aus dem Schwedischen v. Gerhard Mackenroth, 2 Bde, Jena 1932. - Das schwedische Original war im Jahre 1931 erschienen, die 1. Aufl. der englischen Übersetzung stammt aus dem Jahre 1935, die 2. wurde 1953 veröffentlicht und die 2. schwedische Aufl. erschien 1955.

2 Vgl. Coleman, D. C., Eli Heckscher and the Idea of Mercantilism, in: The Scandinavian Economic History Review, 1957, S. 3 - 25; Coats, W., Defense of Heckscher and the Idea of Mercantilism, in: ebenda, S. 173 - 187; Hutchison, Terence W., Keynes und die Geschichte der klassischen Nationalökonomie, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1957, S. 393 - 410; van Dillen, J. G., De betekenis van het begrip Mercantilisme voor de economische en politieke geschiedenis, in: Tijdschrift voor Geschiedenis, 1959, S. 177 - 205; van Klaveren, Jacob, Fiskalismus - Merkantilismus - Korruption. Drei Aspekte der Finanz- und Wirtschaftspolitik während des Ancien Régime, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 1960, S. 333 - 353; Bog, Ingomar, Der Merkantilismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 1961, S. 125 - 145; vgl. auch derselbe, Der Reichsmerkantilismus. Studien zur Wirtschaftspolitik des Heiligen Römischen Reiches im 17. und 18. Jh., Stuttgart 1959; zuletzt erschienen Coleman, D. C., Revisions in Mercantilism, London 1959; Deon, Pierre, Le mercantilisme, Flammarion 1969. - Auf die Diskussion insgesamt kann in diesem Aufsatz nicht eingegangen werden. Lediglich die dort aufgeworfene Frage der Machtpolitik wird berührt.

3 Vgl. Schmoller, Gustav, Studien über die wirtschaftliche Politik (im folgenden: Studien) Friedrichs des Großen und Preußens überhaupt von 1680 bis 1786, II: Das Merkantilssystem in seiner historischen Bedeutung, städtische, territoriale und staatliche Wirtschaftspolitik, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Bd. 8, 1884, S. 15 ff.

Die unterschiedlichen Auffassungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung über den Merkantilismus, die Entgegensetzung von ökonomischer Lehre und Wirtschaftspolitik einerseits und von Wirtschafts- und Machtpolitik andererseits sind in nicht geringem Maße darauf zurückzuführen, daß die Ursachen für das Entstehen der merkantilistischen Theorie nicht bloßgelegt⁴ bzw. bestimmte Seiten der historischen Wirklichkeit, die Voraussetzung für das Aufkommen merkantilistischer Ansichten waren, vereinzelt, isoliert und somit verabsolutiert betrachtet werden.

Bei aller Unterschiedlichkeit der zur Diskussion gestellten Auffassungen, trotz aller Einschränkungen, die zurecht gegen eine kritiklose Anwendung des Begriffs Merkantilismus auf die Wirtschaftspolitik erhoben wurden, stößt man auch in dieser Debatte auf keine Einwände gegen die bereits bei Schmoller anzutreffende, auch bei Heckscher vorhandene und von einzelnen Diskussionsteilnehmern heute wieder vorgenommene Gleichsetzung von Staat und Nation als Wirkungsbereich einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Diese Gleichsetzung aber schafft für die deutsche Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts, insbesondere für die Beurteilung der in den deutschen Territorialstaaten praktizierten Wirtschaftspolitik, nicht wenig Verwirrung.

Karl Marx, der auf den "nationalen Charakter des Merkantil-Systems" verwies⁵, ging nicht nur vom nationalen Anspruch seiner theoretischen Wortführer aus, sondern vor allem von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, deren theoretischer Reflex der nationale Anspruch der merkantilistischen Theoretiker war. Denn in Wechselbeziehung mit der beschleunigten manufakturkapitalistischen Entwicklung beispielsweise solcher Staaten wie England und Frankreich bildete sich zu dieser Zeit die bürgerliche Nation heraus, die einerseits den Rahmen für die massenhafte Umwandlung von Handels- in industrielles Kapital und für die "industrielle Exploitation der natürlichen nationalen Produktivkräfte" absteckte, andererseits aber als Erscheinung der Klassengesellschaft zu anderen sich entwickelnden Nationen in ein Konkurrenzverhältnis trat, in den Handelskampf, der unter anderem mit Mitteln betrieben wurde, die dem theoretischen Arsenal der Merkantilisten entlehnt worden waren. Und gerade weil der nationale Anspruch der merkantilistischen Wortführer des aufstrebenden Bürgertums seine innere und äußere Seite hat, weil die von ihren Vorstellungen abgeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch nach außen, gegen andere Staaten gekehrt wurden, deshalb kann bei der Beurteilung der mit merkantilistischen Mitteln betriebenen Wirtschaftspolitik nicht von der Sphäre abstrahiert werden, innerhalb der sie wirksam wurde. Für Schmoller, der den Merkantilismus in seine "Theorie" von den Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung einfügte, löste sich der Widerspruch, der sich aus der Anwendung einer national geprägten Wirtschaftstheorie auf die deutschen Territorialstaaten ergab, recht einfach. Für ihn war der Merkantilismus energischer "Kampf für eine gesunde Staats- und Volkswirtschaftsbildung, für eine Überwindung der lokalen und provinziellen Wirtschaftsinstitutionen"⁶, wobei er, von der preußischen Entwicklung ausgehend, Staatsbildung und Nationbildung gleichsetzte; denn Preußen betrieb nach seiner Meinung nationale Politik größten Stils. Die ihm folgenden borussischen Historiker waren in Übereinstimmung mit den Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Geschichtsforschung bei der Verwendung des Begriffs national im Hinblick auf Preußen bereits vorsichtiger. Ging Schmoller bei seiner Definition des Merkantilismus allein vom territorialen Wirkungsbereich merkantilistischer Wirtschaftspolitik aus, so abstrahierten diese bereits weitgehend von ihm und rückten dafür ein Moment

4 Darauf verweist der schwedische marxistische Wirtschaftshistoriker Herlitz, Lars, The Concept of Mercantilism, in: The Scandinavian Economic History Review, Bd. 12, 1964, S. 101.

5 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 793.

6 Schmoller, Gustav, a. a. O., S. 58.

in den Vordergrund, das in der zur Zeit geführten Diskussion eine erhebliche Rolle spielt, die mit wirtschaftlichen Mitteln betriebene Machtpolitik. Ausgehend von den subjektiven Zielen der Herrschenden, die sich in ihrer Wirtschaftspolitik von merkantilistischen Anregungen leiten ließen, betrachteten sie den Merkantilismus als ein Wirtschaftssystem, das dazu bestimmt war, staatliche Macht zu fördern.⁷ Nun besteht zweifellos nicht nur ein Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Machtpolitik, sondern auch zwischen nationaler und Machtpolitik. Nicht die Tatsache, daß die borussischen Historiker den Machtfaktor überhaupt in die Bestimmung merkantilistischer Wirtschaftspolitik einbezogen, ist daher zu kritisieren, sondern daß sie ihn zum bestimmenden erklärten und vom Wirkungsbereich der in anderen Staaten mit Machtmitteln betriebenen Wirtschaftspolitik abstrahierten.

Deutschland war in Mittel- und Westeuropa, sieht man von Italien ab, das einzige Land, wo es eine Antinomie zwischen Wirtschafts-, nationaler und Machtpolitik gab. Die besondere Entwicklung Deutschlands brachte es mit sich, daß hier von merkantilistischen Vorstellungen ausgehende Politik von Regenten und Beamten territorialstaatlicher Gebilde betrieben wurde. Zwar büßte diese Politik dadurch ihre einheitsfördernde Wirkung nicht ein, begrenzte sie aber auf den territorialen Rahmen. Sieht man von dieser fundamentalen Tatsache ab, will man über die Möglichkeit merkantilistischer Wirtschaftspolitik im territorial zerrissenen Deutschland lediglich von einem Territorialstaat ausgehend urteilen, muß man zwangsläufig zu Fehldeutungen sowohl über den Charakter wie über die Wirkung dieser Politik kommen. Aus diesem Grunde soll hier versucht werden, einen Aspekt der preußischen Wirtschaftspolitik, die Zollpolitik Friedrichs II. gegenüber Sachsen, daraufhin zu untersuchen, wie diese bei Anwendung von Mitteln, die auch in den sich entwickelnden Nationalstaaten im Gebrauch waren, auf Preußen selbst, vor allem auf das preußische Bürgertum, wie auf die dem künftigen deutschen Nationalverband angehörenden Nachbarstaaten Preußens wirkte.

Als Friedrich II. 1740, im Jahre seines Herrschaftsantritts, die "günstige" Gelegenheit ergriff und das unter österreichischer Herrschaft stehende Schlesien eroberte, legte er nicht nur den Grund für den die ganze deutsche Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts beherrschenden preußisch-österreichischen Dualismus, auch die Beziehungen zu Sachsen spitzten sich erneut zu. Mit Sachsen, dem alten Rivalen Preußens, hatte schon Friedrich Wilhelm I. lange zollpolitische Auseinandersetzungen geführt. Im Jahre 1728 waren diese durch den Abschluß eines Kommerzentraktates beendet worden. Friedrich II. nahm die Kämpfe wieder auf. Ausgangspunkt des die ganze zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts andauernden wirtschaftlichen Ringens war die Eroberung Schlesiens, folglich ein politischer Machtakt, wie schon hier festzustellen ist. Der Tod Karls VI. hatte aber nicht nur Preußen auf den Plan gerufen. Auch Sachsen wollte seinen Teil an der österreichischen Beute; es reflektierte auf Niederschlesien, um sich so eine Verbindung nach Polen zu schaffen. Die Auseinandersetzungen um Schlesien, die, wie Ziekursch feststellte, für Sachsen ein Kampf um seine wirtschaftliche und politische Machtstellung war⁸, fachte Sachsens und Preußens alte Gegnerschaft wie-

7 Vgl. vor allem Hintze, Otto, Die Industrialisierungspolitik Friedrichs des Großen (verglichen mit den von Goßlerschen Plänen für Westpreußen), Vortrag, Danzig 1903, S. 9. - Hintze bezeichnet das Merkantilssystem hier als ein Wirtschaftssystem, "das dazu bestimmt war, die staatliche Macht zu fördern"; vgl. auch Naudé, Wilhelm, Die merkantilistische Wirtschaftspolitik Friedrich Wilhelms I. und der Küstriner Kammerdirektor Hille, in: Historische Zeitschrift, 1903, S. 2; Rachel, Hugo, Das Berliner Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, Berlin 1931 = Berlinische Bücher, Bd. 3, S. 4.

8 Vgl. Ziekursch, Johannes, Sachsen und Preußen um die Mitte des 18. Jh. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Erbfolgekrieges, Breslau 1904, S. 38; Senftner, Georg, Sachsen und Preußen im Jahre 1741, zugleich ein Beitrag zu Klein-Schnellendorf, phil. Diss. Berlin 1904.

der an, bestimmte Anfang der vierziger Jahre das Verhältnis beider Staaten zueinander, so daß Friedrich Sachsen im Jahre 1741 als seinen gefährlichsten Feind einschätzte.⁹ Der Ausgang der Kämpfe stellte Sachsen auch in ökonomischer Beziehung vor eine neue Situation. Mit der Eroberung Schlesiens hatte Preußen nicht nur sein Gewicht in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit dem überlegenen Sachsen erhöhen können, in seiner Hand waren nun sämtliche Transitgebiete des Leipziger Osthandels.¹⁰ Das schuf für das seit langem um den polnischen Handel mit Sachsen konkurrierende Preußen¹¹ neue Möglichkeiten, die es sofort und ohne Skrupel ausnutzte. Wie in den Beziehungen zu Österreich, so hatte auch im Verhältnis zu Sachsen die Inbesitznahme Schlesiens zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten Preußens geführt.¹²

Noch vor Beendigung des österreichischen Erbfolgekrieges, im Jahre 1742, begann die sächsische Seite über zum Nachteil ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in Schlesien eingeführte Neuerungen zu klagen, unter anderem über einen dreifachen Zoll auf Vieh, das von Polen über Schlesien nach Sachsen getrieben wurde. Aber auch die Beziehungen zwischen Schlesien und Sachsen selbst wurden vielfach gestört. Die Lausitzer Manufakturen hatten aus Schlesien Wolle, Garn und Röthe bezogen. Bereits 1742 wurde die Röthe in Schlesien mit höheren Zöllen belegt, der Wollaufkauf auf dem Lande untersagt und die Flachsausfuhr gänzlich verboten.¹³ War bei den gleichzeitigen Auseinandersetzungen zwischen Österreich und Preußen Schlesien der Verlierer, weil es auf den Absatz seiner Produkte in Österreich in starkem Maße angewiesen war, in den Wirtschaftskämpfen zwischen Sachsen und Preußen war, wie ein Sächsisches Promemoria aus dem Jahre 1742 einschätzt, der Vorteil auf preußischer Seite. Die sächsischen, namentlich Lausitzer Manufakturen bedurften der Einfuhr schlesischer Fabrikate.¹⁴ Deshalb war das Dresdener Geheime Kabinett am Abschluß eines Handelsvertrages mit Schlesien stark interessiert. Die im Juni 1743 in Breslau beginnenden Verhandlungen scheiterten. Preußen war nicht bereit, die auf dem militärischen Kampffeld erungenen Vorteile preiszugeben. Es beharrte auf den zur Zeit bestehenden Zollsätzen, es wollte die Durchfuhr polnischer Waren durch Schlesien nur unter dem Vorbehalt gestatten, daß sie für Preußen nicht nachteilig wäre, es bestand auf dem dreifachen Viehzoll und ließ auch die für den Wollaufkauf und die Flachsausfuhr vorgenommenen Einschränkungen unangetastet. Schließlich wollte es einem Vertrag nur für Schlesien und die Lausitz zustimmen, während Sachsen an einer vertraglichen Regelung für den ganzen Staat interessiert war.¹⁵

Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Sachsen und Preußen trugen nicht unwesentlich dazu bei, daß sich Sachsen auf die österreichische Seite zu schlagen begann. 1744 hatte Friedrich erneut in den österreichischen Erbfolgekrieg eingegriffen und Sachsen trotz seines Vertrages mit Österreich zwingen können, den preußischen Truppen den Durchmarsch

9 Vgl. Politische Correspondenz Friedrichs des Großen, Bd. 1, Berlin 1879, S. 338.

10 Vgl. Reinhold, Josef, Die Leipziger Messen und Polen/Litauen in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, phil. Diss. Rostock 1968, S. 64.

11 Vgl. hierzu Forberger, Rudolf, Zur wirtschaftsgeschichtlichen Neueinschätzung der Sächsisch-Polnischen Union, in: Um die polnische Krone. Sachsen und Polen während des Nordischen Krieges 1700 - 1721, bearb. v. J. Kalisch und J. Gierowski, Berlin 1962, S. 225.

12 Vgl. hierzu Rachel, Hugo, Der Merkantilismus in Brandenburg-Preußen, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 40, 1927, S. 243, der meint, daß Preußen erst jetzt mit dem industriell überlegenen Sachsen in Wettbewerb treten konnte.

13 Vgl. Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens 1740 - 1786, bearb. v. Hugo Rachel, Bd. 3/II, Berlin 1928, S. 160.

14 Vgl. ebenda, S. 159 f.

15 Vgl. ebenda, S. 160 f.

durch sächsisches Territorium zu gestatten. 1745 veränderte sich die Situation. Am 8. Januar verbanden sich Österreich, England, Holland und Sachsen zu einer Allianz gegen Preußen. Sächsische Truppen griffen zusammen mit österreichischen in die Kriegshandlungen ein. Der Ton, der von Friedrich II. nun in die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit Sachsen hineingetragen wurde, war offen feindselig. Am 27. Juli, mehr als einen Monat nach der Schlacht von Hohenfriedberg, schrieb er an den Grafen von Münchow: "Ihr wisset, was vor böse und feindselige Absichten die Sachsen gehabt, um das Commercium in Schlesien zu verderben, zu schwächen oder gänzlich zu ruiniren. Ich erachte mich daher berechtigt zu sein, auch in diesem Stück ernstliche Repressalien zu gebrauchen." Er trug Münchow auf, ein Projekt auszuarbeiten, "wie und auf was Art das sächsische Commercium am füglichen geschwächt und so viel möglich gering gemacht werden könne und wie meine Lande in Schlesien sowohl als sonst am besten davon profitiren können."¹⁶ Die von Münchow vorgeschlagenen Maßnahmen bewegten sich im Rahmen der schon bestehenden Einschränkungen. Die Interessen der schlesischen Wirtschaft und die Haltung vieler Kaufleute und Produzenten nicht nur in Schlesien¹⁷, vor allem aber die des Breslauer Kommerzien-Kollegs¹⁸, zwangen ihn zur Mäßigung.

Nach dem Kriege wurden auf beiden Seiten Überlegungen über die weiteren wirtschaftlichen Beziehungen angestellt. Dabei beobachtete man in Dresden mit Beunruhigung einige Maßnahmen, die Friedrich II. nach dem Kriege durchzusetzen begann. In den wirtschaftspolitischen Überlegungen Friedrichs II. nahm in den vierziger Jahren ein Projekt Gestalt an, mit dessen Hilfe der König die Handelsbilanz Preußens günstiger gestalten wollte und die Konkurrenz anderer deutscher Territorialstaaten zu unterdrücken hoffte. Den zum Handel sogleich "situirten Churmärkischen und Pommerschen Erblanden" sei durch die Erwerbung Schlesiens ein dermaßen großer Vorteil entstanden, so schrieb er 1743 an die Pommersche Kammer, "daß, wann selbiger recht menagiret und gebraucht wird, allen diesen Landen und darin traffuirenden von Handel und Wandel sich nährenden Unterthanen daraus ein gar großer Nutzen und Überfluß erwachsen und zufließen müsse."¹⁹ Friedrichs Absicht war es, den blühenden Handel Schlesiens mit dem Ausland, vor allem mit Holland, England und Frankreich, der bisher auf dem Landwege über Sachsen, Braunschweig und Lüneburg und auf dem Wasserwege über Hamburg gegangen war, nach Stettin umzuleiten, um seine eigenen Unterthanen in den Stand zu versetzen, den unmittelbaren Nutzen aus diesem Handel zu ziehen.

Da die in Frankfurt (Oder) und Stettin noch bestehenden Stapelrechte aber einem nutzbringenden Handel zwischen Schlesien und Stettin entgegenstanden, die Zölle auf der Oder zudem höher als auf der Elbe waren, schlug Friedrich vor, eine sogenannte Handelsocietät zwischen Berlin, Frankfurt (Oder), Stettin und Breslau zu errichten und die Oder-Zölle den Elbzöllen anzugleichen. 1747 wurden die Stapelrechte zwischen Breslau, Frankfurt (Oder) und Stettin probeweise auf ein Jahr aufgehoben. Friedrichs Projekt ließ sich nur teilweise und unter größten Anstrengungen verwirklichen. Ihm standen der Egoismus und die lokale Beschränktheit der Kaufleute vor allem Stettins, aber auch wirtschaftliche Erfordernisse entgegen. Diese nur zögernd verwirklichten, dem ökonomischen Zusammenwachsen einiger preußischer Provinzen und - um einen Begriff Heckschers zu gebrauchen - der "Vereinlichung" des Staates dienenden zoll- und handelspolitischen Maßnahmen zeigen die ganze Zwiespältigkeit dieser Art "merkantilistischer" Politik im zersplitterten Deutschland. Nicht umsonst war die sächsische Regierung äußerst beunruhigt. Bereits 1741 hatte der sächsische Geheimrat Graf Rex seine Besorgnis über die mit der Eroberung Schlesiens geschaffene

16 Ebenda, S. 162.

17 Vgl. Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II (im folgenden: DZA) Merseburg, General-Directorium, Ostpreußen II, Nr. 1445.

18 Vgl. Acta Borussica, a. a. O., S. 163 f.

19 Ebenda, S. 81.

ne neue Situation zum Ausdruck gebracht und die Vermutung geäußert, daß - Leipzig zum Nachteil - der schlesische Handel nun über Frankfurt (Oder) und Stettin geleitet werden würde.²⁰ Gerade diesem Ziel dienten denn auch die preußischen Maßnahmen. Was zum Nutzen Frankfurts und Stettins gedacht war, sollte Leipzig schaden. Der nur zögernd verwirklichte Zusammenschluß einiger preußischer Provinzen schloß die beabsichtigte Schädigung anderer Territorialstaaten in sich ein. Nichts zeigt deutlicher, daß die Übertragung einiger merkantilistischer Maßnahmen, unter anderem auf die Zollpolitik, in Preußen dazu beitrug, die Zersplitterung Deutschlands zu zementieren. Sie wirkten antinational. Nur wer wie Schmoller von der "nationalen Mission" Preußens überzeugt ist, kann diese elementare Tatsache übersehen. Andererseits zeigt sich aber auch die Fragwürdigkeit des von Heckscher angewandten Prinzips, die bei der Untersuchung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik auf die werdenden Nationalstaaten angewandten Methoden und Maßstäbe einfach auf die kleineren Einheiten in Deutschland, auf die Territorialstaaten zu übertragen.

Gleichzeitig mit den dem preußischen Handel dienenden, Leipzigs Handel aber indirekt schädigenden Verfügungen unternahm Friedrich II. in Magdeburg Schritte, die nur aus der Konkurrenz mit Sachsen und Hamburg zu erklären sind und die nun auch auf eine direkte Schädigung Leipzigs gerichtet waren. Hob Friedrich in Frankfurt (Oder) und in Stettin die Stapelrechte auf - wengleich er dort mit größter Vorsicht zu Werke ging -, in Magdeburg führte er sie wieder ein.

Bereits unter Friedrich-Wilhelm I. hatte es Auseinandersetzungen über die Erneuerung des alten Leipziger Straßenzwanges gegeben. Friedrich II. versuchte zunächst, durch die Erhebung eines Transit-Zolls auf Leipziger Kaufmannsgüter in Magdeburg und Halberstadt die Aufhebung dieses Straßenzwanges zu erreichen.²¹ Obwohl diese Maßnahme viel Staub aufwirbelte und ein Erfolg nicht ausblieb, führte Friedrich auf Drängen Magdeburger Schiffer und Kaufleute im Jahre 1747 die alten Magdeburger Stapelrechte wieder ein.²² Alle auswärtigen Schiffer, unter ihnen in erster Linie Dresdener, Pirnaer und Hamburger, wurden gezwungen, in Magdeburg auszuladen, die Ladung entweder dort zu verkaufen oder sie durch Magdeburger Faktoren weitertransportieren zu lassen. Diese Verfügung traf Hamburg und Sachsen gleichzeitig. Der Dresdener Geheime Rat beurteilte sie daher als ein Mittel, "das ganze Ober- und Niedersächsische commercium in die Preußischen Lande zu ziehen". Er schrieb, daß durch den Magdeburger Stapel "den Kaufmanns-Gütern von Hamburg aller Ein- und Durchgang zu Wasser und zu Lande abgeschnitten" sei und die sächsischen und anderen Reichslande gezwungen werden sollen, "ihre Waren von keinem andern Orte, als von Magdeburg einzuziehen."²³ Der Dresdener Hof wandte sich angesichts der Gefahr für den eigenen Handel an andere Territorialstaaten, unter anderem an Hannover und Braunschweig, um unter Umgehung Preußens eine andere Straße von Leipzig nach Hamburg herrichten zu lassen.

Die von Friedrich II. getroffenen Verfügungen waren natürlich auch dem Leipziger Rat und den Leipziger Kaufleuten bekannt geworden. In einer Denkschrift vom 27. September 1747 verwies der Rat auf die preußischen Bemühungen, den Handel von Dresden und Pirna nach Magdeburg zu ziehen. Die von ihm befragten Kaufleute beurteilten die Lage jedoch recht optimistisch. Sie sahen völlig zu recht, daß Schlesiens Kaufleute, vor allem die Gebirgskaufmannschaft, nicht das Risiko auf sich nehmen würden, entgegen den Dispositionen der aus-

20 Vgl. Ziekursch, Johannes, a. a. O., Anhang I, S. 208 f.

21 Vgl. Acta Borussica, a. a. O., S. 156 f.; vgl. auch Schmoller, Gustav, Studien, a. a. O., X: Die preußische Wirtschaftspolitik im Herzogtum Magdeburg 1680 bis 1786, hauptsächlich das Transitzollsystem, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Bd. 10, 1886, S. 710.

22 Vgl. Acta Borussica, a. a. O., S. 168 f.

23 Ebenda, S. 184.

ländischen Käufer eine andere Route als die bisher benutzte und bewährte einzuschlagen. Nichtsdestoweniger sei es empfehlenswert, den Magdeburger Bemühungen entgegenzutreten. Wie die sächsische Regierung schlugen auch die Leipziger Kaufleute vor, den Landverkehr von der alten Heerstraße auf eine andere, preußische Gebiete berührende abzulenken. "Im Uebrigen werde man der Concurrenz von Berlin, Magdeburg, Halle und anderen brandenburgischen Städten am besten begegnen durch Erniedrigung oder Abschaffung der Zölle und Accisen"²⁴, erklärten nach alter Tradition und in Übereinstimmung mit den wirtschaftlichen Erfordernissen die befragten Leipziger Kaufleute.

Der vernünftigen Haltung der Leipziger Kaufleute, die von Retorsionen nichts hielten, stand die sehr widersprüchliche der Magdeburger gegenüber. Wenn in der marxistischen Geschichtsschreibung bisher von der antinationalen Wirkung territorialstaatlicher Wirtschaftspolitik die Rede war, so dachte man vor allem an die verzögerte Herausbildung eines nationalen Marktes. Diese Wirtschaftspolitik hemmte aber auch die Entwicklung des Nationalbewußtseins und somit den Formierungsprozeß der bürgerlichen Klasse. Das zeigen die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Sachsen ganz deutlich.

Die Magdeburger Kaufleute hatten die Konkurrenz des bedeutenderen Leipzig seit jeher gefürchtet und versucht, sie mit Hilfe des Staates auszuschalten. Nachdem Vorstellungen aus dem Jahre 1743 und 1744 noch nicht verwirklicht werden konnten, erreichten die Magdeburger Kaufleute und Spediteure im Jahre 1747, nachdem sie bei dem in Magdeburg zu einer Revue weilenden König persönlich vorstellig geworden waren, daß dieser die Stapelrechte wieder einführte.²⁵ Friedrichs Interessen deckten sich in diesem Falle mit den rückständigen und lokal bornierten der Magdeburger Kaufleute und Spediteure. Er kam ihnen entgegen und erneuerte die Stapelrechte zu einer Zeit, in der die Aufhebung dieser Sonderrechte dringendstes Gebot war. Daß es im Verlaufe der historischen Entwicklung zu Konkurrenzkämpfen zwischen verschiedenen Städten kam, war keine Einzelercheinung. In den sich entwickelnden Nationalstaaten wurden diese in der Regel durch die Staatsmacht unterdrückt. Auch Friedrich versuchte ja die jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Frankfurt (Oder) und Stettin durch Aufhebung der Stapelrechte zu beendigen. Da in Preußen jedoch, wie überhaupt in Deutschland, die Durchsetzung solcher Maßnahmen auf den Territorialstaat beschränkt blieb und die ökonomische Entwicklung dem machtpolitischen Interesse untergeordnet war, bediente man sich in den auch mit wirtschaftlichen Mitteln ausgetragenen Machtkämpfen überholter mittelalterlicher Sonderrechte. Wenn Schmoller selbst diese Maßnahme gutheißt, weil sie "handelspolitisch übermächtige Feinde", Sachsen und Hamburg, traf²⁶, so entspricht das nur seiner sonstigen, von wirklichen nationalen Gesichtspunkten völlig losgelösten Haltung.

Die Magdeburger Kaufmannschaft, die für die Erneuerung der Stapelrechte eintrat, bat aber andererseits im gleichen Jahre noch um die Rücknahme eines zugunsten des eigenen Tuchgewerbes, besonders des Lagerhauses erlassenen Verbotes, das die Einfuhr fremder Tuche untersagte. Da die Kaufleute befürchteten, dadurch in ihrem Handel mit Sachsen Schaden zu erleiden, erklärten sie sich zur Abnahme eines größeren Quantum inländischer Fabrikate bereit, wenn der König das Verbot für Magdeburg wieder aufheben würde.²⁷ Der Magdeburger Kammerpräsident von Platen ging ein Jahr später - sicher nicht ohne Einwirkung durch die Kaufleute - noch weiter. Er verlangte die Einführung des freien Handels wenigstens zur Probe auf sechs Jahre und begründete seine Meinung mit der in Sachsen, Braun-

24 Hasse, Ernst, Geschichte der Leipziger Messe, unveränd. Nachdr. d. Originalausg. v. 1885, Leipzig 1963, Anlage XXVI, S. 484.

25 Vgl. Acta Borussica, a. a. O., S. 168.

26 Vgl. Schmoller, Gustav, Studien, a. a. O., X, S. 712.

27 Vgl. Acta Borussica, a. a. O., Bd. 3/1, S. 545.

schweig und Anhalt herrschenden Freiheit des Handels,²⁸ Friedrich gestattete einen Versuch für eineinhalb Jahre. Damit waren die Kaufleute nicht zufrieden. Schließlich blieb alles beim Alten. Einerseits an der freien Ausfuhr aus Sachsen und somit an sächsischen Produkten interessiert, wollten die Magdeburger Kaufleute andererseits den sächsischen Handel durch Wiedereinführung der Stapelrechte empfindlich treffen. Zu der Einsicht, daß diese Maßnahme zwar Rückwirkungen auf Produktion und Handel in Sachsen haben, schließlich aber auch sie selbst treffen müsse, war offensichtlich niemand gekommen. Nicht genug mit dem für den Wasserweg wieder geltend gemachten Stapelzwang, wurden 1754, kaum daß von Schlabrendorff, der eifrigste Befürworter friderizianischer Machtpolitik, Kammerpräsident von Magdeburg geworden war, unter Mitwirkung der Kaufmannschaft Verhandlungen über die Ausweitung der Niederlagsgerechtigkeit auf den Landverkehr geführt. Wahrscheinlich wurde die Kaufmannschaft dazu "von oben" angeregt; denn sie teilte am 1. Mai mit, bisher wenig Aufmerksamkeit darauf gerichtet zu haben, weil sie nicht wußte, wieweit die Gerechtsame der Stadt gingen. Doch kam ihr auch dies Vorhaben entgegen. Sie schlug vor, alle Fuhrleute an den Grenzen und von Zoll zu Zoll nach Magdeburg zu weisen, wo sie einen Faktor annehmen und Niederlagsgebühren entrichten sollten.²⁹ Da diese Vorschläge wohl doch zu weit gingen, wurden, um mit weniger Aufsehen den gleichen Effekt zu erzielen, auf den vier Magdeburg umgehenden Nebenrouten die Zölle erhöht.

In der Zwischenzeit war der Kleinkrieg zwischen Sachsen und Preußen weitergegangen. Mit gegenseitigen Zollerhöhungen und Einfuhrverboten versuchte eine Seite die andere zum Nachgeben zu zwingen. Besonders erregt war man in Sachsen über die Erhöhung der Zölle auf fremde Seiden- und Halbseidenwaren, auf Barchent sowie über die Einfuhrverbote auf Stahl- und Eisenwaren, von denen trotz der noch geltenden Konvention auch Sachsen betroffen wurde. Als sogar das Generaldirektorium davor warnte, weil es Repressalien und Auswirkungen auf den Handel preußischer Fabrikanten befürchtete, schrieb Friedrich in einer seiner aufschlußreichen und bissigen Marginalien: "meine Seidenfabriken müssen in aufnahme kommen, und machen mir die Saksen Streiche So verbihte ich ihnen die Schlesische Wolle, so fällt ihr gantzer Lausnitzer debit, und Manufacturen."³⁰ Friedrich war zum Nachgeben nicht bereit, und dies nicht nur, weil es sich um sein Lieblingskind, die Seidenfabrikation handelte, die von ihm ins Leben gerufen und gefördert, der ständigen Hilfe des Staates bedurfte und gegenüber den älteren Gewerben anderer Staaten, ja, selbst der westlichen preußischen Provinzen, niemals konkurrenzfähig wurde. Auch in diesem Falle waren auf die Förderung des eigenen Gewerbes gerichtete wirtschaftliche und politische Motive engstens miteinander verbunden. Friedrich wollte die Blüte seines eigenen Gewerbes und den wirtschaftlichen und politischen Niedergang Sachsens.

Die Leipziger Kaufmannschaft, die nun bereits den Rückgang ihres Handels beklagte und die Prohibitivmaßnahmen vieler europäischer Länder dafür verantwortlich machte, wobei sie auf die in Preußen ergangenen Zollerhöhungen und Verbote ausdrücklich verwies, hielt auch diesmal eine Erhöhung der sächsischen Zölle nicht für "practikabel". Statt dessen schlug sie Verhandlungen mit den anderen Staaten vor.³¹ Die sächsische Regierung aber tat gerade das, wovon Leipzigs Kaufleute abgeraten hatten. Das lag nicht zuletzt an der Verschärfung der politischen Spannungen zwischen Sachsen und Preußen.

Am 15. März 1755 erließ sie ein Edikt, das dazu aufforderte, über das Einfuhrverbot der laut Konvention von 1728 ausgeschlossenen Waren genauer zu wachen und das darüber hinaus die Einfuhr anderer kurbrandenburgischer Waren, unter anderem Samt, wollene, halb-

28 Ebenda, S. 173.

29 Ebenda, Bd. 3/II, S. 193 ff.

30 Ebenda, S. 198.

31 Vgl. Hasse, Ernst, a. a. O., Anlage XXVIII, S. 486.

wollene, halbseidene und lederne Waren, untersagte, andere wiederum, zum Beispiel seidene Zeuge, mit höheren Zöllen belegte.³² Am 1. Mai wurde daraufhin von preußischer Seite die Einfuhr einiger sächsischer Waren verboten, andere mit höheren Zöllen belegt³³, am 14. Mai wurde die Ausfuhr von Woll-, Baumwoll- und Leinen-Garn verboten und auf die Durchfuhr fremden Garns ein Zoll in Höhe von 30 Prozent des Wertes gelegt³⁴. Diese Maßnahmen wurden auch auf Schlesien ausgedehnt, obwohl Sachsen Schlesien von seinen Verboten ausgenommen hatte. Friedrich wußte, daß er mit diesen Maßnahmen das sächsische Textilgewerbe schwer treffen konnte. Die sich verstärkende manufakturkapitalistische Entwicklung in Europa hatte zu einem sprunghaften Ansteigen des Rohstoffbedarfs geführt. Seit langem gab es unter den sächsischen Textilproduzenten Klagen über Mangel an Wolle und Garn.³⁵ Durch die preußischen Maßnahmen wurde dieser Mangel nun noch künstlich erhöht. Friedrichs Ziel war es, durch diese und andere Einschränkungen Sachsen an den Verhandlungstisch zu zwingen. Er wollte die alte, Preußen nicht mehr befriedigende Konvention von 1728 aufgehoben haben und eine dem neuen wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis mehr entsprechende annehmen lassen. Schon am 13. August teilte er dem Geheimen Rat Ursinus unter der Verpflichtung größter Verschwiegenheit mit, daß sich der Dresdener Hof wohl genötigt sehen würde, wegen der preußischen Repressalien "auf einen zu errichtenden Commercien-Tractat zwischen hiesigen und dortigen Landen anzutragen." Er befahl Ursinus, über die Ein- und Ausfuhr von und nach Sachsen eine Tabelle aufzustellen, weil er im Falle einer neuen Konferenz die seit 1728 aufgetretenen Veränderungen "im Commercien- und Manufakturwesen" berücksichtigt wissen wollte.³⁶

Sachsen hob schon im September die Verbote auf, um für die bevorstehenden Verhandlungen eine günstige Ausgangsposition zu schaffen. Friedrich antwortete mit der Rücknahme einiger Repressalien, ließ es aber bei den Zollerhöhungen und Einfuhrverboten aus dem Jahre 1754, die unmittelbarer Anlaß der sächsischen Maßnahmen waren. Die Kommerzien-Konferenz, die vom 1. Dezember 1755 bis 29. Mai 1756 in Halle tagte, war aber nicht nur wegen dieser wenig entgegenkommenden Haltung Preußens zum Scheitern verurteilt. Seit dem Abschluß des nun zu erneuernden Traktates von 1728 hatte sich Preußens Gewerbe stark entwickelt. Schon insofern war eine neue Situation entstanden. Dieses Gewerbe glaubte Friedrich vor der "ausländischen" Konkurrenz überhaupt, wie vor der sächsischen insbesondere schützen zu müssen. Aus diesem Grunde wollte er die 1728 vereinbarten Einfuhrverbote um ein Beträchtliches ausdehnen.³⁷ Daran war Sachsen aber nicht interessiert.³⁸ Forberger hat deutlich gemacht, "daß in der Zeit, in der die sächsischen Manufakturen dem höchsten Stand ihrer Entwicklung zustrebten, das Einfuhrverbot als Instrument der Beeinflussung des Warenaustauschs nur eine unbedeutende Rolle spielte."³⁹ Er führt dies darauf zurück, daß sich Sachsen im 18. Jahrhundert gegenüber seinen großen Nachbarn zumeist in einer wirtschaftlich und politisch schwachen Stellung befand. In unserem Falle waren es mit der Eroberung Schlesiens zusammenhängende politische und wirtschaftliche Vorteile, die Friedrich als Druckmittel gegen Sachsen ausspielte. Das Problem der Einfuhrverbote war daher auch der erste Punkt, über den die Auffassungen der sächsischen und preußischen Seite auseinandergingen.

32 Acta Borussica, a. a. O., Bd. 3/II, S. 200.

33 Ebenda, S. 201 f.

34 Ebenda, S. 204.

35 Vgl. Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts (im folgenden: Die Manufaktur in Sachsen), Berlin 1958, S. 100 f.

36 Acta Borussica, a. a. O., Bd. 3/II, S. 219 f.

37 Vgl. ebenda, S. 230 f.

38 Vgl. ebenda, S. 231.

39 Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen, a. a. O., S. 120 f.

Der zweite Punkt, über dem die Interessen Preußens und Sachsens zusammenstießen, war das System der Durchgangszölle. Was Friedrich Wilhelm I. nicht erreicht, Friedrich II. aber mittels Repressalien gegen Leipzig in der Praxis schon durchgesetzt hatte, wollten die preußischen Unterhändler nun auch rechtlich fixiert wissen. Daß es darüber zu keiner Einigung kommen konnte, versteht sich von selbst.

Das dritte Streitobjekt war die von Sachsen geforderte Ausweitung der Konvention auf Schlesien. Die mit der Eroberung Schlesiens geschaffene neue Situation und ihre wirtschaftliche Ausnutzung durch Preußen war für Sachsen an und für sich schon verhängnisvoll. Nun hatte Friedrich 1755 Transitzölle von 30 Prozent in Schlesien eingeführt. Um Aufhebung dieser Zölle ging es der sächsischen Regierung vor allen Dingen. Preußen aber wollte sich seines wirkungsvollsten Druckmittels nicht begeben, zumal Schlabrendorff, der inzwischen schlesischer Minister geworden war, wegen der gleichzeitigen Auseinandersetzung mit Österreich in Übereinstimmung mit Friedrichs Intentionen darauf drang, Schlesien außerhalb des Vertrages zu lassen.⁴⁰

Letzten Endes scheiterte die Konferenz jedoch an der sich immer mehr zuspitzenden politischen Lage. Als sie im Mai abgebrochen wurde, war die Annäherung zwischen Österreich, Rußland, Frankreich und Sachsen so weit gediehen, daß Friedrich wenig später den Präventivkrieg gegen diese Staaten mit dem Einmarsch in Sachsen begann.

Von den Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Sachsen, besonders von ihrer Zuspitzung 1754/55 wurde das Bürgertum beider Staaten betroffen. Auf die Klagen der Leipziger Kaufleute ist schon verwiesen worden. Zwar meint Hasse, daß sie nicht so wörtlich zu nehmen seien, weil es bei den Leipziger Kaufleuten von jeher Mode gewesen sei, zu klagen⁴¹, doch scheint Hasse zu seiner Zeit noch nicht den notwendigen Überblick über die Folgen der friderizianischen Wirtschaftskriege gehabt zu haben. Neue marxistische Forschungen, vor allem die von Forberger, machen deutlich, daß in der stetigen Aufwärtsentwicklung der sächsischen Wirtschaft 1740 ein Bruch eintrat. Erst nach dem Siebenjährigen Krieg begann ein erneuter Aufschwung. Dieser zwischen 1740 und 1762 alle Teile der sächsischen Wirtschaft erfassende Rückgang machte sich unter anderem in einem gegenüber der Zeit von 1670 bis 1740 verlangsamten Tempo der Gründung von Manufakturen und im Erliegen einer größeren Zahl von ihnen bemerkbar. Forberger sieht drei Gründe für diesen Rückgang: die Brühlsche Finanzmißwirtschaft, die sich seit der Regierungsübernahme Friedrichs II. "verstärkenden preußischen Handelsschikanen" und die drei schlesischen Kriege.⁴²

In Schlesien schlug 1755 Bürger- und Beamtschaft Alarm, als die Sperrmaßnahmen gegen Sachsen auch auf Schlesien ausgedehnt wurden. Am 5. und 9. Mai widerriet die Breslauer Kammer allen "Irrungen" mit Sachsen. Sie verwies auf ihren starken Absatz von Tuchen in Sachsen und auf ihren Überfluß an Wolle, Flachs und Garn, die in Sachsen starken Absatz fänden.⁴³ Auch Massow warnte am 10. Mai vor den Folgen dieser Wirtschaftspolitik. "Sollten trotzdem die befohlenen Repressalien gegen Sachsen ausgeführt werden, so würde Schlesien am meisten dabei leiden."⁴⁴

Diese Warnungen, die bei Friedrich kein Gehör fanden, waren in nicht geringem Maße auf die Unruhe der Bürger selbst zurückzuführen. Am 6. Juni versicherte die Breslauer Kammer nämlich, die Kaufmannschaft, die durch die befohlenen Maßnahmen "am meisten in Ver-

40 Acta Borussica, a. a. O., Bd. 3/II, S. 234 f.; vgl. auch Politische Correspondenz Friedrichs des Großen, a. a. O., Bd. 12, Berlin 1884, S. 155, 288 u. 331 f.

41 Hasse, Ernst, a. a. O., S. 155.

42 Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen, a. a. O., S. 300.

43 Vgl. Acta Borussica, a. a. O., Bd. 3/II, S. 209.

44 Ebenda, S. 209 f.

legenheit geraten", auf alle nur ersinnliche Weise beruhigt zu haben.⁴⁵ Die schlesischen Kaufleute und Produzenten, aber auch die mit den Maßnahmen Friedrichs nicht einverstanden Beamten halfen sich offensichtlich auf ihre Weise. Am 1. August wendete sich Friedrich mit einer scharfen Order an beide schlesische Kammern. Er habe von verschiedenen Orten gehört, daß "nicht mit der gehörigen exactitude und rigeur auf die gegen Sachsen verordneten Repressalien gehalten" werde.⁴⁶ Die Glogauer Kammer wies er noch besonders darauf hin, daß durch alle möglichen Kniffe die Preise für Wolle so niedrig gehalten würden, daß die sächsischen Kaufleute trotz des doppelten Zolls zu ihrer Wolle kämen und diese auch noch mit Profit in Sachsen verkaufen könnten.⁴⁷ Am 16. September schärfte der preußische König der Breslauer Kammer noch einmal ein, den Interessierten Mut zuzusprechen und sie nicht durch wenig überlegtes und zum Teil unbegründetes Querulieren kleinmütig zu machen.⁴⁸

Auf Magdeburg, das, sieht man von Schlesien ab, die stärksten Handelsbeziehungen mit Sachsen unterhielt, wirkten sich die von Friedrich II. durchgesetzten Repressalien anfangs günstig aus. In zahlreichen Eingaben, die die Magdeburger Kaufleute 1754 und 1755 machten, verwiesen sie auf den blühenden Zustand ihres Handels. Als Ursache für dessen Aufschwung sahen sie die wieder eingeführten Stapelrechte an.⁴⁹ Da sich dieser staatliche Eingriff für sie so günstig ausgewirkt hatte, wollten sie die Hilfe des Preußenkönigs auch weiterhin in Anspruch nehmen.

Als Antwort auf die Wiedereinführung der Stapelrechte hatte die sächsische Regierung nämlich den Dresdener Schiffern, die früher die für Böhmen und Österreich bestimmten Waren der Magdeburger zum Weitertransport nach Pirna brachten, verboten, solche Waren zu laden.⁵⁰ Ferner war den Magdeburger Schiffern untersagt worden, selbst nach Dresden zu kommen. Das erweckte bei den gleichen Magdeburger Kaufleuten und Spediteuren, die so sehr für eine Behinderung ihrer sächsischen Kollegen waren, "Unverständnis". Sie könnten nicht begreifen, erklärten sie, aus welchem Grunde Kursachsen ein derartiges Verbot erlassen habe⁵¹ und baten, den sächsischen Hof zur Rücknahme dieser Maßnahmen zu bewegen. Sollte er dazu nicht bereit sein, so könnte durch "einen auf die Dresdener Güter zu setzenden Transito-Impost solches" leicht "forciert" werden.⁵² Friedrich folgte diesen Vorschlägen auf seine Weise. Um zu testen, wie man sich in Dresden bei Übertretung dieser Verfügung verhalten werde, befahl er 1755 in provokatorischer Absicht, von Magdeburg aus ein Schiff nach Dresden abzusenden.⁵³ Das wiederum gefiel den Magdeburgern gar nicht, fürchteten sie doch den Verlust ihrer Ware. Tatsächlich wurde das Schiff vom sächsischen Zoll dann festgehalten. Als Repressalie wurde der in Magdeburg liegende Dresdner Schiffer Böttcher nicht eher abgefertigt, bis er 3 000 Reichstaler Kautions für den den Magdeburgern zugefügten Schaden gestellt hatte.⁵⁴

Wie sehr die Zuspitzung der Beziehungen zwischen Sachsen und Preußen auch auf die Vorstellungen der Magdeburger Kaufleute und Spediteure zurückzuführen war, geht aus den gleichzeitigen Verhandlungen über den sogenannten "Land-Stapel" hervor. Nach Meinung der

45 Ebenda, S. 211.

46 Ebenda, S. 216.

47 Ebenda, S. 217.

48 Vgl. ebenda.

49 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Rep. A 9 a VI, Nr. 982, Altstadt Magdeburg, Bl. 4.

50 Ebenda, Bl. 43.

51 Ebenda, Bl. 5.

52 Ebenda, Bl. 13.

53 Ebenda, Bl. 139.

54 Ebenda, Bl. 146.

Magdeburger Kaufmannschaft hatte der von Friedrich eingeführte Modus die erhofften Wirkungen nicht gezeigt. Sie schlugen vor, den "Land-Stapel" auf dieselbe Weise wie in Leipzig zu handhaben, also die Fuhrleute anzuhalten, auch wirklich nach Magdeburg zu kommen.⁵⁵ Stimmt Friedrich II. und die Magdeburger Kaufleute auch in ihren Ambitionen gegen Sachsen überein, die von ihnen verfolgten Ziele waren unterschiedlich. Kriegsrat Goßler, ein sehr vermögender Mann, der später selbst zum Manufakturunternehmer wurde und sich durch die preußische Wirtschaftspolitik keine Fesseln anlegen ließ, faßte die Meinung der Magdeburger Kaufmannschaft bissig und "kurtz deutsch" so zusammen: "... sie will von den vorbeifahrenden Fuhrleuten ohne Mühe und Vorschuß wider alle Rechte eine Speditionsprovision verdienen, der König soll den Transitioimpost und die höhere Landaccise entbehren, die Wirthe der Neben-Straßen mit allen Zoll-Rechten p. p. zu Bettlern werden und damit die Leipziger soulagiret werden."⁵⁶ Goßler stimmte den Plänen und Absichten der Magdeburger Kaufmannschaft nicht zu; allerdings nicht deshalb, weil er sie insgesamt für schädlich gehalten hätte. Auch er war für die mit staatlicher Hilfe geführte Auseinandersetzung. Doch wollte er sie mit den von Friedrich II. bereits gehandhabten Mitteln weiterführen. Er dachte "pro-preußisch", während die übrige Magdeburger Kaufmannschaft nicht einmal von den angeblichen Interessen des ganzen Staates ausging und lediglich "pro-magdeburgisch" argumentierte.

Bedenkt man, daß sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts unter den besten Vertretern der bürgerlichen Intelligenz verstärkt das Bewußtsein entwickelte, einer deutschen Nation anzugehören⁵⁷, so kann man leicht ermesen, wie lokal beschränkt die Auffassungen der Magdeburger Kaufleute waren. Daß die von Friedrich II. betriebene Wirtschaftspolitik, besonders sein Verhältnis zu Sachsen, diese lokale Borniertheit konservierte, weil sie für ihn nützlich war, steht dabei ganz außer Zweifel. Solange nämlich der von Friedrich II. geführte Wirtschaftskrieg Erfolge brachte, fühlte sich die Magdeburger Kaufmannschaft in ihren Ansichten bestätigt. Und erfolgreich war diese Politik für den Magdeburger Handel bis zum Ende des Siebenjährigen Krieges. In einem Bericht aus dem Jahre 1769 schätzte die Magdeburgische Kammer ein, daß der Handel bis 1764/65 "in gutem Fortgange war".⁵⁸ Leider ist das überlieferte statistische Material so lückenhaft, daß die Handelsentwicklung mit ihren Fortschritten und Rückschlägen nicht voll sichtbar gemacht werden kann. Fischer, der erst kürzlich den Versuch unternahm, die Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstruktur Magdeburgs im hier behandelten Zeitraum zu untersuchen, dem jedoch nur Zahlen über den Warenverkehr auf dem Wasserwege zwischen Hamburg und Magdeburg über einen längeren Zeitraum zur Verfügung standen, kann das Anwachsen dieses Handels bis zum Jahre 1763 nachweisen. Allerdings fehlt ihm dann für die entscheidenden Jahre nach dem Siebenjährigen Krieg das Material. Erst für 1780 kann er wieder Zahlen vorlegen. Dabei fällt auf, daß der Stand 1780 den vor 1763 nur ganz geringfügig überragt.⁵⁹ Die Auswirkungen der mit Sachsen geführten zollpolitischen Auseinandersetzungen wurden in Magdeburg erst nach 1763 spürbar.

Während die schlesischen Kaufleute unter den Auswirkungen des mit Sachsen geführten Zollkrieges sofort und unmittelbar litten, was sie sehr beunruhigte, wurden die negativen Fol-

55 Ebenda, Bl. 91.

56 Ebenda, Bl. 49.

57 Vgl. Streisand, Joachim, Geschichtliches Denken von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik, Berlin 1964, S. 58 ff.

58 DZA Merseburg, General-Directorium, Magdeburg, Tit. CLXXXI, Nr. 14, Bl. 30.

59 Fischer, Ekkehard, Magdeburg zwischen Spätabsolutismus und bürgerlicher Revolution, Untersuchungen zur Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstruktur einer preußischen Festungs- und Provinzhauptstadt in der zweiten Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, phil. Diss. Halle 1966, S. 23 [Ms.].

gen dieser Politik in Magdeburg nicht sofort spürbar. Die Magdeburger Kaufleute unterstützten daher Friedrich II., kamen ihm mit ihren eigenen Forderungen entgegen, verharrten praktisch und ideologisch auf Positionen, die überholt waren und im Zuge der weiteren Entwicklung auch über Bord geworfen werden mußten. Allerdings war für Eingeweihte auch schon vor Kriegsausbruch sichtbar, daß diese Politik auch für Magdeburg nicht ohne Folgen bleiben konnte. Der Magdeburger Kriegsrat Klevemann, der die jährlichen Bilanzen ausarbeitete, schrieb am 23. April 1756 zur Bilanz des Vorjahres, daß der Handel im Berichtsjahr einen Ausfall erlitten habe. Eine Ursache sei unter anderem der mit Kursachsen einige Monate unterbrochene "reciproque Handel". Der Verlust wäre noch größer gewesen, wenn nicht der Kornhandel nach Berlin und anderen Orten in diesem Jahr zufällig so hoch gewesen wäre. Klevemann resümiert: "Es werde also zu Beförderung des hiesigen Commercii ein gutes nachbarliches Vernehmen ohnumgänglich erfordert, massen die Kaufleute dieser alten zur Handlung wegen der Schiffahrt auf der Elbe sehr bequem gelegenen Stadt den Vertrieb ihrer einzubringenden Waaren in denen angrenzenden Sächsischen, Anhaltischen und Braunschweigischen Landen hauptsächlich suchen müssen, wenn anders sie in ihrer Nahrung bestehen wollen."⁶⁰

Daß die Haltung zur Zollpolitik Friedrichs II. von ihren unmittelbaren ökonomischen Wirkungen abhing, zeigt die Stellung der Hallenser. In Halle hat der Handel nie eine derartige Rolle wie in Magdeburg gespielt. Die Beziehungen der Hallenser zu Sachsen waren daher auch nicht durch derartige alte Rivalitäten belastet, wie sie zwischen Magdeburger und Leipziger Kaufleuten bestanden. Im Gegenteil, das Hallenser Gewerbe war in starkem Maße vom Absatz seiner Produkte in Sachsen abhängig. Die Handelssperre des Jahres 1755 traf es deshalb hart. Die gleichzeitig einsetzenden Bemühungen um eine neue, preußisches Gebiet umgehende Handelsstraße veranlaßten einige Hallenser Beamte, Warnungen auszusprechen, die allerdings nicht ernst genommen wurden. Kriegsrat Lamprecht zum Beispiel teilte am 14. Mai 1755, offenbar unmittelbar unter dem Eindruck der gerade verhängten Handelssperre, mit, daß viele Untertanen der Meinung seien, daß der von Sachsen geplante neue Weg, wenn man "Geld und Caprice" daran wagen würde, durchaus passierbar gemacht werden könne. Er glaubte, Friedrich II. versichern zu müssen, daß beim bisherigen gegenseitigen Handel zwischen Preußen und Sachsen Preußen weit mehr als Sachsen gewonnen habe, "zu geschweigen, daß die Sachsen jederzeit alles beygetragen und avanciret, was nur avantageux diesseitigen Unterthanen seyn könne." Er schließt seine Warnung mit der Feststellung: "der hiesige Saal-Creyß und die Stadt Halle geht mit ihren Fabriquen und Ouvriers, wann es auf itzigem Fuß bleibt, zu Grunde."⁶¹ Am 30. Mai schrieb ein gewisser Erpel aus Halle an den Magdeburger Kammerpräsidenten Schlabrendorff im gleichen Sinne. Er betonte vorsichtig, daß er als "Privatus" nicht über die gleichen Einsichten wie der König von Preußen verfüge und daher nicht beurteilen könne, ob durch die Aufhebung des gegenseitigen Handels den sämtlichen preußischen Provinzen ein Nutzen erwachse. "... soviel ist aber gewiß, daß höchst dieselben dadurch in Ansehung Halle und deren hiesigen Einwohnern einen großen und wirklich in vielen Stücken auch bey wieder offenem Handel unwiederbringlichen Schaden leyden", da die hiesigen Handwerker und Manufakturiers bekanntlich ihren größten Absatz in Sachsen hätten, andererseits Halle einige unentbehrliche Waren nur aus Sachsen bekommen könne.⁶² Die aus Halle in Magdeburg eintreffenden Warnungen blieben ungehört. Die sie aussprachen, wurden als "gut sächsisch" verdächtigt.

Überblickt man die Zeit bis zum Siebenjährigen Kriege und versucht die Politik Friedrichs einzuschätzen, so wird ganz offensichtlich: Ausgangspunkt seiner wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit Sachsen war ein politischer Gewaltakt. Die durch ihn herbeigeführte Ver-

60 DZA Merseburg, General-Directorium, Magdeburg, Tit. CLXXXI, Nr. 4, Vol. I, Bl. 186.

61 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. A 7, Nr. 4, Bl. 10.

62 Ebenda, Bl. 38.

schiebung des politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses schuf erst die Möglichkeit für eine derartige Zuspitzung der zollpolitischen Auseinandersetzungen. Das Ziel dieser Kämpfe, die auf seiten Friedrichs teilweise mit Mitteln geführt wurden, die der merkantilistischen Wirtschaftspraxis anderer Länder entlehnt waren, teilweise aber merkantilistischen Prinzipien direkt widersprachen, war die wirtschaftliche wie politische Stärkung des eigenen Landes bei gleichzeitiger Schwächung Sachsens. Zwar läßt sich für diese Etappe noch nicht von einem Vorherrschen rein politischer Machtinteressen sprechen, eine Vermischung politischer und wirtschaftlicher Motive aber lag auf jeden Fall vor. Während dieser Zeit war es hauptsächlich eine Gruppe des preußischen Bürgertums, die mit Eingaben auf die Maßnahmen Friedrichs reagierte: die Kaufmannschaft. Als deren Interessenvertreter meldeten sich in den betroffenen Provinzen bzw. Städten auch die Beamten zu Wort. Nur in Schlesien scheinen auch die Produzenten (wobei nicht klar ist, ob es sich lediglich um Handwerker oder auch um Manufakturunternehmer und Verleger handelte) unruhig geworden zu sein.

Die von den Kaufleuten eingenommene Position war abhängig von den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen dieser Politik. Sie war in Magdeburg zustimmend, in Halle und in Schlesien schroff ablehnend. Dabei fällt auf, daß kaum andere Argumente ins Feld geführt wurden als die besondere Lage der Provinz bzw. Stadt. Geht man von dem mit dieser Politik verfolgten innenpolitischen Hauptziel aus, dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der mittleren Provinzen einschließlich Schlesiens, so hat man es in Schlesien und Halle mit einem Widerstand gegen Friedrichs Versuche der "Zentralisation innerhalb der Dezentralisation" zu tun. Friedrichs Politik durchschnitt bereits entstandene wirtschaftliche Bindungen, die ein Kennzeichen für den Entstehungsprozeß des inneren Marktes im nationalen Rahmen waren. Der Protest einiger Kaufleute gegen diese Politik, auch wenn er ganz und gar nicht national begründet wurde, basierte daher objektiv auf dem Widerspruch zwischen partikularer und nationaler Entwicklung in Deutschland. Andererseits zeigt die Haltung der Kaufleute recht deutlich, daß das Entstehen eines wirklichen Nationalbewußtseins, das sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts bei den Vertretern der bürgerlichen Aufklärung recht kräftig zu entwickeln begann, für die Masse des Bürgertums an Voraussetzungen gebunden war, nämlich an die sich aus den Bedürfnissen ihrer wirtschaftlichen Existenz erschließende Erkenntnis der ökonomischen und politischen Notwendigkeit einer nationalen Entwicklung. Für diese Erkenntnis aber war die territorialstaatliche Zersplitterung ein entscheidendes Hindernis.

Der Siebenjährige Krieg war im Verhältnis zu Sachsen im wahrsten Sinne des Wortes eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die bis zu diesem Zeitpunkt mit politischen und wirtschaftlichen Methoden ausgetragene Auseinandersetzung wuchs in den direkten militärischen Kampf über.

Friedrich II. hatte sich schon im Jahre 1752 in seinem Politischen Testament den Luxus "Politischer Träumereien" erlaubt. Für den ständig an die "Abrundung" seines Besitzes denkenden Preußenkönig schien Sachsen ein geeignetes Objekt seiner Begehrlichkeit.⁶³ In der bürgerlichen Literatur gab es nach Bekanntwerden der Testamente Friedrichs eine Diskussion um den Charakter des Siebenjährigen Krieges. Die im Testament von 1752 ausgesprochene Absicht, im Falle eines siegreichen Krieges gegen Österreich Böhmen zu erobern und gegen Sachsen auszutauschen sowie die Übereinstimmung zwischen dem im Testament vorgezeichneten Plan und der Wirklichkeit des Jahres 1756, veranlaßten Max Lehmann, von einer Doppeloffensive zu sprechen, die im preußischen Falle der Eroberung Sachsens diente.⁶⁴ Dazu hat Franz Mehring schon Stellung genommen⁶⁵, dessen Einschätzung auch heute

63 Vgl. Friedrich der Große, Die Politischen Testamente, Berlin 1922, S. 64 ff. = Klassiker der Politik, Bd. 5.

64 Vgl. Lehmann, Max, Friedrich der Große und der Ursprung des Siebenjährigen Krieges, Leipzig 1894.

65 Vgl. die Vorrede zur zweiten Auflage der Lessing-Legende, in: Mehring, Franz, Ge-

noch voll gültig ist. Mehring stellte fest, daß Friedrich Sachsen im Glücksfalle nur zu gern behalten, den europäischen Krieg aber nicht um Sachsen zu erobern begonnen hätte. Für diese Mehringsche These spricht auch die wirtschaftliche Behandlung Sachsens durch den preussischen König während des Krieges. Forberger hat verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die sächsische Wirtschaft unter dem Siebenjährigen Kriege zu leiden hatte⁶⁶, und dies nicht nur wegen der unmittelbaren Kriegseinwirkungen, sondern vor allem deshalb, weil es Friedrichs Prinzip war, den unterworfenen Gegner für einen großen Teil der finanziellen Kriegslasten aufkommen zu lassen. Namentlich Leipzig hat Unsimmen an Kontributionen zahlen müssen. Darüber hinaus erlitt die sächsische Wirtschaft durch die in einzelnen Fällen direkt und systematisch betriebene Abwerbung von Arbeitskräften große Verluste. Die Bemühungen Friedrichs zur Schädigung der sächsischen Wirtschaft vervielfachten sich gegen Kriegsende, als ganz offensichtlich wurde, daß der "Glücksfall" zur Verwirklichung seiner "chimärischen Entwürfe" diesmal noch nicht eintreten würde. Am 21. Februar 1763 schrieb Friedrich an Schlabrendorff: "Bei dem in Sachsen vorgewesenen Krieg habe ich ohnerachtet meiner dabei gehaltenen vielen Beschäftigungen dennoch Gelegenheit genommen, mich von denen Fabriken derer Sachsen zu informiren und mir eine Idee davon zu machen. Nach denen Speculationen so ich darüber gemacht habe, habe ich so viel gefunden, daß ich des Sentiments bin, wie wir unsererits gar füglich im stande sein, das sächsische Commercium mit ihren Wollfabriken und Manufacturen, wo nicht ganz und gar zu ruiniren, doch wenigstens die ganze avantage darunter über sie zu haben, und daß mithin es möglich sei, ihnen die ganze Chance abzugewinnen." Er teilte weiter mit, daß er in verschiedenen Orten der Lausitz, wo es eine gute Schafzucht gab, das Vieh habe wegtreiben lassen, "daß sie also keine gute und reine Wolle behalten."⁶⁷ Diese gegen Ende des Krieges unternommenen Schritte zur Ruinierung des sächsischen Textilgewerbes leiten direkt in die wirtschaftliche Nachkriegspolitik Friedrichs II. über. Im gleichen Brief an Schlabrendorff bat er diesen, Arrangements in Schlesien und der Neumark zu treffen, um die Durchfuhr polnischer Wolle durch diese Gebiete nach Sachsen zu verhindern. "Hierdurch muß es geschehn, daß solbald die Sachsen die primam materiam zu ihren Tuch- und Woll-Fabriken teuer bezahlen und also auch ihre fabricierte Tuche und Waren teuer verkaufen müssen, wir ihnen notwendig den ganzen Debit abgewinnen müssen."⁶⁸

Die militärische Auseinandersetzung war beendet, der politische und wirtschaftliche Machtkampf ging weiter. Schlabrendorff schlug in Beantwortung des Briefes vor, die bereits 1755 erlassene Verfügung, nach der für durch Schlesien nach Sachsen gehende polnische Wolle ein Transitoll von 30 Prozent gezahlt werden müsse, erneut einzuschärfen.⁶⁹ Es blieb al-

sammelte Schriften, Bd. 9: Die Lessing-Legende, Berlin 1963, S. 18 ff.

⁶⁶ Vgl. Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen, a. a. O., S. 66, 168 u. 272; vgl. auch die in den allgemeinen Darstellungen zur sächsischen Geschichte gegebene Darstellung des Siebenjährigen Krieges: Gretschel, C., Geschichte des sächsischen Volkes und Staates, fortgesetzt von Friedrich Büllau, Bd. 3, Leipzig 1853, S. 91 ff.; Kretzschmar, Hellmut, Sächsische Geschichte, Bd. 2, Dresden 1935, S. 90 ff.; speziell zum Siebenjährigen Krieg und Sachsen, vgl. Görler, Carl, Studien zur Bedeutung des Siebenjährigen Krieges für Sachsen, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde, Bd. 29, 1908, S. 119 ff.

⁶⁷ Acta Borussica, a. a. O., Bd. 3/II, S. 242.

⁶⁸ Ebenda, S. 243.

⁶⁹ Ebenda, S. 244; über die sächsisch-preussischen Handelsbeschränkungen vgl. auch Fechner, Hermann, Wirtschaftsgeschichte der preussischen Provinz Schlesien in der Zeit ihrer provinziellen Selbständigkeit 1741 - 1806, Breslau 1907, S. 94 f.; Schroetter, Friedrich v., Die schlesische Wollindustrie im 18. Jahrhundert, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, Bd. 10, Leipzig 1898, S. 377 ff.

so bei den Behinderungen der Vorkriegszeit. Der Ausgang des Krieges hatte in dieser Beziehung zu keinerlei Veränderungen geführt.

Da die Rohstoffversorgung für das sächsische Textilgewerbe nach dem Kriege immer schwieriger wurde, erließ die sächsische Regierung am 23. März 1765 ein Mandat, nach dem für die Ausfuhr von Wolle ein Grenzzoll erhoben, der Export nach Brandenburg-Preußen und Österreich aber völlig verboten wurde.⁷⁰ Neben dem Wunsch, das eigene Gewerbe mit genügend Rostoffen zu versorgen, war dieses Mandat eine Gegenmaßnahme gegen die in Preußen und Österreich nach dem Kriege eingeführten Handelsbeschränkungen. Nur wenige Tage später, am 27. März, erfolgte ein Einfuhrverbot für österreichische und preußische Manufakturwaren mit der Begründung, daß die in diesen Ländern getroffenen Verfügungen den Vertrieb sächsischer Waren fast völlig hemmten, daher zumindest der innersächsische Markt den eigenen Manufakturen gesichert werden müsse. Am 4. Mai erließ Friedrich II. ein gleiches Verbot⁷¹, und am 7. Mai setzte er den Kaufleuten und Krämern eine Frist von drei Monaten für den Absatz sämtlicher sächsischer Waren im Ausland⁷². Diese Verfügungen riefen im ganzen Land Unruhe hervor. Diesmal reagierten Kaufleute und Gewerbetreibende auch solcher Provinzen, die sich vorher kaum geäußert hatten. Berliner Kaufleute baten um eine längere Frist.⁷³ Die Tuchmacher von Calbe beklagten ihren bevorstehenden Ruin, da sie bisher die Hälfte des von ihnen verfertigten Frieses in Sachsen abgesetzt hätten.⁷⁴ Der Halberstädter Kammerdirektor konstatierte gleichfalls, daß die Sperre den "Wollfabrikanten" zur Last falle, die bisher in und durch Sachsen gehandelt hätten.⁷⁵ Kaufleute von Anclam und Demmin verlangten Ausnahmebestimmungen für einige Waren.⁷⁶ Wie auch in anderen Fällen bewirkten diese Beschwerden nichts. Es kam 1765 im Gegenteil zu einer weiteren Verschärfung. Der Transitzoll von 30 Prozent wurde gegen Jahresende auch von seidenen, halbseidenen, wollenen und baumwollenen Waren erhoben.⁷⁷ Einer der Haupttreiber dieser Politik war wiederum Schlabrendorff; sein Hauptmotiv: die Zurückdrängung der sächsischen Konkurrenz im Handel mit Polen.⁷⁸

Gegen diese Politik wurden zunehmend nicht nur die Stimmen von Kaufleuten und Gewerbetreibenden laut. Das Generaldirektorium selbst zeigte sein Mißbehagen. Bereits vor dem Kriege war dem Mitinhaber einer bedeutenden Leipziger Seidengroßhandelsfirma, François Dubosc, aufgrund seiner persönlichen Verbindungen nach Berlin, insbesondere zum V. Departement, der erstaunliche Gegensatz "zwischen den Ideen des Königs und denen des Ministeriums" aufgefallen. Etwas resigniert schrieb er 1755 an den späteren Vorsitzenden der Restaurationskommission in Sachsen, Fritsch: "Der eine möchte Druck ausüben, der andere ist für Toleranz, leider hat die letztere Partei nichts als die Absicht."⁷⁹ Dieser "stille" Gegensatz zwischen den wirtschaftspolitischen Ideen des Königs sowie solcher Leute wie

70 Vgl. Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen, a. a. O., S. 102 f.

71 Acta Borussica, a. a. O., Bd. 3/II, S. 252.

72 Acta Borussica, Die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert und ihre Begründung durch Friedrich den Großen (im folgenden: Die Seidenindustrie), Bd. 1, bearb. von Gustav Schmoller und Otto Hintze, Berlin 1892, S. 454.

73 Vgl. Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, a. a. O., Bd. 3/II, S. 255.

74 Ebenda, S. 256.

75 Ebenda, S. 257.

76 Ebenda.

77 Vgl. Acta Borussica, Die Seidenindustrie, a. a. O., S. 460.

78 Vgl. Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, a. a. O., Bd. 3/II, S. 261.

79 Vgl. Die Staatsreform in Kursachsen 1762 - 1763, Quellen zum kursächsischen Rétablissement nach dem Siebenjährigen Kriege, hg. u. eingel. v. Horst Schlechte, Berlin 1958, S. 495.

Schlabrendorff und einiger anderer Beamter des Generaldirektoriums war nach dem Kriege nicht mehr zu verdecken. In einer Auseinandersetzung mit Schlabrendorff wandte sich das Generaldirektorium gegen den hohen Transitzoll, weil die Manufakturen sich bei einem "mutuellen Commerce" viel besser stünden und das Generaldirektorium täglich mit "lamentablen Vorstellungen" von allen Seiten belästigt würde.⁸⁰ Die Kontroversen spitzten sich während der Krise des Jahres 1766 zu.⁸¹ Der Bankrott so vieler Handelshäuser, der bereits vorher in einigen Branchen einsetzende Produktionsrückgang, die allgemeine Unruhe, die sich der Unternehmer- und Kaufmannschaft durch Einführung vieler, von ihnen nicht gebilligter Neuerungen bemächtigt hatte, schließlich der nun immer deutlicher hervortretende repressive und offen fiskalische Zug der friderizianischen Wirtschaftspolitik ließen die Meinungsverschiedenheiten zwischen Friedrich und einigen Beamten offenkundig werden. Die gegensätzlichen Ansichten erstreckten sich auch auf die Handelspolitik. Friedrich II. hat gegen Ende seines Lebens in einer Kabinettsorder sein Verhältnis zum Transithandel klar bestimmt. "Ein mit Manufacturen versehenes Land", so schrieb er, "kann sich den unbegrenzten Transit nicht erlauben. Ein geschickter und fleißiger Manufacturier ist Mir wichtiger als 10 Kaufleute, und alles was unsere Manufacturen im geringsten benachteiligen könnte, muß zweifellos verboten werden."⁸²

Friedrichs wirtschaftspolitische Ansichten waren Wandlungen unterworfen. Liest man Verfügungen seiner ersten Regierungsjahre, so ist in ihnen zumeist das gängigste Repertoire merkantilistischer Ideen, mehr noch merkantilistischer Regierungspraxis vertreten. Im Verlaufe der fünfziger Jahre, besonders aber nach dem Siebenjährigen Kriege, traten einige Züge dieser Politik extremer hervor. Dabei war die im oben angeführten Zitat ausgesprochene Absicht, die Manufakturen zu fördern, nicht etwa eine Besonderheit friderizianischer Wirtschaftspolitik. Die Förderung des Gewerbes, einschließlich der Manufakturen, war bei aller Betonung des Handels als der von den Merkantilisten angenommenen Sphäre, innerhalb derer sich "der Überschuß des Preises der Produkte über ihre Produktionskosten" bildet⁸³, eine normale Erscheinung. Unterschiedlich waren jedoch die Methoden der Gewerbeförderung; sie waren im klassischen Land des Merkantilismus, im bürgerlichen England, anders als im absolutistischen Frankreich⁸⁴. Es ist charakteristisch für Friedrich II., daß er sich an das französische Vorbild hielt, allerdings nicht an das seiner Zeit, denn in Frankreich durchlebte der Physiokratismus, "diese dem Merkantilismus an Wirklichkeitsnähe des kapitalistischen Denkens weit überlegene Lehre"⁸⁵, seine Blüteperiode, sondern an das des vergangenen Jahrhunderts, das er in einzelnen Zügen und Maßnahmen direkt kopierte. Während sich aus dem physiokratischen System das "Laissez faire, laissez aller; die ungehinderte freie Konkurrenz, Beseitigung aller Staatseinmischung, Monopole etc. von der Industrie" als Konsequenz ergab⁸⁶, steigerte Friedrich die Staatseinmischung, das heißt die Reglementierung der Wirtschaft, seine Eingriffe in die Wirtschaftsführung privater Betriebe, Monopole und faktische Behinderung der freien Konkurrenz sowie die Beschränkung des Handels

80 Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, a. a. O., Bd. 3/II, S. 261.

81 Über die Krise vgl. Skalweit, August, Die Berliner Wirtschaftskrise von 1763 und ihre Hintergründe, Stuttgart/Berlin 1937 = Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 34.

82 Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, a. a. O., Bd. 3/II, S. 544.

83 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 539.

84 Vgl. dazu Heckscher, Eli F., Der Merkantilismus, a. a. O., Jena 1932.

85 Vgl. den geistreichen Essay von Kuczynski, Jürgen, Zur Theorie der Physiokraten, in: Grundpositionen der französischen Aufklärung, Berlin 1955, S. 29 = Neue Beiträge zur Literaturwissenschaft, Bd. 1.

86 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, 1, Berlin 1965, S. 23.

ins Unermeßliche, so daß er sogar von merkantilistischer Position her kritisiert wurde. Dem bis ins Extrem geführten Prohibitivismus mit aus Furcht vor dem Schmuggel oft grotesken Handelsbeschränkungen, die nicht wie bei den eigentlichen Schutzzöllnern gegen die ausländische Konkurrenz, sondern gegen die der anderen deutschen Territorialstaaten gerichtet waren, standen die von merkantilistischen Ideen inspirierten Ansichten solcher Beamter wie Faesch und Ursinus gegenüber, die, vom Primat des Handels ausgehend, durchaus für engere Beziehungen zwischen den deutschen Territorialstaaten waren. Ursinus, der Verfasser eines Berichts vom 1. Oktober 1766, legte, durch Kabinettsorder vom 25. September dazu beauftragt, die Gründe für den Verfall von Handel und Manufakturen dar. Daß er damals die wahren Ursachen der Krise nicht aufdecken konnte, verwundert nicht. Umso bedeutsamer ist, daß er einzelne Erscheinungen völlig richtig erfaßte und sich nicht scheute, seine den königlichen Auffassungen entgegengesetzte Meinung offen niederzuschreiben — eine Haltung, für die er mit Kassation und Festungshaft zahlen mußte. Unter den allgemeinen Ursachen für den Rückgang von Handel und Manufakturen führte Ursinus auch den durch den Zollkrieg gehemmten Handel mit Sachsen an⁸⁷, und bei der Behandlung einiger spezieller Seiten des Wirtschaftslebens kritisierte er im Hinblick auf den Transithandel sowohl die 1754 im Magdeburgischen und Halberstädtischen eingeführten hohen Transitzölle, als auch die Tatsache, daß die zwischen Sachsen und Polen transitierenden Waren auch auf der Frankfurter Messe mit Auflagen von 8 bis 30 Prozent belegt würden. Ursinus verwies auf die Folgen dieser Maßnahmen: die Umgehung preußischen Territoriums und den zurückgehenden Besuch der Frankfurter Messe vor allem durch die polnischen Juden.⁸⁸ "Der Verlust ist groß", schrieb er, "und in allem Betracht sehr zu bedauern."⁸⁹ Friedrich reagierte scharf. Er staunte über die "Ignorance" und beschloß, "die Malice und corruption" exemplarisch zu bestrafen, "sonsten bringe ich die Canaillen niemals in der Subordination."⁹⁰ Noch im gleichen Jahre, im Dezember 1766, sandte der vorsitzende Rat des V. Departements, Johann Rudolf Faesch, "Gedanken über das Commercium und Manufakturwesen" an Friedrich II. Eingedenk der Erfahrungen, die Ursinus erst vor kurzem machen mußte, kleidete er seine Gedanken, die den königlichen direkt widersprachen, nicht in die Form einer Kritik. Er machte Vorschläge, wie Handel und Manufakturen in blühenden Stand gebracht werden könnten. Faesch, ein gebürtiger Schweizer, der, bevor er 1750 in preußische Dienste trat, selbst Handel betrieb, entwickelte in seiner Denkschrift merkantilistische Gedankengänge. Ein blühender Handel, so stellt er eingangs fest, sei in der Lage, den Wohlstand eines Reiches und das Wachstum seiner Macht am meisten zu befördern. Der Handel aber wiederum sei am ehesten durch Anlegung von Manufakturen zu begünstigen.⁹¹ Faesch plädierte nach holländischem Vorbild für Handelsfreiheit. Die Holländer würden "durch ihre innerliche verborgene löbliche Einrichtungen, Facilitaet und Freyheit in Handel und Wandel" sozusagen die "ganze Welt" nach Holland locken. Ganz in diesem Sinne, mit dem Ziel somit, die "ganze Welt" nach Preußen zu locken, war Faesch für die Aufhebung der Handelsbeschränkungen im Verhältnis zu Sachsen und anderen Nachbarstaaten. Faesch führte zur Begründung seiner Meinung gängige merkantilistische Ideen an. "Sämtliche Nachbarn, die aus diesseitigen Landesfabriken Waren kaufen, sind als Tributirer anzusehen", weil sie den Manufakturunternehmern und Kaufleuten den Arbeitslohn sowie Fleiß und Mühe bezahlten.⁹²

87 Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, a. a. O., Bd. 3/I, S. 370.

88 Ebenda, S. 373 f.

89 Ebenda, S. 373.

90 Ebenda, S. 375.

91 DZA Merseburg, General-Directorium, Fabriken-Departement, Tit. XC, Nr. 69, Bl. 4. — Die Denkschrift wurde in einem äußerst kurzen Auszug, in dem die ideologische Begründung der Ideen Faesch's völlig ausgelassen wurde, abgedruckt in: Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, a. a. O., Bd. 3/I, S. 377 f.

92 Ebenda, Bl. 9 f.

Auch Faeschs Ziel war die Stärkung Preußens. So glaubt er zum Beispiel durch die Errichtung eines sogenannten "porto franco" in Berlin Leipzig einen Stoß versetzen zu können. Jedoch hätte die Durchsetzung seiner wirtschaftspolitischen Ideen objektiv das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Nation gefördert. Es ist in diesem Zusammenhang nämlich nicht uninteressant, daß es ähnliche Ansichten über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den deutschen Staaten auch in Sachsen gab. Die 1762, also noch während des Krieges in Sachsen eingesetzte Restaurationskommission, die, wie Schlechte feststellte, die Interessen des sächsischen Großhandels und der Manufakturunternehmer vertrat, bezeichnete bereits 1763 als eine Voraussetzung für ein "standhaftes" Handels- und Manufaktursystem, daß man mit den Nachbarn und allen Handel treibenden Staaten in gutem Einvernehmen stehe, sich dabei aber nicht auf bestehende Verträge allein verlassen, "sondern alle mögliche Ressourcen in sich selbst und guten innerlichen Anstalten suche und begründe".⁹³ Vor allem wollte die Kommission mit Brandenburg-Preußen und Österreich in eine für beide Teile "nutzbare Verfassung" kommen. Die Reformvorschläge der Restaurationskommission, unter denen sich neben merkantilistischen Leitideen in entscheidenden Punkten bereits Auffassungen der Physiokraten und ihrer Vorgänger⁹⁴ fanden, sowie die in der Folgezeit noch stärkere Orientierung auf den Freihandel, die sich allmählich auch in der sächsischen Regierungspraxis durchsetzte, korrespondierten in gewisser Weise mit den Ansichten Faeschs, die aus merkantilistischen Quellen gespeist waren.

Die bereits genannte Schlußfolgerung über die antinationale Wirkung einiger zollpolitischer Maßnahmen Friedrichs II. muß hier durch eine weitere ergänzt werden: Es war nicht die Übernahme merkantilistischer Ideen schlechthin, die in Preußen den Abschluß von anderen deutschen Territorialstaaten so vollkommen machte, sondern die besondere Spielart dieser Ideen, ihre Unterordnung unter machtpolitische Interessen. Friedrichs Kampf um das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht im Verhältnis zu Österreich und um die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung gegenüber Sachsen wirkte unmittelbar auf seine Wirtschaftspolitik ein, die im Gegensatz zur sächsischen auf eine Drosselung und gewaltsame Regulierung des Handels nicht verzichten zu können glaubte und die im Grunde genommen dem kapitalistischen Austauschbedürfnis widersprach. Wohingegen sich im sächsischen Bürgertum gerade wegen seiner machtpolitisch so aktiven Nachbarn, denen Sachsen politisch und militärisch unterlegen war, mehr und mehr der Gedanke breitmachte, daß den gewaltsamen Eingriffen Preußens nur durch größere Handelsfreiheit beizukommen sei. Während in Sachsen das Bürgertum auf die Wirtschaftspolitik Einfluß bekam, blieb es in Preußen einflußlos.

Die im Vergleich zu den Ansichten der Restaurationskommission zurückgebliebenen Meinungen der preußischen Beamten bürgerlicher Herkunft, Ursinus und Faesch, deren Durchsetzung trotzdem ein Fortschritt gewesen wäre, wurden nicht Regierungspraxis. Ursinus verschwand in der Festung Spandau. Über Faeschs Vorschläge wurde debattiert, bis man sie schließlich zu den Akten legte.

Noch vor dem Ausbruch der Krise von 1766 hatten laut Festlegung des Hubertusburger Friedens die Verhandlungen zwischen Sachsen und Preußen begonnen. Dabei gingen die sächsischen Unterhändler von den durch die Restaurationskommission festgelegten Grundsätzen aus und machten im Interesse einer beide Seiten befriedigenden Regelung viele Zugeständnisse⁹⁵ - eine Haltung, die auf preußischer Seite nur den Verdacht besonderer Infamie aufkommen ließ. Preußen ließ sich zu keinerlei Konzessionen bewegen, denn die Tatsache, daß

93 Die Staatsreform in Kursachsen, a. a. O., S. 457.

94 Vgl. ebenda, S. 41.

95 Vgl. Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, a. a. O., Bd. 3/II, S. 272.

Schlabrendorff am 26. März 1766, somit zur Zeit der Konferenz, die Senkung des Transitzolls von 30 auf 6 Prozent vorschlug⁹⁶, war kein echtes Zugeständnis. Da die Polen begonnen hatten, preußisches, in diesem Falle schlesisches Territorium zu meiden und, von der österreichischen Regierung unterstützt, Wege durch das Österreichische suchten, mußte sich eine Beibehaltung der hohen Transitzölle verderblich auf die preußische Wirtschaft auswirken. Friedrich entschloß sich daher: "ich will es alles auf 8 percent" setzen.⁹⁷ Die Konferenz endete mit dem Abschluß einer "Meßhandels-Convention", aber ohne die Abschaffung der sonstigen, drückenden Einschränkungen.

Letztere begannen sich nun, wie selbst Schmoller anerkennt⁹⁸, auch auf Magdeburg negativ auszuwirken. Besonders verheerend war die Einführung eines zusätzlichen Aufschlags zu den bisherigen Transitabgaben im Jahre 1765. Bereits 1764 gab es aber schon die ersten Klagen der Magdeburger Kaufleute- und Krämerinnung.⁹⁹ Eingedenk ihrer "guten" Erfahrungen mit dem Stapelrecht glaubten die Magdeburger Kaufleute damals noch, mit denselben Mitteln wie vor dem Kriege ihre Schwierigkeiten lösen zu können, ohne auch nur entfernt zu begreifen, daß ihre jetzigen Sorgen nicht unwesentlich auf eben diese Methoden zurückzuführen waren. Sie schlugen nochmals die "wirkliche" Wiederherstellung des Land-Stapels vor. Im übrigen war diese Eingabe eine auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnittene, merkwürdige Mischung überholter wirtschaftspolitischer Forderungen und echter Anliegen. Die Konkurrenz mit Leipzig, das von vornherein aussichtslose Eifern um den Leipziger Handel versperren den Magdeburger Kaufleuten jedoch den Blick für eine wirkliche Lösung ihrer Probleme. Nur im Kampf gegen Leipzig glaubten sie nach wie vor bestehen zu können. Andererseits verlangten auch sie freien Handel mit eigenen Produkten und Herabsetzung der hohen Zölle für einige Artikel. Diese Forderung nach Minderung der hohen Zölle und nach freiem Handel mit einigen Produkten, besonders mit dem für Magdeburg wichtigen Zucker und Tabak, taucht auch in dem "Promemoria wegen Verbeßerung des Commercii" der Magdeburger Kaufmannschaft aus dem Jahre 1769 wieder auf. "Solte aber die freye Handlung nicht hergestellt, die Abgaben nicht erleichtert oder noch neuere Einschränkungen . . . vorgekehret werden", schreiben die Magdeburger Kaufleute, "so ist es um unsere Handlung ohnerachtet der schönen Situation vollends geschehen."¹⁰⁰ Es ist auffällig, daß in dieser Eingabe die Forderung nach "wirklicher" Wiederherstellung des Land-Stapels nicht mehr erscheint. Die neue, preußisches Gebiet umgehende Straße, die in der Zwischenzeit bereits stark befahren wurde, hatte offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt. Nicht durch Wiederherstellung des Land-Stapels, sondern durch Minderung der Elb-Zölle erhofften sich Magdeburger Kaufleute nun eine Besserung. Insofern scheint sich in den wenigen Jahren nach dem Siebenjährigen Krieg auch in dem rückständigen Denken der Magdeburger Kaufleute etwas verändert zu haben.

Wahrscheinlich wird man in Magdeburg ohnehin zwischen den Auffassungen der Kaufleute und denen der nichtprivilegierten Manufakturunternehmer unterscheiden müssen. Im Jahre 1770 kam es nämlich zwischen dem Band-"Fabrikanten" Johann Christoph Wieler und dem Berliner Posamentier-Gewerk zu einer Auseinandersetzung. Die Berliner Zunft verlangte ein Einfuhrverbot aller "ausländischen" Bänder. Wieler wandte sich dagegen; "ich erkenne es (das Verbot - I. M.) ferner nicht vor gut", schrieb er, "weil jede Nation einen besondern Einfall hat, den sich zuweilen eine Fabrique vor der anderen zu ihrem Vortheil bedienet." Auch würden Verbote das Vertrauen der "Ausländer" beeinträchtigen und die Kommis-

96 Ebenda, S. 267.

97 Ebenda.

98 Vgl. Schmoller, Gustav, Studien, a. a. O., X, S. 719 ff.

99 Vgl. Staatsarchiv Magdeburg, Rep. A 9 a VI, Altstadt Magdeburg, Nr. 982.

100 DZA Merseburg, General-Directorium, Tit. CLXXXI, Nr. 14, Bl. 28.

sionsgeschäfte darunter leiden. Schließlich schlußfolgerte er, daß die schlechten Zeiten nicht durch die Einfuhr fremder Bänder verursacht würden, sondern durch die Verbote, die man in einigen Ländern, unter anderem in Österreich, erlassen habe.¹⁰¹ Es ist auffällig, wie sehr diese Auffassung mit Ansichten sächsischer Kaufleute und Manufakturunternehmer übereinstimme.

Daß sich in einigen preußischen Provinzen außer den Kaufleuten auch diese Gruppe des Bürgertums gegen die gestörten wirtschaftlichen Verbindungen nach den deutschen Nachbarstaaten, insbesondere nach Sachsen, wandte, wird aus zahlreichen Aktenstücken sichtbar. Wöllner bezeugt in seinem 1786 dem Kronprinzen gehaltenen Vortrag über "Fabriken, Manufacturen und das Commercium", daß die Berliner Kaufmannschaft nach dem Siebenjährigen Kriege "die beweglichsten Vorstellungen" wegen des gesperrten Handels nach Sachsen gemacht habe. Unter anderem habe der verstorbene Wegely (wahrscheinlich Johann Andreas - I. M.) dem Generaldirektorium eine Bilanz übersandt, in der er die gesamte sächsische Einfuhr nach Preußen der Ausfuhr seiner eigenen Waren nach Sachsen gegenüberstelle¹⁰² - eine Bilanz, die eindeutig zugunsten Wegelys ausfiel. Wegely war nicht nur Kaufmann, und es ist daher zu vermuten, daß der von Wöllner gebrauchte Begriff "Kaufmannschaft" auch Manufakturunternehmer in sich einschloß. Noch in anderer Hinsicht ist das Zeugnis Wöllners über Wegely interessant. Wegely war nicht nur einer der größten Manufakturunternehmer Berlins, der, wie oft betont wurde, mit eigenen Mitteln, also ohne staatliche Beihilfe wirtschaftete; sein Vater hatte auch zwischen 1739 und 1744 die Gruppe kurmärkischer Manufakturunternehmer angeführt, die sich gegen das staatliche Monopol des Lagerhauses wandte. Diese unabhängige, kritische Haltung gegenüber der von Friedrich II. praktizierten Wirtschaftspolitik behielten auch seine Nachfolger bei, und so scheint es nur logisch, daß Wegely, der vom Handel nach Sachsen so sehr profitiert hatte, nach Verhängung der faktischen Handelssperre mit seinen Mitteln dagegen protestierte, indem er seine Verluste kenntlich machte. Als Friedrich II. wegen der angeblichen Wirkungslosigkeit des bisherigen Transitzolls von acht Prozent auf sächsische und polnische Produkte diesen 1771 auf alle "ausländischen" wollenen, seidenen, leinenen, ledernen und anderen Fabrikate ausdehnte¹⁰³, erklärten die meisten der auf Befehl des V. Departements zusammengekommenen bedeutenden "Berliner Woll-, Seiden- und Bandfabrikanten", daß die "Landesfabriken" durch die neue Anordnung, durch die sie ja doch eigentlich begünstigt werden sollten, keinen Nutzen, sondern Schaden litten, da sie die Käufer aus Preußen, speziell von der Frankfurter Messe fernhalte¹⁰⁴. Die Opposition dieser Gruppe des preußischen Bürgertums spitzte sich besonders nach Friedrichs Tode zu. Der zur Revision des Akzisewesens eingesetzten Untersuchungskommission gingen zahlreiche Eingaben zu, in denen der Zustand des gesamten Wirtschaftslebens kritisch unter die Lupe genommen wurde. Im Halberstädtischen befragten die Kriegs- und Steuerräte Müller und Cunow Kaufleute und "Fabrikanten". Diese klagten unter anderem über das Einfuhrverbot für viele fremde Waren, "wodurch die hiesigen Woll-Fabrikanten den Baratto-Handel auf den Messen verloren" hätten sowie über den gestörten Transithandel. Die Kammer solidarisierte sich mit den Kaufleuten und Gewerbetreibenden und schlug vor, die Einfuhr von sächsischen, anhaltinischen und hildesheimischen Waren wieder zu den alten Bedingungen zu gestatten, damit der für diese Provinz vorteilhafte Verkehr mit den Nachbarn wiederhergestellt würde. Sie sah das unbegründete "Geschrei" der Leinweber zwar voraus. Doch wäre bei den übrigen "Fabrikanten" nur von solchen Widerstand zu erwarten, "die ihre Fabriken und Manufacturen allein auf den gezwungenen Absatz gründen und das Publicum mit schlechten und theuren Waaren betrügen woll-

101 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. A 9 a VI, Altstadt Magdeburg, Nr. 578, Bl. 10.

102 DZA Merseburg, Rep. 92, Wöllner I, Nr. 8, Bl. 7.

103 Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, a. a. O., Bd. 3/II, S. 288.

104 Ebenda, S. 268.

ten und welche keine Attention verdienen." Die Kammer fügt hinzu, daß vernünftige Manufakturisten solche Zwangsmaßnahmen nicht brauchen, "da sie wissen, daß solche ihre Waren, wenn sie auch noch so gut sind, bey den Auswärtigen verhaßt machen und ihren Absatz mindern."¹⁰⁵

In der Tat verursachten die Handelsbeschränkungen gerade bei den Unternehmern, die nicht mit der "staatlichen Fürsorge" für den Verkauf ihrer Produkte rechnen konnten, Absatzschwierigkeiten. Nur die mit besonderen Privilegien ausgestatteten Manufaktur- und Verlagsbetriebe, deren Produkte oft zwangsweise auf die Kaufleute der verschiedenen preussischen Provinzen aufgeteilt wurden, konnten ohne größere Stockungen in der Produktion auf den Verkauf ihrer Produkte in den Nachbarstaaten, unter anderem in Sachsen, verzichten.

Ein Protokoll, das Ende 1769 in Halle aufgenommen wurde, macht dies ganz deutlich. In Halle gab es zu dieser Zeit "13 Manufacturen und Fabriquen", von denen, weil der Absatz nach Sachsen wegen der gestörten Handelsbeziehungen fast wegfiel, ein beständiger Markt für ihre Produkte gesucht werden mußte.¹⁰⁶ Faesch und Knyphausen vom V. Departement, denen dieses Protokoll übersandt wurde, resignierten. Da der Verfall der Halleschen Manufakturen von dem "mit Chur-Sachsen sistirten Commercio" herrühre, sie auch keinen Unterstützungsfonds zur Verfügung hätten, seien sie nicht imstande, "etwas Heilsames zu verfügen".¹⁰⁷ Angesichts dieser Sachlage nimmt es nicht wunder, daß nach Friedrichs Tod auch die Hallenser die Freiheit verlangten, "welcher sich unsere Nachbarn von ihren respectiven Landes-Fürsten zu erfreuen haben".¹⁰⁸

Nach der gewaltsamen Unterdrückung jeder Kritik im Jahre 1766 wuchs in den siebziger Jahren auch unter der preussischen Beamtenschaft wieder Unzufriedenheit. Sie spitzte sich besonders zu, als von Heynitz an die Spitze des IV. und V. Departements trat. Heynitz war einer der Männer des sächsischen Rétablissement.¹⁰⁹ Begabt mit wirtschaftlichem Scharfblick, über genaue Kenntnis der ökonomischen Situation in anderen Ländern verfügend, schon von seiner Stellung in Sachsen her aufgeschlossen gegenüber neuen Ideen, war Heynitz ein Mann, der über kurz oder lang mit den Auffassungen seines neuen "Dienstherrn" in Konflikt geraten mußte. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wurde Heynitz gelegentlich als "gemäßigter Merkantilist" bezeichnet.¹¹⁰ Diese Kennzeichnung stimmt schon deswegen nicht, weil man von ihr aus zwangsläufig darauf schließen muß, daß der von Friedrich II. praktizierte "Merkantilismus" der "nicht gemäßigte", wahre gewesen sein muß. Tatsächlich mischen sich in den Schriften und Eingaben von Heynitz merkantilistische mit physiokratischen Ideen. Allerdings war Heynitz kein großer "Theoretiker". Das gleiche muß man jedoch auch von seinem Widersacher Friedrich sagen. Was Heynitz von Preußens König unterschied, war seine fundamentale Kenntnis der ökonomischen Situation des Landes, seine Beweglichkeit in der Handhabung wirtschaftlicher Stimuli, sein Bemühen, stets von der konkreten Situation

105 DZA Merseburg, General-Directorium, Akzise- und Zolldepartement, B VIII, Tit. XVI, Sect. 1, Nr. 4.

106 Ebenda, General-Directorium, Fabriken-Departement, Tit. XCVIII, Nr. 8, Bl. 2.

107 Ebenda, Bl. 4.

108 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. A 9 a VI a, Litt. C, Nr. 29, Halle.

109 Über die Tätigkeit von Heynitz in Sachsen vgl. Die Staatsreform in Kursachsen, a. a. O., Baumgärtel, Hans, Bergbau und Absolutismus. Der sächsische Bergbau in der zweiten Hälfte des 18. Jh. und Maßnahmen zu einer Verbesserung nach dem Siebenjährigen Kriege, Leipzig 1963 = Freiburger Forschungshefte, D. 44.

110 Vgl. Steinecke, Otto, Friedrich Anton von Heynitz. Ein Lebensbild, zum hundertjährigen Todestage des Ministers v. Heynitz nach Tagebuchblättern entworfen, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, Bd. 15, 2. H., Leipzig 1902, S. 117.

auszugehen und die anzuwendenden wirtschaftspolitischen Mittel von dieser Situation abhängig zu machen. Während Friedrich, von einmal gefaßten Leitsätzen ausgehend, die Wirtschaft Preußens nach seinem Bilde zu formen suchte und sie, da seine Leitsätze zum Teil überholt und starr gehandhabt waren, in Fesseln schlug, wandte Heynitz je nach der Lage in den einzelnen Provinzen merkantilistische oder schon darüber hinausgehende Ideen zur Forcierung der ökonomischen Entwicklung an.¹¹¹ Heynitz hat seine Meinungsverschiedenheiten mit Friedrich in seinem "Memoire sur ma gestion du IV. et V. département" aus dem Jahre 1788 niedergelegt.¹¹² Hier ist nicht der Ort, die ganze Schrift zu analysieren. Nur die Auffassungen Heynitz' über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Preußens Nachbarstaaten können untersucht werden.

Heynitz schrieb selbst, daß er während seiner Tätigkeit der eingerissenen und vom König erwarteten Praxis, auf der Grundlage der Jahresbilanz neue Anträge auf Verbote ausländischer Waren zu stellen, stets auszuweichen suchte, denn die Verbote seien dem Handel und der "industrie national" schädlich gewesen. Im Zusammenhang damit formulierte er seinen Grundsatz: solange die Handelsbilanz aktiv ist, sind Verbote nicht nötig, weil sie den Nachbarn zu Repressalien veranlassen.¹¹³ Es ist klar, daß Heynitz, auch wenn dies nicht offen ausgesprochen wurde, hier auf die Beziehungen zu Sachsen und Österreich anspielte. Am Schluß seiner Schrift entwickelte Heynitz die Prinzipien, nach denen er das IV. und V. Département geleitet hat. Sein erster Grundsatz war: keine Verbote. Sollten sie sich nicht umgehen lassen, müßte es sich um zeitweilige und begrenzte Auflagen handeln. Dafür will er aber jeden zur Perfektion der Produktion in quantitativer und qualitativer Hinsicht zwingen. Mit diesem Grundsatz knüpfte Heynitz an die Politik an, die während des sächsischen Rétablissements unter seiner aktiven Mitwirkung betrieben worden war. Die von der westeuropäischen nationalökonomischen Literatur, insbesondere von den Spätmerkantilisten, den Physiokraten, aber bereits auch schon von den modernen englischen Nationalökonomien beeinflussten Vertreter der sächsischen Staatsreform¹¹⁴ waren vom Prinzip des freien Warenaustausches ausgegangen. Sie hatten, beeinflußt und unterstützt von den Forderungen des sächsischen Großbürgertums, die Beschränkung zwischenstaatlicher Beziehungen und Schutzzölle als Mittel der Manufakturpolitik abgelehnt. Wenn die sächsischen Manufakturunternehmer 1762 "freie Bahn für den günstigsten Preis" forderten¹¹⁵, so war Heynitz' Grundsatz, Preußens Unternehmer zur quantitativen und qualitativen Perfektion der Produktion zu zwingen und Handelsbeschränkungen abzulehnen, nichts anderes als ein Mittel, den preußischen Manufakturunternehmern im freien Austausch mit den deutschen und ausländischen Nachbarstaaten freie Bahn für den günstigsten Preis zu verschaffen und Preußens Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen. Heynitz orientierte die preußischen Kaufleute und Manufakturunternehmer auf die Verbesserung der Produktion und widerriet staatlichen Eingriffen, die unter Friedrich II. das beliebteste Mittel der Wirtschaftspolitik waren. Ganz in diesem Sinne formulierte er als 11. Grundsatz, daß er sich darum bemüht habe, die Verbindungen zu den Nachbarn wieder anzuknüpfen, um Vorteile aus ihrer Industrie zu ziehen und um den wechselseitigen Warenaustausch in Gang zu bringen.¹¹⁶ Heynitz scheiterte unter Friedrich II. Seine Prinzipien ließen sich in Preußen nicht durchsetzen. Solange Friedrich II. lebte, hielt er an den alten, überholten Grundsätzen fest. Und das nicht aus Altersstarrheit. Friedrich rechnete erneut mit einem Krieg. Der Dualismus mit Österreich, für den er selbst durch die Eroberung Schlesiens den Grund gelegt hatte, ließ ihn die ständige Kriegsbereitschaft

111 Vgl. "Unvorgreifliche Gedanken über den Manufactur- und Handelszustand in verschiedenen Provinzen des preußischen Staates", DZA Merseburg, Rep. 96, 219 A, Bl. 1.

112 Ebenda, Rep. 92, Friedrich Wilhelm III., B VII a, Nr. 1.

113 Ebenda, Bl. 7.

114 Vgl. Die Staatsreform in Kursachsen, a. a. O., S. 81 ff.

115 Ebenda, S. 105.

116 DZA Merseburg, Rep. 92, Friedrich Wilhelm III., B VII^a, Nr. 1, Bl. 13.

zum ersten Grundsatz seiner Innen- und Außenpolitik machen. Nichts blieb von dieser ständigen Kriegsbereitschaft unbeeinflusst. In Österreich seinen "Erbfeind" für immer und ewig sehend, äußerte Friedrich II. in seinen 1782 geschriebenen "Betrachtungen über den politischen Zustand Europas" den Verdacht, Joseph II. wolle die preußische Monarchie vollständig zertrümmern. "Er wird ruhig meinen Tod abwarten, bevor er Hand ans Werk legt."¹¹⁷ Auf den Fall dieses Krieges war der gesamte preußische Staatshaushalt ausgerichtet. In seiner zwei Jahre später verfaßten Schrift über die preußische Finanzverwaltung errechnete Friedrich auf der Grundlage der Bilanz des Jahres 1783/84 den erzielten Überschuß im staatlichen Etat, um gleich daran die Überlegung anzuknüpfen: "Man muß sich durchaus hüten, dieses Kapitel auf dauernde Ausgaben zu verwenden. Es muß vielmehr für den Krieg aufgespart werden, der sicherlich ausbrechen wird, wenn ich kaum die Augen geschlossen habe."¹¹⁸ In der gleichen Schrift verwies der Preußenkönig auch auf die Quellen, aus denen der preußische Staatshaushalt gespeist wurde. Danach war es vor allem der Verkauf von Leinenwaren und Wollstoffen "sowie der Durchgangshandel, den uns Polen, Sachsen und die rheinischen Staaten verschaffen", der die preußische Bilanz positiv gestaltete.¹¹⁹ Der Transithandel zwischen Sachsen und Polen, für den nach wie vor acht Prozent Zoll erhoben wurden, war demnach eine wichtige Einnahmequelle für den preußischen Staat. Fiskalische und letztlich Machtinteressen waren also die Ursache für das starre, die preußische Wirtschaft schädigende Festhalten an überholten wirtschaftlichen Prinzipien. Deshalb konnte Heynitz sich nicht durchsetzen. Und deshalb blieb die in Teilen des Bürgertums qualvoll langsam herangereifte Einsicht in die tatsächlichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten ohne Echo.

Vergleicht man den vor und nach dem Siebenjährigen Kriege geleisteten Widerstand des preußischen Bürgertums gegen diese Seite friderizianischer Wirtschaftspolitik miteinander, so fällt vor allem das Anwachsen der Unzufriedenheit auf. Waren es anfangs nur die Kaufleute der unmittelbar betroffenen Provinzen bzw. Städte, die sich zur Wehr setzten, so erfaßte die Opposition nach dem Kriege auch die mittleren Provinzen, sogar das eigentlich gegenüber anderen begünstigte Berliner Bürgertum. Andererseits wird aber auch nach dem Kriege sichtbar, wie weit das preußische Bürgertum beispielsweise hinter dem sächsischen zurückgeblieben war. Denn auch jetzt meldeten sich nur die Betroffenen, die "Leidtragenden", Kaufleute und nichtprivilegierte Unternehmer, zu Wort. Sie wehrten ab, indem sie auf für sie schädliche Folgen bestimmter Maßnahmen verwiesen. Sie begründeten ihre Ablehnung jedoch nicht mit zeitgemäßen wirtschaftspolitischen Grundsätzen. Wo solche Grundsätze ins Feld geführt wurden, kamen sie von preußischen Beamten bürgerlicher und adeliger Herkunft, die unabhängig von dieser Herkunft objektiv als Sachwalter bürgerlicher Interessen in Erscheinung traten. Das von diesen Beamten zur Begründung ihrer anders garteten Ansichten über die Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung vorgebrachte theoretische Arsenal entstammte zumeist merkantilistischen Vorstellungen. Auch Friedrich griff bei der Konzipierung seiner Wirtschaftspolitik auf das Vorbild der von Colbert praktizierten merkantilistischen Politik zurück. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich sehr rasch, wenn man berücksichtigt, daß der Merkantilismus keine in sich geschlossene einheitliche Wirtschaftstheorie war. Als "erste theoretische Behandlung der modernen Produktionsweise"¹²⁰ ging er sehr stark von praktischen Bedürfnissen aus. Nicht umsonst sprach Marx vom "groben Realismus" dieser politökonomischen Theorie, von "ihren praktischen Interessen"; er bezeichnete sie als die eigentliche "Vulgärökonomie" jener Zeit.¹²¹

117 Die Werke Friedrichs des Großen, hg. v. Gustav Berthold Volz, Bd. 7, Berlin 1913, S. 218.

118 Ebenda, S. 222.

119 Ebenda.

120 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., Berlin 1964, S. 349.

121 Ebenda, S. 792.

Entstanden und entwickelt zu einer Zeit, als der Kapitalismus noch in seinen Kinderschuhen steckte, als er der Hilfe des Staates bedurfte, um sich beschleunigt durchzusetzen, war der Merkantilismus zugleich theoretischer Reflex dieses Zustandes wie auf praktische Veränderung gerichteter Appell an die Herrschenden dieser Zeit.¹²² Gerade diese Tatsache machte die bürgerliche merkantilistische Wirtschaftstheorie "so" anwendbar, "so" praktikabel für die Staatsmacht, im bürgerlichen England ebenso wie in den noch feudalen Staaten. Die Bedingungen seiner Entstehung, das besondere Verhältnis, in dem sich der entstehende Kapitalismus zum Staat befand, war somit die Voraussetzung für die Ausnutzung merkantilistischer Leitsätze durch den Staat. Insofern läßt sich die Lehre nicht vom Versuch ihrer praktischen Durchführung trennen. Ging jedoch die Theorie schon von Oberflächenerscheinungen aus, so beschränkte sich die Praxis auf die Verwirklichung einiger zweckbestimmter, von der jeweiligen Lage im Lande abhängiger Seiten dieser Theorie.

Die sich mit der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse innerhalb der feudalen Gesellschaftsordnungen verschärfenden Widersprüche, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich zur Krise der Feudalordnung führten, zwangen die feudalabsolutistischen Herrscher der einzelnen europäischen Länder zur Anpassung an die neuen Bedingungen. Diese Anpassung vollzog sich in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, aber auch durch die Ausnutzung bürgerlicher Theorien. Dabei wurden solche Theorien, übertragen und angepaßt an die oft rückständigen feudalen Verhältnisse, deformiert, ihres ursprünglichen Sinnes beraubt und im feudalen Sinne "umfunktioniert". Es scheint daher auch für die unter den marxistischen Historikern angestellten Überlegungen über das Wesen des Kameralismus beachtenswert zu überprüfen, ob es sich beim Kameralismus nicht um einen in solchem Sinne umfunktionierten, den rückständigen feudalen Verhältnissen in Deutschland und den Bedürfnissen der feudalabsolutistischen Territorialstaaten angepaßten Merkantilismus handelt.

Wenn Friedrich II. folglich einzelne, im absolutistischen Frankreich vorexerzierte und schon dort den feudalen Bedingungen angepaßte merkantilistische Maßnahmen auf Preußen übertrug, so war er weder im eigentlichen noch in einem übertragenen Sinne "einer der größten Merkantilisten, die je gelebt haben"¹²³. Friedrich betrieb mit Hilfe der Wirtschaftspolitik und unter Ausnutzung merkantilistischer Ideen Machtpolitik "größten Stiles". So angewandt, wirkten die von ihm benutzten Mittel antinational, verkehrte sich der dem wirklichen Merkantilismus eigene nationale Aspekt in sein Gegenteil. Daraus jedoch zu schließen, daß jede Übernahme merkantilistischer Ideen im zersplitterten Deutschland zwangsläufig feudal ausgenutzt werden und antinational wirken mußte, scheint nicht richtig. Zumindest was die nationale Seite betrifft, zeigen die Vorstellungen von Faesch und Ursinus, daß es auch andere Möglichkeiten gab.

Es ist sicher kein Zufall, daß das deutsche Volk, das zur gleichen Zeit in Dichtung und Philosophie große Leistungen vollbrachte, dessen "theoretischer Sinn" sich gerade in dieser Epoche deutscher Geschichte entwickelte, auf dem Gebiete der Wirtschaftstheorie keine eigenständigen Leistungen hervorbrachte. Es lag an der relativen Zurückgebliebenheit der deutschen Wirtschaft, mehr noch an der langsamen, vom feudalen Staat "gegängelten" und bis ins 18. Jahrhundert hinein ihm angepaßten Entwicklung des mit der kapitalistischen Produktion verbundenen Bürgertums, daß neue wirtschaftspolitische Theorien in Deutschland nicht entstehen konnten. Während aber in Sachsen, einem Staat mit freierer kapitalistischer Entwicklung, die Rezeption neuer Ideen und ihre Anwendung in der Wirtschaftspraxis Fort-

¹²² Herlitz, Lars, a. a. O., S. 111, stellt fest, daß sich die Merkantilisten stets an eine politisch einflußreiche Minorität gewandt hätten, für die sie als Ratgeber und Experten fungierten.

¹²³ Wie Hintze, Otto, a. a. O., S. 8, behauptet.

schritte machten und sich Manufakturunternehmer und Großkaufleute diese neuen Ideen angeeignet und zur theoretischen Begründung ihrer an den Staat gerichteten Forderungen ins Feld führten, wurde das preußische Bürgertum selbst da, wo es sich oppositionell zeigte, von solchen Auffassungen kaum beeinflusst. Ein hinterwäldlerischer, atheoretischer, ganz auf die eigene enge Praxis eingestellter Zug scheint dem kapitalistisch wirtschaftenden Bürgertum der mittleren und östlichen Provinzen in dieser Zeit noch anzuhafte. Dennoch vertrat es in dem Maße, wie es gegen die überholte, antinationale und vom machtpolitischen Interesse bestimmte Wirtschaftspolitik Friedrichs II. antrat, seine eigenen Interessen, die mit denen der werdenden bürgerlichen Nation identisch waren. So wenig theoretisch begründet die Haltung des preußischen Bürgertums auch war, seine von den wirtschaftlichen Erfordernissen ausgehenden Auffassungen über ökonomische Beziehungen zu den Nachbarstaaten, insbesondere zu Sachsen, dienten objektiv der wirtschaftlichen Konsolidierung der Nation.

DER SEEHANDEL DANZIGS IM 16. JAHRHUNDERT UND DIE VERLAGERUNG DES WARENVERKEHRS IM NORD- UND MITTELEUROPÄISCHEN RAUM

von Johannes Schildhauer

Die Verlagerungen des See- und Handelsverkehrs im Ost- und Nordseegebiet und damit in größeren Teilen Nord- und Mitteleuropas zu erfassen, ist seit längerem das Ziel der historischen Forschung; werden damit doch zugleich Voraussetzungen geschaffen, Veränderungen in der Produktion sowie in den sozialen und politischen Verhältnissen eines Raumes über einen längeren Zeitraum sichtbar zu machen und zu ergründen.

Eine wesentliche Quellengrundlage bieten dafür die Hafenzollregister¹, von denen - in bezug auf das Lübeckische Pfundzollbuch vom Jahre 1368 - Rörig als von dem "kostbarsten Schatz der nordeuropäischen Handelsgeschichte"² sprach.

Im Gebiet der südlichen Ostseeküste sind außer für Lübeck, Hamburg, Elbing (Elbląg), Königsberg (Kaliningrad) und Reval (Tallinn) besonders für Danzig (Gdańsk) zahlreiche Bände einer ehemals geschlossenen Reihe von Pfahlkammerbüchern erhalten geblieben, die - mit verschiedenen größeren Lücken - von der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts bis ins beginnende 19. Jahrhundert reichen.³ Ihre Auswertung hat sich - im Anschluß an Stieda⁴ und Lauffer⁵ - neuerdings die polnische Forschung angelegen sein lassen. So wertete Samsonowicz insbesondere die Danziger Pfahlkammerbücher der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts für seine handlungsgeschichtlichen Untersuchungen der "baltischen Zone" aus⁶, dem

1 Zu diesem Terminus siehe Schildhauer, Johannes, Hafenzollregister des Ostseebereiches als Quellen zur hansischen Geschichte, in: *Hansische Geschichtsblätter*, 86. Jg. 1968, S. 63 ff.

2 Rörig, Fritz, *Hansische Beiträge zur deutschen Wirtschaftsgeschichte*, Breslau 1928, S. 223.

3 Vgl. dazu Schildhauer, Johannes, Zur Verlagerung des See- und Handelsverkehrs im nordeuropäischen Raum während des 15. und 16. Jahrhunderts. Eine Untersuchung auf der Grundlage der Danziger Pfahlkammerbücher (im folgenden: Zur Verlagerung), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1968, T. 4, S. 187 ff.

4 Stieda, Wilhelm, *Schiffregister*, in: *Hansische Geschichtsblätter*, Jg. 1884, S. 89 ff.

5 Lauffer, Victor, Danzigs Schiffs- und Warenverkehr am Ende des 15. Jahrhunderts, in: *Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins*, H. 33/1894, S. 1 ff.

6 Samsonowicz, Henryk, Handel zagraniczny Gdańska w drugiej połowie XV wieku. Rejonizacja handlu na podstawie ksiąg cła palowego (Danzigs Außenhandel in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Die räumliche Verteilung des Handels auf der Grundlage der Pfahlkammerbücher), in: *Przegląd Historyczny*, 1956, 2, S. 283 ff.; siehe weiterhin: Mączak, Antoni/Samsonowicz, Henryk, La zone baltique; L'un des éléments du marché européen, in: *Acta Poloniae Historica* XI, Warszawa 1956, S. 71 ff.

Danziger Handel in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wandte sich unter anderem auf derselben Grundlage Maria Bogucka zu⁷, und von der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bis zum beginnenden 19. Jahrhundert legten Biernat und Gierszewski aus den Pfahlkammerbüchern erarbeitete Statistiken des Schiffs- und Warenverkehrs Danzigs vor.⁸

Problemen des Handels im nordeuropäischen Raum insgesamt wandten sich darüber hinaus Małowist, Hoszowski und Zins in ihren Arbeiten zu.⁹

Bei der Beschäftigung mit den Danziger Pfahlkammerbüchern fällt auf, daß das 16. Jahrhundert bisher keine Auswertung erfahren hat. Um diese Lücke zu schließen, habe ich daher bereits den Schiffsverkehr der Jahre 1530 und 1583 untersucht und die dabei gewonnenen Ergebnisse mit denen der Jahre 1460 und 1475/76 verglichen.¹⁰ Die für den Schiffsverkehr erzielten Erkenntnisse lassen sich jedoch erweitern und vertiefen, wenn man sich darüber hinaus bemüht, den umfangreichen Warenverkehr Danzigs im 16. Jahrhundert zu erfassen.

Dieses Ziel stellt sich die vorliegende Untersuchung - wiederum für die Jahre 1530 und 1583 - auf der Grundlage der Danziger Pfahlkammerbücher¹¹. Die hier für das 16. Jahrhundert gewonnenen Ergebnisse können nicht mit den von Samsonowicz für die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts erzielten Resultaten verglichen werden, während sie sich für einen Vergleich mit meinen Angaben über den Schiffsverkehr der Jahre 1460 und 1475¹²

7 Bogucka, Maria, Udział szyprow gdańskich w handlu bałtyckim pierwszej połowy XVII w. (Der Anteil der Danziger Schiffer am Ostseehandel in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts), in: Zapiski Historyczne, H. 4/1964, S. 7 ff.; vgl. auch dieselbe, Handel Niderlandsko-Gdański w latach 1597-1651 w świetle Amsterdamskich kontraktów frachtowych (Der niederländisch-Danziger Handel in den Jahren 1597-1651 auf der Grundlage der Amsterdamer Frachtverträge), in: Zapiski Historyczne, H. 3/1968, S. 171 ff., eine Arbeit, die auf der Grundlage der Amsterdamer Notariatsbücher entstand.

8 Biernat, Czesław, Statystyka obrotu towarowego Gdańska w latach 1651-1815 (Statistik des Warenverkehrs von Danzig in den Jahren 1651-1815), Warschau 1962 = Instytut Historii Polskiej Akademii Nauk. Źródła do dziejów handlu i żeglugi Gdańska (Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Quellen zur Geschichte des Handels und der Schifffahrt von Gdańsk), hg. v. St. Hoszowski, Bd. 1; Gierszewski, Stanisław, Statystyka żeglugi Gdańska w latach 1670-1815 (Statistik der Schifffahrt Danzigs in den Jahren 1670-1815), Warschau 1963 = ebenda, Bd. 2; Biernat, Czesław, Gdańska księgi palowe z drugiej połowy XVIII wieku oraz metoda ich opłacowania statystycznego (Die Danziger Pfahlkammerbücher aus der zweiten Hälfte des 18. Jh. und die Methode ihrer statistischen Bearbeitung), in: Studia Gdańsko-Pomorskie, hg. v. Gdańskie Towarzystwo Naukowe, Abt. I, Nr. 17, Gdańsk 1964, S. 214 ff.

9 Siehe u. a. Małowist, Marian, Poland Russia and Western trade in the 15th and 16th centuries, in: Past and Present, Nr. 13/1958, S. 26 ff; derselbe, Les produits des pays de la Baltique dans le commerce international du XVI^e siècle, in: Revue du Nord. Revue historique trimestrielle. Région Nord de la France - Belgique - Pays Bas, Bd. 13/1960, S. 175 ff.; Hoszowski, Stanisław, Handel Gdańska w okresie XV-XVIII wieku (Der Handel Danzigs im 15.-18. Jahrhundert), in: Zeszyty naukowe Szkoły Ekonomicznej w Krakowie, Nr. 11/1960; Zins, Henryk, Geneza angielskiej Kompanii Wschodniej (Die Entstehung der englischen Ostlandkompanie), in: Zapiski Historyczne, H. 3/1964, S. 7 ff.

10 Schildhauer, Johannes, Zur Verlagerung, a. a. O., S. 187 ff.

11 Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Gdańsku (Staatliches Wojewodschaftsarchiv in Gdańsk), Sign. 300, 19: 11 u. 14.

12 Siehe Schildhauer, Johannes, Zur Verlagerung, a. a. O., S. 192 ff.

geradezu anbieten¹³; denn - wie bereits Lauffer - war er der Ansicht, daß die in den Pfahlkammerbüchern des 15. Jahrhunderts aufgeführte Summe die Angabe des Zollbetrages von Schiff und Ladung sei, wie das zum Beispiel für die Pfundzollbücher zutrifft. Demgegenüber konnte jedoch Stark¹⁴ in eingehenden Untersuchungen der Register selbst wie auch der bisher unbeachtet gebliebenen weiteren Aufzeichnungen der Pfahlkammer nachweisen, daß die in den von ihm ausgewerteten Pfahlkammerbüchern des 15. Jahrhunderts hinter dem Namen der Schiffer vermerkten Summen nicht Zollbeträge, sondern "nur die für die Verzollung der Schiffe angegebenen Schiffswerte darstellen". Waren wurden demgegenüber, so stellte Stark weiterhin fest, nur der Menge nach verzeichnet. Und zwar trifft dies regelmäßig für Waren zu, die in feststehenden Maßeinheiten und mit unbedeutenden Qualitätsunterschieden gehandelt wurden, wie Salz, Heringe, Getreide, Holz und andere. Die Höhe ihrer Verzollung wird dann nach einer festen Taxordnung festgelegt worden sein. Wertangaben für Waren treten daher nur bei den Warenarten auf, deren Qualität stark schwankte und die in wechselnden Mengen gehandelt wurden, wie Fellpacken, Häute, Lakenpacken, Papier und anderes.¹⁵

Vergleichen wir die - hier nur kurz umrissene - Anlage der Register der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit der der Pfahlkammerbücher des 16. Jahrhunderts, so können wir eine wesentliche Änderung und Erweiterung der Buchführung feststellen. So verzeichnen die Pfahlkammerbücher von 1530 (Auslaufregister) und 1583 (Ein- und Auslaufregister) nicht nur sämtliche den Danziger Hafen aufsuchenden Schiffer - nach ihrem Namen in alphabetischer Reihenfolge -, sondern auch die Namen der Befrachter, die Herkunftshäfen sowie die der Pfahlkammer entrichteten Zollabgaben vom Schiff und - bis in die einzelnen Warenposten aufgeschlüsselt - von der Ladung.¹⁶ Damit aber wird ermöglicht, den Handel Danzigs mit den einzelnen wirtschaftlichen Regionen, Ländern und Städten wesentlich exakter zu fassen, als dies die bloßen Zahlen der ein- und auslaufenden Schiffe erlaubten.

Zur Auswertung der zahlreichen aus den Pfahlkammerregistern gewonnenen Angaben werden nunmehr in den folgenden Tabellen die Zahl der Schiffe, ihre Ballastfahrten sowie insbesondere der von den Schiffen und den Waren zu entrichtende Pfahlzoll, jeweils nach der Herkunft der Schiffe in wirtschaftliche Regionen bzw. Länder und Orte gegliedert, aufgeführt.

Aus den Tabellen ergibt sich zunächst, daß die Zahl der den Danziger Hafen aufsuchenden Schiffe im Jahre 1583 gegenüber 1530 stark zugenommen hat; bei einer Zahl von 674 Schiffen im Jahre 1530 und 2 099 Schiffen (bei der Ausfahrt) im Jahre 1583 ist eine Erhöhung auf etwa das 3,3fache festzustellen.¹⁷ Demgegenüber stieg die Gesamtabgabe von den Schiffen nicht ganz so hoch, nämlich auf das 2 1/2fache - von 1657 auf 4 044 M - an.¹⁸

13 Samsonowicz, Henryk, a. a. O., S. 290 ff.

14 Stark, Walter, Die Danziger Pfahlkammerbücher (1468-76) als Quelle für den Schiffs- und Warenverkehr zwischen den wendischen Hansestädten und Danzig, in: Rostocker Beiträge, NF 1, 1967, S. 57 ff.; derselbe, Lübeck und Danzig in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Untersuchungen zum Verhältnis der wendischen und der preußischen Hansestädte in der Zeit des Niedergangs der Hanse, phil. Diss. Greifswald 1969 (Ms).

15 Siehe derselbe, Die Danziger Pfahlkammerbücher, a. a. O., S. 58 ff.

16 Auf eine Aufführung der einzelnen Warenposten für den gesamten Handelsbereich Danzigs mußte bei der großen Fülle der Angaben verzichtet werden. Ihre Auswertung für den Handel mit den wendischen Städten wird in Kürze erfolgen.

17 Zur Differenz der in Schildhauer, Johannes, Zur Verlagerung, a. a. O., S. 204 f., angegebenen Schiffszahl siehe Anm. zur Tabelle.

18 Hier und im weiteren sind für das Jahr 1583 als Vergleichszahlen zu 1530 immer die für die Ausfahrt gewonnenen Werte zugrunde gelegt.

Weiterhin ermöglicht die Erfassung des von den Schiffen entrichteten Pfahlzolls, die durchschnittliche Höhe des verzollten Schiffswertes der aus den einzelnen wirtschaftlichen Regionen bzw. Ländern nach Danzig kommenden Schiffe zu ermitteln. Dabei bietet sich zugleich ein gewisser Einblick in den - recht unterschiedlichen - Wert und damit zugleich in die Größe der Schiffe.

An Wert und Größe stehen die aus den Niederlanden stammenden Schiffe an der Spitze, ihnen folgen die Schiffe von der deutschen Nordseeküste sowie die aus den preußischen Gebieten, meist aus Danzig, stammenden.

Eine weiterhin abnehmende Tendenz läßt sich bei Schiffen erkennen, die von der englischen und schottischen Küste, von dem Küstengebiet der wendischen Städte, von der dänischen, schleswig-holsteinischen, norwegischen und finnischen Küste kommen. Der geringste Betrag wird von Schiffen entrichtet, die aus dem schwedischen und livländischen Küstengebiet stammen.

Insgesamt ist - bei Erhöhung der Zahl der den Danziger Hafen⁶ frequentierenden Schiffe und weiterer Ausweitung des Handelsgebietes - die durchschnittliche Zollsumme pro Schiff zwischen 1530 und 1583 abgesunken, was auf eine durchschnittliche Verringerung des Schiffswertes und damit zugleich auch der Schiffsgröße schließen läßt.

Die These, daß der Ost- und Nordseehandel vorwiegend auf kleineren und mittleren Schiffen betrieben wurde, bestätigt sich auch für das 16. Jahrhundert; darüber hinaus lassen die aus den Danziger Pfahlkammerbüchern für die Jahre 1530 und 1583 erarbeiteten Zahlen erkennen, wo - hinsichtlich des Schiffswertes und damit zugleich der Größe der Schiffe - die einzelnen Küstenbereiche stehen. Sie machen die führende Rolle der niederländischen Schiffe in dieser Zeit deutlich, zeigen den wachsenden Einfluß des nordwestdeutschen sowie des preußischen Küstengebietes und lassen erkennen, daß die Schiffe der wendischen Städte im Seeverkehr mit Danzig einen durchaus mittleren Rang einnahmen.

Auch unsere Kenntnisse über das Verhältnis der Fracht- zu den Ballastfahrten erfahren durch die Auswertung der Pfahlkammerbücher eine Erweiterung. Insgesamt ist festzustellen, daß im Jahre 1530 ebenso wie 1583 keine bzw. kaum Schiffe den Danziger Hafen mit Ballast verließen. Hinter den wenigen, im Register von 1583 mit Ballast verzeichneten Schiffen ist zudem meist die Weiterfahrt nach Elbing, Königsberg oder anderen Orten vermerkt. Demgegenüber führen im Jahre 1583 von 2 220 Schiffen 856 mit Ballast - das sind 38,6 Prozent - in den Danziger Hafen ein. Dabei waren die Ballastfahrten der Schiffe aus den einzelnen Küstenbereichen recht unterschiedlich.

So führten Ballast an Bord

von der niederländischen Küste	54,1	Prozent	aller	Schiffe,
" " deutschen Nordseeküste	57,6	"	"	"
" " schlesw.-holst. Küste	33,1	"	"	"
" dem Küstenber. d. wend. Städte	15,6	"	"	"
" der preußischen Küste	10,1	"	"	"
" " dänischen Küste	8,4	"	"	"

Bei Schiffen aus den übrigen Bereichen bildeten die Ballastfahrten eine Ausnahme oder traten überhaupt nicht auf.

Diese Zahlen beweisen, daß die von Danzig verschifften Waren, bei denen Getreide und Holz an erster Stelle standen, breiten Absatz fanden, daß demgegenüber die für die Niederlande sowie die Bereiche der deutschen Nord- und Ostseeküste typischen Waren nur einen zum Teil aufnahmebereiten Markt in Danzig fanden, so daß zahlreiche Schiffe mit Ballast in den Danziger Hafen einfuhren. Hinzu kommt weiterhin, daß nicht wenige Schiffe aus diesen Be-

reichen, wie das die in den Registern aufgeführten Warenladungen erkennen lassen, nicht voll beladen waren, das heißt Teilballast mit sich führten.

Dies findet seine Ursache weitgehend im Charakter der ex- und importierten Waren; wurde aus Danzig zumeist schweres Massengut ausgeführt, so machte den größten Teil der Einfuhr wertvolles Stückgut aus. Insgesamt weist die Zusammenstellung der Ballastfahrten bereits auf eine aktive Handelsbilanz der Stadt Danzig hin.

Weitere Aufschlüsse erlauben die Tabellen vor allem hinsichtlich des Umfanges und des Wertes des Warenverkehrs Danzigs insgesamt sowie der einzelnen mit Danzig Handel treibenden wirtschaftlichen Regionen bzw. Länder. Ist der Wert der Einfuhr für die Jahre 1530 und 1583 nicht vergleichbar, da die Pfahlkammerbücher des Jahres 1530 nur die Ausfuhr verzeichnen, so läßt sich für die Ausfuhr feststellen, daß sich der Pfahlzoll, der für die ausgeführten Waren entrichtet wurde, von 1530 auf 1583 um das 3,7fache erhöht hatte.

Besonders hervorstechend ist dabei das Anwachsen des Anteils der auf niederländischen Schiffen ausgeführten Waren; er ergibt sich aus der Erhöhung des Pfahlzolls von 6 202 M = 48 Prozent der für die Ausfuhr verzollten Waren im Jahre 1530 auf 23 138 M = 62,4 Prozent der insgesamt auf der Danziger Pfahlkammer für die Ausfuhr entrichteten Zollsumme im Jahre 1583. Die wachsende Vorrangstellung der niederländischen Schiffe im Danziger Hafen wird damit erneut sichtbar. Demgegenüber machte die Ausfuhr auf Schiffen aus dem Bereich des wendischen Quartiers nur einen geringen Teil der Gesamtausfuhr aus dem Danziger Hafen aus; betrug deren Pfahlzoll 434 M im Jahre 1530, so stieg er 1583 auf 1 516 M an. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der absolute Anstieg der Warenausfuhr auf Schiffen des wendischen Küstenbereiches – gemessen an der wachsenden Gesamtausfuhr aus dem Danziger Hafen – ein Absinken von 6,9 Prozent im Jahre 1530 auf 6,5 Prozent im Jahre 1583 bedeutete. Daraus ergibt sich, daß von der Überlegenheit Lübecks und des wendischen Quartiers im Seehandel mit Danzig in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts¹⁹ nichts mehr übrig geblieben ist.

Eine stärkere Aufwärtsentwicklung hat demgegenüber der Handel auf Schiffen von der deutschen Nordseeküste im Danziger Hafen genommen; ihr Anteil bei der Ausfuhr wuchs entsprechend den entrichteten Pfahlzollsummen von 3,3 Prozent (= 206 M) im Jahre 1530 auf 10,9 Prozent (= 3 018 M). Es folgen dann die Schiffe von der schleswig-holsteinschen Küste. Ihre Warenausfuhr aus Danzig stieg von 0,5 Prozent (= 3 M Pfahlzoll) im Jahre 1530 auf 5,9 Prozent (= 861 M Pfahlzoll) im Jahre 1583 an.

Eine ansteigende Tendenz zeigte auch der Handelsverkehr mit den nordischen Staaten. Die Warenausfuhr aus Danzig auf Schiffen von der dänischen und norwegischen, schwedischen und finnischen Küste machte 1530 nur 2,9 Prozent (= 192 M Pfahlgeld), im Jahre 1583 aber 4,9 Prozent (= 1 128 M Pfahlgeld) aus; die Einfuhr stieg im Jahre 1583 sogar auf 12,4 Prozent (= 1 443 M Pfahlgeld) der Gesamteinfuhr im Danziger Hafen an.

Die Handelsverbindungen, die durch englische, schottische und französische Schiffe mit Danzig hergestellt wurden, hielten sich weiterhin in sehr engen Grenzen.

Der Seehandel mit Livland stieg zwar etwas an, blieb aber geringfügig, was jedoch keine Schlußfolgerungen auf den Gesamthandel Danzigs mit diesem Gebiet zuläßt, bei dem der Landhandel ein bedeutendes Übergewicht gehabt haben wird.

Besonders auffallend ist das Absinken des Handels auf preußischen und insbesondere Danziger Schiffen. Machte der von den ausgeführten Waren auf der Danziger Pfahlkammer gezahlte Zoll 1530 34,5 Prozent (= 2 143 M) der Gesamtsumme aus, so sank diese auf 4,7 Pro-

19 Siehe Schildhauer, Johannes, Zur Verlagerung, a. a. O., S. 209.

zent (= 1 090 M) relativ und absolut stark ab, was mit einem Rückgang des Handels auf eigenen Schiffen durch die preußischen Städte und vor allem Danzigs selbst zu erklären sein wird.

Betrachten wir nun noch das Verhältnis von Ein- und Ausfuhr im Danziger Hafen im Jahre 1583, so ist insgesamt festzustellen, daß der Wert der Warenausfuhr - nach der auf der Pfahlkammer entrichteten Zollsumme - den der Einfuhr um das Doppelte überstieg: 11 670 M (1530) zu 23 138 M (1583). Dies trifft zugleich grundsätzlich für alle Haupthandelspartner Danzigs zu. Die Ausfuhr auf niederländischen Schiffen umfaßt sogar nahezu das Dreifache der Einfuhr: 14 665 M zu 5 735 M. Die Ausfuhr war außerdem wesentlich höher als die Einfuhr bei den von der deutschen Nordseeküste stammenden Schiffen (zirka achtmal so hoch), bei den schleswig-holsteinschen Schiffen (zirka zweimal so hoch) und bei den livländischen Schiffen (zirka dreimal so hoch). Nur wenig überstieg der Wert der ausgeführten Waren den der Einfuhr bei den dänischen, den englischen und den schottischen Schiffen (zirka um die Hälfte).

Ein- und Ausfuhr entsprachen sich etwa bei den Schiffen aus dem wendischen Küstengebiet (1 533 Pfahlzoll bei der Einfuhr zu 1 516 M bei der Ausfuhr) und aus norwegischen Häfen, während bei Schiffen von der schwedischen, der finnischen und der französischen Küste die Einfuhr nach Danzig überwog.

Für die Danziger und die preußischen Schiffe selbst dominierte 1583 ebenfalls die Wareneinfuhr (1 272 M Pfahlzoll) gegenüber der Warenausfuhr (1 090 M Pfahlzoll).

Insgesamt ist damit für Danzig im Jahre 1583 eine aktive Handelsbilanz erwiesen; die Ausfuhr überstieg die Einfuhr nahezu um das Doppelte. Zugleich läßt sich eine weitere Schwerpunktverlagerung des Handels erkennen. Die Überlegenheit der niederländischen Schiffe, ihr Massenexport von Waren aus Danzig ist offensichtlich. Der Einfluß des Handels Lübecks und der wendischen Städte ging weiter zurück, während der Handel durch den Sund anwuchs. Das läßt die Festigung der Handelsbeziehungen zu den Häfen der Nordseeküste erkennen. Diese Entwicklung vollzog sich nicht zuletzt auch auf Kosten des Handels Danzigs auf eigenen Schiffen.

Durch die Erfassung des Warenwertes der im Danziger Hafen verschifften Waren konnten die bei der Untersuchung über den Schiffsverkehr Danzigs erzielten Ergebnisse wesentlich erweitert und vertieft werden. Sind doch die bloßen Schiffszahlen weit weniger aussagekräftig, da jeweils Schiffsgröße und Ladefähigkeit unbekannt bleiben. Wie weit ein tieferes Eindringen möglich wurde, zeigt ein Vergleich der für die einzelnen Küstenbereiche festgestellten Schiffszahlen mit dem entsprechenden Wert der gehandelten Waren. So machte zum Beispiel die Zahl der niederländischen Schiffe, die 1583 den Danziger Hafen verließen, 49,8 Prozent des gesamten Schiffsverkehrs Danzigs in diesem Jahre aus, der Wert der aus Danzig ausgeführten Waren betrug jedoch - nach dem der Pfahlkammer entrichteten Zoll - 63,4 Prozent des Gesamtwertes der Jahresausfuhr. Demgegenüber erreichten die Danzig verlassenden Schiffe aus dem wendischen Küstengebiet 10,9 Prozent der Gesamtschiffszahl, der Wert ihrer Warenladungen machte jedoch nur 6,5 Prozent des Gesamtwertes der von Danzig über See exportierten Waren aus.

Die Erfassung der Zollabgaben von den Schiffen ließ darüber hinaus einen näheren Einblick in den Wert der Schiffe, das heißt zugleich in die Schiffsgröße zu.

Insgesamt ermöglicht die weitere Auswertung der Danziger Pfahlkammerbücher, die Verlagerung des See- und Handelsverkehrs im Ost- und Nordseegebiet und damit in größeren Teilen Nord- und Mitteleuropas genauer zu fassen. Sie hilft, eine Lücke in unseren Kenntnissen zu schließen, da für das 16. Jahrhundert bisher keine spezielleren Untersuchungen ähnlicher Art vorliegen, und schafft zugleich mit die Voraussetzungen dafür, von der Erkenntnis der Veränderungen im Warenverkehr zu den Verlagerungen in der Produktion vor-

zudringen und damit die vor sich gehenden sozialen und politischen Veränderungen im 16. Jahrhundert in diesem Raum zu ergründen.

Handelt es sich um die gleiche Gruppe von Personen, die in den verschiedenen Quellen erwähnt werden, ist dies ein Hinweis auf die Bedeutung dieser Personen für die Geschichte der Region.

Ort	Jahr	1880 ausgelegte Hektare		1890 ausgelegte Hektare	
		Fläche	Wert	Fläche	Wert
...

1. von der niederländischen Karte

a) aus Holland

Ort	1880	1890	1900	1910	1920	1930	1940	1950	1960	1970	1980	1990	2000
Altenort
...

Die Karte zeigt die Entwicklung der Siedlungsgebiete in der Region von 1880 bis 2000. Die Siedlungsgebiete sind in verschiedenen Farben dargestellt, was die zeitliche Entwicklung verdeutlicht.

Anzahl der im Danziger Hafen ein- und ausgelaufenen Schiffe sowie Höhe des auf der Danziger Pfahlkammer entrichteten Pfahlzolls⁺ von den Schiffen und Waren

1530 ausgelaufene Schiffe				Orte	
Pfahlzoll Schiffe		Waren		Schiffe Anzahl	davon mit Ballast
M	ß	M	ß		

1. von der niederländischen Küste

a) aus Holland

131	51	440	24	30	-	Enkhuizen
60	42	142	55	18	-	Amsterdam
-	-	-	-	-	-	Vlieland
3	15	39	39	2	-	Medemblick
69	58	232	54	25	-	Hoorn
-	-	-	-	-	-	Rotterdam
61	-	183	30	13	-	Schellingwoude
58	51	226	10	15	-	Monnikendam
-	-	-	-	-	-	Delftshaven
8	10	34	51	3	-	Schiedam/Niuwendam
-	-	-	-	-	-	Akersloot
-	-	-	-	-	-	Delft
26	-	72	3	7	-	Edam
4	53	13	51	2	-	Venhuizen
5	35	11	51	2	-	Haarlem
6	52	35	6	3	-	Oosthuizen
49	7	155	58	10	-	Broek
41	1	124	6	10	-	Purmerend
-	-	-	-	-	-	Brielle
5	40	10	41	4	-	Alkmaar
29	1	67	54	6	-	Buiksloot
29	1	76	24	7	-	Ipendam
2	-	12	49	1	-	Dordrecht
92	33	241	12	20	-	Rarop (Ransdorp)
-	-	-	-	-	-	Wieringen
14	22	45	-	4	-	Landsmeer
-	-	-	-	-	-	Oosterblokker
-	-	-	-	-	-	Huisduinen
17	30	45	28	3	-	Zuiderwoude

+ M = Mark (preußisch), ß = Schillinge.

++ Die hier angegebenen Schiffszahlen differieren geringfügig mit den in Schildhauer, Johannes, Zur Verlagerung des See- und Handelsverkehrs im nordeuropäischen Raum während des 15. und 16. Jahrhunderts, eine Untersuchung auf der Grundlage der Dan-

1583 ein- und ausgelaufene Schiffe

Schiffe Anzahl ⁺⁺				Pfahlzoll Einfahrt Schiffe		Waren		Ausfahrt Schiffe		Waren	
Einfahrt		Ausfahrt		Einfahrt		Ausfahrt		Einfahrt		Ausfahrt	
M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß

117	115	48	-	267	40	898	43	261	54	1569	53
61	57	22	-	145	10	601	24	135	35	785	33
116	112	73	2	266	55	753	9	258	45	1722	52
83	84	60	1	230	45	226	11	232	-	1226	10
55	52	26	-	129	-	287	59	121	30	585	38
47	47	20	-	124	15	442	30	124	15	878	54
14	12	6	-	37	45	39	6	32	45	152	1
20	20	12	-	47	-	61	16	47	-	259	35
32	32	19	-	82	-	34	24	82	-	597	39
20	20	8	-	47	20	89	35	48	-	360	5
19	19	12	-	48	30	34	29	48	30	231	58
16	15	8	-	48	20	44	9	45	30	349	51
9	9	1	-	26	30	33	42	26	30	108	19
10	9	5	-	22	45	21	24	20	45	111	29
9	9	6	-	17	45	14	31	17	45	81	59
11	11	8	-	31	15	25	44	31	35	184	38
3	3	2	-	8	-	10	2	8	-	41	33
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5	5	3	-	13	45	19	2	13	45	60	26
3	3	2	-	8	30	109	59	8	30	42	23
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	1	-	-	1	30	88	57	1	30	9	50
16	16	1	1	57	45	206	27	57	45	309	38
5	5	4	-	11	45	5	56	11	45	74	8
4	4	4	-	8	-	-	-	8	-	38	4
3	3	2	-	7	30	1	3	7	30	36	38
3	3	1	-	6	15	73	59	6	15	35	8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

ziger Pfahlkammerbücher, in: Jahrbuch f. Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 4, S. 192 ff., aufgeführten Zahlen, da dort die Zahl der ein- und auslaufenden Schiffe zusammengefaßt wiedergegeben ist. Hinzu kommt weiter, daß einige Schiffe im Danziger Hafen aufgelegt wurden, so daß die ein- und auslaufenden Schiffe nicht in allen Fällen die gleichen sind.

1530 ausgelaufene Schiffe

Pfahlzoll Schiffe				Schiffe		Orte
Waren		Anzahl	davon mit Ballast			
M	ß			M	ß	
-	-	-	-	-	-	St. Andreas
-	-	-	-	-	-	Esser
18	17	19	48	12	-	Insgesamt

13. von der französischen Küste

-	-	-	-	-	-	Brouage
-	-	-	-	-	-	Dieppe
-	-	-	-	-	-	Allaine
-	-	-	-	-	-	Abbeville
-	-	-	-	-	-	Habelneuf
-	-	-	-	-	-	St. Malo
-	-	-	-	-	-	Roskow
-	-	-	-	-	-	Rouwaen
-	-	-	-	-	-	Insgesamt

14. aus unbekanntem Häfen

14	27	32	9	5	-	Insgesamt
----	----	----	---	---	---	-----------

1583 ein- und ausgelaufene Schiffe

Schiffe Anzahl				Pfahlzoll Einfahrt Schiffe		Waren		Ausfahrt Schiffe		Waren	
Einfahrt		Ausfahrt									
M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß
2	2	-	-	2	30	28	49	2	30	36	25
1	-	-	-	1	15	7	32	-	-	-	-
21	21	2	-	25	45	281	43	24	30	361	16
3	3	-	-	2	6	18	59	2	6	8	36
12	12	-	-	11	45	200	51	11	45	123	10
2	2	-	-	3	-	94	15	3	-	23	22
1	1	-	-	-	45	5	27	-	45	5	12
1	1	-	-	1	30	14	14	1	30	19	16
1	1	-	-	-	45	14	38	-	45	10	38
1	1	-	-	1	30	8	50	1	30	4	32
2	2	1	-	3	30	70	4	3	30	30	23

23	23	1	-	24	51	427	18	24	51	225	9
13	13	3	1	15	42	44	53	15	42	60	34

1530 ausgelaufene Schiffe					Orte	
Pfahlzoll Schiffe		Waren		Schiffe Anzahl		davon mit Ballast
M	ß	M	ß			

9. von der schleswig-holsteinschen Küste

2	30	2	88	2	-	Flensburg
-	-	-	-	-	-	Alsen-Föhrde
-	-	-	-	-	-	Kiel
-	-	-	-	-	-	Sonderburg
-	-	-	-	-	-	Eckernförde
-	-	-	-	-	-	Hadersleben
-	-	-	-	-	-	v. d. Eider
-	-	-	-	-	-	Fehmarn
-	-	-	-	-	-	schleswig-holstein, Westküste = Sunddurchfahrt
-	-	-	-	-	-	Hemme
-	-	-	-	-	-	Friedrichstadt
-	-	-	-	-	-	Husum
2	30	3	28	2	-	Insgesamt

10. von der deutschen Nordseeküste

-	-	-	-	-	-	Emden
34	55	194	18	13	-	Hamburg
2	40	12	24	1	-	Bremen
-	-	-	-	-	-	Stade
37	35	206	42	14	-	Insgesamt

11. von der englischen Küste

12	58	75	40	9	-	Newcastle
12	20	66	1	6	-	London
1	-	-	21	1	-	Salisbury
-	-	-	-	-	-	Weymouth
26	18	142	2	16	-	Insgesamt

12. von der schottischen Küste

8	-	7	3	6	-	Leith
8	-	3	6	4	-	Dundee
2	17	9	39	2	-	Leven
-	-	-	-	-	-	Aberdeen

1583 ein- und ausgelaufene Schiffe

Schiffe Anzahl				Pfahlzoll Einfahrt Schiffe				Ausfahrt Schiffe				Waren	
Einfahrt		Ausfahrt		Einfahrt		Ausfahrt		Einfahrt		Ausfahrt		Waren	
M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß
57	49	17	-	57	23	164	6	48	32	262	25		
29	24	6	1	58	30	143	50	51	27	241	32		
14	14	6	-	15	28	36	57	15	27	67	47		
10	9	2	-	14	18	20	31	13	18	59	25		
7	6	4	-	8	21	10	8	6	51	33	9		
5	5	1	-	4	3	15	6	4	3	23	38		
1	-	-	-	1	-	6	7	-	-	-	-		
1	1	1	-	-	36	-	-	-	36	3	12		
10	10	9	-	27	-	32	46	27	-	140	39		
5	5	-	-	5	30	30	53	5	30	13	28		
3	2	1	-	3	90	-	9	3	-	15	55		
142	125	47	1	196	39	468	33	175	44	861	10		
202	200	125	-	418	55	306	59	406	55	2352	7		
30	28	9	-	69	30	146	12	59	-	328	34		
29	28	16	-	60	15	31	33	59	15	317	50		
3	3	2	-	4	-	-	12	5	15	20	20		
264	259	152	-	552	40	384	56	530	25	3018	51		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
1	1	-	-	2	15	9	24	2	15	10	2		
1	1	-	-	2	15	9	24	2	15	10	2		
10	11	-	-	12	45	164	40	12	45	218	34		
6	6	2	-	7	30	59	-	7	30	78	24		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
2	2	-	-	1	45	21	42	1	45	27	53		

1530 ausgelaufene Schiffe					Orte	
Pfaßzoll Schiffe		Waren		Schiffe Anzahl		davon mit Ballast
M	ß	M	ß			

7. von der preußischen Küste

393	42	2143	17	167	-	Danzig+
1	-	-	-	1	-	Hellige Aa
-	-	-	-	-	-	Memel
-	10	-	11	1	-	Königsberg
-	-	-	-	-	-	(v. d.) Mottlau
-	-	-	-	-	-	Elbing
-	-	-	-	-	-	Hela

394	52	2143	28	169	-	Insgesamt
-----	----	------	----	-----	---	-----------

8. aus dem Küstenbereich der wendischen Hansestädte

25	24	120	6	24	-	Lübeck
33	2	114	54	21	-	Rostock
21	55	47	46	13	-	Stralsund
2	20	4	36	3	-	Wismar
10	32	30	29	10	-	Kolberg
1	5	1	42	2	-	Stolp
1	7	-	52	1	-	Rügenwalde
7	5	26	39	6	-	Stettin
1	30	1	47	2	-	Greifswald
-	20	-	20	1	-	Treptow
-	-	-	-	-	-	Köslin
9	42	35	32	8	-	Anklam
1	20	1	22	4	-	Leba
12	15	46	30	6	-	Gollnow
-	-	-	-	-	-	Rahmel
1	-	1	22	1	-	Wolgast
-	20	-	19	1	-	Barth
-	-	-	-	-	-	Kammin
128	57	434	16	103	-	Insgesamt

9. von der schlesischen Küste

+ Diese Zahl ergibt sich aus den ohne Heimathafen angegebenen Schiffen. Daß es sich dabei um Danziger Schiffe handelt, ist daraus zu ersehen, daß vereinzelt hinter dem Namen des Schiffers Straßennamen aufgeführt und sonst grundsätzlich immer die Herkunftshäfen genannt sind.

1583 ein- und ausgelaufene Schiffe

Schiffe Anzahl				Pfaßzoll Einfahrt Schiffe		Waren		Ausfahrt Schiffe		Waren	
Einfahrt	Ausfahrt	Einfahrt	Ausfahrt	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß
120	112	14	-	137	14	1163	19	195	1	1002	31
16	16	1	-	5	3	45	14	5	3	12	49
3	4	-	-	1	12	7	9	1	42	2	5
3	3	-	-	12	-	28	51	10	30	40	6
4	4	-	-	-	39	3	39	-	39	3	30
1	1	-	-	4	30	11	26	4	30	29	6
1	1	-	-	-	-	12	54	-	-	-	-
148	141	15	-	160	38	1272	32	217	25	1090	7
63	57	9	-	94	30	853	28	85	30	814	14
27	21	2	-	20	8	117	16	18	18	104	39
27	26	10	1	31	45	74	7	30	16	155	30
3	2	-	-	5	-	11	-	3	30	11	35
49	39	5	1	38	40	182	15	31	23	183	40
22	20	2	-	18	7	60	43	14	30	46	52
17	14	4	2	15	48	34	33	11	48	22	5
14	12	-	-	10	30	74	35	9	-	49	14
11	10	-	-	20	12	88	4	13	42	88	-
11	10	7	-	8	42	12	52	6	57	20	44
10	10	2	-	2	15	8	32	2	15	6	29
1	1	-	-	2	-	-	4	2	-	6	36
3	3	-	-	-	18	3	19	-	18	-	30
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	3	-	-	2	-	12	48	2	-	4	40
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	1	-	-	-	15	-	5	-	15	2	6
262	229	41	4	270	10	1533	41	231	42	1516	54

1530 ausgelaufene Schiffe

Pfählzoll Schiffe				Schiffe Anzahl	davon mit Ballast	Orte
M	ß	M	ß			

4. von der schwedischen Küste

1	5	-	13	2	-	Gotland
-	45	-	7	1	-	Wisby
-	-	-	-	-	-	Stockholm
1	15	-	42	2	-	Bornholm
-	-	-	-	-	-	Ellenbogen/Malmö
-	30	1	27	1	-	Blekinge
14	15	6	11	8	-	Öland
-	-	-	-	-	-	Marstrand
4	32	6	25	9	-	Söderköping
-	45	-	54	1	-	Landskrona
2	30	6	-	3	-	Gefle
1	10	2	19	2	-	Vestervik
1	40	3	5	4	-	Kalmar
-	9	-	26	1	-	Norrköping
-	-	-	-	-	-	Nyköping
-	-	-	-	-	-	Ystad
-	-	-	-	-	-	Varberg
-	-	-	-	-	-	Soette Lande
-	49	1	37	1	-	Engelholm
29	25	29	26	35	-	Insgesamt

5. von der finnischen Küste

8	43	27	44	20	-	Åbo
-	-	-	-	-	-	Bjorneborg
8	43	27	44	20	-	Insgesamt

6. von der livländischen Küste

2	-	2	27	1	-	Reval
1	30	11	16	2	-	Riga
-	-	-	-	-	-	Oesel
-	-	-	-	-	-	Liebau
1	37	25	35	6	-	Kurland
-	-	-	-	-	-	Sakenhausen
-	-	-	-	-	-	Windau
5	7	39	18	9	-	Insgesamt

1583 ein- und ausgelaufene Schiffe

Schiffe Anzahl				Pfählzoll Einfahrt Schiffe				Ausfahrt Schiffe			
Einfahrt		Ausfahrt		Einfahrt		Ausfahrt		Einfahrt		Ausfahrt	
M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß
2	2	-	-	-	57	8	43	-	57	1	30
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6	6	-	-	7	36	82	58	5	21	31	52
7	7	-	1	2	1	10	13	2	9	4	19
15	14	-	-	17	6	88	41	16	36	63	53
1	1	-	-	-	36	1	50	-	36	1	30
3	3	-	-	-	33	6	1	-	33	1	20
13	12	-	-	14	6	69	16	14	6	41	47
4	4	-	-	5	40	44	29	5	30	23	3
9	9	-	-	7	47	35	23	7	42	30	50
6	6	-	-	6	-	93	19	6	-	35	53
2	2	-	-	1	21	22	53	1	21	3	31
2	2	1	-	1	9	3	6	1	9	-	14
1	1	-	1	-	18	-	6	-	18	-	-
4	4	-	-	1	15	21	-	1	15	8	11
4	2	-	-	2	57	15	-	1	12	6	20
1	1	-	-	1	30	7	33	1	30	3	25
1	1	-	-	1	30	25	17	1	30	12	10
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
81	77	1	2	72	22	535	48	67	45	269	48
17	17	-	-	24	57	160	36	24	57	62	47
7	7	-	-	5	30	41	25	5	30	13	5
24	24	-	-	30	27	202	1	30	27	75	52
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
13	13	4	-	29	-	15	55	26	45	175	43
15	15	1	-	4	5	28	8	4	5	10	18
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8	8	-	-	4	20	14	32	4	20	9	51
7	7	-	-	1	30	8	54	1	30	5	26
43	43	5	-	38	55	67	29	36	40	201	18

1530 ausgelaufene Schiffe				Orte	
Pfahlzoll Schiffe		Waren		Schiffe Anzahl	davon mit Ballast
M	ß	M	ß		

6	-	8	23	3	-	Amersfoort
-	-	-	-	-	-	Wezep

22	45	70	21	10	-	Insgesamt
----	----	----	----	----	---	-----------

e) aus Flandern/Brabant

-	-	-	-	-	-	Grave
1	30	1	34	1	-	Ostende
24	23	79	3	5	-	Zundert
-	-	-	-	-	-	Ertvelde
4	36	25	11	2	-	Antwerpen
-	-	-	-	-	-	Biervliet
-	-	-	-	-	-	v. d. Maas

30	29	105	48	8	-	Insgesamt
----	----	-----	----	---	---	-----------

2. von der dänischen Küste

18	44	89	29	16	-	Kopenhagen
13	9	26	43	12	-	Holm
1	24	1	5	3	-	Aalborg
3	35	18	14	3	-	Aarhus
-	-	-	-	-	-	Roskilde
-	-	-	-	-	-	Odense
-	-	-	-	-	-	Borreby
-	-	-	-	-	-	Insel Seeland
-	-	-	-	-	-	Insel Laaland
-	-	-	-	-	-	Insel Fünen
-	-	-	-	-	-	Ripe

36	52	135	31	34	-	Insgesamt
----	----	-----	----	----	---	-----------

3. von der norwegischen Küste

-	-	-	-	-	-	Norwegen (allgem.)
-	-	-	-	-	-	Bergen
-	-	-	-	-	-	Tönsberg
-	-	-	-	-	-	Listerlen

-	-	-	-	-	-	Insgesamt
---	---	---	---	---	---	-----------

1583 ein- und ausgelaufene Schiffe

Schiffe Anzahl				davon mit Ballast		Ausfahrt		Pfahlzoll Einfahrt Schiffe		Waren		Ausfahrt Schiffe		Waren	
Einfahrt	Ausfahrt	Einfahrt	Ausfahrt	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß

-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	1	-	-	1	-	2	38	1	-	-	-	-	-	-	-

34	34	16	1	82	45	200	10	82	45	420	10				
----	----	----	---	----	----	-----	----	----	----	-----	----	--	--	--	--

9	9	8	-	23	15	5	47	23	15	113	33				
5	5	1	-	6	-	8	52	6	-	35	51				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-				
4	3	1	-	6	45	9	40	5	-	15	24				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-				
1	1	-	1	2	30	2	-	2	30	-	-				
1	1	1	-	2	30	-	-	2	30	21	2				

20	19	11	1	41	-	26	19	39	15	185	50				
----	----	----	---	----	---	----	----	----	----	-----	----	--	--	--	--

90	72	7	-	144	30	569	43	125	19	678	14				
----	----	---	---	-----	----	-----	----	-----	----	-----	----	--	--	--	--

-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-				
6	5	2	-	8	45	21	57	7	15	17	44				
2	2	-	-	3	25	13	-	2	31	9	52				
1	-	-	-	1	30	7	38	-	-	-	-				
1	-	-	-	1	-	9	30	-	-	-	-				
1	1	-	-	-	15	-	35	-	15	-	52				
-	1	-	-	-	-	-	-	-	36	1	1				
1	1	-	-	2	-	11	30	2	-	3	20				
1	1	-	-	-	45	3	51	-	45	6	3				
4	4	-	-	-	48	4	4	-	48	1	17				

107	87	9	-	162	58	641	48	139	29	718	23				
-----	----	---	---	-----	----	-----	----	-----	----	-----	----	--	--	--	--

3	3	-	-	2	24	12	41	2	24	9	26				
3	3	1	-	5	15	2	24	5	15	25	15				
4	4	-	-	5	30	46	38	5	30	28	6				
1	1	-	-	-	30	2	30	-	30	1	21				

11	11	1	-	13	39	64	13	13	39	64	8				
----	----	---	---	----	----	----	----	----	----	----	---	--	--	--	--

1530 ausgelaufene Schiffe						Orte
Pfählzoll Schiffe		Waren		Schiffe Anzahl	davon mit Ballast	
M	ß	M	ß			
-	-	-	-	-	-	Wormer
-	-	-	-	-	-	Katwijk
-	-	-	-	-	-	Oostvlie (land)
-	-	-	-	-	-	Kennemerland
-	-	-	-	-	-	Bovenharspel
-	-	-	-	-	-	Vlaardingen
-	-	-	-	-	-	Leek

717 22 2212 46 185 - Insgesamt

b) aus Seeland

3	-	5	28	1	-	Wester-Schouwen
2	2	4	42	1	-	Goes
17	3	47	54	4	-	Oosterzand
-	-	-	-	-	-	Vlissingen
2	15	37	5	1	-	Zierikzee
-	45	2	20	1	-	Veere
-	-	-	-	-	-	Middelburg
-	-	-	-	-	-	Brouwershafen

25 5 97 29 8 - Insgesamt

c) aus Friesland/Groningen

38	50	127	29	12	-	(Ter-)Schelling
-	-	-	-	-	-	Harlingen
81	33	269	16	21	-	Stavoren
-	-	-	-	-	-	Molkwerum
-	-	-	-	-	-	Bolsward
16	15	37	53	4	-	Hindeloopen
19	4	55	59	6	-	Workum
-	-	-	-	-	-	Ameland
-	-	-	-	-	-	Franeker
3	-	13	12	1	-	Sloten
-	-	-	-	-	-	Koudum

158 42 503 49 44 - Insgesamt

d) aus Geldern/Overijssel

-	-	9	6	1	-	Grootebroek
6	45	19	58	4	-	Kampen
10	-	32	54	2	-	Deventer

1583 ein- und ausgelaufene Schiffe

Schiffe Anzahl				Pfählzoll				Ausfahrt			
		davon mit Ballast		Einfahrt Schiffe		Waren		Schiffe		Waren	
Einfahrt	Ausfahrt	Einfahrt	Ausfahrt	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß
2	2	1	-	3	30	1	47	3	30	24	50
2	2	-	-	5	-	3	10	5	-	47	22
1	1	1	-	2	30	-	-	2	30	14	28
1	1	-	-	-	27	1	12	-	27	2	24
2	2	-	-	3	30	1	2	3	30	23	37
1	1	1	-	2	30	-	-	2	30	16	53
1	1	-	-	1	15	7	8	1	15	8	20

692 676 356 4 1714 37 4138 - 1676 1 9992 16

5	5	2	-	8	15	4	40	8	15	35	13
4	4	2	-	8	30	7	8	8	45	36	25
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	4	-	-	5	45	165	19	5	45	55	33
1	1	1	-	2	-	-	-	2	-	10	40
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2	2	-	-	5	-	66	57	5	-	32	57
1	1	-	-	1	45	3	6	1	45	10	12

17 17 5 - 31 15 247 10 31 30 181 -

125	119	55	1	297	45	842	33	287	8	1814	31
78	78	61	-	182	-	115	33	181	30	976	27
34	32	20	-	81	-	64	1	77	-	361	46
23	23	19	-	50	45	113	26	50	45	246	33
21	21	16	-	43	-	12	58	43	-	228	56
10	10	10	-	31	30	-	-	31	30	76	31
5	5	4	-	10	35	9	15	10	45	52	4
8	8	3	-	15	50	52	15	17	30	110	41
2	2	2	-	2	30	-	-	3	30	14	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	1	1	-	1	30	4	11	1	30	4	11

307 299 191 1 716 25 1124 12 704 8 3886 6

18	18	8	1	47	45	88	9	47	45	232	43
14	14	7	-	31	30	106	53	31	30	170	44
1	1	1	-	2	30	2	30	2	30	16	43

Tabelle 2

Gesamtzahl der im Danziger Hafen ein- und ausgelaufenen Schiffe sowie Gesamtsumme des auf der Danziger Pfahlkammer entrichteten Pfahlzolls von den Schiffen und Waren

1530 ausgelaufene Schiffe						Schiffsherkunft
Pfahlzoll Schiffe		Waren		Schiffe Anzahl	davon mit Ballast	
M	ß	M	ß			
717	22	2212	46	185	-	1. von der niederländischen Küste
25	5	97	29	8	-	a) aus Holland
158	42	503	49	44	-	b) aus Seeland
22	45	70	21	10	-	c) aus Friesland/Groningen
30	29	105	48	8	-	d) aus Geldern/Overyssel
						e) aus Flandern/Brabant
954	23	2990	13	255	-	v. d. niederl. Küste insgesamt
36	52	135	31	34	-	2. von der dänischen Küste
-	-	-	-	-	-	3. von der norwegischen Küste
29	25	29	26	35	-	4. von der schwedischen Küste
8	43	27	44	20	-	5. von der finnischen Küste
5	7	39	18	9	-	6. von der livländischen Küste
394	52	2143	28	169	-	7. von der preußischen Küste
128	57	434	16	103	-	8. aus dem Küstenbereich der wendischen Städte
2	30	3	28	2	-	9. von der schleswig.-holst. Küste
37	35	206	42	14	-	10. von der deutschen Nordseeküste
26	18	142	2	16	-	11. von der englischen Küste
18	17	19	48	12	-	12. von der schottischen Küste
-	-	-	-	-	-	13. von der französischen Küste
14	27	32	9	5	-	14. aus unbekanntenen Häfen
1657	26	6202	5	674	-	Insgesamt

1583 ein- und ausgelaufene Schiffe

Schiffe Anzahl		davon mit Ballast		Pfahlzoll Einfahrt Schiffe		Waren		Ausfahrt Schiffe		Waren	
Einfahrt	Ausfahrt	Einfahrt	Ausfahrt	M	ß	M	ß	M	ß	M	ß
692	676	356	4	1714	37	4138	-	1676	1	9992	16
17	17	5	-	31	15	247	10	31	30	181	-
307	299	191	1	716	25	1124	12	704	8	3886	6
34	34	16	1	82	45	200	10	82	45	420	10
20	19	11	1	41	-	26	19	39	15	185	50
1070	1045	579	7	2586	2	5735	51	2533	39	14665	22
107	87	9	-	162	58	641	48	139	29	718	23
11	11	1	-	13	39	64	13	13	39	64	8
81	77	1	2	72	22	535	48	67	45	269	48
24	24	-	-	30	27	202	1	30	27	75	52
43	43	5	-	38	55	67	29	36	40	201	18
148	141	15	-	160	38	1272	32	217	25	1090	7
262	229	41	4	270	10	1533	41	231	42	1516	54
142	125	47	1	196	39	468	33	175	44	861	10
264	259	152	-	552	40	384	56	530	25	3018	51
1	1	-	-	2	15	9	24	2	15	10	2
21	21	2	-	25	45	281	43	24	30	361	16
23	23	1	-	24	51	427	18	24	51	225	9
13	13	3	1	15	42	44	53	15	42	60	34
2220	2099	856	15	4153	3	11670	10	4044	13	23138	54

Tabelle 3

Gesamtzahl der im Danziger Hafen ein- und ausgelaufenen Schiffe und Gesamtsumme des auf der Danziger Pfahlkammer entrichteten Pfahlzolls von den Schiffen und Waren (in Prozent)

1530 ausgelaufene Schiffe			Schiffsherkunft	1583 ein- und ausgelaufene Schiffe					
Pfahlzoll Schiffe	Waren	Anzahl der Schiffe		Anzahl der Schiffe Einfahrt	Ausfahrt	Pfahlzoll Einfahrt Schiffe	Waren	Ausfahrt Schiffe	Waren
57,7	48,2	37,6	1. niederländische Küste	48,3	49,8	62,4	49,2	62,4	63,4
2,2	2,1	5,1	2. dänische Küste	4,9	4,1	3,9	5,5	3,6	3,1
-	-	-	3. norwegische Küste	0,6	0,5	0,3	0,6	0,3	0,3
1,8	0,4	5,3	4. schwedische Küste	3,7	3,7	1,8	4,6	1,7	1,2
0,5	0,4	3,0	5. finnische Küste	1,1	1,2	0,8	1,7	0,8	0,3
0,4	0,6	1,3	6. livländische Küste	1,6	2,1	0,9	0,6	0,9	0,9
23,8	34,5	24,3	7. preußische Küste	6,7	6,7	3,9	10,9	5,4	4,7
7,8	6,9	16,0	8. Küstenbereich der wendischen Städte	11,9	10,9	6,5	13,1	5,6	6,5
0,1	0,5	0,3	9. schlesw.-holst. Küste	6,4	5,9	4,5	4,0	4,4	3,7
2,2	3,3	2,1	10. deutsche Nordseeküste	11,9	12,3	13,3	3,2	13,2	13,1
1,6	2,3	2,5	11. englische Küste	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4
1,1	0,3	1,8	12. schottische Küste	1,0	1,0	0,6	2,4	0,6	1,2
-	-	-	13. französische Küste	1,1	1,1	0,6	3,7	0,6	0,9
0,8	0,5	0,7	14. aus unbekanntem Häfen	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,3

DIE SUNDZOLLREGISTER ALS EINE PREISGESCHICHTLICHE QUELLE 1557 BIS 1647

von Antoni Maczak

1. Die Sundzollregister erregen als eine der grundlegenden Quellen zur Geschichte der europäischen Wirtschaft des 16. bis 18. Jahrhunderts seit ihrer ersten Veröffentlichung das lebhafteste Interesse der Historiker. Der Sund stellte eine Meerenge mit in diesen Jahrhunderten grundlegender Bedeutung für den europäischen Handel dar, und die relative Stabilität der politischen Verhältnisse erlaubte, dort eine Zollkammer zu unterhalten, Sundzoll wurde vom 15. bis zum 18. Jahrhundert entrichtet. Seine Register haben sich in ihrem Grundbestand bis auf den heutigen Tag erhalten. Die uns vorliegenden Register erfassen ab 1497 die Schiffe, die den Sund passierten; ab 1557 kamen Listen der verzollten Waren hinzu. Die Lücken in diesem so reichen Material sind ziemlich unbedeutend. Für die Zeit, die der vorliegende Beitrag erfaßt, betreffen sie die Jahre 1559, 1561, 1570 bis 1573, 1632, 1634 (die Angaben sind unvollständig; zwei von drei Registern fehlen). Erwähnt werden muß auch das Jahr 1645, in dem die Kriegsflotte der Vereinigten Provinzen (der Niederlande) für unter deren Flagge segelnde Schiffe die freie Durchfahrt durch die Meerenge erzwang. Somit blieb eine ebenso wertvolle wie umstrittene Quelle erhalten. Sie hat den Pulsschlag des Handels auf einer der wichtigsten Verkehrsstraßen Europas registriert. Aber auf ihr lasten zugleich auch als Erbe alle aus einem unzulänglichen Fiskalsystem und den politischen Veränderungen, denen Dänemark und der Ostseeraum im Laufe der Jahrhunderte unterworfen waren, erwachsenen Mängel. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert begannen die Sundzollregister, das Forschungsinteresse auf sich zu lenken. Der Optimismus der ersten Forscher wurde jedoch bald von kritischen Stimmen¹ gedämpft. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nicht alle dort durchkommenden Schiffe die Kontrolle durchliefen,

1 Die Hauptkritikerin der Quelle und besonders der Form ihrer Veröffentlichung war Astrid Friis (vgl. bes. Friis, Astrid, Bemærkninger til Vurdering af Øresundstoldsregnskaberne og Principerne for deres Udgivelse (Bemerkungen zur Einschätzung der Sundzollregister und Prinzipien für deren Edition), in: Historik Tidsskrift, 9. Reihe, Bd. 4, Jg. 1925/1926, S. 109 - 182; dieselbe, La valeur documentaire des comptes du péage du sund. La période 1571 à 1618, in: Les sources de l'histoire maritime en Europe du Moyen Age au XVIII^e siècle. Actes du IV^e Colloque international d'Histoire Maritime, Paris 1962, S. 365 - 382). - Anders urteilt Christensen, Aksel E., Der handelsgeschichtliche Wert der Sundzollregister. Ein Beitrag zu seiner Beurteilung, in: Hansische Geschichtsblätter, Bd. 59, Jg. 1934, S. 28 - 142; derselbe, Dutch Trade to the Baltic about 1600, Kopenhagen/Den Haag 1941 (im folgenden: Dutch Trade). - In jüngster Zeit hat Jeannin, Pierre, Les comptes du sund comme source pour la construction d'indices généraux de l'activité économique en Europe (XVI^e - XVIII^e siècle), in: Revue Historique, Bd. 470, Jg. 1964, S. 55 - 102, 307 - 340, die kritischen Bemerkungen zusammengefaßt und entwickelt sowie neue Vorschläge unterbreitet.

aufgegriffen wurde die Frage der Befreiung von Abgaben, und es wurde nachgewiesen, daß die Zollerklärungen der Schiffer in vielen Fällen erheblich von der tatsächlichen Ladung der Schiffe oder auch den in den Häfen ausgefertigten Zollerklärungen abwichen. Die theoretischen Erwägungen konvergierten mit detaillierten Zusammenstellungen der Zollregister verschiedener Häfen, eine Analyse der Gerichtsakten, die mit der Tätigkeit der Sundkammer zusammenhingen, ergänzte die Studien über die, auf die Tabellen des Sundzolls gestützt, zusammengestellten statistischen Reihen.² Trotz der zahlreichen Vorbehalte, die sich aus diesen kritischen Untersuchungen ergaben, hörte man nicht auf, die im Druck veröffentlichten Materialien zu verwenden, wobei man sich mit der Hoffnung zufriedengab, daß zwar die absoluten Ausmaße des Warenumsatzes darin nicht richtig erfaßt worden waren, wir aber dennoch ein korrektes Bild von den Tendenzen des Handels erlangen.

Die neuesten Untersuchungen von Pierre Jeamin wiesen nach, daß das kritische Herangehen an die Quelle nicht bedeutet, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Die Register können als Grundlage für Untersuchungen des Handelsumsatzes und der Wirtschaftskonjunktur dienen und erbringen für die Zeit vor 1569 und nach 1618 verhältnismäßig genaue Daten über die Mengen der einzelnen Warenarten.³

Bevor jedoch die Studien von Jeamin eine gewisse Etappe der quellenkundlichen Untersuchungen abschlossen, wurde man auf die Bedeutung der Register als Quelle für die Preisforschung aufmerksam. Bereits Nina Bang erinnerte in der Einleitung zu Band II A der Tabellen für den Zeitraum 1497 bis 1660 an diese Frage und kündigte die Vorbereitung einer gesonderten Veröffentlichung aus diesem Bereich an.⁴ Im Jahre 1938 verwendete Aksel E. Christensen bestimmtes Material zur Einschätzung der allgemeinen Bilanz des Ostseehandels und im Jahre 1941 zur Einschätzung des Zollsatzes. Im Jahre 1953 gingen Astrid Friis und Svend Ellehøj weiter und nahmen mit dem Gedanken an eine Untersuchung der Marktprobleme in den Niederlanden eine kritische Analyse der von den Schiffern im Sund deklarierten Getreidepreise vor. Schließlich nutzten R. W. K. Hinton und in jüngster Zeit Henryk Zins die in den Tabellen angegebenen Zusammenstellungen des Wertes der englischen Waren zur Darstellung der Bilanz des englischen Handels mit der Ostseezone aus.⁵

- 2 Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Øresund (Tabellen zu Schifffahrt u. Warentransport durch den Sund; im folgenden: Tabeller) 1497 - 1660, Bd. 1, 2 A u. 2 B, hg. v. N. Bang, später v. K. Korst, Kopenhagen 1906 - 1933. In den Jahren 1930 - 1953 wurden die Tabeller für die Jahre 1661 - 1783 herausgegeben.
- 3 Jeamin, Pierre, a. a. O., S. 98, 307 - 309.
- 4 Tabeller, a. a. O., Bd. 2 A, S. XI. - Nina Bang erwähnt hier, daß diese Angaben "sont recueillis dans des tableaux des prix qui seront également publiés" (Hervorhebung v. A. M.); es ist mir jedoch nicht gelungen, in Kopenhagen auf eine Spur dieser Quellenauszüge zu stoßen.
- 5 Christensen, Aksel E., Dutch Trade, a. a. O., Kapitel VI, § 6, Anh. B, D; Friis, Astrid, The Two Crises in the Netherlands, in: Scandinavian Economic History Review, Bd. 1, H. 2, Anlagen (im folgenden: The Two Crises); Hinton, Raymond William King, The Eastland Trade and the Common Weal in the Seventeenth Century, Cambridge 1959, Kap. 3; Zins, Henryk, Anglia a Bałtyk w drugiej połowie XVI wieku (England u. die Ostsee in der zweiten Hälfte des 16. Jh.), Warschau/Wrocław/Kraków 1967, Kap. 9. - Gegen die von Zins, a. a. O., vorgeschlagene Methode für die Berechnung der Handelsbilanz polemisieren wir in den Zapiski Historyczne, Jg. 1969, wobei wir unsererseits eine andere Lösung vorschlagen. Auf die Perspektive der Möglichkeit, die Bilanz des Ostseehandels in Anlehnung an die Preise aus den Sundzollregistern zu berechnen, hat bereits Bang, Nina, a. a. O., aufmerksam gemacht, aber die Untersuchungen über dieses Problem sind später einen anderen Weg gegangen: Christensen, Aksel E., Sundzollre-

Die meisten erwähnten Verfasser verwendeten die Tabellen, aber nicht unmittelbar die Register. Im wesentlichen ist das in den Registern enthaltene Material erheblich reichhaltiger. Im vorliegenden Beitrag soll gezeigt werden, das uns auf diesem Gebiet Material ersten Ranges zur Verfügung steht, und zwar sowohl in der Originalversion als auch in der Fassung, in der es in den Tabellen veröffentlicht worden ist. Ich möchte das bereits zu Anfang hervorheben, denn auf den folgenden Seiten werde ich mehrfach zahlreiche Ungenauigkeiten der Register aufdecken und vor ihrer Akzeptierung prima facie warnen.

2. Vom Jahre 1557 an, aus dem wir die frühesten Daten besitzen, bis 1647 sind die Waren, die mehreren Nationen - Engländern, Schotten, Franzosen, Italienern, Spaniern, Portugiesen und Kaufleuten aus Emden - gehören, mit Wertzoll ("dem 100sten Pfennig") belastet.⁶ Für die Bemessung des Zollsatzes war es also unumgänglich, den Wert der Ware festzustellen. Die Eintragung in dem Register enthielt gewöhnlich neben dem Wert der einzelnen Waren auch deren Menge und die Maß- (Gewichts-)Einheit, häufig ebenfalls den Preis je Einheit und zuletzt die Gesamtsumme des Wertes der Ladung. Wenn es aus irgendeinem Grund schwerfiel, die Warenmenge zu bestimmen, begnügte man sich mit ihrem Wert (etwa in der Art "Elfenbein für ..."). Alles dies galt für Waren, die Kaufleuten der genannten Länder gehörten, unabhängig davon, auf welchen Schiffen sie befördert wurden. In den Zollregistern wurden diese Waren nach der Herkunft ihrer Besitzer ausgewiesen, so daß die Ladung eines Schiffes während der Reise sich in mehreren Kapiteln des Registers finden konnte, wenn sie zum Beispiel einem Holländer, einem Engländer und einem Franzosen gehörte. Eine derartige Anordnung der Zollregister besitzt, vom Gesichtspunkt der sie nutzenden Historiker, Vorzüge und auch Nachteile. Man kann sich in manchen Problemen der Schifffahrt schwer zu rechtfinden, dafür ist es aber außerordentlich leicht, die Warenmasse und die nach der Herkunft der Kaufleute gruppierten Warenpreise zu erfassen.⁷

gister und Ostseehandel, in: *Conventus primus historicorum balticorum*, Riga 16. - 20. 8. 1937. *Acta et relata*, Riga 1938, S. 395 - 399; derselbe, *The Dutch Trade*, a. a. O.; Attman, Artur, *Den ryska marknaden i 1500-talets baltiska politik* (Der russische Markt in der Ostseepolitik im 16. Jh.), 1558 - 1595, Lund 1944, Kap. 5; vgl. auch die kritischen Stimmen von Heckscher, Eli F., *Öresundstillräkenskaperna och deras behandling* (Die Sundzollregister u. ihre Behandlung), in: *Historisk Tidskrift*, Jg. 1942, S. 173 ff., und Nilsson, Sven A., *Den ryska marknaden i 1500-talets baltiska politik* (Der russische Markt in der Ostseepolitik im 16. Jh.), in: *Scandia*, H. 2/1944, S. 180 - 190, die jedoch Attmans Schlußfolgerungen unserer Meinung nach nicht untergraben.

6 Die Franzosen bezahlten Zoll auf diese Weise lediglich bis einschließlich 1635 (vgl. Bang, Nina, *Tabeller*, a. a. O.). - Ebenda werden lediglich noch Engländer und Schotten als weitere Kaufmannsgruppen genannt.

7 Wir stoßen hier auf eine der Eigentümlichkeiten der Ausgabe der Tabeller, die darin besteht, daß sie die Waren nach der Flaggenzugehörigkeit der Schiffe erfassen und die Herkunft der Kaufleute außer acht lassen. Daraus können sich leicht Mißverständnisse ergeben, insbesondere in Gestalt einer Unterschätzung des Handels jener Länder, die sich der niederländischen Schifffahrt bedienten. Da die Engländer (und die erwähnten übrigen Kaufleute) unabhängig von der Flaggenzugehörigkeit des Schiffes, mit dem die Ware befördert wurde, den Zoll ad valorem bezahlten, wurde manches Schiff zweimal oder mehrfach registriert. Die Anmerkungen zu Bd. 2 A der Tabeller geben Menge und Wert der einzelnen Waren und ihrer ad valorem verzollten Arten lediglich dann an, wenn die Herkunft des Kaufmanns sich mit der Flaggenzugehörigkeit des Schiffes deckte. Diese Beschränkung bringt nur eine geringfügige oder gar keine Arbeits- und Platzersparnis, vermindert aber die Brauchbarkeit der Tabeller in dieser Hinsicht erheblich.

Wir haben also Daten über die Preise fast aller Waren, die zwischen der Ostsee und Nordsee im Verlauf von beinahe neunzig Jahren von Kaufleuten mehrerer Nationen, unter denen die Engländer in der Ostsee die führende Rolle spielten, befördert wurden. Das gestattet, die Preisbewegung der einzelnen Waren und Warengruppen zu untersuchen; es erlaubt, die Bilanzen der einzelnen Häfen und der gesamten Ostseeregion zu schätzen. Zugleich empfinden wir jedoch einen ernsthaften Mangel entsprechender Daten über niederländische Waren, einen Mangel, dessen Ausmaße und Konsequenzen zu untersuchen bleiben. Natürlich tauchen noch mehr solcher Zweifel und Forschungsprobleme auf. Wir müssen wissen, ob bei der Bestimmung (Deklaration) der Preise keine spürbaren Fälschungen vorgenommen wurden; wir müssen fragen, welche Preise sich tatsächlich ergeben, welcher Wirklichkeit sie entsprechen.

Die Grundlage für unsere Überlegungen werden die in den Anmerkungen zu Band II A der Tabellen gebrachten Daten, die Anlagen zu der in der Fußnote 5 zitierten Arbeit von Friis, das Material über die im Sund deklarierten Getreidepreise (hauptsächlich für Roggen), welches freundlicherweise von Prof. Ellehj zugänglich gemacht wurde, sowie schließlich das unmittelbar im Rigsarkivet in Kopenhagen hauptsächlich für die Jahre 1619 bis 1624, 1634, 1636 bis 1647 zusammengetragene Material und die Stichproben für Getreide und andere Waren aus früheren Jahren bilden.⁸ Dabei stellt dieses Material, obwohl erheblich umfangreicher als das bisher ausgenutzte, auch weiterhin lediglich ein Bruchstück der Daten dar und bleibt nur eine statistische Probe. Aber auch die in den Sundzollregistern enthaltenen Daten über die Preise sind ungemein reichhaltig; sie zusammenzutragen, wird viele Jahre Arbeit erfordern. Zunächst dürfte zu überprüfen sein, ob diese Mühe sich lohnen würde.

3. Auf welche Weise erhalten wir aus den Sundzollregistern die Daten über den Wert (Preis) der Waren? Die Register enthalten gewisse Hinweise auf diesem Gebiet. Die Vorschriften besagen, daß der "gerechte" Preis (1569), der Marktpreis (1574), der Gestehungspreis (1588) anzugeben ist. Schon 1574 werden übrigens von den Kaufleuten oder Schiffern amtliche Bescheinigungen über die Ware, also bestimmt auch über ihren Preis verlangt.⁹ Die Aufrichtigkeit der Erklärungen soll das dem dänischen König vorbehaltene Vorkaufsrecht an den Waren zu den von dem Kaufmann beim Zoll deklarierten Preisen auf diesem Wege gewährleisten.

Während es in vielen Fällen gelungen ist, die Erklärungen im Sund mit den Eintragungen der Zollregister in dem Hafen gegenüberzustellen, aus dem das Schiff ausgelaufen ist, fielen es schwer, gleichartige Gegenüberstellungen für die Angaben über die Preise anzufertigen. Die Kritik an der Glaubwürdigkeit der Erklärungen sollte eher auf einer Zusammenstellung der statistischen Mittelwerte vom Sund und aus den Häfen, aus denen die Schiffe ausgelaufen waren, sowie auf einer eingehenderen Analyse des Sundmaterials selbst fußen.

Das primäre Element ist für uns die von einem Kaufmann in einem Ostseehafen oder, für aus der Nordsee herangeführte Waren, in einem westlichen Hafen getätigte Transaktion. Dieser Kaufmann, in unserem Falle gewöhnlich ein Engländer, nahm eine oder mehrere Transaktionen, zum Beispiel Ankauf von Getreide, vor, verlor anschließend die Ware auf

8 Vgl. Anm. 7; Friis, Astrid, *The Two Crises*, a. a. O. Die von Ellehj bearbeiteten Anlagen umfassen die arithmetischen Mittel des Roggenpreises, untergliedert nach Ostseehäfen und Monaten, von 1557 bis 1588. Ich möchte an dieser Stelle jenen danken, die mir mit Rat und Wohlwollen bei der Sammlung des Materials geholfen haben: Prof. Svend Ellehj, der mir Material und wertvolle Bemerkungen zu dessen Thema gewährt hat, Prof. Kristof Glamann und Prof. Artur Attman.

9 Friis, Astrid, *The Two Crises*, a. a. O., S. 221.

das Schiff oder vertraute sie zur Sicherheit gern mehreren Schiffern an. Daraus erhellt, daß die bei der Kammer im Sund deklarierte Ladung des Schiffes häufig mehreren, zum Beispiel englischen, Kaufleuten gehörendes Getreide enthielt, welches sie unabhängig voneinander und demzufolge manchmal zu verschiedenen Preisen erworben hatten. Daraus ergibt sich, daß schon diese Einzelinformation, die uns zur Verfügung steht, einer sorgfältigen Prüfung bedarf.

Es wurde bereits erwähnt, daß wir den Preis nicht nur kennenlernen, indem wir den Wert der Ware durch ihre Menge teilen, sondern daß ihn oft die Quelle selbst angibt. Wie wir, insbesondere in bezug auf das in dieser Hinsicht näher untersuchte Register vom Jahre 1636, bemerkt haben, taucht die Mehrzahl der (übrigens nicht sonderlich zahlreichen) Fälle, in denen der Zollschreiber den Preis nicht ausgewiesen hat, dann auf, wenn es sich um Bruchzahlen handelt; also 55 Lasten Roggen im Wert von 1 800 Taler (auf eine Last entfallen $38 \frac{8}{11}$); 31 Lasten im Wert von 1 135 Taler (je $36 \frac{19}{31}$); 14 Lasten für 450 Taler (also je $32 \frac{1}{7}$ Taler).¹⁰ In einigen weiteren Fällen haben wir einfachere Brüche: $\frac{1}{3}$ und $\frac{2}{3}$. Ein halber, ein drittel, ein viertel Taler werden bei den Preisen gewöhnlich erwähnt. Charakteristisch ist, daß dem Gesamtwert der betreffenden Warenladung eine ganze Zahl entspricht; ausnahmsweise kommen halbe Taler vor. Das aufgrund des Registers von 1636 gewonnene Bild gilt nicht für den gesamten Untersuchungszeitraum. Wenn wir 1586 und 1587 ausschließlich oder fast ausschließlich Preise haben, die in ganzen Zahlen gehalten sind, so bilden wiederum 1638 (überprüft wurde das Register A; unberücksichtigt blieben die Register B und C) zwar alle Getreidepreise aus Danzig ganze Zahlen, ausdrücklich erwähnt werden sie jedoch nur in 7 von 16 Fällen; von insgesamt 23 Erwähnungen für alle Häfen zusammengenommen gibt nur eine die Bruchzahl an: 14 Lasten Roggen aus Königsberg, im Mai, 640 Taler wert, also $45,8$ Taler je Last. Anders verhält es sich in den untersuchten Registern (jedesmal das erste von dreien) für die Jahre 1640 bis 1645 und 1647. Ab Juni 1639 werden die Preise nicht genannt; aus der Umrechnung ergeben sich vorwiegend Brüche, und die ganzen Zahlen gehören in dieser Zeit bei den Roggenpreisen zu den Ausnahmen. Darf man das als Anzeichen einer Präzisierung der Angaben betrachten? Wir wären geneigt, ihnen mehr Vertrauen entgegenzubringen, wenn wir keine so deutliche Tendenz zur Abrundung und Vereinfachung der Daten wahrnähmen. Andererseits jedoch, auch wenn die von uns errechneten Preise nicht abgerundet sind, ist der Gesamtwert einer Ladung Roggen in diesen letzten Jahren in der Regel eine auf Hunderter oder Zehner abgerundete Summe. Mit anderen Worten, wenn wir zum Beispiel im Jahre 1637 runde Summen hatten und diese ein Vielfaches der Preise von 40, 45 oder 50 Taler waren, so scheint ab 1639 der Preis, nicht aber die Summe, die abhängige Veränderliche zu sein.

Obwohl sich die Schlußfolgerungen zum Thema der Unterschiede in der Deklaration der Preise, die sich aus den oben genannten Beobachtungen ergeben, als wesentlich erweisen könnten, so nimmt ihre Bedeutung ab, wenn wir dazu übergehen, die Trends der statistischen Mittel der Preise für Roggen, besonders der Jahrespreise, die für verschiedene Häfen aufgestellt sind, einander gegenüberzustellen. Zuvor sollten wir jedoch noch bei einigen anderen Waren verweilen.

Zum Beispiel Tuch. Es stellt eine differenziertere Ware als Roggen, und zwar auch im Bereich der Sorte, dar. Im Jahre 1636 kostet das Tuch "Engelst" zwischen 30 und 70 Ta-

10 Rigsarkivet, Kopenhagen, Øresundtoldsregnskaber 1636, B, C. - Von 111 Ladungen Roggen in allen drei Registern (A, B, C) aus diesem Jahr sind die Preise in 18 Fällen nicht direkt erwähnt; bei 7 Fällen handelt es sich um abgerundete Zahlen (6 davon beziehen sich auf Königsberg), in den übrigen Fällen erscheinen Brüche.

ler je Stück, "Klaede" - zwischen 31 und 50 (neun verschiedene Preise), "Kir" - zwischen 5 und 13, "Perpetuan" zwischen 9 und 15. Die Skala der Unterschiede ist sehr beträchtlich.

Die Preiserklärungen für Flachs erinnern an die für Getreide. Im Jahre 1646 zeigt der mittlere Preis für auf einem einzelnen Schiff beförderten Flachs nur in wenigen Fällen, daß er die Resultante mehrerer Faktoren ist, obwohl man nicht ausschließen darf, daß hier einfach genau die Summe deklariert wurde, die man für die Ware bezahlt hatte; übrigens brauchte nicht immer der Preis je Einheit eines Schiffspfundes oder einer Last die Grundlage der Transaktion zu sein.

Halbfertigwaren aus Holz und "Forstware" werden ähnlich deklariert. Brüche treffen wir häufig bei der Warenmenge an. Besonders Klappholz wird gewöhnlich mit $1/4$, $1/2$, $1\ 3/4$ usw. Last verladen. Demgegenüber sind die Summen auffallend auf 0 oder 5 abgerundet. In den unter diesem Blickwinkel untersuchten drei Jahren wurde zweimal eine Differenzierung der Qualität, das heißt des Preises, festgestellt: 23 Lasten Pottasche zu 35 und 40 Taler, insgesamt für 860 Taler; ein halbes Hundert Klappholz zu 48 und 104 Taler, insgesamt für 38 Taler.¹¹

Salzpreise, die für das Jahr 1607 untersucht wurden, weisen gewaltige Unterschiede für die einzelnen Ladungen auf, belaufen sich aber bei 8 von 13 englischen und französischen Erklärungen auf 10 oder 20 Taler je Last. Die Beträge sind deutlich abgerundet.

Bei diesen abgerundeten, in Reichstaler ausgedrückten Preisen liegen die Dinge übrigens nicht einfach. In bedeutendem Maße handelt es sich dabei um Umrechnungen aus anderen Währungen wie preußischer Mark und Rigaer Mark, polnischen Dukaten und holländischen Gulden (Carolus-Gulden), deren Kurswerte sich nicht mit dem des Taler deckten. Der Reichstaler wurde für Preisberechnungen in den mecklenburgischen Häfen sowie in Livland verwendet, der Kurs des polnischen Talers stimmt mit seinem Kurs überein.¹² Wäh-

¹¹ Øresundtoldsregnskaber 1590, 1591, 1596.

¹² Jesse, Wilhelm, Der Wendische Münzverein, Lübeck 1928; Litv, Ofi, Die wirtschaftliche Lage des estnischen Gebietes am Ausgang des 17. Jahrhunderts, Tartu 1935, S. 280 ff.; Soom, Arnold, Der baltische Getreidehandel im 17. Jahrhundert, Stockholm 1961, passim, bes. S. 214 - 241. - Prof. Wasil W. Doroszenko machte mich freundlicherweise auf die zahlreichen Notierungen der Getreidepreise in Reichstaler in den Wette-Gerichts Protocollen von Riga (ab 1613) aufmerksam. - Die Frage des Verhältnisses von Reichstaler zu polnischem Taler ist nicht klar: Hoszowski, Stanisław, Ceny we Lwowie w XVI i XVII wieku (Die Preise in Lemberg im 16. u. 17. Jh.), Lwów 1928, S. 51, schreibt von einem in Polen nach dem Vorbild des Reichstalers geprägten Taler, gibt jedoch einen etwas niedrigeren Feinsilberpreis an. - Pelc, Julian, Ceny w Gdańsku w XVI i XVII wieku (Die Preise in Danzig im 16. u. 17. Jh.), Lwów 1937, S. 47, ist der Meinung, daß in den Danziger Quellen dieses Zeitraums der Reichstaler und der polnische Taler wechselweise angegeben werden. - Die Frage des damaligen Kurses der verschiedenen Währungen auf dem Danziger Markt bedarf noch einer näheren Untersuchung. Analog zu den Geld- und Kreditbeziehungen in der italienisch-französisch-flandrischen Zone dürften, im Lichte der Untersuchungen von Raymond de Roover, hier Angebot und Nachfrage keine geringe Rolle gespielt haben. Alles das scheint jedoch keinen faßbaren Einfluß auf die in der vorliegenden Skizze betrachteten Probleme auszuüben. Es handelt sich um Unterschiede in der Größenordnung von etwa 5 Prozent. - Anders urteilt Simson, Paul, Gesammelte Beobachtungen über das Wertverhältnis verschiedener Münzsorten zueinander im 16. und 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins, H. 40, Jg. 1899, S. 120. Ihre Zweifel hat mir auch Dr. Maria Bogucka dargelegt.

rend eine Transaktion in Danzig in Mark (zu 20 polnischen Groschen) abgewickelt wurde, spielte der Reichstaler in England als Währung keine Rolle. Besonders die Preise englischer Stoffe werden, ähnlich wie die für französisches oder portugiesisches Salz, in Talern in ganzen Zahlen ausgedrückt. Die Angaben sind also deutlich abgerundet.

Obwohl wir die Tatsachen der Preisabrundung feststellen, sind wir nicht der Meinung, daß die Preise vereinheitlicht sind. Die Transaktionen wurden unter verschiedenen Umständen, in bar oder auf Kredit, zu verschiedenen Zeiten des Jahres getätigt; die Besonderheiten in der Güte der Ware spielten mit. Mit einem Wort, es ist ausgeschlossen, daß die Preise tatsächlich einheitlich waren. Im wesentlichen finden wir die Unterschiede auch ohne Mühe wieder.¹³

4. Kann man die zeitlichen Unterschiede ausschalten? Die Sundzollregister geben das Durchfahrtsdatum des Schiffes durch die Meerenge an, wir kennen jedoch weder das Datum des Abschlusses der betreffenden Transaktion noch das Datum des Auslaufens des Schiffes aus dem Hafen. Bekannt ist, daß nicht nur die eigentliche Fahrt lange dauerte, sondern daß die Schiffe sich auch nicht auf den Besuch eines Hafens beschränkten, was, neben anderen Konsequenzen, eine erhebliche Verlängerung der Reise bedeuten konnte. Somit erscheint eine Schlußfolgerung, die sich auf die durchschnittliche Geschwindigkeit in der Ost- und Nordsee stützt, nicht zweckmäßig. Man muß mit den Angaben der Monate operieren, in denen sie von den Sundzollbeamten gemacht wurden, wobei man sich darüber im klaren sein muß, daß sie den Preisen im Hafen aus dem laufenden oder dem vorangegangenen Monat entsprechen. Wenn wir die Genauigkeit bis zum Tagesdatum (der Sunddurchfahrt) gesteigert hätten, wären wir in außerordentliche Schwierigkeiten geraten und hätten die Exaktheit nur scheinbar vergrößert.¹⁴ Das Vergleichsmaterial nämlich, über welches wir verfügen, ist nach Monaten oder sogar Quartalen zusammengestellt.¹⁵

Diagramm 1⁺ stellt die Streuung der Preise für Roggen dar, der in Danzig gekauft oder, genauer gesagt, von einem Schiff deklariert wurde, das angab, aus Danzig gekommen zu sein. Wenn in einem Monat viele Schiffe eintreffen, herrscht bei ihnen eine einheitliche Roggenpreisangabe vor; manche Ladungen werden jedoch davon abweichend geschätzt. Was bedeuten jene von den vorherrschenden abweichenden Preise für die Ladungen, die gleichzeitig mit anderen im Sund eintreffen? Wenn wir eine bedeutende Freiheit, die Erklärungen zu fälschen, voraussetzen, fiel es schwer, die Entscheidung der Schiffer zu erklären, die für ihre Ladung höhere Preise deklarierten. Sie konnten sie offenbar nicht anders handeln, oder es lohnte sich. Wie Jeannin nachwies, war die Kontrolle der La-

+ Diagramme und Tabellen befinden sich als Anhang am Ende des Beitrages.

13 Vgl. Diagramm 1 im Anhang.

14 Bei einem Schiffsverband, der auf der Reede von Helsingör ankerte, stoßen wir sogar auf sehr stark differenzierte Preise für den gleichen Tag. Eine allmähliche Veränderung der Preise, (Anstieg, Abfall) ist gerade im Monatsmaßstab am besten wahrnehmbar. Je nach drohenden Gefahren segelten die Schiffe einzeln oder in Geleitzügen (wir wollen daran denken, daß englische Waren auch auf holländischen Schiffen reisten).

Vgl. auch die Notiz eines englischen Reisenden vom 2. August 1640 in Helsingör:

"From hence every one, as soone as hee was visited and clear, sett saile to take their best advantage, there being Now No daunger off enemies." (The Travels of Peter Mundy in Europe and Asia 1608 - 1667, hg. v. Sir Richard Carnac Temple, Bd. 4, London 1925, S. 84).

15 Pelc, Julian, a. a. O., gibt die Vierteljahresmittel an; Posthumus, Nicolaas, Inquiry into the History of Prices in Holland, Leiden 1946, Bd. 1, operiert mit Daten für die einzelnen Monate.

ding nach 1618 streng und erfolgreich.¹⁶ In dem halben Jahrhundert davor war entweder bei dem niedrigen Zoll eine intensive Durchsuchung unnötig oder der Einfallsreichtum der Kaufleute und Schiffer konzentrierte sich darauf, die Warenmenge zu verheimlichen (nicht aber den Preis zu fälschen).

In gewissem Grade können wir das überprüfen. Jeannin machte darauf aufmerksam, daß vor 1618 in Ermangelung einer wirksamen Kontrolle in der Zollkammer häufig Weizen als Roggen, ja sogar Holz als Getreide usw. deklariert wurden.¹⁷ Wird die von ihm festgestellte allgemeine Zunahme der Beförderung von Weizen im Verhältnis zu Roggen auch in bezug auf die Engländer bestätigt, die anderen Zollbestimmungen unterlagen? Die Tabellen gruppieren die Waren nach der Flaggenzugehörigkeit des Schiffes und nicht nach der Nationalität des Kaufmanns. Demnach ist die Aufstellung, die wir hier vorlegen, nicht genau. Man kann annehmen, daß ein gewisser Teil des auf niederländischen Schiffen beförderten Getreides Engländern gehörte, wobei Zoll ad valorem bezahlt wurde. In manchen Jahren handelte es sich dabei um keinen geringen Prozentsatz der von der Ostseeküste eingeführten und von Engländern gekauften Waren. Dennoch spielte es in der Masse der holländischen Ladungen keine wesentliche Rolle. Diese Erscheinung muß übrigens die Aussagekraft der Zahlen der Tabelle 1 (siehe Anhang) eher abschwächen als verstärken.

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß in den Jahren vor 1618 in der Ladung der englischen Schiffe der Weizen eine beinahe doppelt so große Rolle spielte wie auf den niederländischen Schiffen (18,3 Prozent zu 9,5 Prozent der jeweiligen Roggenmenge). Die acht folgenden Jahre nach 1618 sind von einer Zunahme der niederländischen Roggentransporte um durchschnittlich 40 Prozent gekennzeichnet; während die Weizenbeförderung auf etwa das Zweieinhalbfache ansteigt, der durchschnittliche Roggentransport auf englischen Schiffen wächst um knapp 14 Prozent, wogegen das Interesse an Weizen nachläßt. Die Entwicklung verläuft also in entgegengesetzten Richtungen - bei den Engländern macht der Weizen knapp 7 Prozent im Verhältnis zum Roggen aus, auf den niederländischen Schiffen nach 1618 hingegen im Schnitt 16,1 Prozent. Gemäß der These von Jeannin waren also die Holländer unmittelbar nach Abänderung des Verfahrens der Zollkontrolle gezwungen, die tatsächliche Menge des beförderten Weizens anzugeben. Was bedeutet demgegenüber das Absinken der Kennziffer für Weizen auf den englischen Schiffen? Er ist zweifellos eine vom System der Zollkontrolle unabhängige Erscheinung, ein Symptom der Marktverhältnisse, welches vielleicht mit einer allgemeinen Abnahme des Interesses der englischen Schifffahrt am Getreidetransport zusammenhängt. Es ist also wahrscheinlich, daß zumindest dort, wo es sich um Getreide handelt, die Tendenz, Ware zu verheimlichen, bei den englischen Kaufleuten nicht auftrat. Sollte man das der besonderen Zollart zuschreiben?¹⁸

5. Kehren wir zu den von den einzelnen Schiffern deklarierten Preisen zurück. Was bedeuten die von den vorherrschenden abweichenden Preise? In manchen Fällen können es die Preise für Transaktionen sein, die in verschiedenen Monaten getätigt, aber in Helsingör wegen eines längeren Aufenthaltes im Hafen oder einer längeren Seefahrt gleichzeitig deklariert wurden; in anderen Fällen darf man an die bereits weiter oben besprochenen an-

¹⁶ Jeannin, Pierre, a. a. O., S. 309.

¹⁷ Ebenda, S. 99.

¹⁸ Beachtung verdient, daß u. a. die Engländer, die für ihre Waren Zoll ad valorem entrichteten, auch in Zeiten häufigen Betrugs ihre im Ausgangshafen ausgestellten Papiere vorzeigen mußten (vgl. Friis, Astrid, The Two Crises, a. a. O.). - Vgl. auch die Höhe des Zolls im Verhältnis zum Preis der einzelnen Waren bei Christensen, Aksel E., a. a. O., Anl. B. Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß das prozentuale Verhältnis des Zolls zum Wert gemäß dem Tarif außerordentlich verschiedenartig war. Die Angelegenheit ist eine gesonderte Untersuchung wert, denn der Zoll im Sund stellte keine geringe Belastung dar. Peter Mundy (vgl. Anm. 14) bemerkt, daß sein Schiffer 800 Reichstaler bezahlte.

dersgearteten Bedingungen denken. In jedem Fall sind die Unterschiede beträchtlich. Im Jahre 1587 differierten die Preise für 33 Ladungen Roggen, die mit dem ersten Schiffsverband schon im April von Danzig aus befördert wurden, bis zu einer Spanne von 27 Prozent des niedrigsten Preises; noch drastischere Unterschiede sind nicht selten. Nicht immer wurden niedrige Preise deklariert; vielleicht weist also die Preisstreuung darauf hin, daß die entsprechenden Preise von den Kaufleuten tatsächlich in den Ostseehäfen bezahlt wurden.

Die erhebliche Streuung der Preise in ein und demselben Monat darf nicht verwundern. Wir können uns hier auf eine von den Sundzollregistern unabhängige Quelle berufen, und zwar auf die Klagen von Danziger Kaufleuten, die in den Jahren 1588 und 1589 den Wert der ihnen von englischen Kaperschiffen weggenommenen Waren deklarierten.¹⁹ Auch dort sind die Preise außerordentlich differenziert: im November 1588 eine Preisdifferenz von 55 Prozent des niedrigeren Preises (2 Ladungen), im März/April 1589 von 20 Prozent (2 Ladungen), im April von 25 Prozent (8 Ladungen, die 4 Kaufleuten gehörten). Diese Unterschiede bewegen sich in der gleichen Größenordnung wie die in den Erklärungen vor der Sundkammer.

Um der Vollständigkeit willen seien noch einige offene Probleme aus diesem Gebiet angeführt. Ist der deklarierte Wert der Ware die bei der Transaktion festgesetzte und bezahlte Summe? Wurden ihr verschiedene Kosten - Transport, Lagerung und ähnliches mehr - hinzugerechnet? Wurden Pfahlgeld, Zulage und andere Hafengebühren berücksichtigt? Die Antwort wird man wohl nur in Anlehnung an die Akten der Strafsachen, die mit der Praxis der Zollkammer zusammenhängen, oder die möglicherweise zufällig erhalten gebliebenen dort vorgelegten Bescheinigungen finden können.²⁰ Ich bin allerdings der Auffassung, daß die im Sund vornehmlich deklarierten runden Preise alle Hafengebühren einschließen, die zusammen einige Prozent des Preises f. a. s. (free alongside ship, frei längsseits Schiff) betragen. Es sind im Grunde genommen recht wichtige Fragen. Wenn wir jedoch die chronologischen Reihen der Preise erfassen wollen, wenn wir die aus den Sundzollregistern gewonnenen Daten mit der Bewegung der Preise in anderen Gebieten gegenüberzustellen wünschen, verringert sich ihre Bedeutung. Um jedoch zum Aufbau solcher chronologischer Reihen übergehen zu können, müssen die Preise "vom Sund" durch Gegenüberstellung mit den bereits bearbeiteten Preisen einiger Waren in den Beladehäfen überprüft werden.

6. Die einzigen der mit dem Sund stark verbundenen Häfen, für die Monographien über Preise im behandelten Zeitraum vorliegen, sind Danzig und Amsterdam. Auf dem Gebiet der in den Ostseeraum eingeführten Waren lassen sich unter anderem die Preise für Pfeffer, Salz und Heringe vergleichen, im Bereich der Ostseeländerausfuhr können wir den Roggen untersuchen.²¹ Pelc fand in Danzig kein Material für die Bestimmung der Preise von Holz und Holzzeugnissen, Weizen und Flachs, also muß der Roggen zur Grundlage der universalen Kennziffer werden. Das ist insofern nicht so schlimm, als Roggen während des gesamten hier untersuchten Zeitraums der hauptsächlich Exportartikel aus dem

19 *Elementa ad fontium editiones*. Bd. 4: *Res polonicae Elisabetha I Angliae regnante conscriptae ex Archivis Publicis Londoniarum* (Quelleneditionselemente, Bd. 4: *POLONIKA im Londoner Public Record Office aus der Regierungszeit Elisabeths I von England; im folgenden: Elementa*), hg. v. C. H. Talbot, Rom 1961, Nr. 71 ff.

20 Vgl. z. B. zwei Fälle von aufgedecktem Betrug in bezug auf den Ausfuhrhafen (Narwa, bei dem ein höherer Zoll an die Dänen zu bezahlen war) aus dem Jahre 1578 (Attman, Artur, a. a. O., S. 49). Das Problem des Betrugers tauchte in der erwähnten Diskussion zum Thema des Wertes der Sundzollregister (vgl. Anm. 1) in großem Maße auf.

21 Pelc, Julian, a. a. O., u. Posthumus, Nicolaas, a. a. O., sub vocibus.

Ostseeraum bleibt und Danzig sein Hauptausfuhrhafen ist. Schlimmer ist, daß wir gezwungen sind, als Vergleichsgrundlage die Preise aus den Zusammenstellungen von Pelc zu akzeptieren, und nicht wissen, was sie eigentlich bedeuten. Aus den Quellen, auf die sich Pelc stützt, können wir schließen, es handele sich um die Einzelhandelspreise auf dem Markt von Danzig, die verschiedentlich im Hinblick auf die Präferenzen, welche die *Danziger karitativen Institutionen* in Anspruch nehmen durften, etwas ermäßigt sind.²²

Wie verhielten sich diese Preise zu den Großhandelspreisen f. a. s., die vielleicht in Helsingör deklariert wurden? Und insbesondere: Sind sie als Vergleichsgrundlage, als Kriterium des Wertes der Sumpreise, geeignet?

Das Problem ist heikel; zahlreiche Für und Wider sind abzuwägen. Dafür sprechen die hohen Korrelationskoeffizienten zwischen den Preisen in Danzig und in den Niederlanden, welche die Abnehmer der Ware sind. Dagegen wirkt die Tatsache, daß wir es bei Pelc mit Einzelhandelspreisen zu tun haben.

Die Korrelationskoeffizienten der Getreidepreise zwischen Danzig und Amsterdam (vergleiche Tabelle 2) sind höher als die zwischen Amsterdam und anderen Häfen oder den deutschen Binnenstädten; sie stehen lediglich der Preiskorrelation zu der in hohem Maße eine Einheit bildenden Region der nördlichen Niederlande nach. Zu den Messungen der Preiskorrelation sind jedoch noch einige Bemerkungen erforderlich. Sobald wir für Amsterdam mit den Börsennotierungen der Großhandelspreise²³ operieren, ist die Korrelation dieser Preise mit den Danziger Einzelhandelspreisen der Maßstab für deren Repräsentationsgrad, wenn schon nicht mit Genauigkeit für das Preisniveau in Danzig, so zumindest für die Preisbewegung. Daraus ergibt sich also die Schlußfolgerung, daß zwischen den Preisen auf dem Einzelhandelsmarkt in Danzig und den Großhandelspreisen, die von den die Ware über See ausführenden fremden Kaufleuten bezahlt wurden, enge Beziehungen bestehen. Dieser Zusammenhang ist nur scheinbar offensichtlich. Die städtischen Behörden betrieben hinsichtlich der Nahrungsmittel eine bewußte Preispolitik, die nicht nur von Gewinnsüchtigen, sondern auch dem Kräfteverhältnis zwischen dem Rat und der "Dritten Ordnung" sowie der Beachtung der öffentlichen Ordnung und der Notwendigkeit, für den Fall eines Krieges oder einer Hungersnot Vorräte anzulegen²⁴, diktiert war.

7. Die Preise aus der Veröffentlichung von Pelc können wir in gewissem Grade überprüfen, indem wir sie mit den durch die günstig und nahe gelegene königliche Domäne - "Marienburger Ökonomie" (Ekonomia Malborska)²⁵ - erzielten Preisen verglichen. In den 22 Vergleichsjahren zwischen 1539 und 1579 (in den Rechnungen der "Ökonomie" bestehen ziemliche Lücken) ist der Korrelationskoeffizient der Roggenpreise zu den Danziger Beträgen ebenfalls hoch, und zwar beläuft er sich auf durchschnittlich 0,844. Aber auch hier melden wir einen Vorbehalt an. Die Rechnungen der "Marienburger Ökonomie" notieren die erzielten Preise "defalcatis (oder detractis) oneribus", wobei die onera die Kosten für Transport, Messen

22 Pelc, Julian, a. a. O., Einleitung.

23 Es erweckt jedoch Aufmerksamkeit, daß zwischen den "Markt-" und den Börsenpreisen in Amsterdam erhebliche Unterschiede auftreten.

24 Bogucka, Maria, *Z zagadnień spekulacji i nadużyć w handlu żywnością w Gdańsku w XV - XVII w.* (Aus den Problemen der Spekulationen u. Mißbräuche im Nahrungsmittelhandel in Danzig im 15. - 17. Jh.), in: *Zapiski Historyczne*, H. 1/1962, S. 7 ff.

25 *Archivum Główne Akt Dawnych*, Warschau, zespół *Ekonomia Malborska* (Fond Marienburger Ökonomie, im folgenden: *Ekonomia Malborska*), Nr. 196 - 244; ebenda, *Archiwum Skarbu Królewskiego, Rachunki Królewskie* (Königliche Rechnungen), Nr. 196

und Lagerung vor dem Verkauf in Danzig umfassen. Dies waren übrigens keine kleinen Summen. Lediglich in einem einzigen Fall, im Jahre 1565, finden wir eine Notiz, daß Roggen zu 35 Mark 4 1/2 Groschen sowie absque oneribus zu 39 Mark²⁶ verkauft wurde. Der Unterschied je Last betrüge also 3 Mark 15 1/2 Groschen, im prozentualen Verhältnis 10,7 Prozent des Preises defalcatis oneribus (= 9,7 Prozent des Preises absque oneribus). Die Gegenüberstellung der von Pelc und der von den Schloßschreibern in Marienburg erfaßten Preise ist auf den ersten Blick nicht ermutigend. Das Chaos der Zahlen scheint gewaltig. Man kann jedoch, neben den oben erwähnten hohen Korrelationskoeffizienten, gewisse andere Übereinstimmungen beobachten. Für die 22 der Untersuchung zugänglichen Jahre sind die Preise von Pelc (behalten wir im Gedächtnis: die durchschnittlichen Einzelhandelspreise) in 14 Fällen höher, jedoch nur in 8 Fällen niedriger. Wenn wir darüber hinaus die Kosten des Verkaufs (jene defalcata) berücksichtigen, die in den Jahren der Getreideteuerung prozentual höher liegen, müßten diesen 8 Jahren noch 2 bis 3 Jahre zugegeben werden.²⁷ Das bedeutet, daß die Verwaltung der ungemein günstig in nächster Nähe von Danzig gelegenen Domäne hohe Preise zu erzielen vermochte. Wenn man voraussetzt, daß auf dem Einzelhandelsmarkt das Getreide verkauft wurde, welches der Großhandel vorher zu den in den Schloßrechnungen von Marienburg notierten Preisen gekauft hatte, wäre die Preisspanne zu klein und nicht erklärbar. Die Frage läßt sich jedoch erhellen, wenn wir annehmen, daß die Danziger Kaufleute Getreide zu für sie günstigeren Bedingungen von Transporten kauften, die von weither weichselabwärts kamen und im Spätherbst oder im Frühling eintrafen.²⁸ Wenn wir außerdem nicht die Jahresmittel, sondern die bei Pelc notierten Höchstpreise in Betracht ziehen, stellt sich heraus, daß sie im allgemeinen erheblich höher liegen als die von der "Marienburger Ökonomie" erzielten und diese in jedem Falle mit nur der einen Ausnahme des Jahres 1554 übersteigen.

Somit gelangen wir zu der Annahme, daß die von Pelc aufgestellte Reihe der Roggenpreise sicherlich den tatsächlichen Einzelhandelspreisen entspricht und sich daraus eine gewisse Kennziffer für die Tendenzen der Großhandelspreise ableiten läßt, schwer fiel es jedoch, die Daten aus dieser Veröffentlichung als den zutreffenden Maßstab, als Muster anzuerkennen, mit dem man die aus anderen Quellen stammenden Nachrichten über die Preise zu überprüfen vermöchte.

26 Preußische Mark = 20 Groschen.

27 *Ekonomia Malborska*, a. a. O.

28 Der Preis, den die Verwalter der königlichen Domänen auf dem Danziger Markt ansetzen konnten und der von den königlichen Revisoren in den Jahren 1564 und 1565 notiert wurde, steht ziemlich regelmäßig im umgekehrten Verhältnis zur Schiffbarkeit der Weichsel und ihrer Nebenflüsse. Da die Kosten der Fahrt auf dem Wasser nachweislich sehr niedrig waren (im Gegensatz zu den Kosten der Marienburger Ökonomie, der für den Transport keine Frondienste zur Verfügung standen), würde ich die Preisunterschiede anders, z. B. mit der Länge und Beschwerlichkeit des Anfahrtsweges und seinem hemmenden Einfluß auf die saisonbedingten Schwankungen, erklären. Das Problem der Getreidepreise im polnischen Binnenhandel bespreche ich gesondert. Wertvoll sind hier die Bemerkungen von Czesław Biernat zur Organisation des Aufkaufs des auf der Weichsel verschifften Getreides. Dieser Verfasser läßt jedoch den zeitlichen Vorlauf von Getreidekäufen außer acht, die noch im Frühjahr zur Zeit der Aussaat getätigt worden sind. (*Biernat, Czesław, Gdańscy pośrednicy handlu zbożowego i kontrakty zbożowe w latach 1660 - 1700* [Die Danziger Vermittler des Getreidehandels und die Getreidekontrakte in den Jahren 1660 - 1700], in: *Rocznik Gdański*, Bd. 14, Jg. 1954.)

8. Eine besondere Gelegenheit zur Gegenüberstellung Danziger Preise erhalten wir dadurch, daß uns die bereits erwähnte Sammlung der Klagen von Danzigern zur Verfügung steht, deren für Portugal und Spanien bestimmte Waren auf See im Herbst 1588 und im folgenden Jahr die Beute englischer Piraten wurden (vergleiche Tabelle 3).²⁹ Einige der Geschädigten legten ziemlich detaillierte Aufstellungen der verlorengegangenen Waren und ihres Wertes vor und suchten für ihre Forderungen die Unterstützung des Rates von Danzig zu erlangen. Die Analyse der Schätzungen des Wertes der Ladung, der mit dem Transport verbundenen Kosten und der voraussichtlichen Gewinne auf dem Rückweg zeigt, daß wir es mit womöglich nicht bis in alle Einzelheiten glaubwürdigen, aber doch wahrscheinlichen Kalkulationen zu tun haben. Auf jeden Fall wurden überhöhte Schätzungen der erwarteten Gewinne vermieden.³⁰ Wir wollen jetzt bei nur einem Punkt dieser Klagen, den Roggenpreisen, verweilen. Die Klagen enthalten Angaben, die es erlauben, die Preise einer Roggenladung in 22 Fällen zu berechnen. Es kommen Ladungen von 1 bis 20 Lasten vor; Scheffel (1/60 Last) oder halbe Lasten treten selten auf (wir stellen eine Analogie zu den Notierungen der Sundzollregister fest). Die in polnischen zŁoty zu 30 Silbergroschen (florenus - die Texte der Klagen sind in lateinischer Sprache abgefaßt) angegebenen Preise sind verschiedentlich abgerundet, vorwiegend jedoch ergeben sich aus einer Teilung des Wertes der Ladung durch ihre Menge komplizierte Brüche. Aus mehreren Anmerkungen geht hervor, daß der angegebene Wert der Ware auch "expensa" einschloß, in einem Fall wird sogar vermerkt, daß der Wert der Ware cum impensis usque per fretum danicum, also einschließlich der Gebühren der Kammer im Sund, festgelegt ist.³¹

Diese Preise stellen wir in Tabelle 3 mit den spärlichen Angaben, die Pelc für diese Jahre macht, und mit unseren Daten vom Sund zusammen. Der Zufall oder besser die gespannte Kriegslage bewirkten, daß die Engländer im Frühjahr 1589 kein Getreide durch den Sund beförderten, so daß wir die dortigen Preise von Juni bis September für Elbing, Königsberg, Danzig sowie Oktober für Elbing und schließlich November für Danzig kennen.

Die Preisunterschiede sind sogar für Ladungen beträchtlich, die ein und demselben Kaufmann gehören, aber auf mehreren Schiffen befördert werden (jedes Dokument stellt eine gesonderte Klage dar, in der der Kaufmann die ihm auf den verschiedenen Schiffen verlorengegangenen Waren aufführt).

Die Preisunterschiede sind auch für Korn bedeutend, das verschiedenen Kaufleuten gehört, aber auf ein und demselben Schiff befördert wird, wie zum Beispiel auf der "Triton" (das gilt für Roggen und Weizen); die Verlustmeldungen mehrerer Kaufleute lassen gleichfalls große Preisdifferenzen erkennen (Roggen, Weizen). Aufmerksamkeit dagegen erregt, daß ein Kaufmann einheitliche Kornpreise in der Verlustmeldung seiner auf mehreren Schiffen beförderten Ware angibt (Gerhard Hagemester).³²

Die Daten der Tabelle 3 (siehe Anhang) betreffen die Zeit der Konfiszierung. Da die Engländer zwischen Calais und Lissabon auf der Lauer lagen, müssen diese Preise für Danzig auf einen um rund einen Monat früheren Zeitpunkt bezogen werden. Allerdings operieren wir mit Material, das sich zeitlich nicht genau einordnen läßt.

Trotz dieser Vorbehalte dürfte die Tabelle zu positiven Ergebnissen führen. Abermals hat sich die Tatsache bestätigt, daß die Getreidepreise erheblich differenziert waren, was bei

29 Vgl. Anm. 18.

30 Elementa, a. a. O., Nr. 73, 80, 86.

31 Ebenda, Nr. 80.

32 Ebenda, Nr. 88, 87, 90.

der Herausarbeitung und besonders bei der Einschätzung und Gegenüberstellung der chronologischen Reihen der Preise beachtet werden muß. In drei Fällen können wir die aufgrund der Klagen berechneten Preise mit den Einzelhandelspreisen von Pelc und den im Sund gemeldeten Preisen vergleichen. In allen diesen Fällen nehmen wir eine weitgehende Übereinstimmung wahr. 25 Taler in Elbing im November 1588 entsprechen wahrscheinlich den 26,8 Talern aus der Klage Nr. 95, die, wie erwähnt, den Preis cum expensis angibt. Die Einzelhandelspreise von Pelc müssen und dürfen sich nicht einmal genau mit den Großhandelspreisen decken. Wir wollen aber vermerken, daß sie im April 1589 nicht viel niedriger als der niedrigste Preis aus den Klagen (22,6 Taler) oder in gleicher Höhe liegen. Im vierten Quartal desselben Jahres schließlich stimmen alle drei Quellen überein, aber der Sundpreis (28 Taler) scheint im Vergleich zu dem Preis aus der Klage, in dem ebenfalls die Kosten enthalten sind, verhältnismäßig hoch. Erwägen wir zum Schluß, daß die Kaufleute, wenn sie den Wert der Ladung im Sund deklarierten, (bis zu einem gewissen Grade) daran interessiert waren, eine verhältnismäßig niedrige Summe anzugeben. Demgegenüber dürften die Danziger, die ihre Klagen an Königin Elisabeth übersandten, geneigt gewesen sein, überhöhte Summen anzugeben. Wenn die hier zusammengestellten Quellen zu solchen Ergebnissen führen, stellt das ihrer Verlässlichkeit ein gutes Zeugnis aus.

9. Obwohl wir die Überzeugung geäußert haben, daß die Veröffentlichung von Pelc nicht den entsprechenden Maßstab liefert, mit dem man die aus anderen Quellen geschöpften Preise überprüfen könnte, lohnt es dennoch, sich Gedanken über die Struktur der durchschnittlichen Jahrespreise laut Pelc und den Sundzollregistern zu machen. In Danzig hat Pelc für die Jahre 1562 bis 1647 für Roggen 855 Angaben zusammengetragen. Davon entfallen auf das dritte Quartal 27, auf die übrigen hingegen jeweils rund 24 Prozent dieser Daten. Die Verteilung der Umsätze scheint also höchst gleichmäßig gewesen zu sein, was insofern wesentlich ist, als der Verfasser den durchschnittlichen Jahrespreis aufgrund der Vierteljahresmittelwerte, nicht aber unmittelbar als Mittel aller Transaktionen errechnet. Das entsprach aber nicht den auf dem Großhandelsmarkt herrschenden Gepflogenheiten, wo das Gros der Umsätze im Frühjahr und Herbst getätigt wurde.³³

Wie sich die Transaktionen in Amsterdam über das Jahr verteilten, wissen wir nicht. Dort wurde aber der mittlere Jahrespreis von Posthumus aufgrund der von ihm angenommenen Monatsmittelwerte errechnet. Die Daten vom Sund dagegen, die natürlich nur in der Schiffsfahrtsperiode notiert wurden, können acht bis neun Monate betreffen. Sie reichen von März, häufiger April, bis November und in einigen Jahren bis Dezember. Somit müssen also die Durchschnittspreise vom Sund etwas anderes bedeuten als die Mittelwerte der Börsennotierungen oder die Mittelwerte, die aus Einzelhandelstransaktionen stammen.

Nicht ohne Bedeutung für eingehendere Untersuchungen der Preisbewegung dürfte die Zusammenstellung der saisonbedingten Schwankungen sein. Leider gibt es Schwierigkeiten mit der Auswahl der Jahre, für welche die Daten bei Pelc, Posthumus und vom Sund als repräsentativ anzusehen wären. Für die Jahre 1594 bis 1599 kann man eine erhebliche Übereinstimmung der Preisbewegung wahrnehmen, wobei die Preise aus den Sundzollregistern gewöhnlich höher liegen als die Einzelhandelspreise bei Pelc (vgl. Anhang, Tabelle 4). Im Jahre 1596 gestalten sich die Preise aus den Registern im zweiten und dritten Quartal anders als bei Pelc. Es erregt jedoch Aufmerksamkeit, daß die Zollschreiber vom Sund im vierten Quartal ziemlich hohe Preise notieren. Also haben wir es hier wahrscheinlich mit einer zeitlichen Verschiebung zu tun. Die Markttendenz, die Pelc für das dritte Quartal feststellt, weisen die

33 Der Danziger Markt war von den Kornlieferungen auf der Weichsel abhängig. Es bestanden gewisse Möglichkeiten, Roggen in Speichern zu lagern. Viele Speicher befanden sich jedoch am Mittellauf der Weichsel in beträchtlicher Entfernung von Danzig.

Sundzollregister erst im nächsten Quartal aus. Wenn man schließlich ihre mittleren Monatspreise je Last Roggen in Betracht zieht, klärt sich die Angelegenheit: Juli - 34,3 Reichstaler, August - 38,7, aber September - 51,4, Oktober - 42,6 und November - 41,8. Diese hohen Notierungen von September bis November entsprechen den betreffenden Angaben von Pelc. Berücksichtigte man die unterschiedliche Zusammensetzung der in den einzelnen Monaten beförderten Getreidemengen, so fände das auch ohne weiteres seinen Ausdruck in den vierteljährlichen Zusammenstellungen (die Daten aus den Sundzollregistern sind nach der Größe der Ladung errechnete Mittelwerte). Einen anderen Fall stellt das Jahr 1598 dar. Die Tabelle 4 (siehe Anhang) scheint zwei entgegengesetzte Aussagen wiederzugeben: Im zweiten Quartal werden einmal niedrigere und ein andermal wiederum höhere Preise notiert als in den beiden nächstfolgenden Quartalen. Wer jedoch auf dieser Basis den repräsentativen Charakter der Daten vom Sund anzweifeln wollte, den könnte man auf das Zeugnis der Getreidebörse in Amsterdam verweisen, die, ähnlich wie das Sundzollregister, im Mai einen ausnehmend niedrigen Roggenpreis notiert. Die Übereinstimmung zwischen Amsterdam und den Sundzollregistern ist hier frappierend, ähnlich übrigens wie im Mai des Vorjahres. Das spricht für die Zuverlässigkeit beider Zahlenreihen.

10. Amsterdam und Danzig! Dazwischen lagen Hunderte von Meilen und wochenlange Seereisen, einander widersprechende Interessen der Kaufmannsgruppen, die Arbeit der Seeleute und die Gewinne der Reeder. Wir haben bereits auf die besondere Lage aufmerksam gemacht, in der die höchst positive Korrelation der statistischen Reihen von der Genauigkeit der Daten zeugt. Demgegenüber ergibt sich aus der Prämisse, nämlich der Kenntnis des Mechanismus der Märkte und der Technik des Handels, daß wir heterogene und, genaugenommen, unvergleichbare Zahlenreihen zusammenstellen. Was kann man mehr von der Relation zwischen Danziger und Amsterdamer Preisen sagen? Hingen die Unterschiede zwischen ihnen vom Niveau der Preise loco Beladehafens ab? Was können die Sundzollregister darüber aussagen?

Die vierzig Jahre, für die wir sowohl die Danziger Roggenpreise als auch die Preise des preußischen Roggens auf dem Amsterdamer Markt kennen, gruppieren wir nach den Danziger Preisen, die sich von 19,4 bis 60,6 Reichstaler erstreckten (Anhang, Tabelle 5 A). Aufmerksamkeit erregt, daß sich durch das Chaos der Preise in Amsterdam und Danzig eine Veränderung in der mittleren für Transport und Vermittlung erzielten Gewinnspanne abzeichnet. In den zehn Jahren mit den in Danzig niedrigsten Preisen übersteigt der Amsterdamer Preis den von Danzig um durchschnittlich 60 Prozent, in den zehn Jahren mit den höchsten Preisen sind es nur 37 Prozent, im Durchschnitt etwa 49 Prozent. Wenn wir uns jedoch auf jene 29 Jahre beschränken, für die wir Daten gesammelt haben, die sich auf mindestens vier Monate beziehen (wir erinnern: bei acht und neun Monaten Schifffahrtsperiode auf der Ostsee), treten ebenfalls Unterschiede in der Spanne zutage, allerdings weniger ausgeprägt: entsprechend 53, 42 und durchschnittlich 45 Prozent (vgl. Anhang, Tabelle 5 B). Wenn wir dagegen die extremen Fälle berücksichtigen (die mittleren Jahrespreise unter 25 und über 50 Reichstalern), erhalten wir für die Jahre mit den niedrigsten Danziger Preisen einen Amsterdamer Mehrbetrag von 66 Prozent, für die teuersten hingegen von knapp 25 Prozent. Man muß jedoch feststellen, daß nur für die Hälfte jener Jahre mit extremen Preisen (fünf von insgesamt zehn) Daten aus vier oder mehr Monaten vorliegen.

Die Untersuchungen über die Gewinnspanne aus Handel und Ostseeschifffahrt könnte man nach der gleichen Methode fortsetzen, indem man die Daten im Monats- und nicht im Jahresmaßstab analysiert und die Ergebnisse sowie das Verfahren selbst präzisiert.³⁴ Wir möchten

34 Zum Thema der Unterschiede im Getreidepreis zwischen dem Amsterdamer und dem Danziger Markt vgl. aus jüngster Zeit Faber, J. A., *The Decline of the Baltic Grain-*

lediglich feststellen, daß rebus sic stantibus die Schwankungen in der Gewinnspanne die Preisschwankungen in Danzig nicht auszugleichen scheinen. Mit anderen Worten, die Bruttogewinnspanne der Kaufleute und Reeder zusammengenommen (der Amsterdamer Preis minus Danziger Preis) hat sich nicht in dem Grade verringert, wie die Preise in Danzig gestiegen sind. Wenn der durchschnittliche Preis in Jahren der Teuerung in Danzig fast doppelt so hoch lag wie in billigen Jahren, so ging der Preisunterschied zwischen Danzig und Amsterdam in den teuren Jahren nur um ein Viertel zurück. Der Bruttogewinn betrug je Last Roggen in einem teuren Jahr durchschnittlich 19,5 Taler brutto, in einem billigen hingegen durchschnittlich 12,7 Taler. Ein anderes Ergebnis erhalten wir jedoch, wenn wir berechnen, wieviel Bruttogewinn jeder in Roggen investierte Taler (oder richtiger: Carolus-Gulden) in billigen und teuren Jahren einbrachte.

Hier muß jedoch ein wesentlicher Vorbehalt angemeldet werden. Wir vergleichen Danzig und Amsterdam, die Schlußfolgerung könnte also lediglich die Holländer betreffen. Demgegenüber wurden die Danziger Preise, auf die wir uns gestützt haben, vorwiegend von Engländern, manchmal auch von Franzosen und Schotten deklariert. Haben nun aber die Kaufleute der einzelnen Nationen die gleichen Preise bezahlt (und im Sund deklariert)? Die Antwort auf diese Frage, die wesentlich ist, um den Mechanismus der Ostseemärkte zu erkennen, bildet gleichzeitig ein Element der Kritik an dem Quellenmaterial.

11. Man kann bezweifeln, ob die Analyse nur einiger weniger Jahre entscheidende Antworten zu liefern vermag, ist doch sogar das vollständige Material der Sundzollregister in bezug auf die Getreidepreise verhältnismäßig spärlich, da für die den Zoll ad valorem entrichtenden Kaufleute Getreide unter den Handelsartikeln des Ostseeraums nur eine Nebenrolle spielte.³⁵ Die nachstehenden Bemerkungen werden also nur einen außerordentlich begrenzten Aussagewert haben.

Über das reichhaltigste Material verfügen wir für die Jahre 1594 bis 1597, als die Kornpreise eine Rekordhöhe aufwiesen und sich die den Wert ihrer Ware deklarierenden Kaufleute nicht nur aus Engländern, Franzosen und Schotten zusammensetzten, sondern in der Ostsee auch italienische, portugiesische und spanische Kaufleute in Erscheinung traten. Die in Tabelle 6 (siehe Anhang) angegebenen mittleren Monatspreise (aufgeschlüsselt nach der Nationalität der Kaufleute, denen die Waren gehörten) erfassen sowohl englische Ware als auch die anderer Kaufleute. Wir sehen keinen Grund, nach unterschiedlichen Preisen bei Kaufleuten der Nationen zu suchen, die den Zoll ad valorem bezahlten. Wie stand es aber mit den Holländern, die doch im Getreidehandel dominierten?

Das Material der Sundzollregister liefert auf diesem Gebiet keine Hinweise. Wir wissen aber, daß die Kaufleute der Eastland Company sich beschwerten, die Holländer, die Geld aus ihrem Lande ausführen durften, seien in einer bedeutend günstigeren Lage als sie selbst. Die Holländer, lesen wir in einem Schreiben der Company vom Juni 1620, "with their ready money ... buy 30 in the 100 better cheap than the English because the English carry cloth and other native commodities ... and besides they (das heißt die Holländer) have a great advantage in the ... prices of their freights ... (so daß die Erzeugnisse aus dem Ostsee-

Trade in the Second Half of the 17th Century, in: Acta Historicae Nederlandica, Bd. 1, Jg. 1966 (= Nachdruck aus A. A. G. Bijdragen, Bd. 9, Jg. 1963), Diagramm B; vgl. auch Soom, Arnold, a. a. O., S. 242 - 244; Hroch, Miroslav/Petráň, Josef, Europejska gospodarka i polityka XVI i XVII wieku: kryzys czy regres? (Die europäische Wirtschaft u. Politik des 16. u. 17. Jh.: Krise oder Rückgang?), in: Przegľad Historyczny, H. 1/1964, S. 5, Anm. 16. In diesen Arbeiten wird hauptsächlich auf die Abhängigkeit des Getreidepreises von den Umsätzen im Ostseehandel bzw. vom Angebot geachtet.

35 Vgl. Tab. 13.

raum importieren können) better cheap than the English can." So komme es schließlich dahin, daß "the English merchant expoting the manufactory of the land is already in part and likely to be in short wholly, discouraged and driven out of trade."³⁶ Selbst wenn man vieles als Übertreibung der sich beschwerenden Kaufleute von sich weist, muß zugegeben werden, daß die Argumentation logisch ist und die Erscheinung einleuchtend dargestellt wird. Wenn wir infolgedessen anerkennen, daß die Engländer in den Ostseehäfen höhere Preise als die Holländer zahlen mußten, so wären die oben angegebenen Prozentzahlen des Bruttogewinns anzuheben. Es fehlen aber die Grundlagen für entsprechende Gegenargumente gegen die zuvor wahrgenommenen Abhängigkeiten zwischen Preisen und Gewinnen.

12. Diese Gewinne bestehen aus dem kaufmännischen Profit und der Fracht, die ihrerseits den Reedern, Schiffern und Seeleuten das Einkommen liefert. Wir können bei dieser Gelegenheit vermerken, daß die allgemein festgestellte niedrige Kostenhöhe der holländischen Frachten im Lichte der untersuchten Zollerklärungen offenbar keinen Einfluß auf die angegebenen Preise hatte (vgl. Anhang, Tabelle 7). Das bedeutet, daß die Transportkosten auf See nicht in die Erklärung einbezogen wurden, und es bestätigt mittelbar, daß dies tatsächlich die Preise im Beladehafen sind.

Das Anfangsstadium der Untersuchungen über Preise und Frachtkosten, in dem wir uns zur Zeit befinden, gestattet es nicht, viele Thesen kategorischen Charakters aufzustellen, wenn auch zu erwarten steht, daß wir schon in Bälde erheblich mehr wissen werden.³⁷ Dennoch lohnt es, darauf zu achten, daß wir bei einer Zusammenstellung des Roggenpreises in Danzig mit den Frachtkosten auf der Route Amsterdam - Danzig - Amsterdam ziemlich deutliche Abhängigkeiten erhalten.

Das Diagramm 3 (siehe Anhang) stellt (in halblogarithmischer Skala) die mittlere Höhe der je Last Getreide berechneten Fracht sowie den je Last Getreide in Danzig und Amsterdam erzielten Preis dar.³⁸ Verblüffend ist der andersartige Verlauf der Linien, welche die Schwankungen der Preise und Frachten bezeichnen. Bei hohen Preisen in Danzig und Amsterdam ist die Fracht billig. Im Ergebnis beläuft sich die Fracht auf den holländischen Schiffen auf durchschnittlich 6,9 Taler je Last in den Jahren, in denen der durchschnittliche Roggenpreis in Danzig mehr als 35 Taler erreicht; wenn der Preis sich unter 30 Talern hält, macht die Fracht 5,9 Taler aus.³⁹ Das ergibt in der Gruppe der teuersten Jahre ein Verhältnis des Preises f. a. s. zur Fracht wie 100 : 16, in der zweiten Gruppe jedoch wie 100 : 23.

Wenn wir demgegenüber die Jahre nach der Höhe der Fracht gruppieren, treten die Kontraste schärfer hervor. Für die sechs Jahre, in denen die Fracht 13 Carolus-Gulden nicht übersteigt, bildet sie im Durchschnitt 0,146 des Danziger Preises, wenn sie jedoch 20 Gul-

36 Supple, Barry Emanuel, Commercial Crisis and Change in England 1600 - 1642, Cambridge 1959, S. 83.

37 Bogucka, Maria, Zboże rosyjskie na rynku amsterdamskim w pierwszej połowie XVII wieku (Das russische Getreide auf dem Amsterdamer Markt in der ersten Hälfte des 17. Jh.; im folgenden: Zboże rosyjskie), in: Przegląd Historyczny, Bd. 53, Jg. 1962, S. 620; dieselbe, Handel Amsterdam-Gdańsk w latach 1597 - 1651 w świetle amsterdamskich kontraktów frachtowych (Der Handel Amsterdam-Danzig in den Jahren 1597 - 1651 aufgrund der Amsterdamer Frachtverträge; im folgenden: Handel Amsterdam-Gdańsk), in: Zapiski Historyczne, H. 3/1968, S. 513 ff.

38 Dieselbe, Zboże rosyjskie, a. a. O.; dieselbe, Handel Amsterdam-Gdańsk, a. a. O.; Posthumus, Nicolaas, a. a. O.; Pelc, Julian, a. a. O.

39 Im Diagramm 3 erfolgt die Angabe der Beträge in Reichstaler; der Carolus-Gulden, der in diesem Zeitraum etwas an Silbergehalt eingebüßt hatte, besaß einen Wert von rund 4/10 Taler.

den oder mehr ausmacht: 0,272.⁴⁰ Ähnliche Abhängigkeiten erhalten wir, wenn wir die Fracht den an der Amsterdamer Börse erzielten Preisen gegenüberstellen: 0,096 und 0,174 des Preises in Amsterdam. Der Korrelationskoeffizient der Danziger Preise und der Frachtkosten ist ausgesprochen negativ, nämlich $r = -0,871$.

Wie soll man diese Zahlen interpretieren? Wenn wir die Daten nach den Danziger Preisen anordnen, ist die Übereinstimmung mit der zuvor wahrgenommenen Abhängigkeit der Höhe der Spanne (Differenz der Amsterdamer und Danziger Preise) von dem Danziger Preis ersichtlich. Ist dieser hoch, bildet sich eine verhältnismäßig niedrige Spanne heraus. Jetzt sehen wir, daß dann auch die Fracht einen niedrigen Stand erreicht. Die Fracht ist hier nicht der entscheidende Faktor, und ihr Rückgang bestimmt allein noch nicht die Preise der importierten Waren. Die Reeder spekulierten nicht mit der Nachfrage; in den Jahren großer Transporte (1614 und besonders 1618) halten sich die Frachtkosten auf niedrigem Stand. Das würde bedeuten, daß die am Warenumsatz interessierten Kaufleute, nicht aber die Schiffs-eigner entscheidenden Einfluß auf das Preisgefüge im Handel und auf See besaßen. Das ist natürlich ein weitergespanntes Problem, welches die einleitende Analyse der Preise und Frachten lediglich in Ansätzen zu erfassen erlaubt.⁴¹

13. Zwar betrifft das Gros der Daten über Getreidepreise Danzig, aber auch andere Häfen sind in diesem Bereich in den Sundzollregistern vertreten. Darunter fallen Elbing und Königsberg sowie, leider schon in geringerem Maße, Riga. Das hängt natürlich mit der Tätigkeit der Eastland Company zusammen, die im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts (ab 1577) einen erheblichen Teil ihrer Umsätze in Elbing konzentriert und nächst dem Handel mit Danzig erheblich zur Entwicklung des Königsberger Handels beiträgt.

Das ist das Dreigespann der preußischen Städte: Danzig und Elbing in Westpreußen sowie Königsberg - die Hauptstadt Ostpreußens. Es wurden weiter oben Bedenken geäußert, ob man den Erklärungen hinsichtlich der Herkunft der Ware, genauer gesagt hinsichtlich des Hafens, aus dem das Schiff zuletzt ausgelaufen sein soll, Glauben schenken darf.⁴² Alle drei Häfen liegen dicht beieinander; Elbing und Königsberg sind Häfen am Frischen Haff, und die Mehrzahl der aus Elbing in die Ost- und Nordsee fahrenden Schiffe lief sicherlich auch Königsberg an; zwischen Elbing und Danzig, die durch ein Netz von Weichselarmen und Straßen verbunden waren, bestanden ebenfalls bequeme und enge Kontakte. Wie verhielten sich also die für jeden dieser drei Häfen deklarierten Roggenpreise zueinander?

Die Zahl der in Tabelle 8 (siehe Anhang) zusammengestellten Monatspreise (aufgrund des Ladegewichts, das heißt der Anzahl der Lasten Roggen und nicht der Schiffe scheint ziemlich bedeutend, so daß gewisse Abhängigkeiten zu erwarten sein dürften. In Gegenüberstellung mit Danzig sind die für Elbing deklarierten Preise häufig ziemlich hoch. Insgesamt stellen wir in 53 Prozent der Fälle höhere Preise als in Danzig, in 39 Prozent niedrigere und in 8 Prozent gleiche Preise fest. Wenn wir jedoch die Frühjahrspreise (März bis Juli) getrennt betrachten, liegen in 65 Prozent der Fälle die Preise höher als in Danzig, aber nur in 32 Prozent niedriger, während sich in 3 Prozent der Fälle gleiche Preise wie in Danzig verzeichnen lassen. Im Ergebnis einer solchen zeitlichen Aufteilung notieren wir für die restlichen Monate (August bis Dezember) in 48 Prozent der Fälle niedrigere Preise als in

40 Die Frachtkosten übersteigen nicht 13 Gulden: 1614, 1617, 1618, 1634, 1636; sie liegen nicht unter 20 Gulden: 1607, 1640, 1641, 1643 u. 1645.

41 In diesem Zusammenhang wäre auch der Ausnutzungsgrad des Ladevolumens der Schiffe zu untersuchen, womit der Frachtpreis sicherlich zusammenhängt. So lassen sich die Frachtkosten nur im Rahmen vieler miteinander verbundener Faktoren erklären.

42 Vgl. Attman, Artur, a. a. O., S. 91; Jeannin, Pierre, a. a. O., S. 86 ff.

Danzig, in 38 Prozent höhere und in 14 Prozent gleiche. Somit zeigt sich, daß Roggen oder, allgemeiner ausgedrückt, Getreide in Danzig im Frühjahr billiger war als in Elbing, während das Preisniveau im Herbst stärker ausgeglichen wirkte. Man kann auch vermerken, daß die hohen Elbinger Preise im ersten Halbjahr der Schifffahrtsperiode die Regel für alle untersuchten Jahrzehnte darstellen, wogegen die für das zweite Halbjahr festgestellten Abhängigkeiten minder deutlich und besonders nicht so regelmäßig in Erscheinung treten. Im allgemeinen pflegen die Preisunterschiede gering zu sein, und die Preisbewegung stimmt für beide Häfen vorwiegend überein. Wenn man schließlich in Betracht zieht, daß nicht für alle Monate die Preise notiert sind, wird klar, wie irreführend Zusammenstellungen sein können, die ausschließlich auf den mittleren Jahrespreisen fußen. Während in Elbing die Engländer fast die einzigen Kontrahenten im Bereich des Getreides waren, bezog der englische Handel nur einen winzigen, höchstens aber einen geringen Teil des aus Danzig ausgeführten Getreides; hier zeigt sich zugleich ein wesentlicher Faktor, der gegen die Zusammenstellung von Jahrespreisen spricht.

Zu den Ergebnissen von Tabelle 8 (siehe Anhang) muß man fragen, welches die Gründe für jene saisonbedingten Unterschiede der Preise zwischen Elbing und Danzig gewesen sein können. Man könnte meinen, daß der umfangreiche Transport im Frühjahr weichselabwärts in Danzig ein erhebliches Absinken der Getreidepreise gewährleistet habe, während in Elbing die geringere Nachfrage als in Danzig die Frühjahrspreise auf relativ geringerem Niveau hielt. Man muß jedoch im Gedächtnis behalten, daß wir hier lediglich mit einem und in diesem Falle noch nicht einmal dem wichtigsten Element der außerordentlich komplizierten Markterscheinungen operieren. An anderer Stelle haben wir darauf aufmerksam gemacht, was für verblüffende Unterschiede sich zwischen den Bilanzen des Seehandels von Danzig und Elbing in der Zeit bemerkbar machen, als die Kaufleute der Eastland Company einen Tuchstapel in Elbing unterhielten, wo das Gros des Tuches verblieb, während sich der Export aus den polnischen Häfen auf Danzig konzentrierte,⁴³ Natürlich war der Anteil der Elbinger Bürger am Tuchhandel zwangsläufig außerordentlich beschränkt, nichtsdestoweniger kann man annehmen, daß die hier kurz geschilderte besondere Marktsituation die auch weiterhin für die damalige Wirtschaft charakteristischen saisonbedingten Schwankungen in Angebot von Waren und Nachfrage nach Geld und die damit verbundenen relativen Preisunterschiede zwischen beiden Häfen verursachte. Vielleicht hat der Kontrast zwischen den drei ersten und den drei folgenden Jahrzehnten, der sich in Tabelle 8 bemerkbar macht, auch eine tiefere Bedeutung. Während sich ursprünglich in Elbing auch im Herbst höhere Preise als in Danzig halten, wandelt sich später die Situation, und die Preise gehen gewissermaßen zurück (nach wie vor ist die Rede vom relativen Preisniveau). Man kann feststellen, daß etwa zu der gleichen Zeit Elbing die Bedeutung wieder verliert, die es 1577 infolge der königlichen Privilegien, welche ihm als Belohnung für die Unterstützung des polnischen Königs in seinem Kampf gegen Danzig verliehen worden waren, und besonders aufgrund der engen Kontakte mit der englischen Eastland Company erlangt hatte. Läßt sich dieser, gegenüber Danzig, relative Preisrückgang mit einem Nachlassen der Nachfrage seitens der Kaufleute jenseits des Kanals erklären? Das muß eine Hypothese bleiben, die einer Überprüfung anhand des Materials der örtlichen Archive und im Zusammenhang mit dem Rhythmus des Binnenhandels an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert bedarf.

Ein anderes Bild vermittelt die Gegenüberstellung der Preise von Danzig und Königsberg. In beiden Saisons des Ostseegetreidehandels, im Frühjahr und im Herbst, sind die Königsberger Preise vorwiegend niedriger, aber der Mehrbetrag der Danziger Preise ist ver-

⁴³ Maczak, Antoni, *Angielska Kompania Wschodnia a bilans handlu bałtyckiego w drugiej połowie XVI w.* (Die englische Eastland Company und die Bilanz des Ostseehandels in der zweiten Hälfte des 16. Jh.), in: *Zapiski Historyczne*, H. 1/1969.

schwindend gering (vgl. Anhang, Tabelle 9 A); möglicherweise liegt er innerhalb der Fehlergrenze des Näherungswertes. Für unsere quellenkundlichen Erwägungen ergibt sich der Schluß, daß das Gefüge der Roggenpreise in Elbing und Königsberg unterschiedlich war. Damit läßt sich auch ausschließen, daß die Preisangaben für beide Städte in den Sundzollregistern in größerem Ausmaß miteinander vermischt wurden. Somit bestätigt sich die auf den Tabellen des Sundzolls fußende Beobachtung, wonach es sich bei den durch den Sund aus den einzelnen Häfen ausgeführten Waren um separate Posten gehandelt hat. Manchmal, wenn auch selten, finden wir Waren aus "Elbing und Königsberg" zusammen deklariert. Es lohnt, wenn es auch nicht leicht ist, zu überprüfen, ob die aus der Ostsee nach Westen segelnden Schiffe tatsächlich so oft größere Warenposten an Bord nahmen und dabei mehrere Häfen anliefen.

Die mecklenburgisch-holsteinischen und pommerschen Städte (Anhang, Tabelle 9 B) sind in unserem Material hauptsächlich durch Stralsund, Greifswald, Lübeck, seltener Stettin, ausnahmsweise durch Wolgast, Rostock, Rügenwalde und Kolberg vertreten. Die Preise sind hier verhältnismäßig hoch, nur in 35 Prozent der Fälle liegen sie niedriger als in Danzig. Insgesamt besitzen wir aber darüber nicht viel Material.

Eine andere Situation herrschte in Livland. Reval läßt sich mit Danzig nur in 5 Fällen (vorwiegend niedrige Preise) vergleichen, wir wollen es daher außer acht lassen. Für Riga können wir demgegenüber eine Konfrontation in 41 Fällen vornehmen. In 31 von ihnen (oder 78 Prozent) sind die Preise höher, und nur in 9 (das heißt in den restlichen 22 Prozent) liegen sie niedriger als an der Weichselmündung (vgl. Anhang, Tabelle 9 C). Wesentlich ist, daß der manchmal auftretende Mehrbetrag den Danziger Preis höchstens um einige Prozent übersteigt, während die Preise, wenn sie in Riga oder in Reval niedriger sind, gleich um eine zweistellige Prozentzahl unter dem Danziger Betrag liegen. Die Differenzen sind so grundlegend, daß man sie als eins der augenfälligsten Merkmale des Ostseemarktes anerkennen muß.

Das Bild des Preisniveaus und der Preisbewegung, welches wir uns in Anlehnung an die vorangegangenen Tabellen gemacht haben, muß durch auf etwas andere Art gewonnene Zahlen vervollständigt werden. Die mittleren Größen pflegen nämlich, auch wenn sie lediglich im Monatsmaßstab erfaßt sind, die Resultante von verschiedentlich recht differenzierten Elementen zu sein. Unter diesen Bedingungen wird eine ziemlich zufällige Zahl zum Mittelwert, und zwar unabhängig davon, ob wir sie aufgrund der Anzahl der Ladungen berechnen oder ob wir auch die Größenunterschiede dieser Ladungen berücksichtigen. Der Zeitraum vom Frühling 1586 bis Frühjahr 1591 gestattet, für unser Material charakteristische Schwankungen der von den Engländern getätigten Getreideumsätze zu vermerken. Damit hängen offensichtlich die Schwankungen in der repräsentativen Bedeutung der Preisangaben zusammen, wenn wir die betreffenden Angaben als für die Getreidepreise in den Ostseehäfen insgesamt (das heißt auch für die von Kaufleuten anderer Nationen erworbene Ware) maßgebend ansehen (Anhang, Tabelle 10). Wir können nun zwei chronologische Sektoren einander gegenüberstellen und erhalten so mittlere Monatspreise als Vergleichsgrundlage für die Unterschiede zwischen den Häfen. Deutlich lassen sich einander ähnelnde Preise bei den preußischen Häfen und recht niedrige livländische Preise wahrnehmen.

Eine ähnliche Zusammenstellung haben wir auch für die "Forstwaren", nämlich Wagenschoß (Anhang, Tabelle 12 A), Klappholz (Anhang, Tabelle 12 B) und Pottasche (Anhang, Tabelle 12 C), in den Jahren 1590, 1591, 1596 und 1614 vorgenommen. Wiederum in den Vordergrund rückt das Problem, ob die mittleren Jahrespreise das richtige Bild vermitteln. Auffällig ist die gewaltige Spannweite der Preise, die nicht auf saisonbedingte Schwankungen, sondern auf Güteunterschiede zwischen den Waren zurückgeht.

14. Der Roggen ist aufgrund seiner Rolle bei den Umsätzen des Ostseehandels im 16. und 17. Jahrhundert zweifellos ein repräsentatives Element der Preisbewegung; es trifft sich

gut, daß wir gerade ihm stärkere Aufmerksamkeit widmen konnten. Die Sundzollregister enthalten jedoch ungleich mehr Daten über andere Waren. In die heutige bereits reiche Literatur zum Thema der Preisbewegung können die Studien, die sich auf die Sundzollregister stützen, gewisse völlig neue Faktoren hineinbringen.

Zunächst bilden die Rechnungen der städtischen und geistlichen Institutionen, vorwiegend karitativer Art, und schließlich die Baurechnungen bisher die grundlegende Quellenbasis aus dem Bereich der Preise. Selbst die reichhaltigsten Datenaufstellungen lassen die Grundrohstoffe und Holzhalffertigwaren (Klappholz, Wagenschoß, Pottasche) außer acht, unter den Stoffen fehlen manchmal die Sorten, die im Warenumsatz eine gewaltige Rolle spielten. Wenn wir Preisreihen beispielsweise für Amsterdam und Danzig aufstellen wollen, stehen wir meist ratlos da und müssen uns, ausgenommen Roggen (aber schon nicht mehr Weizen), Salz und Hering, mit drittrangigen Artikeln begnügen. Die Preise, die wir aus den Sundzollregistern kennenlernen, bringen in dieser Hinsicht eine grundlegende Änderung. Je größer die Rolle der betreffenden Ware (Warenart) bei den Umsätzen war, desto mehr Daten besitzen wir darüber. Natürlich handelt es sich dabei um die Umsätze jener Kaufleute, die den Zoll ad valorem bezahlten. Daher die Reichhaltigkeit der Informationen über englisches Tuch, Pelze, Leder, Flachs, Hanf oder Holzartikel bei ernstlichem Mangel im Falle von Kolonialwaren, verschiedentlich sogar von Getreide. Dennoch haben wir es vorwiegend mit einer statistischen Probe zu tun, die für manche Waren allerdings einen beträchtlichen oder sogar sehr großen Prozentsatz der gesamten beförderten Masse umfaßt. Die Tabelle 13 (siehe Anhang) gewährt in Anlehnung an die Querschnittsjahre, die in den Tabellen des Sundzolls eingehender erfaßt sind, eine Vorstellung davon. Es handelt sich um Beispieldaten, die extreme Fälle umfassen. Bei Klappholz zum Beispiel wären vorwiegend bedeutend höhere Prozentanteile als bei Wagenschoß, bei Pech höhere als bei Pottasche anzusetzen. Die Engländer haben zusammen mit den Schotten das wirkliche Monopol in bezug auf den Import von Leder und Fellen aus dem Ostseeraum inne.⁴⁴

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß in den lokalen Preismonographien, sofern sie nicht auf Börsennotierungen oder Handelsjournale zurückgreifen können und damit auf anderen Prinzipien basieren, gewöhnlich mit außerordentlich dürftigen Proben operiert wird; es sind bisweilen einzelne Transaktionen, die manchmal zudem unter besonderen Umständen zustandekamen. Die kritischen Vorbehalte, die besonders in der monumentalen Veröffentlichung von Elsas⁴⁵ reichlich vorhanden sind, führen daher deutlich vor Augen, welche Schwierigkeiten einer Verallgemeinerung im Wege stehen; jedoch sollte sich der Forscher durch die sich zwangsläufig auftürmenden Zweifel nicht von weiteren Untersuchungen abhalten lassen. Unter diesem Blickwinkel bildet das Material aus den Sundzöllen gerade durch seine Homogenität eine ausnehmend geschlossene Zusammenstellung von Daten.

Aber auch ein zweiter Wert muß hervorgehoben werden. Wenn wir die langfristige Preisbewegung untersuchen, müssen wir uns sowohl für die Veränderungen der Preise bestimmter Warenarten als auch für Veränderungen des Sortiments interessieren. Ein klassisches Beispiel sind die Textilien, insbesondere Tuch. Die Veröffentlichung von Pelc für Danzig läßt Tuch völlig außer acht. Für Krakau finden wir in einer Publikation, die bis 1600 zurückgeht, die Preise für Lundisch Tuch; der nächste Band berücksichtigt jedoch schon eine andere Art Feinlundisch, während er Lundisch ausläßt.⁴⁶ Jeder der Forscher wählte die Sor-

44 Für die restlichen Jahre geben die Tabeller den Warenumsatz lediglich nach Flaggenzugehörigkeit der Schiffe und Heimathäfen ("Schifferheimat") an, was nicht gestattet, den Anteil der Kaufleute der einzelnen Nationalitäten zu bestimmen.

45 Élsas, Moritz John, Umriss einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland, Bd. 1, 2 A, 2 B, Leiden 1936 - 1949.

46 Pelc, Julian, Ceny w Krakowie w latach 1369 - 1600 (Die Preise in Krakau in den Jah-

te aus, die in seinem Zeitraum überwog, das ist klar; wir können die beiden Reihen jedoch nicht vergleichen. Die Folge der Daten brach also mit dem Ende des 16. Jahrhunderts ab und dokumentierte somit einen Wandel in der Produktion und den Marktverhältnissen. Ebenso sind in anderer Hinsicht auch Schwierigkeiten der zeitgenössischen Preisstatistik bekannt, die mit Veränderungen in Qualität und Warenart zusammenhängen. Die Preisreihen aus den Sundzollregistern bieten in diesem Bereich eine eigenständige Lösung.

Wir wollen uns zweier Beispiele bedienen, die wohl recht repräsentativ sind: Tuche und "Kolonialwaren".

Wie uns Tabelle 14 (siehe Anhang) zeigt, herrschte die englische Ware unter den durch den Sund in die Ostsee exportierten Tuchen bei weitem vor. Wir können also sowohl die Skala der Unterschiede und Schwankungen in dieser Zeit für die Preise der einzelnen Arten als auch die durchschnittlichen Veränderungen des Stückpreises für Tuch untersuchen. Wozu kann das dienen? Verschiedentlich wurde die Aufmerksamkeit auf die Korrelationen zwischen der sozialen Organisation und Technik der Textilfertigung und der Nachfrage auf entlegenen Märkten gelenkt.⁴⁷ Dieses Problem können wir hier zahlenmäßig erfassen, besonders in Anlehnung an die Durchschnittspreise für die von den Engländern, Schotten und Franzosen beförderten Tuche. Die Tatsache, daß Lundsich Tuch in diesem oder jenem Grade teurer wurde, läßt für das Problem der Nachfrage keine Rückschlüsse zu. Die Käufer hatten doch auch viele andere Sorten zur Auswahl, wenigstens aber Feinlundsich (hier zeigt sich jene ungemein charakteristische Abwertung der Bezeichnungen von Warensorten, die sich mit Erfolg bis heute hält). Die nächstfolgende Zusammenstellung gestattet, dieses Problem in Zahlen darzustellen.

Bei den "Kolonialwaren" liegen die Dinge komplizierter. Zwar finden wir unter den Stoffen Tuch und Linnen, Barchent und Seide, aber die "Kolonialware" stellt bereits ein völlig heterogenes Gemisch von Pfeffer und brasilianischem Holz, Reis und Nelken neben Tabak, Pflaumen und einer Vielzahl anderer Artikel dar, welche die Eintragungen von Band II A der Sundzolltabellen ausmachen. Für diese Warengruppe ist charakteristisch, daß sich ihr Sortiment im Zuge der zu dieser Zeit stürmischen Expansion der Engländer und insbesondere der Holländer in überseeische Länder verändert.

Wenn wir die Preise je Einheit in Tabelle 14 (siehe Anhang) vom Ausgangsjahr 1565 aus betrachten, begreifen wir ohne weiteres, daß die Unterschiede der mittleren Preise für beide Warengruppen ebenfalls als Ergebnis der Veränderungen des Sortiments entstanden. Der größere Anteil der billigen Kersey-Tuche an der Warenmasse senkte den Index, selbst wenn ihr Preis sich verhältnismäßig hoch hielt. So erreichte die Mengenkennziffer der in die Ostsee importierten Tuche im Jahre 1635 (1565 = 100) 730, wobei sie für die teuren suffolks (Klaede, Kleide in unserer Quelle)⁴⁸ nur 242 betrug, für die billigen Kersey-Tuche hingegen 964 und für single dozens, von denen 1565 gerade 113 Stück befördert wurden, sogar 4 400 ausmachte. Das Ergebnis war die ungemein niedrige allgemeine Kennziffer (104) der Preise für dieses Jahr.

ren 1369 - 1600), Lwów 1935; Tomaszewski, Edward, Ceny w Krakowie w latach 1601 - 1795 (Die Preise in Krakau in den Jahren 1601 - 1795), Lwów 1934.

47 Vgl. bes. Małowist, Marian, Studia z dziejów rzemiosła w okresie Kryzysu feudalizmu w Zachodniej Europie w XIV i XV w. (Studien aus der Geschichte des Handwerks in der Zeit der Krise des Feudalismus in Westeuropa im 14. u. 15. Jh.), Warschau 1954.

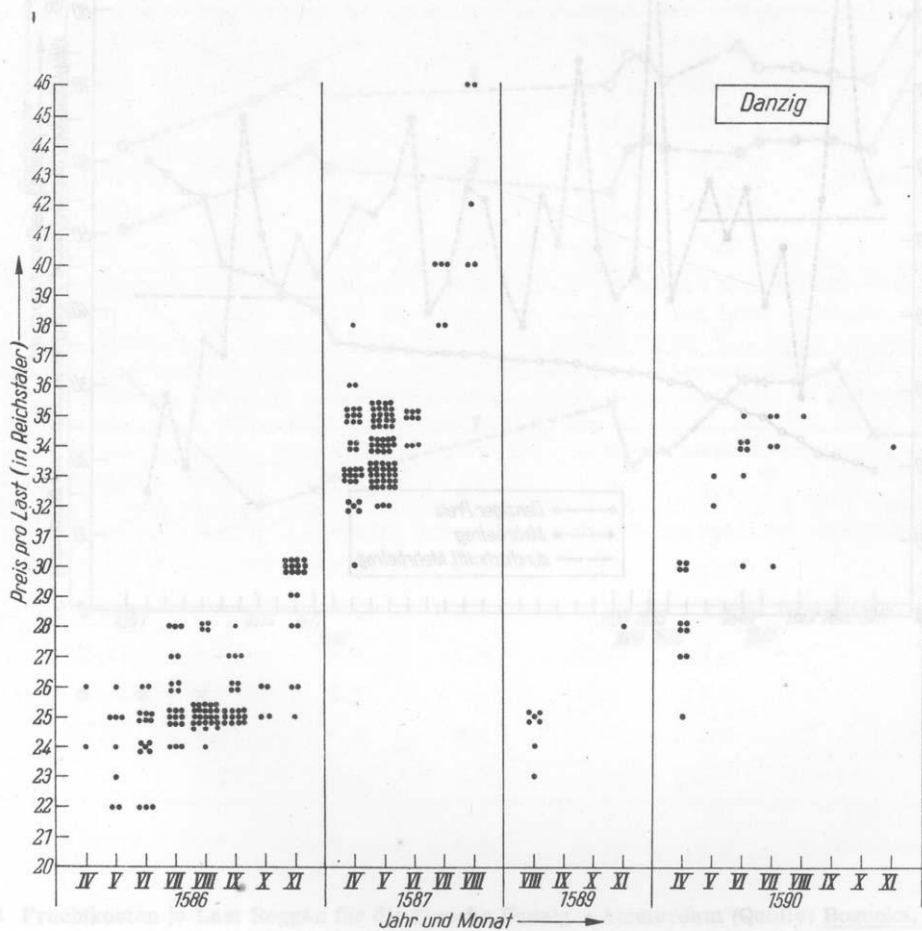
48 Hinton, Raymond William King, The Eastland Trade and the Common weal in the 17th Century, Cambridge 1959.

15. Wenn wir Untersuchungen über die Handelsbilanz, über die terms of trade zwischen dem Osten und dem Westen aufnehmen wollen, können die Preise je Einheit häufig in die Irre führen. Die Sundzollregister liefern also außerordentlich wertvolle Daten. Wir sind auch der Meinung, daß die Erarbeitung einer speziellen Veröffentlichung auf ihrer Grundlage keine besonderen Schwierigkeiten bereiten würde. Die Register werfen weder paläographische Probleme auf, noch verlangen sie besondere Sucharbeit; die dem Zoll ad valorem unterliegenden Waren sind in jedem Band (anfänglich je ein Band für jedes Jahr, später vorwiegend jeweils drei Bände) in Kapiteln vereinigt, welche die Erklärungen der Kaufleute der betreffenden Nationalität zusammenfassen. Das einheitliche Schema der Eintragung erlaubt, sie ohne weiteres in eine tabellarische Anordnung zu übertragen, und in der Mehrzahl der Fälle kann man auch die Angaben über den Preis mit Hilfe der Zahlen überprüfen, die die Menge der Ware und die Summe ihres Wertes definieren. Wir wollen nicht behaupten, die Arbeit sei klein; wir möchten aber darauf hinweisen, daß ihr Ergebnis höchst lohnend wäre.

(Übersetzt von Ulrich Browsing)

Diagramm 1

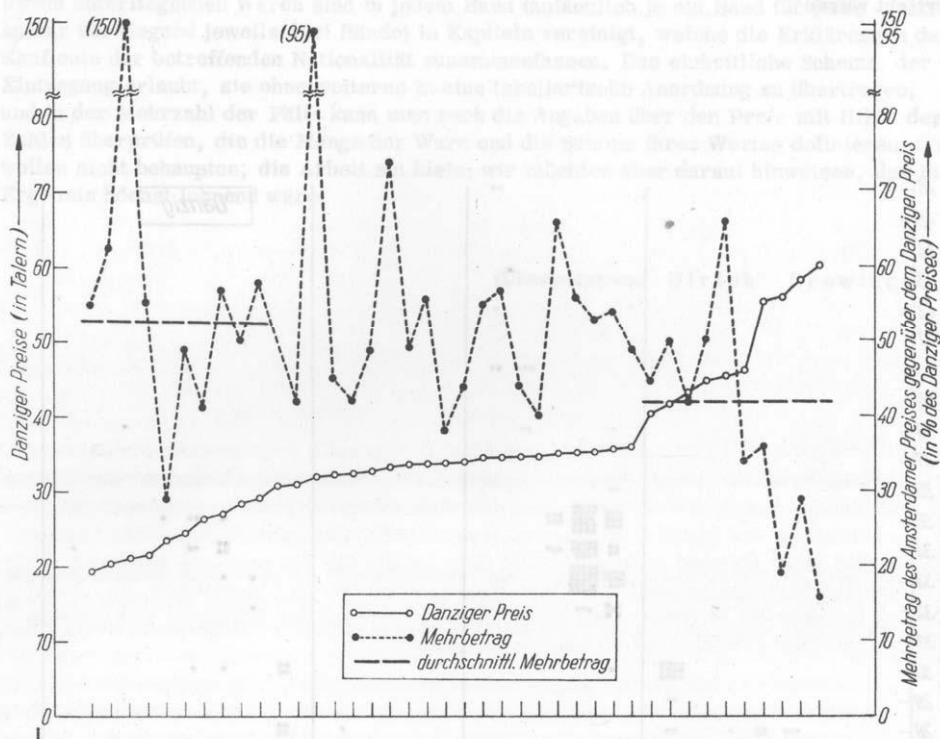
Preisskala für Roggen, der aus Danzig von Engländern 1586, 1587, 1589 und 1590 exportiert wurde⁺



⁺ 1588 ist Roggen unter den englischen Importen nicht verzeichnet. 1 Punkt = 1 Ladung. Die Preise sind auf volle Reichstaler abgerundet.

Diagramm 2

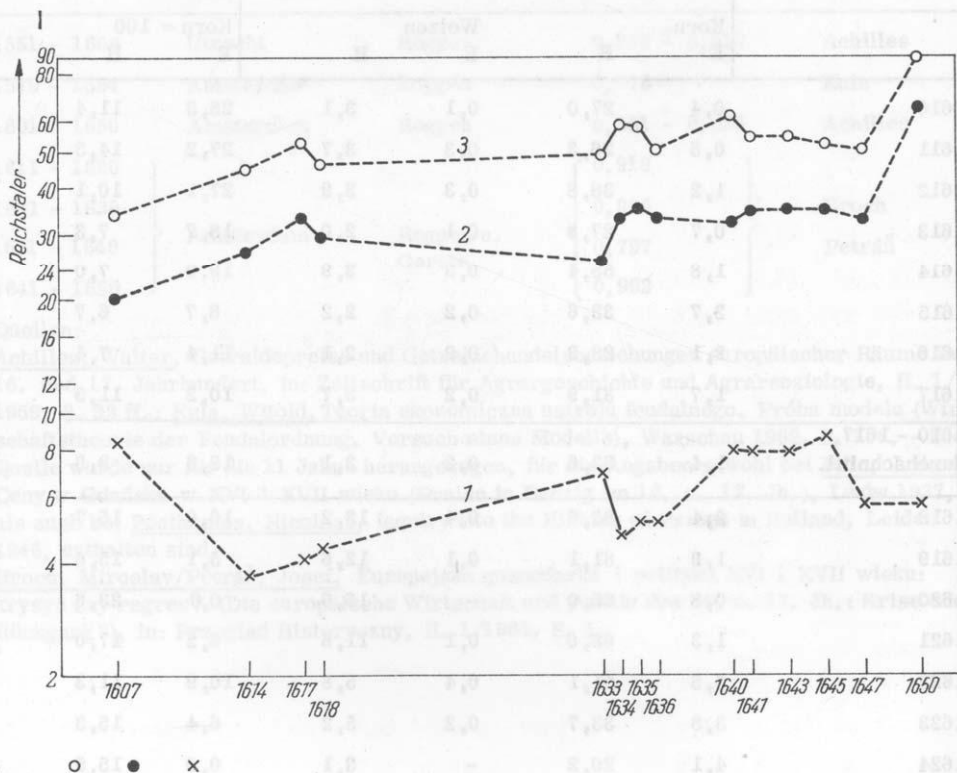
Der Mehrbetrag der Amsterdamer gegenüber den Danziger Preisen⁺



⁺ Auf der Grundlage der Danziger Preise (im Verlauf der 40 Jahre zwischen 1597 und 1647).

Diagramm 3

Frachtkosten, Roggenpreis in Danzig und Roggenpreis in Amsterdam 1607 bis 1650



- 1 Frachtkosten je Last Roggen für die Strecke Danzig - Amsterdam (Quelle: Bogucka, Maria, Z zagadnień spekulacji i nadużył w handlu żywnością w Gdańsku w XV - XVII w. [Aus den Problemen der Spekulationen u. Mißbräuche im Nahrungsmittelhandel in Danzig im 15. - 17. Jh.], in: Zapiski Historyczne, H. 1/1962, S. 7 ff.).
- 2 Preis je Last Roggen in Danzig (Quelle: Pelc, Julian, Ceny w Gdańsku w XVI i XVII w. [Die Preise in Danzig im 16. u. 17. Jh.], Lwów 1937; Rigsarkivet, Kopenhagen, Øresundstollsregnskaber).
- 3 Preis je Last Roggen in Amsterdam (Quelle: Posthumas, Nicolaas, Inquiry into the History of Prices in Holland, Leiden 1946).

Tabelle 1

Korn und Weizen auf englischen und holländischen Schiffen

1610 bis 1626

(in 1 000 Last)

Jahr(e)	Korn		Weizen		Mengenindex für Weizen	
	E	H	E	H	Korn = 100 E	H
1610	0,4	27,0	0,1	3,1	25,3	11,4
1611	0,8	26,3	0,3	3,7	27,2	14,3
1612	1,2	38,8	0,3	3,9	27,1	10,1
1613	0,7	27,8	0,1	2,0	18,7	7,3
1614	1,8	55,4	0,3	3,9	19,0	7,0
1615	2,7	33,6	0,2	2,2	6,7	6,7
1616	2,1	28,3	0,2	2,1	11,4	7,4
1617	1,7	31,9	0,2	3,7	10,2	11,5
1610 - 1617 durchschnittl.	1,4	33,6	0,2	3,1	18,3	9,5
1618	2,4	83,6	0,4	13,2	16,9	15,7
1619	1,9	81,1	0,1	12,6	5,1	15,6
1620	0,8	66,0	-	15,6	0,0	23,6
1621	1,3	68,6	0,1	11,6	6,2	17,0
1622	3,5	51,1	0,4	5,8	10,9	11,3
1623	3,8	33,7	0,2	5,2	6,4	15,3
1624	4,1	20,2	-	3,1	0,0	15,5
1625	0,8	20,3	0,0	3,6	5,1	17,7
1626	0,5	36,1	0,1	4,5	22,3	12,4
1619 - 1626 durchschnittl.	2,1	47,2	0,1	7,8	7,0	16,1

Quelle:

Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Øresund (Tabellen zu Schifffahrt und Warentransport durch den Sund) 1497 - 1660, hg. v. N. Bang, später v. K. Korst, Kopenhagen/Leipzig 1906 - 1933, Bd. 2, Tab. 3 der entsprechenden Jahre.

E = auf englischen Schiffen.

H = auf holländischen Schiffen.

Korrelationskoeffizient zwischen den Getreidepreisen in Danzig und in den nördlichen Niederlanden

Zeit	Ort in den Niederlanden	Getreideart	Korrelationskoeffizient	Quelle
1551 - 1600	Utrecht	Roggen	0,950 \pm 0,017	Achilles
1579 - 1594	Amsterdam	Roggen	0,776	Kula
1601 - 1650	Amsterdam	Roggen	0,881 \pm 0,033	Achilles
1611 - 1620	Amsterdam	Roggen u. Gerste	$\left\{ \begin{array}{l} 0,918 \\ 0,986 \\ 0,797 \\ 0,992 \end{array} \right\}$	$\left. \begin{array}{l} \text{Hroch} \\ \text{Petraň} \end{array} \right\}$
1621 - 1630				
1631 - 1640				
1641 - 1650				

Quellen:

Achilles, Walter, Getreidepreise und Getreidehandelsbeziehungen europäischer Räume im 16. und 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, H. 1/1959, S. 32 ff.; Kula, Witold, Teoria ekonomiczna ustroju feudalnego. Próba modelu (Wirtschaftstheorie der Feudalordnung. Versuch eines Modells), Warschau 1962, S. 106. - Die Quelle wurde nur für die 11 Jahre herangezogen, für die Angaben sowohl bei Pelc, Julian, Ceny w Gdańsku w XVI i XVII wieku (Preise in Danzig im 16. u. 17. Jh.), Lwów 1937, als auch bei Posthumus, Nicolaas, Inquiry into the History of Prices in Holland, Leiden 1946, enthalten sind.

Hroch, Miroslav/Petraň, Josef, Europejska gospodarka i polityka XVI i XVII wieku: krysys czy regres? (Die europäische Wirtschaft und Politik des 16. u. 17. Jh.: Krise oder Rückgang?), in: Przegląd Historyczny, H. 1/1964, S. 5.

Tabelle 3

Roggenpreise in Klageschriften Danziger Bürger, in den Sundzollregistern und auf Danziger Märkten (1588/1589)

Monat	Elementa			Pelc			Sund	
	Nr.	in Złoty	in Reichs- taler	Quartal	in Złoty	in Reichs- taler	Monat	in Reichs- taler
XI 1588	72	51,5	41,3				XI 1588	25 E
	95	33,2	26,8					
III 1589	79	27,3	22,0					
III - IV	87	40,5	32,7					
III - IV	87	32,0	25,8					
IV	88	28,0	22,6	II 1589	26 - 28	21 - 22,6		
	88	30,5	24,6		(= 26,9) ⁺	(= 21,7)		
	86	30,6	24,7					
	96	31,3	25,3					
	85	32,0	25,9					
	88	33,6	27,1					
	85	34,0	27,5					
	85	35,0	28,3					
Frühjahr	73	32,3	26,0					
	73	32,4	26,1					
XI	90	35,0	28,3	IV 1589	30 - 36	24,2 - 29	XI 1589	28
	90	35,0	28,3		(= 33,3)	(= 26,9)		
	90	35,0	28,3					
	90	35,0	28,3					

Quellen:

Elementa ad fontium editiones (Quelleneditionselemente), Bd. 13; Pelc, Julian, Ceny w Gdańsku w XVI i XVII wieku (Preise in Danzig im 16. u. 17. Jh.), Lwów 1937; Sundzollregister (Rigsarkivet, Kopenhagen, Øresundtoldsregnskaber der betreffenden Jahre (in der Tabelle: Sund).

Nr. bezeichnet die Positionsnummer in den Elementa.

E bedeutet Elbinger Preis, der anstelle der für Danzig (Gdańsk) ausstehenden Angaben angeführt wird. Wie sich Elbinger und Danziger zueinander verhielten, vgl. Tab. 8 u. Tab. 11.

+ Die Zahlen in Klammern bezeichnen die arithmetischen Mittelwerte.

Tabelle 4

Danziger Roggenpreise
(je Last)

Jahr und Quartal		Pelc		Sund
		in Złoty	in Reichstaler	in Reichstaler
1594	I	.	.	.
	II	34,56	27,8	29,8
	III	35,94	28,8	29,9
	IV	36,55	29,3	31,8
1595	I	40,33	32,3	.
	II	40,40	32,4	34,7
	III	49,42	39,7	37,8
	IV	54,50	43,8	.
1596	I	50,33	40,0	43,0
	II	50,00	39,8	41,0
	III	54,66	43,4	39,4
	IV	.	.	42,2
1597	I	54,00	42,2	.
	II	61,33	48,0	40,2
	III	75,60	59,1	57,8
	IV	.	.	64,3
1598	I	.	.	.
	II	76,00	59,5	54,2
	III	70,00	54,7	60,0
	IV	69,87	54,6	60,0
1599	I	69,42	54,3	.
	II	71,33	55,9	59,1
	III	75,66	59,1	.
	IV	.	.	.

Tabelle 5

Roggenpreisdifferenz zwischen Danzig (aufgrund der Sundzollregister) und Amsterdam

Preise in Danzig	Anzahl der Jahre	mittlerer Preis in Danzig (D) ⁺	mittlerer Preis in Amsterdam (A) ⁺	$\frac{A \times 100}{D}$
A				
niedrig ¹ (unter 30 Taler)	10	24,1	38,5	160
mittel ²	20	33,7	51,7	153
hoch ³ (über 40 Taler)	10	49,1	67,2	137
insges. bzw. Durchschnitt	40	35,2	52,4	149
B ⁺⁺				
niedrig ⁴	8	24,0	36,7	153
mittel ⁵	16	33,8	48,1	142
hoch ⁶	5	46,7	66,2	142
insges. bzw. Durchschnitt	29	33,3	48,2	145

+ In Reichstaler je Last.

++ Ausschließlich Jahre, bei denen mindestens 4 Monate den Angaben der Danziger Preise zugrunde gelegt wurden.

1 Die Jahre 1605 - 1607, 1614, 1615, 1618 - 1620, 1645 u. 1646.

2 Die Jahre 1601 - 1604, 1610 - 1613, 1616, 1617, 1622, 1634 - 1636, 1639 - 1643 u. 1647.

3 Die Jahre 1597 - 1600, 1623 - 1625, 1637, 1638 u. 1644.

4 Es fehlen die Jahre 1645 u. 1646.

5 Es fehlen die Jahre 1603, 1604, 1635 u. 1647.

6 Es fehlen die Jahre 1599, 1623 - 1625 u. 1644.

Tabelle 6

Nach der Nationalität der jeweiligen Käufer aufgeschlüsselte Roggenpreise in einzelnen Monaten (März bis November) der Jahre 1594 bis 1597 (in Reichstaler)

Ausfuhrhafen	Nationalität	Monat im Jahr 1594									
		3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Danzig	E	-	29	30	30	-	30	30	31,2	32,4	
	S	-	-	-	29,4	30	30	30	-	-	
	F	-	-	30	30	30	30	-	32	-	
Elbing	E	-	-	-	30	30	30	30	30	30	
Königsberg	F	-	-	-	28,6	29,7	30	30	30	31,1	
	S	-	-	-	-	30	-	-	-	-	
Riga	S	-	-	-	24	27	-	-	-	-	
	F	-	-	-	26	27	-	-	-	-	
Monat im Jahr 1595											
Danzig	E	-	34,7	-	-	-	-	-	-	-	
	S	-	36	35	-	-	-	-	-	-	
	F	-	35	-	-	-	-	-	-	-	
Königsberg	E	-	34,4	35,1	35	40	37	-	-	-	
	S	-	-	35,3	36	39	36,8	-	50	-	
	F	-	-	-	36	-	-	-	-	-	
Riga	E	-	-	-	35	35	35	-	-	-	
	S	-	-	-	33	-	-	-	-	-	
	F	-	-	-	30	-	-	-	-	-	
Monat im Jahr 1596											
Danzig	E	45	46	40,8	37,3	35,8	38,9	49,3	48,5	42,6	
	S	46	41,3	38,4	35,2	32,9	38,6	52	54,1	-	
	F	45	50	38,6	37,2	-	-	-	-	-	
	S, I	-	-	-	-	-	-	60	41	40	
Königsberg	E	-	45,7	36	37,8	34,2	38,4	50	51,4	44,3	
	S	-	46,2	38	31,6	30,2	37,7	45	-	-	
	F	-	45	-	-	-	-	46	-	-	
Monat im Jahr 1597											
Danzig	E	-	45,2	39,8	-	60,8	53,3	65	56,5	65,7	
	S	-	38,5	39,8	43,5	62,0	65	-	64	-	
	F	-	-	39,5	43,6	60,8	62,9	-	68,5	-	
	P	-	-	35	-	-	-	-	-	70	
Königsberg	E	-	44,9	40,6	51,3	57,3	65	61	-	-	
	S	-	-	40,6	42,3	60	-	55	-	-	
	F	-	-	-	41,2	58	-	-	-	-	

Quelle zu Tabelle 6:

Auszüge aus den Sundzollregistern (Rigsarkivet, Kopenhagen, Øresundtoldsregnskaber), angefertigt v. Prof. Svend Ellehøj.

Ausfuhrhäfen:

D = Danzig; K = Königsberg; E = Elbing; R = Riga.

Nationalitäten:

E = Engländer; S = Schotten; F = Franzosen; P = Portugiesen; Sp = Spanier; I = Italiener.

Jahr	Ausfuhrhäfen				Nationalitäten				Summe
	D	K	E	R	E	S	F	P	
1700	100	50	20	10	100	50	20	10	180
1701	110	55	22	11	110	55	22	11	198
1702	120	60	24	12	120	60	24	12	216
1703	130	65	26	13	130	65	26	13	234
1704	140	70	28	14	140	70	28	14	252
1705	150	75	30	15	150	75	30	15	270
1706	160	80	32	16	160	80	32	16	288
1707	170	85	34	17	170	85	34	17	306
1708	180	90	36	18	180	90	36	18	324
1709	190	95	38	19	190	95	38	19	342
1710	200	100	40	20	200	100	40	20	360
1711	210	105	42	21	210	105	42	21	378
1712	220	110	44	22	220	110	44	22	396
1713	230	115	46	23	230	115	46	23	414
1714	240	120	48	24	240	120	48	24	432
1715	250	125	50	25	250	125	50	25	450
1716	260	130	52	26	260	130	52	26	468
1717	270	135	54	27	270	135	54	27	486
1718	280	140	56	28	280	140	56	28	504
1719	290	145	58	29	290	145	58	29	522
1720	300	150	60	30	300	150	60	30	540
1721	310	155	62	31	310	155	62	31	558
1722	320	160	64	32	320	160	64	32	576
1723	330	165	66	33	330	165	66	33	594
1724	340	170	68	34	340	170	68	34	612
1725	350	175	70	35	350	175	70	35	630
1726	360	180	72	36	360	180	72	36	648
1727	370	185	74	37	370	185	74	37	666
1728	380	190	76	38	380	190	76	38	684
1729	390	195	78	39	390	195	78	39	702
1730	400	200	80	40	400	200	80	40	720
1731	410	205	82	41	410	205	82	41	738
1732	420	210	84	42	420	210	84	42	756
1733	430	215	86	43	430	215	86	43	774
1734	440	220	88	44	440	220	88	44	792
1735	450	225	90	45	450	225	90	45	810
1736	460	230	92	46	460	230	92	46	828
1737	470	235	94	47	470	235	94	47	846
1738	480	240	96	48	480	240	96	48	864
1739	490	245	98	49	490	245	98	49	882
1740	500	250	100	50	500	250	100	50	900

Tabelle 7

Von englischen Käufern deklarierte und nach der Flaggenzugehörigkeit der benutzten Schiffe aufgeschlüsselte Roggenpreise

1614 bis 1617

(in Reichstaler)

Schiffe	Monat im Jahr 1614											Gewicht (in Lasten) ⁺
	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
H	-	28,1	29,0	27,3	27,8	26,9	26,6	25,0	27,8	-	4982	
A	-	29,0	26,5	31,4	26,5	27,6	25,0	26,1	28,0	25,0	1821	
Monat im Jahr 1615												
H	-	25,8	29,2	25,0	25,9	25,9	26,4	-	28,7	28,5	2314	
A	-	25,0	25,8	26,1	27,6	25,5	25,6	25,0	29,5	25,0	1397	
Monat im Jahr 1616												
H	-	30,0	32,2	34,1	35,0	39,0	-	-	33,2	-	1422	
A	29,0	32,4	31,2	32,4	29,9	30,0	-	35,0	35,2	-	1687	
Monat im Jahr 1617												
H	45,0	34,9	33,7	36,9	43,4	35,0	35,0	32,4	33,5	-	1256	
A	-	35,5	31,6	33,0	-	33,0	35,0	32,1	35,0	32,4	1081	

												Insgesamt
Monate mit höheren H-Preisen	-	1	4	2	2	3	2	1	-	1		16
Monate mit höheren A-Preisen	-	3	-	2	1	1	-	1	4	-		12

H = Schiffe holländischer Flaggenzugehörigkeit.

A = Schiffe anderer Flaggenzugehörigkeit.

+ Es handelt sich um die Gesamtmenge des als englisches Gut deklarierten Getreides.

Tabelle 8

Elbinger Roggenpreise in ihrer Relation zu den Danziger Roggenpreisen

Zeitraum	Anzahl der Jahre	Preisniveau	Monate		
			3 - 7	8 - 12	3 - 12
1577 - 1586	5	N	3	1	4
		H	6	2	8
		G	-	-	-
1587 - 1596	8	N	6	4	10
		H	10	6	16
		G	1	2	3
1597 - 1606	7	N	4	4	8
		H	10	5	15
		G	1	3	4
1607 - 1616	8	N	5	12	17
		H	18	7	25
		G	-	3	3
1617 - 1624	7	N	7	8	15
		H	9	3	13
		G	-	-	-
1634 - 1637	3	N	2	2	4
		H	2	1	3
		G	1	1	2
1577 - 1637	38	N	27	31	58
		H	55	24	79
		G	3	9	12
Insgesamt			85	64	149

Der jeweilige mittlere Monatspreis wurde nach dem Ladegewicht anhand der Sundzollregister ermittelt. Die Ziffern bezeichnen die Anzahl der Monate.

N = niedriger, d. h.: der durchschnittliche Elbinger Monatspreis lag unter dem Danziger;

H = höher; d. h.: der durchschnittliche Elbinger Monatspreis lag über dem Danziger;

G = gleich, d. h.: Elbinger und Danziger Preise glichen einander bis zu einem Genauigkeitsgrad von einem Zehntel Reichstaler.

Tabelle 9

Roggenpreise in Königsberg, pommerisch-mecklenburgischen sowie baltischen Häfen in ihrer Relation zu den Danziger Roggenpreisen

Zeitraum	Anzahl der Jahre	Preis-niveau	Monate		
			3 - 7	8 - 12	3 - 12
A Königsberg - Danzig					
1557 - 1576	9	N	7	3	10
		H	6	2	8
		G	-	-	-
1577 - 1586	2	N	-	-	-
		H	4	3	7
		G	-	-	-
1587 - 1596	6	N	11	6	17
		H	6	4	10
		G	-	-	-
1597 - 1606	5	N	5	3	8
		H	6	2	8
		G	-	2	2
1607 - 1616	8	N	12	11	23
		H	14	7	21
		G	1	3	4
1617 - 1625	4	N	3	1	4
		H	2	-	2
		G	-	-	-
1634 - 1638	4	N	7	4	11
		H	4	3	7
		G	-	-	-
1557 - 1538	38	N	45	28	73
		H	42	21	65
		G	2	8	10
Insgesamt			89	57	146
B Pommerisch-mecklenburgische Häfen - Danzig					
1557 - 1577	9	N	5	-	5
		H	12	3	15
		G	-	-	-
1594 - 1618	7	N	6	3	9
		H	8	3	11
		G	-	-	-
1557 - 1618	16	N	11	3	14
		H	20	6	26
		G	-	-	-
Insgesamt			31	9	40

Zeitraum	Anzahl der Jahre	Preis-niveau	Monate		
			3 - 7	8 - 12	3 - 12
C Baltische Häfen (Riga und Reval) - Danzig					
1572 - 1587	9	N	12	4	16
		H	4	1	5
		G	-	-	-
1590 - 1638	14	N	13 (+2) +	3 (+1)	16 (+3)
		H	4 (+1)	-	4 (+1)
		G	-	-(+1)	-(+1)
1572 - 1638	23	N	25 (+2)	7 (+1)	32 (+3)
		H	8 (+1)	1	9 (+1)
		G	-	-(+1)	-(+1)
Insgesamt			33 (+3)	8 (+2)	41 (+5)

+ Die in Klammern angegebenen Ziffern beziehen sich auf Reval, die anderen auf Riga.
Zur Bedeutung der Abkürzungen N, H, G vgl. Anm. zu Tab. 8.

Tabelle 10

Skala der Roggenpreise in preußischen Häfen und Riga
1586 bis 1591
(in Reichstaler)

Jahr u. Monat	Danzig	Elbing	Königsberg	Riga
1586 4	24 - 26	23 - 26	.	.
5	22 - 26	24 - 27	24 - 25	.
6	22 - 26	23 - 28	23 - 25	.
7	24 - 28	25 - 27	.	20
8	24 - 28	25 - 27	25 - 27	22
9	25 - 28	25 - 27	25 - 27	.
10	25 - 26	.	.	.
11	25 - 30	26 - 35	30	.
1587 4	30 - 38	.	.	.
5	32 - 35	32 - 35	33 - 35	28
6	34 - 35	33 - 35	33 - 35	28
7	38 - 40	.	.	28
8	40 - 46	43	40 - 43	.
9	.	.	44	.
10	35	.	35	.
11
1588 1
10	.	20 - 22	.	.
11	.	25	.	.
1589 4
5
6	.	20 - 25	25	.
7	.	25 - 26	.	.
8	23 - 25	.	26	.
9
10	.	27	.	.
11	28	.	.	.
1590 4	25 - 30	.	.	.
5	32 - 33	32 - 35	34	.
6	30 - 35	31 - 33	32 - 33	.
7	30 - 35	32 - 34	34	.
8	35	.	34	.
9
10
11	34	.	.	.
1591 4	30 - 31	.	.	.

Vollständige Angaben für englische Waren.

Skala der Roggenpreise, nach Monaten aufgeschlüsselt, in einigen Ostseehäfen 1634, 1636, 1637
(in Reichstaler)

Jahr u. Monat	Danzig	Elbing	Braunsberg	Königsberg	Reval	Lübeck
1634	4	22 - 27
	5	30 - 34
	6	33	.	33	.	.
	7	30 - 33	.	33	.	.
	8	33 - 34
	9	34 - 40	.	33	.	.
	10	40	.	40	.	.
	11	35 - 36	.	36	.	.
	12	35 - 40	.	34 - 40	.	.
1636	3	35	.	30	.	.
	4	30 - 33	.	30 - 35	.	.
	5	30 - 35	33	30 - 32	.	.
	6	30 - 34
	7	30 - 37	.	30	.	.
	8	30 - 33	.	33	.	.
	9	33 - 41	.	33	.	.
	10	34 - 40	.	35 - 40	.	.
	11	35 - 36
1637	4	33 - 40	.	.	.	39
	5	30 - 45	34 - 36	40	.	.
	6	40 - 45	.	40	.	.
	7	40 - 61	.	40	31	.
	8	.	.	40	.	.
	9	38 - 49
	10	46 - 50	.	40	.	.
	11

Für 1634 erfolgen die Angaben auf der Grundlage des Buches C der Sundzollregister (Øresundtoldsregnskaber); die entsprechenden Bücher A und B sind im Rigsarkivet (Kopenhagen) nicht vorhanden. Es handelt sich vorzugsweise um englische, für Königsberg im Mai sowie Danzig im Juni auch um schottische, für Danzig im Mai auch um französische Ware. Für 1636 und 1637 existieren vollständige Angaben für englische Waren.

Tabelle 12

Preise für einige "Forstwaren" in Ostseehäfen 1590, 1591, 1596, 1614
(englische Ware; in Reichstaler)

Jahr	Verladehafen	Anzahl der Ladungen	Preisskala	mittlerer Preis ⁺ (in Hundert)
A Wagenschoß				
1590	Danzig	11	35 - 76	45,9
	Elbing	-	-	-
	Königsberg	6	25 - 50	36,0
	Riga	-	-	-
1591	Danzig	17	30 - 50	39,6
	Elbing	3	34 - 40	38,9
	Königsberg	-	-	-
	Riga	-	-	-
1596	Danzig	7	40 - 94,3	70,7
	Elbing	1	-	60
	Königsberg	-	-	-
	Riga	-	-	-
1614	Danzig	7	46,8 - 93,4	54,9
	Elbing	-	-	-
	Königsberg	-	-	-
	Elbing u. Königsberg	-	-	-
	Pillau	-	-	-
	Riga	-	-	-
B Klappholz				
1590	Danzig	27	40 - 72	55,5
	Elbing	2	40 - 50	45,0
	Königsberg	16	17 - 64	47,2
	Riga	-	-	-
1591	Danzig	21	42 - 130	65,9
	Elbing	11	46 - 102,9	71,6
	Königsberg	2	37,5 - 72	70,4
	Riga	-	-	-
1596	Danzig	8	48 - 144	97,4
	Elbing	3	74 - 128	109,3
	Königsberg	4	80 - 100	89,0
	Riga	1	-	60
1614	Danzig	9	80 - 240	109,0
	Elbing	3	64,6 - 144	71,1
	Königsberg	4	80 - 171	107,5
	Elbing u. Königsberg	1	-	100
	Pillau	1	-	110
	Riga	-	-	-

Jahr	Verladehafen	Anzahl der Ladungen	Preisskala	mittlerer Preis ⁺ (je 100 Stück)
C Pottasche				
1590	Danzig	19	15 - 33	24,3
	Elbing	19	17 - 34	22,9
	Königsberg	13	15 - 30	22,7
	Riga	1	-	20
1591	Danzig	10	50 - 60	54,7
	Elbing	18	35 - 60	40,8
	Königsberg	8	40 - 60	44,5
	Riga	4	22 - 55	44,1
1596	Danzig	4	31 - 36,8	33,9
	Elbing	7	30 - 36,9	35,5
	Königsberg	7	30 - 50	35,5
	Riga	3	25 - 26	25,1

+ Mittlerer Preis entsprechend der Größe der Ladungen.

Tabelle 13

Einige Waren, die zur und von der Ostsee auf englischen, schottischen und französischen Schiffen durch den Sund befördert wurden
(in Prozent des betreffenden Gesamtumsatzes)

Warenart	Maßeinheit ⁺	1565	1575	1585	1595	1605	1615	1625	1635	1646	1655
Tuch	Stück	96,3	98,6	92,6	90,4	86,6	84,9	71,1	50,8	36,6	56,6
Kolonial- waren	Pfund	52,3	92,5	95,5	100,0	4,4	16,2	0,6	2,5	0,9	1,4
Wein	Ohm (=2 Ei- mer), Faß	17,2	36,3	18,3	14,9	10,6	22,8	9,2	43,7	44,5	14,1
Salz	Last	3,0	3,5	0,7	0,9	1,4	0,4	2,5	4,9	1,5	1,5
Roggen	Last	-	5,7	0,4	9,8	2,1	6,2	3,2	7,3	1,8	0,7
Pottasche	Last	1,3	8,2	7,2	2,8	3,8	5,1	1,4	2,3	0,4	0,4
Wagen- schoß	Hundert	-	0,5	0,2	0,7	1,5	1,0	5,0	4,4	2,2	-

Quelle:

Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Øresund (Tabellen zu Schifffahrt u. Warentransport durch den Sund) 1497 - 1660, hg. v. N. Bang, später v. K. Korst, Kopenhagen 1906 - 1933, Bd. 2 A, Tab. 1 b, 2, die entsprechenden Jahre. - Würde man die Angaben der Tab. 3 a berücksichtigen, wo die Waren nicht nach den Heimathäfen der Schiffe oder der Herkunft der Schiffseigentümer, sondern nach den Häfen, von denen die Schiffe ausgelaufen waren, aufgeschlüsselt werden, so käme man auf etwas höhere Prozentzahlen, und zwar aufgrund jener Waren, die auf holländischen Schiffen befördert wurden, aber vorwiegend Engländern gehörten.

+ Einige Waren wurden in verschiedenen, oft sogar praktisch gar nicht zählbaren, Maßeinheiten deklariert - so 1635 Kolonialwaren in 9, Wagenschoß in 2, Tuche in 4 Maßeinheiten. -

In solchen Fällen wird die repräsentativste Maßeinheit angeführt.

Tabelle 14

Preisindizes für Tuche und Kolonialwaren 1565 bis 1646 (1565 = 100; zur Orientierung für 1565 absolute Preisangaben⁺ in Taler)

A Tuche

Jahr	insgesamt	Klaede (Kleide)	Kersey	enkelt Dossins
1565	14,0	20,7	5,5	8,5
1565	100	100	100	100
1575	114	108	125	166
1585	132	162	151	113
1595	154	162	149	118
1605	136	185	140	142
1615	112	197	149	146
1625	124	175	122	132
1635	104	182	147	166
1646	154	211	187	-

B Kolonialwaren

Jahr	insgesamt	Zucker	Reis	Pfeffer
1565	0,57	0,22	0,04	0,50
1565	100	100	100	100
1575	503	142	150	-
1585	241	120	125	-
1595	256	104	-	114
1605	91	-	150	50
1615	212	-	-	58
1625	-	-	-	-
1635	189	-	-	-
1646	202	-	-	-

Quelle:

Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Øresund (Tabellen zu Schifffahrt u. Warentransport durch den Sund) 1497 - 1660, hg. v. N. Bang, später v. K. Korst, Kopenhagen 1906 - 1933, Bd. 2 A, Tab. 1 b, 2. - Klaede (Kleide) in den Tabeller = short Suffolks, enkelt Dossins = single Dozens (vgl. Hinton, Raymond William King, The East-land Trade and the common weal in the 17th Century, Cambridge 1959, S. 636 Anm. 2). Hinton gibt dort für diese drei Tucharten (Klaede, Dossins, Kersey) von den obigen Angaben leicht abweichende Preise an, da er auf volle Talerbeträge abrundet.

- + Die absoluten Preisangaben für das Jahr 1565 beziehen sich bei Tuchen auf das Stück, bei Kolonialwaren auf das Pfund.

SEEHANDEL UND HANDELSPOLITIK DER HANSE IN DER ZEIT
IHRES NIEDERGANGS (1550 BIS 1600)

von Klaus-Peter Zoellner

Jahrhundertlang beherrschte die Hanse den Handelsverkehr im Nord- und Ostseeraum. Von Novgorod bis Brügge, von London bis Bergen durchquerte der hansische Schiffer und Kaufmann mit seinen seetüchtigen Koggen die Meere, schuf er sich feste Stützpunkte (Kontore), von denen aus eine umfangreiche Handelstätigkeit betrieben wurde. Die Ausübung dieser Monopolstellung trug wesentlich dazu bei, daß die Hanse auch auf die politischen Geschehnisse der an die Nord- und Ostsee angrenzenden Länder und Territorien einen maßgeblichen Einfluß hatte.

Grundlegende Wandlungen in der Gestaltung dieser Beziehungen traten gegen Ende des Mittelalters ein, als durch die zunehmende ökonomische Eigenentwicklung der sich herausbildenden zentralisierten Nationalstaaten Nord- und Nordwesteuropas, verbunden mit einer wachsenden politischen Selbständigkeit, die Vormachtstellung der Hanse ins Wankengeriet. Die Folge war, daß sich innerhalb des traditionellen hansischen Wirtschaftsraumes entscheidende Veränderungen im Handelsverkehr vollzogen. Mehr und mehr gewannen die Länder an Bedeutung, zwischen denen die Hanse bisher vermittelt und deren Handel sie fast vollständig beherrschte hatte. Insbesondere die Niederländer, welche sich seit Beginn des 15. Jahrhunderts einen festen Platz im Ostseehandel erobert hatten, traten verstärkt als hansische Konkurrenten auf. Damit änderte sich auch der Charakter des Handels. Hatte er im 13. und 14. Jahrhundert hauptsächlich auf dem Austausch leichter Stapelwaren, wie Tuche, Pelze, Leder und andere beruht, so gewannen jetzt "die schweren Waren immer größere Bedeutung, und zwar die Produkte der Land- und Forstwirtschaft".¹ Da die Getreidezufuhr für die Niederlande lebenswichtig war, entwickelte sich vorrangig der Getreidehandel. Das getreidereiche Hinterland des Ostseeraumes, besonders das preußisch-baltische Gebiet, bot dazu alle Voraussetzungen. Den Hauptumschlaghafen und westlichen Endpunkt dieser Handelslinie stellte Amsterdam dar, während im Ostseeraum Danzig mit seinen Exporten alle anderen Städte weit überflügelte.² Ostwärts brachten die niederländischen Schiffe Salz, Weine, gewebte Stoffe, Seide, Baunwolle, Kolonialwaren, Heringe und andere Fische. Bei den Massenladungen überwog das Salz; "was in westlicher Richtung das Getreide war, das war in östlicher Richtung das Salz."³

1 Małowist, Marian, Riga und Danzig vom Ausbruch des Dreizehnjährigen Krieges bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, in: Acta et Relata, Riga 1938, S. 312 = Conventus primus historicorum Balticorum, Rigae 16. - 20. 8. 1937.

2 Achilles, Walter, Getreidepreise und Getreidehandelsbeziehungen europäischer Räume im 16. und 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, H. 7/1959, S. 46.

3 Baasch, Ernst, Holländische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1927, S. 286.

Die Erfolgsaussichten der Hanse, den Niederländern den Zugang zur Ostsee zu sperren, waren von vornherein in Frage gestellt, da solche Städte wie Danzig und die baltisch-livländischen Handelszentren Riga und Reval, selbst hansische Glieder, starkes Interesse am niederländischen Handel hatten. Im Frieden zu Speyer 1544, "der dem Kampf zwischen Christian III. und der habsburgischen Macht um die dänische Thronfolge ein Ende machte, verbriefte die dänische Krone Karl V. für seine niederländischen Untertanen die Freiheit der Sunddurchfahrt".⁴ Damit war der Zugang der Holländer zur Ostsee gesetzlich fixiert. Sie drangen jetzt auch verstärkt in den dänischen Wirtschaftsraum ein, der vorher einen Grundpfeiler hansischer Vormachtstellung in der Ostsee dargestellt hatte.

Welche Folgen ergaben sich daraus für die hansische Position im Ostseehandel? Dabei kann man von der Tatsache ausgehen, daß für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts nur noch das lübische Quartier der Hanse als eigentlich "hansisch" zu bezeichnen ist, das heißt, daß nur noch bei der wendischen Städtegruppe von einer mehr oder weniger auf gemeinsamen Beschlüssen beruhenden Handelspolitik gesprochen werden kann.⁵ Stellen wir die absoluten Zahlen der Sunddurchfahrten niederländischer Schiffe denen des lübischen Quartiers gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1

Anteil des lübischen Quartiers am Schiffsverkehr durch den Sund im Vergleich mit den Sunddurchfahrten niederländischer Schiffe

Zeitraum	Niederlande Sunddurch- fahrten Anzahl	in %	lübisches Quartier ⁺	
			Anzahl	Anteil zu den niederl. Sunddurchfahrten in %
1560 - 1564 ⁺⁺	9043	100	2258	24,9
1565 - 1569	12395	100	1518	12,2 ⁺⁺⁺
1575 - 1579 ^o	10307	100	3542	34,4
1580 - 1584	13133	100	4019	30,6
1585 - 1589	12735	100	4946	30,9
1590 - 1594	15769	100	4371	27,7
1595 - 1599	16980	100	3974	23,4

Quelle:

Tabeller over Skibs fart og Varetransport gennem Øresund 1497 - 1660, Forste Del:

Tabeller over Skibsfarten (Tabellen über Schifffahrt u. Warentransport durch den Öresund 1497 - 1660, T. 1; Tabellen über die Schifffahrt), hg. v. Nina Ellinger Bang, Kopenhagen/Leipzig 1906.

+ Hamburg, Lübeck, Rostock, Wismar, Stralsund, pommersche Städte.

++ Für das Jahr 1561 fehlen die Angaben.

+++ Starker Rückgang infolge des Nordischen Siebenjährigen Krieges.

o Für die Jahre 1570 bis 1573 fehlen die Angaben.

4 Vollbehr, Friedel, Die Holländer und die deutsche Hanse, in: Pfingstblätter des Hansischen Geschichtsvereins, Lübeck 1930, S. 69.

5 Vgl. Zoellner, Klaus-Peter, Hansische Konföderationspläne in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 3-4/1969, T. 1, S. 157-162.

Wenn die Sundzollregister auch nur einen relativen Schluß zulassen⁶, so deuten sich doch interessante Aussagen an. Zunächst fällt das absolute Ansteigen der niederländischen Sunddurchfahrten auf und damit der ständig zunehmende Ostseehandel der Niederländer. Daneben wird aber auch eine absolute Zunahme der Sunddurchfahrten von Schiffen des lübischen Quartiers sichtbar, die gegen Ende des Jahrhunderts abnehmen. Vergleicht man den prozentualen Anteil der Schiffe der wendischen Städtegruppe, die den Sund passierten, mit den niederländischen Sunddurchfahrten, so zeigt sich trotz absoluter Zunahme insgesamt ein Rückgang des Schiffsverkehrs durch den Sund. Hatte das lübische Quartier zum Beispiel 1575 bis 1579 bei 3 542 Sunddurchfahrten noch einen prozentualen Anteil von 34,4 Prozent am niederländischen Schiffsverkehr, so kann für den Zeitraum von 1590 bis 1594 trotz absoluter Steigerung der Durchfahrten auf 4 371 nur noch ein prozentualer Anteil von 27,7 Prozent festgestellt werden. Die absolute Vorherrschaft im Ostseehandel war an die Niederländer übergegangen.

Im Vergleich zum Eindringen der Holländer in die Ostsee nahm die englisch-schottische Konkurrenz nur ein relativ kleines Ausmaß an. Wie H. Zins feststellte, spielte der Ostseehandel im gesamten englischen Handelsverkehr nur eine untergeordnete Rolle.⁷ Gemessen an den Sunddurchfahrten von Schiffen des lübischen Quartiers, ging der prozentuale Anteil der englischen und schottischen Sundpassagen nicht über ein Drittel hinaus.

Tabelle 2

Englisch-schottischer Anteil am Schiffsverkehr durch den Sund im Vergleich mit den Sunddurchfahrten der Schiffe des lübischen Quartiers

Zeitraum	lübisches Quartier Sunddurchfahrten		England		Schottland	
	Anzahl	in %	I	II	I	II
1560 - 1564	2 258	100	331	14,7	336	14,9
1565 - 1569	1 518	100	567	37,4	332	21,9
1575 - 1579	3 542	100	1 036	29,2	707	20,0
1580 - 1584	4 019	100	790	19,7	336	8,3
1585 - 1589	4 946	100	1 274	25,8	572	11,6
1590 - 1594	4 371	100	734	16,8	503	11,5
1595 - 1599	3 974	100	1 063	26,7	827	20,8

Quelle:

Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Øresund 1497 - 1660, Forste Del: Tabeller over Skibsfarten (Tabellen über Schifffahrt u. Warentransport durch den Öresund 1497 - 1660, T. 1: Tabellen über die Schifffahrt), hg. v. Nina Ellinger Bang, Kopenhagen/Leipzig 1906.

I = Anzahl der Sunddurchfahrten

II = Prozentualer Anteil zu den Sunddurchfahrten der Schiffe des lübischen Quartiers.

6 Zur Kritik an den Sundzollregistern vgl. Schäfer, Dietrich, Die Sundzoll-Listen, in: Hansische Geschichtsblätter, Jg. 1908, S. 1 - 33; derselbe, Die Sundzollrechnungen als internationale Geschichtsquelle, in: Aufsätze, Vorträge und Reden, Bd. 2, Jena 1915, S. 260 - 280; Brakel, S. v., Schiffsheimat und Schifferheimat in den Sundzollregistern, in: Hansische Geschichtsblätter, Jg. 1915, S. 211 - 228; Christensen, Aksel E., Der handelsgeschichtliche Wert der Sundzollregister, in: Hansische Geschichtsblätter, Jg. 1935, S. 28 - 142.

7 Zins, Henryk, Anglia a Bałtyk w drugiej połowie XVI. wieku (England u. die Ostsee in der zweiten Hälfte des 16. Jh.), Wrocław/Warschau/Kraków 1967, S. 157.

O. Röhlk wies nach, daß die Engländer und Schotten auch in Norwegen keine Konkurrenz für die hansischen Kaufleute waren.⁸ Der Hauptgegensatz zwischen der Hanse und den Engländern lag im nordwesteuropäischen Wirtschaftsbereich. Der Aufschwung der englischen Tuchherstellung auf der Grundlage sich herausbildender kapitalistischer Produktionsverhältnisse führte zu einem schnellen Anwachsen der englischen Tuchausfuhr. Ziel der englischen Kaufleute, insbesondere der Merchant Adventurers, war es, den Hansekaufleuten die englische Tuchausfuhr aus der Hand zu nehmen, um selbst in den Genuß der Handelsprofite zu kommen.

Eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung läßt sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Eigenhandel der nordeuropäischen zentralisierten Monarchien feststellen. Besonders die Erhöhung der dänischen Sunddurchfahrten verdient Beachtung.

Tabelle 3

Dänisch-norwegischer Anteil am Schiffsverkehr durch den Sund im Vergleich mit den Sunddurchfahrten der Schiffe des lübischen Quartiers

Zeitraum	lübisches Quartier Sunddurchfahrten		Dänemark		Norwegen	
	Anzahl	in %	I	II	I	II
1560 - 1564	2 258	100	181	8,1	88	3,9
1565 - 1569	1 518	100	450	29,6	57	3,8
1575 - 1579	3 542	100	1 268	35,8	164	4,6
1580 - 1584	4 019	100	1 922	47,8	143	3,6
1585 - 1589	4 946	100	2 067	41,8	327	6,6
1590 - 1594	4 371	100	1 577	36,1	289	6,6
1595 - 1599	3 974	100	1 945	48,4	386	9,7

Quelle:

Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Øresund 1497 - 1660, Forste Del: Tabeller over Skibsfarten (Tabellen über Schifffahrt u. Warentransport durch den Öresund 1497 - 1660, T. 1: Tabellen über die Schifffahrt), hg. v. Nina Ellinger Bang, Kopenhagen/Leipzig 1906.

I = Anzahl der Sunddurchfahrten,

II = Prozentualer Anteil zu den Sunddurchfahrten der Schiffe des lübischen Quartiers.

Als Zentren des sich entwickelnden schwedischen Handels traten nach einer Berechnung von S. Lundkvist, der die Warenverteilung nach dem Wert der Ausfuhrartikel in den einzelnen Häfen für den Zeitraum 1550 bis 1560 berechnete, Stockholm, Söderköping, Viborg, Kalmar, Gävle und Åbo besonders hervor.⁹ Im Vergleich zu Dänemark-Norwegen und den Territorien an der südlichen Ostseeküste bis zum baltischen Raum, in denen der holländische

8 Röhlk, Otto, Hansisch-norwegische Handelspolitik im 16. Jahrhundert. Abhandlungen zur Handels- und Seegeschichte, hg. v. Fritz Rörig u. Walther Vogel, Bd. 3, Neumünster 1935, S. 30.

9 Lundkvist, Sven, Gustav Vasa och Europa. Svensk handels- och utrikespolitik 1534 - 1557 (Gustav Vasa u. Europa. Schwedische Handels- u. Außenpolitik 1534 - 1557), Uppsala 1960, S. 21 = Studia Historica Uppsaliensa, II.

Einfluß im 16. Jahrhundert stark zugenommen hatte, blieb die Direktverbindung Schwedens mit den Holländern in der Hansezeit ziemlich unbedeutend, "hauptsächlich deswegen, weil Schweden die von den Holländern begehrten Waren nicht in größerem Umfang lieferte".¹⁰ Wie K. Kumlien feststellte, liefen die Hauptlinien im Auslandsverkehr Stockholms als dem Zentrum des Handelsverkehrs bis in die Zeit Gustav II. Adolfs hinein nach Lübeck und Danzig.¹¹ Die Hauptrichtungen des sich entwickelnden schwedischen Schiffsverkehrs gingen daher nicht durch den Öresund, sondern sie bewegten sich innerhalb der Ostsee.

Eine gewisse Bedeutung für den hansischen Handel erlangte die in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts verstärkt aufkommende Fahrt nach Frankreich, Portugal und Spanien, die als hansische Spanienfahrt in die Literatur einging. Gehandelt wurden in erster Linie Getreide als Ausfuhrprodukt und Salz und Weine als Einfuhrerzeugnisse. Von 1557 bis 1600 betrug die Zahl der Schiffe, die nach französischen, spanischen und portugiesischen Häfen liefen¹²:

Von Lübeck	1 125 Schiffe;	von Danzig	781 Schiffe;
" Wismar	171 " ;	" Rostock	118 "
" Stralsund	85 " ;		

Wie K. F. Olechnowitz nachweist, erzielten vor allem Lübeck und Danzig hohe Handelsprofite aus den Spanienfahrten.¹³ Außerdem gewannen die Hansestädte, besonders Hamburg und Bremen, "Anschluß an die sich seit 1600 allmählich stärker entwickelnde ozeanische Schifffahrt".¹⁴ Allerdings sollte man die Bedeutung dieser Handelslinie in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht überschätzen, da im Vergleich zu anderen hansischen Handelsrichtungen und deren Warenverkehr das Handelsvolumen bei der Spanienfahrt relativ gering blieb. Außerdem war diese Fahrt recht beschwerlich. Durch die starken spanisch-niederländischen und spanisch-englischen Gegensätze erlitten die Hansekaufleute empfindliche Verluste. Besonders die englische Krone versuchte erfolgreich, durch Gewalt die hansische Zufuhr nach Spanien zu unterbinden. Im Jahre 1589 verbot die englische Königin jegliche Zufuhr von "Kriegsprovision" durch hansische Schiffe nach Spanien.¹⁵ Am 16. Januar 1592 folgte ein weiterer englischer Abschied, der noch schärfere Bedingungen enthielt.¹⁶ Neben "Vidualien", Munition und anderen Kriegsgeräten war es jetzt auch verboten, Eisen, Stahl, Planken, Dielen, Wagenschott, Flachs, Hanf und andere Waren nach Spanien zu liefern. Überhaupt wollte man die hansische Zufuhr nach Spanien unterbinden und forder-

10 Kumlien, Kjell, Sverige och hanseaterna. Studier i svensk politik och utrikeshandel (Schweden u. die Hanse. Studien zur schwedischen Politik u. zum Außenhandel), Lund/Stockholm 1953, S. 490 = Kgl. Vitterhets Historie och Antikvitets Akademiens handlingar 86.

11 Ebenda.

12 Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Øresund 1497 - 1660, Forste Del: Tabeller over, Skibsfarten (Tabellen über Schifffahrt u. Warentransport durch den Öresund 1497 - 1660, T. 1: Tabellen über die Schifffahrt), hg. v. Nina Ellinger Bang, Kopenhagen/Leipzig 1906.

13 Olechnowitz, Karl-Friedrich, Handel und Seeschifffahrt der späten Hanse, Weimar 1965, S. 30 = Abhandlungen zur Handels- und Seegeschichte, Bd. 6.

14 Ebenda, S. 29.

15 Stadtarchiv Stralsund (im folgenden: StaStr.), Hansisches Fach 10/10, Acta Hanseatica betr. Verhandlungen mit England wegen des Handels der Hanseschen in England und der Engländer in Deutschland.

16 Ebenda.

te die Hanse auf, "sich der zuhur einigerley art oder eigenschafft von provision zum Krieg dienlich nach Hispanien und Portugal zu enthalten bey peen der Confiscation".¹⁷ Daß diese Bestimmungen auch in die Tat umgesetzt wurden, zeigen einige Schiffsverluste durch englische Kaperei. 1589 wurden 60 hansische Schiffe in der Tajomündung vor Lissabon durch den englischen Seeräuber Francis Drake gekapert.¹⁸ Das gleiche Schicksal erlitten 1591 der "Adler von Lübeck" sowie die mit "viel grober Leinwand" beladenen Hamburger Schiffe "Josua", "Maria", "Simson" und "Bulle" "durch den Herrn Cummerlant von Hispania".¹⁹ Stralsund büßte im gleichen Jahre sechs Schiffe in der "Westsee" ein, von denen eins "durch feuer schusse" versenkt worden war. Die Ladung bestand aus Dielen, Klappholz und Wagenschott, "wordurch dem Kunigreich Engelandt" nicht "der geringste schade und nachtheill zugefugt ..., viel weniger dero feindt gesterkt werden ..." konnte.²⁰

Aufgrund dieser Entwicklungstendenzen des Handelsverkehrs im Nord- und Ostseeraum war die Hanse immer weniger in der Lage, das traditionelle Handelsmonopol, auf welchem ihre Existenzgrundlage beruhte, zu behaupten. Vielmehr trugen diese Veränderungen dazu bei, auch ihre außenpolitische Machtposition in zunehmendem Maße zu erschüttern. Die sich herausbildenden zentralisierten und nationalen Monarchien in Nord- und Nordwesteuropa waren nicht mehr bereit, den hansischen Kaufleuten ihre alten Privilegien, mit denen sie jahrhundertlang den Handel dieser Staaten beherrscht hatten, weiterhin zu bestätigen. Der Kampf um die Sanktionierung der Privilegien bestimmte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts Inhalt und Ziel der handelspolitischen Beziehungen der Hanse zu diesen Ländern. In Holland und England begannen sich nationale Märkte herauszubilden und eine eigene Kaufmannschaft zu entwickeln. Auch in den skandinavischen Ländern zeichnete sich eine ähnliche Tendenz ab. Diese jungen aufstrebenden Wirtschaftskräfte standen unter dem Schutz starker Zentralgewalten. In dem sich entwickelnden Welthandel begann sich der Gegensatz von Käufer und Verkäufer zu einem nationalen Gegensatz zu entwickeln.²¹ "Je mächtiger das Gemeinwesen war", schrieb Franz Mehring, "dem der eine oder der andere angehörte, um so größer für den einen oder den anderen die Aussicht auf Profit".²² In Deutschland bestand bekanntlich keine starke Zentralgewalt, die der Hanse den nötigen Schutz hätte geben können. Die wenigen Versuche des deutschen Kaisertums, die Hanse bei der Erringung ihrer Privilegien zu unterstützen, blieben letzten Endes aufgrund der eigenen Schwäche ohne nennenswerte Ergebnisse. Die Entsendung eines ständigen hansischen Agenten (ab 1582) an den kaiserlichen Hof konnte an dieser Tatsache nichts ändern.²³ Auch die von den Reichsstädten 1562 und 1566 vorgeschlagene "Korrespondenz mit Verwandtnis gegen allerlei Fürstenhandel, Überfall und Schaden" hatte keine praktischen Ergebnisse.²⁴ Ein Kräftemessen ungleicher Gegner stand bevor, bei dem die Hanse,

17 Ebenda.

18 Beutin, Ludwig, Hanse und Reich im handelspolitischen Endkampf gegen England. Studien zur Geschichte der Wirtschaft und Geisteskultur, hg. v. Rudolf Häpke, Bd. 6, Berlin 1929, S. 5.

19 StaStr., Hansisches Fach 10/10, Schreiben des Londoner Kontors an Lübeck vom 29. 1. 1592.

20 Ebenda, Schreiben an den Rat von Stralsund (genaues Datum fehlt).

21 Mehring, Franz, Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Gesammelte Schriften, Bd. 5: Zur deutschen Geschichte bis zur Zeit der Französischen Revolution, Berlin 1964, S. 20.

22 Ebenda.

23 StaStr. Sign. 4/130, Wendischer Rezeß 1592.

24 StaStr. Sign. 3/109; 3/110, Hanserezeße 1562, 1566.

durch innere Zerfallerscheinungen stark geschwächt, kaum Aussicht auf Erfolg hatte.²⁵ Trotzdem fanden sich im Kampf um die Bestätigung der Privilegien eine Reihe von Hansestädten zusammen, die ein gemeinsames, wenn auch sehr differenziertes, auf ihren persönlichen Vorteil bedachtes Interesse an den hansischen Rechten und Freiheiten zeigten. Verfolgen wir diese Auseinandersetzungen an einigen markanten Beispielen der handelspolitischen Beziehungen der Hanse zu England, Dänemark-Norwegen und Schweden, um bestimmte Entwicklungstendenzen ableiten zu können.

Eine wichtige Grundlage der hansischen Vormachtstellung in England bildete im ausgehenden Mittelalter der Friedensvertrag von Utrecht 1474, in dem der Hanse letztmalig alle alten Privilegien aufs neue bestätigt wurden, während die Engländer nur unbedeutende Rechte in den Hansestädten erhielten, die sehr allgemein gehalten waren.²⁶ Doch im Verlauf der folgenden Jahrzehnte bröckelte die hansische Macht zugunsten einer zunehmenden Eigenentwicklung des englischen Wirtschaftslebens merklich ab. Die Folge war, daß König Eduard VII. am 24. Februar 1553 auf Drängen des englischen Bürgertums die hansischen Privilegien suspendierte.²⁷ Die Hanse sperrte daraufhin ihre Zufuhr nach England und verbot den Engländern den Handel in den Hansestädten, um ihnen zu zeigen, "das unnsere hantirung Irem Reich nutzlich sey".²⁸ Durch Verhandlungen gelang es der Hanse tatsächlich noch einmal, von Königin Maria am 1. November 1553 eine Bestätigung ihrer Privilegien zu erhalten, wie sie unter König Eduard üblich war. Der Königin wurde die Gerichtsbarkeit bei Privilegienmißbräuchen zugestanden.²⁹ Kurze Zeit später traten die Merchant Adventurers mit einer "kurtzen declaratio wes nachteiliger schaden" durch den Handel der "Osterlinge" entstanden sei, an die Öffentlichkeit.³⁰ Darin rechnen sie der englischen Krone vor, welche Zolleinbußen durch die bevorrechtete Stellung der Hanse eintreten. Geben die fremden Kaufleute für jedes ausgeführte weiße Laken 5 Schilling 9 Pfennig und für jedes gefärbte Tuch 6 Schilling 3 Pfennig zur "Custuma", so entrichten die Hansen nur 1 Schilling pro Laken. Da sie in den vergangenen elf Monaten ungefähr 35 000 Laken aus- geschiffelt haben, bedeutet das einen Verlust der Zollabgaben von 8 700 Mark. Auch für die eingeführten Waren zahlen die Hansekaufleute für jedes Pfund nur 3 Pfennig, während die fremden Kaufleute 15 und die königlichen Untertanen 12 Pfennig zahlen müssen. Weiterhin werde die englische Schifffahrt durch die Hanse stark beeinträchtigt. Von den Lakenmachern sind keine Tuche zu bekommen, da diese an den Stalhof (Londoner Hansekontor) verkauft werden. Zum Verderb des englischen Kaufmanns verkaufen die "Osterlinge" in den Niederlanden englische Waren und kaufen in gleicher Höhe fremde Waren für England. Die Hansen setzen in Hamburg eine große Anzahl englischer weißer Laken ab, die dort gefärbt und dann nach Leipzig geschickt werden. 1554 beschloß die englische Krone zum Schutze des Handels ihrer Kaufleute eine Ordnung, die folgende wesentliche Punkte enthält³¹:

Verbot der hansischen Tuchausfuhr von England nach den Niederlanden, insbesondere nach Antwerpen.

25 Vgl. Zoellner, Klaus-Peter, Zur Stellung der Hansekontore in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Neue Hansische Studien, Berlin 1969 (im Druck).

26 Brodnitz, Georg, Englische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, Jena 1918, S. 404.

27 Ehrenberg, Richard, Hamburg und England im Zeitalter der Königin Elisabeth, Jena 1896, S. 52.

28 Stadtarchiv Wismar (im folgenden: StaW.), Sign. X, 5, 93, Ratsakte 1552 - 1560, Hanseatica.

29 Friedland, Klaus, Der Plan des Dr. Heinrich Sudermann zur Wiederherstellung der Hanse, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins. Bd. 31/32, Köln 1957, S. 207.

30 StaW., Sign. X, 5, 93.

31 Ebenda.

Die Hansekaufleute sollen für ein weißes Laken drei gefärbte Tuche ausführen.

Die hansische Einfuhr nach England soll im wesentlichen aus Produkten der Hansestädte selbst bzw. ihrem engeren Hinterland bestehen. Werden fremde Erzeugnisse eingeführt, so müssen diese zu den heimischen Produkten der Hanse in einem Verhältnis von 1 : 4 stehen.

Dieser Erlaß deutet die künftige englische Handelspolitik an, bei der schon merkantilistische Züge sichtbar werden. Nicht die völlige Ausweisung der Hanse aus England war das Ziel der Krone, sondern die Brechung des hansischen Handelsmonopols. Ansonsten war man schon aufgrund der Einseitigkeit der eigenen Wirtschaft (Wollproduktion, Tuchherstellung) am hansischen Handel interessiert, vor allem an der Getreideeinfuhr. Die Hanse verstand diese Chance nicht zu nutzen und hielt an ihren alten Privilegien fest, die sie mit den ihr noch möglichen Mitteln erhalten wollte. Durch erneute Verhandlungen, verbunden mit einer Zufuhrsperre für hansische Schiffe nach England, erreichte sie zwar eine gewisse Moderation des Erlasses, wie zum Beispiel Lockerung der hansischen Einfuhr und Herabsetzung des Verhältnisses bei der Ausfuhr von weißen und gefärbten Tuchen auf 1 : 2, jedoch war eine grundlegende Wandlung der Haltung der englischen Krone zugunsten der Hanse nicht mehr zu erwarten.³² Diese Tendenz nicht erkennend, lehnte die Hanse den veränderten englischen Erlaß ebenfalls ab. 1557 wurde in England eine allgemeine Zollerhöhung eingeführt. Der Ausfuhrzoll für weiße Tuche betrug jetzt für Engländer und Hansen gleich 6 Schilling 8 Pfennig, während die übrigen fremden Kaufleute 14 Schilling 6 Pfennig zu zahlen hatten.³³ Eine gewisse Besserstellung der Hanse war also immer noch zu erkennen. Doch diese reagierte mit harten Maßnahmen. Der Hansestag 1557 beschloß ein Verbot des englischen Handels in den Hansestädten und untersagte den Hansekaufleuten, englische Waren zu kaufen.³⁴ Mit der Verwirklichung dieser Maßnahmen sah es aber schon entschieden anders aus. Die innere Brüchigkeit der Hanse trat offen zutage. Danzig teilte Lübeck am 12. Dezember 1557 mit, daß durch die hansischen Beschlüsse in Polen ein Mangel an englischen Tuchen eintreten würde. Außerdem befürchtete die Stadt, daß die Engländer ihre Holzartikel nicht mehr von Polen, sondern von Rußland holen könnten.³⁵ Noch deutlicher wurde Danzig ein Jahr später. Die Stadt beklagte sich, daß die gegen England gerichteten hansischen Verbote großen Schaden verursacht hätten. Die Holländer seien für die Hansekaufleute eingesprungen und lieferten die notwendigen Waren nach England. Mit der Handelssperre werde nichts anderes erreicht, als daß man "den frombden so der Anze nicht vorwanth den Engelschen Handell genzlich zugejaget die mith grossen Hauffen Itzo die Laken In Polen, Litowen, Reussen und Preußen einfuhren und ihr Profit damit treiben ..." ³⁶ Als Königin Elisabeth 1558 die Macht übernahm, versuchte die Hanse wiederum, die Privilegienbestätigung durchzusetzen. Sie forderte die ungehinderte Ausfuhr von Tuchen und aller anderen Waren aus England. Auch die Wareneinfuhr sollte bei Entrichtung der üblichen Zollabgaben (pro Pfund 3 Pfennig) ohne Beschränkung vor sich gehen. Außerdem bestand die Hanse auf den freien Auf- und Verkauf in der Blackwallhall in London. Hinsichtlich des Handels in den Niederlanden war man bereit, für zwei Jahre keine englischen Waren dort zu verkaufen. Nach dieser Zeit sollte die Entscheidung einer außerenglischen Universität überlassen werden. Neben weiteren Punkten forderte die Hanse schließlich die Bestätigung aller anderen hansischen Privilegien. Den englischen Kaufleuten gestand man nur die recht unklar und allgemein formulierten Rechte in den

32 StaStr., Hansisches Fach 10/10.

33 Ehrenberg, Richard, a. a. O., S. 55.

34 StaStr., Sign. 2/105, Hanserezeß 1557.

35 StaW., Sign. X, 5, 93.

36 Ebenda, Brief an Lübeck vom 13. 9. 1558.

Hansestädten zu, wie sie im Utrechter Vertrag 1474 konzipiert waren.³⁷ Die Irrealität dieser Forderungen braucht nicht besonders betont zu werden. Trotzdem war Königin Elisabeth an einem weiteren Handel mit den Hansern interessiert. In einem königlichen Abschied 1560 wurden die Rechte der Hanse in England festgelegt³⁸:

Zollgleichheit zwischen Hansern und Engländern bei der Ausfuhr englischer Waren;

Verbot des Handels mit englischen Tuchen in den Niederlanden (Brabant, Flandern, Holland, Seeland);

Zollgleichheit zwischen Hansern und Engländern bei der Einfuhr von Waren aus dem unmittelbaren Hinterland der Hansestädte.

Bei der Einfuhr aller "außenhansischen" Waren und der Ausfuhr englischer Waren, die nicht in die Hansestädte gebracht werden, sollen die Hansern einen Pfennig weniger Zoll geben als andere ausländische Kaufleute. Ausgenommen ist die Tuchausfuhr. Für jedes Laken haben die Hansekaufleute 12 Pfennig zu entrichten.

Die von diesem Abschied nicht betroffenen hansischen Privilegien werden bestätigt.

Die englischen Untertanen genießen in den Hansestädten die gleichen Rechte wie die Hansern in England.

Diesen Abschied bekamen die Hansestädte als Vertragsentwurf mit der Bitte zugeschickt, die Ratifikation baldigst vorzunehmen.

In ähnlicher Richtung entwickelten sich auch die handelspolitischen Beziehungen zwischen der Hanse und dem vereinten Königreich Dänemark-Norwegen. Das Ziel der nordischen Macht bestand darin, die Vormachtstellung der Hanse im Handel zu brechen und eine eigene Kaufmannschaft zu entwickeln. Die dänischen Städte sollten die Vermittlung des Handels zwischen dem Produzenten und dem ausländischen Kaufmann selbst übernehmen. Das gleiche traf auch für die norwegische Bürgerschaft zu, die von der Hanse völlig entmachtet wurde und fast keinen Eigenhandel führen durfte. Die Gegensätze zwischen der Hanse und deren Hauptkonkurrenten, den Holländern, geschick auszunutzen, versuchte das dänische König-tum durch Förderung der letzteren, den hansischen Einfluß zurückzudrängen. Letztmalig gelang es der Hanse trotz der Niederlage Lübecks in der Grafenfehde, im Hamburger Frieden 1536 eine formale Bestätigung der hansischen Privilegien in Dänemark-Norwegen durch Christian III. zu erreichen, deren Ursache sicherlich in der unsicheren Position des Königs zu suchen war. Doch schon kurze Zeit später, als sich Christian den Thron erkämpft hatte, erklärte er den hansischen Gesandten, die 1537 an seiner Krönungsfeier in Kopenhagen teilnahmen, daß erst nach Vorlage der Originale die Privilegien der Hanse bestätigt werden könnten.³⁹ 1542 beschloß eine Versammlung der wendischen Städte, dem König statt der Originale Kopien der Privilegien vorzulegen und diese dann laut Hamburger Vertrag endgültig bestätigen zu lassen.⁴⁰ Doch ein Jahr später war man keinen einzigen Schritt weitergekommen. Eine Legation der Städte Lübeck und Hamburg sollte nun im Namen der Hanse direkt mit dem König verhandeln, um die Privilegienbestätigung durchzusetzen.⁴¹ Auch hier blieb

37 StaStr., Hansisches Fach 10/10.

38 In der Literatur findet dieser Abschied kaum Beachtung. Lediglich Ehrenberg, Richard, a. a. O., S. 57, geht kurz darauf ein, wenn auch sehr allgemein und ungenau. Bei der Auswertung standen dem Verfasser zwei Exemplare des englischen Abschieds zur Verfügung (StaW., Sign. X, 5, 93, Ratsakte 1552 - 1560, Hanseatica; StaStr., Hansisches Fach 10/10).

39 Röhlk, Otto, a. a. O., S. 42.

40 StaStr., Sign. 2/90, Wendischer Rezeß 1542.

41 StaStr., Sign. 2/91, Wendischer Rezeß 1543.

der Erfolg aus. 1547 erhielten die Hansestädte zwar eine allgemeine Bekräftigung der hansischen Rechte und Freiheiten durch Christian III., aber keine Erneuerung der einzelnen Privilegien.⁴² Es begann eine Zeit langwieriger Verhandlungen, in der beide Seiten ihre Klagen vorbrachten. Dabei zeigten sich einerseits die Bestrebungen der dänischen Zentralgewalt, die hansische Vormachtstellung durch Einschränkung der Privilegien zugunsten der eigenen Kaufmannschaft zurückzudrängen, und andererseits die Versuche der Hanse, die Handelstätigkeit der dänischen Kaufleute in ihren Städten weitestgehend zu kontrollieren.⁴³ Als vorläufiger Abschluß der Verhandlungen und als Vertragsentwurf kann ein königlicher Abschied vom 24. Juni 1553 angesehen werden, der den hansischen Gesandten übergeben wurde.⁴⁴ Ohne auf Einzelheiten einzugehen, lassen sich in diesem Abschied besonders zwei Gesichtspunkte erkennen. Einmal liegt die Bereitschaft des Königs zur Privilegienbestätigung nur dann vor, wenn seine Untertanen freien Handel in den Hansestädten auf der Grundlage der beiderseitigen Gleichberechtigung treiben dürfen. Hierbei ist hauptsächlich an den Handel dänischer Kaufleute gedacht, während die Rechte der norwegischen Bürger etwas zu allgemein formuliert sind und auch noch einige Beschränkungen zugunsten des Handels der Hanse in Norwegen enthalten. Die zweite Tendenz zeigt die Absicht der dänischen Krone, der Hanse nicht mehr global Privilegien zu bestätigen, sondern nur noch der wendischen Städtegruppe eine bevorrechtete Stellung einzuräumen. Dementsprechend sahen auch die Einwände der Hanse aus, die sie gegen den königlichen Abschied vorbrachte. Die wendischen Städte waren mit vielen Punkten einverstanden, da ihre Sonderstellung im wesentlichen erhalten blieb, so zum Beispiel die Sundzollfreiheit.⁴⁵ Deshalb waren sie die eigentlichen Initiatoren der Verhandlungen und nicht gewillt, durch den Einspruch anderer Hansestädte, insbesondere Kölns, Bremens, Danzigs und der niederländischen Hansestädte Deventer, Kampen und Zwolle, die gegen diese Ungleichmäßigkeit auftraten, auf ihre Vorrechte zu verzichten.⁴⁶ Die Unstimmigkeiten zwischen der wendischen Städtegruppe und dem dänischen König lagen in der Gewährung von Rechten und Freiheiten für die dänisch-norwegischen Untertanen in den Hansestädten sowie in spezielleren Abgaben.⁴⁷ Die Starrheit des hansischen Verhandlungspartners führte jedoch erst 1560 zu einer weiteren Annäherung beider Seiten. Mit der Thronbesteigung Friedrichs II. 1559 nahmen die hansisch-dänischen Verhandlungen wieder aktivere Formen an. Nochmals wurden in Odense 1560 alle Gemeinsamkeiten und Gegensätzlichkeiten zum dänischen Vertragsentwurf 1553/54 herausgestellt sowie die hansischen und dänisch-norwegischen Klagen, wie sie schon 1552/53 zum Ausdruck gekommen waren, vorgebracht.⁴⁸ Am 17. Juli 1560 legte die dänische Seite einen Vertragsentwurf vor, der zu einem endgültigen Übereinkommen führen sollte. Neben speziellen Festlegungen wurden darin der Hanse vor allem folgende Rechte zugestanden⁴⁹:

42 Bosse, Ewald, Norwegens Volkswirtschaft vom Ausgang der Hansaperiode bis zur Gegenwart, Bd. 1, Jena 1916, S. 174.

43 Vgl. dazu Zoellner, Klaus-Peter, Zu den hansisch-dänisch-norwegischen Beziehungen am Ausgang des Mittelalters (1550 - 1600), in: Nordeuropa, Studien - 2, Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Jg. 1967, S. 115 - 127.

44 StaStr., Sign. 2/100, Kopenhagener Rezeß 1553. - Röhlk, Otto, a. a. O., S. 59, spricht von einem Vertragsentwurf 1554. Genaugenommen handelt es sich hier um den königlichen Abschied vom 24. 6. 1553, der 1554 durch hansische Einwände von dänischer Seite präzisiert wurde (vgl. StaStr., Sign. 10/30, Danica).

45 StaStr., Sign. 2/100, Kopenhagener Rezeß 1553.

46 Ebenda.

47 StaStr., Sign. 2/102, Hanserezeß 1554.

48 StaStr., Sign. 2/108, Odense-Rezeß 1560.

49 Vgl. Zoellner, Klaus-Peter, Zu den hansisch-dänisch-norwegischen Beziehungen am Ausgang des Mittelalters (1550 - 1600), a. a. O., S. 121 - 123.

Zur Sicherung der hansischen Monopolstellung in der Beherrschung der Nordfahrt dürfen Bergener Bürger jährlich nur mit 24 Schiffen nördlich und südlich von Bergen die Schiffahrt ausüben.

Außer den Hansekaufleuten soll kein fremder Kaufmann in Bergen Winterlager halten, sondern allein zwischen den beiden Kreuztagen (3. Mai bis 14. September) freien Handel treiben dürfen, ohne seine Waren auf der Brücke (Hansekontor) anbieten zu müssen.

In Dänemark erhalten die Städte Lübeck, Hamburg, Rostock, Stralsund, Lüneburg und Danzig das Recht, das ganze Jahr über mit den Prälaten, der Ritterschaft und den Bürgern freien Handel zu treiben. Den übrigen Hansestädten wird dieses Recht bis Martine (11. November) zugestanden.

Die sechs wendischen Städte Lübeck, Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar und Lüneburg sind mit ihren eigenen Schiffen und Waren unter Vorlage des gewöhnlichen Seebriefes und der gebührenden Zertifikation vom Sundzoll befreit. Nur das Schreib- und Tonnengeld haben sie zu entrichten.⁵⁰ Ausnahmen bilden Wein und Kupfer, die zu verzollen sind. Werden von Schiffen wendischer Städte fremde Güter geladen, so sind diese laut Sundzoll abgabepflichtig. Das gleiche trifft für Waren wendischer Städte zu, die auf anderen Schiffen als ihren eigenen transportiert werden. Die übrigen Hansestädte geben von ihrem eigenen Schiff und Gut an der Zollstelle Helsingör einen Rosenobel Zoll sowie das Schreib- und Tonnengeld. Auch die Fahrt durch den Belt ist erlaubt. Dabei ist der Hafen von Nyborg anzulaufen, um dort den Zoll zu entrichten.

Im Vertragsentwurf wird weiterhin die Gleichberechtigung der Partner hervorgehoben. Die dänischen Kaufleute erhalten das Recht, in den Hansestädten den freien Handel auszuüben. Sie besitzen die freie Ein- und Ausfuhr ihrer Waren und dürfen zu keinem Kauf gedrungen werden. Das gleiche Privileg mußte auch den norwegischen Kaufleuten zugestanden werden: "Und weil dan dem deutschen Kaufman die hantierungen in Norwegen wie obgemalt gegont werdet, so soll auch wiederumb den Norwegischen Ire hantierung und frey ein und ausfuhr, Inn den Anse Stedten und derselben Stromen und haffen freigh gelassen werden ..." Mit einzelnen Punkten dieses Vertragsentwurfes waren die Hansegesandten noch nicht einverstanden, so daß die dänische Seite drohend erklärte, "das die kon. Mt. nicht gemeind sich ferner mit den Gesanten In einliche disputaatio einzulassen ..." ⁵¹ Am 25. Juli 1560 erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages. Doch erst am 7. November 1562 nahm der Hansestag in Lübeck die Ratifikation vor.⁵²

Besonders deutlich war die Vormachtstellung der Hanse in Schweden ausgeprägt, die ihr auch einen entscheidenden Einfluß auf die politischen Verhältnisse des Landes garantierte. Die Stadt Lübeck war es, die Schweden bei der Erringung der Unabhängigkeit und Herauslösung aus der Union mit Dänemark unterstützte. Mit ihren Geldern, Schiffen und Truppen

50 Bruns, Friedrich, Das Frachtherrenbuch der Lübecker Bergenfahrer, Bergen 1953, S. 53 = Det Hanseatiske Museums Skrifter, Nr. 17: "Tonnengeld war eine Abgabe für die Auslegung von Tonnen zur Bezeichnung der Fahrwasser. Ab 1562 wurde diese Abgabe in das Leuchtfeuergeld einbezogen, einer Abgabe zur Unterhaltung der aufgestellten Leuchtfeuer an gefährdeten Stellen für die Schifffahrt, zum Beispiel auf der Insel Anholt im Kattegat oder einer Sandbank vor Kap Skagen. Die Höhe der Abgabe betrug einen Schilling dänisch für jede Last. Als Schreibgeld wurden vier Schillinge verlangt."

51 StaStr., Sign. 2/108, Odense-Rezeß 1560.

52 StaStr., Sign. 3/109, Hanserezeß 1562.

wurden bald die restlichen Landesteile von den Dänen gesäubert.⁵³ Der bisherige Reichsverweser Gustav Vasa wurde Pfingsten 1523 vom Reichstag zum König gewählt.⁵⁴ Doch Lübeck ließ sich seine Hilfe teuer bezahlen. Der junge König mußte der Stadt umfangreiche Privilegien einräumen, die einer Beherrschung des schwedischen Handels durch die Hansestadt gleichkamen. Lübeck und Danzig genossen Zollfreiheit in Stockholm, Kalmar, Söderköping und Åbo und durften hier freien Handel treiben.⁵⁵ Um Schweden aus dieser wirtschaftlichen Umklammerung zu befreien, wurde der Kampf gegen die Monopolstellung der Hanse, insbesondere Lübecks, zur Hauptaufgabe der schwedischen Außenpolitik. Zunächst bot die ausbrechende Grafenfehde 1533 Gelegenheit, die Lübecker Privilegien in Schweden aufzuheben. Der für die Stadt ungünstig ausgehende Konflikt stärkte die Position der schwedischen Zentralgewalt. Das Land versuchte, engere Bindungen mit dem westlichen Europa herzustellen, um von dort direkt die notwendigen Waren, wie Salz, Tuche und Kriegsmaterial, zu erhalten, ohne auf Lübeck als Zwischenhändler angewiesen zu sein.⁵⁶ Gescheiterte Versuche in den Niederlanden und geglückte Vereinbarungen mit Frankreich legen davon Zeugnis ab.⁵⁷

Das Hauptziel der Hanse bestand im Kampf um die Bestätigung der Privilegien, wie sie 1523 von Gustav Vasa gegeben wurde. Zu diesem Zweck hatten Lübeck, Hamburg, Rostock und Stralsund 1541 Gesandte nach Schweden geschickt, die trotz aller Bemühungen ihr Ziel nicht erreichten.⁵⁸ Der schwedische König erklärte, daß er "och myth den Steden insamt keines weges handeln, sunder eine jede Stat vor sich insunderheit begnaden" wolle.⁵⁹ Ein Jahr später folgten bereits praktische Schritte zur Sprengung der schon brüchigen hansischen Gemeinsamkeit. Stralsund erhielt am 25. Juli 1542 die gleichen Privilegien, um deren Verleihung Lübeck einen erbitterten Kampf führte.⁶⁰ Auch die folgenden Jahre brachten trotz vielseitiger Verhandlungen für die Hanse keine befriedigenden Ergebnisse. 1554 sollten Hamburg, Danzig, Lüneburg und sogar Köln mit Schweden verhandeln, damit Lübeck über den nötigen Beistand verfügte.⁶¹ Drei Jahre später war man zwar bereit, Lübecks umfangreiche Privilegien durch eine "redliche und billiche Moderation" zu verändern, jedoch nicht auf Kosten von anderen durch frühere schwedische Könige verliehenen Rechten.⁶² Doch diese Vorschläge entsprachen keineswegs den schwedischen Vorstellungen zur Herstellung der eigenen wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Der Nachfolger Gustav Vasas, Erich XIV., setzte zwar dessen Politik fort, er war jedoch 1561/62 auch zu Zugeständnissen bereit, die nach wie vor für den hansischen Handel in Schweden Vorteile boten. So sollten Lübeck, Hamburg, Danzig und Rostock freien Handel in Stockholm, Kalmar, Åbo, Söderköping und Nyköping ausüben dürfen,

53 Andersson, Ingvar, Schwedische Geschichte, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1950, S. 159.

54 Ebenda, S. 160.

55 Häpke, Rudolf, Die deutsch-schwedische Wirtschaftspolitik von der Hanse bis auf Gustav Adolf, in: Schriften der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung, H. 6 - 11: Aus Schwedens Staats- und Wirtschaftsleben, Berlin 1925, S. 104.

56 Lundkvist, Sven, a. a. O., S. 506.

57 Paul, Johannes, Lübeck und die Wasa im 16. Jahrhundert, Lübeck 1920, S. 18 = Veröffentlichungen zur Geschichte der Freien und Hansestadt Lübeck, Bd. 5.

58 StaStr., Sign. 2/90, Wendischer Rezeß 1542.

59 Ebenda.

60 Dähnert, Johann Carl, Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landes-Urkunden, Suppl. 1, Stralsund 1782, S. 1119 - 1122.

61 StaStr., Sign. 2/102, Hanserezeß 1554.

62 StaStr., Sign. 2/105, Hanserezeß 1557.

wobei der König aber durch verschiedene Maßnahmen die Interessen seiner eigenen Kaufmannschaft berücksichtigte. Die Hanse ließ diese Chance ungenutzt, weil in den königlichen Artikeln viele Vorschläge enthalten seien, "dartho die Stede wedderumb sich verpflichten solden".⁶³

Wir können resümieren, daß in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die sich entwickelnden Staaten des Nord- und Ostseeraumes, wie es am Beispiel Englands, Dänemark-Norwegens und Schwedens deutlich wurde, nicht mehr bereit waren, mit dem Zugeständnis globaler Privilegien ihre Wirtschaft der Hanse faktisch auszuliefern. Die angeführten Beispiele zeigen aber auch, daß es in diesem Zeitraum nicht das Streben der nationalen Monarchien Nord- und Nordwesteuropas war, die Handelstätigkeit der Hansekaufleute in ihren Ländern insgesamt aufzuheben, sondern daß es ihnen lediglich darum ging, die hansische Vormachtstellung zu beseitigen. Allein schon der wachsende Bedarf an agrarischen Produkten, wie sie die Hansekaufleute, besonders die der Städte an der südlichen Ostseeküste, aus ihrem unmittelbaren Hinterland liefern konnten, machte einen Handel mit ihnen wünschenswert. Um aber auch die eigene Kaufmannschaft und deren Handelstätigkeit zu entwickeln, wurde es zur unumstößlichen Forderung dieser Staaten an die Hanse, das Prinzip der völligen Gleichberechtigung der Partner anzuerkennen. Zu diesem Schritt war die Hanse als feudale Handelsgenossenschaft, deren Existenz auf überholten monopolistischen Privilegien beruhte, nicht bereit.

So lehnte sie, auf ihre alten Privilegien pochend, die Bestätigung des englischen Vertragsentwurfes von 1560 ab. Für die englische Krone wurde er indessen die Grundlage der weiteren Handelspolitik gegenüber der Hanse. Diesem Abschied kommt daher große Bedeutung zu. Er bot den Hansekaufleuten die Möglichkeit, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und mit einigen Zugeständnissen in England Handel zu treiben. Durch die Nichtannahme trug die Hanse selbst dazu bei, ihren äußeren Zerfall zu beschleunigen. Einzelne Glieder mißachteten in zunehmendem Maße die hansischen Verbote und gestalteten ihre Handelsbeziehungen zu England nach dem königlichen Abschied. 1563 nahm die Stadt Stolp entgegen den hansischen Beschlüssen die Engländer bei sich auf. Danzig weigerte sich 1565, die Handelsperre gegen England durchzuführen.⁶⁴ Den Gipfel "nichthansischen" Verhaltens bot Hamburg, als es in einem Vertrag vom 19. Juli 1567 den Merchant Adventurers gestattete, in der Stadt eine Niederlassung zu errichten, nachdem die Engländer vorher für kurze Zeit das nicht zur Hanse gehörige Emden als Stapelplatz ausgewählt hatten.⁶⁵ Lübeck beklagte sich bei Hamburg über diesen Schritt, der zum "underganck gemeiner Hansischen Cunthoren in Engellandt und den Niederlanden" führen würde.⁶⁶ Doch Hamburg erwiderte, daß die Stadt "eine freye Kauffstatt were, wolte sich auch ein Erbar Radt daselbst verstehen daß Ihenige welches zu Irer gemeinen Statt beste, Nutz unnd underhaltung gereichen mochte, furnehmen wurden ..."⁶⁷

Auf Drängen Lübecks wurde der Kampf um die Privilegienbestätigung fortgesetzt. 1572 schlug man einige Punkte zur Veränderung des englischen Abschieds vor, die einer Aufhebung des königlichen Erlasses gleichkamen und daher auf Ablehnung stießen.⁶⁸ 1576 beschloß der Husetag wiederum, um die Bestätigung aller hansischen Privilegien anzuhalten, denn

63 StaStr., Sign. 3/109, Hanserezeß 1562.

64 StaStr., Hansisches Fach 10/10.

65 Weise, Erich, Die Hanse, England und die Merchant Adventurers, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins, Bd. 31/32, Köln 1957, S. 159.

66 StaStr., Hansisches Fach 10/10, Brief vom 11. 6. 1567.

67 Ebenda.

68 StaStr., Sign. 3/115, Hanserezeß 1572.

wenn man erst einmal nachgegeben habe, so sei "solches darnach zu keinen zeiten wiederum zu erlangen..."⁶⁹ Deshalb wurde ein Entwurf zu einem Vertrag unterbreitet, der speziell mit der Stadt London geschlossen werden und den Hansen alle Handelsfreiheiten laut Privilegien in der Stadt sichern sollte.⁷⁰ Auch hier blieb der Erfolg aus. Die hansisch-englischen Gegensätze spitzten sich zu, als Hamburg sich schließlich bereit erklärte, den zehnjährigen Vertrag mit den Engländern über deren Niederlassung in der Stadt nicht mehr zu verlängern.⁷¹ Die Hansestädte versicherten den Hamburgern, daß sie die Engländer bei sich nicht aufnehmen werden. Die englischen Kaufleute zogen wieder nach Emden und erlangten eine weitere Niederlassung in der Stadt Elbing, die trotz ihrer Zugehörigkeit zur Hanse die Engländer bereitwillig aufnahm.⁷² Die Stelle Hamburgs nahm die Hansestadt Stade ein, die entgegen allen hansischen Verboten am 28. September 1587 mit den Engländern einen Vertrag über die Einrichtung einer englischen Niederlassung für zehn Jahre schloß, welcher 1597 verlängert wurde.⁷³ Wieder einmal war die hansische Gemeinsamkeit gescheitert. Alle Maßnahmen der Hanse gegen diese Städte blieben im wesentlichen erfolglos. Für die Merchant Adventurers konnten aber diese Stapelplätze den Verlust der Hamburger Niederlassung nicht aufwiegen. Sie verlangten deren Rückgabe und den freien Handel in den Hansestädten.⁷⁴ Als englische Gegenmaßnahme für den Verlust der Niederlassung in Hamburg folgte am 2. Dezember 1578 ein Verbot des freien Handels der Hansekaufleute in London.⁷⁵ Da die Wiederezulassung der Engländer in Hamburg nicht zustande kam, verkündete ein königlicher Erlaß vom 7. April 1579, daß die Kaufleute des Stalhoofs wie fremde Kaufleute zu behandeln seien, die auch den entsprechenden Zoll zu entrichten haben.⁷⁶ Als Gegenmaßnahme beschloß die Hanse eine Art Handelsboykott gegen England, der nicht nur Hansekaufleute, sondern auch alle "butenhansischen" Kaufleute aufforderte, die Warenzufuhr nach England einzustellen. Insbesondere sollte der Absatz englischer Tuche in Deutschland unterbunden werden.⁷⁷ Damit begann die verschärfte Phase der hansisch-englischen Auseinandersetzungen.

Die Wirksamkeit der hansischen Maßnahmen mußte aber fraglich erscheinen, da etlichen Hansestädten, wie Lübeck 1581 feststellte, ... "ir augenscheinlicher eigennutz" mehr bedeutete "dan die gemeine wolfart".⁷⁸ In dieser Situation wandte sich die wendische Städtegruppe auf Lübecks Initiative im Namen der Hanse an den deutschen Kaiser Rudolf II. und bat diesen um Unterstützung bei der Wiedererlangung der Privilegien in England. Als Druckmittel schlug sie dem Kaiser die Ausweisung der Engländer aus Emden und ein Verbot des englischen Handels im gesamten "Heiligen Reich" vor. 1582 folgte daraufhin ein entsprechendes kaiserliches Mandat. Auch eine hansische Legation nach Polen wurde erwogen, weil "die Englichen an keinen ortt besser dan in Preussen

69 StaStr., Sign. 3/117, Hanserezeß 1576.

70 Ebenda.

71 StaStr., Sign. 3/120, Wendischer Rezeß 1578.

72 Vgl. Simson, Paul, Die Handelsniederlassung der englischen Kaufleute in Elbing, in: Hansische Geschichtsblätter, Jg. 1916, S. 87 - 143.

73 Willerding, Ferdinand, Die englische Handelsgesellschaft in Stade = Stader Archiv 1919, S. 21.

74 Vgl. Wernham, R. B./Walker, J. C., England under Elizabeth, London 1932, S. 221 f.: "The Merchant Adventurers and the quarrel with the Hanse towns" (Memoranda on the dispute, July 1578).

75 Ehrenberg, Richard, a. a. O., S. 146.

76 StaStr., Sign. 4/122, Hanserezeß 1579.

77 StaStr., Sign. 4/123, Wendischer Rezeß 1581.

78 StaStr., Hansisches Fach 10/10, Brief Lübecks an Stralsund vom 28. 3. 1581.

gezwungen werden können..."⁷⁹ Die Engländer waren dagegen nur zur Aufhebung von Handelserschwernissen für den Hansekaufmann in London bereit, wenn die englischen Kaufleute ihre Niederlassung in Hamburg wiederbekommen würden und dort die gleichen Rechte wie die Hansen in London genießen dürften.⁸⁰ Doch die Hanse verlangte als Gegenleistung die Aufhebung aller Dekrete "contra Civitates Anseaticas" in England. Außerdem wurde die Privilegienbestätigung gefordert. In der Zollfrage wollte man sich mit einer Gleichstellung zu den Engländern begnügen. Freier Auf- und Verkauf sowie jährliche Ausfuhr einer bestimmten Anzahl weißer Laken kamen als weitere Bedingungen hinzu.⁸¹ Die Hanse schlug damit auch dieses letzte englische Angebot in den Wind, nämlich einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den Engländern im Handelsverkehr zuzustimmen. In dem Glauben, die Engländer doch noch zu einer Privilegienbestätigung zwingen zu können, wandte sie sich ein zweites Mal an den deutschen Kaiser. Daraufhin verabschiedete der Reichstag zu Regensburg 1594 ein kaiserliches Mandat gegen die Engländer, welches jedoch noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Die Hanse drängte auf aktivere Unterstützung. Die Möglichkeit dazu bot eine Aufforderung Rudolf II. zur Zahlung einer Türkensteuer. Als Argument für ihre Zahlungsunfähigkeit brachte die Hanse ihre Auseinandersetzungen mit England vor.⁸² Rudolf II. wandte sich daraufhin am 15. Juli 1595 in einem Schreiben an Königin Elisabeth und forderte diese auf, den Hansestädten "Ire wolhergepraechte privilegia und freiheiten gutwillig" zu bestätigen.⁸³ Hieran erkennen wir schon, daß die Ursachen für das Eingreifen der deutschen Zentralgewalt nicht aus irgendwelchen nationalen Motiven heraus erfolgte, sondern dem Geldbedürfnis der kaiserlichen Regierung entsprach.⁸⁴ Da die englische Königin nicht zum Nachgeben zu bewegen war, ersuchte die Hanse Rudolf II., das kaiserliche Mandat in Kraft zu setzen. Am 1. August 1597 wurde dieser Schritt vollzogen.⁸⁵ Im einzelnen finden wir in dem Mandat folgende Festlegungen:

Ausweisung aller englischen Kaufleute aus Deutschland und Einstellung der Handelstätigkeit mit England, insbesondere des Tuchhandels.

Innerhalb von drei Monaten haben die Merchant Adventurers und ihre Helfer Deutschland zu verlassen und ihre Niederlassung in Stade aufzugeben.

Bei Verlust der Regalien und Lehen ist es Kurfürsten, Fürsten, Ständen und Untertanen verboten, mit Engländern Handel zu treiben.

Beschlagnahme aller englischen Waren, besonders Tuche und Wolle.

Die Hanse forderte von allen Mitgliedern strengste Einhaltung und Beachtung des kaiserlichen Mandates. Anstelle der englischen Lakenmacher, die bisher das Tuch geliefert hatten, sollten in den Hansestädten mehr Tuchmacher angenommen werden.⁸⁶ Die englische Gegenmaßnahme ließ nicht lange auf sich warten. Zur Wahrung der englischen Interessen und zum Schutz der Kaufleute erließ Königin Elisabeth ein Verbot jeglicher Handelstätigkeit von Hansekaufleuten in England. Der Stalhof wurde konfisziert. Dabei traf das Handelsverbot nur für Hansestädte zu, deren Territorium zum Deutschen Reich gehörte. Besonders betont wur-

79 StaStr., Sign. 4/123, Wendischer Rezeß 1581, Beilage.

80 StaStr., Hansisches Fach 10/10; StaStr., Sign. 4/125, Hanserezeß 1584.

81 StaStr., Hansisches Fach 10/10.

82 StaStr., Sign. 4/131, Wendischer Rezeß 1595, Beilage.

83 Ebenda.

84 Beutin, Ludwig, a. a. O., S. 11.

85 Original des gedruckten Mandates im StaStr., Hansisches Fach 10/10; vgl. Ehrenberg, Richard, a. a. O., S. 158 f.; vgl. Beutin, Ludwig, a. a. O., S. 14.

86 StaStr., Sign. 4/134, Hanserezeß 1598.

de die Handelsfreiheit solcher Städte, die unter der Hoheit des polnischen Königs standen.⁸⁷ Mit einigen Monaten Verzögerung besetzte der Mayor von London auf königlichen Befehl am 4. August 1598 den Stalhof und wies die letzten dort wohnenden Hansekaufleute aus.⁸⁸ Auch die Engländer mußten Stade offiziell verlassen, obwohl viele von ihnen in der Stadt blieben.⁸⁹ Die Wirksamkeit des kaiserlichen Mandates hing in entscheidendem Maße von der konsequenten Durchführung seitens der einzelnen Glieder der Hanse ab. Doch ein großer Teil der Hansestädte dachte gar nicht daran, den Handel mit den Engländern einzustellen, da die englische Tucheinfuhr unentbehrlich geworden war. Bereits am 25. Oktober 1597 mußte der Altermann des Stalhofs Lübeck mitteilen, daß die Merchant Adventurers und Interlopers sich nicht durch das kaiserliche Mandat schrecken ließen und mit "12 wolgerustete schiffen davon 8 den Adventurers und 4 den Interlopers zustehen, voller Laken unnd ander gutter geladen so ein groß geld werth nach Stade geseget..."⁹⁰ Die Hamburger selbst schickten regelmäßig ihre Einkäufer nach Stade. Die Merchant Adventurers erhielten von Gröningen, Emden und elf bis zwölf anderen Städten Einladungsschreiben. "Die Herzöge von Braunschweig und Holstein vergaßen so sehr die Pflicht und Würde als Fürsten des Deutschen Reiches, daß sie an die Königin Entschuldigungsbriege wegen des Reichstagsbeschlusses richteten."⁹¹ Wie E. Weise schrieb, war sogar der Kaiser selbst unter Beachtung der nötigen Vorsichtsmaßregeln einer der besten Kunden der Engländer (!).⁹²

In Dänemark-Norwegen war es der Hanse mit dem Vertrag von Odense 1560 letztmalig gelungen, von der nordischen Macht eine derartige Bestätigung der Privilegien zu erhalten. Das Entgegenkommen der dänischen Seite war dabei schon mit Überlegungen verbunden, welche darauf hinausliefen, die Hansestädte im Kampf um das "dominium maris Baltici" als Verbündete zu gewinnen. Trotzdem dürfen wir die bereits angedeuteten Tendenzen, wie sie schon beim ersten Vertragsentwurf von 1553/54 sichtbar wurden, nicht übersehen. In Wirklichkeit hat Friedrich II. nur die wendischen Städte besonders privilegiert. Dieser Schritt erfolgte nicht aus eigener Schwäche, sondern der Preis war die Gleichstellung der dänisch-norwegischen Kaufmannschaft in den Hansestädten. Der Abschluß des Vertrages von Odense bot nun keinesfalls die Garantie der ständigen Sicherung hansischer Privilegien in Dänemark-Norwegen. In Bergen legann sich ein kräftiges Bürgertum herauszubilden, welches in zunehmendem Maße in Widerspruch zu den hansischen Vorrechten geriet. Im Oslo-Rezeß 1580 wurde die Bestimmung des Odense-Vertrages, daß die Bergener Bürger nur mit 24 Schiffen die Nordfahrt betreiben dürfen, aufgehoben.⁹³ Die Zentralgewalt versuchte durch verschiedene Maßnahmen, den hansischen Einfluß einzuengen. Ein Hauptmittel dazu waren die ständigen Zollerhöhungen. Unter dem Vorwand der teuren Kriegsausgaben erhob Friedrich II. neben anderen Zöllen ab 1567 den Lastzoll im Sund. Auch nach Beendigung des Nordischen Siebenjährigen Krieges 1570 wurde dieser Zoll trotz königlichen Versprechens nicht aufgehoben. 1572 war es schon unerwünscht, den König überhaupt daran zu erinnern, da er "dadurch tho grother ungnade hedde mogen bewogen werden..."⁹⁴ Sogar der deutsche Kaiser wurde von der Hanse um Unterstützung angerufen. Doch eine

87 Ebenda, Beilage; vgl. Beutin, Ludwig, a. a. O., S. 21 f.

88 StaStr., Sign. 4/134, Hanserezeß 1598, Beilage.

89 Weise, Erich, a. a. O., S. 162.

90 StaStr., Sign. 4/134, Hanserezeß 1598, Beilage.

91 Brentano, Lujo, Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, Bd. 2: Die Zeit des Merkantilismus, Jena 1927, S. 164.

92 Weise, Erich, a. a. O., S. 163.

93 Röhlk, Otto, a. a. O., S. 71.

94 StaStr., Sign. 3/115, Hanserezeß 1572.

Aufhebung des Lastzolls erfolgte nicht. Lediglich Lübeck hatte das Glück, vorübergehend von dieser beschwerlichen Abgabe befreit zu sein.⁹⁵

Zum letzten Mal wurde der Vertrag von Odense 1577 von Friedrich II. bestätigt. Die Verhandlungen begannen am 16. April 1577 in Kopenhagen.⁹⁶ Neben der Sanktionierung des Vertrages forderte die Hanse die Aufhebung des Lastzolls und weiterer Abgaben, jedoch ohne Erfolg. In der königlichen Bestätigung vom 4. Mai 1577 betonte Friedrich II. die völlige Gleichberechtigung seiner Untertanen, deren Handel durch keine Beschwerden in den Hansestädten belastet werden dürfe. Bis auf einige unwesentliche Abstriche sanktionierte er die hansischen Rechte in Dänemark und Norwegen. Zu einer solchen Haltung war sein Nachfolger Christian IV. 1596 nicht mehr bereit.⁹⁷ Dieser stärkte vielmehr die wirtschaftliche und politische Stellung seiner eigenen Kaufmannschaft durch die Verleihung von vielseitigen Rechten. Im Ergebnis der Maßnahmen war die Hanse auch als außenpolitischer Faktor in Dänemark-Norwegen einem zunehmenden Zerfall unterworfen.

Den letzten Versuch, die Privilegienbestätigung mit Hilfe einer kriegerischen Auseinandersetzung durchzusetzen, unternahm die Stadt Lübeck 1563 gegen Schweden. Sich der Konstellation der nordischen Mächte im Kampf um das "dominium maris Baltici" anpassend, schloß sie mit Dänemark-Norwegen gegen Schweden ein Bündnis und kämpfte im Nordischen Siebenjährigen Krieg (1563 bis 1570) an der dänischen Seite mit großem finanziellem Aufwand und wechselndem Erfolg.⁹⁸ Die Haltung der übrigen Hansestädte, auch der des lübischen Quartiers, spiegelt deutlich den inneren Zerfall der Hanse wider. Seit Anbeginn des Krieges forderte Lübeck eine aktive Unterstützung durch die anderen Hansestädte. Die Travestadt betrieb sich dabei auf die geschlossenen Konföderationen und bat "in gegenwertigenn Kriegsbeschwerden unnd merkliche bedranknuss" um "werkliche und tidige hulpe", damit sie "nicht lenger trostlos allein" den Kampf führen müsse.⁹⁹ Doch diese Appelle, für gemeinhansische Interessen Unterstützung zu gewähren, fanden bei den übrigen Städten keinen Widerhall. Zu sehr standen bereits die Sonderinteressen im Vordergrund. Hamburg und Lüneburg erklärten, daß sie wichtige Gründe hätten, sich an diesem Krieg nicht zu beteiligen. Danzig betonte, daß es durch den Krieg so viel an Schiffen und Kaufmannsware verloren habe, wie Lübeck an Kriegskosten aufbringen müsse, so daß die Stadt sich nicht darauf einlassen könne, Hilfe zu leisten. Rostock rief sich auf Wirren mit dem Landesherrn, wodurch sein Vorrat an Kriegsmunition erschöpft sei. Man werde aber Proviant nach Lübeck liefern, wenn die Stadt beim dänischen König die Rückgabe von festgehaltenen Rostocker Schiffen und Waren erreichen könne. Ansonsten wolle man sich "des Krieges nicht delhaftig machen". Stralsund erklärte, daß es eine neutrale Stadt sei, die daher weder den Schweden noch Dänemark und Lübeck helfen könne.¹⁰⁰ In Wirklichkeit führte die Stadt am Sund eine lübeckfeindliche Politik. Unter dem Deckmantel der "Neutralität" versorgte sie Schweden regelmäßig mit Lebensmitteln und Waffen. Ein kaiserliches Mandat, Schweden jegliche Zufuhr zu sperren, konnte die Stadt nicht unstimmen. Als Gegenleistung erhielt sie 1574 ein schwedisches Sonderprivileg.¹⁰¹ Die anderen Hansestädte verlangten dagegen von Lübeck sofortigen Frie-

95 StaStr., Sign. 4/127, Wendischer Rezeß 1588, Beilage.

96 StaStr., Hansisches Fach 10/37, Kopenhagenscher Rezeß 1577.

97 Vgl. Schweitzer, Vinzenz, Christian IV. von Dänemark und sein Verhältnis zu den niederdeutschen Städten bis zum Jahre 1618, in: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Jg. 1900, S. 318.

98 Zum Verlauf des Krieges vgl. Paul, Johannes, a. a. O.

99 StaStr., Sign. 3/113, Wendischer Rezeß 1567.

100 Ebenda.

101 StaStr., Hansisches Fach 10/27, vol. 1.

denßschluß, dessen Vermittlung sie übernehmen wollten. Der Stettiner Frieden 1570 brachte für Lübeck trotz siegreichen Kampfes an der Seite Dänemarks nur ein kümmerliches Ergebnis. Als Entschädigung für weggenommene Schiffe sicherte Schweden der Travestadt eine Summe von 75 000 Talern zu, die im Verlaufe von sieben Jahren entrichtet werden sollte.¹⁰² Außerdem wurde Lübeck eine Privilegienbestätigung versprochen, die König Johann III. im Jahre 1571 vornahm. Grundlage der Sanktionierung war der Privilegienbrief von 1523, jedoch mit wichtigen Modifikationen, die unter anderem Lübeck das Recht ab-sprachen, den schwedischen Außenhandel zu kontrollieren, wohl aber Zollfreiheit und einen gewissen Detailhandel für Lübecks Bürger vorsahen.¹⁰³

In den folgenden Jahrzehnten ist ein hansischer Einfluß in Schweden kaum noch spürbar, da nur noch einzelne Glieder der zerfallenen Hanse privilegiert wurden. Stralsund spielte als zukünftiger Bündnispartner dabei eine besondere Rolle. 1583 und 1586 wurde Rostock vom Zoll und von anderen Abgaben in Schweden befreit.¹⁰⁴ Die Städte versuchten, durch Anpassung an die schwedischen Verhältnisse einen möglichst gewinnbringenden Handel zu treiben. Dabei war von ehemals hansischen Vorrechten längst keine Rede mehr.

An diesen Beispielen wird deutlich, daß das starre Festhalten an überholten Privilegien auf der Grundlage eines nicht mehr gegebenen Handelsmonopols schließlich zum endgültigen Zerfall der Hanse führte. In zunehmendem Maße lösten sich ihre einzelnen Glieder vom traditionellen hansischen Handelssystem, das ihnen bei der Erringung des höchstmöglichen Handelsprofits immer weniger dienlich sein konnte. Da in der Regel die reiche Kaufmannschaft auch die politischen Geschicke einer Hansestadt bestimmte, kam es zu einem Bruch zwischen gesamt-hansischen und wirtschaftlichen Interessen einzelner Hansestädte. Diese paßten sich den Veränderungen im Handel an, verzichteten auf alte hansische Vorrechte und suchten auf der Grundlage der Gleichberechtigung Verbindungen zu solchen Mächten, die für ihren Handelsverkehr lebenswichtige Bedeutung hatten. In diesem Streben war ihnen jedes Mittel recht. Zur Erlangung dieses Ziels scheuten sie sich nicht einmal, gegen ihren jahrhundertelangen Verbündeten - das "Haupt der Hanse", Lübeck - vorzugehen, wie es an der Haltung Stralsunds im Nordischen Siebenjährigen Krieg deutlich wurde. Als Folgedieser Entwicklung kam es auch zu einem zunehmenden Verfall der außenpolitischen Position der Hanse. Je nach dem Entwicklungsstand in den einzelnen Ländern verlief dieser Prozeß mehr oder weniger schnell.

102 Marquard, Johann, De Jure Mercatorum (Über das Recht der Kaufleute), Frankfurt, 1662, S. 264.

103 Kumlien, Kjell, a. a. O., S. 506.

104 Paul, Johannes, a. a. O., S. 121.

AUSGEWÄHLTE PROBLEME DER SOZIALSTRUKTURFORSCHUNG

von Stefania Kowalska

Sozialstrukturuntersuchungen haben in der Geschichtswissenschaft in steigendem Maße an Bedeutung gewonnen. Heute besteht kein Zweifel mehr daran, daß der Übergang von der Benutzung von Quellen beschreibender Art zur statistischen Analyse von Archivmaterial, in welchem individuelle Fakten in großer Menge verzeichnet sind (Personenstandsakten, Personalakten großer Unternehmen, Schulakten usw.), für den Sozialstrukturforscher einen Fortschritt bedeutet. Auf diese Weise kann er an neue Forschungsprobleme herantreten und die Ergebnisse in Form einer erheblich präziseren Analyse vorlegen. Von nicht geringerem Wert ist es, daß sich auf Grund von Massen-Archivalien ein objektiveres Bild der uns interessierenden Erscheinungen reproduzieren läßt. In der Trauungsmatrikel und der notariellen Urkunde wurde der soziale Einzelfakt unmittelbar registriert. Zwar besteht die Gefahr, daß der informative Inhalt unter einer tendenziösen Anlage der Quellen leidet; doch ist sie hier immer noch geringer als bei bürgerlichen beschreibenden Quellen.

Besonders für Historiker, die sich mit der Problematik einer Übergangsperiode, im konkreten Fall mit der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft, beschäftigen, bilden in großer Menge vorkommende Quellen die Grundlage für die Untersuchung so interessanter Erscheinungen wie der Entstehung neuer Klassen und sozialer Schichten im historischen Prozeß der Umwandlung der feudalen in die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Im Jahre 1961 begann ein Kollektiv von Mitarbeitern des Instituts für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau unter der Leitung von Kula mit der Untersuchung der sozialen Schichtung und Mobilität im Königreich Polen im 19. Jahrhundert. Die ersten Resultate der mehrjährigen Forschungen sind bereits in Form von Artikeln und Abhandlungen erschienen.¹ In ihnen werden einzelne Gesellschaftsschichten oder -klassen analysiert und die sozialen Strukturwandlungen, die die städtische Bevölkerung Warschaws durchmachte, untersucht. Auf diese Weise sind unsere Kenntnisse über die Sozial- und Berufsstruktur der Beamten der staatlichen Verwaltung, der Lehrer, Ärzte, Bergarbeiter, des Adels usw. bereichert worden. Diese nicht selten sehr mühseligen, sondierenden Untersuchungen sollen die Grundlage für die Ausarbeitung einer Synthese der sozialen Struktur der Bevölkerung des Königreichs Polen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bilden.

1 *Spółczeństwo Królestwa Polskiego. Studia o uwarstwieniu i ruchliwości społecznej* (Die Gesellschaft im Königreich Polen. Studien über soziale Schichtung und Mobilität), u. d. Red. v. Witold Kula, Bd. 1, Warschau 1965, Bd. 2, Warschau 1966.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus betraten zwei neue soziale Klassen die gesellschaftliche Arena: die Bourgeoisie und das Proletariat. Doch bis zu den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts war der prozentuale Anteil dieser Klassen an der Gesamtbevölkerung des Königreichs Polen verschwindend gering. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurde das Bild der Sozial- und Berufsstruktur des Königreichs Polen durch das zahlenmäßige Wachstum dieser Klassen, besonders der Arbeiterklasse, revolutioniert.

Die Genesis und die ökonomische Stärke der polnischen Bourgeoisie und des vermögenden Bürgertums lassen sich nicht auf Grund solcher Archivalien wie Trauungsmatrikeln und Volkszählungsunterlagen erforschen. Die in den Personenstandsakten enthaltenen Informationen vermitteln nur ein allgemeines Bild der Sozial- und Berufsstruktur. Bezeichnungen der gesellschaftlichen Stellung wie Kaufmann, Fabrikant und Bankier lassen sich schwer in ein Hierarchiegefüge einordnen. Daher können wir auch an Hand der dort gewonnenen Informationen keine Einteilung gemäß dem Eigentum an Produktionsmitteln und der Höhe des Einkommens oder des Kapitals vornehmen. Dazu müssen andersgeartete Archivalien ausgewertet werden. Die maßgeblichste Quelle hierfür sind offenbar Notariats- und Hypothekenakten. Sie sind gut erhalten, glaubwürdig und reichlich vorhanden, erfordern aber unmaßig viel Arbeit. Bei ersten sondierenden Versuchen, diese Archivalien zu bearbeiten, stießen wir auf ernstliche methodologische und technische Schwierigkeiten. Deshalb mußte unser Kollektiv die Analyse dieser so wichtigen Frage auf eine spätere Phase der Untersuchungen vertagen.

Die Nutzung massenweise vorkommender Archivalien hat sicher ein hohes Maß an Präzision in die Erforschung der Arbeiterklasse hineingebracht. Sie eröffnete die Möglichkeit, neue Fragen zu stellen und Antworten zu finden, zu denen man auf Grund beschreibender Quellen nicht gelangen konnte. Davon überzeugen uns erste Untersuchungen der Geburtsmatrikeln und Trauungsakten von Arbeitern, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts im Bergbaurevier von Dąbrowa beschäftigt waren.² Die Analyse der sozialen Herkunft der Berg- und Hüttenarbeiter bestätigt nicht nur unser bisheriges Wissen über das bäuerliche Arbeitskräfte-reservoir, sondern weist auch auf andere soziale und Berufskategorien hin, die im Formierungsprozeß der Arbeiterklasse deren Reihen verstärkten. Von der untersuchten Probe waren 66 Prozent der Arbeiter Bauernsöhne aus der Umgebung. 21 Prozent stammten von Handwerkern, Tagelöhnern und Arbeitern anderer Werke ab. Bei 9 Prozent waren die Väter auch schon Berg- und Hüttenarbeiter gewesen. Bei den restlichen 4 Prozent handelt es sich um Söhne von Händlern, Forstleuten, Lehrern, Bürgern, Pächtern usw. Je nachdem, was untersucht werden soll, können wir auf Grund der Personenstandsakten ein sehr detailliertes (in einzelne soziale und Berufskategorien gegliedertes) oder ein synthetisches Bild von der sozialen Herkunft der Arbeiterklasse gewinnen.

Die Geburtsmatrikeln und Trauungsakten enthalten nicht nur Informationen über die Bergleute selbst, sondern auch über ihre Familien und Freunde. Diese neuen Informationen gestatten es, ein wesentliches Problem zu beleuchten, nämlich die geselligen und territorialen Bande, das Hierarchiegefüge der einzelnen Berufe in der damaligen Gesellschaft.

² Kaczyńska, Elżbieta/Kowalska, Stefania, Struktura społeczna robotników Zachodniego Okręgu Górniczego w latach 1840 - 1870 (Die Sozialstruktur der Arbeiter im westlichen Bergbaurevier in den Jahren 1840 - 1870), in: *Zaranie Śląskie*, H. 2/1964, S. 180 - 205.

Uns interessiert zum Beispiel, ob der Übergang von der landwirtschaftlichen zur industriellen Beschäftigung als Berg- oder Hüttenarbeiter von den betreffenden Personen und ihrer Umgebung als Aufstieg oder als Degradation angesehen wurde, ob unter den Arbeitern die Familien- oder die Berufsbande stärker waren. Diese Fragen versuchten wir zu untersuchen, indem wir die soziale und berufliche Position der Trauzeugen oder Taufpaten mit dem Beruf der Neuvermählten oder der Eltern verglichen. Diese Methode ist gerechtfertigt, wenn man davon ausgeht, daß gewöhnlich geachtete Personen als Zeugen gewählt wurden. Auf diese Weise erhielten wir zwei Querschnitte des sozialen Milieus: auf Grund der Geburtsmatrikeln das soziale Milieu der Eltern des Arbeiters, auf Grund der Trauungsunterlagen dagegen das aktuelle soziale Milieu der Arbeiterklasse in der Schwerindustrie.

Im ersten Fall beobachten wir nicht nur die ökonomische Differenzierung des damaligen Dorfes im Industriegebiet, sondern auch, wie sich die konkreten Verhältnisse und die Klasseneinteilung im gesellschaftlichen Bewußtsein der Landbevölkerung niederschlugen. Im bäuerlichen Milieu wurde die soziale Stellung an der Größe der Wirtschaft gemessen. Wenn auf dem Lande ein Sohn (der künftige Bergarbeiter) geboren wurde, bat man einen in der Hierarchie der Dorfgemeinde Gleichgestellten, Pate zu stehen. Der Häusler hat also einen Häusler, der landlose Bauer einen landlosen Bauern. Wir haben keinen einzigen Fall angetroffen, in dem ein Arbeiter der nahegelegenen Berg- und Hüttenwerke als Pate in einer Bauernfamilie auftrat. Detailliertere Untersuchungen lassen vermuten, daß sogar qualifizierte, aber eben auf ihrer Hände Arbeit angewiesene Berg- und Hüttenarbeiter im sozialen Bewußtsein "niedriger" eingestuft wurden als kleine Landwirte. Der Besitz selbst einer nicht großen Ackerwirtschaft gab dem Leben eine relative Stabilität. Dagegen sicherte in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Arbeit im Bergbau und in der Hüttenindustrie keinen festen Verdienst, und das Dasein der Arbeiter war von Konjunkturschwankungen abhängig.

Die ersten Ergebnisse, die wir auf Grund der Trauungsunterlagen der Bergarbeiter gewonnen, zeigen, daß die Bindung der Arbeiter der Schwerindustrie an das Dorf noch fortbestand, aber die Proportionen sich verschoben hatten. Als Trauzeugen der Berg- und Hüttenarbeiter traten jetzt zu 50 Prozent ihre Arbeitskameraden - wie sie selbst Arbeiter der Bergwerke - auf. Die Landbevölkerung war zu 25 Prozent vertreten, und die übrigen Zeugen waren Handwerker, Tagelöhner und andere. Der Übergang von Bauernsöhnen in die Reihen des Industrie-proletariats war in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch kein abgeschlossener Prozeß. Die Klärung dieser Probleme erfordert im übrigen, die Forschungsarbeiten zu verbreitern und bedeutend mehr Archivalien einer statistischen Analyse zu unterziehen.

Die von mir durchgeführten Forschungen beschäftigen sich mit der Sozial- und Berufsstruktur der Einwohner Warschaws in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, also nicht speziell mit der Bildung der Arbeiterklasse der Warschauer Industrie. In den Pfarrakten, speziell den Trauungsmatrikeln, fehlt bis zu den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Bezeichnung "Arbeiter". Die traditionellen Zunfttermini "Meister" und "Geselle" wurden von vielen Branchen der Warschauer Industrie übernommen und bis zur zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beibehalten. Nicht selten auch verbarg sich hinter der Bezeichnung "Tagelöhner" faktisch der unqualifizierte, Tageslohn beziehende Arbeiter. Die in unseren Akten zahlreich vertretenen "Handwerker" aber bilden eine nicht leicht zu dechiffrierende Gruppe. Es ist schwer festzustellen, wann wir es mit dem Eigentümer einer Werkstatt und wann mit einem qualifizierten Fabrikarbeiter zu tun haben. Vor diesem Dilemma stehen wir ratlos: Die Quelle bietet uns keine Möglichkeit, dieses Handwerker-Konglomerat zu zergliedern, weder nach dem Kriterium des Eigentums an den Produktionsmitteln noch nach dem Kriterium des Einkommens, des Lebensstils usw. Das ist ein fühlbarer Mangel für den Strukturforscher. Es entgeht uns damit teilweise die Chance, ein so wesentliches Problem wie die Herausbildung der Arbeiterklasse im Industriezentrum Warschau zu verfolgen.

Ohne ein größeres Risiko einzugehen, kann man jedoch annehmen, daß diese Unzahl von Handwerkern, Dienstboten, Tagelöhnern, Leuten ohne Beruf und ohne Unterhaltungsmittel das Reservoir darstellte, aus dem sich das spätere Industrieproletariat von Warschau rekrutierte. Die Bemerkungen und Beobachtungen zu diesen sozialen und Berufsgruppen gelten deshalb auch sicherlich für die Problematik der großstädtischen Arbeiterklasse.

Die großstädtische Warschauer Gesellschaft in der Entstehungszeit des Kapitalismus erschien uns als ein besonders wichtiger Forschungsgegenstand. In Warschau, dem politischen und kulturellen Mittelpunkt des Königreichs Polen und zugleich Industriezentrum, waren die verschiedensten Kategorien alteingesessener und unlängst zugewanderter Bevölkerung konzentriert. Den Zuwanderern eröffnete die Hauptstadt vielfältige Verdienstmöglichkeiten und nicht selten Perspektiven für Aufstieg und Karriere. Warschau erscheint also als ein Tiegel, in dem verschiedene soziale Elemente vermischt und die Berufs- und Vermögensstände nivelliert wurden. Hier veränderte sich die Sozialstruktur schneller als im kleinstädtischen oder dörflichen Milieu. Die alten gesellschaftlichen Schranken zerbrachen schneller und neue, auf kapitalistischen Grundlagen beruhende Gesellschaftsgruppen bildeten sich. Mit der Entstehung neuer sozialer und Berufskategorien verwischten sich hier vielfach die Unterschiede der sozialen Herkunft. Warschau und seine Einwohnerschaft dürften somit ein ausgezeichnetes, wenn auch zweifellos extremes Betätigungsfeld für die Untersuchung der Dynamik struktureller Umwandlungen bieten.

Die Quellenbasis meiner Arbeit bilden die Personenstandsakten von fünf Warschauer Pfarreien. Insgesamt wurden zehntausend Trauungsvermerke notiert, aufbereitet und dann maschinellen Berechnungen unterzogen.

Über die Technik der Quellenaufbereitung und über die während meiner Arbeit aufgetretenen methodologischen und analytischen Probleme berichtete ich bereits vor einigen Jahren.³ An die damals aufgeworfenen Fragen möchte ich jetzt anknüpfen.

Mittels der Analyse des genannten Quellenmaterials möchte ich klären, in welchem Grade schon vor 1864 (dem Zeitpunkt der Aufhebung der Leibeigenschaft) die auf der erblichen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stand, Beruf und Wohnort beruhende feudale Gesellschaftsstruktur Wandlungen durchmachte und wie Herkunft und Abstammung zugunsten neuer, Richtung und Umfang der sozialen Mobilität bestimmender Faktoren allmählich an Bedeutung verloren. Mich interessiert das Ausmaß der vertikalen wie auch der horizontalen Mobilität, also das Hinüberwechseln von Individuen und Gruppen von einer Klasse bzw. Schicht in eine andere und die Richtung der Bewegung innerhalb der einzelnen Klassen und sozialen Kategorien.

Die Thematik ist umfangreich und weit gespannt. Deshalb beschränke ich mich darauf, über zwei Probleme zu sprechen, die für die Erforschung der Arbeiterklasse allgemeinere Bedeutung haben. Das erste Problem ist die territoriale Mobilität, also der Zustrom ländlicher und kleinstädtischer Bevölkerung in die Hauptstadt. Das zweite betrifft die soziale und berufliche Herkunft der Einwohner Warschaus und die Aufstiegschancen.

Die kapitalistische Urbanisierung zeigt sich im Zustrom von Menschen aus Dörfern und Kleinstädten in die sich entwickelnden städtischen Zentren. Dieser Zustrom trug mehr als der natürliche Zuwachs zum zahlenmäßigen Anwachsen der Städte bei. Er rief zugleich Veränderungen in der demographischen wie auch der sozialen und beruflichen Struktur der städtischen Zentren hervor. Die Entwicklung der Städte blieb wiederum nicht ohne Einfluß auf

³ Kowalska, Stefania, Forschungen zur Sozialstruktur auf Grund von Personenstandsakten (Untersuchungsmethode und Problematik), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 4, S. 178 - 198.

die Belebung der territorialen Mobilität vom Lande zur Stadt. Die sich entwickelnden Städte und Industriezentren zogen Menschen aus anderen, nicht mit dem allgemeinen Entwicklungstempo Schritt haltenden kleineren Städten, vor allem aber aus den Dörfern an.

Die Migrationsbewegungen, ihre Ausmaße und Etappen stehen nicht im Mittelpunkt meiner Arbeit, interessieren uns aber insofern, als wir untersuchen wollen, wie die vom Lande und aus Kleinstädten nach Warschau gekommenen Menschen in der Bevölkerung der Hauptstadt aufgingen und disloziert wurden.

Die in den Personenstandsakten enthaltenen Informationen beantworten nicht unmittelbar die uns interessierende Frage, woher die damaligen Einwohner Warschaus kamen. Sie geben uns lediglich über den Geburtsort der Eheleute und die Wohnanschrift ihrer Eltern Auskunft. Mangels genauerer Angaben dient uns der Geburtsort der Neuvermählten zur Analyse der Richtung der territorialen Mobilität. Aus ersten Berechnungen ergibt sich, daß die erdrückende Mehrheit der nach Warschau gekommenen Männer ihre Heimatorte verlassen hatte, um in der Stadt Arbeit und Lebensunterhalt zu suchen.

Es läßt sich schwer feststellen, ob sich diese Zuwanderer unmittelbar von ihrem Heimatdorf nach Warschau begaben. Die Forschungsergebnisse der polnischen Historiker zeugen eher davon, daß sie sich auf ihrer stadtwärts gerichteten Wanderroute vielfach erst kleinen oder mittleren Städten zuwandten. Dabei verlief diese Bewegung in viele Richtungen. Nicht immer fanden die Zuwanderer in der Stadt eine Existenzgrundlage; so zogen nach einiger Zeit viele weiter, um sich anderwärts eine Beschäftigung zu suchen. Warschau war also für diese Menschen oft nur ein Durchgangsort. Ein großer Prozentsatz der Zuwanderer blieb jedoch in Warschau, fand dort Arbeit und eine Unterhaltsquelle. Oftmals wurde die Eheschließung mit einer Einwohnerin von Warschau gewissermaßen zum Faktor der Stabilisierung und Bodenständigkeit. Betrachtet man die Gebiete, aus denen die nach Warschau Zugewanderten stammten, im Hinblick auf regionale Veränderungen der Agrarstruktur des Königreichs Polen sowie die Verteilung fortgeschrittener und rückständiger Regionen auf das Land, so ergeben sich gewisse Zusammenhänge. Die Gouvernements Lublin, Augustów und Radom, wo bis zu den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Fron vorherrschte, stellten den geringsten Anteil der Zuwanderer. Dagegen nahm der Zustrom von Dorfbewohnern nach Warschau aus den Gouvernements Plock und Warschau, wo besonders viele Bauernwirtschaften zinspflichtig wurden und das Bauernlegen am stärksten um sich griff, größere Ausmaße an. Die Stadt zog vor allem die Bewohner der nächstgelegenen Regionen an. Während des ganzen Untersuchungszeitraums überwog die Zuwanderung aus dem Gouvernement Warschau.

Die Wanderrichtung, nach Ortsklassen (Dorf - Stadt) analysiert, zeichnet sich deutlich ab. Während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch relativ selten Menschen vom Dorf in die Stadt zogen, beobachten wir gegen Ende des Untersuchungszeitraums (sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts) ein Nachlassen des Zustroms aus anderen Städten und aus Kleinstädten zugunsten der Zuwanderung aus Dörfern. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 70 Prozent der Bevölkerung Warschaus Zugewanderte. Der Umstand, daß sie anderswoher kamen und unbedingt Arbeit finden mußten, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, entschied über ihre Einordnung in die Sozial- und Berufsstruktur der großen Stadt.

Im Prinzip zog die Großstadt zwei Typen von Zuwanderern an; einmal vor allem Menschen (besonders aus ländlichem Milieu), die ohne berufliche Qualifikation oder als wenig qualifizierte Handwerker, als Dienstboten und Tagelöhner in die Stadt kamen (sie stellten 63 Prozent aller in unserer Untersuchungsprobe erfaßten Personen), und zum anderen eine kleine Gruppe von Leuten mit Kapital, Ausbildung oder anderen Trümpfen, die ihnen bessere Positionen in der Sozial- und Berufsstruktur ermöglichten.

Dieser Prozeß läßt sich am Beispiel der Hauptstadt deutlich beobachten. Warschau besaß in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr Anziehungskraft als andere, ökonomisch weni-

ger differenzierte Industriezentren (wie zum Beispiel Łódź mit seiner Textilindustrie oder das Bergbaurevier von Dąbrowa). Der hauptstädtische Charakter verlieh Warschau ein spezifisches Antlitz: Es gab eine Vielfalt von Dienstleistungswerkstätten, kleineren und größeren Fabriken verschiedener Branchen, Institutionen der staatlichen und der kommunalen Verwaltung. Daher bestanden viele Möglichkeiten für Leute mit Qualifikation und Ausbildung wie auch für Menschen ohne festen Beruf. Den breiten Massen der Landbevölkerung, die auf der Erwerbssuche nach Warschau kamen, boten sich die verschiedenartigsten Beschäftigungsmöglichkeiten: Holz hacken, Wasser tragen, die Straßenlaternen anzünden, Hilfsarbeiten in Fabriken und viele andere für das damalige Warschau charakteristische Erwerbsarten. Solche Beschäftigungen gaben der breiten Masse der Zuwanderer, den späteren Fabrikarbeitern, Unterhalt; so begannen diese ihren Weg ins Industrieproletariat. Ihre Chancen bei der Arbeitswahl waren geringer als die der alteingesessenen Stadtbevölkerung. Mittelbar läßt sich also folgern, daß die Zuwanderung von Berufslosen, die jede Arbeit anzunehmen gezwungen waren, den ständigen Bewohnern der Hauptstadt Chancen eröffnete, nach "oben" zu rücken, und sie gegenüber den Zuwanderern vom Lande in eine privilegierte Stellung versetzte.

Die sozialen Konsequenzen des Übergangs vom Land zur Stadt bilden nur einen Aspekt in der Gesamtproblematik der sozialen und beruflichen Mobilität. Die besseren Startmöglichkeiten, die die städtische Abstammung im Vergleich zur ländlichen Herkunft den Individuen bot, hingen letztlich von der sozialen und Klassenherkunft ab. Hauptsächlich sie wies den Menschen ihren Platz in der sozialen und beruflichen Hierarchie an.

Uns interessieren hier besonders die Abhängigkeiten, die zwischen der ererbten sozialen Position und der Aufstiegsmöglichkeit bestanden. Zur Untersuchung dieser Erscheinungen diente uns die Analyse der Mobilität zwischen den Generationen. Vergleiche der sozialen und beruflichen Position zweier Generationen, das heißt von Vater und Sohn, gestatten nicht nur, die soziale Herkunft der verschiedenen Berufskategorien zu bestimmen, sondern - was wichtiger ist - die Frage zu beantworten, in welchem Maße die soziale Position der Familie ihren Mitgliedern den Start ins Berufsleben erleichterte oder auch erschwerte.

Bei der Methode des Vergleichs zweier Generationen muß der Erforscher der sozialen Mobilität vom methodologischen Gesichtspunkt einige Vorbehalte einschalten. Im Prinzip wäre es besser, die Position des Vaters und des Sohnes in der gleichen Lebensphase zu vergleichen. Die Trauungsmatrizen vermitteln uns jedoch den sozialen und beruflichen Status des Vaters und Schwiegervaters auf der Höhe der beruflichen Laufbahn, während sich der Sohn zum Zeitpunkt seiner Eheschließung gewöhnlich erst am Beginn seines Lebensweges befindet. Die Soziologen können den Informationswert ihrer Umfragen durch eine präzisere Fragestellung erhöhen und so die Untersuchungsmethode verbessern. Der Historiker dagegen verfügt nur über die erhalten gebliebenen Archivalien, und es steht lediglich in seiner Macht zu entscheiden, ob sich die gewonnenen Informationen eignen, und solche Untersuchungsmethoden auszuarbeiten, die ihm erlauben, bestmögliche analytische Resultate zu erzielen.

Eine Analyse der sozialen Mobilität in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts legt die Schlußfolgerung nahe, daß Veränderungen der sozialen Position und Verschiebungen zwischen den Generationen nach oben und unten in allen sozialen und beruflichen Kategorien stattgefunden haben. Diese Verschiebungen revolutionierten indessen nicht die herkömmliche hierarchische Sozialstruktur. Zwar konnte der Arzt, der Anwalt, der Beamte ein Landgut erwerben oder der Geselle zu einer eigenen Werkstatt kommen und in die Position eines kleinen Eigentümers aufsteigen. Doch größere Veränderungen traten dagegen nur allmählich ein; sie erstreckten sich über mindestens zwei Generationen. Die Grenzen des sozialen Aufstiegs waren genau abgesteckt. Innerhalb einer Generation konnte man den Beruf wechseln und dabei eine oder zwei Stufen in der Sozialstruktur emporsteigen. Doch die Schranke, die die körperlich Arbeitenden von den "Gebildeten" bzw. den Geistesschaffenden trennte, war in der ersten

Hälfte des 19. Jahrhunderts von Angehörigen der niederen sozialen Kategorien überaus schwer zu überspringen.

Die soziale Stellung der jungen Generation wurde primär von ihrer sozialen Herkunft bestimmt. Die Gutsbesitzer hielten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die materiellen Grundlagen und die gesellschaftlichen Privilegien noch fest in ihren Händen, was wiederum ihren Familienangehörigen die wahrlich beste Ausgangsposition für die Inbesitznahme der höchsten Stufen in der Struktur der damaligen Gesellschaft sicherte. Ausbildung, ausgedehnte Familien- und gesellschaftliche Verbindungen und der Adelstitel erleichterten der jungen Generation den Start ins Leben.

Die Ausbildung, die Bedingung für die Ergreifung eines geistigen Berufs ist, erhält man in seiner Jugend. Also hing auch sie vom sozialen und materiellen Status der Eltern ab. Übrigens war im Königreich Polen in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Bildung ein hervorragendes Instrument der Klassen-, genauer vielleicht der "Standes-" Politik.

Hohe Schulgelder für Kinder nichtadliger Eltern bei gleichzeitigen Ermäßigungen und Stipendien nur für Kinder des Adels und der Staatsbeamten brachten die beabsichtigten sozialpolitischen Resultate. Das öffnete den privilegierten Schichten und Klassen die Tore zu Aufstieg und Karriere und errichtete gleichzeitig ein wirksames Hemmnis für die soziale Mobilität.

Für die Angehörigen der niederen sozialen und Berufskategorien, für die körperlich Arbeitend, bestand darüber hinaus die ökonomische Notwendigkeit, in frühem Alter für den Lebensunterhalt zu arbeiten, was ihren Platz in der Sozial- und Berufsstruktur entscheidend bestimmte. Das galt für alle diejenigen, die den Arbeitsmarkt ohne Qualifikation betraten und ihren Lebensweg als billigste Arbeitskräfte, als Hilfsarbeiter, begannen. Auch in diesem Falle zog die soziale Herkunft dem sozialen Aufstieg in der Struktur der Klassengesellschaft die Grenzen.

Die Analyse der sozialen Mobilität liefert uns verschiedenartige Beispiele für die Beweglichkeit, die Dynamik der Sozialstruktur. In die durch körperliche Arbeit gekennzeichneten sozialen und Berufskategorien (Handwerker, Tagelöhner, Dienstboten, Arbeiter) gelangten im sozialen Degradationsprozeß Vertreter fast aller Klassen und Schichten, die es in der Mitte des 19. Jahrhunderts gab. Dieses Konglomerat, das die Reihen des städtischen Proletariats im Laufe der Zeit verstärkte, rekrutierte sich hauptsächlich aus der Bauernschaft und dem Warschauer Plebs, doch wurden durch die sozialen Prozesse auch deklassierte Adlige, Söhne von Beamten, Kaufleuten, Meistern usw. dort hineingedrängt.

Die soziale Mobilität erstreckt sich nicht nur darauf, daß die jüngere Generation einer anderen sozialen und Berufsgruppierung angehörte als die ältere Generation, sondern sie konnte auch innerhalb der gleichen Berufskategorien und Gesellschaftsklassen stattfinden. Beispiele dafür kann man innerhalb des Industrieproletariats finden, wenn man den Übergang von Söhnen unqualifizierter Arbeiter in die Reihen der qualifizierten Arbeiter analysiert.

Anhand der Personenstandsakten wird dieses Problem zum Beispiel bei der sozialen Analyse der Handwerker sehr deutlich sichtbar. Ihre differenzierte Struktur schuf Voraussetzungen für eine innere Mobilität. Die hierarchische Zunftgliederung, die die Handwerker in die kleine Gruppe der Meister und die Masse der selbständigen und sich gegen Lohn verdingenden Gesellen teilte, läßt die Triebkräfte und Prämissen der inneren sozialen Mobilität ausgezeichnet hervortreten. Deutlich treten die Abhängigkeiten zutage, wenn man vergleicht, in welchem Maße die Kinder von Meistern und von Gesellen innerhalb der Zunftstruktur in dem betrachteten Zeitraum avancieren. Die folgende Tabelle soll dies veranschaulichen.

	Söhne von Meistern in %	Söhne von Gesellen in %
Insgesamt wurden Handwerker	80	73
davon wurden Meister	28	13
Gesellen	52	60
In nichthandwerkliche Berufe gingen insgesamt	20	27
davon in niedere Kategorien	7	21
in höhere Kategorien	13	6

Der leichtere Start der Meisterkinder hängt sehr damit zusammen, daß die Werkstatt des Handwerkers vererbt wurde und sie größere Möglichkeiten hatten, einen Beruf zu erlernen. Die ererbte soziale Stellung bildete auch hier den Ausgangspunkt für den persönlichen Auf- oder Abstieg.

Wir kommen mit unseren Erörterungen zum Schluß. Die komplizierte, reiche Problematik der Sozialstrukturforschung erschöpfend darzulegen, war innerhalb dieses kurzen Beitrags nicht möglich und auch nicht beabsichtigt. Ein breiter Meinungsaustausch über Ziele und Methoden der Arbeit würde uns auf diesem Gebiet in hohem Maße weiterhelfen.

(Übersetzt von Berthold Puchert)

Betriebsgeschichte

BETRIEBSGESCHICHTE IN DER VVB ENERGIEVERSORGUNG

von Ulrich Krüger

Die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse mißt der Betriebsgeschichtsschreibung große Bedeutung bei. Wiederholt wurde in Reden und Dokumenten auf die große Kraft des Geschichtsbewußtseins hingewiesen. Auf dem 9. Plenum des ZK hob Genosse Haager - ausgehend von den Gedanken Lenins - hervor, daß die Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins wesentlich an die Vermittlung eines marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes geknüpft ist.

Selbstverständlich schließt das marxistisch-leninistische Geschichtsbild ein wissenschaftlich fundiertes Bild vom Weg des Betriebes ein, in dem sich ein wesentlicher Teil des Lebens der Werktätigen vollzieht.

In solchen Betrieben, in denen die Leitungen die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Betriebsangehörigen als ihre zentrale Aufgabe im Kampf um hohe ökonomische Ergebnisse behandelten, wurde die Bedeutung der Betriebsgeschichte als ideologisches Instrument schnell verstanden.

In der VVB Energieversorgung und ihren Betrieben hatten Arbeiterveteranen und andere Werktätige wiederholt angeregt, die betriebshistorische Arbeit zu organisieren. Vorarbeiten hatte die Arbeitsgemeinschaft "Geschichte der Elektroenergie" bei der Kammer der Technik geleistet, die sich mit der Geschichte der technischen Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges beschäftigte.

Nachdem dann im Juni 1964 die zweite Arbeitstagung "Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe" - einberufen durch die Arbeitsstelle Wirtschaftsgeschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und den Bundesvorstand des FDGB - stattgefunden hatte, beauftragte Mitte 1965 der Generaldirektor der VVB Energieversorgung die Werkdirektoren, in Zusammenarbeit mit den Betriebsparteiorganisationen und Gewerkschaftsleitungen Konzeptionen für die Erforschung der Geschichte der Betriebe auszuarbeiten und arbeitsfähige Kommissionen ins Leben zu rufen, die unverzüglich mit der Arbeit beginnen sollten.

Anfang 1966 wurde bei der VVB Energieversorgung ein wissenschaftlicher Mitarbeiter eingesetzt, der die Betriebe bei der Erarbeitung ihrer Geschichte anleitete. Zunächst war es notwendig, den leitenden Kadern in den Energieversorgungsbetrieben Wert und Bedeutung betriebsgeschichtlicher Arbeit nahezubringen. Viele von ihnen hatten keine konkreten Vorstellungen von einer wissenschaftlich fundierten Betriebsgeschichte, andere verstanden unter Betriebsgeschichte noch die geglättete, konfliktlose Darstellung lediglich der "äußeren" Entwicklung des Betriebes, also seiner technischen und baulichen Anlagen und Einrichtungen, seiner Leistungsfähigkeit und seiner sozialen Einrichtungen, wie sie in kapitalistischen Fest- und Jubiläumsschriften - Repräsentationsgeschenk für Delegationen und aus dem Betrieb Scheidende - zu finden sind. Nur wenige betrachteten die Erforschung und Darstellung der Geschichte ihres Betriebes schon als wirksames Mittel zur Entwicklung des sozialisti-

schen Bewußtseins der Betriebsangehörigen, wie zum Beispiel die Leitung des damaligen VEB Energieversorgung Rostock, dem heutigen VEB Energiekombinat Nord. Auch dort hatten einige Leiter und Funktionäre zunächst keine Zeit für die Betriebsgeschichte, und manche hatten längere Zeit Vorbehalte, was die Bedeutung der Betriebsgeschichte betraf. Als jedoch ein Abschnitt vorlag und sich zeigte, welchen Nutzen diese Arbeit den Leitern für ihre Arbeit mit den Menschen bringen konnte, fanden sie neben ihren anderen Aufgaben auch Zeit für die Mitarbeit an der Betriebsgeschichte. Sie entstand im VEB Energiekombinat Nord sogar etwa im gleichen Zeitraum, in dem die komplizierten und umfangreichen Arbeiten an den Modellunterlagen für die komplexe Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses bewältigt wurden.

In der Regel forderten die Forscherkollektive von den Leitern nur Gutachten über die Darstellung betrieblicher Entwicklungsabschnitte und -prozesse. Wo jedoch Leiter weitergehend mitarbeiteten, zogen sie auch selbst großen Nutzen daraus, erkannten neue Zusammenhänge und gewannen neue Einsichten. Vor allem jüngere leitende Kader lernten durch die betriebsgeschichtlichen Arbeitsergebnisse den Betrieb und die ihrer Leitung anvertrauten Kollegen besser kennen. Auch ältere, langjährige Mitarbeiter fanden Freude an der betriebsgeschichtlichen Arbeit, am Erkennen von Zusammenhängen zwischen ihnen gut bekannten einzelnen Ereignissen im betrieblichen Leben. Ein Betriebsleiter begann, ab 1968 speziell für die Betriebsgeschichtsschreibung Jahresberichte anzulegen, die er später zusammenfassen will. Ein anderer sammelte anekdotisches und anderes Material.

In den Jahren 1966 bis 1969 entstanden im Bereich der VVB Energieversorgung sechs betriebsgeschichtliche Publikationen. Sie behandeln die Gas- und Energieversorgungsbetriebe in Neubrandenburg¹, Halberstadt², Rostock³ sowie in den Bezirken Magdeburg⁴ und Halle⁵. Als betriebshistorische Arbeit muß auch die "Geschichte des Pionierlagers 'Klim Woroschilow'"⁶ gelten.

Die in diesem ersten Stadium gesammelten Erfahrungen können helfen, die politisch-ideologische Aussage- und Überzeugungskraft der nächsten, bereits vorbereiteten betriebsgeschichtlichen Arbeiten zu stärken und ihr wissenschaftliches Niveau weiter zu heben.

Bei der Organisierung der Arbeit gingen die Energieversorgungsbetriebe der einzelnen Bezirke sehr unterschiedlich vor. Verschiedenartige Arbeitsgewohnheiten, aber auch der Grad der Klarheit über die ideologische Zielstellung der betriebsgeschichtlichen Arbeit wirkten sich aus. In einem Betrieb beauftragte der Werkdirektor alle Direktoren, gemeinsam die Betriebsgeschichte zu erarbeiten, in anderen hielt man den Archivar allein für zuständig. In einem Betrieb wurde je eine Kommission mit Vertretern aus jedem Betriebsteil für etwa zwanzig Einzelprobleme gebildet. Der Prozeß der Arbeit korrigierte die Methoden. Am be-

- 1 Das Gaswerk Neubrandenburg. Zum 100jährigen Bestehen am 1. Oktober 1967, Neubrandenburg 1967, 46 S.
- 2 Halberstadts Energieversorgung 1861 bis 1968. Eine Betriebsgeschichte, Halberstadt 1969, 167 S.
- 3 Rostocks Energieversorgung gestern, heute und morgen (1856 bis 1967), Leipzig 1969, 120 S.
- 4 Unser guter Weg. Fünfundzwanzig Jahre Arbeit und Kampf für eine sozialistische und moderne Elektroenergie- und Gaswirtschaft im Bezirk Magdeburg. Betriebsgeschichte des VEB Energieversorgung Magdeburg (1945 bis 1969), 250 S. (Ms.)
- 5 Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Energiekombinat. Geschichte der Gas- und Elektroenergiebetriebe des Bezirkes Halle im Kapitalismus und Sozialismus (1850 bis 1969), 310 S. (Ms.)
- 6 Geschichte des Pionierlagers "Klim Woroschilow", Neubrandenburg 1968, 108 S.

sten ging es dort voran, wo betriebserfahrene Genossen und Kollegen eine kleine Arbeitsgruppe bildeten, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie im Rentenalter befindliche Leitungskader zuzog.

Die Arbeitsgruppe beriet zunächst die Gesamtkonzeption, später die für jeden einzelnen Abschnitt der Betriebsgeschichte. Der Periodisierung und der Einbettung der betrieblichen Geschehnisse in die allgemeine historische Entwicklung lag die "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" zugrunde. Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe mußten zu einer einheitlichen Überzeugung darüber gelangen, welche prinzipielle Aussage und Wirkung mit der Betriebsgeschichte erzielt werden sollte. Hiervon ausgehend, trug jeder selbständig das Material zusammen und verarbeitete die gesammelten Fakten. Daneben haben vor allem die Arbeiterveteranen - frühere technische und kaufmännische Leiter, Kaderleiter, BGL-Vorsitzende und andere Genossen und Kollegen - unter Mithilfe des Archivars des Betriebsarchiv sowie das Stadtarchiv ausgewertet, andere Genossen und Kollegen befragt, sich auch eigener Erlebnisse erinnert und schließlich das Material zusammengestellt oder auch eine Schilderung niedergeschrieben.

Die Arbeitsgruppe legte die Autoren für die ersten Entwürfe über die einzelnen Entwicklungsabschnitte fest. Jetzt kam es neben der Bereitschaft zur Mitarbeit auf analytisches Denken, gründliches Wissen und historisches Einschätzungsvermögen an. Schreibende Arbeiter, Diplomingenieure, Lehrer der Betriebsakademie, Parteisekretäre, kaufmännische Leiter, Arbeitsökonom und andere beteiligten sich an der Ausarbeitung einzelner Abschnitte. Leider gelang es trotz mancher Bemühungen bisher nur ungenügend, die Jugendlichen und die Frauen in die Arbeit einzubeziehen. Eine der Ursachen dafür liegt jedoch darin, daß diejenigen, die besonders fähig und geeignet für die Mitarbeit gewesen wären, angestrengt an ihrer beruflichen Qualifizierung arbeiteten. Bisher gelang es noch nicht, beides zu koordinieren. Einige FDJ-Grundorganisationen führen jedoch recht ansprechend gestaltete und zum Teil auch aussagekräftige Chroniken. Die daran Beteiligten brächten sicher auch der Mitarbeit an der Betriebsgeschichte Interesse oder sogar Neigung entgegen.

Die Arbeitsgruppe beriet die Entwürfe zu den einzelnen Kapiteln und gab Hinweise für die Überarbeitung. Wenn nach hoher Qualität gestrebt wird, führt die Beratung der Arbeitsergebnisse immer zu den Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Deshalb bedeutet die Teilnahme an der Erarbeitung der Betriebsgeschichte für die Beteiligten selbst eine Vertiefung ihrer marxistisch-leninistischen Kenntnisse und eine verstärkte Herausbildung ihres sozialistischen Bewußtseins.

Der Zeitraum, den die betriebsgeschichtlichen Darstellungen über Energieversorgungsbetriebe zu behandeln haben, beginnt um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als in einer wachsenden Zahl von Städten Gasanstalten erbaut wurden. Die Arbeitsgruppen müssen daher tief in die umfangreiche und komplizierte Problematik von etwa 120 Jahren gesellschaftlicher Entwicklung im Kapitalismus und Imperialismus, während der Etappen des revolutionären Übergangs zum Sozialismus und bei der Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus eindringen. Je intensiver alle Beteiligten die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung studierten, um so besser waren sie imstande, vom flachen technisch-ökonomischen Bericht über Betriebsvorgänge zu einer wirklich wissenschaftlich fundierten Betriebsgeschichte zu gelangen, die die Entwicklung der arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt rückt. Hinter der Verabsolutierung der technischen oder ökonomischen Vorgänge in manchen betriebsgeschichtlichen Entwürfen und in dem damit verbundenen Negieren der Rolle der Werktätigen und der revolutionären Partei der Arbeiterklasse verbirgt sich oft die ungenügende geistige Beherrschung der Probleme der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse, das ungenügende Vertrautsein mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Strategie und Taktik der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten unter den Werktätigen und anderer Grundprobleme.

Off gab es heftige Diskussionen in den Zusammenkünften der Arbeitsgruppe. Sie mußte sich zum Beispiel mit der Haltung mancher staatlicher Leiter auseinandersetzen, die in ihren Ansprüchen an das theoretische Niveau eigener und fremder Arbeitsergebnisse bei der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte außerordentlich genügsam waren. Unterschiedliche Meinungen traten auch darüber auf, ob Namen von Werkträgern, die Hervorragendes geleistet haben, genannt werden sollen oder nicht, ob man unangenehme Zeiterscheinungen, wie zum Beispiel die ungenügende Lebensmittelversorgung der Jahre 1945/46, aufnehmen soll oder nicht, ob die Beachtung der notwendigen Wachsamkeit eine konfliktlose Darstellung rechtfertigt usw.

Bei einem entsprechenden Stand der Ausarbeitung wurden die Kapitel in einem größeren Kreis zur Diskussion gestellt. Zeitlich weiter zurückgreifende Kapitel berieten auch die Mitglieder der Veteranenkommissionen, Darstellungen aus der jüngsten Zeit Kommissionen aus Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, staatlichen Leitern und weiteren Betriebsangehörigen. Dabei erhielt die Arbeitsgruppe viele Anregungen. Es zeigt sich aber auch, daß die Beratung in solchen Kommissionen und Arbeitskreisen nur dann ergiebig und fruchtbar sein kann, wenn ein gedankenreicher Entwurf vorliegt, der zum Mitdenken anregt.

Für die Zeit bis 1917 liegt nur sehr wenig Material vor. Oft sind heute weder genaue Angaben über die Arbeitsbedingungen in den Gas- und Elektrizitätswerken jener Zeit noch über die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Kämpfe der Arbeiter in Erfahrung zu bringen. Für die Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus ist nicht nur die Materialsituation günstiger, sondern in vielen Orten wohnen noch Arbeiterveteranen, die eigene Erlebnisse aus diesen Jahren schildern können. Bisher werden leider nur in wenigen Betrieben solche Berichte gesammelt. Ihre Niederschrift bedarf allerdings auch einer Anleitung, die ein bestimmtes Niveau der betriebsgeschichtlichen Arbeit voraussetzt.

Schließlich muß die Betriebsgeschichte nicht nur inhaltlich von richtigen Positionen ausgehen, sondern sie muß auch ansprechend gestaltet und "lesbar" sein. Die Werkträgern, die heute das Material für die Betriebsgeschichte zusammentragen helfen, eigene Erlebnisse aufschreiben und in Diskussionen oft außerordentlich wichtige Hinweise zum Inhalt der Manuskripte geben, hatten nur in wenigen Fällen die Möglichkeit, ihren Darstellungsstil so zu vervollkommen, daß ihre Entwürfe ohne weitere Unterstützung bzw. Bearbeitung als druckreif angesehen werden können. Aber wie sich die Betriebsangehörigen stärker für die Erforschung der historischen Entwicklung des Betriebes interessieren und entsprechendes politisch-ideologisches und historisch-wissenschaftliches Rüstzeug dazu erwerben, so werden sie auch ihr Können hinsichtlich der sprachlichen und stilistischen Gestaltung der Betriebsgeschichte weiter entwickeln.

Quellen

und Materialien

BESTANDSINFORMATION FÜR DEN WIRTSCHAFTSHISTORIKER
AUS DEM DEUTSCHEN ZENTRALARCHIV POTSDAM

Der Bestand Preußische Staatsbank (Seehandlung) im Deutschen Zentralarchiv,
Historische Abteilung II, Merseburg

von Joachim Lehmann

1. Vorbemerkung
2. Institutionsgeschichte
3. Bestandslage
4. Inhaltsanalyse
 - 4.1. Handel und Schifffahrt
 - 4.2. Landwirtschafts- und Industriebetriebe
 - 4.3. Geld- und Bankgeschäfte
5. Schlußbemerkung

1. Vorbemerkung

Die Preußische Staatsbank oder, wie ihr ursprünglicher Name lautete, die Seehandlung, bestand von 1772 bis 1945. Ihre große Bedeutung während dieses langen Zeitraums läßt eine kurze Information über ihren Aktenniederschlag als angebracht erscheinen. Die Seehandlung und ihre Geschäftstätigkeit bieten für den Wirtschaftshistoriker ein bedeutendes und interessantes Untersuchungsobjekt. Als Staatsbetrieb hatte sie wesentlichen Anteil am Aufkommen und an der Entfaltung des Kapitalismus in Preußen, nicht nur als Bank- und Kreditinstitut des Staates Preußen, sondern ebenso durch ihre handelspolitische und industrielle Betätigung. Sie war zeitweilig - in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - ein beachtliches Handelsunternehmen mit eigener Flotte und weitreichenden Handelsbeziehungen nach Übersee; zur gleichen Zeit besaß sie eine ganze Reihe von Industriebetrieben, vor allem im Textilgewerbe, in der Mühlenindustrie und im Maschinenbau. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war sie zweifellos das größte Handels- und Industrieunternehmen Preußens, das alle vergleichbaren Privatunternehmen übertraf. Die Seehandlung als staatliche Einrichtung ist ein Modellfall für das Zusammenspiel zwischen dem Staatsapparat und der sich entwickelnden kapitalistischen Wirtschaft im Preußen des 19. Jahrhunderts.

2. Institutionsgeschichte¹

Während der 170jährigen Existenz der Preußischen Staatsbank oder Seehandlung veränderten sich mehrfach ihre Funktionen und Aufgabenbereiche; sie blieb jedoch immer ein wichtiges finanzpolitisches und wirtschaftssteuerndes Instrument des preußischen Staates. Mit ihrer Gründung in die Zeit des merkantilistischen Feudalismus zurückreichend und dementsprechend noch reichlich mit Privilegien und Monopolen ausgestattet, durchlief sie alle Etappen der kapitalistischen Entwicklung in Preußen-Deutschland bis zum Jahre 1945.

Sie wurde durch königliches Patent am 14. Oktober 1772 als Handlungshaus mit bestimmendem Einfluß des preußischen Staates, der von 2 400 Kapitalanteilen allein 2 100 besaß, gegründet. Unmittelbare Veranlassung für die Gründung war die erste Teilung Polens 1772; Preußen wollte zugunsten seiner Staatskasse die Salzeinfuhr über die Ostsee nach Polen in seine Hände bekommen und das damals noch nicht preußische Danzig im Salzgeschäft möglichst ausschalten. Bereits 1773 bekam die Seehandlung - in dieser Bezeichnung spiegelt sich ihre damalige Funktion wider - das Monopol zum An- und Verkauf des in den preußischen Häfen angelieferten Salzes, das meist zur Wiederausfuhr nach Polen bestimmt war.

Seit etwa 1790 arbeitete die Seehandlung auch in Geld- und Kreditgeschäften und wandelte sich allmählich zu einem Bankhaus um, das in Konkurrenz zur preußischen Bank trat und vom preußischen Staat für seine Anleihepolitik verwendet wurde. Ihre Hauptfunktion wurde die Diskontierung von Wechseln und die Verwaltung der Staatsschulden.

Der Zusammenbruch des alten feudalabsolutistischen Preußen 1806/07 traf die Seehandlung sehr hart und brachte sie an den Rand des Bankrotts; bereits 1806 mußte sie ihre Zahlungen einstellen, 1810 wurden ihre Verbindlichkeiten vom Staat übernommen. Im Zuge der Verwaltungsreform Steins wurde das Bankinstitut 1808 dem Finanzministerium unterstellt, das 1817 die Aufsicht an das Schatzministerium abgab.

Eine neue Etappe in der Entwicklung der Seehandlung setzte 1820 ein, als sie zum unabhängigen Geld- und Handlungsinstitut des Staates erklärt und aus dem Ressort des Schatzministeriums herausgenommen wurde. Der Chef der Seehandlung, Rother, der das Institut bis 1848 leitete, weitete den Funktionskreis des Instituts beträchtlich aus und machte die Seehandlung "zum größten Gewerbetreibenden des Staates"². Unter Rother nahm das Institut im wesentlichen vier Funktionen wahr: 1. Betätigung im staatlichen Bankgeschäft; 2. Reederei und Seehandel; 3. Übernahme und Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Gütern; 4. Unterstützung, Erwerb und Betrieb von industriellen Unternehmungen. Eine besonders große Rolle spielte die letztere Funktion. Die Seehandlung erwarb eine erhebliche Anzahl von Betrieben in der Mühlenindustrie, der chemischen, der Textil- und der metallverarbeitenden Industrie, so unter anderem 1832 die chemische Produktenfabrik Oranienburg, 1842 die Schicklerschen Mühlenwerke Bromberg, ferner eine Reihe von Maschinenspinnereien und Webereien in Schlesien (besonders in Erdmannsdorf und Landeshut) sowie eine Anzahl von Maschinenbauanstalten, in erster Linie die Maschinenbauanstalt Moabit in Berlin, die später von Borsig übernommen wurde.

Die industrielle Tätigkeit der Seehandlung drohte allmählich ihre Hauptfunktion als staatliches Bankinstitut zu überdecken und zu viele Kapitalien festzulegen; zudem wurde von pri-

1 Der folgende Abriss der Institutionsgeschichte stützt sich hauptsächlich auf Hellwig, H., Die preußische Staatsbank (Seehandlung), Berlin 1922, und auf Akten des preußischen Finanzministeriums im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II (im folgenden: DZA), Merseburg, Rep. 151 I A, Nr. 126 u. 134.

2 Hellwig, H., a. a. O., S. 79.

vatkapitalistischer Seite her aus Konkurrenzgründen auf Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit der Seehandlung gedrungen. Durch die bürgerliche Revolution von 1848 wurde die Seehandlung zur Änderung ihrer Politik gezwungen und als Konkurrent der kapitalistischen Privatbetriebe ausgeschaltet. Rother wurde im April 1848 entlassen, und sein Nachfolger, Bloch, begann sofort, die Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe abzustoßen und beschränkte die Funktionen der Seehandlung eindeutig auf das Bankgeschäft. Gleichzeitig wurde das Institut wiederum dem Finanzministerium unterstellt, in dessen Ressort es bis 1944 blieb.

In der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wirkte die Seehandlung - seit 1873 nach Umwandlung der preußischen Bank in die Reichsbank die einzige staatliche Bank Preußens - vor allem als Verbindungsglied zwischen dem kapitalistischen preußischen Staatsapparat und der kapitalistischen privaten Bank- und Börsenwelt. Sie finanzierte hauptsächlich Eisenbahngesellschaften, baute ihre Beziehungen zu privatkapitalistischen Bankhäusern aus und spielte als Bankier des preußischen Staates eine große Rolle in der Anleihe- und Kreditpolitik. In letzterer Beziehung hatte sie die Führung im sogenannten Preußenkonsortium, das eine Reihe wichtiger deutscher Banken umfaßte und alle größeren preußischen Staatsanleihen übernahm. 1918 erhielt die Seehandlung nach mehrfacher Namensänderung die Bezeichnung "Preußische Staatsbank (Seehandlung)".

Nach der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland diente die Seehandlung auch dem faschistischen Staat. Sie verwaltete sämtliche verfügbaren Gelder des Landes Preußen und finanzierte hauptsächlich Betriebe der staatseigenen preußischen Konzerne Preußag, Preag, Hibernia AG und andere. Im Rahmen der faschistischen Finanzierungspolitik spielte sie eine wichtige Rolle. Noch am 7. Januar 1945 konnte die "Deutsche Allgemeine Zeitung" über die Seehandlung schreiben:

"Die Bank hat in der deutschen Geldwirtschaft eine zentrale Stellung. Sie ist nicht nur die Bank des Staates, sondern darüber hinaus eine Bank der Banken. Wesentliche Funktionen übt sie auch in der Betreuung des Kapitalmarktes, wo sie von jeher an der Börse regulierend mitwirkte und in der neuesten Entwicklung vom Reich wichtige Lenkungsaufgaben übertragen erhielt."³

Gleichzeitig mit dem faschistischen Staat brach auch die Seehandlung 1945 zusammen.

3. Bestandslage

Die archivalische Überlieferung der Seehandlung ist infolge des zweiten Weltkrieges auf zwei Archive aufgeteilt.

Ein Teil der Aktenüberlieferung gehört zum Staatlichen Archivfonds der Deutschen Demokratischen Republik und wird im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II, in Merseburg verwahrt,⁴ Es sind die Akten, die bereits vor dem zweiten Weltkrieg von der Bank

³ DZA Merseburg, Rep. 151 I A, Nr. 126.

⁴ Vgl. Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, I. Hauptabteilung, bearb. v. Ernst Müller u. Ernst Posner, Leipzig 1934, S. 148. - Eine Übersicht über die in Merseburg verwahrten Bestände ist nach 1945 bisher nicht erschienen, deshalb muß zur Orientierung noch immer auf die Bestandsübersicht von 1934 zurückgegriffen werden. Die hierin ausgewiesenen Bestände bilden heute im wesentlichen den Archivalienfonds der Historischen Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs in Merseburg. Die Historische Abteilung II setzt somit die Zuständigkeit des ehemaligen preußischen Geheimen Staatsarchivs für die Aktenüberlieferung der zentralen preußischen Verwaltungsebene fort.

an das ehemalige preußische Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem abgegeben worden waren, dort als Rep. 109 aufgestellt wurden, im Krieg in die Salzbergwerke Staßfurt und Schönebeck ausgelagert wurden und dann nach 1945 zusammen mit den anderen Beständen des Geheimen Staatsarchivs nach Merseburg gelangten. Verluste sind nicht aufgetreten, dagegen konnten einige Aktenzugänge verbucht werden. Der in Merseburg befindliche Bestand umfaßt jetzt knapp 2 000 Akteneinheiten, die sich auf die Jahre 1775 bis 1920 erstrecken. Der Überlieferungsschwerpunkt liegt in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts. Die Akten wurden bereits im Geheimen Staatsarchiv geordnet, doch ist die dabei zugrunde gelegte Struktur sehr unübersichtlich und erschwert die Benutzung erheblich.

Ein weiterer Teil der erhaltenen Akten ruht heute als Depositor 109 im Staatsarchiv Berlin-Dahlem in Westberlin.⁵ Es handelt sich um diejenigen Akten, die während des Krieges nicht aus Berlin ausgelagert worden waren, da sie sich noch bei der Bank befanden. Die rund 5 500 Akteneinheiten umfassen den Zeitraum von 1741 bis 1945 und sind in folgende große Gruppen gegliedert: Organisation und Generalia; Schiffahrt und Handel; Geldgeschäfte; industrielle Unternehmungen; landwirtschaftliche Güter, städtische Grundstücke; Verschiedenes. Einige Untergruppen heben sich durch ihren bedeutenden Umfang besonders heraus: Schiffahrt 323 Akteneinheiten (AE), 1815 bis 1910; Salzhandel 146 AE, 1765 bis 1851; Anleihen, Staatsschuldenwesen, Geldbeschaffung für den Staat 572 AE, 1778 bis 1943; Finanzierung nichtstaatlicher Unternehmen 167 AE, 1788 bis 1942; Beziehungen zu anderen inländischen Geldinstituten 102 AE, 1779 bis 1942; finanzielle Beziehungen zum Ausland 139 AE, 1777 bis 1942; Börsengeschäfte 240 AE, 1772 bis 1844; Verwaltung des Leihamtes in Berlin 159 AE, 1802 bis 1940; Mühlen 1 000 AE, 1783 bis 1934; Metallwaren und Maschinenbau 105 AE, 1799 bis 1885; Spinnereien, Webereien 406 AE, 1839 bis 1929; Güter 499 AE, 1595 bis 1920.

In den folgenden Ausführungen können nur die in Merseburg verwahrten Archivalien berücksichtigt werden. Entsprechend deren Überlieferungsschwerpunkt stehen die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts dabei im Vordergrund.

4. Inhaltsanalyse

Bei der Inhaltsanalyse der in der Historischen Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs verwahrten Aktenüberlieferung der Seehandlung kann nicht von der sehr unzulänglichen Struktur dieses Bestandes ausgegangen werden. Im folgenden wird daher die Aktenüberlieferung, die für das Profil des Bestandes maßgebend und für die geschichtswissenschaftliche Forschung am wichtigsten ist, nach Sachgebieten zusammengefaßt, kurz beschrieben. Diese Sachgebiete sind: Handel und Schiffahrt, Landwirtschafts- und Industriebetriebe, Geld- und Bankgeschäfte. Qualitativ und quantitativ weniger bedeutende Aktengruppen müssen unberücksichtigt bleiben.

⁵ Vgl. Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, T. 2, bearb. v. Hans Branig, Winfried Bliß u. Werner Petermann, Köln/(West-)Berlin 1967, S. 95 f. - Der Titel dieser Bestandsübersicht ist ebenso wie die Bezeichnung des Westberliner Archivs irreführend. Nach den Auslagerungen im 2. Weltkrieg werden heute im Archiv in Berlin-Dahlem nur noch geringe und torsohafte Bestandsreste des ehemaligen preußischen Geheimen Staatsarchivs aufbewahrt, die von der Auslagerung nicht erfaßt worden waren. Der relativ große Umfang des Bestandes Seehandlung im Westberliner Archiv ist ein Ausnahmefall.

4.1. Handel und Schifffahrt

Die überlieferten Akten der Seehandlung über den Handels- und Schifffahrtsverkehr beziehen sich auf mehrere geographische Bereiche und erstrecken sich auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aktenmäßig belegt ist der Handel nach Übersee - hier treten Südamerika und Ostasien hervor -, nach der Levante und nach Rußland über die Ostsee. Hinzuweisen ist auch auf die Akten über die Schifffahrts- und Reedereianglegenheiten in den preußischen Ostseehäfen.

In diesen Zusammenhang gehört auch das Getreidegeschäft der Seehandlung, dessen Aktenniederschlag hauptsächlich die Zeit der Vorbereitung und des Ausbruchs der bürgerlichen Revolution 1847 bis 1849 betrifft. Aus diesem Zeitraum sind beträchtliche Getreideankäufe besonders aus Rußland belegt. In Erscheinung treten dabei unter anderem die Firmen Delius in Bremen, Brockmann in Königsberg, Wöhrmann und Sohn in Riga, F. C. Haag in Petersburg, M. Oppenheims Söhne in Berlin, Ernst Mahs & Co. in Odessa, W. Oswald & Co. in Hamburg, Salomon Heine, Georg E. Müller in Petersburg, J. W. L. Frehse in Petersburg, Johannes Greve & Co. in Hamburg, Schröder, Mahs & Co. in Hamburg, H. Bernheim in Berlin. Älter als das Getreidegeschäft war der Salzhandel der Seehandlung. Die im Bestand vorhandenen, nicht sehr zahlreichen Akten über das Salzmonopol und den hauptsächlich nach Polen gehenden Salzhandel stammen aus den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts.

Nicht sehr umfangreich ist die Überlieferung über die Flotte der Seehandlung. Vom Ende des 18. Jahrhunderts sind Akten über die Schiffe "Schwalbe", "Herzog von Bevern" und "Fortune", aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einige Unterlagen über Reisen von Seehandlungsschiffen nach Rio de Janeiro und Kanton vorhanden. Der Kuriosität halber seien die Akten über die Mitnahme von Sandwich-(Hawai-)Insulanern durch die Seehandlungsschiffe "Mentor" und "Prinzessin Luise" in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts erwähnt. Angaben finden sich auch über Dampfschiffe und Dampfschifffahrt auf den Binnengewässern.

4.2. Landwirtschafts- und Industriebetriebe

Die Aktenüberlieferung über die Landgüter der Seehandlung ist verhältnismäßig wenig umfangreich. Sie betrifft vor allem den polnischen Güterbesitz des wegen Veruntreuung entlassenen Seehandlungschefs von Goerne am Ende des 18. Jahrhunderts und die im 19. Jahrhundert von der Seehandlung übernommenen Güter, unter anderem Dolgelin und Lietzen im Oderbruch, Popowo im Regierungsbezirk Bromberg, Ahlsdorf und Schilden in Schlesien.

Aufschlußreicher und ergiebiger ist die Quellenlage über die Tätigkeit der Seehandlung auf industriellem Gebiet. Hier werden die Industriezweige deutlich sichtbar, in denen sich diese staatskapitalistische Institution betätigte und in denen sie zum Teil beträchtliche wirtschaftliche Machtstellungen aufbaute.

Noch im Zusammenhang mit dem Getreidehandel und dem Güterbesitz standen die Getreide- und Ölmühlen der Seehandlung; daneben wurden aber auch Walk- und Schneidemühlen betrieben. Die über die Mühlenbetriebe überlieferten Akten reichen von 1777 bis 1920, haben aber ihren Schwerpunkt im 19. Jahrhundert. Besonders hervorzuheben sind die Mühle in Bromberg, die bis 1919 im Besitz der Seehandlung war, die Mühlen in Elbing und in Beuthen (Oberschlesien) sowie die Mühlen bei Potsdam.

Quellenmäßig gut ist die Stellung der Seehandlung in der Textilindustrie dokumentiert. Es wird hier deutlich, daß die Seehandlung in der schlesischen Textilindustrie eine höchst wichtige Position einnahm. Akten sind unter anderem überliefert über die Flachsgarnmaschinen-

spinnereien in Erdmannsdorf und Landeshut, 1844 bis 1914; die Flachsberbeitungsanstalten Suckau und Patschkey in Schlesien, 1845 bis 1857; die Kammgarnspinnerei in Breslau, 1842 bis 1856; die Maschinenwollweberei in Wüste-Giersdorf, 1842 bis 1848; die Flachsgarnmaschinenspinnereien in Bromberg und Braunsberg, 1842 bis 1845. Neben Unterlagen über die organisatorische und technische Seite der Betriebe finden sich auch Angaben über die soziale Lage der Arbeiter und über Notstände unter den Spinnern und Webern dieser Gebiete.

Die sonstigen Betriebe der Seehandlung befaßten sich überwiegend mit Maschinenbau und chemischer Produktion. Die Akten beziehen sich unter anderem auf die chemische Produktionsfabrik in Oranienburg, 1831 bis 1863; die Maschinenbauanstalt in Moabit, 1843 bis 1863; die Eisenwarenfabrik Silberhammer bei Danzig, 1806 bis 1834; die Maschinenbauanstalt in Breslau, 1842 bis 1843. Außerdem sind Unterlagen über allgemeine Gewerbeverhältnisse besonders in Schlesien und über weitere Betriebsprojekte der Seehandlung vorhanden.

4.3. Geld- und Bankgeschäfte

Das Geld- und Bankgeschäft war die wichtigste Funktion der Seehandlung und das Kernstück ihrer Wirksamkeit. Dementsprechend reichhaltig war auch der Aktenanfall zu diesem Tätigkeitsgebiet. Das Aufgabengebiet der Staatsbank auf diesem Sektor war breit aufgefächert und reichte von Anleihegeschäften über Finanzierung wirtschaftlicher und staatlicher Projekte bis zur Kredithingabe und Vorschußgewährung an Angehörige der herrschenden Klasse, besonders an Mitglieder der Dynastie Hohenzollern, hohe Beamte, Diplomaten, Militärs, Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Verbände. Diese verschiedenartigen Geschäfte hatten alle eine einheitliche Zielsetzung: Sie wurden im Interesse des preußischen Staates und der herrschenden Klassen unternommen.

Bei den Anleihe- und Finanzierungsgeschäften arbeitete die staatseigene Seehandlung eng mit privatkapitalistischen Bankhäusern zusammen. Ihre Geschäftsverbindungen erstreckten sich auf mehrere bedeutende Bankhäuser des 19. Jahrhunderts. In erster Linie stand dabei das Haus Rothschild, zu dem die Verbindungen besonders eng waren. Die Beziehungen zu Rothschild wurden auch zur Erlangung politischer Nachrichten für den preußischen Staat genutzt. So sind vier Akten aus der Zeit von 1830 bis 1847 über die Mitteilung politischer Nachrichten und anderer Neuigkeiten durch die Bankiers von Rothschild vorhanden. Neben den Beziehungen zu Rothschilds sind Verbindungen der Seehandlung unter anderem zu folgenden Banken aktenmäßig dokumentiert: Salomon Bleichröder; Diskontogesellschaft; Mendelssohn & Co.; Salomon Oppenheim & Co.; J. H. Stein in Köln; Bank von England; Gebr. Benecke, Frege & Co. in Leipzig. Im Zusammenhang mit der Realisierung französischer Kriegskontributionswechsel 1871 kam es zu Beziehungen mit Brugmann Sohn in Brüssel, Lippmann, Rosenthal & Co. in Amsterdam, London Joint Stock Bank, D. L. Goldschmidt in Amsterdam und anderen.

Die Akten über die Anleihepolitik der Seehandlung erstrecken sich nicht nur auf preußische Staats- und Provinzialanleihen sowie auf Reichsanleihen; besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beziehen sie sich auch auf Staatsanleihen anderer deutscher Staaten und gelegentlich auf Anleihen benachbarter europäischer Staaten. Unter letzteren spielt Österreich-Ungarn die wichtigste Rolle; erwähnenswert ist hier ein Vorschuß der Seehandlung für die österreichisch-ungarische Mobilmachung während der Balkankrise 1876 bis 1879.

Auch kapitalistische Unternehmungen bezog die Seehandlung in ihre finanzielle Betreuung ein, meist in Form von Kredit- und Vorschußgewährungen sowie von Beteiligung bei Unterbringung von Anleihen. So finden sich unter anderem Akten über einen Vorschuß an Borsig 1849 bis 1867, Stützung des Unternehmens der Gebrüder Dierig in Langenbielau 1845 bis

1853, Aktienübernahme der Gelsenkirchener Bergwerks AG 1873, Übernahme einer Anleihe für Krupp 1874 bis 1882, Beteiligung bei der Übernahme einer Prioritätsanleihe der Union AG für Bergbau-, Eisen- und Stahlindustrie in Dortmund 1874 bis 1881, Geldgeschäfte für den Hörder Bergwerks- und Hüttenverein 1870 bis 1871 und andere.

Einen besonders breiten Raum nehmen die Quellen über Chausseebauten sowie über die Beteiligung bei Eisenbahnanleihen und der Unterbringung von Eisenbahnobligationen ein. In der Mitte des 19. Jahrhunderts spielte das Eisenbahngeschäft bei den finanziellen Operationen der Seehandlung eine zentrale Rolle, so daß fast über alle wichtigen preußischen Strecken Akten angefallen sind. Auch bei der Finanzierung außerpreußischer Eisenbahnstrecken griff die Seehandlung, wie die Überlieferung zeigt, ein, so etwa beim Bau von Bahnlinien in Süddeutschland, in Rußland, in Österreich-Ungarn, in der Schweiz, hier vor allem bei der Mittelelbereitstellung für den Bau der Gotthardt-Bahn, 1871 bis 1902.

Schließlich sei noch auf die Quellen hingewiesen, die die finanzielle Hilfe der Seehandlung für besonders exponierte Vertreter der in Preußen herrschenden Klasse dokumentieren. Diese Hilfe trat in den verschiedensten Formen in Erscheinung durch: Gewährung von Vorschüssen und Darlehen, Eröffnung von Konten zu besonders günstigen Bedingungen (meist in Form eines Conto di tempo) sowie Aktionen zur Entschuldung und Vermögensabwicklung. In letzterer Beziehung fällt besonders die umfangreiche Überlieferung zur Vermögensabwicklung des 1822 verstorbenen und völlig verschuldeten preußischen Staatskanzlers von Hardenberg ins Gewicht, die von dem Seehandlungschef Rother persönlich übernommen worden war. In erster Linie weisen die Akten Darlehensgewährung und Konteneröffnungen für Mitglieder der Hohenzollernndynastie und des Hochadels, wie Pückler-Muskau, Carolath, Radziwill, Czartoryki usw., aus. Daneben sind in erheblichem Umfang Angehörige der hohen Ministerialbürokratie vertreten, wie etwa die Minister von Arnim-Boitzenburg, Beseler, von Beyme, von Bodelschwingh, von Bülow, Dr. Friedenthal, von Manteuffel, von Bernstorff und andere. Demgegenüber treten die Quellen über Gewährung von Darlehen und Konten an Persönlichkeiten außerhalb von Adel und Bürokratie umfangmäßig zurück; einige Angaben finden sich über Alexander von Humboldt, Jahn und den Gartendirektor Lenné.

5. Schlußbemerkung

In der vorangehenden kurzen Skizze wurde versucht, die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen in der Auswertbarkeit der Aktenüberlieferung der Seehandlung für die Erforschung der Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts deutlich zu machen. Es hat sich gezeigt, daß entsprechend den Funktionen der Seehandlung der Aktenbestand auch Aufschlüsse über den engeren Aufgabenbereich einer Staatsbank hinaus zu bieten vermag. Der Informationsgehalt der in der Historischen Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs verwahrten Akten der Seehandlung ist von der marxistischen Geschichtswissenschaft bisher noch nicht ausgeschöpft worden. Es entspräche dem Anliegen dieser Information, wenn der Bestand in Zukunft stärker als bisher in die wirtschaftsgeschichtliche Forschung der DDR einbezogen würde.

Der Bestand Preußisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg

von Udo Dräger

1. Zielsetzung
2. Geschichte und Funktionen des Bestandsbildners
3. Bestandslage
4. Quellenlage
 - 4.1. Soziale Lage der Landarbeiter, Arbeiterbewegung
 - 4.2. Agrarpolitik
 - 4.3. Wasserwirtschaft und Bodenverbesserung
 - 4.4. Domänen und Forsten
 - 4.5. Gestüts- und Veterinärwesen
5. Zusammenfassung

1. Zielsetzung

Die umfangreiche Überlieferung des preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wurde in den vergangenen Jahren im Deutschen Zentralarchiv neu geordnet und durch 32 Findbücher erschlossen. Diese Überlieferung gehört zu den Beständen des Staatlichen Archivfonds der Deutschen Demokratischen Republik, die wertvolles Quellenmaterial zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung enthalten.¹ Das Anliegen dieser Information ist es, die Agrargesichtsforschung auf einen Bestand aufmerksam zu machen, der zu allen Bereichen der Agrargeschichte - zur Agrarproduktion, zur Agrarverfassung, zur Klassenlage und zum Klassenkampf auf dem Lande - für das 19. Jahrhundert und die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts eine Fülle von noch zu entdeckenden und zu verarbeitenden Quellen enthält.

Heitz hat dargelegt, daß die bürgerliche Agrargesichtsforschung in Westdeutschland immer mehr genötigt ist, sich mit den Argumenten und Ergebnissen der marxistischen Histo-

1 Vgl. Lötzke, Helmut, Bestandsinformation für den Wirtschaftshistoriker aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam. Vorbemerkung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 3, S. 385 f.

rker der DDR auseinanderzusetzen, die auf dem sicheren Boden der Quellenzeugnisse stehen.² Für die weitere Erforschung der deutschen Agrargeschichte in der kapitalistischen Epoche kann es von großem Nutzen sein, die vielfältigen und bedeutsamen Dokumente des Bestandes des preußischen Landwirtschaftsministeriums auszuwerten.

Die Aussagekraft der agrargeschichtlichen Quellen der ministeriellen Verwaltungsebene in Preußen für die deutsche Agrargeschichte beruht nicht nur auf der großen territorialen Ausdehnung des preußischen Staates von der Ost- bis zur Westgrenze des ehemaligen Deutschen Reiches. Die Bedeutung der Archivalien des Landwirtschaftsministeriums ergibt sich besonders daraus, daß sich in ihnen das von Lenin als preußischer Weg gekennzeichnete langsame Hinüberwachsen der Fronherrlichen Gutsbesitzerwirtschaft in eine kapitalistische Junkerwirtschaft vielfältig widerspiegelt.³ In diesem Zusammenhang ist auch auf die Feststellung von Engels zu verweisen, daß die Liquidierung des in Preußen am stärksten ausgeprägten Leibeigenschafts- und Fronhofsystems die Durchsetzung des kapitalistischen Ausbeutungssystems in ganz Deutschland zur Folge haben mußte.⁴ Mottek begründet mit dieser Feststellung die bevorzugte Behandlung Preußens im zweiten Band seiner Wirtschaftsgeschichte Deutschlands.⁵

Ein weiteres Anliegen dieser Bestandsinformation ist es, auf Möglichkeiten der Nutzung der archivalischen Quellen für die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft der DDR hinzuweisen, wofür besonders die Gebiete der beiden ehemaligen Provinzen Brandenburg und Sachsen in Frage kommen.

2. Geschichte und Funktionen des Bestandsbildners

Die Kenntnis der wichtigsten Etappen der Geschichte des preußischen Landwirtschaftsministeriums und der Hauptfunktionen dieser Behörde kann wichtige Aufschlüsse über deren gesellschaftliche Funktionen, über den Inhalt der Überlieferung und über ihre Klassengebundenheit geben. Diese Kenntnis ist besonders bei einer zielgerichteten Auswahl und bei der kritischen Auswertung des Quellenmaterials von Bedeutung.

Die Einführung der Ministerialverfassung in Preußen im Jahre 1808 sah noch kein selbständiges Landwirtschaftsministerium vor. Die Landwirtschaftsverwaltung wurde von 1808 bis 1848 von einer Abteilung des preußischen Ministeriums des Innern wahrgenommen. Das Aufgabengebiet dieser Abteilung war die gesamte landwirtschaftliche Verwaltung, insbesondere die Leitung der Regulierungen der gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse, der Gemeinheitsteilungen, der Ablösung gutsherrlicher und anderer Reallasten, der Vorflut- und Fischereiverwaltung und aller Anstalten zur Förderung der Landwirtschaft.

Die Geburtsstunde des selbständigen Ministeriums für landwirtschaftliche Angelegenheiten fällt in die Zeit der bürgerlichen Revolution von 1848 in Deutschland. Als der Finanzmini-

2 Vgl. Heitz, Gerhard, Bauernwirtschaft und Junkerwirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, S. 82.

3 Vgl. Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 13, S. 236.

4 Vgl. Engels, Friedrich, Vorbemerkung zu "Der deutsche Bauernkrieg", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1964, S. 539.

5 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1964, S. 6; vgl. dazu auch die Rezension von Müller, Hans-Heinrich/Kubitschek, Helmut, Reformen und industrielle Revolution, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 2, S. 194.

ster Hansemann, Exponent der rheinischen Bourgeoisie, das März-Kabinett des passiven Widerstandes gegen die Revolution durch ein Ministerium zur Entwaffnung der Revolution ersetzte, wurde die preußische Nationalversammlung dadurch gewonnen, daß "jeder ihrer drei Bourgeoisfraktionen je ein Portefeuille hingeworfen" wurde.⁶ Die zentrale Landwirtschaftsverwaltung, die drei Monate zuvor eine Abteilung des neu gebildeten Ministeriums für Handel und Gewerbe geworden war, erhielt am 25. Juni 1848 den Status eines selbständigen Ministeriums. Die auf der Hand liegenden sachlichen Gründe für die Bildung des neuen Ministerialressorts wurden durch die revolutionären Ereignisse unterstützt. Den Posten des Landwirtschaftsministers erhielt der liberale Abgeordnete der Fraktion des rechten Zentrums, der Stadtsyndikus Gierke.⁷ Zu den bescheidenen Forderungen der bürgerlichen Regierung an die Monarchie und die feudale Klasse gehörte das von Gierke in seiner nur dreimonatigen Ministertätigkeit eingebrachte Gesetz zur unentgeltlichen Aufhebung eines kleinen und für die Junker wertlosen Teils der feudalen Abgaben und Lasten. Die Ablösung der bedeutenderen und entscheidenden feudalen Lasten mußte mit Geld oder Land erkauft werden. Das neugegründete Landwirtschaftsministerium war ebenso wie die bürgerliche Volksversammlung, in der fünfzig bis sechzig bäuerliche Abgeordnete saßen, nicht imstande, "die Grundsuppe alles feudalen Unrats" wegzufegen.⁸

Bereits im November 1848 begann dann die Kette der konservativen Landwirtschaftsminister, die bis zum Jahre 1918 reichte. Ihren amtlich verkündeten Auftrag, die landwirtschaftlichen Interessen im allgemeinen und besonders auf den Gebieten des Zoll- und des Tarifwesens zu wahren, nutzten sie bedenkenlos dazu aus, um die Interessen des Junkertums zu vertreten. Sie machten aus dem Landwirtschaftsministerium eine Interessenvertretung des Großgrundbesitzes.

Zunächst blieb der Ministersessel für Landwirtschaft jedoch für sechs Jahre unbesetzt. Das Ministerium wurde von den reaktionären Innenministern Otto von Manteuffel und von Westphalen mitverwaltet. Gegen die darin erkennbare Tendenz, die Aufgaben der Landwirtschaftsverwaltung zu unterschätzen, führten die Großagrarier einen heftigen Kampf durch Eingaben beim König und Debatten im Herrenhaus. Sie fürchteten, daß die Selbständigkeit des landwirtschaftlichen Ressorts wieder verlorengehen könnte.⁹ 1854 gelang ihnen schließlich die Einsetzung des jüngeren Bruders von Manteuffel als Landwirtschaftsminister, dem bis 1873 weitere Repräsentanten des alten Grundbesitzes, die sich als Landräte oder höhere Verwaltungsbeamte im reaktionären Sinne bereits bewährt hatten, folgten. Sie blieben als Fachminister wie auch politisch unbedeutend. In ihrer Verwaltung ließen sie "so wenig Spuren einer staatsmännischen Tätigkeit zurück, daß man sich daran gewöhnte, dieses Ministerium als eine Sinekure anzusehen, eine einträgliche Stelle ohne nennenswerte Arbeit"¹⁰. Es gelang ihnen lediglich, den Geschäftsbereich des Ministeriums ständig zu erweitern und zu profilieren. Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre waren die Leitung des Gestütswesens, der Deich- und Deichgenossenschaftsangelegenheiten, der Jagdpolizei sowie die Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Rentenbanken und bei der Regulierung des Abdeckereiwesens hinzugekommen. Anfang der siebziger Jahre waren die Leitung der gesamten Verwaltung des Veterinärwesens einschließlich der tierärztlichen Hochschulen und der Veterinärpolizei, die

6 Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, T. 1, Berlin 1960, S.378.

7 Er trat nach seiner Amtszeit als Minister besonders als Wortführer bei dem Protest gegen die gewaltsame Auflösung der Nationalversammlung und bei dem Antrag auf Annahme der von der Frankfurter Nationalversammlung verkündeten Verfassung hervor. (Vgl. ebenda, S. 406; vgl. auch Rep. 169 A, Tit. 45, Nr. 21.)

8 Mehring, Franz, a. a. O., S. 378, vgl. auch S. 382 ff.

9 Vgl. Rep. 77, Tit. 182, Nr. 64, Bd. 1, Bl. 37 - 39, 43 - 48.

10 Vossische Zeitung v. 1. 11. 1894 (Rep. 87 ZB, Nr. 362, Bl. 190).

Beaufsichtigung der landwirtschaftlichen Kreditanstalten und die Mitwirkung bei der Beaufsichtigung aller nicht landwirtschaftlichen Grundkreditanstalten vom Landwirtschaftsministerium übernommen worden. Diese Erweiterungen des Landwirtschaftsressorts konnten gegen die hartnäckigen Weigerungen des Kultus- und Innenministeriums durchgesetzt werden. Das Staatsministerium hielt auch nach Abwicklung der langjährigen Regulierungen der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse aus politischen Gründen das Weiterbestehen eines selbständigen Landwirtschaftsministeriums für erforderlich. Es blieb allerdings bis 1878 mit sieben Räten die kleinste preußische Ministerialbehörde und ohne Abteilungsgliederung.

Mit der 1874 erfolgten Ernennung des schlesischen Guts- und Fabrikbesitzers Dr. Friedenthal, der Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses und Mitglied seiner freikonservativen Fraktion sowie der Fraktion der Deutschen Reichspartei im Reichstag war, wurde in gewisser Weise mit der oben gekennzeichneten Tradition bei der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums gebrochen. Friedenthal wurde zum ersten wirklichen Landwirtschaftsminister, der sich durch seine fachlichen Leistungen und seinen wirtschaftspolitischen Grundsatz, daß die Landwirtschaft kein höheres Interesse als die ausreichende Ernährung des Volkes verdiene, von seinen Vorgängern und Nachfolgern abhob. Das bedeutete natürlich nicht, daß damit eine Abweichung von den Grundlinien der konservativen Wirtschaftspolitik in der Landwirtschaft, die von der Junkerklasse bestimmt wurden, eintrat. Mit der Einsetzung Friedenthals als Landwirtschaftsminister nach einer einjährigen Vakanz wurde der zeitweilig aufgetauchte Gedanke, der Landwirtschaftsverwaltung eine sekundäre Rolle innerhalb des Wirtschaftsministeriums zuzuweisen, aufgegeben. In seiner Amtsperiode gelang dann auch die entscheidende Erweiterung der Aufgaben des Ministeriums durch die Zuweisung der Domänen- und Forstverwaltung aus dem Finanzministerium im Jahre 1878, wodurch die Bildung mehrerer Ministerialabteilungen erforderlich wurde. Zugleich kam es zur Erweiterung der Behördenbezeichnung, die nun Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten lautete.

Nachdem Friedenthal 1879 von Bismarck sehr unglimpflich zum Rücktritt gezwungen worden war, begann die Ära der Verfechter der reaktionären Wirtschaftspolitik der Agrarier der äußersten Rechten und deren Interessenvertretung, des Bundes der Landwirte. Sie waren maßgeblich an dem Ausbau des Systems der Ausbeutung der Volksmassen beteiligt. Für mehr als ein Jahrzehnt übernahm der langjährige Hausfreund des Kanzlers, der Schiffsarzt und Rittergutsbesitzer Dr. Lucius von Ballhausen, als einer der Führer der Deutschen Reichspartei, Exponent der konservativ-klerikalen Mehrheit und Vizepräsident des Reichstages, die Leitung der Landwirtschaftsverwaltung. Mit der Übernahme des Ministerpostens wandelte er sich vom radikalsten Freihändler, der die völlige Beseitigung der Schutzzölle gefordert hatte, zum radikalsten Schutzzollminister, der zur Freude des reaktionärsten Flügels der Agrarier eine rege Propaganda für seine Hochschutzzollpolitik betrieb. Er lehnte die Ermäßigung der Getreidezölle, die Aufhebung der Viehsperre und die Grundgedanken der Handelsvertragspolitik ab und war so zum vollkommenen Agrarier geworden.

Ein Höhepunkt der extremagrarisches Politik wurde in der Amtszeit des märkischen Junkers, Aktionärs und ehemaligen Kavalleriegenerals von Podbielski von 1901 bis 1906 erreicht. Der Günstling Wilhelms II. und Teilnehmer am kaiserlichen Skattisch gab sich als eingefleischter Agrarier vom Scheitel bis zur Sohle; er hatte sich als konservativer Reichstagsabgeordneter und einer der Führer des Bundes der Landwirte empfohlen. Podbielski erfüllte nicht nur die Erwartungen der Großagrarier, sondern übertraf sie noch. Bei der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes, mit der Steigerung der Grundrenten der Grundherren durch Kornzölle auf Kosten der arbeitenden Klassen, bei der Verteidigung des möglichst hohen Profits der Landwirte in den Jahren der Fleischteuerung durch Sperrung der Grenzen für eine Fleischeinfuhr mit fadenscheinigen veterinärpolizeilichen Gründen, in der Schutzzollpolitik, in der nationalistischen Ansiedlungspolitik in den Ostprovinzen und im Kampf gegen den Bau des Mittellandkanals waren die Interessen der Großagrarier bei ihm in besten

Händen.¹¹ Mit seiner Agrarpolitik wollte er einen "Damm gegen die sozialdemokratische Flut" errichten. Die Forderung der Landarbeiter nach Koalitionsfreiheit bekämpfte er mit allen Mitteln, um die Profite seiner Klassengenossen nicht von Streiks in der Ernte gefährden zu lassen. Seine stille Teilhaberschaft bei der Firma Tippelskirch, die den Herero-Krieg durch seine Vermittlung zu höchst profitablen Lieferungsgeschäften ausnutzte, zwang den korrupten Vertrauensmann der Großgrundbesitzer, der sich selbst als "Angriffsartikel der Presse" bezeichnete, schließlich zum Rücktritt. Ihm folgte im Ministeramt der getreue Willensvollstrecker der Großagrarien von Arnim-Criewen, der sich bei der Unterdrückung der Koalitionsbestrebungen der Forstbeamten und bei der Vertretung der deutschen nationalen Interessen in der Polenfrage unrühmlich hervortat.

Von 1910 bis 1917 vertrat der junkerliche Plutokrat, der König der Weinberge am Rhein, von Schorlemer-Lieser, einer der reichsten Magnaten in Preußen und persona grata beim Kaiser, als Landwirtschaftsminister die Interessen der Junker. Als Mitglied der konservativen Fraktion im Herrenhaus hatte sich Schorlemer als fanatischer Wahlrechtsfeind und Wortführer der Wahlrechtsverschlechterungsanträge für ein Ministeramt in der stockkonservativen Junkerregierung unter Bethmann-Hollweg empfohlen. Schorlemer erwarb sich durch seinen Schutzzollschwur, die strikte Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der Zoll- und Liebesgaben für den Großgrundbesitz, seine nationalistische Siedlungspolitik und seine vollständige Gleichgültigkeit gegenüber der Not des Volkes bei den Teuerungsinterpellationen und besonders in den Hungerjahren des ersten Weltkrieges das unbeschränkte Vertrauen der Agrarier.¹² Ein Jahr vor Ende des Krieges stolperte er über seine untragbar gewordene Ernährungspolitik und darüber, daß seine stitlichen Verfehlungen bekanntgeworden waren; er räumte seinen Platz dem pommerschen Junker Eisenhart-Rothe.

Die sich ständig erweiternden Verwaltungsaufgaben hatten in diesem Zeitraum zur Vergrößerung des Landwirtschaftsministeriums auf ein Personal von 275 Mitarbeitern, darunter 125 Direktoren und Räte, geführt. Für die Pferdezucht und Gestütsverwaltung und für das Veterinärwesen waren selbständige Ministerialabteilungen hinzugekommen, für den Minister war ein Zentralbüro gebildet worden.

Das Landwirtschaftsministerium war nach der bürgerlichen Revolution für siebenzig Jahre ein Instrument der preußischen Junker, während im Wirtschafts- und Finanzministerium stärker Interessenvertreter der Bourgeoisie liberaler und nationalliberaler Richtung zum Zuge kamen. Als am 12. November 1918 Otto Braun, SPD, und Adolf Hofer, USPD, im Ministerium erschienen und erklärten, daß sie vom Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats beauftragt worden seien, die Leitung des preußischen Landwirtschaftsministeriums zu übernehmen, begann eine neue Periode in der Geschichte des Ministeriums. Sie wird gekennzeichnet durch eine Wirtschaftspolitik im Interesse des bürgerlich-kapitalistischen Staates, die schrittweise immer mehr in eine reaktionäre Richtung gedrängt wurde und in der faschistischen Blut- und Bodenpolitik endete.

Am 13. November 1918 hatte die vom Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzte provisorische preußische Regierung in ihrem Regierungsprogramm die Vergesellschaftung der dazu geeigneten landwirtschaftlichen Großbetriebe angekündigt. Bereits am 3./4. Januar 1919 traten die Vertreter der USPD, darunter Adolf Hofer, unter dem Eindruck der Massendemonstrationen gegen das konterrevolutionäre Bündnis der sozialdemokratischen Führer mit dem Militarismus aus der Regierung aus. Das Landwirtschaftsministerium blieb bis 1921 in der Hand des Mitgliedes der rechtssozialdemokratischen Partei-

11 Vgl. Vorwärts, Nr. 21, v. 22. 1. 1916; Magdeburgische Zeitung, Nr. 54, v. 21. 1. 1916; Volkszeitung, Nr. 38, v. 21. 1. 1916 (Rep. 87 ZB, Nr. 368, Bl. 223 ff.).

12 Vgl. Rep. 87, ZB, Nr. 391.

führung, Otto Braun, der vor dem ersten Weltkrieg die ostpreußische Landarbeiterbewegung geführt hatte und als Spezialist der Mehrheitssozialisten für landwirtschaftliche Fragen galt. Ihm folgte 1921 für ein halbes Jahr der bereits langjährig im Dienste des Großgrundbesitzes und dann im Landwirtschaftsministerium tätig gewesene Dr. Hermann Warmbold.¹³ Beide Minister kamen mit ihrer Politik der Kompromisse kaum über die Aufstellung anspruchsvoller Programme hinaus. In der Unterdrückung der fortschrittlichen und kommunistischen Landarbeiterbewegung machten sie sich wie ihre Nachfolger zu Handlangern des bürgerlichen Staates. Mit dem Koalitionsrecht, den Tarifverträgen und sozialpolitischen Maßnahmen nach der Novemberrevolution wurden zwar die Ausnahme Gesetze, unter denen die Land- und Forstarbeiter seit mehr als einem Jahrhundert standen, beseitigt, andererseits wurde jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung ständig weiter ausgebaut. Aus der Weimarer Verfassung ergab sich, daß die Wahrnehmung landwirtschaftlicher Belange in der Hauptsache Aufgabe der Länder blieb. Einige wichtige Befugnisse gingen zwar an das Reich über, wie zum Beispiel die Gesetzgebung über den Außenhandel, über das Zoll- und Veterinärwesen, das Arbeits- und Bodenrecht und das Enteignungsrecht. Jedoch auch auf diesen in die Landwirtschaft eingreifenden Gebieten verblieb die Ausführung der Reichsgesetze bei den Ländern.

Im Ministerium selbst trat neben dem erhöhten Verwaltungsaufwand für die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft, die im Interesse der Konsumenten in der Nachkriegszeit noch mehrere Jahre notwendig war, auch eine weitere erhebliche Aufgabenerweiterung ein. Im März 1921 kamen durch die Auflösung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten die Verwaltung der Wasserläufe erster Ordnung bzw. die Wahrnehmung der wasserwirtschaftlichen Interessen Preußens für die großen, an das Reich übergehenden Wasserstraßen und die Verwaltung der Wegeangelegenheiten an das Landwirtschaftsministerium. Dadurch wurde die Bildung einer weiteren Ministerialabteilung erforderlich.

Vom Ende des Jahres 1921 bis zum Jahre 1925 lag die Leitung des Ministeriums zunächst in den Händen des Vertreters der Deutschen Demokratischen Partei, Dr. Wendorff, dessen Partei in den ersten Jahren der Weimarer Republik durch den deutschen Bauernbund unterstützt wurde.¹⁴ Danach ging das Ministeramt für acht Jahre an das Mitglied des Zentrums, Dr. med. vet. Steiger, über. Beide Minister stellten ihre Tätigkeit während der Inflation, bei der Zollnovelle von 1925 und in der Kredit- und Preispolitik in den Dienst der kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe. Hinsichtlich der Gemeindeverwaltung trat eine wichtigere Änderung erst mit der im Dezember 1927 gesetzlich festgelegten Aufhebung der Gutsbezirke ein, wodurch in Preußen 12 900 Gutsgemeinden die Selbstverwaltung erhielten.

Das Landwirtschaftsministerium entwickelte sich in den zwanziger Jahren zum personalstärksten preußischen Ministerium mit über 460 Mitarbeitern. Zur Lösung seiner Aufgaben bestanden seit 1924 bzw. 1927 sieben Ministerialabteilungen. Von diesen verwalteten die beiden Landwirtschaftsabteilungen die Aufgabenbereiche Wirtschafts- und Handelspolitik, landwirtschaftliche Erzeugung, Forschung und Ausbildung, Kreditmaßnahmen, Berufsvertretungen und Landarbeiter, Siedlungswesen, Landeskulturwesen, Fischerei und Jagd. Daneben bestanden sachlich schärfer abgegrenzte Abteilungen wie die Domänen-, die Forst-, die Veterinär-, die Tierzucht- und Gestüts- sowie die Wasserwirtschaftsabteilung. Die letztere war zuständig für den Landeskulturbau, die Wasserwirtschaft, den Wasserbau, die Wasserstraßen und das Deichwesen.

13 Der parteilich nicht gebundene Warmbold wechselte dann in den Vorstand der IG Farbenindustrie über und wurde schließlich im Auftrag der Konzerne Reichswirtschaftsminister in den Regierungen Brüning, Papen und Schleicher, in denen er die Ziele der reaktionären Teile des deutschen Monopolkapitals vertrat.

14 Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, hg. v. Dieter Fricke, Bd. 1, Leipzig 1968, S. 311.

Für die Jahre 1933/34 übernahm schließlich der berüchtigte Chef des Rassen- und Siedlungspolitischen Amtes der SS, der Verfechter des faschistischen Blut- und Bodengedankens, Diplom-Kolonialwirt und Diplom-Landwirt Richard Walter Darré, das preußische Landwirtschaftsministerium. In den Jahren 1932/33 waren bereits einige Aufgabengebiete, zum Beispiel das landwirtschaftliche Kreditwesen und das Unterrichtswesen, an andere Ministerien abgegeben worden. Die Forstverwaltung war im Dezember 1933 als Landesforstverwaltung dem preußischen Ministerpräsidenten unterstellt worden. Im Zuge der Gleichschaltung der Länder mit dem Reich kam es am 31. Dezember 1934 zur Auflösung des preußischen Landwirtschaftsministeriums. Es wurde mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vereinigt. Der organisatorische Zusammenschluß blieb in der Bezeichnung Reichs- und Preußisches Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft bis 1938 erkennbar.

3. Bestandslage

Die vor 1945 an das ehemalige preußische Geheime Staatsarchiv abgegebenen Akten des preußischen Landwirtschaftsministeriums sind während des zweiten Weltkrieges in die Schächte der Salzbergwerke von Staßfurt und Schönebeck ausgelagert worden. Sie gelangten nach dem Kriege ohne Verluste in das Deutsche Zentralarchiv, Historische Abteilung II, in Merseburg. Der Bestand des Landwirtschaftsministeriums, Archivsignatur Rep. 87, umfaßt 1 680 lfm mit insgesamt 53 350 Akteneinheiten. Kleinere, aus den Dienstgebäuden nach 1945 geborgene Überlieferungsteile der Domänen- und der Wasserwirtschaftsabteilung befinden sich im Staatsarchiv in Berlin-Dahlem.¹⁵ Der größte Teil der noch während des Krieges in den Dienstgebäuden oder deren Ausweichstellen verbliebenen Akten ist vernichtet worden. Insgesamt gesehen, ist jedoch die Aktenüberlieferung des Landwirtschaftsministeriums weitgehend erhalten geblieben. Zeitlich erstrecken sich die Akten von 1806 bis 1935. Lücken sind in der Überlieferung aus dem 20. Jahrhundert vorhanden.

Die acht Bestandsabteilungen sind in einem mehrstufigen System in Sachgruppen untergliedert. Für die Benutzung ist darauf hinzuweisen, daß die Überlieferung vielfach für das gesamte preußische Staatsgebiet oder einzelne Provinzen Überblicke über die verschiedenen Sachgebiete vermittelt, was sich aus der höheren Abstraktionsstufe und der Verdichtung der Quellen auf ministerieller Verwaltungsebene ergibt. Daneben sind jedoch auch einzelne Objekte und besonders wichtige lokale Vorkommnisse, wie zum Beispiel Landarbeiterstreiks auf einzelnen Gütern oder in einzelnen Kreisen, in der Überlieferung aktenkundig geworden.

4. Quellenlage

4.1. Soziale Lage der Landarbeiter, Arbeiterbewegung

Für Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zur sozialen Lage der Volksmassen liegen im Bestand des Landwirtschaftsministeriums bedeutende und umfangreiche Quellen vor, die aus der Aufsichtsfunktion des Landwirtschaftsministeriums über die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter und die Landarbeiterbewegung erwachsen sind. Neben der Auswertung der zum Teil faktenreichen Berichte und Einschätzungen über die Lage und die Aktionen der Arbeiterklasse durch den Staatsapparat der herrschenden Klassen ist für die Forschung von besonderem Interesse, daß die staatlichen Quellen durch eine erhebliche An-

¹⁵ Vgl. Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, T. II, Köln/Berlin 1967, S. 28 ff. - Es handelt sich um ca. 3 500 Domänenakten und ca. 2 200 Wasserwirtschaftsakten.

zahl von Dokumenten der Arbeiterklasse selbst - unter anderem durch beschlagnahmte Flugblätter und Flugschriften, Ausschnitte aus Arbeiterzeitungen, Anträge und Stellungnahmen der Abgeordneten der Arbeiterparteien und Landarbeiterorganisationen, Abschriften von Rundschreiben und Arbeitsinstruktionen des Zentralkomitees der KPD, Abteilung Land - ergänzt werden.

Über die soziale Lage der Landarbeiter ist eine relativ umfassende Überlieferung von 1815 bis 1934 vorhanden. Hervorzuheben sind besonders die Aktengruppen über den Gesindedienst, die Arbeitsrechtsverhältnisse und Tarifverträge von Land- und Forstarbeitern, vorwiegend von 1919 bis 1933, die nach den einzelnen preußischen Provinzen und außerpreußischen deutschen Gebieten aufgeschlüsselt wurden, über die Arbeitslosigkeit und die Lage der Landarbeiter einschließlich der sozialpolitischen Bemühungen um deren Verbesserung, über den Landarbeiterwohnungsbau, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter und deren Arbeitsrechtsverhältnisse, besonders von Saison- und Wanderarbeitern. Ferner ist hinzuweisen auf Unterlagen über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und Arbeitslosen während und nach dem ersten Weltkrieg, über die Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel und den Notstand in der Fleischversorgung sowie über die Auswanderung und die Ansiedlung von Landarbeitern.

Nicht so umfangreich, jedoch von noch größerer Bedeutung ist die Quellengruppe zum ökonomischen und politischen Kampf der Landarbeiter, die von 1889 bis 1934 reicht und ihren Schwerpunkt in den Jahren von 1919 bis 1933 hat. Die Akten über die sozialdemokratische Bewegung von 1878 bis 1918 greifen zwar über die Landarbeiterbewegung hinaus und werden durch Übersichten für die Organisation in anderen europäischen Staaten ergänzt, sie enthalten jedoch als Kern die Agitation der Sozialdemokratie auf dem Lande. Die Fortsetzung bildet die Dokumentation des Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands auf dem Lande in zehn Aktenbänden von erheblichem Umfang, die sich auf den Zeitraum von 1919 bis 1933 erstrecken. Sie reicht von Berichten über Versammlungen, Streiks, Demonstrationen, den Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Klassenkämpfe in Deutschland, die Aktionen der Roten Ruhrarmee, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bis zu solchen über die Leitungstätigkeit des Zentralkomitees der KPD, die internationale Zusammenarbeit der revolutionären Land- und Forstarbeiter, den Kampf gegen den Faschismus und die illegale Arbeit auf dem Lande.

Diese Überlieferung wird durch Aktengruppen über die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten sowie von Betriebsräten, über den Kampf um das Koalitionsrecht hauptsächlich vor 1918, den Deutschen Landarbeiterverband sowie über das Vereins- und Versammlungsrecht und nicht zuletzt durch die Dokumentation der verschiedenen Formen des Klassenkampfes ergänzt. Dazu sind Eingaben und Beschwerden über Mißhandlungen von Landarbeitern, Aktenreihen über Kontraktbrüche und Landflucht, Kündigung von organisierten und politisch aktiven Landarbeitern und eine umfangreiche Aktengruppe über Landarbeiterstreiks in den preußischen Provinzen von 1919 bis 1932 zu rechnen.

Neben den Akten zur Landarbeiterbewegung ist auch Informationsmaterial zum ökonomischen und politischen Kampf der Industrie- und Bergarbeiter vorhanden, das dem Landwirtschaftsminister als Mitglied des Staatsministeriums zugeing und als Ergänzung zu den Beständen des Innen- und Wirtschaftsministeriums angesehen werden kann. Es erstreckt sich auf Berichte über Lohn- und Arbeitskämpfe, den staatlichen Schutz von Streikbrechern, die Ansiedlung von Industriearbeitern in den Provinzen Posen und Westpreußen, die soziale Lage in Industrie, Handel und Gewerbe, die Organisation der Arbeiterbewegung im Ausland und über revolutionäre Ereignisse besonders in Rußland und Polen.

4.2. Agrarpolitik

Den Schwerpunkt des Bestandes Landwirtschaftsministerium bilden sowohl inhaltlich als auch quantitativ die Akten zur Agrarpolitik. Für die allgemeinen Maßnahmen zur Förderung der Landeskultur, verbunden mit Berichten über die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Provinzen und Notstandsaktionen, reicht das Quellenmaterial von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1934. Eine dichte Überlieferung liegt für die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, aufgeschlüsselt nach den einzelnen landwirtschaftlichen Produkten, und für die Zwangsverwaltung der Grundstücke und Betriebe von Angehörigen feindlicher Staaten im ersten Weltkrieg und während der wirtschaftlichen Demobilisierung vor. In der Zeit der Weimarer Republik sind sehr umfangreiche Aktengruppen über die Wirtschaftspolitik in den Grenzgebieten und für die Volksernährung und Preisbildung entstanden, die bis 1934 weitergeführt wurden. Berichte über die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Ausland und in den ehemaligen deutschen Kolonien, zumeist von den land- und forstwirtschaftlichen Sachverständigen bei den Botschaften und Konsulaten verfaßt, geben besonders für die Zeit von 1885 bis 1926 einen guten Überblick. Diese Überlieferung wird in fast allen Sachgruppen des Bestandes durch Akten ergänzt, die über den Stand der einzelnen Spezialgebiete im Ausland Aufschluß geben. Ein vielseitiges Quellenmaterial liegt für die landwirtschaftliche Statistik unter anderem über Ernteergebnisse, Anbau, Betriebe, Aus- und Einfuhr und Gartenbau vor, ebenso für andere Gebiete der allgemeinen Wirtschaftspolitik wie zum Beispiel Ausstellungen und Kongresse im In- und Ausland, Ehrungen für landwirtschaftliche Leistungen, landwirtschaftliche Wirtschaftsführung und das Bau- und Vermessungswesen.

Für die gesamte Laufzeit des Bestandes ist ein umfangreiches Quellenmaterial über die pflanzliche und tierische Produktion entstanden. Es reicht vom Acker- und Pflanzenbau, dem Garten-, Obst-, Gemüse- und Weinbau, dem Pflanzenschutz und der Schädlingsbekämpfung bis zur Tierzucht, der Milchwirtschaft, der Binnen- und Seefischerei und den landwirtschaftlichen Nebengewerben und schließt organisatorische Fragen wie die Bildung von Fachverbänden ein.

Noch deutlicher wird das Eingreifen der Landwirtschaftsverwaltung in die kapitalistische Wirtschaft auf dem Gebiet des Binnen- und Außenhandels. Neben der Handelsgesetzgebung, den Grundsätzen für die Zoll- und Handelsvertragspolitik sind der Getreidehandel, der Handel mit den einzelnen landwirtschaftlichen Produkten, Börsenangelegenheiten, das Zollsystem und die Zollbestimmungen für die einzelnen Produkte, die Handelsverträge und Handelsbeziehungen mit fast allen Staaten der Erde ziemlich lückenlos dokumentiert. Ebenso ist eine größere Aktengruppe über das Verkehrswesen und den Wegebau entstanden.

Auch der Bereich der staatlichen Grundstücks- und Siedlungspolitik hat seinen Niederschlag in dem Ministerialbestand gefunden. Neben der Gesetzgebung für den Grundstücksverkehr, die Erbfolge und die Pachtverhältnisse im Gesamtzeitraum liegt der Schwerpunkt des Sachgebietes Grundbesitzverhältnisse eindeutig bei den Regulierungen der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Hauptaufgabe der Landwirtschaftsverwaltung während mehrerer Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Die sehr ausgedehnte Dokumentation über die Durchführung der Regulierungen, Ablösungen und Gemeinheitsteilungen, die sich über das ganze 19. Jahrhundert hinzieht, reicht bis zu den einzelnen Gütern und Gemeinden in allen zwölf preussischen Provinzen. Die Überlieferung zur Siedlungspolitik beginnt zwar bereits 1806, sie gewinnt jedoch erst durch das nationalistische Gesetz über die Beförderung der deutschen Ansiedlung in den Provinzen Westpreußen und Posen im Jahre 1886 eine erhebliche Dichte und Bedeutung. Zur Gesetzgebung, Statistik und Korrespondenz in der Ansiedlungs- und Polenpolitik kommen Sitzungs- und Geschäftsberichte der Ansiedlungskommission, Sammlungen von Eingaben und Zeitungsartikeln und eine geschlossene Aktengruppe über das Rentengutsverfahren und seine Erfolge hinzu. Auch für die sogenannte innere Kolonisation, die sich die Agrarpolitiker der Nachkriegszeit als eine Hauptaufgabe gestellt hatten, ist eine bis 1929

reichende Aktenüberlieferung, zum Beispiel zur Durchführung des Reichssiedlungsgesetzes von 1919 und über das Enteignungsverfahren zur Gewinnung von Siedlungsland, vorhanden.

Einen erheblichen Anteil an der Förderung und Intensivierung der Landwirtschaft hatten die landwirtschaftlichen Vereine, die landwirtschaftliche Kredit- und Genossenschaftspolitik und das landwirtschaftliche Bildungs- und Forschungswesen. Die landwirtschaftlichen Vereine, deren Bildung von Albrecht Thaer zur Vermittlung von Erfahrungen und Kenntnissen angeregt wurde, entwickelten sich in Preußen seit 1820. Die sehr umfangreiche Überlieferung über das vielfach gegliederte Vereinswesen, das sich aus den Zentralvereinen für die einzelnen Provinzen, den lokalen Vereinen für einen Ort oder Kreis und Spezialvereinen aller landwirtschaftlichen Sachgebiete zusammensetzt, enthält für jeden der fast tausend Vereine Akten, die zum Teil bis 1934 reichen. Einen ebenso umfangreichen Aktenniederschlag hat das landwirtschaftliche Kredit-, Bank- und Genossenschaftswesen gefunden. Die Akten zur Kreditpolitik erstrecken sich unter anderem auf die allgemeine Gesetzgebung, die weitverbreiteten Raiffeisenschen Darlehnskassenvereine seit 1875, die Einrichtung und Tätigkeit von Kreditinstituten und Kreditbanken besonders seit 1861, die Einrichtung von Renten- und Landeskulturrentenkassen zur Förderung der Ablösung der dinglichen Lasten auf dem Grundbesitz bzw. zur Förderung der Landeskultur, die Tätigkeit der 1895 gegründeten Zentralgenossenschaftskasse, auf das vielseitige landwirtschaftliche Versicherungswesen und das landschaftliche und ritterschaftliche Kreditsystem. Besonders gut ist auch die staatliche Umschuldungspolitik von 1928 bis 1934 durch die Gewährung von Umschuldungskrediten, Ostpreußen- und Osthilfe dokumentiert. Die umfangreiche Überlieferung für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, das bis 1932 dem preußischen Landwirtschaftsministerium unterstand, umfaßt alle Stufen und Entwicklungsetappen des Bildungssystems. Für das landwirtschaftliche Hochschulwesen sind besonders die Aktengruppen über die auf Vorschlag von Thaer entstandenen landwirtschaftlichen Akademien von 1815 bis 1894, über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Institute an den einzelnen Universitäten seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts und über die beiden landwirtschaftlichen Hochschulen in Berlin und Bonn-Poppelsdorf von 1844/47 bis 1934, für die letzteren unter anderem auch zu den Studienangelegenheiten, dem Lehrpersonal und den einzelnen Instituten, zu nennen. Zur bäuerlichen Nachwuchsausbildung liegt Quellenmaterial über die mittleren, Landwirtschaftsschulen genannten Fachschulen in den einzelnen Provinzen und über die niederen Fachschulen, die Fortbildungs-, Winter- und Ackerbauschulen vor. Dazu kommen Aktengruppen über Spezialschulen wie die Molkerei- und Wiesenbauschulen und die gärtnerischen Lehranstalten. Quellen zur landwirtschaftlichen Forschung sind besonders in den Aktengruppen über das Versuchswesen, die Versuchsstationen, die Versuchs- und Forschungsanstalten und die Veröffentlichungen und Expeditionen zusammengefaßt worden.

4.3. Wasserwirtschaft und Bodenverbesserung

Zwischen dem großen und selbständigen Sachgebiet der Wasserwirtschaft und Bodenverbesserung und den Sachgebieten der Agrarpolitik bestehen vielseitige Zusammenhänge. Die einzelnen Aufgabengebiete der Wasserwirtschaft sind jedoch erst etappenweise und zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten der Landwirtschaftsverwaltung übertragen worden, was sich in der ungleichmäßigen zeitlichen Ausdehnung der einzelnen Aktengruppen widerspiegelt. Bereits seit dem Jahre 1808 gehörten Teile der Wasserbauverwaltung mit dem besonderen Schwerpunkt auf der Vorflut und dem Meliorationswesen zum Aufgabengebiet der Landwirtschaftsverwaltung, ab 1849 auch die Deich- und Deichgenossenschaftsangelegenheiten. 1921 kam die Verwaltung der Wasserläufe einschließlich der Häfen und Brücken sowie der Strom- und Schifffahrtspolizei hinzu. Lücken in der Überlieferung bestehen für die Zeit nach 1925.

Die intensive gesetzgeberische Tätigkeit des preußischen Staates auf dem Gebiet des Wasserrechtes wird dokumentiert durch die Überlieferung zur Ent- und Bewässerungs- sowie

Vorflutgesetzgebung, zur Bildung von Wasser- und Meliorationsgenossenschaften, in den ausgedehnten Vorarbeiten zum Wassergesetz vom 7. April 1913 einschließlich der eingegangenen Gutachten, der Pressestimmen, Parlamentsverhandlungen und der Protokolle der Wassergesetzkommission dazu. Darüber hinaus sind Deichgesetze, Uferordnungen, Rechte an Wasserläufen und die Bildung von Wasserbeiräten bis 1934 überliefert. Eine geschlossene Aktengruppe liegt für die Hochwasser- und die Wasserschäden von 1835 bis 1933 vor. Die eng miteinander verflochtene Überlieferung über den Wasserbau, die Wasserstraßen und die Wasserversorgung reicht von Mühlenanlagen, Holzflößerei, Ausführung gesetzlicher Bestimmungen, zum Beispiel für die Räumung und Reinerhaltung der Flüsse und Kanäle, von den zahlreichen Flußregulierungen an einzelnen Strömen und Stromabschnitten, dem Bau von Talsperren (1885 bis 1926) an den einzelnen Flußsystemen, unter anderem auch im Harz, der Nutzbarmachung der Wasserkräfte bis zu den Kanalbauten, darunter der Bau des Mittellandkanals (1862 bis 1920). Ebenso muß die Forschung und die Wirtschaft auf die Aktengruppen über die Verbesserung der Trinkwasserversorgung, über Wasserleitungsanlagen und die Kanalisierung der Städte, über Wasserstandsbeobachtungen und -regulierungen in allen preußischen Provinzen (1887 bis 1924) und die Herstellung von Wasserkarten hingewiesen werden. Ergänzt wird dieser Sachkomplex durch Akten über die Regelung der Wasserwirtschaft, den Übergang von Wasserstraßen an das Reich, die Internationalisierung der größeren deutschen Wasserstraßen und Seehäfen nach dem ersten Weltkrieg, die Bildung von Wasserstraßenbeiräten und die Errichtung einer wissenschaftlichen Reichszentralstelle für Gewässerkunde und Wasserwirtschaft.

Eine umfangreiche Aktengruppe enthält Informationen über das Deichwesen, die Reform des Deichschutzsystems, den Bau und die Unterhaltung von Deichen sowie über die Tätigkeit der Deichverbände in den Provinzen. Dem entspricht inhaltlich der weniger umfangreiche Aktenniederschlag zum Dünenwesen und Küstenschutz. Sehr ausgedehnt ist die archivalische Überlieferung über das Meliorationswesen, die Finanzierung und technische Vorbereitung der Meliorationsprojekte, die Bildung von Meliorationsgenossenschaften und die Durchführung der Meliorationen und Flußregulierungen in den einzelnen Kreisen bzw. Flußgebieten des preußischen Territoriums. In engem Zusammenhang damit steht eine kleinere Aktengruppe über die Moorkultur, die Quellen über deren Finanzierung, über die Torfgewinnung, die Moorversuchstationen und die Besiedlung der Mooregebiete enthält.

4.4. Domänen und Forsten

Die Anzahl der Staatsgüter betrug etwa um 1 000 mit einer Gesamtfläche von 300 000 bis 400 000 Hektar. Der von der Domänenverwaltung zu erbringende Zuschuß zum Staatshaushalt, 1880 zum Beispiel fast 23 Millionen Mark, hatte nur in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine größere Bedeutung. Sie wurde am Ende des 19. Jahrhunderts und im 20. Jahrhundert immer geringer, was eine Folge der fortschreitenden Industrialisierung und der damit zusammenhängenden Veränderung in der Höhe und Zusammensetzung des Nationaleinkommens war. Die Bedeutung der Staatsgüter lag in dieser Zeit vor allem darin, die Landwirtschaft zu intensivieren, Musterwirtschaften zu schaffen und Siedlungsland zur Verfügung zu stellen.

Aus der gesetzgeberischen und anleitenden Tätigkeit der Domänenabteilung sind für das 19. Jahrhundert umfangreiche Archivalien, für das 20. Jahrhundert dagegen nur Bruchstücke vorhanden. Von besonderem Interesse für die agrargeschichtliche Forschung dürften die Quellengruppen über den Besitz von Domänen, Schlössern und Gebäuden sein, in denen sich die Erwerbs- bzw. Veräußerungspolitik des Staates widerspiegelt. Der Umfang und die Ergiebigkeit der Aktenüberlieferung zur Verpachtung der Domänen, zu den Besitzverhältnissen der Domänenbauern, zu den Steuern, Abgaben und Diensten, zur Landwirtschaft und zur Nutzung der domänenfiskalischen Fischereien und Mühlen - um nur einige

Sachgebiete zu nennen - entsprechen deren Bedeutung. In einer fast lückenlosen Reihe sind Akten über jedes Domänenamt angelegt worden, die von der agrargeschichtlichen und Regionalgeschichtsforschung nicht übersehen werden sollten.

Die Verwaltung der Staatsforsten, deren Gesamtfläche zwischen 2,5 bis 3 Millionen Hektar betrug, erbrachte 1881 einen Überschuß von 25 Millionen Mark und 1927 von 57 Millionen Mark, der besonders von den Schwankungen des Holzpreises abhängig war. Im Unterschied zu den Domänen wurden die Forsten weitgehend vom Staat selbst bewirtschaftet. Das gibt der in der Ministerialabteilung über die Forsten angefallenen Überlieferung, die nicht nur für das 20. Jahrhundert, sondern zum Teil auch für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts erhebliche Lücken aufweist, ein besonderes Gepräge. So ist hier auch auf Aktengruppen zur Organisation der Forstverwaltung, über forstwissenschaftliche Veröffentlichungen, den Unterricht an den Forstakademien Berlin und Eberswalde und die Forstetats hinzuweisen, die in der Regel nicht über das 19. Jahrhundert hinausgehen. Die Prüfungs- und Personalakten des akademischen Forstpersonals reichen dagegen bis 1935. Über die Besitzverhältnisse liegt besonders für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eine dichte Dokumentation vor. Den quantitativen Schwerpunkt der Bestandsabteilung bilden Akten über den Holzhandel und die staatlichen Holzlieferungen. Weniger umfangreich ist das Material über die Ablösung der Forstservituten, die Forstkultur, die Forstnebennutzungen, wie Teerschweler und Kohlenmeiler (1807 bis 1871), die Fischerei, Hütungen und Jagd.

4.5. Gestüts- und Veterinärwesen

Der Teilbestand der Gestütsabteilung umfaßt die beiden Hauptgruppen Gestütswesen und Landespferdezucht. In der von 1806 bis 1927 reichenden Überlieferung zu den 25 staatlichen Haupt- und Landgestüten, darunter die Gestüte Trakehnen, Graditz, Kreuz, Neustadt (Dosse) und Vepra, ist nicht nur die Verwaltung einschließlich Bau-, Kassen-, Grundstücks- und landwirtschaftlichen Angelegenheiten dokumentiert. Einen wichtigen Anteil daran hat die Berichterstattung über die Gestütpferdezucht, darunter die Zusammenfassung der Zuchtergebnisse, Abfohlungstabellen, Bedeckungsnachweisungen, Pferdeankäufe im Ausland, Reisen in außerpreußische Gestüte und Beteiligung an öffentlichen Pferdereennen. Die andere Hauptgruppe der Akten über die Landespferdezucht, die von 1807 bis 1929 reicht, enthält Archivalien über die staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Pferdezucht im gesamten Staatsgebiet und in den einzelnen Provinzen. Dazu gehören auch Bänderreihen über die Einführung ausländischer Pferderassen, über Schriften und Berichte zur Pferdezucht im In- und Ausland, über die Abhaltung von Pferdeschauen und Pferdemarkten, über die Gründung und Tätigkeit von Vereinen für Pferdezucht bzw. für Pferdereennen und Tierschauen, Darunter der Union-Club in Berlin-Hoppegarten. Unmittelbar dazuzurechnen ist auch die umfangreiche Überlieferung über Pferdereennangelegenheiten, besonders zum Rennbetrieb von 1819 bis 1920. Schließlich soll auch die Aktenreihe über das Militärremontewesen von 1807 bis 1918 nicht unerwähnt bleiben.

Von besonderem Interesse für die medizingeschichtliche Forschung ist die Überlieferung der Veterinärabteilung. Eine ihrer Hauptaufgaben war die Leitung der tierärztlichen Ausbildung und die Entscheidung über die staatliche Anstellung der Tierärzte. Dadurch sind auch mehrere tausend Prüfungsakten von Tierärzten aus dem Zeitraum von 1852 bis 1935 in den Bestand gekommen, in denen Prüfungsarbeiten und Prüfungsergebnisse, Approbationsurkunden und Kreistierarztprüfungen ihren Niederschlag gefunden haben. Neben den Dienstverhältnissen der beamteten Tierärzte sind in diesem Sachgebiet auch die tierärztlichen Vereine, Versammlungen und Kongresse in zahlreichen Berichten dokumentiert. Zugleich unterstanden die aus den Tierarzneischulen hervorgegangenen tierärztlichen Hochschulen in Berlin und Hannover und andere tierärztliche Bildungsanstalten dem Ministerium als nachgeordnete Behörden. Aus dieser Anleitungsfunktion sind lückenlose Akten-

gruppen über die Organisation, den Lehrkörper, den Lehrbetrieb und die Institute dieser Hochschulen erwachsen, die von 1808 bis 1934 reichen.

Die zweite Hauptaufgabe der Veterinärverwaltung bestand in der Wahrnehmung der Funktion der Veterinärpolizei. Die über die veterinärpolizeilichen Maßnahmen im Handelsverkehr mit den europäischen Staaten und mit Amerika und Afrika entstandenen Archivalien werden durch die Berichte über das Veterinärwesen im Ausland ergänzt. Der Schwerpunkt der Überlieferung dieses Sachgebietes liegt bei der gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Tätigkeit zur Erfassung, Bekämpfung und Erforschung der Tierseuchen und Tierkrankheiten. Vervollständigt wird der Aktenniederschlag zum preußischen Veterinärwesen durch Aktengruppen über die Fleischbeschau, die Fleischversorgung und das Viehversicherungswesen.

5. Zusammenfassung

In der vorangehenden Analyse wurde der Versuch unternommen, über den Bestand des preußischen Landwirtschaftsministeriums im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II, in großen Zügen zu informieren. Mit dem Überblick über die wichtigsten Funktionen des Ministeriums und die klassengebundene Ausrichtung seiner Tätigkeit im Rahmen des kapitalistischen preußischen Staatsapparates und mit der notgedrungen summarischen Darstellung des sachlich so vielfältigen Inhalts seiner zu den größten deutschen Archivbeständen zählenden Aktenüberlieferung sollten die Möglichkeiten für deren Auswertung gezeigt werden. Durch die bisherige Benutzung der Akten der zentralen Landwirtschaftsverwaltung konnte nur ein geringer Teil ihres Informationsgehaltes ausgewertet werden. Es ist das Anliegen dieser Information, dazu beizutragen, daß der Bestand stärker als bisher für die Erforschung der Agrar- und Nationalgeschichte herangezogen, aber auch für die Wirtschaft der DDR genutzt wird.

Gliederung des Bestandes Preußisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Rep. 87)

Zuständig für das gesamte preußische Staatsgebiet.

Die Aufgabenbereiche der Ministerialabteilungen entsprechen weitgehend der Untergliederung der Bestandsabteilungen. Bei den folgenden Angaben wurde keine Vollständigkeit angestrebt.

1. Zentralbüro (Rep. 87 ZB)

718 Akteneinheiten, 1816 - 1934

Aufgabenbereiche:

Geschäftsverteilung, Beamtensachen, Pressesachen; vom Minister bearbeitete Angelegenheiten aus allen Bereichen der Politik und Verwaltung; Führung der Personalakten der Ministerialbeamten einschließlich der Minister

2. Zentralverwaltung der Abteilung für Domänen und Forsten (Rep. 87 ZV)

425 Akteneinheiten, 1835 - 1848

Aufgabenbereiche:

Geschäftsverwaltung, Beamtensachen; allgemeine Staatsverwaltung; Verwaltung der Domänen und Forsten

3. Landwirtschaftsabteilung (Rep. 87 B)

19 462 Akteneinheiten, 1806 - 1935

Aufgabenbereiche:

Allgemeine landwirtschaftliche Verwaltung; allgemeine Agrarpolitik, landwirtschaftliche Produktion, Handel und Verkehr; Besitzverhältnisse, besonders Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, Siedlungspolitik, Land- und Forstarbeiter, Sozialpolitik, landwirtschaftliche Vereine; Kredit-, Bank- und Genossenschaftswesen; landwirtschaftliches Bildungs- und Forschungswesen einschließlich landwirtschaftliche Hochschulen

4. Domänenabteilung (Rep. 87 C)

13 220 Akteneinheiten, 1806 - 1934

Aufgabenbereiche:

Allgemeine Domänenverwaltung; Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse der Domänen; Berichterstattung über die einzelnen Domänenämter

5. Forstabteilung (Rep. 87 D)

5 315 Akteneinheiten, 1805 - 1935

Aufgabenbereiche:

Allgemeine Forstverwaltung; Forstwissenschaft und forstwissenschaftlicher Unterricht; Besitzverhältnisse und Wirtschaftsverwaltung der Staatsforsten und Jagden

6. Gestütsabteilung (Rep. 87 A)

2 095 Akteneinheiten, 1806 - 1929

Aufgabenbereiche:

Allgemeine Verwaltung des Gestütswesens" Kontrolle der Verwaltung der einzelnen staatlichen Gestüte; Landespferdezucht einschließlich ihrer Vereine sowie Pferderennen

7. Veterinärabteilung (Rep. 87 E)

7 135 Akteneinheiten, 1808 - 1935

Aufgabenbereiche:

Ausbildung und Anstellung der Tierärzte, tierärztliche Hochschulen; Veterinärverwaltung; Veterinärpolizei, besondere veterinärpolizeiliche Maßnahmen im Handelsverkehr, Tierseuchen und Tierkrankheiten, Fleischversorgung

8. Wasserwirtschaftsabteilung (Rep. 87 F)

4 940 Akteneinheiten, 1806 - 1933

Aufgabenbereiche:

Kulturbau- und Wasserbaubeamte; Wasserrecht; Hochwasser und Wasserschäden; Wasserbau, Wasserstraßen, Wasserversorgung; Deichwesen; Dünen und Küstenschutz; Meliorationen; Moorkultur

Liste der preußischen Landwirtschaftsminister

25. 6. 1848 - 21. 9. 1848 Gierke, Stadtsydikus in Stettin, Liberaler, Mitglied der preußischen Nationalversammlung 1848, Fraktion des rechten Zentrums; Sept. 1848 - 1855 Präsident des Oberlandesgerichts Bromberg
21. 9. 1848 - 8. 11. 1848 Eichmann, Franz August (1793 - 1879), interimistisch, gleichzeitig Minister des Innern, Konservativer, Oberpräsident der Rheinprovinz; danach Oberpräsident in Ostpreußen
8. 11. 1848 - Nov. 1850 Manteuffel, Otto Theodor Freiherr v. (1805 - 1882), interimistisch, gleichzeitig Minister des Innern, Konservativer; Nov. 1850 Ministerpräsident
1. 1. 1851 - Okt. 1854
(Nov. 1850) Westphalen, Ferdinand v. (1799 - 1876), interimistisch, gleichzeitig Minister des Innern, Konservativer
- Okt. 1854 - 5. 11. 1858 Manteuffel, Karl Freiher v. (1806 - 1879), Konservativer, Unterstaatssekretär des Innern
6. 11. 1858 - 31. 3. 1862 Pückler-Limpurg, Erdmann Graf v. (1792 - 1869), Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Konservativer, Regierungspräsident in Oppeln
17. 3. 1862 - 8. 12. 1862 Itzenplitz, Heinrich Graf v. (1799 - 1883), brandenburgischer Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Konservativer, Regierungspräsident in Arnshausen; Dez. 1862 Minister für Handel und Gewerbe und Chef der Preußischen Bank
9. 12. 1862 - Jan. 1873 Selchow, Werner v. (1806 - 1884), Mitglied des Abgeordnetenhauses, Oberpräsident der Provinz Brandenburg
- Jan. 1873 - Dez. 1873 Königsmarck, Otto Graf v. (1815 - 1889), Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Oberpräsident der Provinz Posen
8. 12. 1873 - 19. 9. 1874 Achenbach, Dr. Heinrich (1829 - 1899), interimistisch, gleichzeitig Minister für Handel und Gewerbe
19. 9. 1874 - 13. 7. 1879 Friedenthal-Gießmannsdorf, Dr. jur. Rudolph (1827 - 1890), schlesischer Guts- und Fabrikbesitzer, seit 1867 Mitglied des Reichstages, Deutsche Reichspartei, seit 1870 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Freikonservative Partei, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses

13. 7. 1879 - 17. 11. 1890 Lucius v. Ballhausen, Dr. Robert Freiherr v. (1835 - 1914), Schiffsarzt, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Deutsche Partei
17. 11. 1890 - 9. 11. 1894 Heyden-Cadow, Willy v. (1839 - 1920), pommerscher Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Deutsche Konservative Partei, Regierungspräsident in Frankfurt (Oder)
9. 11. 1894 - 5. 5. 1901 Hammerstein-Loxten, Ernst August Freiherr v. (1827 - 1914), hannoverscher Gutsbesitzer, Landesdirektor der Provinz Hannover, Interessenvertreter des Bundes der Landwirte
6. 5. 1901 - 11. 11. 1906 Podbielski, Victor v. (1844 - 1916), brandenburgischer Gutsbesitzer und Aktionär, General der Kavallerie a. D., Staatssekretär des Reichspostamtes, Mitglied des Reichstages, Deutsche Konservative Partei, einer der Führer des Bundes der Landwirte; seit 1907 Ehrenvorsitzender des Bundes der Landwirte
22. 11. 1906 - 18. 6. 1910 Arnim-Criewen, v. (1850 - 1939), brandenburgischer Rittergutsbesitzer, Konservativer, Mitglied des Herrenhauses, Ritterschaftsrat der uckermärkischen Ritterschaftsdirektion
18. 6. 1910 - 5. 8. 1917 Schorlemer-Lieser, Dr. jur. Clemens Freiherr v. (1856 - 1922), rheinisch-westfälischer Weinguts- und Gutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, konservative Fraktion, Oberpräsident der Rheinprovinz; 1918 Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer
6. 8. 1917 - 12. 11. 1918 Eisenhart-Rothe, Paul (1857 - 1923), pommerscher Rittergutsbesitzer, Konservativer, Landeshauptmann der Provinz Pommern
12. 11. 1918 - 4. 1. 1919 Hofer, Adolf, USPD
12. 11. 1918 - 21. 4. 1921 Braun, Otto (1872 - 1955), Redakteur und Druckereibesitzer, SPD, seit 1913 Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920 Mitglied des Reichstages; April 1921 preußischer Ministerpräsident
21. 4. 1921 - 7. 11. 1921 Warmbold, Prof. Dr. Hermann (geb. 1876), Finanzsachverständiger der estländischen Ritterschaft, seit 1919 Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium, parteilos; 1922 - 1931 Vorstandsmitglied der IG-Farbenindustrie AG; Okt. 1931 - Jan. 1933 Reichswirtschaftsminister
7. 11. 1921 - 8. 2. 1925 Wendorff, Dr., Mitglied des preußischen Landtages, DDP

18. 2. 1925 - 20. 7. 1932
(6. 2. 1933)

Steiger, Dr. med. vet., Dr. h. c. Heinrich (geb. 1862),
1924 - 1928 Mitglied des Reichstages, 1928 - 1933 Mit-
glied des preußischen Landtages, Zentrum, Generalse-
kretär der Landwirtschaftskammer Hannover

11. 4. 1933 - 30. 6. 1933

Hugenberg, Dr. Alfred (1865 - 1951), kommissarisch,
gleichzeitig Reichswirtschaftsminister und Reichsmini-
ster für Ernährung und Landwirtschaft, Vorsitzender
der DNVP

29. 6. 1933 - 31. 12. 1934

Darré, Richard Walter (geb. 1895), Dipl.-Kolonialwirt,
Dipl.-Landwirt, NSDAP; seit 1931 Chef des Rassen-
und Siedlungspolitischen Amtes der SS.

Literaturkritik

EIN NEUER AUFSCHWUNG DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE IN ENGLAND UNTER DEM EINFLUSS DES MARXISMUS

von Jürgen Kuczynski

Die Wirtschaftsgeschichte hat in England eine alte Tradition und erlebt in der Gegenwart auf Grund des wachsenden Einflusses marxistischer Gedankengänge einen neuen Aufschwung. Eric Hobsbawm und Christopher Hill haben Weltruhm und führen jeder in eine wichtige, Frucht und Fortschritt bringende Richtung. Dazu kommen zahlreiche jüngere Forscher, unter denen hier nur Sidney Pollard genannt sei. Daneben gibt es einige zum Teil fast konservativ-bürgerliche Forscher, die jedoch unter dem Einfluß des Marxismus in der Wirtschaftsgeschichte Materialisten sind, als Materialisten arbeiten und so überaus nützliche Studien herausbringen wie W. O. Henderson und E. H. Phelps Brown. Die Themen, die sie behandeln, umfassen bisweilen Jahrhunderte in England oder einen spezifischen Prozeß an einem spezifischen Ort zu einer bestimmten Zeit, und bisweilen gehen sie weit über England hinaus, berühren die Wirtschaftsgeschichte der Welt. Wohl sind die amerikanischen Wirtschaftshistoriker den englischen überlegen in Versuchen der Quantifizierung des Geschehens mit modernsten methodologischen und technischen Mitteln. Jedoch sind die englischen Wirtschaftshistoriker den amerikanischen in der Verbindung von Wirtschaftsgeschichte und Soziologie sowie von Wirtschafts- und Kulturgeschichte voraus. Das hängt auch mit dem viel stärkeren Einfluß des Marxismus in England zusammen.

Und noch eines, das sei hier ganz offen geschrieben, charakterisiert die Wirtschaftshistoriker Englands: ihr Eintreten für die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und ihr Respekt, ihre Achtung vor der Wirtschaftsgeschichtsschreibung in unserem Staate. Sie sind eben echte Wissenschaftler in ihrer Haltung - auch wenn sie zum Teil bürgerlich-konservative Materialisten sind. Darum ist es auch stets nützlich und anregend, mit ihnen zu kommunizieren, so oft erfreulich, ihnen zu begegnen.

Eines der Thematik nach aufregendsten wirtschaftshistorischen Werke, die kürzlich in England erschienen sind, ist *The Wealth of Britain 1085 - 1966* von Sidney Pollard and David W. Crossley.¹ Es handelt sich um den außerhalb Chinas wohl nur in England möglichen Versuch einer Studie über die Entwicklung des Nationalreichtums in den letzten neunhundert Jahren.

Natürlich kann man für die frühe Zeit keine statistischen Reihen erwarten. Die Autoren schreiben: "Was zuerst nur indirektes und eher literarisches als statistisches Herangehen an die Feststellung von Reichtum und Einkommen ist, wird, angesichts des Mangels jedweder quantitativen Kenntnisse, allmählich auf direkteres literarisches Zeugnis gestützt. Diesem folgen im Laufe der Zeit zahlenmäßige Schätzungen und schließlich Kapitel, die nahe-

1 Pollard, Sidney/Crossley, David W., *The Wealth of Britain 1085 - 1966*. - London: B. T. Batsford Ltd, 1968, 303 S., Preis 45 sh.

zu ganz, und vielleicht zum Überdruß, auf gut gesicherten Berechnungen beruhen."² Folgt man der von Thomas Kuczynski erdachten ebenso primitiven wie ingeniosen Methode eines Vergleichs der Zahl der Seiten und der auf den Seiten befindlichen Tabellen, dann findet man auf den ersten fünfzig Textseiten des Buches vier Tabellen und auf den letzten fünfzig Textseiten dreiundzwanzig, also fast sechsmal so viele. Und überdies gibt auf den ersten fünfzig Seiten keine einzige Tabelle Zahlen über den Nationalreichtum, auf den letzten sind es, wenn man großzügig rechnet, immerhin drei.

Und damit kommen wir zu einer entscheidenden Schwäche des Buches. Es handelt wenig vom Reichtum und mehr vom Einkommen aus dem Reichtum, insbesondere im 20. Jahrhundert. Das sind aber in der Entwicklung sehr verschiedene Größen, und die Aufregung über die Thematik verebbt und würde in den beiden Schlußkapiteln, die die Zeit von 1873 bis 1914 und 1914 bis 1966 behandeln, einer gewissen Enttäuschung Platz machen - wenn man nicht so vieles andere aus dieser Studie lernen würde. Natürlich wird man es bedauern, nachdem man auf S. 155 die kühnen, doch durchaus nicht unfundierten Schätzungen von Petty, Davenant und King betreffend Reichtum und Einkommen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gelesen hat, keine Paralleltabellen für das 20. Jahrhundert zu finden. Das heißt doch, daß wir uns heute offenbar nicht zu so einfachen Gegenüberstellungen entschließen können wie die kühnen Forscher des 17. Jahrhunderts.

Auf der anderen Seite überkompensieren so kluge Beobachtungen wie die der Rolle des Krieges in der englischen Wirtschaft während der ersten sechs Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts³ die kurzen vergleichenden Ausführungen über den Lebensstandard um 1690 und 1750⁴, über die verschiedene Verwendung des wachsenden Einkommens der Reichen um 1760 und 1800⁵, über die Armut um 1914⁶ und so viele andere die genannten Mängel.

Die Autoren schließen ihre Übersicht von neunhundert Jahren mit der Frage: "... ob die hier festgestellten Fortschritte die Menschen glücklicher gemacht haben, können wir nicht wissen."⁷ Eine Frage, die in der Geschichtsschreibung der Ausbeutergesellschaften heute von fast allen Historikern unterlassen wird und die doch von so großer Bedeutung ist! Wann waren die Werktätigen in der Geschichte der letzten tausend oder zweitausend Jahre relativ am wenigsten unglücklich oder gar relativ glücklich? Im 18. Jahrhundert wurde diese Frage für die Geschichte ganz offen gestellt. Halten die Historiker sie heute für unwissenschaftlich oder für zu "sentimental" oder für überflüssig angesichts des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die einst allen Menschen Glück bringen wird?

Ganz anderer Art sind zwei weit über den Rahmen der englischen Wirtschaftsgeschichte hinausgehende Werke: E. H. Phelps Brown with Margaret Browne, *A Century of Pay*⁸ und *Documents of European Economic History, Vol. 1: The Process of Industrialization 1750 - 1870*, ed. by S. Pollard and C. Holmes.⁹

2 Ebenda, S. 9.

3 Ebenda, S. 167 f.

4 Ebenda, S. 172 f.

5 Ebenda, S. 189.

6 Ebenda, S. 246 f.

7 Ebenda, S. 272.

8 Phelps Brown, E. H./Browne, Margaret H., *A Century of Pay*. - London/Melbourne/Toronto: Macmillan u. New York: St. Martin's Press 1968, 476 S., Preis 105 sh.

9 *Documents of European Economic History, Bd. 1: The Process of Industrialization 1750 - 1870*, hg. v. Sidney Pollard u. C. Holmes. - London: Edward Arnold 1968, 574 S., Preis 84 sh.

Das Buch von Phelps Brown hat den Untertitel *The course of pay and production in France, Germany, Sweden, The United Kingdom, and the United States, 1860 - 1960*, gibt also eine vergleichende Übersicht der Entwicklung der Löhne und Produktion für die genannten fünf Länder. Schon vor fast zwei Jahrzehnten veröffentlichte er mit Sheila Hopkins zusammen eine Studie über *The Course of Wage-Rates in five Countries, 1860 - 1939*, auf die das vorliegende Buch aufbaut.

Welch eine Fülle von interessanten Tabellen ist hier zusammengestellt! Ganz willkürlich seien einige Zahlen aus einer Statistik über die jährliche prozentmäßige Steigerung von Reallöhnen und industrieller Leistung pro Beschäftigten gegeben¹⁰:

Jährliche Steigerung von Reallöhnen und Arbeitsleistung
1895 - 1913 (Prozent)

Land	Reallöhne	Arbeitsleistung
Deutschland	1,27	1,93
Schweden	1,48	2,13
England	- 0,11	0,03
USA	1,33	1,49

Wie verschieden war doch die Entwicklung in den einzelnen Ländern, wie erstaunlich auch zum Beispiel die Überlegenheit Deutschlands und Schwedens in der Zuwachsrate der Arbeitsleistung im Vergleich zu den USA - von England gar nicht zu reden.

Während wir jedoch dankbar für die Statistiken sind, läßt die Analyse so manche Zweifel aufkommen. Phelps Brown kommt zum Beispiel zu dem Schluß, daß "die Ausbreitung der Gewerkschaften die Bewegung des Niveaus der Geldlöhne wenig beeinflusst hat".¹¹ Natürlich ist diese Feststellung richtig, ebenso wie die Feststellung richtig gewesen wäre, daß die Ausbreitung der Gewerkschaften die Auflagenhöhe von Kochbüchern wenig beeinflusst hat. Der Zusammenhang ist in beiden Fällen ein sehr indirekter. Für das Steigen der Geldlöhne - im Gegensatz zum Steigen der Reallöhne! - sind viele andere Faktoren, zum Beispiel die Geld- und Preisentwicklung, viel wichtiger als die Gewerkschaften. Und weiter: Um den Einfluß der Ausbreitung der Gewerkschaften auf die Entwicklung der Löhne zu messen, muß man zumindest eine Idee vermitteln, wie sie sich ohne diese Ausbreitung entwickelt hätten. Auch das tut Phelps Brown nicht.

Was die Quellen betrifft, so wird bevorzugt anglo-amerikanische Literatur benutzt, so daß eine ganze Reihe wertvoller Statistiken - ich erinnere nur an die Arbeiten von Fourastié und Markovitch für Frankreich - nicht verwendet wurden. Die unter "References"¹² angegebene Literatur zeigt diese Schwäche noch stärker, als es faktisch der Fall ist. Um vergleichende Wirtschaftsgeschichte schreiben zu können, bedarf es, wenn man höchstes Niveau erreichen will, einer entsprechenden Kenntnis der internationalen Literatur. Um so erstaunlicher ist das, was Phelps Brown auch schon ohne solch umfassende Kenntnis geleistet hat.

Ganz anders muß man natürlich an die Beurteilung der Dokumentensammlung von Pollard und Holmes herangehen. Man kann nicht irgendwelche wissenschaftlichen Ansprüche in dem Sinne an sie stellen, daß man irgend etwas Neues aus ihr lernen möchte, nachdem man ei-

10 Phelps Brown, E. H./Browne, Margaret H., a. a. O., S. 170.

11 Ebenda, S. 319.

12 Ebenda, S. 453 - 461.

ne einigermaßen gute Anfangsbildung in europäischer Wirtschaftsgeschichte genossen hat.

Doch das Buch soll für Studenten sein, und man kann sagen, keines anderen Landes Studenten verfügen über eine so prächtig ausgewählte Dokumentensammlung zur Wirtschaftsgeschichte wie die Englands.

Der Band beginnt mit einem Teil "Am Vorabend der Industrialisierung", dessen erste fünf Dokumente in einem Kapitel "Landwirtschaft" behandeln:

Die Mesta 1786

Feldsysteme in Rußland 1797

Russische landwirtschaftliche Technik 1861

Deutsche Landwirtschaftsmethoden 1794

Die neue Viehzucht in der französischen Landwirtschaft

und dessen letzte fünf Dokumente im gleichen Kapitel die Überschriften tragen:

Bauernschaft in Minden, Westphalen 1819

Leibeigenschaft in Ungarn 1831

Leibeigenschaft in Ungarn 1839

Das System des Landbesitzes im vorrevolutionären Frankreich

Kirchenaufgaben für die spanische Landwirtschaft.

Andere Kapitel behandeln Industrie und Industriepolitik des Merkantilismus; Handel, Verkehr und Handelspolitik; Banken und Finanzen; Sozialpolitik und Verhältnisse (der Werktätigen).

Dem Teil "Am Vorabend der Industrialisierung" folgen zwei weitere (ebenfalls ausgezeichnet untergliederte), die heißen: "Die französische Revolution und die Bauernbefreiung in Europa" sowie "Das Aufkommen der modernen Industrie in Europa".

Wenn wir weiter oben von "Dokumenten" sprachen, so verstehen die Herausgeber darunter zeitgenössische Reiseberichte, zeitgenössische historisch-politisch-ökonomische Werke, diplomatische Berichte, Briefe, wissenschaftliche Kommunikationen, amtliche Zusammenstellungen und Kommentare aus der Zeit, Privilegien, gerichtliche Aussagen, Polizeidokumente usw.

Mußten wir bei Phelps Brown einen gewissen Mangel an Kenntnis der internationalen Literatur feststellen, so überrascht die Dokumentenauswahl von Pollard und Holmes durch ihren internationalen Reichtum sowie durch ihre Vielseitigkeit. Auf die Frage, ob wir diese Dokumentensammlung für unsere Studenten übersetzen sollten, würde ich sofort mit Ja antworten.

Und nun zu zwei sich ergänzenden Meisterwerken: Christopher Hill, *Reformation to Industrial Revolution, A social and economic history of Britain 1530 - 1780*¹³ und Eric J. Hobsbawm, *Industry and Empire, An economic history of Britain since 1750*¹⁴.

¹³ Hill, Christopher, *Reformation to Industrial Revolution, A social and economic history of Britain 1530 - 1780*. - London: Weidenfeld & Nicolson 1968, 254 S., Preis 42 sh.

¹⁴ Hobsbawm, Eric J., *Industry and Empire, An economic history of Britain since 1750 to the present day*. - London: Weidenfeld & Nicolson 1968, 336 S., Preis 50 sh.

Christopher Hill bemerkt in der Einleitung zu seinem Buch: "Ich habe in diesem Buch versucht, einige der Züge, die die englische Geschichte von der des übrigen Europa zwischen 1530 und 1780 unterscheiden, herauszuheben und zu erklären. Preis- und Bevölkerungsbe-
wegungen waren in dieser Zeit ähnlich in ganz Europa; doch Holland und England hatten als
einzige Länder siegreiche politische Revolutionen, die zu größerem Einfluß von Handels-
kreisen auf die Regierungen führten; England allein hatte seine Industrielle Revolution am
Ende des hier betrachteten Vierteljahrtausends. Die Preisrevolution des 16. Jahrhunderts
war von wirtschaftlichem Verfall in Spanien, von wirtschaftlichem Aufstieg in England be-
gleitet. Einige Historiker haben die gesunkenen Lebensverhältnisse der englischen Bauern
im 16. Jahrhundert allein durch die Zunahme der Bevölkerung erklärt; doch in der Tsche-
choslowakei finden wir im 15. Jahrhundert einen Verfall der bäuerlichen Lebenshaltung bei
sinkender Bevölkerung. ... Mein Ziel war, stets und überall die aktiven Beziehungen zwi-
schen Politik und Ökonomie zu betonen, keinen der beiden Faktoren allein als ausreichen-
de Erklärung sehend ... Doch sollten wir nicht sentimental zu dem Schluß kommen, daß
alles prächtig gewesen wäre, wenn England den relativ friedlichen Weg Dänemarks oder
der Schweiz gegangen und nicht eine Weltmacht geworden wäre. Miltons Dichtung, New-
tons Astronomie, Lockes Philosophie, Watts Dampfmaschine, Adam Smith' Politische
Ökonomie - all das würde zweifellos ebenfalls verschwinden, wenn wir die Beziehungen der
gesellschaftlichen Kräfte, die den Weg der englischen Revolution bestimmten, aus der Ge-
schichte wegwünschten."¹⁵

Wir haben ausführlich aus der Einleitung zitiert, um die ganze Breite der Problematik, die
ganze Tiefe des Eindringens, die die Behandlung seiner Thematik durch Hill auszeichnen,
anzudeuten. Sein Werk ist eine große Leistung, die nicht nur um ihrer selbst willen, son-
dern auch als Beispiel für Wirtschafts- und Sozialgeschichtsschreibung von unseren Histo-
rikern und Wirtschaftshistorikern gelesen werden sollte.

Hobsbawms Werk gehört zu den anregendsten und aufregendsten, die seit langem in der
Wirtschaftsgeschichte erschienen sind. Schon der erste Satz, von einem Marxisten ge-
schrieben, erstaut, und wenn ich ihn auch für ganz falsch halte, hat er mich doch zu
fruchtbarsten Überlegungen bewegt. Er lautet nämlich: "Die Industrielle Revolution bringt
die fundamentalste Wandlung des menschlichen Lebens in der, uns schriftlich überkomme-
nen, Geschichte der Welt."¹⁶

Wir Marxisten datieren doch mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution den Mark-
stein in der dokumentierbaren Weltgeschichte. Hobsbawm ist aber nicht nur Marxist, son-
dern auch einer der bedeutendsten heute wirkenden Historiker und zweifellos der brillante-
ste. Wenn er so schreibt, dann sollte man sich Überlegungen machen, wie er zu einer sol-
chen Formulierung kommt.

Tun wir das, dann finden wir in der Tat gar manches, das auf den ersten Blick für seine
Feststellung spricht. So wurde zum Beispiel ganz zweifellos in der und durch die Industriel-
le Revolution die Klasse geboren, die eine neue Welt schaffen würde, die industrielle Arbei-
terklasse.

Sodann brachte die Industrielle Revolution eine Hebung der Produktivität der Arbeit, deren
Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Engels sagt über sie im "Anti-
Dühring": "Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produk-
tivkräfte erlaubt, die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu verteilen und
dadurch die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit
bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft - theoretischen wie

15 Hill, Christopher, a. a. O., S. 3 ff.

16 Hobsbawm, Eric J., a. a. O., S. 1.

praktischen - zu beteiligen. Erst jetzt also ist jede herrschende und ausbeutende Klasse überflüssig, ja ein Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden, und erst jetzt auch wird sie unerbittlich beseitigt werden, mag sie auch noch so sehr im Besitz der 'unmittelbaren Gewalt' sein."¹⁷

Das heißt, die Industrielle Revolution schuf nicht nur die Klasse, die die Einleitung zu "Kapitel II der Weltgeschichte" schreiben würde, sondern sie brachte auch eine technische Revolution, die die Produktivität so heben würde, daß diese Klasse auch ideologisch sich zur Erfüllung ihrer historischen Aufgabe vorbereiten könnte und jede Ausbeuterklasse überflüssig werden würde.

Und doch hat Hobsbawm mit seiner Formulierung völlig Unrecht. Denn zwischen Himmel und Erde ... zwischen Lippe und Becher ... zwischen Fähigkeit und Tat bewegen sich Welten der Unsicherheit. Vorwärts zum Sozialismus oder Verfall in die Barbarei - das war die Alternative für die Menschheit noch hundert Jahre nach der Industriellen Revolution. Der Würfel fiel erst im Oktober 1917!

In der Weltgeschichte aber gilt nicht die Fähigkeit zu würfeln, sondern die Tat, die den Würfel im Klassenkampf auf die Sechs für die Unterdrückten wirft. Darum halte ich die Feststellung von Hobsbawm für falsch.

Großartig dagegen ist die Einleitung zum 11. Kapitel "Zwischen den Kriegen": "Die viktorianische Wirtschaft Großbritanniens zerfiel zwischen den beiden Kriegen. Die Sonne, die, wie jeder Schuljunge wußte, niemals über Britanniens Territorium und Handel niederging, sank unter den Horizont. Der Zusammenbruch all dessen, was den Briten seit den Tagen Peels eine Selbstverständlichkeit war, war so plötzlich, katastrophal und absolut, daß er die Zeitgenossen, die solches einfach nicht glauben konnten, völlig hilflos machte. In dem gleichen Augenblick, in dem Großbritannien aus dem ersten größeren Krieg seit Napoleon (I) als einer der Sieger hervorging, als sein Hauptkonkurrent auf dem Kontinent, Deutschland, auf den Knien lag, als das Britische Imperium (bisweilen unter dem recht durchsichtigen Deckmantel von Mandaten, Protektoraten und Satelliten-Mittelost-Staaten) eine größere Ausdehnung als je zuvor hatte - in diesem Augenblick hörte die traditionelle britische Ökonomie nicht nur auf zu wachsen, sondern schrumpfte sogar!"¹⁸

Alles das ist nicht neu und in dieser oder jener Form schon einmal gesagt worden - aber niemals so eindringlich, so gut den Widerspruch herausarbeitend, so scharf pointierend!

Das ist ein Buch, das jeder Wirtschaftshistoriker lesen sollte.

17 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 169.

18 Hobsbawm, Eric J., a. a. O., S. 174.

BEVÖLKERUNG - EIN WACHSTUMSFÖRDERNDER ODER EIN WACHSTUMS- HEMMENDER FAKTOR?†

von Karin Lehmann

Marxistische demographische Abhandlungen besitzen zur Zeit noch Seltenheitswert, obwohl aus verschiedenen zwingenden Gründen die Erforschung demographischer Probleme und die Ausarbeitung einer geschlossenen marxistischen Theorie der Bevölkerungsentwicklung notwendig und wünschenswert wäre. Der Stand der demographischen Forschung ist so, daß der Verallgemeinerung auf der Stufe der Theoriebildung eine rege und gründliche Untersuchung einzelner Themen vorangehen müßte, die schon in diesem Stadium wertvolle Ergebnisse zeitigen könnte.

Beispielsweise würde die Demographie ein wichtiger Ausgangspunkt für prognostische Einschätzungen der Bevölkerungsentwicklung im Verlaufe der wissenschaftlich-technischen Revolution in der sozialistischen Gesellschaft sein. Für die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder wäre eine marxistische demographische Analyse der Gesellschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus, die die Entwicklung der Produktivkräfte und solche Erscheinungen wie die chronische Arbeitslosigkeit, die Proletarisierung weiterer Schichten der Bevölkerung und staatliche Maßnahmen zur Regulierung der Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt, von erheblicher politischer Bedeutung. Eine theoretische Erklärung der Überbevölkerung in Entwicklungsländern, die gleichzeitig praktikable Lösungswege vorzuzeichnen vermag, erscheint angesichts der in vielen dieser Länder herrschenden Situation besonders dringend. Die Bedeutung derartiger Untersuchungen für die Wirtschaftsgeschichte, Geschichte, Soziologie und Ökonomie liegt auf der Hand.

Das Buch von Khalatbari, das die Entstehung, Bewegung und Beseitigung des Phänomens der Überbevölkerung in den Entwicklungsländern zum Gegenstand hat, stellt in vieler Hinsicht Pionierarbeit dar. Außer einigen Hinweisen von Marx, Engels und Lenin gibt es bisher nur wenige marxistische Veröffentlichungen zu diesem Thema, wenn man von den Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Theorien, wie zum Beispiel mit dem Malthusianismus, absieht. Es war dem Verfasser also nur möglich, die allgemeinen, den Weg der Untersuchung andeutenden Auffassungen der Klassiker seiner eigenen Arbeit zugrunde zu legen.

Gleichzeitig war eine kritische Auseinandersetzung mit bürgerlichen Meinungen über die Population notwendig. Die Überbevölkerung der Entwicklungsländer hat viele bürgerliche Wissenschaftler und Publizisten beschäftigt, teils, weil sie als latenter sozialer Unruheherd die Herrschaft des Kapitals in diesen Ländern bedroht, teils aus humanitären Grün-

† Khalatbari, Parviz, Überbevölkerung in den Entwicklungsländern. Ein Beitrag zur marxistischen Bevölkerungstheorie = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 27, Akademie-Verlag Berlin 1968, 288 Seiten, Preis: 12 M.

den. Das, was das Buch von Khalatbari grundlegend von all diesen Publikationen unterscheidet, ist sein marxistisches Herangehen an die Probleme und das Aussprechen der Konsequenz, daß nur durch eine radikale Änderung der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln der Weg für die Lösung der Bevölkerungsprobleme freigemacht werden kann.

Khalatbari geht von Marx' Feststellung aus, daß jede historische Produktionsweise ihre eigenen, historisch bestimmten Populationsgesetze hat. Die Überbevölkerung ist daher ebenfalls eine konkret-historische Kategorie: "In der Tat trägt weder die Bevölkerungsbewegung einen autonomen Charakter, noch ist die Überbevölkerung ein notwendiges Ergebnis des Bevölkerungswachstums. Es ist vor allem der Stand der Produktivkräfte, der einen Teil der Bevölkerung in die Kategorie der Überbevölkerung einreißt oder auch nicht. Die Überbevölkerung als eine durch den Stand der Produktivkräfte bestimmte Kategorie ist ein historisch bedingtes relatives Verhältnis zwischen Bevölkerung und der historisch bestimmten Entwicklung der Produktivkräfte" (S. 85)¹.

Der Stand der Produktivkräfte in den Entwicklungsländern wird in der Hauptsache durch die historische Tatsache bestimmt, daß diese Länder noch dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem angehören bzw. ihm bis in die jüngste Vergangenheit angehört haben, daß sie in diesem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem als industriell schwachentwickelte Rohstofflieferanten fungieren, deren Wirtschaft den Bedürfnissen der ausländischen Monopole angepaßt ist. Das ausländische Monopolkapital war an der ökonomischen Entwicklung der unterworfenen Länder nur in dem Maße interessiert, wie der Ausbau einzelner Wirtschaftszweige Profite verhieß und wie es zur Aufrechterhaltung der kolonialen Ausplünderung notwendig war. In der überwältigenden Mehrheit der Entwicklungsländer war die Wirtschaft einseitig ausgerichtet, deformiert, ohne ausgewogene Proportionen.

Als Ergebnis dieser Entwicklung ist die Struktur der Produktionsverhältnisse in den Entwicklungsländern durch einen gemeinsamen - mehr oder minder stark ausgeprägten - Grundzug gekennzeichnet; durch das Nebeneinanderbestehen von Produktionsverhältnissen unterschiedlicher Genese. So bestehen etwa nebeneinander das Dorfgemeindesystem, halbfeudale Produktionsverhältnisse und der Sektor der Landwirtschaft, der häufig vom ausländischen Monopolkapital beherrscht wird. Natürlich trifft diese Kombination nicht für alle Entwicklungsländer in gleichem Maße zu. In vielen wurde das Dorfgemeindesystem bereits durch Produktionsverhältnisse eines höherstehenden Typs abgelöst.

Aus diesen unterschiedlichen Produktionsverhältnissen resultieren in den Entwicklungsländern unterschiedliche Bevölkerungsgesetze und unterschiedliche Formen der Überbevölkerung. So ist die Überbevölkerung in den Entwicklungsländern keine homogene Erscheinung innerhalb eines Landes, sondern tritt in verschiedenen Formen auf, was natürlich die Lösung des Problems ungemein erschwert.

Im heute noch existierenden Dorfgemeindesystem ist die Überbevölkerung das Ergebnis des Bevölkerungswachstums schlechthin, das durch die in der letzten Zeit sinkende Sterberate bei gleichbleibender Geburtenrate zugenommen hat. Auch innerhalb der anderen Produktionsverhältnisse der Gesellschaft der Entwicklungsländer, das heißt der halbfeudalen und der kapitalistischen, bewirkte die heute geringere Sterberate, daß Überbevölkerung entstand. Verschärfend wirkt hier jedoch, daß die Entwicklung der Produktivkräfte, die zwar äußerst langsam, schleppend und unorganisch vor sich geht, ausreicht, um Arbeitskräfte freizusetzen. Anders ausgedrückt, der Bedarf an produktiver Bevölkerung verringert sich hier. Die freigesetzten Arbeitskräfte können anderweitig nicht in die Produktion eingereicht

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

werden, da ja diese Länder industriell völlig ungenügend entwickelt sind. Infolge der halbfeudalen Produktionsverhältnisse, der starken Verschuldung an die Großgrundeigentümer und infolge fester Familienbindungen verbleibt ein großer Teil der überschüssigen Bevölkerung im Dorf; der andere Teil wandert in die Städte ab und vergrößert hier die Schicht der arbeitslosen, in sehr elenden Verhältnissen lebenden Bevölkerung.

Das traditionelle Verhältnis, das in den vorkapitalistischen Produktionsweisen zwischen dem Stand der Produktivkräfte und dem jeweiligen mit ihm korrespondierenden Umfang der Bevölkerung herrschte, wurde also durch bestimmte exogene - der Produktionsweise nicht entsprechende - Faktoren, wie Verbesserung der Hygiene und daraus folgende Senkung der Sterberate, zerstört. Diese Faktoren bewirken jedoch keine Senkung der Geburtenrate, so daß die Bevölkerungszahl sprunghaft ansteigt; es kommt zur Bevölkerungsexplosion. Es entsteht eine starke Diskrepanz zwischen dem rückständigen Wirtschaftssystem und der schnell wachsenden Bevölkerung. Da das Niveau der Produktivkräfte nicht dem starken Bevölkerungszuwachs entspricht, muß eine Überbevölkerung in der Landwirtschaft entstehen.

Die rückständigen Produktivkräfte auf dem Lande erlauben nicht, mehr Land zu bebauen oder den kultivierten Boden effektiver zu nutzen; es kann sogar zu der paradoxen Erscheinung kommen, daß es in ein und demselben Entwicklungsland neben landwirtschaftlichen Gebieten mit Überbevölkerung unterbevölkerte Landstriche gibt. Die Überbevölkerung in der Landwirtschaft löst eine Reihe von Pressionen aus: Der bearbeitete Boden reicht nicht aus, die Produktion von Nahrungsmitteln ist zu niedrig, um die Bevölkerung ausreichend zu ernähren, die Arbeitsplätze und Beschäftigungsmittel sind äußerst knapp. Diese von der ländlichen Überbevölkerung ausgehenden Pressionen greifen auf die Städte über, verknappen auch hier die Nahrungsmittel, die Wohnungen usw., weil die nichtagraren Sektoren der Wirtschaft nicht in der Lage sind, die für den Produktionsprozeß überflüssige Bevölkerung, für die das Dorfgemeindesystem und das halbfeudale System keinen Platz mehr haben, aufzusaugen.

Die Überbevölkerung, die durch die rückständigen Produktivkräfte in den Entwicklungsländern verursacht wurde, hemmt ihrerseits die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Menschliche Arbeitskraft liegt brach und wird verschwendet, die Arbeitskräfte sind in den Entwicklungsländern, gemessen an den Arbeitskräften in den industriell hochentwickelten Ländern, die mit modernen Produktionsmitteln arbeiten, unterbeschäftigt. Das ist ein wesentliches Hemmnis für die ökonomische Entwicklung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Khalatbaris Untersuchungen münden in ein Schlußkapitel, das Problemen der Bevölkerungsstabilisierung gewidmet ist. Er versteht darunter die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Bevölkerungswachstum und Produktionsweise. Die Stabilisierung ist untrennbar mit dem Wirtschaftswachstum verbunden, dessen konkreter Verlauf natürlich von Land zu Land unterschiedlich sein kann.

Neben der Herrschaft des Imperialismus bilden die überlebten Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft das Haupthindernis für die ökonomische Entwicklung. Daher müssen unbedingt in allen Entwicklungsländern die Produktionsverhältnisse auf dem Lande - Quelle der Überbevölkerung und größtes Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte - durch eine radikale Agrarreform grundlegend geändert werden. Die Auswirkungen einer radikalen Agrarreform sind vielfältig, wirken aber insgesamt auf eine Beseitigung der Überbevölkerung: Wenn die rückständigen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer beseitigt werden, werden die Bauern befreit, die ökonomischen Überschüsse werden frei verfügbar für produktive Zwecke, die Kaufkraft der Bauern wird erhöht, der innere Markt weitet sich und damit bieten sich Möglichkeiten zur Verbesserung und Entwicklung der Produktivkräfte. Khalatbari begründet die Notwendigkeit der radikalen Agrarreform wie folgt: "Die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft sind nicht nur das Haupthemmnis für das wirtschaftliche Wachstum, sondern, wie schon dargestellt, sie er-

zeugen die Unterbeschäftigung und fördern die Überbevölkerung. Die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer erzeugen, konservieren und verschärfen durch die komplizierten und mannigfaltigen Ausbeutungsmethoden die Bevölkerungspressionen. Sie entfalten die sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit und erzeugen immer neue Momente, die durch die Aufpfropfung des kapitalistischen Sektors bedingt sind. Jeglicher Kampf um die Beseitigung der Überbevölkerung kann nur an dieser Stelle beginnen, er muß das Übel an der Wurzel angreifen. Nur die radikale Beseitigung der veralteten Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft kann eine reale Möglichkeit zur Verminderung der Überbevölkerung bieten" (S. 159).

Über die Schritte zur Beseitigung der Überbevölkerung nach der Agrarreform gibt es sowohl unter marxistischen als auch unter bürgerlichen Wissenschaftlern und auch unter den Wirtschaftspolitikern der Entwicklungsländer selbst noch keine einhellige Meinung.

Im Mittelpunkt der Diskussion stehen die Fragen nach dem Tempo und dem Ausmaß der Industrialisierung sowie die Frage, ob der Aufbau einer arbeitsintensiven oder einer kapitalintensiven Industrie zweckmäßiger für die Verwandlung der Überbevölkerung in produktiv tätige Bevölkerung ist. Es ist gewiß notwendig, daß in vielen Entwicklungsländern bei der Planung und Ausführung eines Projektes die Anzahl der neu entstehenden Arbeitsplätze zu einer der wichtigsten Kennziffern wird. Aber andererseits zwingt der Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit die Entwicklungsländer zur Berücksichtigung der modernen Technik in den führenden Zweigen. Ob im Einzelfall eine kapitalintensive oder eine arbeitsintensive Technik gewählt werden soll, läßt sich nicht ohne weiteres generell beantworten. Dazu ist der Ausgangspunkt für die industrielle Entwicklung in den einzelnen afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern zu unterschiedlich, und vor allem entscheiden hierüber auch die zur Finanzierung verfügbaren Mittel.

Khalatbari sieht in der Schaffung eines modernen Sektors der Volkswirtschaft eine entscheidende Maßnahme, aber er weist mit Recht gleichzeitig darauf hin, daß auch die Entwicklung der schon vorhandenen Industriezweige zum ökonomischen Wachstumsprozeß und zur Beseitigung der Überbevölkerung beitragen kann. Er plädiert für eine Kombination von Maßnahmen (S. 166): Ausgleich des Niveaus der Produktivkräfte durch Industrialisierung, Entwicklung der Landwirtschaft, Entwicklung der Infrastruktur.

Khalatbari weist nach, daß innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems die überschüssige Bevölkerung der Entwicklungsländer nur in Ausnahmefällen beseitigt werden kann. Die Hauptvoraussetzung, daß das Phänomen der Überbevölkerung insgesamt zum Verschwinden gebracht werden kann, ist die Schaffung der günstigsten gesellschaftlichen Voraussetzungen für das wirtschaftliche Wachstum durch das Einschlagen des sozialistischen Entwicklungsweges (S. 179).

Für den Wirtschaftshistoriker sind die Vergleiche besonders interessant, die Khalatbari zwischen der Bevölkerungsentwicklung in den Entwicklungsländern und der in Europa beim Übergang zum Kapitalismus anstellt.

Heute sei, meint Khalatbari, in den Entwicklungsländern eine völlig andere Situation als seinerzeit in Europa (S. 14 ff.). Als wichtigste Unterschiede führt er an, daß es sich im Gegensatz zum damaligen Europa heute um die Überwindung des Abstandes in der ökonomischen Entwicklung handelt, der die Entwicklungsländer von den hochentwickelten Ländern trennt. Es existiert also heute ein Modell, das sich selbst ständig weiterentwickelt, so daß die Gefahr besteht, daß der Abstand zwischen den Entwicklungsländern und den hochentwickelten Ländern ständig größer wird. Das Tempo der Entwicklung müßte daher heute schneller sein. Gleichzeitig sind die Kosten für die Industrialisierung von vornherein höher als in der industriellen Revolution, die auf einem viel niederen technischen Niveau begann. Heute muß die Infrastruktur erst als Vorbedingung entwickelt werden, während sie in der industriellen Revolution gleichzeitig entstand. Die technischen Kader wurden in Europa während

der industriellen Revolution ausgebildet, das Analphabetentum allmählich verringert; das heute erforderliche höhere Tempo erhöht die Kosten auf dem Gebiet der sozialen Hygiene und der Bildung erheblich. Ein weiterer wichtiger Unterschied wäre außerdem, daß es seinerzeit keine Überbevölkerung gab, während heute die Überbevölkerung ein erheblicher wachstumshemmender Faktor ist. Außerdem hat sich - in erster Linie durch Überbevölkerung - das Nahrungsmittelproblem so verschärft, daß die Landwirtschaft unbedingt gleich mechanisiert werden muß.

Khalatbari hat insofern recht, als die industrielle Entwicklung heute in den Entwicklungsländern keine einfache Wiederholung der industriellen Revolution in Europa sein kann, da heute andere Bedingungen herrschen. Aber die Feststellung, daß sich der Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums "ganz und gar von dem Prozeß z. B. seinerzeit in Europa unterscheidet" (S. 14) ist problematisch und hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung noch ungenügend untersucht. Nachweislich existierte auch in einzelnen Ländern Europas beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus eine landwirtschaftliche Überbevölkerung, aus welcher sich dann das Proletariat rekrutierte. Diese Überbevölkerung übte auch damals auf die Wachstumsprozesse einen Druck aus, wenn auch in den einzelnen europäischen Ländern in unterschiedlichem Maße.²

Offen bleibt die Frage, ob beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus infolge der Nichtübereinstimmung zwischen dem Stand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen die Entstehung einer Überbevölkerung nicht überhaupt eine gesetzmäßige Erscheinung ist. Um diese wichtigen Probleme zu klären, bedarf es jedoch noch intensiver vergleichender Untersuchungen in verschiedenen Ländern und Zeitabschnitten.

Es bietet sich hier die grundlegende Fragestellung an: Unter welchen Bedingungen wird die Bevölkerung zu einem wachstumshemmenden bzw. zu einem wachstumsfördernden Faktor? Die Einbeziehung der Kategorie Bevölkerung unter diesem Gesichtspunkt in die wirtschaftshistorische Analyse scheint ein lohnendes Unternehmen zu sein.

² "Die Geschichte der Landwirtschaft im 30. Jahrbundert" tritt im Titel mit hohen Ansprüchen auf. Wir beschränken uns dabei nicht auf die - schonen ungelösten wie "Rechnung - Veranschaulichung des bestimmten Artikels "Die Geschichte ...". Entscheidend sind vielmehr die

¹ Kritische Bemerkungen zu dem "Die Geschichte der Landwirtschaft im 30. Jahrbundert", hg. v. Günther Franz und Wolfgang Schlegel, Berlin 1969, 200 S., 200 Abb., Preis 20,- DM.

² Franz, Günther, Geschichte der Landwirtschaft, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 15. Jg. 1938, S. 25-26.

³ Karl Marx, Die Entwicklung des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 2, S. 100-101.

⁴ Dorothea, Historie und Sozialwissenschaft, S. 100-101, Berlin 1914.

⁵ Die Entwicklung des Kapitalismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, hg. v. Günther Franz, S. 25-26, Berlin 1938.

2 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Die Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 233.

EINE NEUE GESCHICHTE DER LANDTECHNIK⁺

von Ulrich Bentzien

Wenige Jahre nach der Veröffentlichung eines entsprechenden Arbeitsplans¹ liegt nunmehr die "Geschichte der Landtechnik im 20. Jahrhundert" ausgedruckt vor - angesichts des umfassenden Themas und der damit verbundenen Schwierigkeiten eine zunächst erstaunliche editorische Leistung. Bekanntlich ist die Personalunion von Historiker und Techniker äußerst rar (für die hier anstehende Aufgabe konnte in Westdeutschland offenbar kein einziger derartiger Wissenschaftler ermittelt bzw. gewonnen werden), und so stand der Herausgeber vor dem Dilemma, entweder die Technik von Historikern oder die Geschichte von Technikern interpretieren zu lassen. Günther Franz entschied sich konsequent - nur mit einer Ausnahme - für das letztere, das heißt für die im deutschsprachigen Schrifttum dieses Genres schon traditionelle Lösung. Bereits Max Eyth, der Namenspatron der als Initiator des vorliegenden Buches genannten Gesellschaft, hatte sich wissenschaftlich² und gar belletristisch³ mit Erfolg an demselben Gegenstand, der Geschichte der Agrartechnik, versucht. Vor allem jedoch stammt auch das bisherige Standardwerk, die 1910 erschienene DLG-Festschrift "Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland", von einem Techniker-Team unter der Leitung von Gustav Fischer.⁴ Auf dieses Sammelwerk und seinen Herausgeber wird noch des öfteren zurückzukommen sein: Der ständige Vergleich zwischen beiden Publikationen ist höchst aufschlußreich und überdies gerechtfertigt durch die unermüdlichen Anknüpfungen an bzw. Berufungen auf jenes Werk.⁵

"Die Geschichte der Landtechnik im 20. Jahrhundert" tritt im Titel mit hohen Ansprüchen auf. Wir beziehen uns dabei nicht auf die - ebenso unglückliche wie rätselhafte - Verwendung des bestimmten Artikels ("Die Geschichte ..."). Entscheidend sind vielmehr die

+ Kritische Bemerkungen zu dem Buch Die Geschichte der Landtechnik im 20. Jahrhundert, hg. v. Günther Franz unter Mitwirkung zahlreicher Fachgelehrter, DLG-Verlags-GmbH, Frankfurt (Main) 1969, XII u. 449 Seiten, 560 Abb., Preis 80 DM.

- 1 Franz, Günther, Geschichte der Landtechnik. Ein Arbeitsplan, in: Landtechnische Forschung, 15. Jg. 1965, S. 59 - 61.
- 2 Eyth, Max, Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland, England und Amerika, in: Journal für Landwirtschaft, Bd. 41, 1893, S. 95 - 134.
- 3 Derselbe, Hinterpflug und Schraubstock, 2. Aufl. Stuttgart 1899, 85. (!) Aufl. Stuttgart/Berlin 1914.
- 4 Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland, Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der D(eutschen) L(andwirtschafts-) G(esellschaft), hg. v. Gustav Fischer u. a., Berlin 1910 = Arbeiten der DLG, Bd. 177 (im folgenden: Sammelwerk 1910).
- 5 Beispielsweise Klappentext sowie S. V, 103, 156, 165, 196, 227, 307, 310, 375 u. 377. Die vorstehenden und alle anderen Seitenzahlen im Text ohne weitere Angaben beziehen sich auf das hier rezensierte Werk.

Komplexität des Begriffs "Landtechnik" einerseits und die fehlende geographische Eingrenzung - also die ex silentio beanspruchte Internationalität - andererseits. Auch die Wahl des Terminus "Geschichte" erscheint präventiv.

Die Landtechnik des 20. Jahrhunderts wird in 22 Kapiteln abgehandelt, die folgende Sachbereiche umfassen: Tierische Anspannung, Motorisierung der Feldarbeit, Schlepper; Fördergeräte; Elektrifizierung der Landwirtschaft; Bodenbearbeitung; Stallungstreuer; Handelsdüngerstreuer; Sämaschinen; Einzelkornsämaschinen; Hackmaschinen; Bestellung und Pflege der Kartoffeln; Kartoffellegemaschinen; Pflanzenschutztechnik; Beregnungsanlagen; Mechanisierung der Halmfuttermittelgewinnung; Ernte- und Dreschtechnik der Halmfrüchte; Getreidekonservierung; Kartoffelerntemaschinen; Zuckerrübenerte; Futterrübenerte; Tierhaltung; Milchgeräte. - Man wird einräumen müssen, daß mit diesen Teilbereichen der Komplex Landtechnik weitgehend abgedeckt ist, wenn man darunter vor allem Maschinen und Geräte versteht. So findet sich der Handelsdüngerstreuer vertreten, nicht aber die Minereraldüngung selbst. Es fehlt ferner die Drainage (wofür es sicherlich Gründe gibt). Geräte für Spezialkulturen sind zu Recht fortgelassen. Sie waren übrigens in dem Sammelwerk von 1910 teilweise vertreten, das den Rahmen sachlich ohnehin weiter gesteckt und beispielsweise das gesamte Molkereiwesen mit einbezogen hatte. Immerhin waren 1910 insgesamt sechs Autoren in der Lage, den ganzen Komplex des landwirtschaftlichen Maschinenwesens (und ein wenig mehr) abzuhandeln; 1969 sind es achtzehn. Diese Steigerung ist weniger auf die Erschließung gänzlich neuer technischer Möglichkeiten (wie Beregnungsanlagen) als vielmehr auf die zunehmende Spezialisierung innerhalb einzelner Bereiche zurückzuführen: Die Erntemaschinen beispielsweise, die 1910 noch von einem Autor beschrieben wurden, erscheinen jetzt auf fünf Spezialisten (für Halmfutter, Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben und Futterrüben) verteilt, was nicht ohne ungünstige Folgen für die Einheitlichkeit der Darstellung geblieben ist. Aber hier liegt kein Ansatzpunkt zur Kritik. Was literarisch zu bedauern ist, nämlich jene hochgradige Spezialisierung, hat technisch den Fortschritt erst ermöglicht.

Zum Untersuchungsraum: Ihn bildet bis 1944 Deutschland in seinen jeweiligen Grenzen und ab 1945 das Gebiet der Westzonen bzw. der westdeutschen Bundesrepublik. Soweit sie die Verhältnisse bis 1944 betrifft, erscheint diese thematische Beschränkung sinnvoll. Um so leichter hätte es dem Herausgeber fallen müssen, ein erklärendes Wort in dieser Richtung - wenschon nicht auf dem Titelblatt, so doch mindestens im Vorwort - beizufügen. Die gelegentliche Berücksichtigung internationaler Trends, insbesondere der Entwicklung in den USA, rechtfertigt in keiner Weise den globalen Titel. Fischer hatte das von ihm mitherausgegebene Sammelwerk jedenfalls seinerzeit weitaus bescheidener und zutreffender betitelt.

Was den Untersuchungsraum ab 1945 betrifft, so scheint die - wiederum unausgesprochene - Konzeption des Herausgebers auf eine strikte Ausklammerung der Verhältnisse in der Sowjetischen Besatzungszone und vor allem der DDR gerichtet gewesen zu sein. Auch dies steht im Widerspruch zu (dem Altmeister) Fischer, der, seit 1933 emeritiert, noch einmal den Lehrstuhl für Landmaschinenkunde an der erneuerten Humboldt-Universität zu Berlin übernahm und den agrartechnischen Problemen der Bodenreformbauern im Osten Deutschlands stete Aufmerksamkeit - als Landwirt und als Publizist - schenkte.⁶ Noch als Emeritus, in Westberlin lebend, verfolgte er die nach Gründung der DDR besonders rasche MAS-Entwicklung und schätzte sie sachlich ein.⁷ 1951 war das für ein in Westdeutschland erschie-

6 Man vergleiche seine Abschiedsvorlesung Fischer, Gustav, Ein Blick auf die Geschichte der Landmaschinentechnik, in: Deutsche Bauerntechnik, H. 11/1946/47, S. 1 - 5.

7 Derselbe, Landmaschinenkunde für Studierende und Landwirte, 2., neu bearb. Aufl. Stuttgart/Ludwigsburg 1951, S. 20 f.

nenes Buch höchst ungewöhnlich. Im Jahre 1969 ist jedoch auch dortzulande das schlichte Dogma von der Nicht-Existenz der DDR für die etablierte Historiographie und Publizistik zum glatten Anachronismus geworden. Die Autoren von 1969 scheinen ihm aber noch immer verhaftet zu sein. Statt die in der Geschichte der Landtechnik erkennbaren Divergenzen zwischen kapitalistischem und sozialistischem Großbetrieb aufzuzeigen oder auch (womit man besonders up to date wäre) angebliche Konvergenzen hervorzuheben, bleiben sie selbst nach westdeutschen Maßstäben rückständig. Das gilt für fast alle Autoren ebenso wie für den Herausgeber.⁸ Vielen wird an einer "Auseinandersetzung" schon aufgrund fehlender Informationen über die DDR-Agrartechnik nichts gelegen haben. Uns erspart dies zusätzliche Polemik, nicht aber den nochmaligen Hinweis, daß bedeutende Abstriche von der im Titel beanspruchten Reichweite gemacht werden müssen.

Im Anschluß an die getroffenen Feststellungen läßt sich die vorliegende "Geschichte der Landtechnik im 20. Jahrhundert" als das definieren, was sie wirklich ist: eine Darstellung der Entwicklung des Landmaschinenwesens im imperialistischen Deutschland und Westdeutschland. Verfaßt wurde sie von Diplomlandwirten und Diplomingenieuren, nicht von Historikern. Ein Zuviel an rein technischen Daten ist trotzdem nicht zu konstatieren. Das publizistische Geschick einiger Autoren, die zum Teil schon als Verfasser von Lehrbüchern (G. Preuschen, G. Segler und andere) und in einem Fall auch von technikgeschichtlichen Beiträgen (M. Hupfauer) hervorgetreten sind, macht die Lektüre partienweise sogar spannend, besonders dann, wenn persönliche Erfahrungen geschildert werden. Verhaltener Stolz auf die eigene Leistung als Erfinder oder Bahnbrecher einer Errungenschaft steht vielfach zwischen den Zeilen. Ein kräftiger Rest jener Vitalität, die den Erfinder und Ingenieur im Zeitalter der Industriellen Revolution einst auszeichnete und die ihn rückschauend nie daran zweifeln ließ, "wie wir 's dann zuletzt so herrlich weit gebracht", scheint bei den Autoren bewahrt. Ein Zuwenig an historischer Interpretation ist indessen nicht zu beklagen. Und ob die ideologische Grundposition bei Autorschaft von westdeutschen Fachhistorikern eine andere gewesen wäre, darf bezweifelt werden. Dieses oder jenes hätte man gewiß - im Sinne der oben angedeuteten neuen Generallinie - anders angelegt und obendrein "geistesgeschichtlich" angereichert. In der vorliegenden Form ist eine offene, naive Apologie der jüngsten agrarkapitalistischen Entwicklung herausgekommen.

Alle oder auch nur mehrere Einzelbeiträge zu besprechen, ist hier nicht möglich. Als Beispiel möge das Kapitel über die Ernte- und Dreschtechnik der Halmfrüchte, verfaßt von W. G. Brenner, vorgestellt werden. Der Autor unterscheidet zunächst zwischen "Geteilten Verfahren" (Mähverfahren, die sich um Getreidemähmaschinen, und stationäre Dreschverfahren, die sich um Stand-Dreschmaschinen gruppieren) und "Direktverfahren" (Mäh- und Dreschverfahren in ein und derselben fahrenden Maschine vereinigt).

Die weitere Untergliederung wird dann durch übersichtliche Schaubilder illustriert. Text und Graphik heben dabei folgende wichtige Entwicklungsetappen heraus:

Kleinbetriebe um 1910: Gespannmähmaschine mit Handablage, Binden von Hand, Garben-aufstellen, Aufladen, Einbansung in Scheune, winterliches Dreschen mit der Göpeldreschmaschine.

Großbetriebe um 1910: Gespannmähmaschine mit Flügel-Ablage (dann Handarbeiten wie oben), Ernte-, Mieten- oder Scheunendrusch mit der Dampfreschmaschine.

8 Ausnahmen bilden die Kapitel "Tierische Anspannung" und "Zuckerrübenerte" sowie vereinzelte Hinweise auf Standardwerke der DDR-Landwirtschaft, wie Heyde, Heinrich, Landmaschinenlehre, Berlin 1964 - 1967, oder Schick, Rudolf/Klinkowski, Maximilian, Die Kartoffel, Berlin 1961 - 1962.

Großbetriebe ab 1935: Zapfwellen-Bindemähmaschine, Garbenaufstellen, Transport mit Gummifahrer, Drusch mit der Stahldreschmaschine (Antrieb Verbrennungs- oder E-Motor), Strohpresse.

Großbetriebe ab 1950/55: Frontschwadmäher, Feldhäcksler, Häckseldrescher bzw. (dominierend) Anhängemähdrescher oder selbstfahrender Mähdrescher, Sammelpresse im zweiten Arbeitsgang.

Die Entwicklung des Arbeitsbedarfs der einzelnen Ernteverfahren ist nach Brenner zwischen 1910 und 1966 von 149,1 AKh/ha bis zu 15,0 AKh/ha (bei Verzicht auf Strohbergung sogar 2,0 AKh/ha) verlaufen.

Im Anschluß an die verschiedenen Verfahren werden die einzelnen Maschinen näher erläutert: Ableger, Pferde- und Zapfwellenbinder, Dreschmaschinen, Strohpressen und vor allem Mähdrescher – das Spezialressort des Verfassers. Mit der Andeutung künftiger Entwicklungsmöglichkeiten schließt das Kapitel.

Brenner gehört zu jenen Autoren – sie sind in der Mehrzahl –, die den Text gemeinverständlich abgefaßt haben. Die technische Beschreibung wird aufgelockert durch Erörterungen über die Wege und Umwege technischer Novationen, über die klimatischen Bedingungen, über Angebot und Nachfrage, Import und Export usw. Die Verhältnisse in den USA werden durch statistische Unterlagen erläutert; hinsichtlich des agrartechnischen Standards in der Sowjetunion kann der Leser zu dem Fehlurteil gelangen, daß die Entwicklung über die Ablege-Mähmaschine offenbar nicht hinausgeführt habe – Mähdrescher werden nicht erwähnt. Der larmoyante Hinweis auf die "ehemals stolzen Namen ostdeutscher Firmen" ist der einzige, der die revolutionären Veränderungen der Eigentumsverhältnisse in der Landmaschinenindustrie und in der Landwirtschaft auf deutschem Boden nach 1945 andeutet. Westdeutsche Eigentumsverhältnisse kommen gelegentlich zur Sprache, etwa wenn überbetrieblicher Einsatz von Mähdreschern empfohlen wird. Die Rolle der Landmaschinenkonzerne oder die der Landmaschine als Produktionsmittel in der Hand von Agrarkapitalisten irgendwie kritisch zu sehen, liegt dem Verfasser fern. Daß es ein Landproletariat gibt, das die moderne Technik meistert, mag der Leser sich zusammenreimen. Immerhin erscheinen – im Gegensatz zu den Kapiteln anderer Autoren – der frühere Schnitter und der heutige "Bedienungsmann" des Mähdreschers als erwähnenswerte Personen. Daß ihr sozialer Status ungenannt bleibt, verwundert nicht weiter. Und dies ist das visionäre Menschenbild, das uns angeboten wird; nein, nicht mehr der endlich bekehrte "technische Analphabet" der Eyth'schen Generation, sondern ein technisch versierter Mähdrescherfahrer, der jedoch teilnahmslos, "fast gelangweilt", die Hebel bedient – eine zwielichtige Perspektive der spät-kapitalistischen Agrartechnik, die geeignet ist, Allergien hervorzurufen.

Noch nicht erwähnt wurde bis hierher die Einführung des Herausgebers Franz, betitelt "Technik und Landwirtschaft". Es fällt schwer, diese knapp zehn Druckseiten als Pendant zu der entsprechenden Studie Gustav Fischers⁹ zu werten. Dazwischen liegen Welten. Die Franz'sche Darstellung besteht zu einem nicht kleinen Teil aus Halbwahrheiten und Fehlern. "Die Ersetzung des Hakenpfluges durch den Streichbrettflug und die Verdrängung der Sichel durch die Sense sind die einzigen technischen Fortschritte, die die abendländische Landwirtschaft in den rund zweitausend Jahren gemacht hat, die zwischen der vorchristlichen Eiszeit und dem Jahrhundert der Aufklärung liegen" (S. 1) – dieser Satz, dessen Vorzug

9 Fischer, Gustav, Die Entwicklungsbedingungen des landwirtschaftlichen Maschinenwesens und seine Bedeutung für die Landwirtschaft, in: Sammelwerk 1910, a. a. O., S. 1 – 21; vgl. derselbe, Die soziale Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft, Leipzig 1902 = Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 20, H. 5.

darin besteht, im Gegensatz zu vielen anderen druckfehlerfrei zu sein¹⁰, läßt sich durch Prähistoriker und Volkskundler rasch widerlegen; ich verweise auf die Sichte, den Dreschflegel, die Egge mit Eisenzinken, neue Walzenformen, das gewölbte Pflugstreichbrett, das Pferd als Arbeitstier, das Sielengeschirr und das Polsterkummet sowie die Feldsysteme.

Zeitaufwendiger ist die Nachprüfung anderer Angaben. Da tabellarische Übersichten im allgemeinen dankbar ausgewertet und gern zitiert werden, sei es gestattet, Tabelle 3 ("Die Maschinenverwendung im Deutschen Reich", S. 8) etwas näher zu untersuchen. Der Leser stutzt bereits, bevor er überhaupt eine Zahl aus der Tabelle zur Kenntnis genommen hat: weniger wegen störender Kleinigkeiten, die auch hier wieder auftauchen (die Pluralformen müssen lauten "Motoren" und "Silos"), als vielmehr aufgrund der Überschrift. "Deutsches Reich" gilt auch für die Belegjahre 1949 und 1960 (!), und selbst in der Fußnote wird diese Ausdrucksweise vom Herausgeber nicht relativiert, während er sich eines peinlich korrekten Hinweises auf die Gebietsstandsänderungen nach dem ersten Weltkrieg nicht enthält. Die Leugnung der simplen Tatsache, daß das Territorium Westdeutschlands kleiner ist als das des ehemaligen Deutschen Reiches, macht nun die gesamte Tabelle wertlos. Was sollen Zahlen, die sich 1925 und 1960 auf extrem unterschiedlich große Gebiete beziehen? Sie sind nicht vergleichbar. Dabei wäre es durchaus möglich gewesen, die Zahlen von 1885 bis 1939 auf den Gebietsstand der Bundesrepublik zurückzurechnen, ja, die Quellen¹¹ hätten es sogar erlaubt, durch Addition der für die damaligen Länder, Regierungsbezirke usw. getrennt ausgewiesenen Zahlen das heutige westdeutsche Gebiet rechnerisch exakt zur Grundlage der Angaben für 1885 bis 1939 zu machen.

Es bereitet uns gleichfalls keine Genugtuung, daß Franz sich der Möglichkeit begeben hat, Fortschritte in der Verwendung von Landmaschinen unter kapitalistischen Bedingungen aufzuzeigen. Hat sich die genannte Tabelle somit bereits als wertlos erwiesen, bevor man sie näher studiert, so ist sie auch formal keineswegs fehlerfrei. 1907 existierten nicht 3 000, sondern 442 Dampfpflüge; 1925 waren es nicht 1 600, sondern 1 008; 1933 nicht 1 400, sondern 994.¹² 1895 fehlt die Angabe für Düngerstreumaschinen (sie müßte lauten: 18 636 = 18 700), während die bei Franz angeführte Zahl der Sämaschinen (28 700) in seiner Quelle unter dem Stichjahr 1895¹³ gar nicht auftaucht. 1960 sind einige in der statistischen Quelle¹⁴ aufgeführte Maschinen bei Franz teils überhaupt nicht, teils unglücklich rubriziert. Einachsschlepper oder Einzweck- bzw. Spezialmotormäher beispielsweise fallen ganz unter den Tisch. Strohbinder, Mährescher und Pressen erscheinen als ein Block; gleichwohl

10 Druckfehler im engeren Sinne wären übrigens - selbst bei gehäuftem Auftreten - immerhin noch verzeihlicher als die vielen Sinnfehler, die stilistischen und grammatischen Entgleisungen in diesem Einleitungskapitel, z. B. S. 4, Abs. 4: "In Bornim wurde 1928 aus das erste Schlepperprüffeld errichtet"; S. 6, Abs. 1: "In dem Jahrzehnt von 1929 - 1949..."; S. 7, Abs. 1: "... in immer stärkerem und zunächst kaum vorstellbarer Weise...". Der - vielleicht unschuldige - Helfer beim Korrekturlesen wird kaum dankbar dafür sein, daß ihn der Herausgeber im Vorwort (S. VI) namhaft gemacht hat.

- 11 Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge, Bd. 5 (für 1882), Berlin 1885; Bd. 112 (für 1895), Berlin 1898; Bd. 212, T. 2 (für 1907), Berlin 1912 usw.
- 12 Ebenda, Bd. 212, T. 2, Berlin 1912, S. 76 f.; Bd. 410, Berlin 1929, S. 400 f.; Bd. 461, T. 2, Berlin 1936, S. 14 f. - Franz hat offenbar die Zahl der entsprechenden maschinenverwendenden Betriebe (nicht die der Dampfpflüge überhaupt) aufgenommen, ohne dies freilich zu vermerken. Allgemein praktiziert - und vermerkt - hat er dieses Verfahren bei den Dreschmaschinen.
- 13 Ebenda, Bd. 461, T. 2, Berlin 1936, S. 9.
- 14 Wirtschaft und Statistik, Jg. 1962, S. 647.

kann ich für die erstaunliche Zahl 652 000 (!) keinen Anhaltspunkt finden. Unverständlicherweise bleiben die Spalten für Mähmaschinen und Kartoffelerntemaschinen 1960 leer - beide wären durch Addition bzw. direkte Übernahme der Quellenangaben¹⁵ ausfüllbar gewesen.

Die kritische Überprüfung hat ergeben, daß vor einer Benutzung des Einleitungskapitels von Franz gewarnt werden muß. Auch sonst hat die nachlässige Redigierung des gesamten Buches durch den Herausgeber Schaden gestiftet. Das betrifft Druckfehler, zahlreiche fehlerhafte bibliographische Nachweise, unaufgelöste und uneinheitliche Siglen, falsche Querverweise, unrichtige Kolumnentitel, falsche Buchstabenfolge im alphabetischen Register. All das kann mit "bedrückender Terminnot" (S. V) erklärt, aber nicht entschuldigt werden. Der editorische Kraftakt hat den Herausgeber ganz offensichtlich überfordert.

15 Ebenda.

AFRIKA UND ROM IN DER ANTIKE

von Hagen Fischer

Das Erscheinen eines Sammelbandes mit Beiträgen über die Beziehungen zwischen Afrika und Rom⁺ gewinnt heute, im Zeitalter der Zerschlagung des Kolonialsystems, besondere Bedeutung. Der Versuch, "einen Beitrag zur Herausbildung eines eigenen Geschichtsbildes der jungen afrikanischen Nationalstaaten zu leisten" (S. 11), wie es im Geleitwort heißt und in mehreren Artikeln betont wird, verdient um so mehr Anerkennung, als diesem Thema - speziell was Forschungen angeht, die die Problematik aus afrikanischer Sicht behandeln - erst in letzter Zeit größere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.¹ "Wenn das Thema des vorliegenden Sammelbandes nicht 'Rom und Afrika' lautet, sondern 'Afrika und Rom', so ergibt sich schon daraus die Absicht der Herausgeber, die römisch-afrikanischen Beziehungen nicht ... fast ausschließlich vom Standpunkt des Imperium Romanum aus zu sehen, sondern diese unter dem Aspekt der afrikanischen Entwicklung zu erfassen, d. h. vor allem deren eigenständige Elemente ... zu erforschen" (S. 11).

Allerdings zeigt bereits diese Formulierung, daß eben doch - trotz aller Einschränkungen - römisch-afrikanische Probleme zur Sprache kommen, was dem ausdrücklich in der Reihenfolge "Afrika und Rom" gewählten Titel widerspricht. Als "wichtige Themenkreise" werden entsprechend auch "die afrikanische Stammesgeschichte", "die Rolle des Punier-tums" und "Völkerwanderungsprobleme" genannt. Auf diese Weise stehen mit Karthagern und Germanen - enger gefaßt: Vandalen - wiederum nichtafrikanische Einflüsse im Vordergrund. Zwar betont Burian, daß "die Geschichte der einheimischen Bevölkerung Nordafrikas viel mehr" sei als die Kehrseite der punischen bzw. der römischen Geschichte im nord-afrikanischen Raum (S. 41), dennoch hätte eine eventuelle nationale Reichsbildung auf afrikanischem Boden gegen die Nachkommen der Königin Dido gerichtet sein müssen.² Wählt

+ Afrika und Rom in der Antike, hg. v. Hans-Joachim Diesner, Hannelore Barth u. Hans-Dieter Zimmermann, in: Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 6/1968 (C 8). - Alle ohne nähere Angaben gebrachten Seitenzahlen in Text und Anmerkungen beziehen sich auf dieses Werk.

1 Hier sei auf zwei im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" veröffentlichte Artikel zu dieser Problematik verwiesen, und zwar Büttner, Thea, Das Präkoloniale Afrika und die Diskussionen zur asiatischen Produktionsweise, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 4, S. 287 - 312; Deman, Albert, Die Ausbeutung Nordafrikas durch Rom und ihre Folgen, in: ebenda 1968, T. 3, S. 341 - 353. - Dieser zuletztgenannte Beitrag wurde ebenfalls auf dem internationalen Kolloquium "Afrika und Rom" vorgetragen, ist aber nicht in den zu rezensierenden Sammelband aufgenommen worden.

2 Wie abwegig es ist, für jede schwarz-afrikanische Kultur nach "arabischen, karthagischen oder sogar etruskischen Ursprüngen" zu suchen, zeigt Suret-Canale, Jean, Schwarzafrika, Geographie, Bevölkerung, Geschichte West- und Zentralafrikas, Bd. 1, Berlin 1966, S. 62. - Das gleiche gilt für den hier zu besprechenden Raum.

man das Zeitalter der Völkerwanderung als dritten Schwerpunkt, so muß man fragen, ob sie nicht gleichfalls von außen in den "schwarzen Kontinent" hineingetragen worden ist und diesen nur an seiner Peripherie berührte. Diese Ansicht scheint jedenfalls durch die Tatsache des Vorhandenseins starker einheimischer Gegenpole, mit denen sich das Vandalenreich während seines Bestehens dauernd auseinandersetzen hatte, gestützt zu werden. Gelänge es, diese Kräfte stärker hervorzuheben, wären gerade sie es, die die oben zitierte Feststellung Burians noch deutlicher belegt hätten.

Ein Überblick über die auf dem Kolloquium behandelten Themen zeigt, daß entgegen dem Titel in Wirklichkeit fast ausschließlich römische Verhältnisse in Afrika erforscht worden sind. Territorial gesehen, wurden - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur Gebiete Afrikas einbezogen, die direkt zum Römischen Reich gehörten, im wesentlichen also nur Nordafrika. Csillag zählt - allerdings in ganz anderem Zusammenhang - "Aegyptus, Cyrenaica, Africa provincia, Numidia, Mauretania Tingitana und Caesariensis" (S. 173) als dann nur noch in Betracht kommend auf. Tatsächlich wird jedoch nicht einmal dieser nordafrikanische Küstenbereich mit seinem Hinterland als "Afrika" im Sinne des Buchtitels gefaßt. Wirklich eingehende Schilderungen erhält der Leser eigentlich nur über das ehemals karthagische Gebiet einschließlich der angrenzenden Länderereien. Nach alledem verwundert es auch nicht, daß in allen Beiträgen die römische Periodisierung übernommen wurde, obwohl sich eine andere Einteilung angeboten hätte. Themenkomplexe, die zum Beispiel die Beziehungen des römischen Ägyptens zu Äthiopien und Nubien, etwaige Handelswege oder Kultureinflüsse römischer Provinzen auf die nigerianische Nok-Kultur oder Zivilisationsberührungen mit dem asiatischen Raum (Arabische Halbinsel) zum Inhalt haben, fehlen ganz.³ Schließlich sind auch Handelsbeziehungen bzw. kulturelle Einflüsse auf die Eingeborenenvölker am Rande des Imperium Romanum, von denen einige in der Epoche des späteren Arabischen Kalifats eine Rolle gespielt haben, nur angedeutet (S. 113). Allerdings wären aufgrund des sehr lückenhaften Materials teilweise wohl auch bei großem Aufwand an Mühe nur relativ geringe Resultate erreicht worden.

Diese Einschränkungen müssen der Beurteilung des Bandes notwendigerweise vorausgeschickt werden, der dennoch dem Leser viel Wissenswertes bietet.

Johannes Irmschers Beitrag "Die Altertumswissenschaft und das Geschichtsbild der jungen Nationalstaaten" (S. 13 - 25) ist offenbar als Einführung konzipiert. Wie aber bereits darzulegen versucht wurde, war es nicht allen Autoren möglich, angesichts der von ihnen gewählten Themen Irmschers Anregungen zu folgen. Er verurteilt die Anschauung, daß die Alte Geschichte nur als "Geschichte des Griechen- und Römertums" aufzufassen sei (S. 17), und schreibt: "Sollte aber, was jedermann den Griechen zuzubilligen bereit ist, nicht ebensodenen anderen Völkern des Mittelmeergebietes zukommen?" (S. 19). Warum wird eigentlich gerade Hellas als Prototyp betrachtet? Man kann die im Titel genannten "jungen Nationalstaaten" zu heute auch nicht auf die Mittelmeerwelt beschränken. Ägypten ist hier kein typisches Beispiel⁴, eher wären das die Länder West- und Südafrikas. Diese Bemerkungen sollten lediglich einer allzusehr aus der Sicht des bürgerlichen Humanismus betriebenen europäisierenden Geschichtsbetrachtung widersprechen. Einzelne weitere Beispiele ließen sich finden. Hier sei nur noch Burians Feststellung herausgegriffen, daß mit Hannibal der letzte, wenn

3 Gewisse Hinweise siehe ebenda, S. 156 - 164, mit einigen weiteren Literaturangaben. Suret-Canale, behandelt aber im allgemeinen nicht die an Rom angrenzenden bzw. von Rom okkupierten Landstriche.

4 Der Rezensent würde unter "jungen Nationalstaaten" nicht unbedingt ein Gebiet fassen, das sich einer im wesentlichen unbestrittenen Kontinuität seiner Bevölkerung erfreuen kann (vgl. ebenda, S. 62) und dessen Kolonialzeit im Verhältnis zu seiner eigenständigen Kultur nur sehr kurze Zeit währte.

auch am großzügigsten aufgefaßte Versuch einer entwickelten orientalischen Zivilisation, die Macht im westlichen Teil des Mittelmeerbassins an sich zu reißen, scheiterte." Auch wenn man Mithradates' VI. von Pontus letzte Pläne, den Krieg gegen Rom nach Italien selbst zu tragen, nicht als historisch ansehen will, da sie wirkungslos geblieben sind, wäre es kaum gerechtfertigt, das Arabische Kalifat seit Omars Herrschaft nicht beachten zu wollen.

E. M. Štaerman behandelt "Afrika und Rom in der Epoche des Prinzipats" (S. 53 - 88), in russischer Sprache mit einem ausführlichen deutschen Resümee abgedruckt, wobei allerdings der einleitende historische und methodische Überblick nicht übersetzt wurde (S. 53 - 56), welcher seinerseits durch das Fehlen jeglicher Literaturangaben⁵ etwas pauschal anmuten muß und ein Nachprüfen sehr erschwert. Auf diese sonst sehr willkommene Ergänzung zu der kürzlich auch in deutscher Übersetzung erschienenen umfangreichen Monographie der sowjetischen Wissenschaftlerin⁶ kann in einer hinsichtlich der Seitenzahl eng begrenzten Rezension nicht ausführlich eingegangen werden. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß bei einem derart diffizilen Vorgang, wie es die Romanisierung gerade der afrikanischen Provinzen zu sein scheint - besonders bei dem Versuch, deren Tiefe nachzuweisen -, keine Schemata aufgestellt werden dürfen. Die Fragen der "geistigen Kultur", der "Wechselbeziehung und Behauptung der lateinischen und der einheimischen Sprachen, der Kulte, der Kunst usw." dürfen sicher nicht isoliert betrachtet werden (S. 55). Die Feststellung: "Es ist hinlänglich bekannt, daß überall in der antiken Welt, aber besonders im Römischen Reich nicht die ethnische Zugehörigkeit, wohl aber der Status eines Bewohners von Bedeutung ist ...", ist wohl zu stark vereinfacht. Man muß beide Bereiche, den kulturellen und den ökonomischen, untersuchen, wobei sicher "der Weg, die soziale Struktur der (jeweiligen - H. F.) Gesellschaft zu analysieren" (S. 56), der vorrangigere ist, aber eben nicht der einzige. Gerade das Beharren auf gewissen nationalen Traditionen könnte neben anderen Faktoren erklären, warum "der römische Staat in Afrika weniger Spuren hinterlassen hat als in anderen westlichen Provinzen" (S. 80). Die Entchristianisierung sollte hier nicht so sehr einbezogen werden. Gerade Štaerman weist verschiedentlich darauf hin, daß speziell in Afrika die Rolle der christlichen Kirche sehr differenziert zu sehen ist und sich in starken Sekten sehr wohl regionale Besonderheiten, namentlich auf sozialem Gebiet, herausgebildet hatten (S. 92 f.). Vielleicht darf im Anschluß an diesen Artikel die generelle Bitte ausgesprochen werden, bei ausführlichen Zusammenfassungen in anderen Sprachen auch den Übersetzungen die Fußnoten des Originaltextes hinzuzufügen, was dem der Muttersprache des Autors Unkundigen das Lesen sicher sehr erleichtern würde.⁷

Der Artikel "Afrika und Rom in der Zeit des Dominats" von Hans-Joachim Diesner ist einer der wenigen Beiträge, die dem "Programm" des vorliegenden Buches im großen und ganzen entsprechen, und soll deshalb hier kurz referiert werden.

Diesner betont einleitend, daß das Bild einer friedlichen und ruhigen Provinz, das einige Quellen vorzeichnen, keineswegs für die Zeit des Dominats gelten kann (S. 89). Er versucht,

5 Lediglich Anmerkung 6 (S. 81) macht hier eine Ausnahme. Dagegen bleibt die Auseinandersetzung mit Charles-Picart (S. 54 f. u. 61) ohne jeden bibliographischen Verweis. Auch die Quellenangaben sind recht spärlich. So erscheint z. B. Apuleius erst in Anmerkung 15 (zu S. 71), obwohl er bereits weiter vorn (S. 67) sinngemäß zitiert wird.

6 Schtajerman, E. M., Die Krise der Sklavenhalterordnung im Westen des römischen Reiches, aus dem Russ. übers. u. hg. v. Wolfgang Seyfarth, Berlin 1964.

7 So bei dem deutschen Auszug von Bándi, Gabor, Középső bronzkori Cöszerszámszjelosztó csontlemezék kérdése a Kárpát-Medencében (Die Frage der Riementeiler des mittelbronzezeitlichen Pferdegeschirrs im Karpatenbecken), in: Különlényomat az Archaeologiai Értesítő 1963, S. 58 - 60.

der in solchen Quellen dargestellten Idylle die realen Gegebenheiten gegenüberzustellen, und zwar einerseits am Beispiel "der großen zivilisatorischen Bemühungen Roms", die "erst unmittelbar vor der Vandaleninvasion selbst ihr Ende fanden" (ebenda), andererseits am Beispiel der "berberisch-libysch-maurischen Einflüsse", die sich auch in dieser Epoche haben "halten und immer wieder durchsetzen können" (ebenda).

In bezug auf "die Möglichkeiten weiterer Romanisierung" (S. 90) richtet Diesner sein Augenmerk unter anderem auf die Rolle der katholischen Kirche, die "neben und mit der lateinischen Sprache auch die römische Vorstellungswelt an die Einheimischen bis in entlegene Gebiete weitergab" (S. 92). Doch hätten seiner Meinung nach "Kirche und Religion in Afrika keinesfalls eindeutig - also im römischen Sinne - gewirkt" (ebenda). Er erinnert an die Donatisten, die sich "im Circumcellionentum und ähnlichen Erscheinungen den sozialökonomischen Anliegen und Forderungen der Sklaven und sonstigen Unterdrückten weit öffneten" und so "das größtenteils berberisch bestimmte Bevölkerungssubstrat für sich" gewannen (S. 93). Das gelte allerdings nicht für Grundbesitzer und vereinzelte Senatoren als einer Schicht, die das "oft mit Martyriumsbereitschaft verbundene Armutsideal dieser Sekte kaum geteilt haben dürfte" (S. 93 f.). In diesem Zusammenhang wird dann das Wirken Parmenians und Augustus' gegenüber dem Donatismus gestreift (ebenda).

Zusammenfassend skizziert Diesner die Romanisierungsmöglichkeit wie folgt (S. 95 f.):

1. durch Unterwerfung (relativ selten);
2. durch politische Beeinflussung;
3. durch sozialökonomische Beeinflussung;
4. durch kulturelle Maßnahmen.

Das weitere Geschichtsbild, vornehmlich das des Maghribgebietes, zeichnet Diesner anhand von Aufzeichnungen über das Wirken einiger hoher kirchlicher und staatlicher Beamter bzw. über kaiserliche Eingriffe. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er dabei dem comes Africae, Romanus (S. 99 f. - darüber spricht auch Demandt, auf dessen Arbeit noch kurz eingegangen werden wird), den Aufständen des Firmus (S. 101) und des Gildo (S. 101 f.) sowie der Person des comes Africae, Heraclianus (S. 105 f.) und seinem Wirken, schließlich auch der Rolle des comes Bonifatius (S. 107 f.). Relativ ausführlich geht Diesner auf die einheimischen Berbervölker ein, "deren Bedeutung uns heute wichtiger ist als früheren Generationen" (S. 113). Man muß wiederholend hinzufügen, daß gerade diese Völker sogar einer ausschließlich ihnen gewidmeten Studie wert gewesen wären.

Der folgende Literaturbericht von Jehan Desanges über "Recherches récentes sur le peuplement indigène et sur les structures traditionnelles de l'Afrique antique (notamment en France, en Italie et en Afrique du Nord)" (Gegenwärtige Forschungen über die einheimische Bevölkerung und über die traditionellen Strukturen des antiken Afrika, besonders in Frankreich, Italien und Nordafrika) greift auf Zeitschriftenartikel und selbständige Schriften bis zum Jahre 1960 zurück (S. 121 - 134). Auf die verschiedenen Teilgebiete in dieser Bibliographie, die mit der im Titel betonten Beschränkung berücksichtigt werden, kann in diesem Rahmen unmöglich näher eingegangen werden. Doch gewährt ihr Studium bereits bei flüchtiger Betrachtung eine sicher allen Interessenten dieser Problematik willkommene Übersicht über bei uns mitunter nicht bekannte und nicht immer leicht zugängliche Literatur auch zu vielen in diesem Band angeschnittenen Fragen. Es schließen sich "Bemerkungen zur Produktionsweise in Nordafrika (Vorrömische Zeit)" von Heinz Kreißig (S. 135 - 142) an. Kreißig ist sich bewußt, daß die dürftige Quellenlage seinen Untersuchungen große Schwierigkeiten entgegengesetzt (S. 135). Der Versuch des Numiderkönigs Massinissa, "die Nomadenwirtschaft einzuschränken", kann aber sicher nicht nur auf R. Junge gestützt werden (S. 135 Anm. 2).⁸ Für sein eigentliches

⁸ Strabo XVII 833 (§ 335).

Anliegen kommen Kreißig seine früheren Untersuchungen zur sogenannten asiatischen Produktionsweise sehr zugute.⁹ So überrascht es nicht, wenn der Verfasser feststellen kann: "Es scheint also, daß in Nordafrika und Vorderasien unter anderen Voraussetzungen - in Asien nach der makedonischen Eroberung, in Afrika bereits vor der römischen Eroberung - sehr gleichartige Entwicklungen sich vollzogen haben" (S. 140). Auch wenn die Feststellung des Nestors der römischen Geschichte, Theodor Mommsen, daß "nicht mit Unrecht ... manche Geographen des Alterthums Africa als dritten Erdtheil überhaupt nicht gelten lassen, sondern Aegypten zu Asien, das Berbergebiet zu Europa gestellt" haben¹⁰, aus heutiger Sicht abgelehnt werden muß, soweit Mommsen mit dem zitierten Ausspruch verlangt, daß man bei der Erforschung der Geschichte der afrikanischen Provinzen nicht umhinkommt, die Nachbargebiete mit einzubeziehen, ist es auch heute durchaus noch nicht überflüssig zu betonen, daß Historie als Universalität gesehen werden muß - ein wesentliches Anliegen des Artikels von Kreißig. Allerdings hätte eine redaktionelle Überarbeitung einige etwas zu "moderne" Termini ersetzen sollen. Es ist zum Beispiel fraglich, ob man einen "über Jahrhunderte dauernden Prozeß" (S. 137), also eine mehr oder weniger evolutionäre Erscheinung, als "Sprung" (S. 136) bezeichnen sollte, auch wenn er aus einem "urgemeinschaftlichen Kommunismus" (ebenda) erfolgt wäre. Weiterhin sollte man in der zerfallenden Urgesellschaft vielleicht nicht von "Diktaturen" (S. 137) sprechen, auch dann nicht, wenn man den Begriff Gsell entlehnt.

Wieland Held behandelt "Einige Probleme des Kolonats in Nordafrika zur Zeit des Prinzipats" (S. 143 - 153). Hier stellen sich mitunter jene Fehldeutungen ein, die eine zu enge Betrachtungsweise geschichtlicher Prozesse im Sinne des oben Gesagten unumgänglich heraufbeschwört. Ein Blick auf die von Held gewählte Sekundärliteratur nährt diesen Verdacht.¹¹

Darüber hinaus behandelt der Verfasser keineswegs ausschließlich die Zeit des Prinzipats. Es entsteht sogar der Eindruck, daß ihm spätere Epochen für seine Problematik viel aussagekräftiger erscheinen, was jedoch keineswegs tatsächlich so ist. Sieht man einmal davon ab, daß der klassische Prinzipat mitunter lediglich auf die Zeit des Augustus (und Tiberius) bezogen worden ist¹², muß er jedenfalls - selbst bei weitestmöglicher Ausdehnung - auf das erste und zweite Jahrhundert beschränkt bleiben¹³, das heißt bis zum Sturz des Commodus. Held widmet jedoch den überwiegenden Teil seiner Abhandlung einem späteren Zeitraum, genauer gesagt, dem Soldatenkaisertum und (als Ausblick) dem Dominat. Bei einer solchen Anlage der Arbeit ließen sich einige Vereinfachungen nicht vermeiden, die zu gewissen Verzerrungen geführt haben. So ist die Weiterentwicklung der Technik schwerlich zu verallgemeinern; die beiden von Held genannten Beispiele (S. 143) betreffen nur Gallien und

9 Vgl. zunächst Anm. 30 (S. 142) sowie Kreißig, Heinz, Fortschrittliche Produktionsweise - revolutionäre Klasse, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 2, S. 397 - 410.

10 Mommsen, Theodor, Römische Geschichte, Bd. 5: Die Provinzen von Caesar bis Diocletian, 6. Aufl. Berlin 1909, S. 621.

11 Wenigstens drei Standardwerke seien herausgegriffen, die Held hätte beachten sollen: Rostovtzeff, Michael, Gesellschaft und Wirtschaft im römischen Kaiserreich, übers. v. Lothar Wichert, 2 Bde, Leipzig o. J.; derselbe, Studien zur Geschichte des römischen Kolonats, Leipzig/Berlin 1910 = Archiv für Papyrusforschung und verwandte Gebiete, 1. Beiheft; An economic Survey of ancient Rome, hg. v. Tenney Frank, Bd. 4: Haywood, R. M., Roman Africa, Baltimore 1938.

12 Maschkin spricht z. B. nur vom Prinzipat des Augustus. Vgl. Maschkin, M. A., Römische Geschichte, Berlin 1953, S. 403 f.; derselbe, Zwischen Republik und Kaiserreich. Ursprung und sozialer Charakter des Augusteischen Prinzipats, Leipzig 1954.

13 Auch hier sei nur auf ein Beispiel verwiesen: siehe Geschichte des Altertums, hg. v. A. W. Mischulin, Berlin/Leipzig 1951, S. 187 f. u. 216.

benachbarte Gebiete - auch der Gebrauch der Mähmaschine konnte bisher nur dort archäologisch nachgewiesen werden,¹⁴ Man wird auch nicht mehr widerspruchlos hinnehmen können, wenn die Stagnation der Produktion auf den großen Gütern pauschal als "Geburtsstunde der Kleinpacht" bezeichnet wird (ebenda); denn die Erscheinung der Kleinpacht ist eben nicht schlechthin im römischen Kolonat zu erfassen, vielmehr muß der römische Kolonat als eine Form der viel älteren Kleinpacht gesehen werden.¹⁵

Held behandelt dann (S. 144 f.) das Schicksal der Kolonen, die der lex Manciana unterworfen waren. Er konstatiert dabei, daß ihre Lage immer drückender wurde, was unbestritten ist. Es erhoben sich allerdings einige Zweifel, ob die ausgewerteten Quellen diese Symptome immer und überall so allgemeingültig schildern. Das gilt zum Beispiel von der generalisierenden Feststellung, wonach sich die Klassenauseinandersetzungen in der letzten Periode des zweiten Jahrhunderts soweit zugespitzt hätten, daß auf den Gütern schon Militär gegen die coloni eingesetzt wurde. Das zitierte Beispiel (S. 148) gestattet eine solche Verallgemeinerung nicht. Außerdem fällt auf, daß Held nicht eindeutig zwischen privaten und kaiserlichen Kolonen unterscheidet. Gemessen an der Quellenauswahl, dürfte er überwiegend letztere im Auge haben.

Übrigens sind tägliche operae für die Kolonen - die Held für allgemein hält - allein vom Zeitaufwand her schwerlich anzunehmen, da die Pachtbauern - nicht zuletzt gerade im Interesse ihres Herrn - in erster Linie Zeit finden mußten, die eigenen Ackerstreifen zu bebauen. So dürfte Dig. 38, 1, 1 (zitiert S. 150) diurnus nicht mit "täglich" zu übersetzen sein, sondern: "Die operae sind eine regelmäßige (turnusmäßige, das heißt in bestimmten, freilich - soweit es sich um kaiserliche Kolonen handelt - vom Prokurator festgelegten) Zeitabständen zu leistende - H. F.) Pflicht."¹⁶ In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß die spätrömische Zeit für beinahe ausnahmslos alle Schichten in den Westprovinzen, auch für die Kurialen¹⁷, hart war und keineswegs etwa nur die Kolonen ih-

14 Vgl. Cüppers, Heinz, Gallo-römische Mähmaschine auf einem Relief in Trier, in: Trierer Zeitschrift für Geschichte und Kunst des Trierer Landes und seiner Nachbargebiete, 27. Jg. 1964, S. 151 - 153; Mertens, Joseph, Eine antike Mähmaschine, übers. v. Birgit Franz, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 7. Jg. 1959, S. 1 - 3. - Hier wird besonders auf die nur lokale Bedeutung dieser Maschine verwiesen.

15 Über Herkunft und Entwicklung der ursprünglich "asiatischen Pachtverhältnisse" siehe Kreißig, Heinz, Hellenistische Grundbesitzverhältnisse im oströmischen Kleinasien, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1, S. 200 - 206.

16 Schon aus der Petition der Bauern auf dem saltus Burunitanus geht hervor, daß die lex Hadriana (Zeile 7 - 8) eine Erhöhung der Dienstleistungen ganz allgemein verbot. Rostovtzeff zieht aus dieser Formulierung den Schluß, daß anscheinend die lex Manciana das Minimum bzw. das Maximum der zu verrichtenden operae abgegrenzt habe. Ganz abgesehen davon, waren sie für den hier zitierten saltus zweifellos festgesetzt. (Vgl. Rostovtzeff, Michael, Studien zur Geschichte des römischen Kolonats, a. a. O., S. 332.) Rostovtzeff bemerkt allgemein zu den operae: "An sich waren vielleicht die wenigen Tage nicht besonders drückend, aber wenn man bedenkt, daß dieselben zur heißesten Arbeitszeit zu leisten waren, daß sie die Kräfte des Bauern von seiner eignen Wirtschaft abzogen, ... so versteht man, welchen Haß diese, vielleicht nicht immer ganz ungesetzlichen, Vermehrungen in den Bauern gegen den Prokurator und Konduktor erwecken mußten." (Ebenda, S. 374.) Diese "Vermehrungen" werden besonders in der Spätzeit einschneidend gewesen sein, dennoch kann eine Abhandlung über den Kolonat in Afrika nicht an der lex Hadriana einfach vorbeigehen, wie es Held tut. Vgl. dazu auch Maschkin, M. A., Römische Geschichte, a. a. O., S. 503 f., Literatur S. 707 f.

17 Auf den Zerfall der Munizipalkurien geht weiter unten im zu rezensierenden Band Kotulla ein.

ren Ort nicht mehr verlassen konnten, wie es Held etwas zu einseitig darlegt (S. 150). Endlich dürfte "ad exemplum legis Mancianae" (S. 152 Anm. 4) falsch bezogen sein. Nach dem Kontext handelt es sich um eine Verfügung, die "nach dem Beispiel des Mancianischen Gesetzes" erlassen wurde, wie es bereits von Rostovtzeff¹⁸ richtig interpretiert worden ist. Das heißt, wir können nicht mit letzter Sicherheit aus der vorliegenden Quelle auf den Inhalt der lex Manciana schließen! Dementsprechend handelt es sich bei dem bis in unsere Zeit überlieferten Text keineswegs um eine "Abschrift", wie Held formuliert (S. 144).

Heinz Schulz-Falkenthal schildert in seinem Beitrag "Die Unterstützungstätigkeit in einem Militärkollegium der legio III Augusta in Lambaesis und das Problem der Sozialleistungen im römischen Vereinswesen" zunächst das Schicksal einiger Angehöriger dieses Truppenteils bis zum Ende des zweiten Jahrhunderts (S. 155 f.), um dann speziell auf die collegia militum (S. 157 f.) einzugehen: In Auseinandersetzung mit gegenteiligen Stimmen und nach Prüfung der Voraussetzungen scheint es ihm verständlich zu sein, wenn der Staat kein ernsthaftes Interesse an einer Bildung von collegia bei den Truppen hatte. "Wenn dennoch zahlreiche Militärkollegien seit Hadrian oder Septimius Severus bestanden haben, dann konnten in diesen nur Chargierte und Spezialisten organisiert gewesen sein" (S. 159), wozu die Angehörigen der legio III gehört haben müssen.

Anschließend beleuchtet Schulz-Falkenthal unter Verweis auf die schwierige Quellenlage die Funktionen dieser Vereine (S. 162). "Aufgabe und Inhalt des römischen Berufsgenossenschaftswesens" seien nicht nur als "eine erfreuliche Abwechslung und Ablenkung von der Alltagsmisere, sondern auch als eine wirtschaftliche Hilfe im täglichen Lebenskampf" zu sehen (S. 165). Es sei durchaus möglich, daß die Sozialleistungen der Militärvereine, die der Autor am Beispiel eines Hornbläserkollegiums in der legio III (CIL VIII 2557) darstellt, nicht ohne Einfluß auf solche Leistungen in römischen Berufsvereinen geblieben seien (S. 164), wie umgekehrt Gewohnheiten der letzteren "vielleicht auch Eingang in die militärischen Kollegien fanden" (S. 165).

Die in der Anmerkung 3 des Artikels angeführte Stelle von Staerman geht nur auf die Herkunft der Legionäre in der legio III ein. Das Beispiel ist etwas unglücklich gewählt, denn auf die Herkunft dürfte es dem Verfasser in diesem Zusammenhang schwerlich angekommen sein. Doch soll mit diesem Nachsatz keinesfalls die Beweisführung des Aufsatzes kritisiert werden, den ein reiches Literaturverzeichnis beschließt.

Pál Csillag untersucht in seinem "Beitrag der afrikanischen Juristen zum römischen Recht" (S. 173 - 187) - der sich übrigens einer sehr übersichtlichen Gliederung erfreut - besonders die Abstammung zahlreicher antiker Rechtsgelehrter sowie die Umstände, die sie dazu werden ließen (bes. S. 175 f.). Das "besondere Talent und die Vorliebe der afrikanischen Menschenrasse für die Dialektik" (S. 178) hebt Csillag aber sicher zu sehr heraus, zumal er selbst nur partiell auf diesen Zusammenhang eingeht. Anschließend wird der Werdegang der heute bekanntesten römischen Juristen afrikanischer Herkunft dargelegt (S. 181 f.), besonders natürlich der des L. Octavius Cornelius Salvius Julianus (S. 181 - 183).

Für den Wirtschaftshistoriker besonders, aber keineswegs nur für ihn, dürfte die Arbeit "Afrika als Lieferant von Steinen und Edelsteinen für das Imperium Romanum" (S. 189 - 203) von Helmut Wilsdorf von Interesse sein. Der Autor weist selbst darauf hin, daß nur die nichtmetallischen Mineralien auf ihr Vorkommen und ihre Nutzung erforscht werden konn-

18 Vgl. Rostovtzeff, Michael, Studien zur Geschichte des römischen Kolonats, a. a. O., S. 321 f.; vgl. auch Maschkin, M. A., Römische Geschichte, a. a. O., S. 503: "In ihr (= den Fragmenten, die Held als 'lex Manciana' bezeichnet - H. F.) wird davon gesprochen, daß die Ordnungen in Übereinstimmung mit dem mancianischen Statut ... aufgestellt werden."

ten (S. 190), wobei auch dieses Vorhaben verständlicherweise "aus Mangel an einigermaßen kompletten Unterlagen" (S. 191) keine Vollständigkeit erreichen konnte. Wilsdorf begnügt sich daher mit einigen Einzelfragen, zum Beispiel dem Transportproblem (S. 192), das in engstem Zusammenhang mit der Problematik des Handelsverkehrs steht.

Wilsdorf beschreibt dann einen Schacht im Gebiet von Tetuan (Kap Mazari) und versucht, den Arbeitsablauf darin zu rekonstruieren. Während dieser Schacht bisher als Erzbergwerk angesehen wurde, hält Wilsdorf ihn dagegen für einen Steinbruch (S. 194).

Die folgenden Artikel des Sammelbandes, die Problemen der Innen- und Außenpolitik gewidmet sind, können hier nur noch kurz skizziert werden, keinesfalls, weil sie keiner eingehenden Würdigung wert wären, sondern weil sie über den Rahmen des "Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte" hinausgehen, obwohl die Darlegungen der in diesem Komplex zusammengefaßten Arbeiten teilweise sicherlich auch den Wirtschaftshistoriker interessieren. Das gilt besonders für "Die Politik der afrikanischen Klientelstaaten im Zeitraum der Bürgerkriege" (S. 207 - 228). István Hahn versucht hier, eine Antwort auf die Frage zu finden, welche "politischen, sozialen oder etwa wirtschaftlichen Motive" (S. 20) die Klientelkönige bewogen haben, bei Rivalitäten innerhalb der römischen Führungsschicht für die eine oder die andere bestimmte Gruppe Partei zu ergreifen. Als "objektive Möglichkeiten und Voraussetzungen der Politik" dieser Herrscher müsse davon ausgegangen werden, daß sie ständig mit zwei inneren Faktoren rechnen mußten: mit den weitgehend selbständigen Stammeshäuptlingen und der städtischen Bevölkerung (S. 208), die

- a) "in ursprünglichen Mittelpunkten ... der einheimischen Bevölkerung ... ", besonders im Landesinnern,
- b) in "phönizischen und karthagischen Handelsniederlassungen und Hafenstädten an der Meeresküste",
- c) in "von Königen gegründeten ... Städten" oder
- d) in römischen Niederlassungen, Quasi-Kolonien der Veteranen"

leben konnte (S. 209).

Um den anfangs weitgehend "phönizischen Charakter ihrer Städte zu dämpfen" hätten, nach Hahn, die Könige "die Einwanderung griechischer und römischer Kaufleute, 'negotiatores'" unterstützt, was deren römerfreundliche Stellung erzwungen habe (S. 210). So seien seit Jugurthas Sturz und der mit Marius einsetzenden römischen Kolonisierung keine Versuche zu einer selbständigen Politik der afrikanischen Herrscher mehr denkbar, auch nicht in Ausnutzung innerer römischer Machtkämpfe. Die Könige griffen hier nur ein, um der aus ihrer Sicht stärksten Gruppe zu helfen, wobei sowohl gewisse Traditionen, die "Parteinahme des Stadthalters der benachbarten römischen Provinz", als auch die Haltung der römischen Bevölkerung im eigenen Lande den Ausschlag geben konnten (S. 212). Dabei war es durchaus möglich, daß die vom Klientelkönig als stärkere Gruppe eingeschätzte schließlich der vermeintlich schwächeren unterlag (ebenda).

Anschließend wendet sich Hahn den Quellen über die Geschichte der Klientelstaaten zu, um seine Thesen zu überprüfen. Ein reiches Quellen- und Literaturverzeichnis beschließt diesen, auch von der Fragestellung des Sammelbandes her sehr instruktiven Beitrag.

Tadeusz Kotulas Hinweise "Zum Problem der Munizipalkurien in Afrika" (S. 229 - 244) enthalten Gedanken aus einer umfassenderen Monographie. Eine eingehende Besprechung müßte deshalb in deren Rahmen erfolgen. Daß die römische Kurienversammlung in der Zeit des Prinzipats bedeutungslos wurde (S. 229), kann Kotula als bekannt voraussetzen, nicht so sehr jedoch die Widerspiegelung dieses Prozesses in der Entwicklung der afrikanischen Kurien. Sie veranschaulicht Kotula hauptsächlich an den religiösen Aufgaben der Kurien: Während des Prinzipats hätten die afrikanischen Volksversammlungen "wenigstens von dem Ersatz der po-

litischen Rechte" gelebt (S. 234), besonders von der Pflege des Kaiserkultes (S. 232). Dieser habe um so größere Bedeutung gewonnen, "je mehr ihre ursprünglichen Vorrechte als Teil der städtischen Volksversammlung ... im politischen und gesellschaftlichen Klimad der Antoninen- und Severerzeit lediglich ... zu einer bloßen Formalität wurden ..." (S. 233). Dieser Tatbestand sei keineswegs auf Römisch-Afrika beschränkt gewesen. So seien nicht nur in diesem Teil des Imperiums während des Dominats die Munizipalkurien zu einem Anachronismus geworden (S. 234). Nicht ganz verständlich erscheint dann aber das Bedauern Kotulas darüber, daß man sie nicht wiederbeleben wollte, weil damit unter den breiten Massen jegliches Interesse an dem Schicksal der eigenen Städte und des ganzen Reiches verloren gegangen seien: "An die Stelle des munizipalen Patriotismus trat eine völlige Apathie der Massen ..." (S. 235).

Hier wird man sich vielleicht doch nicht ganz mit der Schlußfolgerung zufriedengeben können, welche Kotula aus seinen Überlegungen gezogen hat, daß jene Einrichtungen zum Anachronismus wurden und "eines natürlichen Todes starben" (S. 234). Es war wohl kaum, wie es hier anzuklingen scheint, Uneinsichtigkeit oder Unvermögen "in der Epoche der Alleinherrschaft" (S. 229) - eine Formulierung, die die Redaktion hätte ersetzen sollen -, wenn nicht nur das kuriale Leben erstarrte und erstarren mußte.

Auch die Arbeit von Dietrich Hoffmann "Die Heeresorganisation des römischen Afrika im vierten Jahrhundert n. Chr." (S. 237 - 244) ist "die Zusammenfassung einer zur Publikation vorgesehenen ausführlicheren Arbeit" (S. 243). Hoffmann kann als Ergebnis seiner Forschungen auf einige bemerkenswerte Korrekturen bisheriger Ansichten verweisen. Er bezeichnet zum Beispiel die Ämtervereinigung von dux und praeses Mauretaniae Caesariensis als höchstens zeitweilig und nur sehr spät vorkommend (S. 237) und will die Einsetzung der duces überhaupt "erst gegen Ende der Tetrarchie" gelten lassen (S. 239). Der "besondere Dux von Tripolitana und damit wohl gleichzeitig auch der in der Mauretania Caesariensis" sei "frühestens unter Gratian oder Valentinian II. ... , wenn nicht gar erst unter Honorius ... eingesetzt worden" (S. 242 f.). Allerdings wird man abwarten müssen, welche Bedenken gegen diese Datierungsversuche angemeldet werden. Mehr noch als bei Kotula ist bei Hoffmann eine Auseinandersetzung nur anhand der "ausführlicheren Arbeit" möglich, zumal er die Sekundärliteratur, gegen die er polemisiert, hier nicht anführt.

"Problemi sul Significato storico della usurpazione di Lucio Domizio Alessandro" (Probleme der historischen Bedeutung der Usurpation von Lucius Domitius Alexander) (S. 245 - 276) behandelt Roberto Andreotti. Zunächst untersucht er die Quellenlage. Dabei stellt er fest, daß vom epigraphischen und numismatischen Material her zwar ein terminus post quem für den Anfang der Revolte zu erschließen sei, deren Ende jedoch nicht eindeutig fixierbar wäre (S. 245). Zudem lasse sich aus den Münzfunden nur eine unsichere Chronologie gewinnen. Die epigraphischen und numismatischen Angaben seien nicht eindeutig. Die Revolte unter Lucius Domitius Alexander sei zeitlich zwischen Frühling 308 bis Herbst 310 bzw. Sommer 311 einzuordnen, wobei auch eine Fortdauer bis Anfang 312 nicht auszuschließen sei (S. 246).

Weiterhin - so urteilt Andreotti - beschrieben die Quellen diese afrikanische Usurpation in sehr feindseliger Weise (S. 250). Er bemüht sich, diese Darstellung zu objektivieren. Dabei versucht er, sowohl ein Bild vom Aufstieg Alexanders zu zeichnen (S. 251), vor allen Dingen aber die politischen und teilweise auch wirtschaftlichen Strömungen jener Zeit zu untersuchen und mit ähnlichen, vorausgegangenen Prozessen zu vergleichen. Das Fazit seiner Überlegungen besteht dementsprechend darin, die eigentliche Bedeutung des Aufstandes im Gesamtbild der Zustände Römisch-Afrikas zu sehen: Alle afrikanischen Usurpationen, ausgenommen diejenige des Tacfarinas, dessen Unbotmäßigkeit von größter Bedeutung gewesen sei, wären namentlich im dritten Jahrhundert n. Chr. durch verschwindend kleine zu ihrer Unterdrückung gesandte Heeresabteilungen aufgelöst worden. Das feste Gebäude, welches das Genie Geiserichs konstruiert habe, sei nach etwa einem Jahrhundert durch die byzanti-

nische Macht überwunden worden, wobei sich diese weder im Innern noch nach außen immer als sehr stabil erwiesen habe. So habe sich in Afrika der Reigen der Usurpationen und Einfälle feindlicher Stämme wiederholt. Wenig mehr als ein weiteres Jahrhundert sei vergangen, da traten die Araber an die Stelle der Oströmer.

Die Einheit der antiken Provinzen hätten sie jedoch dank zahlloser innerer Kämpfe, die hier durch die einheimischen Berber kompliziert wurden, nicht aufrechterhalten können.

Die Quellen, die Andreotti heranzieht, um zu untersuchen, ob das Römische Reich als abschließlicher zentraler Motor wirksam war, erlauben seiner Meinung nach nicht, die ununterbrochenen Gegensätze und Ambivalenzen zu trennen. Ein gesichertes Ergebnis kann demnach nur durch eine Prüfung der ökonomischen, sozialen und religiösen Phänomene aus innersafrikanischer Sicht ermöglicht werden. So ist nach Andreotti die historisch gebührende Würdigung der Usurpation des Lucius Domitius Alexander mit der Untersuchung jener eben genannten Vorgänge eng verbunden (S. 261).

"Die afrikanischen Unruhen unter Valentinian I." (S. 277 - 292) behandelt der letzte Beitrag, in dem Alexander Demandt versucht, die Blicke seiner Leser auf die trotz des Dominierens der Auflösungserscheinungen während der letzten Dezennien vor der Eroberung Afrikas durch die Vandalen vorhandenen "erhaltenden Kräfte" zu lenken (S. 277): "Einer schärferen Betrachtung zeigt sich, was Kaiser, Verwaltung und Heer zur Erhaltung des Reiches getan haben" (ebenda). Unter diesem Aspekt wird besonders die Person des comes Africae, Romanus, einer kritischen Würdigung unterzogen. Dabei ergeben sich interessante Parallelen zu Diesner, dessen Artikel ebenfalls teilweise diese Zeit behandelt. Während Diesner aber sowohl den Beamten Romanus als auch den Kaiser Valentinianus I. verurteilt¹⁹, bietet sich Demandt gerade jener Herrscher als Beispiel für das Anliegen seiner Arbeit an. "Daß Valentinian seine hohen Beamten unbedingt gestützt habe, wird man ... nicht aufrechterhalten können. Die Vorgänge in Afrika (wo Valentinian Romanus fallen ließ, sobald dieser sich nachweisbar Verfehlungen hatte zuschulden kommen lassen - H. F.) stehen nicht allein" (S. 286).

Es wäre reizvoll, diese konträre Einschätzung anhand der Literatur zu überprüfen, wobei gegebenenfalls durchaus noch einige neue Tendenzen sichtbar würden, speziell, wenn auf die Berberstämme noch stärker eingegangen würde. Jedoch auch in diesem Falle müßte auf die demnächst erscheinenden "Untersuchungen zur Geschichte des älteren Theodosius" zurückgegriffen werden, da der Verfasser selbst den hier vorliegenden Beitrag nur als auf jenem Werk fußende Skizze auffaßt.

Überblickt man abschließend nochmals den gesamten Band, so darf man doch den Schluß ziehen, daß er zahlreiche interessante Gedanken enthält, auch wenn nicht alle Erkenntnisse erstmalig formuliert worden sind, wie es zunächst bei der Lektüre den Anschein hat, und daneben die eingangs erwähnten Einschränkungen hinsichtlich der Thematik beachtet werden müssen.

Die Herausgeber ordneten die einzelnen Beiträge im Band nach Sachgebieten. Diese Methode erweist sich wohl doch als etwas erschwerend für den Leser, weil die Grenzen dieser Sachgebiete zum Teil zu eng gezogen sind. Angesichts der Vielfalt und Komplexität der Themen ist eine solche Einteilung eher irreführend als orientierend. Welche Scheidelinie gibt es beispielsweise zwischen Abschnitt A: "Afrika und Rom" gegenüber Abschnitt C: "Probleme der Innen- und Außenpolitik"? Diese Frage stellt man sich zum Beispiel nach der Lek-

19 "Die Handlungsweise des Romanus und der Zentralregierung läßt sich also kaum rechtfertigen" und "Valentinian I., der ... als gerecht und sozialdenkender Herrscher gilt, hat mit der Hintansetzung Afrikas eigentlich schon ein Pfand verwirkt, an dem die Existenz des seit 195 selbständigen Westreiches schließlich scheiterte" (S. 100).

türe des Artikels von Diesner, dessen Studie im Abschnitt A enthalten ist, und der Arbeit von Demandt, die sich im Abschnitt C befindet. Daß "Probleme der Innen- und Außenpolitik" des Abschnitts C in ebenso großem Maße zum Abschnitt B: "Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika und ihre Beziehungen zum Römischen Imperium" gehören könnten, zeigt sowohl die Arbeit von Hahn als auch die von Kotula.

Als Ausblick wäre zu wünschen, daß bald ein Kolloquium stattfinden möge, das wirklich den dritten Erdteil - soweit er im Altertum bekannt ist - im Zusammenspiel mit dem Römischen Reich behandelt und auf dem ebenso instruktive Beiträge dargeboten würden, wie sie hier über Rom und seine afrikanischen Provinzen zur Diskussion stehen.

Stalder, Ulrich, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Assistent, Wissenschaftsbereich Kulturgeschichte-Volkkunde, Zentralinstitut für Geschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Stähle, V. S., Dr. der Wirtschaftswissenschaften, Dozent am Lehrstuhl für Politische Ökonomie, Staatliche T.-U.-S.-W.-Universität, Now.

Strothmann, Eberhard, Dr. phil. habil., Diplom-Geograph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Deutsche Wirtschaftswissenschaften, Berlin.

Strothmann, Udo, Diplomarbeiter, Diplombibliothekar, Fachbibliothekischer Assistent, Landesbibliothek Brandenburg, Historische Abteilung II, Potsdam.

Strothmann, Udo, Diplombibliothekar, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Arbeitsgruppe Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Strothmann, Udo, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Landesbibliothek Brandenburg, Historische Abteilung II, Potsdam.

Strothmann, Udo, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Assistent, Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau.

Strothmann, Udo, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Assistent, TVB Buchvermittlung, Berlin.

Strothmann, Udo, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Assistent, Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau.

Strothmann, Udo, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Assistent, Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau.

Strothmann, Udo, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Assistent, Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau.

Strothmann, Udo, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Assistent, Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau.

AUTORENVERZEICHNIS

- Bentzien, Ulrich, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Wissenschaftsbereich Kulturgeschichte-Volkskunde, Zentralinstitut für Geschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Budkin, V. S., Dr. der Wirtschaftswissenschaften, Dozent am Lehrstuhl für Politische Ökonomie, Staatliche T.-G.-Ševčenko-Universität, Kiew.
- Czaya, Eberhard, Dr. rer. oec., Diplom-Geograph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Deutsches Wirtschaftsinstitut, Berlin.
- Dräger, Udo, Diplomarchivar, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Archivar, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung II, Merseburg.
- Fischer, Hagen, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Assistent, Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeschichte des Altertums, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Gorfejn, G. M., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Staatliches Historisches Zentralarchiv der UdSSR, Leningrad.
- Kowalska, Stefania, Dr. der humanistischen Wissenschaften, Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau.
- Krüger, Ulrich, Dr. jur., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, VVB Energieversorgung, Berlin.
- Kucharenko, L. I., Dr. der Wirtschaftswissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Politische Ökonomie, Staatliche T.-G.-Ševčenko-Universität, Kiew.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Lehmann, Joachim, Diplomarchivar, Diplomhistoriker, Hauptreferent, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung II, Merseburg.
- Lehmann, Karin, Dr. rer. oec., Diplomwirtschaftler, Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Maczak, Antoni, Prof. Dr., Dozent für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Historisches Institut, Universität Warschau.

Mittenzwei, Ingrid, Dr. phil., Stellvertretender Abteilungsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Schildhauer, Johannes, Prof. Dr. phil. habil., Direktor des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

Semo, Enrique, Professor, Universidad Nacional Autónoma de México.

Stubnickij, I. St., Professor, Dr. der Wirtschaftswissenschaften, Dekan der ökonomischen Fakultät der Staatlichen T.-G.-Ševčenko-Universität, Kiew.

Zoellner, Klaus-Peter, Dr. phil., Wissenschaftlicher Sekretär des Rektors, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

W. Falk

Die Einheit und Wechselwirkung von Politik, Ökonomie und Ideologie bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR. Zur Bedeutung des Buches "Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" für die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus

H. Nussbaum

Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914

R. Forberger

Lenin und die Industriestatistik - Lenins Werk "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland"

A. Cornu

Engels' Mitwirkung an der Herausbildung des historischen Materialismus

E. Behm/J. Kuczynski

Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Ungarn)

S. I. Tjul'panov/G. M. Veje

Der staatliche Sektor Indiens: Probleme der Effektivität

Th. Kuczynski

Die Stellung der deutschen Teerfarbenindustrie zum Stoff- und Verfahrenspatent in der Zeit bis zum zweiten deutschen Patentgesetz von 1891

K. Obermann

Die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehr in Köln 1848/49

S. Epperlein

Die Anfänge des frühmittelalterlichen Städtewesens in Polen im Lichte der erzählenden Quellen

H. Winzer

Der sozialistische Wettbewerb in der LPG "Frieden" (Beyern, Kreis Herzberg,
Bezirk Cottbus) 1961/1962

Aus der Betriebsgeschichtsarbeit in der DDR 1969

J. Roesler

Bericht über die Tagung der Arbeitsgemeinschaft "Geschichte der ökonomischen
Politik der SED"

H. Wandschneider

Pläne der deutschen Elektrokonzerne zur "Neuordnung der europäischen Wirt-
schaft" im zweiten Weltkrieg